REGIERUNGSVORLAGE

310 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2001

(1. Jänner bis 31. Dezember 2001)
und
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

72B039

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2001

(1. Jänner bis 31. Dezember 2001)
und
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

II

Inhalt

Seite

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001 1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages 11

Anlagen:

I. Bundesvoranschlag 2001 (Ausgaben und Einnahmen):

Kapitel

01 Präsidentschaftskanzlei 12
02 Bundesgesetzgebung 14
03 Verfassungsgerichtshof 16
04 Verwaltungsgerichtshof 18
05 Volksanwaltschaft 20
06 Rechnungshof 22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen 24
11 Inneres 32
12 Bildung und Kultur 40
13 Kunst 54
14 Wissenschaft 58
15 Soziale Sicherheit und Generationen 64
16 Sozialversicherung 72
17 Gesundheit 74
19 Jugend und Familie 80
18 Umwelt 82
20 Äußeres 84
30 Justiz 88
40 Militärische Angelegenheiten 92
50 Finanzverwaltung 96
51 Kassenverwaltung 104
52 Öffentliche Abgaben 110
53 Finanzausgleich 116
54 Bundesvermögen 120
55 Pensionen 128
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge 130
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen 134
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 138
61 Umwelt neu 152
63 Wirtschaft und Arbeit 154
64 Bauten und Technik 166
65 Verkehr, Innovation und Technologie 180
70 Öffentliche Leistung und Sport 194
71 Bundestheater *) 196

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel **) 198

Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 2000 **) 202

Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 2000 **) ... 206

Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen **) 210

II. Stellenplan 215

III. Fahrzeugplan 349

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001 ..... (1)-(5)

*) Geldvoranschlag
**) Darstellung in Schilling und EURO

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2001 (Bundesfinanzgesetz 2001 - BFG 2001)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 2001 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlusssummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs-haushalt	Gesamt-haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	813 452,087	506 567,952	1,320 020,039
Einnahmen:	780 685,325	539 334,714	1,320 020,039
Abgang:	32 766,762	-	-
Überschuss:	-	32 766,762	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2001 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/58429 und 7/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen für den Erwerb von Wertpapieren (Kapitel 58)
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/58429 und 8/58439) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen aus der Entnahme von Wertpapieren aus dem Bundesbesitz (Kapitel 58)

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 2001 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 700 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht

sichergestellt werden kann.

(4) Zusätzlich zu den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 Z 10 und Abs. 4 des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 20 vH der Ausgaben des Gesamthaushalts durchzuführen.

Artikel III. (1) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 2001 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 2001 mit 4,2 vH zu Grunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 2001 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(2) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 20 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, so weit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für die betreffende betriebsähnliche Einrichtung betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415, 2/51425 und 2/51426 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenanteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 70 bis zur Höhe des jeweils vorgesehenen Voranschlagsbetrages - lautet ein Voranschlagsansatz

auf einen Betrag unter 5 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 5 Millionen Schilling - wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei Voranschlagsansätzen jener Kapitel sichergestellt werden kann, die in den Zuständigkeitsbereich des selben haushaltsleitenden Organes fallen;

2. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 6 der Paragrafe 1111, 6525, 6530, 6531 und 6533 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragrafen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
3. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschussleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1992, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
4. beim Voranschlagsansatz 1/11506 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen 1/11508 und/oder 1/11528 sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen 1/13006, 1/13016, 1/13026, 1/13046, 1/13066, 1/13076 und 1/13096 bis zu einem Betrag von insgesamt 30 Millionen Schilling für kulturpolitische Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/10008 sichergestellt werden kann;
6. beim Voranschlagsansatz 1/14186 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann;
7. beim Voranschlagsansatz 1/40108 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Investitionsausgaben, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen aus der Veräußerungen von militärischem Altgerät bzw. -material sichergestellt werden kann;
8. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 85 000 Millionen Schilling zur Tilgung zusätzlicher, auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
9. beim Voranschlagsansatz 1/54708 bis zu einem Betrag von 5 000 Millionen Schilling für Zahlungen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/54709 sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/60048 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
11. bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 bis zu 100 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben für den Bundesanteil an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl Nr. 375, und § 72 Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1999, BGBl. I Nr. 141, bzw. des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, gemeinsam von Bund und Ländern bzw. vom Bund finanziert werden, wenn die Bedeckung dieser Überschreitungen bei den jeweils anderen, in dieser Überschreitungsermächtigung angeführten Voranschlagsansätzen durch gleich hohe Ausgabeneinsparungen sichergestellt werden kann;
12. beim Voranschlagsansatz 1/61226 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/61228 bedeckt werden kann;
13. beim Voranschlagsansatz 1/61266 bis zu einem Betrag von 10 Millionen Schilling für EU-Förderungen im Rahmen der EAGFL-Ausrichtung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60206 sichergestellt werden kann;
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/63186, 1/63416 und 1/63666 für EU-Maßnahmen bis zum Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
15. beim Voranschlagsansatz 1/63516 für Zahlungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/63518 sichergestellt werden kann, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei dem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;

16. beim Voranschlagsansatz 1/63558 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Zahlungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, und dem Karenzgeldgesetz, BGBl. I Nr. 47/1997, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 635 sichergestellt werden kann;
17. bei den Voranschlagsansätzen 1/63636 und 1/63638 bis zum Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
18. bei den Voranschlagsansätzen 1/63665 und 1/63666 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz und/oder durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/63664 bedeckt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 2001 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze der Titel 2/513 und 2/514 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zu Gunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51227, 2/51247, 2/51267, 2/51277 bzw. 2/51287 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbstständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hiefür jeweils nicht mehr als 40 Millionen Schilling im Finanzjahr 2001 betragen und beim Paragrafen 5181 bedeckt werden können.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 bis zu einem Betrag von insgesamt 9 100 Millionen Schilling zur Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsoffensive sowie von konkreten Investitions- und Infrastrukturvorhaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Paragrafen 5182 sichergestellt werden kann;
2. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 im Ausmaß von 50 vH jener Mehreinnahmen, die beim Voranschlagsansatz 2/54608 aus der Veräußerung unbeweglichen Bundesvermögens erzielt werden, ohne dass eine Ersatzanschaffung notwendig ist, wobei dieser Anteil von jenem haushaltsleitenden Organ in Anspruch genommen werden kann, in dessen Zuständigkeitsbereich das veräußerte Bundesvermögen zuletzt genutzt wurde;
3. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 für allfällige Kostensteigerungen beim Betriebs- und sonstigen Aufwand im Kapitel 20 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/54608 durch Veräußerungen unbeweglichen Bundesvermögens im Ausland sichergestellt werden kann;
4. bei den Voranschlagsansätzen 1/10008, 1/10046, 1/10048, 1/12216, 1/12446, 1/12476, 1/15006, 1/15016, 1/15018, 1/60206, 1/61266, 1/63186, 1/63416, 1/63418, 1/63666, 1/65236 und 1/65258 für die Restfinanzierung des Bundesanteils an den EU-Strukturfondsprogrammen der Periode 1995 bis 1999 bis zu einem Betrag von insgesamt 400 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
5. beim Voranschlagsansatz 1/02408 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der Historikerkommission zur Untersuchung des Vermögensentzuges auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit und der Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche und soziale Leistungen) der Republik Österreich ab

1945, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;

6. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 10 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506, 1/11508 und 1/11528 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung und im Bereich des Bundesasylamtes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
8. bei den Voranschlagsansätzen 1/12043, 1/54013, 1/54043, 1/54093, 1/60023, 1/63013, 1/65693 und 1/65133 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushalts für Zahlungen zur Kapitalaufstockung an Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
9. beim Voranschlagsansatz 1/50018 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für Einhebungsvergütungen gemäß § 2a Abs. 4 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/50296 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling für Zahlungen an den HIPC-Trust-Fonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
11. beim Voranschlagsansatz 1/54848 für die pauschale Mietzinszahlung für das Jahr 2001 und sonstige im Zusammenhang mit der Verwaltung der Liegenschaften stehende Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH auf Grund des Bundesimmobiliengesetzes, BGBl. I Nr. XXX/2000, bis zu einem Betrag von insgesamt 5 200 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei den Titeln 645, 646 und/oder 647 sichergestellt werden kann;
12. bei den Voranschlagsansätzen 1/58828, 7/58829 und 1/58908 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluss von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
13. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
14. beim Voranschlagsansatz 1/61208 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
15. beim Voranschlagsansatz 1/61218 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Angelegenheiten der Ersatzvornahme bei Deponien, Ablagerungen und Altstandorten nach dem Wasserrechtsgesetz, dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Altlastensanierungsgesetz, der Gewerbeordnung und sonstigen Rechtsvorschriften, die Abfälle oder Altstandorte betreffen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
16. beim Voranschlagsansatz 1/65148 für Eisenbahn-Infrastruktur bis zu einem Betrag von 1 300 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
17. beim Voranschlagsansatz 1/65603 für konkrete Straßenbausonderinvestitionen bis zu einem Betrag von 900 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Paragrafen 5182 sichergestellt werden kann;
18. beim Voranschlagsansatz 1/65633 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für Zahlungen gemäß § 11 des ASFINAG-Ermächtigungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/54624 sichergestellt werden kann.

(2) Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 2001 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragrafen 6351 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/10528 bis zu einem Betrag von 2 300 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen;
2. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
3. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
4. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
5. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
6. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
8. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981;
9. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der UT 9 des Kapitels 58 im Ausgleichshaushalt für die Durchführung von nicht vorhersehbaren, ordentlichen Tilgungen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen bis zu einem Betrag von 20 000 Millionen Schilling pro Voranschlagsansatz;
10. bei den Voranschlagsansätzen 1/58008, 1/58018, 1/58028, 1/58208, 1/58218 und 1/58228 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 000 Millionen Schilling für Stückzinsen aus dem Erwerb von Wertpapieren;
11. bei den Voranschlagsansätzen 7/58009, 7/58019, 7/58029, 7/58209, 7/58219 und 7/58229 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Erwerb von Wertpapieren;
12. beim Voranschlagsansatz 1/58908 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für Disagio bei Käufen und Verkäufen von Wertpapieren;
13. beim Voranschlagsansatz 1/65693 bis zu einem Betrag von 3 000 Millionen Schilling gemäß Art. II § 10 des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982.

Artikel VIII. Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993,

bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

3. die Ausfallshaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß §§ 27, 35 und 51a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 285 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
4. die Ausfallshaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 des Arbeitsmarktservicegesetzes, BGBl. 313/1994, aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 5 000 Millionen Schilling an Kapital und 5 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren auf Grund des ASFINAG-Gesetzes, BGBl. Nr. 591/1982, stammenden Kreditoperationen mit Bundeshaftungen und die Kreditoperation im Einzelfall 5 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
6. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung der ihr durch Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 113, übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 65 b Abs. 2 BHG umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 65b Abs. 1 Z 2 und 3 BHG bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 sowie Z 5 bis 7 ist § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüber hinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2001 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698 und 1/64708 sowie der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung - wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muss - genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10008 (EFRE-Kofinanzierung für Werkverträge (EU), geb. Post), 1/10046 (EFRE-Kofinanzierung für FER (EU) geb. Post), 1/11506, 1/11508, 1/11528, 1/12006 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel) (geb. Post)), 1/12008 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Neue Periode) (geb. Post)), 1/12216 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Alte und Neue Periode) (geb. Post) sowie für Sicherung der Jugendausbildung), 1/12438 (für Kofinanzierungen der EU (ESF-Mittel/Neue Periode) (geb. Post)), 1/12757 (für laufende Transferzahlungen gem. FAG), 1/12857 (für laufende Transferzahlungen gem. FAG), 1/13006 (für Kulturhauptstadt Graz (geb. Post)), 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14108 (Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3) (geb. Post)und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14116 (Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3 (geb. Post) und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel/Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14178 (Joint Venture (IMP-IMBA) und medizinische Informatik (ZEM)), 1/14186, 1/14188 (für Start/Wittgenstein-Programme), 1/14208 (für klinischen Mehraufwand, Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel-Ziel 3) (geb. Post)und Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Mittel-Ziel 3/Nat. Anteil)), 1/14308 (für Prozesskosten und außergerichtliche Vergleiche), 1/15016 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/20076, 1/20078, 1/20506, 1/20508, 1/50008 (für

Gemeinschaftsinitiativen), 1/50118, 1/50128, 1/50296 (für HIPC-Trust-Fonds), 1/50428, 1/51800, 1/51807, 1/51816, 1/51817, 1/51818, 1/51826, 1/51828, 1/54729, 1/54826, 1/60826, 1/61208, 1/61246, 1/61248, 1/61258, 1/61266, 1/63416, 1/63418, 1/63626, 1/63656, 1/63665, 1/63666 (für Betriebe), 1/65236, 1/65246, 1/65256, 1/65258(EU-Kofinanzierung), 1/65316, 1/65326, 1/65338 (für Technologie- und Forschungsschwerpunkte an Unternehmungen) und 1/65346 (für Kompetenzzentren) genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;

3. der bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60356 und 1/60376 genehmigten Ausgabenbeträge für Bundesanteile an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1999, BGBl. I Nr. 141, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
4. in Höhe von 50 vH jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2001 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt sowie der Ausgaben für Finanzschulden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2001 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306, 2/51314, 2/51315, 2/51325, 2/51405, 2/51406, 2/51415, 2/51425 und 2/51426 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr den im Finanzjahr 2001 gemäß § 17a Abs. 4 und 5 BHG ermittelten Unterschiedsbetrag der Paragrafe 3031, 3032, 6056 und 6058 einer Rücklage zuzuführen (Flexibilisierungs-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 50 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 500 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 25 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2001 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 20 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling, so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht

auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 4 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 2001 werden durch den Stellenplan 2001 festgelegt (Anlage II).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 2001 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 2001 (Anlage III) getroffen.

Artikel XV. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, eine Ausgabenbindung hinsichtlich der im Bundesvoranschlag 2001 bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 6 und 8 vorgesehenen Ausgaben im Ausmaß von bis zu 3 vH zu verfügen. Hievon ausgenommen sind die Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen, aus EU-Mitteln, mit Gegenverrechnung im Bundeshaushalt, der Kapitel 51 und 58, der Anwender der Flexibilisierungsklausel, die Ausgaben, die für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen (Voranschlagansätze 1/65158 und 1/65178) zu zahlen sind sowie Sachausgaben (UT 8) für Bundesbedienstete, die bei ausgegliederten Unternehmungen tätig sind und von diesen ersetzt werden.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, die gemäß Abs. 1 verfügten Ausgabenbindungen zum Teil oder zur Gänze aufzuheben oder deren Umlegung auf andere Voranschlagsansätze zu genehmigen.

Artikel XVI. So weit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

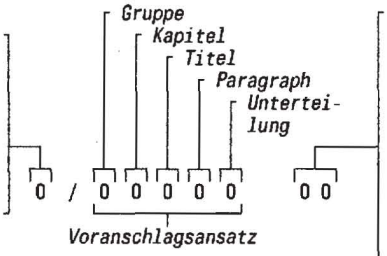
Artikel XVII. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 2001 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner 2001 bis 31. Dezember 2001.

Artikel XVIII. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages

1. so weit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im Übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch nummerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Haushalt	Zuordnungsziffer
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche
11	Erziehung und Unterricht
12	Forschung und Wissenschaft
13	Kunst
14	Kultus
21	Gesundheit
22	Soziale Wohlfahrt
23	Wohnungsbau
32	Straßen
33	Sonstiger Verkehr
34	Land- und Forstwirtschaft
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
37	Öffentliche Dienstleistungen
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
41	Landesverteidigung
42	Staats- und Rechtssicherheit
43	Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den *Einnahmenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0, 1	Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
2, 3	Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen) 2)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen
4, 5, 6	Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen
7, 8, 9	Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen) 2)	Bestandswirksame Einnahmen

Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebarung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuss (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen *(Gesetzliche Verpflichtungen)*, Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes" (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/01		**Präsidentschaftskanzlei:**							
1/01000	43	Personalausgaben		38,698	.....	.....	38,698	38,698	38,974
1/01003	43	Anlagen		.....	.....	1,850	1,850	1,850	2,245
1/01005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,169
	23			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,140*
	43			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,029*
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,779	.....	4,779	4,779	4,664
	22			.....	*0,676*	.....	*0,676*	*0,676*	*0,675*
	43			.....	*4,103*	.....	*4,103*	*4,103*	*3,988*
1/01008	43	Aufwendungen		.....	17,917	.....	17,917	17,917	25,415
		Gesamtausgaben 01...		38,698	22,696	2,050	63,444	63,444	71,466

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/01		**Präsidentschaftskanzlei:**						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,095	.....	1,095	1,095	1,064
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/01009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,145	0,145	0,145	0,138
	23			.....	*0,025*	*0,025*	*0,025*	*0,027*
	43			.....	*0,120*	*0,120*	*0,120*	*0,112*
		Gesamteinnahmen 01...		1,095	0,148	1,243	1,243	1,203

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/02		**Bundesgesetzgebung:**							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen		.....	13,000	.....	13,000	79,100	142,500
1/02107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	561,568	.....	561,568	574,356	568,717
	22			.....	*0,514*	.....	*0,514*	*0,601*	*0,573*
	43			.....	*561,054*	.....	*561,054*	*573,755*	*568,144*
1/02108	43	Aufwendungen		.....	50,064	.....	50,064	50,064	44,038
		Summe 021		.....	624,632	.....	624,632	703,520	755,256
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	85,177	.....	85,177	81,993	78,387
	22			.....	*0,114*	.....	*0,114*	*0,101*	.....
	43			.....	*85,063*	.....	*85,063*	*81,892*	*78,387*
1/02208	43	Aufwendungen		.....	14,339	.....	14,339	14,322	14,102
		Summe 022		.....	99,516	.....	99,516	96,315	92,489
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	166,120	.....	166,120	166,120	168,833
1/02306	43	Förderungen		.....	0,390	.....	0,390	0,400	0,107
1/02307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	33,464	.....	33,464	34,921	32,335
	22			.....	*0,064*	.....	*0,064*	*0,051*	*0,040*
	43			.....	*33,400*	.....	*33,400*	*34,870*	*32,295*
1/02308	43	Aufwendungen		.....	13,744	.....	13,744	14,746	9,525
		Summe 023		.....	213,718	.....	213,718	216,187	210,801
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		214,506	.....	.....	214,506	218,888	211,475
1/02403	43	Anlagen		.....	.....	17,168	17,168	25,423	32,853
1/02405		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,962	0,962	0,962	0,962
	23			.....	.....	*0,512*	*0,512*	*0,512*	*0,512*
	43			.....	.....	*0,450*	*0,450*	*0,450*	*0,450*
1/02407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,114	.....	4,114	4,151	3,804
	22			.....	*2,464*	.....	*2,464*	*2,451*	*2,331*
	43			.....	*1,650*	.....	*1,650*	*1,700*	*1,473*
1/02408		Aufwendungen		.....	204,379	.....	204,379	209,456	189,183
	11			.....	*4,000*	.....	*4,000*	*4,000*	*3,833*
	43			.....	*200,379*	.....	*200,379*	*205,456*	*185,350*
		Summe 024		214,506	208,493	18,130	441,129	458,880	438,278
		Gesamtausgaben 02		214,506	1.146,359	18,130	1.378,995	1.474,902	1.496,823

Anmerkungen:
1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/02		**Bundesgesetzgebung:**						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		21,471	.....	21,471	25,453	21,863
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,685	.....	4,685	4,785	4,373
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,525	.....	1,525	1,490	1,805
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,654	.....	1,654	1,566	1,400
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,112	0,112	0,008	0,161
2/02409		Bezugsvorschussersätze		.....	0,800	0,800	0,750	0,667
	23			.....	*0,600*	*0,600*	*0,600*	*0,552*
	43			.....	*0,200*	*0,200*	*0,150*	*0,115*
		Summe 024...		1,654	0,912	2,566	2,324	2,227
		Gesamteinnahmen 02...		29,335	0,912	30,247	34,052	30,269

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/03		**Verfassungsgerichtshof:**							
1/03000	42	Personalausgaben		35,416	.....	.....	35,416	35,820	33,596
1/03003	42	Anlagen		.....	.....	1,445	1,445	1,043	2,537
1/03005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,200
	23			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	.....
	42			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,200*
1/03007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	26,196	.....	26,196	27,194	28,625
	22			.....	*0,610*	.....	*0,610*	*0,611*	*0,520*
	42			.....	*25,586*	.....	*25,586*	*26,583*	*28,106*
1/03008	42	Aufwendungen		.....	8,243	.....	8,243	7,743	8,578
		Gesamtausgaben 03...		35,416	34,439	1,645	71,500	72,000	73,537

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/03		**Verfassungsgerichtshof:**					
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen	0,797	.....	0,797	0,849	0,511
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,056	0,056	0,004	0,111
2/03009		Bezugsvorschussersätze	.....	0,147	0,147	0,147	0,172
	23		.....	*0,014*	*0,014*	*0,007*	.....
	42		.....	*0,133*	*0,133*	*0,140*	*0,172*
		Gesamteinnahmen 03...	0,797	0,203	1,000	1,000	0,794

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/04		**Verwaltungsgerichtshof:**							
1/04000	42	Personalausgaben		138,633	.....	.....	138,633	137,106	130,431
1/04003	42	Anlagen		.....	.....	4,404	4,404	2,090	2,698
1/04005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,270	0,270	0,270	0,313
	23			.....	.....	*0,070*	*0,070*	*0,070*	*0,100*
	42			.....	.....	*0,200*	*0,200*	*0,200*	*0,213*
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,534	.....	1,534	1,530	1,330
	22			.....	*1,520*	.....	*1,520*	*1,520*	*1,325*
	42			.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,010*	*0,004*
1/04008	42	Aufwendungen		.....	13,432	.....	13,432	13,037	13,744
		Gesamtausgaben 04...		138,633	14,966	4,674	158,273	154,033	148,515

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/04		**Verwaltungsgerichtshof:**						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		4,392	.....	4,392	4,698	4,280
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,003	.....
2/04009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,145	0,145	0,270	0,113
	23			.....	*0,025*	*0,025*	*0,070*	*0,004*
	42			.....	*0,120*	*0,120*	*0,200*	*0,108*
		Gesamteinnahmen 04...		4,392	0,159	4,551	4,971	4,393

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/05		**Volksanwaltschaft:**							
1/05000	42	Personalausgaben		31,394	.....	.....	31,394	30,950	29,668
1/05003	42	Anlagen		.....	.....	0,700	0,700	0,770	0,806
1/05005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,100
	23			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	.....
	42			.....	.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	*0,100*
1/05007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	16,595	.....	16,595	14,100	13,587
	22			.....	*0,324*	.....	*0,324*	*0,321*	*0,224*
	42			.....	*16,271*	.....	*16,271*	*13,779*	*13,362*
1/05008	42	Aufwendungen		.....	6,581	.....	6,581	6,680	7,074
		Gesamtausgaben 05...		31,394	23,176	0,900	55,470	52,700	51,235

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/05		**Volksanwaltschaft:**						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,030	.....	1,030	1,472	1,653
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,003	.....
2/05009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,128	0,128	0,125	0,122
	23			.....	*0,030*	*0,030*	*0,015*	*0,024*
	42			.....	*0,098*	*0,098*	*0,110*	*0,098*
		Gesamteinnahmen 05...		1,030	0,170	1,200	1,600	1,775

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/06		**Rechnungshof:**							
1/06000	43	Personalausgaben		244,735	.....	.....	244,735	243,607	240,934
1/06003	43	Anlagen		.....	.....	6,311	6,311	6,440	4,299
1/06005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,833	0,833	0,850	0,636
	23			.....	.....	*0,483*	*0,483*	*0,500*	*0,416*
	43			.....	.....	*0,350*	*0,350*	*0,350*	*0,220*
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	8,482	.....	8,482	8,387	8,040
	22			.....	*3,260*	.....	*3,260*	*3,140*	*2,942*
	43			.....	*5,222*	.....	*5,222*	*5,247*	*5,098*
1/06008	43	Aufwendungen	*	.....	54,639	.....	54,639	55,716	49,208
		Gesamtausgaben 06...		244,735	63,121	7,144	315,000	315,000	303,116

Anmerkungen:
1/06008 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/06		**Rechnungshof:**						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,130	.....	1,130	1,238	1,071
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,040	.....
2/06009		Bezugsvorschussersätze		.....	0,660	0,660	0,721	0,660
	23			.....	*0,454*	*0,454*	*0,311*	*0,452*
	43			.....	*0,206*	*0,206*	*0,410*	*0,209*
		Gesamteinnahmen 06...		1,144	0,716	1,860	2,000	1,731

Anmerkungen:
2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		368,015	.....	.....	368,015	406,405	497,833
1/10003	43	Anlagen		.....	.....	30,109	30,109	37,732	40,130
1/10005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	2,844	2,844	3,482	4,136
	23			.....	.....	*1,265*	*1,265*	*1,608*	*1,514*
	43			.....	.....	*1,579*	*1,579*	*1,874*	*2,622*
1/10006		Förderungen	*	.....	30,953	.....	30,953	45,431	158,698
	12			.....	*0,350*	.....	*0,350*	*0,446*	*0,480*
	38			.....	*0,074*	.....	*0,074*	*0,083*	*0,200*
	43			.....	*30,529*	.....	*30,529*	*44,902*	*158,018*
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	282,567	.....	282,567	290,201	250,709
	21			.....	*0,120*	.....	*0,120*	*0,202*	*0,048*
	22			.....	*6,250*	.....	*6,250*	*6,511*	*6,141*
	43			.....	*276,197*	.....	*276,197*	*283,488*	*244,520*
1/10008		Aufwendungen	*	.....	474,524	.....	474,524	456,878	599,763
	21			.....	*0,180*	.....	*0,180*	*0,165*	*0,165*
	43			.....	*474,344*	.....	*474,344*	*456,713*	*599,597*
1/10004	*43*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	20,681	20,681
		Summe 1000		368,015	788,044	32,953	1.189,012	1.260,810	1.571,950
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*	.....	22,016	.....	22,016	21,993	57,869
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen		.....	7,564	.....	7,564	13,001	16,683
1/10048	36	Aufwendungen		.....	1.000,070	.....	1.000,070	407,071	344,279
		Summe 1004		.....	1.007,634	.....	1.007,634	420,072	360,962
1/10078	43	Zahlungen an die BIG		.....	3,997	.....	3,997	5,014	5,087
1/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
1/10080	42	Personalausgaben		46,898	.....	.....	46,898	45,887	39,528
1/10083	42	Anlagen		.....	.....	3,066	3,066	0,468	2,059
1/10087		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,602	.....	0,602	0,550	0,485
	22			.....	*0,560*	.....	*0,560*	*0,547*	*0,480*
	42			.....	*0,042*	.....	*0,042*	*0,003*	*0,005*
1/10088	42	Aufwendungen		.....	24,164	.....	24,164	15,095	24,748
		Summe 1008		46,898	24,766	3,066	74,730	62,000	66,820
1/1001		*Verwaltungsakademie:*							
1/10010	*11*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	5,492	24,254
1/10013	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,542	1,931
1/10016	*11*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,836	0,817
1/10017		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,041	0,234
	11			.....	.....	.....	.....	*0,031*	*0,076*
	22			.....	.....	.....	.....	*0,010*	*0,157*
1/10018	*11*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	10,318	44,896
		Summe 1001		.....	.....	.....	.....	17,229	72,131
1/1002		*Konsumentenschutz:*							
1/10026	*43*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,630	2,817
1/10027	*43*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10028	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	6,907	31,896
		Summe 1002		.....	.....	.....	.....	7,537	34,714

Anmerkungen:
1/10006 Hievon 2001 8,256 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.
1/10008 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.
1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/10		**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentralleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	8,284	.....	8,284	8,259	0,227
2/10004		Erfolgswirksame Einnahmen		117,362	.....	117,362	99,078	40,687
	21			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	43			*117,348*	.....	*117,348*	*99,077*	*40,687*
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,740	0,740	0,463	0,115
2/10009		Bezugsvorschussersätze		.....	2,708	2,708	4,460	3,591
	23			.....	*0,764*	*0,764*	*1,400*	*1,107*
	43			.....	*1,944*	*1,944*	*3,060*	*2,484*
		Summe 1000...		125,646	3,448	129,094	112,260	44,620
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		22,016	.....	22,016	21,993	54,224
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):						
2/10084	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,292	.....	0,292	0,253	0,136
2/10088	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 1008...		0,292	0,014	0,306	0,254	0,136
2/1001		*Verwaltungsakademie:*						
2/10014		*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,485	0,982
	11			.....	.....	.....	*0,484*	*0,982*
	43			.....	.....	.....	*0,001*	.....
2/10015	*11*	*EU-Förderprogramm*		.....	.....	.....	.....	0,064
2/10018	*11*	*Sonstige bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1001...		.....	.....	.....	0,485	1,047
2/1002		*Konsumentenschutz:*						
2/10024	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....

Anmerkungen:
2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1005		*Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):*							
1/10058	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	408,991
1/1006		*Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:*							
1/10066		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	29,906	285,755
	38			.....	.....	.....	.....	*19,436*	*70,576*
	43			.....	.....	.....	.....	*10,470*	*215,179*
1/10068	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,209	0,661
		Summe 1006		.....	.....	.....	.....	30,115	286,416
1/1009		*EU Ratspräsidentschaft:*							
1/10098	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	13,036
		Summe 100		414,913	1.846,457	36,019	2.297,389	1.824,770	2.877,976
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		61,910	.....	.....	61,910	60,190	59,346
1/10103	12	Anlagen	*	.....	.....	2,835	2,835	2,765	3,710
1/10106	12	Förderungen		.....	0,077	.....	0,077	0,077	0,086
1/10107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,070	.....	1,070	1,000	0,939
	12			.....	*0,090*	.....	*0,090*	*0,024*	*0,008*
	22			.....	*0,980*	.....	*0,980*	*0,976*	*0,931*
1/10108	12	Aufwendungen	*	.....	28,139	.....	28,139	17,973	20,714
		Summe 101		61,910	29,286	2,835	94,031	82,005	84,795
1/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt):							
		Statistisches Zentralamt							
1/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:							
1/10210	43	Personalausgaben		114,055	.....	.....	114,055	121,151	.....
1/10217	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,913	.....	1,913	2,085	.....
1/10218	43	Aufwendungen		.....	2,025	.....	2,025	1,823	.....
		Summe 1021		114,055	3,938	.....	117,993	125,059	.....
1/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':							
1/10227	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	35,014	.....	35,014	22,401	.....
1/10228	43	Aufwendungen		.....	788,534	.....	788,534	720,600	.....
		Summe 1022		.....	823,548	.....	823,548	743,001	.....
1/10200	*43*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	458,876
1/10203	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	22,493
1/10207		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	7,380
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*6,950*
	43			.....	.....	.....	.....	.....	*0,429*
1/10208	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	174,821
		Summe 102		114,055	827,486	.....	941,541	868,060	663,569
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		20,374	.....	.....	20,374	22,010	21,668
1/10318	43	Aufwendungen		.....	0,098	.....	0,098	0,065	0,050
		Summe 103		20,374	0,098	.....	20,472	22,075	21,718

Anmerkungen:
1/10103 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
1/10108 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1005		*Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):*					
2/10050	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	408,991
2/1006		*Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:*					
2/10064	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,002	0,344
2/1009		*EU Ratspräsidentschaft:*					
2/10094	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,333
		Summe 100...	147,982	3,462	151,444	134,996	509,695
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:					
2/10104		Erfolgswirksame Einnahmen	2,707	.....	2,707	2,111	1,050
	12		*2,693*	.....	*2,693*	*2,110*	*1,050*
	43		*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,002	0,012
		Summe 101...	2,707	0,028	2,735	2,113	1,062
2/102		Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt): *Statistisches Zentralamt*					
2/1021		Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes:					
2/10214		Erfolgswirksame Einnahmen	127,321	.....	127,321	138,904	.....
	11		*126,993*	.....	*126,993*	*138,902*	.....
	43		*0,328*	.....	*0,328*	*0,002*	.....
2/1022		Bundesanstalt 'Statistik Österreich':					
2/10224	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/10204	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	22,243
2/10205	*43*	*EU-Statistiken*	.....	.....	.....	.....	16,186
2/10207	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,027
		Summe 102...	127,335	.....	127,335	138,905	38,457
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:					
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:					
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen	20,472	.....	20,472	22,075	22,233

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/104		Presse- und Parteienförderung:						
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...	.....	113,870	.....	113,870	123,768	123,768
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...	.....	198,055	.....	198,055	201,718	475,690
1/1044		Publizistikförderung:						
1/10446	38	Förderungen	.....	5,677	.....	5,677	5,677	6,697
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
1/10456	38	Förderungen	.....	80,667	.....	80,667	80,667	95,791
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
1/10466	38	Förderungen	.....	132,000	.....	132,000	132,000	156,750
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
1/10476	38	Förderungen	.....	7,334	.....	7,334	7,334	8,709
		Summe 104...	.....	537,603	.....	537,603	551,164	867,405
1/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
		Volksgruppenförderung						
1/1050		Volksgruppenförderung:						
1/10506	43	Förderungen	.....	51,847	.....	51,847	51,848	64,393
1/1051		Zwangsarbeiter-Entschädigungen:						
1/10518	43	Aufwendungen	.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/1052		Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen:						
1/10528	43	Aufwendungen	.....	0,014	.....	0,014	.....	.....
		Summe 105...	.....	51,875	.....	51,875	51,849	64,393
1/107		*Sportangelegenheiten*:						
1/1070		*Sportförderung*:						
1/10704	*11*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)* ...	.....	.....	.....	.....	110,000	440,000
1/10705	*11*	*Förderungen (D)*	.....	.....	.....	.....	.....	0,500
1/10706	*11*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	44,314	254,657
1/10708	*11*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	2,842	12,737
		Summe 1070...	.....	.....	.....	.....	157,156	707,893
1/1075		*Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)*:						
1/10750	*11*	*Personalausgaben*	.....	.....	.....	.....	1,333	5,111
1/10753	*11*	*Anlagen*	.....	.....	.....	.....	0,064	6,487
1/10756	*11*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10757	*11*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)* ..	.....	.....	.....	.....	0,120	0,001
1/10758	*11*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	0,972	8,926
		Summe 1075...	.....	.....	.....	.....	2,489	20,525
1/1076		*Amt der Bundessporteinrichtungen*:						
1/10760	*11*	*Personalausgaben*	.....	.....	.....	.....	3,609	11,590
1/10768	*11*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	0,049	0,153
		Summe 1076...	.....	.....	.....	.....	3,658	11,743
1/1077		*Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.*:						
1/10776	*11*	*Förderungen*	.....	.....	.....	.....	7,696	37,500
1/10777	*11*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)* ..	.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/10778	*11*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	13,940	67,900
		Summe 1077...	.....	.....	.....	.....	21,636	105,400
		Summe 107...	.....	.....	.....	.....	184,939	845,561

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
		Summe 104		0,084		0,084	0,006	
2/105		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
		Volksgruppenförderung						
2/1050		Volksgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014		0,014	0,001	
2/107		*Sportangelegenheiten*:						
2/1070		*Sportförderung*:						
2/10700	*11*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*						*0,036*
2/10704	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*					*0,018*	*0,565*
2/10709	*11*	*Darlehensrückzahlungen*					*0,150*	*0,455*
		Summe 1070					*0,168*	*1,056*
2/1075		*Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)*:						
2/10754	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*					*0,002*	*4,993*
2/10757	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*						*0,006*
		Summe 1075					*0,002*	*4,999*
2/1076		*Amt der Bundessporteinrichtungen*:						
2/10764	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*						*4,180*
2/1077		*Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H.*:						
2/10774	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*						
		Summe 107					*0,170*	*10,235*

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/108		*Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:*							
1/1081		*Strahlenschutz:*							
1/10813	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,400	4,111
1/10816	*21*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,150
1/10817	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,175	1,109
1/10818	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	17,325	76,713
		Summe 1081		.....	.....	.....	.....	17,900	82,082
1/1082		*Veterinärwesen:*							
1/10826		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,119	0,370
	21			.....	.....	.....	.....	*0,015*	*0,370*
	34			.....	.....	.....	.....	*0,104*	.....
1/10827	*34*	*Epizootie*		.....	.....	.....	.....	4,311	39,076
1/10828	*34*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,599	2,543
		Summe 1082		.....	.....	.....	.....	5,029	41,989
1/1083		*Lebensmittel, Chemikalien:*							
1/10836	*21*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,044	0,107
1/10837	*21*	*Entschädigungen*		.....	.....	.....	.....	0,028	0,180
1/10838	*21*	*Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle*		.....	.....	.....	.....	0,959	3,426
		Summe 1083		.....	.....	.....	.....	1,031	3,713
1/1084		*Gentechnologie:*							
1/10846	*21*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,073	0,275
1/10848	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,942	3,136
		Summe 1084		.....	.....	.....	.....	1,015	3,411
		Summe 108		.....	.....	.....	.....	24,975	131,195
1/109		*Dienststellen:*							
1/1090		*Lebensmitteluntersuchungsanstalten:*							
1/10900	*21*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	32,896	112,893
1/10903	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	3,356	10,800
1/10907	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,005	0,009
1/10908	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	11,180	48,254
		Summe 1090		.....	.....	.....	.....	47,437	171,956
1/1091		*Veterinärmedizinische Anstalten:*							
1/10910	*34*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	26,049	92,509
1/10913	*34*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,930	8,417
1/10917	*34*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,011	0,018
1/10918	*34*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	10,714	49,898
		Summe 1091		.....	.....	.....	.....	38,704	150,843
1/1092		*Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:*							
1/10920	*34*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	5,749	21,910
1/10923	*34*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,520	1,385
1/10927	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,047	0,199
1/10928	*34*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	3,288	18,365
		Summe 1092		.....	.....	.....	.....	9,604	41,859
		Summe 109		.....	.....	.....	.....	95,745	364,658
		Gesamtausgaben 10		611,252	3.292,805	38,854	3.942,911	3.705,582	5.921,270

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/108		*Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:*					
2/10824	*34*	*Epizootie*	.....	.....	.....	1,741	2,119
2/1084		*Verschiedene Einnahmen:*					
2/10844		*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	4,866
	21		.....	.....	.....	.....	*4,866*
	34		.....	.....	.....	.....	.....
2/10847		*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
	21		.....	.....	.....	.....	.....
	34		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1084	.....	.....	.....	.....	4,866
		Summe 108	.....	.....	.....	1,741	6,985
2/109		*Dienststellen:*					
2/1090		*Lebensmitteluntersuchungsanstalten:*					
2/10904	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	18,356
2/10907	*21*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1090	.....	.....	.....	.....	18,356
2/1091		*Veterinärmedizinische Anstalten:*					
2/10914	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	12,894	64,737
2/10917	*34*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,003
		Summe 1091	.....	.....	.....	12,894	64,740
2/1092		*Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:*					
2/10924	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	8,330	43,088
2/10927	*34*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1092	.....	.....	.....	8,330	43,088
		Summe 109	.....	.....	.....	21,224	126,184
		Gesamteinnahmen 10	298,594	3,490	302,084	321,231	714,850

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/11		**Inneres:**							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		1.006,431	...	...	1.006,431	1.005,296	981,162
1/11003	43	Anlagen	*	...	...	208,819	208,819	115,654	315,896
1/11005		Bezugsvorschüsse		...	...	22,983	22,983	23,452	27,847
	23			...	...	*9,804*	*9,804*	*10,004*	*13,012*
	43			...	...	*13,179*	*13,179*	*13,448*	*14,835*
1/11006		Förderungen		...	3,376	...	3,376	3,445	1,588
	11			...	*0,028*	...	*0,028*	*0,002*	*0,290*
	21			...	*0,014*	...	*0,014*	*0,001*	*0,025*
	22			...	*0,014*	...	*0,014*	*0,001*	*0,035*
	43			...	*3,320*	...	*3,320*	*3,441*	*1,238*
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		...	88,050	...	88,050	117,000	106,434
	22			...	*17,150*	...	*17,150*	*16,900*	*15,314*
	43			...	*70,900*	...	*70,900*	*100,100*	*91,120*
1/11008	43	Aufwendungen	*	...	669,337	...	669,337	702,557	637,682
1/11009	43	Aufwendungen (B)		...	...	0,028	0,028	0,002	...
		Summe 1100...		1.006,431	760,763	231,830	1.999,024	1.967,406	2.070,608
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen		...	206,274	...	206,274	174,160	174,092
	42			...	*193,181*	...	*193,181*	*160,800*	*170,856*
	43			...	*13,093*	...	*13,093*	*13,360*	*3,236*
1/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:							
1/11023	43	Anlagen		...	...	0,014	0,014	0,001	...
1/11026	43	Förderungen		...	0,993	...	0,993	1,000	...
1/11028	43	Aufwendungen		...	16,783	...	16,783	10,499	...
		Summe 1102...		...	17,776	0,014	17,790	11,500	...
		Summe 110...		1.006,431	984,813	231,844	2.223,088	2.153,066	2.244,701

Anmerkungen:

1/11003 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgabe nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/11008 Hievon 2001 0,098 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,028 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/11		**Inneres:**						
2/110		Bundesministerium für Inneres:						
2/1100		Zentralleitung:						
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,958	.....	0,958	0,854	6,141
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		7,154	.....	7,154	6,820	7,841
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,526	0,526	0,580	2,558
2/11009		Bezugsvorschussersätze		.....	26,862	26,862	26,940	27,415
	23			.....	*12,952*	*12,952*	*12,940*	*13,157*
	43			.....	*13,910*	*13,910*	*14,000*	*14,258*
		Summe 1100...		8,112	27,416	35,528	35,196	43,955
2/1102		Menschenrechtskoordinator und Beiräte:						
2/11024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/11028	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 1102...		0,014	0,014	0,028	0,002	.....
		Summe 110...		8,126	27,430	35,556	35,198	43,955

Anmerkungen:
2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,014 Millionen Schilling), 1/11008 (0,098 Millionen Schilling), 1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*	.....	.....	21,743	21,743	28,715	24,124
1/11107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,050	.....	0,050	0,030	.....
1/11108	43	Aufwendungen	*	.....	69,091	.....	69,091	94,311	65,814
		Summe 1110		.....	69,141	21,743	90,884	123,056	89,938
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen		.....	.....	1,000	1,000	1,230	1,887
1/11116	41	Förderungen		.....	11,710	.....	11,710	11,710	13,435
1/11118	41	Aufwendungen		.....	11,082	.....	11,082	7,970	8,759
		Summe 1111		.....	22,792	1,000	23,792	20,910	24,081
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen		.....	.....	0,870	0,870	1,400	0,050
1/11126	41	Förderungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/11128	41	Aufwendungen		.....	49,116	.....	49,116	48,599	48,598
		Summe 1112		.....	49,130	0,870	50,000	50,000	48,648
1/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:							
1/11143	43	Anlagen		.....	.....	0,512	0,512	0,082	1,608
1/11146	22	Förderungen		.....	23,200	.....	23,200	23,200	16,182
1/11148	43	Aufwendungen		.....	3,930	.....	3,930	4,451	3,535
		Summe 1114		.....	27,130	0,512	27,642	27,733	21,325
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:							
1/11163	43	Anlagen		.....	.....	1,540	1,540	1,540	1,244
1/11168	43	Aufwendungen		.....	52,069	.....	52,069	54,387	33,352
		Summe 1116		.....	52,069	1,540	53,609	55,927	34,596
1/1117		Zivildienst:							
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	635,600	.....	635,600	392,900	499,070
	21			.....	*190,300*	.....	*190,300*	*139,500*	*177,010*
	22			.....	*90,150*	.....	*90,150*	*76,000*	*96,462*
	43			.....	*355,150*	.....	*355,150*	*177,400*	*225,598*
1/11178	43	Aufwendungen		.....	24,900	.....	24,900	392,900	497,974
1/11173	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,026	0,038
		Summe 1117		.....	660,500	.....	660,500	785,826	997,082
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)		.....	.....	28,735	28,735	28,735	26,805
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)		.....	30,000	.....	30,000	30,000	29,416
		Summe 1118		.....	30,000	28,735	58,735	58,735	56,220
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E, Z13. BMG:							
		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F, Z13. BMG							
1/11198	43	Aufwendungen		.....	1,000	.....	1,000	246,000	285,000
		Summe 111		.....	911,762	54,400	966,162	1.368,187	1.556,891

Anmerkungen:
1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.
1/11103 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/11108 Hievon 2001 5,974 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,806	.....	20,806	52,884	52,813
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	11,014	11,014	0,012	3,352
		Summe 1110...		20,806	11,014	31,820	52,896	56,166
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 1111...		0,028	0,028	0,056	0,004	.....
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	50,000	.....	50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	335,000	.....	335,000	335,000	332,975
2/1114		Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen:						
2/11144	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	.....	.....
2/11147	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 1114...		0,014	0,014	0,028	0,001	.....
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997:						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,275	.....	0,275	0,249	0,013
2/11167	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 1116...		0,275	0,014	0,289	0,250	0,013
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen		257,077	.....	257,077	339,076	288,188
2/11177	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,010	.....
		Summe 1117...		257,077	.....	257,077	339,086	288,188
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800	.....	0,800	0,800	1,508
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,500	0,500	0,500	0,033
		Summe 1118...		0,800	0,500	1,300	1,300	1,541
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E. Z13. BMG: *Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F. Z13. BMG*						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	0,401
		Summe 111...		664,028	11,570	675,598	778,539	729,283

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,028 Millionen Schilling), 1/11108 (5,974 Millionen Schilling), 1/11183 (28,735 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (86,419 Millionen Schilling) und 1/1141 (183,844 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/11218	43	Aufwendungen		.....	5,151	.....	5,151	5,269	6,094
		Summe 1121...		.....	5,151	0,014	5,165	5,270	6,094
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11226	43	Förderungen		.....	7,000	.....	7,000	6,500	4,913
1/11228	43	Aufwendungen		.....	31,360	.....	31,360	32,000	17,542
		Summe 1122...		.....	38,360	.....	38,360	38,500	22,454
		Summe 112...		.....	43,511	0,014	43,525	43,770	28,549
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		7.274,430	.....	.....	7.274,430	7.382,071	7.276,862
1/11303	42	Anlagen	*	.....	.....	131,911	131,911	112,251	207,297
1/11307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	162,240	.....	162,240	165,300	158,459
	22			.....	*157,534*	.....	*157,534*	*161,201*	*155,169*
	42			.....	*4,706*	.....	*4,706*	*4,099*	*3,289*
1/11308	42	Aufwendungen	*	.....	1.308,192	.....	1.308,192	1.277,761	1.289,148
		Summe 1130...		7.274,430	1.470,432	131,911	8.876,773	8.937,383	8.931,765
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		70,500	.....	.....	70,500	70,620	73,257
1/11313	42	Anlagen		.....	.....	5,200	5,200	5,200	8,082
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,370	.....	0,370	0,700	0,382
1/11318	42	Aufwendungen		.....	10,349	.....	10,349	10,100	10,571
		Summe 1131...		70,500	10,719	5,200	86,419	86,620	92,292
		Summe 113...		7.344,930	1.481,151	137,111	8.963,192	9.024,003	9.024,057
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		7.846,952	.....	.....	7.846,952	8.002,100	7.879,697
1/11403	42	Anlagen		.....	.....	234,068	234,068	269,415	436,550
1/11407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	190,650	.....	190,650	196,350	187,605
	22			.....	*187,813*	.....	*187,813*	*191,700*	*184,611*
	42			.....	*2,837*	.....	*2,837*	*4,650*	*2,994*
1/11408	42	Aufwendungen	*	.....	1.470,798	.....	1.470,798	1.400,246	1.377,535
		Summe 1140...		7.846,952	1.661,448	234,068	9.742,468	9.868,111	9.881,387
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		143,300	.....	.....	143,300	143,600	154,418
1/11413	42	Anlagen		.....	.....	8,055	8,055	9,701	16,853
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4,100	.....	4,100	4,000	3,658
1/11418	42	Aufwendungen		.....	28,389	.....	28,389	26,343	24,554
		Summe 1141...		143,300	32,489	8,055	183,844	183,644	199,483
		Summe 114...		7.990,252	1.693,937	242,123	9.926,312	10.051,755	10.080,870

Anmerkungen:

1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/11303 Hievon 2001 10,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/11308 Hievon 2001 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 18,972 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.

1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

1/11408 Hievon 2001 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,002	.....
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 112...		0,028	.....	0,028	0,003	.....
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	29,042	.....	29,042	30,400	38,799
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		443,093	.....	443,093	447,190	424,381
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	2,924	2,924	3,200	3,097
		Summe 1130...		472,135	2,924	475,059	480,790	466,277
2/11317	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,328	0,328	0,003	.....
		Summe 113...		472,135	3,252	475,387	480,793	466,277
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		82,126	.....	82,126	87,225	87,448
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	11,443	11,443	7,471	7,701
		Summe 1140...		82,126	11,443	93,569	94,696	95,148
2/11417	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,003	.....
		Summe 114...		82,126	11,485	93,611	94,699	95,148

Anmerkungen:
2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11003 (0,014 Millionen Schilling), 1/11008 (0,028 Millionen Schilling), 1/11303 (10,028 Millionen Schilling) und 1/11308 (18,972 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		53, 208	.....	.....	53, 208	54, 294	52, 222
1/11503	22	Anlagen		.....	.....	3, 366	3, 366	3, 421	2, 097
1/11506	22	Förderungen		.....	41, 503	.....	41, 503	75, 500	174, 976
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	37, 654	.....	37, 654	50, 500	34, 999
1/11508		Aufwendungen		.....	312, 130	.....	312, 130	242, 390	331, 573
	22			.....	*303, 630*	.....	*303, 630*	*235, 790*	*324, 131*
	43			.....	*8, 500*	.....	*8, 500*	*6, 600*	*7, 442*
		Summe 1150	...	53, 208	391, 287	3, 366	447, 861	426, 105	595, 867
1/1151		KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial): *Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen*							
1/11510	13	Personalausgaben		4, 297	.....	.....	4, 297	4, 385	4, 320
1/11513	13	Anlagen		.....	.....	0, 150	0, 150	0, 082	.....
1/11516	13	Förderungen		.....	0, 350	.....	0, 350	0, 039	0, 292
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 100	.....	0, 100	0, 130	0, 117
1/11518	13	Aufwendungen		.....	40, 118	.....	40, 118	41, 444	9, 904
		Summe 1151	...	4, 297	40, 568	0, 150	45, 015	46, 080	14, 633
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		53, 866	.....	.....	53, 866	54, 965	49, 401
1/11523	22	Anlagen		.....	.....	0, 224	0, 224	1, 325	0, 560
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1, 220	.....	1, 220	1, 112	0, 976
1/11528	22	Aufwendungen		.....	45, 895	.....	45, 895	45, 736	36, 424
		Summe 1152	...	53, 866	47, 115	0, 224	101, 205	103, 138	87, 360
		Summe 115	...	111, 371	478, 970	3, 740	594, 081	575, 323	697, 860
1/116		Sicherheitsakademie:							
1/1160		Sicherheitsakademie:							
1/11603	42	Anlagen		.....	.....	3, 000	3, 000	3, 300	.....
1/11606	42	Förderungen		.....	0, 014	.....	0, 014	0, 001	.....
1/11607		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 300	.....	0, 300	0, 004	.....
	22			.....	*0, 028*	.....	*0, 028*	*0, 002*	.....
	42			.....	*0, 272*	.....	*0, 272*	*0, 002*	.....
1/11608	42	Aufwendungen		.....	8, 546	.....	8, 546	8, 495	.....
1/11600	*42*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 116	...	.....	8, 860	3, 000	11, 860	11, 800	.....
		Gesamtausgaben 11	...	16. 452, 984	5. 603, 004	672, 232	22. 728, 220	23. 227, 904	23. 632, 928

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		7,885	.....	7,885	7,819	6,638
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,048	0,048	0,022	.....
		Summe 1150...		7,885	0,048	7,933	7,841	6,638
2/1151		KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial): *Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen*						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,752	.....	2,752	2,705	2,784
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 1151...		2,752	0,028	2,780	2,707	2,784
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,189	.....	0,189	0,150	0,132
2/11528	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,020	0,020	0,020	0,013
		Summe 1152...		0,189	0,020	0,209	0,170	0,145
		Summe 115...		10,826	0,096	10,922	10,718	9,567
2/116		Sicherheitsakademie:						
2/1160		Sicherheitsakademie:						
2/11604	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,112	.....	0,112	0,045	.....
2/11607	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,070	0,070	0,005	.....
		Summe 116...		0,112	0,070	0,182	0,050	.....
		Gesamteinnahmen 11...		1.237,381	53,903	1.291,284	1.400,000	1.344,230

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/12		**Bildung und Kultur:**						
		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten						
1/120		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:						
		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.						
1/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):						
		Zentralleitung						
1/12000	43	Personalausgaben	455,254			455,254	441,649	389,817
1/12003		Anlagen *			146,105	146,105	36,066	72,954
	11				*34,204*	*34,204*	*24,165*	*64,253*
	43				*111,901*	*111,901*	*11,901*	*8,701*
	13							
1/12005		Bezugsvorschüsse			45,000	45,000	45,000	35,371
	23				*20,000*	*20,000*	*20,000*	*11,399*
	43				*25,000*	*25,000*	*25,000*	*23,971*
1/12006		Förderungen		103,000		103,000	103,000	103,205
	13			*2,865*		*2,865*	*2,865*	*3,231*
	43			*100,135*		*100,135*	*100,135*	*99,974*
	11							
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		621,250		621,250	620,082	613,873
	11			*2,571*		*2,571*	*2,003*	*1,964*
	14			*612,193*		*612,193*	*612,193*	*606,225*
	22			*5,050*		*5,050*	*4,450*	*4,441*
	43			*1,436*		*1,436*	*1,436*	*1,242*
1/12008		Aufwendungen *		913,802		913,802	822,939	715,253
	11			*440,851*		*440,851*	*450,851*	*420,601*
	13			*8,918*		*8,918*	*8,918*	*8,702*
	43			*464,033*		*464,033*	*363,170*	*285,950*
	21							
		Summe 1200	455,254	1.638,052	191,105	2.284,411	2.068,736	1.930,472
1/1201		Zahlungen an die BIG:						
1/12013	11	Anlagen			0,014	0,014	0,014	
1/12018	11	Aufwendungen *		1.900,000		1.900,000	1.494,494	1.833,125
		Summe 1201		1.900,000	0,014	1.900,014	1.494,508	1.833,125
1/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kult.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):						
		BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)						
1/12028	11	Aufwendungen		0,014		0,014	5,000	9,248
1/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):						
1/12038	11	Aufwendungen		0,014		0,014	0,014	
1/12043	13	Kapitalbeteiligungen			0,014	0,014	0,014	
1/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):						
1/12057	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		673,850		673,850	575,119	
1/12058	*13*	*Aufwendungen*						188,817
		Summe 1205		673,850		673,850	575,119	188,817
		Summe 120	455,254	4.211,930	191,133	4.858,317	4.143,391	3.961,662
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand: *						
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
1/12203	11	Anlagen			0,125	0,125	0,125	0,547
1/12206	11	Förderungen		36,998		36,998	36,998	41,029
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		781,725		781,725	781,725	599,026
1/12208	11	Aufwendungen *		212,189		212,189	211,489	236,497
		Summe 1220		1.030,912	0,125	1.031,037	1.030,337	877,099

Anmerkungen:

1/12003 Hievon 2001 0,042 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
1/12008 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/12018 Hievon 2001 478,230 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe entsprechender Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12014.
1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 2001 0,700 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/12		**Bildung und Kultur:**					
		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					
2/120		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:					
		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.					
2/1200		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung):					
		Zentralleitung					
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	0,014	.....	0,014	0,014	.....
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen	14,586	.....	14,586	11,000	10,527
	11		*5,300*	.....	*5,300*	*1,700*	*2,352*
	43		*9,286*	.....	*9,286*	*9,300*	*8,174*
	13		.....	.....	.....	.....	.....
2/12007		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,070	0,070	0,070	.....
	43		.....	*0,070*	*0,070*	*0,070*	.....
	13		.....	.....	.....	.....	.....
2/12009		Bezugsvorschussersätze	.....	40,000	40,000	45,500	37,456
	23		.....	*19,780*	*19,780*	*22,500*	*10,988*
	43		.....	*20,220*	*20,220*	*23,000*	*26,468*
		Summe 1200...	14,600	40,070	54,670	56,584	47,982
2/1201		Einnahmen von der BIG:					
2/12014	11	Erfolgswirksame Einnahmen	478,244	.....	478,244	.....	.....
2/1202		BM f. Bild., Wiss. u. Kultur-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):					
		BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)					
2/12020	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	5,000	5,000
2/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):					
2/12030	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,014	0,042
2/1205		Museen (Anstalten öffentlichen Rechts):					
2/12054	13	Erfolgswirksame Einnahmen	75,004	.....	75,004	61,949	27,917
		Summe 120...	567,876	40,070	607,946	123,547	80,942
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:					
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:					
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ..... *	0,700	.....	0,700	5,000	4,986
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen	1,000	.....	1,000	1,000	0,911
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1220...	1,700	0,028	1,728	6,028	5,896

Anmerkungen:
2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.
2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen		.....	148, 674	.....	148, 674	148, 674	198, 489
1/1225		Allgemein bildendes Schulwesen:							
		allgemein Bildendes Schulwesen							
1/12256	11	Förderungen		.....	84, 353	.....	84, 353	84, 353	94, 006
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen		.....	1, 200	.....	1, 200	1, 200	1, 500
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen		.....	0, 918	.....	0, 918	0, 918	1, 056
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12293	13	Anlagen		.....	.....	0, 014	0, 014	0, 014	.....
1/12296	13	Förderungen		.....	0, 120	.....	0, 120	0, 120	.....
		Summe 1229...		.....	0, 120	0, 014	0, 134	0, 134	.....
1/1228		*Bibliothekarische Einrichtungen:*							
1/12286	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0, 092
		Summe 122...		.....	1. 266, 177	0, 139	1. 266, 316	1. 265, 616	1. 172, 242
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		9, 801	.....	.....	9, 801	9, 401	9, 071
1/12403	13	Anlagen		.....	.....	0, 638	0, 638	0, 638	0, 195
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 014	.....	0, 014	0, 007	.....
1/12408	13	Aufwendungen		.....	5, 358	.....	5, 358	5, 313	5, 926
		Summe 1240...		9, 801	5, 372	0, 638	15, 811	15, 359	15, 191
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		25, 359	.....	.....	25, 359	25, 359	24, 310
1/12413	11	Anlagen		.....	.....	1, 406	1, 406	1, 406	2, 153
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 231	.....	0, 231	0, 231	0, 226
1/12418	11	Aufwendungen		.....	17, 506	.....	17, 506	17, 506	18, 958
		Summe 1241...		25, 359	17, 737	1, 406	44, 502	44, 502	45, 646
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		11, 351	.....	.....	11, 351	15, 001	14, 406
1/12428	11	Aufwendungen		.....	65, 547	.....	65, 547	65, 547	65, 547
1/12423	*11*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0, 239	0, 130
1/12427	*11*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0, 579	0, 566
		Summe 1242...		11, 351	65, 547	.....	76, 898	81, 366	80, 648
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		48, 135	.....	.....	48, 135	48, 135	46, 206
1/12433	11	Anlagen		.....	.....	1, 805	1, 805	1, 805	1, 694
1/12437		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1, 540	.....	1, 540	1, 540	1, 450
	11			.....	*1, 076*	.....	*1, 076*	*1, 076*	*1, 024*
	22			.....	*0, 464*	.....	*0, 464*	*0, 464*	*0, 426*
1/12438	11	Aufwendungen		.....	31, 434	.....	31, 434	31, 434	33, 188
		Summe 1243...		48, 135	32, 974	1, 805	82, 914	82, 914	82, 537
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		169, 421	.....	.....	169, 421	204, 969	328, 087
1/12443	13	Anlagen		.....	.....	39, 221	39, 221	52, 520	158, 216
1/12446	13	Förderungen		.....	169, 709	.....	169, 709	115, 849	107, 458
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4, 771	.....	4, 771	5, 594	7, 513
1/12448	13	Aufwendungen		.....	314, 507	.....	314, 507	315, 739	417, 023
		Summe 1244...		169, 421	488, 987	39, 221	697, 629	694, 671	1. 018, 298

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,014	.....
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,134	.....	0,134	0,134	0,027
		Summe 122...		1,848	0,028	1,876	6,176	5,923
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,800	.....	5,800	5,800	5,738
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1240...		5,800	0,028	5,828	5,828	5,738
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,000	.....	23,000	23,000	22,762
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,042	0,005
		Summe 1241...		23,000	0,042	23,042	23,042	22,767
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		65,200	.....	65,200	65,200	65,262
2/12427	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,014	.....
		Summe 1242...		65,200	.....	65,200	65,214	65,262
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		12,300	.....	12,300	12,300	12,371
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,042	0,031
		Summe 1243...		12,300	0,042	12,342	12,342	12,402
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		6,006	.....	6,006	7,810	25,001
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1244...		6,006	0,028	6,034	7,838	25,001

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		1,500	.....	.....	1,500	1,700	2,682
1/12453	13	Anlagen		.....	.....	0,600	0,600	0,600	0,491
1/12456	13	Förderungen	*	.....	8,064	.....	8,064	7,056	5,522
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,014	.....
1/12458	13	Aufwendungen		.....	3,156	.....	3,156	4,456	17,550
		Summe 1245		1,500	11,234	0,600	13,334	13,826	26,245
1/1246		Nationalbibliothek: *Nationalbibliothek und Phonothek*							
1/12460	12	Personalausgaben		151,585	.....	.....	151,585	160,730	154,340
1/12463	12	Anlagen		.....	.....	28,992	28,992	36,747	44,702
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,200	.....	0,200	0,091	0,087
1/12468	12	Aufwendungen		.....	50,107	.....	50,107	56,807	65,596
		Summe 1246		151,585	50,307	28,992	230,884	254,375	264,724
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		112,040	.....	.....	112,040	112,040	107,635
1/12473	13	Anlagen		.....	.....	3,271	3,271	3,271	3,642
1/12476	13	Förderungen		.....	133,113	.....	133,113	133,113	162,078
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,177	.....	0,177	0,177	0,172
1/12478		Aufwendungen		.....	49,631	.....	49,631	49,631	58,380
	13			.....	*48,631*	.....	*48,631*	*48,631*	*55,034*
	43			.....	*1,000*	.....	*1,000*	*1,000*	*3,346*
		Summe 1247		112,040	182,921	3,271	298,232	298,232	331,907
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen		.....	.....	0,348	0,348	0,222	.....
1/12486	13	Förderungen	*	.....	44,106	.....	44,106	42,594	42,780
1/12488	13	Aufwendungen		.....	0,492	.....	0,492	1,618	.....
		Summe 1248		.....	44,598	0,348	44,946	44,434	42,780
1/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):							
1/12490	12	Personalausgaben		0,236	.....	.....	0,236	0,236	0,235
1/12493	12	Anlagen		.....	.....	0,500	0,500	0,500	0,467
1/12497	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,014	.....
1/12498	12	Aufwendungen		.....	6,000	.....	6,000	6,000	3,618
		Summe 1249		0,236	6,014	0,500	6,750	6,750	4,321
		Summe 124		529,428	905,691	76,781	1.511,900	1.536,429	1.912,297

Anmerkungen:

1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (5,270 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,064 Millionen Schilling) veranschlagt.

1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (32,850 Millionen Schilling) und 2/52180 (12,096 Millionen Schilling) veranschlagt.

1/12486 Hievon 2001 12,096 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 32,010 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):					
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	5,270	.....	5,270	6,770	12,945
2/1246		Nationalbibliothek:					
		Nationalbibliothek und Phonothek					
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen	1,700	.....	1,700	1,700	1,193
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	0,015
		Summe 1246...	1,700	0,042	1,742	1,742	1,208
2/1247		Bundesdenkmalamt:					
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen	0,154	.....	0,154	0,154	0,069
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	0,076
		Summe 1247...	0,154	0,042	0,196	0,196	0,145
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):					
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	32,850	.....	32,850	33,850	36,249
2/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):					
2/12490	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	6,750	.....	6,750	6,750	6,890
		Summe 124...	159,030	0,224	159,254	163,572	188,608

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
1/12600	11	Personalausgaben	808, 320	.....	.....	808, 320	707, 358	680, 779
1/12603	11	Anlagen	.....	.....	22, 918	22, 918	22, 143	18, 986
1/12607		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	92, 551	.....	92, 551	90, 220	85, 134
	11		.....	*80, 534*	.....	*80, 534*	*80, 132*	*75, 170*
	22		.....	*12, 017*	.....	*12, 017*	*10, 088*	*9, 964*
1/12608	11	Aufwendungen	.....	100, 844	.....	100, 844	88, 621	107, 254
		Summe 1260...	808, 320	193, 395	22, 918	1. 024, 633	908, 342	892, 152
1/1261		*Schulpsychologie - Bildungsberatung:* *						
1/12610	*11*	*Personalausgaben*	.....	.....	.....	.....	100, 962	97, 140
1/12613	*11*	*Anlagen*	.....	.....	.....	.....	0, 775	1, 020
1/12617		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	.....	.....	.....	.....	2, 331	2, 252
	11		.....	.....	.....	.....	*0, 493*	*0, 251*
	22		.....	.....	.....	.....	*1, 838*	*2, 001*
1/12618	*11*	*Aufwendungen*	.....	.....	.....	.....	17, 223	19, 464
		Summe 1261...	.....	.....	.....	.....	121, 291	119, 876
		Summe 126...	808, 320	193, 395	22, 918	1. 024, 633	1. 029, 633	1. 012, 029
1/127		Allgemein bildende Schulen: *allgemein Bildende Schulen*						
1/1270		Allgemein bildende höhere Schulen: *allgemein Bildende höhere Schulen*						
1/12700	11	Personalausgaben	12. 410, 166	.....	.....	12. 410, 166	12. 408, 965	11. 882, 193
1/12703	11	Anlagen	.....	.....	96, 840	96, 840	96, 840	93, 084
1/12707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	357, 485	.....	357, 485	357, 485	346, 629
	11		.....	*356, 135*	.....	*356, 135*	*356, 135*	*345, 330*
	21		.....	*1, 350*	.....	*1, 350*	*1, 350*	*1, 300*
1/12708		Aufwendungen	.....	642, 876	.....	642, 876	642, 876	686, 897
	11		.....	*641, 514*	.....	*641, 514*	*641, 514*	*685, 505*
	21		.....	*1, 362*	.....	*1, 362*	*1, 362*	*1, 392*
		Summe 1270...	12. 410, 166	1. 000, 361	96, 840	13. 507, 367	13. 506, 166	13. 008, 803
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
1/12710	11	Personalausgaben	280, 158	.....	.....	280, 158	280, 158	270, 099
1/12713	11	Anlagen	.....	.....	5, 025	5, 025	5, 025	7, 899
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	3, 275	.....	3, 275	3, 275	3, 171
1/12718	11	Aufwendungen	.....	31, 765	.....	31, 765	31, 765	31, 955
		Summe 1271...	280, 158	35, 040	5, 025	320, 223	320, 223	313, 124
1/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung): *allgemein Bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)*						
1/12723	11	Anlagen	.....	.....	10, 000	10, 000	10, 000	6, 217
1/12728	11	Aufwendungen	.....	22, 000	.....	22, 000	22, 000	16, 130
		Summe 1272...	.....	22, 000	10, 000	32, 000	32, 000	22, 347
1/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):						
1/12733	11	Anlagen	.....	.....	0, 100	0, 100	0, 100	0, 121
1/12738	11	Aufwendungen	.....	0, 300	.....	0, 300	0, 300	0, 112
		Summe 1273...	.....	0, 300	0, 100	0, 400	0, 400	0, 233
1/1274		Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:						
1/12740	11	Personalausgaben	103, 296	.....	.....	103, 296	103, 296	99, 498
1/12743	11	Anlagen	.....	.....	3, 922	3, 922	3, 922	4, 383
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0, 186	.....	0, 186	0, 186	0, 171
1/12748	11	Aufwendungen	.....	17, 178	.....	17, 178	17, 178	17, 547
		Summe 1274...	103, 296	17, 364	3, 922	124, 582	124, 582	121, 599

Anmerkungen:
1/1261 Ab dem BVA 2001 bei Paragraph 1/1260 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:					
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:					
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen	222,674	.....	222,674	198,000	198,262
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,056	0,056	0,028	0,033
		Summe 1260...	222,674	0,056	222,730	198,028	198,295
2/1261		*Schulpsychologie - Bildungsberatung:*					
2/12614	*11*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	18,103	17,918
2/12617	*11*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,028	0,001
		Summe 1261...	.....	.....	.....	18,131	17,919
		Summe 126...	222,674	0,056	222,730	216,159	216,214
2/127		Allgemein bildende Schulen: *allgemein Bildende Schulen*					
2/1270		Allgemein bildende höhere Schulen: *allgemein Bildende höhere Schulen*					
2/12704		Erfolgswirksame Einnahmen	42,500	.....	42,500	42,504	40,556
	11		*41,539*	.....	*41,539*	*41,543*	*39,594*
	21		*0,961*	.....	*0,961*	*0,961*	*0,962*
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,130	0,130	0,130	0,130
		Summe 1270...	42,500	0,130	42,630	42,634	40,686
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:					
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen	39,600	.....	39,600	39,600	39,237
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	0,001
		Summe 1271...	39,600	0,042	39,642	39,642	39,238
2/1272		Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung): *allgemein Bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)*					
2/12720	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	32,000	.....	32,000	32,000	32,119
2/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):					
2/12730	11	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen	0,400	.....	0,400	0,400	0,562
2/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:					
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen	7,500	.....	7,500	7,500	7,473
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	.....
		Summe 1274...	7,500	0,042	7,542	7,542	7,473

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:						
		allgemein Bildende Pflichtschulen						
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	36.793,733	.....	36.793,733	36.189,931	35.485,928
1/12758	11	Aufwendungen	.....	3,144	.....	3,144	3,144	4,706
		Summe 1275...	.....	36.796,877	.....	36.796,877	36.193,075	35.490,634
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):						
		Bundesschülerheime (allgemein Bildende)						
1/12760	11	Personalausgaben	66,351	.....	.....	66,351	66,351	63,876
1/12763	11	Anlagen	.....	.....	1,496	1,496	1,496	2,062
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	0,136	.....	0,136	0,136	0,132
1/12768	11	Aufwendungen	.....	23,265	.....	23,265	23,265	21,472
		Summe 1276...	66,351	23,401	1,496	91,248	91,248	87,542
1/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):						
1/12773	11	Anlagen	.....	.....	0,030	0,030	0,030	0,011
1/12778	11	Aufwendungen	.....	0,400	.....	0,400	0,400	0,259
		Summe 1277...	.....	0,400	0,030	0,430	0,430	0,270
1/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):						
		Bundesschülerheime (allgemein Bildende) (zweckgeb. Gebarung)						
1/12783	11	Anlagen	.....	.....	0,028	0,028	0,028	.....
1/12788	11	Aufwendungen	.....	0,336	.....	0,336	0,336	0,233
		Summe 1278...	.....	0,336	0,028	0,364	0,364	0,233
		Summe 127...	12.859,971	37.896,079	117,441	50.873,491	50.268,488	49.044,785
1/128		Berufsbildende Schulen:						
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
1/12800	11	Personalausgaben	5.160,808	.....	.....	5.160,808	5.160,808	4.975,206
1/12803	11	Anlagen	.....	.....	105,005	105,005	105,005	134,280
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	66,917	.....	66,917	66,917	65,336
1/12808		Aufwendungen	.....	380,632	.....	380,632	380,632	394,906
	11		.....	*380,618*	.....	*380,618*	*380,618*	*394,906*
	21		.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,014*	.....
		Summe 1280...	5.160,808	447,549	105,005	5.713,362	5.713,362	5.569,728
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
1/12810	11	Personalausgaben	3.530,328	.....	.....	3.530,328	3.530,328	3.384,375
1/12813	11	Anlagen	.....	.....	48,147	48,147	48,147	54,701
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	102,198	.....	102,198	102,198	99,335
1/12818	11	Aufwendungen	.....	262,215	.....	262,215	262,215	270,396
		Summe 1281...	3.530,328	364,413	48,147	3.942,888	3.942,888	3.808,808
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
1/12820	11	Personalausgaben	3.772,229	.....	.....	3.772,229	3.772,229	3.616,727
1/12823	11	Anlagen	.....	.....	43,947	43,947	43,947	57,252
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	.....	78,334	.....	78,334	78,334	76,194
1/12828		Aufwendungen	.....	202,375	.....	202,375	202,375	210,597
	11		.....	*202,361*	.....	*202,361*	*202,361*	*210,597*
	21		.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,014*	.....
		Summe 1282...	3.772,229	280,709	43,947	4.096,885	4.096,885	3.960,770
1/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):						
1/12833	11	Anlagen	.....	.....	13,971	13,971	13,250	11,241
1/12838	11	Aufwendungen	.....	59,314	.....	59,314	59,500	57,477
		Summe 1283...	.....	59,314	13,971	73,285	72,750	68,718

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1275		Allgemein bildende Pflichtschulen:						
		allgemein Bildende Pflichtschulen						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,010	0,009
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemein bildende):						
		Bundesschülerheime (allgemein Bildende)						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen		26,771	.....	26,771	26,771	26,606
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,042	.....
		Summe 1276...		26,771	0,042	26,813	26,813	26,606
2/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):						
2/12770	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,430	.....	0,430	0,430	0,439
2/1278		Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung):						
		Bundesschülerheime (allgemein Bildende) (zweckgeb. Gebarung)						
2/12780	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,364	.....	0,364	0,364	0,516
		Summe 127...		149,579	0,256	149,835	149,835	147,647
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804		Erfolgswirksame Einnahmen		7,820	.....	7,820	7,820	7,706
	11			*7,820*	.....	*7,820*	*7,820*	*7,706*
	21			.....	.....	.....	.....	.....
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,056	0,190
		Summe 1280...		7,820	0,056	7,876	7,876	7,896
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		2,200	.....	2,200	2,200	2,137
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,042	0,042
		Summe 1281...		2,200	0,042	2,242	2,242	2,179
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824		Erfolgswirksame Einnahmen		1,483	.....	1,483	1,483	1,321
	11			*1,469*	.....	*1,469*	*1,469*	*1,321*
	21			*0,014*	.....	*0,014*	*0,014*	.....
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,028	0,055
		Summe 1282...		1,483	0,028	1,511	1,511	1,376
2/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):						
2/12830	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		73,285	.....	73,285	72,750	74,500

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):							
1/12843	11	Anlagen		.....	.....	3,875	3,875	3,773	2,819
1/12848	11	Aufwendungen		.....	67,401	.....	67,401	62,000	59,944
		Summe 1284...		.....	67,401	3,875	71,276	65,773	62,764
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:							
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	1.411,895	.....	1.411,895	1.411,895	1.363,754
1/12858	11	Aufwendungen		.....	1,679	.....	1,679	1,679	1,912
		Summe 1285...		.....	1.413,574	.....	1.413,574	1.413,574	1.365,666
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):							
1/12860	11	Personalausgaben		64,376	.....	.....	64,376	64,376	61,945
1/12863	11	Anlagen		.....	.....	3,145	3,145	3,145	3,008
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0,070	.....	0,070	0,045	0,041
1/12868	11	Aufwendungen		.....	35,214	.....	35,214	35,214	32,255
		Summe 1286...		64,376	35,284	3,145	102,805	102,780	97,250
1/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):							
1/12873	11	Anlagen		.....	.....	4,209	4,209	2,750	2,757
1/12878	11	Aufwendungen		.....	6,237	.....	6,237	2,870	2,863
		Summe 1287...		.....	6,237	4,209	10,446	5,620	5,620
1/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12883	11	Anlagen		.....	.....	0,130	0,130	0,130	0,142
1/12888	11	Aufwendungen		.....	0,308	.....	0,308	0,308	0,076
		Summe 1288...		.....	0,308	0,130	0,438	0,438	0,218
		Summe 128...		12.527,741	2.674,789	222,429	15.424,959	15.414,070	14.939,541
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/1290		Pädagogische Akademien:							
1/12900	11	Personalausgaben		953,207	.....	.....	953,207	952,757	919,717
1/12903	11	Anlagen		.....	.....	11,199	11,199	11,199	11,483
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	93,841	.....	93,841	93,841	90,977
1/12908	11	Aufwendungen		.....	87,000	.....	87,000	87,000	86,476
		Summe 1290...		953,207	180,841	11,199	1.145,247	1.144,797	1.108,653
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:							
1/12910	11	Personalausgaben		666,938	.....	.....	666,938	666,938	639,354
1/12913	11	Anlagen		.....	.....	5,950	5,950	5,950	7,979
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	39,425	.....	39,425	39,425	38,691
1/12918	11	Aufwendungen		.....	75,334	.....	75,334	75,334	73,775
		Summe 1291...		666,938	114,759	5,950	787,647	787,647	759,799
1/1292		Berufspädagogische Akademien:							
1/12920	11	Personalausgaben		68,169	.....	.....	68,169	67,369	64,952
1/12923	11	Anlagen		.....	.....	2,460	2,460	2,460	3,067
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	6,463	.....	6,463	6,463	6,324
1/12928	11	Aufwendungen		.....	11,975	.....	11,975	11,975	12,081
		Summe 1292...		68,169	18,438	2,460	89,067	88,267	86,424
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:							
1/12930	11	Personalausgaben		43,418	.....	.....	43,418	42,969	41,287
1/12933	11	Anlagen		.....	.....	1,881	1,881	1,881	2,087
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	21,811	.....	21,811	21,811	21,481
1/12938	11	Aufwendungen		.....	12,853	.....	12,853	12,853	13,128
		Summe 1293...		43,418	34,664	1,881	79,963	79,514	77,983

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):					
2/12840	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	71,276	.....	71,276	65,773	65,797
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:					
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,014	.....
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):					
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen	51,427	.....	51,427	51,427	50,663
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	0,008
		Summe 1286...	51,427	0,042	51,469	51,469	50,671
2/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):					
2/12870	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	10,446	.....	10,446	5,620	8,934
2/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):					
2/12880	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,438	.....	0,438	0,438	0,208
		Summe 128...	218,389	0,168	218,557	207,693	211,560
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:					
2/1290		Pädagogische Akademien:					
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen	3,208	.....	3,208	3,208	3,126
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1290...	3,208	0,028	3,236	3,236	3,126
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:					
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen	13,600	.....	13,600	13,600	13,558
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1291...	13,600	0,028	13,628	13,628	13,558
2/1292		Berufspädagogische Akademien:					
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,392	.....	0,392	0,392	0,194
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,028	0,001
		Summe 1292...	0,392	0,028	0,420	0,420	0,195
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:					
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,427	.....	0,427	0,427	0,179
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,042	0,045
		Summe 1293...	0,427	0,042	0,469	0,469	0,224

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		135,916	.....	.....	135,916	135,916	131,115
1/12943	11	Anlagen		.....	.....	2,834	2,834	2,834	3,329
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	151,334	.....	151,334	151,334	148,517
1/12948	11	Aufwendungen		.....	62,495	.....	62,495	62,495	69,060
		Summe 1294		135,916	213,829	2,834	352,579	352,579	352,021
1/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12953	11	Anlagen		.....	.....	0,530	0,530	0,530	0,531
1/12958	11	Aufwendungen		.....	1,270	.....	1,270	1,270	1,265
		Summe 1295		.....	1,270	0,530	1,800	1,800	1,796
1/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):							
1/12963	11	Anlagen		.....	.....	0,170	0,170	0,170	0,170
1/12968	11	Aufwendungen		.....	0,406	.....	0,406	0,392	0,277
		Summe 1296		.....	0,406	0,170	0,576	0,562	0,447
1/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12973	11	Anlagen		.....	.....	0,100	0,100	0,100	0,100
1/12978	11	Aufwendungen		.....	0,300	.....	0,300	0,300	0,185
		Summe 1297		.....	0,300	0,100	0,400	0,400	0,285
1/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):							
1/12983	11	Anlagen		.....	.....	0,028	0,028	0,028	.....
1/12988	11	Aufwendungen		.....	0,266	.....	0,266	0,266	0,029
		Summe 1298		.....	0,266	0,028	0,294	0,294	0,029
1/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):							
1/12993	11	Anlagen		.....	.....	0,041	0,041	0,041	0,041
1/12998	11	Aufwendungen		.....	2,000	.....	2,000	2,000	2,044
		Summe 1299		.....	2,000	0,041	2,041	2,041	2,085
		Summe 129		1.867,648	566,773	25,193	2.459,614	2.457,901	2.389,523
		Gesamtausgaben 12		29.048,362	47.714,834	656,034	77.419,230	76.115,528	74.432,078

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,140	.....	0,140	0,140	0,050
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,028	.....
		Summe 1294...		0,140	0,028	0,168	0,168	0,050
2/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12950	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,800	.....	1,800	1,800	2,520
2/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):						
2/12960	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,576	.....	0,576	0,562	0,829
2/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12970	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,400	.....	0,400	0,400	0,237
2/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):						
2/12980	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,294	.....	0,294	0,294	0,030
2/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):						
2/12990	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,041	.....	2,041	2,041	1,728
		Summe 129...		22,878	0,154	23,032	23,018	22,496
		Gesamteinnahmen 12...		1.342,274	40,956	1.383,230	890,000	873,388

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/13		**Kunst:**							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen		.....	.....	2,541	2,541	2,541	2,873
1/13006		Förderungen		.....	79,874	.....	79,874	115,154	71,561
	13			.....	*79,874*	.....	*79,874*	*79,874*	*71,561*
	22			.....	.....	.....	.....	*35,280*	.....
1/13008	13	Aufwendungen		.....	20,874	.....	20,874	20,050	26,374
		Summe 1300...		.....	100,748	2,541	103,289	137,745	100,808
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen		.....	432,065	.....	432,065	432,065	495,259
1/13018	13	Aufwendungen		.....	72,784	.....	72,784	73,608	76,931
		Summe 1301...		.....	504,849	.....	504,849	505,673	572,190
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen		.....	.....	0,028	0,028	0,018	.....
1/13026	13	Förderungen		.....	119,770	.....	119,770	119,780	160,596
1/13028	13	Aufwendungen		.....	4,650	.....	4,650	4,650	7,152
		Summe 1302...		.....	124,420	0,028	124,448	124,448	167,748
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/13033	13	Anlagen		.....	.....	5,000	5,000	5,000	4,998
1/13035	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,050	0,050	0,050	.....
1/13036	13	Förderungen		.....	102,440	.....	102,440	88,160	73,517
1/13038	13	Aufwendungen		.....	6,800	.....	6,800	6,800	5,459
		Summe 1303...		.....	109,240	5,050	114,290	100,010	83,974
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen		.....	.....	2,120	2,120	2,120	1,400
1/13045	13	Förderungen (D)		.....	.....	0,014	0,014	0,007	.....
1/13046	13	Förderungen		.....	168,349	.....	168,349	168,356	218,322
1/13048	13	Aufwendungen		.....	8,610	.....	8,610	8,610	10,761
		Summe 1304...		.....	176,959	2,134	179,093	179,093	230,483
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen		.....	35,280	.....	35,280	.....	40,000
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen		.....	2,890	.....	2,890	2,890	2,276
1/13068	13	Aufwendungen		.....	3,021	.....	3,021	3,021	4,120
		Summe 1306...		.....	5,911	.....	5,911	5,911	6,396
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen: *Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit*							
1/13076	13	Förderungen		.....	44,100	.....	44,100	44,100	49,172
1/13078	13	Aufwendungen		.....	0,882	.....	0,882	0,882	1,998
		Summe 1307...		.....	44,982	.....	44,982	44,982	51,170
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen		.....	0,748	.....	0,748	0,028	0,627
1/1309		Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13096	13	Förderungen		.....	0,112	.....	0,112	0,090	.....
1/13098	13	Aufwendungen		.....	0,778	.....	0,778	0,800	.....
		Summe 1309...		.....	0,890	.....	0,890	0,890	.....
		Summe 130...		.....	1.104,027	9,753	1.113,780	1.098,780	1.253,395

Anmerkungen:
1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (114,240 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/13		**Kunst:**						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,003	.....
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen		.....	0,050	0,050	0,050	.....
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	.....	0,120	0,120	0,102
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen		.....	0,014	0,014	0,007	.....
		Summe 1304...		0,120	0,014	0,134	0,127	0,102
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,006	.....
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,007	.....
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,014	.....
2/1309		Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13094	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
		Summe 130...		0,246	0,064	0,310	0,211	0,102

Anmerkungen:
2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/2001, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):						
1/1310		Amt der Bundestheater:						
1/13100	13	Personalausgaben	50,370	.....	.....	50,370	45,370	14,901
1/13105		Bezugsvorschüsse	.....	.....	0,300	0,300	0,300	.....
	13		.....	.....	*0,150*	*0,150*	*0,150*	.....
	23		.....	.....	*0,150*	*0,150*	*0,150*	.....
1/13107	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	1,250	.....	1,250	1,250	0,410
1/13108	13	Aufwendungen	.....	0,286	.....	0,286	0,288	0,031
		Summe 1310...	50,370	1,536	0,300	52,206	47,208	15,342
1/1311		Bundestheatergesellschaften:						
1/13117	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	1.839,000	.....	1.839,000	1.839,000	648,530
1/13118	13	Aufwendungen	.....	0,014	.....	0,014	0,012	.....
1/13113	*13*	*Kapitalbeteiligungen*	.....	.....	.....	.....	.....	10,000
		Summe 1311...	.....	1.839,014	.....	1.839,014	1.839,012	658,530
		Summe 131...	50,370	1.840,550	0,300	1.891,220	1.886,220	673,872
		Gesamtausgaben 13...	50,370	2.944,577	10,053	3.005,000	2.985,000	1.927,268

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/131		Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1310		Amt der Bundestheater:						
2/13104	13	Erfolgswirksame Einnahmen		36,565	.....	36,565	31,565	13,075
2/13109		Darlehensrückzahlungen		.....	0,220	0,220	0,220	0,073
	13			.....	*0,110*	*0,110*	*0,180*	*0,059*
	23			.....	*0,110*	*0,110*	*0,040*	*0,013*
		Summe 1310...		36,565	0,220	36,785	31,785	13,147
2/1311		Bundestheatergesellschaften:						
2/13114	13	Erfolgswirksame Einnahmen		1,905	.....	1,905	2,004	.....
		Summe 131...		38,470	0,220	38,690	33,789	13,147
		Gesamteinnahmen 13...		38,716	0,284	39,000	34,000	13,250

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/14		**Wissenschaft:**						
		Wissenschaft und Forschung						
1/140		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:						
		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr						
1/1400		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft):						
		Verwaltungsbereich Wissenschaft						
1/14000	43	Personalausgaben	228,618	...	...	228,618	235,153	244,159
1/14003	43	Anlagen	...	...	8,624	8,624	7,686	9,878
1/14005		Bezugsvorschüsse	...	...	19,000	19,000	19,000	17,769
	23		...	...	*6,500*	*6,500*	*6,500*	*6,077*
	43		...	...	*12,500*	*12,500*	*12,500*	*11,692*
1/14006	43	Förderungen	...	6,869	...	6,869	6,319	7,600
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	...	2,711	...	2,711	2,807	2,577
	22		...	*2,633*	...	*2,633*	*2,743*	*2,544*
	43		...	*0,078*	...	*0,078*	*0,064*	*0,033*
1/14008	43	Aufwendungen *	...	85,781	...	85,781	86,582	108,000
		Summe 1400	228,618	95,361	27,624	351,603	357,547	389,982
1/14018	12	Zahlungen an die BIG	...	1.900,000	...	1.900,000	1.494,436	1.899,606
1/1402		*Amt des BFPZ Arsenal:*						
1/14020	*12*	*Personalausgaben*	...	...	...	...	22,035	64,812
1/14027	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	...	...	...	...	0,550	1,817
1/14028	*12*	*Aufwendungen*	...	...	...	...	0,362	2,134
		Summe 1402	...	...	...	...	22,947	68,763
		Summe 140	228,618	1.995,361	27,624	2.251,603	1.874,930	2.358,351
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
1/14106	12	Förderungen	...	281,000	...	281,000	281,000	313,410
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	...	1.567,450	...	1.567,450	1.567,450	1.450,210
1/14108	12	Aufwendungen	...	713,388	...	713,388	853,388	937,337
		Summe 1410	...	2.561,838	...	2.561,838	2.701,838	2.700,957
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:						
1/14116	12	Förderungen	...	37,176	...	37,176	37,176	39,809
1/14117		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	...	8,300	...	8,300	8,100	6,983
	12		...	*1,000*	...	*1,000*	*1,000*	*0,180*
	43		...	*7,300*	...	*7,300*	*7,100*	*6,803*
1/14118	12	Aufwendungen	...	31,668	...	31,668	31,668	34,153
		Summe 1411	...	77,144	...	77,144	76,944	80,945
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:						
1/14126	12	Förderungen	...	3,160	...	3,160	3,160	3,795
1/1413		Forschungsvorhaben:						
1/14138	12	Aufwendungen	...	106,776	...	106,776	156,783	179,928
1/14136	*12*	*Förderungen*	...	...	...	...	5,320	48,541
		Summe 1413	...	106,776	...	106,776	162,103	228,469
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:						
1/14146	12	Förderungen	...	70,500	...	70,500	204,376	860,000
1/1416		Forschungseinrichtungen:						
1/14166	12	Förderungen	...	155,989	...	155,989	170,989	163,390
1/14168	12	Aufwendungen	...	0,014	...	0,014	6,360	33,643
		Summe 1416	...	156,003	...	156,003	177,349	197,033

Anmerkungen:
1/14008 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/14		**Wissenschaft:**						
		Wissenschaft und Forschung						
2/140		Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:						
		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr						
2/1400		Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft):						
		Verwaltungsbereich Wissenschaft						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,007	.....
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,588	.....	2,588	2,588	1,968
	21			*0,014*	.....	*0,014*	*0,013*	.....
	43			*2,574*	.....	*2,574*	*2,575*	*1,968*
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,042	.....
2/14009		Bezugsvorschussersätze		.....	27,000	27,000	27,000	17,185
	23			.....	*5,600*	*5,600*	*5,600*	*4,860*
	43			.....	*21,400*	*21,400*	*21,400*	*12,325*
		Summe 1400...		2,602	27,042	29,644	29,637	19,153
2/1402		*Amt des BFPZ Arsenal*:						
2/14024	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,010	69,792
		Summe 140...		2,602	27,042	29,644	29,647	88,945
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195	.....	0,195	0,195	0,145
	12			*0,104*	.....	*0,104*	*0,104*	*0,061*
	23			*0,091*	.....	*0,091*	*0,091*	*0,085*
2/14109		Darlehensrückzahlungen		.....	0,260	0,260	0,260	0,135
	12			.....	*0,120*	*0,120*	*0,120*	.....
	23			.....	*0,140*	*0,140*	*0,140*	*0,135*
		Summe 1410...		0,195	0,260	0,455	0,455	0,281

Anmerkungen:
2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen		.....	456, 921	.....	456, 921	456, 921	429, 550
1/14178		Aufwendungen		.....	130, 051	.....	130, 051	93, 385	86, 000
	12			.....	*119, 521*	.....	*119, 521*	*82, 855*	*75, 399*
	43			.....	*10, 530*	.....	*10, 530*	*10, 530*	*10, 601*
		Summe 1417	..	.....	586, 972	.....	586, 972	550, 306	515, 550
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen		.....	66, 993	.....	66, 993	77, 000	74, 427
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	40, 014	.....	40, 014	222, 000	212, 420
1/14188		Aufwendungen		.....	176, 352	.....	176, 352	201, 352	202, 046
	12			.....	*122, 836*	.....	*122, 836*	*124, 717*	*90, 245*
	43			.....	*53, 516*	.....	*53, 516*	*76, 635*	*111, 800*
		Summe 1418	..	.....	283, 359	.....	283, 359	500, 352	488, 893
1/1415		*Anwendungsorientierte Forschung:*							
1/14156	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	15, 096
1/14157		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*	..	.....	.....	.....	.....	170, 080	242, 849
	12			.....	.....	.....	.....	*100, 000*	*189, 239*
	43			.....	.....	.....	.....	*70, 080*	*53, 610*
1/14158	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	398, 446
		Summe 1415	..	.....	.....	.....	.....	170, 080	656, 391
1/1419		*Forschungsunternehmungen:*							
1/14196	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	88, 261	368, 561
1/14198	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	33, 000	172, 782
		Summe 1419	..	.....	.....	.....	.....	121, 261	541, 343
		Summe 141	..	.....	3. 845, 752	.....	3. 845, 752	4. 667, 769	6. 273, 375
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		12. 401, 627	.....	.....	12. 401, 627	12. 201, 627	11. 438, 464
1/14203	12	Anlagen		.....	.....	1. 285, 249	1. 285, 249	453, 400	1. 193, 699
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	761, 000	.....	761, 000	761, 000	725, 634
1/14208		Aufwendungen		.....	7. 358, 719	.....	7. 358, 719	6. 252, 775	3. 524, 701
	12			.....	*7. 358, 705*	.....	*7. 358, 705*	*6. 252, 729*	*3. 524, 700*
	21			.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	*0, 046*	*0, 002*
		Summe 1420	..	12. 401, 627	8. 119, 719	1. 285, 249	21. 806, 595	19. 668, 802	16. 882, 498
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		53, 923	.....	.....	53, 923	54, 000	65, 980
1/14213	12	Anlagen		.....	.....	25, 000	25, 000	25, 000	20, 256
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	40, 000	.....	40, 000	40, 000	49, 482
1/14218	12	Aufwendungen		.....	189, 901	.....	189, 901	190, 000	171, 477
		Summe 1421	..	53, 923	229, 901	25, 000	308, 824	309, 000	307, 195
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0, 042	.....	.....	0, 042	0, 021	.....
1/14223	12	Anlagen		.....	.....	0, 014	0, 014	0, 007	.....
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0, 014	.....	0, 014	0, 007	.....
1/14228	12	Aufwendungen		.....	0, 302	.....	0, 302	0, 302	0, 224
		Summe 1422	..	0, 042	0, 316	0, 014	0, 372	0, 337	0, 224
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		1, 548	.....	.....	1, 548	1, 548	2, 202
1/14233	12	Anlagen		.....	.....	3, 294	3, 294	8, 294	0, 664
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0, 056	.....	0, 056	0, 028	0, 003
1/14238	12	Aufwendungen		.....	15, 277	.....	15, 277	25, 277	23, 786
		Summe 1423	..	1, 548	15, 333	3, 294	20, 175	35, 147	26, 655

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:					
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,007	.....
2/1415		*Anwendungsorientierte Forschung:*					
2/14150	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	250,000
2/14154	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1415	.....	.....	.....	.....	250,000
2/1416		*Forschungseinrichtungen:*					
2/14164	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,049
		Summe 141	0,209	0,260	0,469	0,462	250,330
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:					
2/1420		Universitäten:					
2/14204		Erfolgswirksame Einnahmen	125,141	.....	125,141	114,587	40,080
	12		*125,127*	.....	*125,127*	*114,580*	*40,080*
	21		*0,014*	.....	*0,014*	*0,007*	.....
2/14205	12	Studienbeiträge	976,000	.....	976,000	.....	.....
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	1,000	1,000	1,000	0,263
		Summe 1420	1.101,141	1,000	1.102,141	115,587	40,343
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):					
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	308,796	.....	308,796	308,972	351,212
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,028	0,136
		Summe 1421	308,796	0,028	308,824	309,000	351,347
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):					
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,372	.....	0,372	0,337	0,609
2/1423		Bibliotheken:					
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen	0,140	.....	0,140	0,100	0,075
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,028	0,028	0,014	.....
		Summe 1423	0,140	0,028	0,168	0,114	0,075

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		221,474	.....	.....	221,474	221,474	215,024
1/14243	12	Anlagen		.....	.....	29,830	29,830	21,596	32,141
1/14247		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,600	.....	0,600	0,600	0,357
	12			.....	*0,212*	.....	*0,212*	*0,212*	*0,178*
	21			.....	*0,388*	.....	*0,388*	*0,388*	*0,180*
1/14248		Aufwendungen	*	.....	80,538	.....	80,538	80,538	120,232
	12			.....	*80,378*	.....	*80,378*	*80,378*	*120,070*
	21			.....	*0,160*	.....	*0,160*	*0,160*	*0,162*
		Summe 1424		221,474	81,138	29,830	332,442	324,208	367,754
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,112	.....	.....	0,112	0,056	.....
1/14253	12	Anlagen		.....	.....	0,042	0,042	0,021	.....
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,056	.....	0,056	0,028	.....
1/14258	12	Aufwendungen		.....	0,182	.....	0,182	0,153	0,041
		Summe 1425		0,112	0,238	0,042	0,392	0,258	0,041
1/14268	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 142		12.678,726	8.446,645	1.343,429	22.468,800	20.337,752	17.584,367
1/143		Universitäten der Künste:							
1/1430		Universitäten der Künste:							
1/14300	13	Personalausgaben		1.323,656	.....	.....	1.323,656	1.323,656	1.232,003
1/14303	13	Anlagen		.....	.....	70,027	70,027	42,000	105,422
1/14306	13	Förderungen		.....	4,739	.....	4,739	4,739	5,700
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	196,000	.....	196,000	225,000	210,987
1/14308	13	Aufwendungen		.....	294,000	.....	294,000	279,000	288,347
		Summe 1430		1.323,656	494,739	70,027	1.888,422	1.874,395	1.842,458
1/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		1,000	.....	.....	1,000	1,000	1,499
1/14313	13	Anlagen		.....	.....	3,300	3,300	3,300	5,675
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,200	.....	1,200	1,200	1,694
1/14318	13	Aufwendungen		.....	16,500	.....	16,500	16,500	19,441
		Summe 1431		1,000	17,700	3,300	22,000	22,000	28,310
		Summe 143		1.324,656	512,439	73,327	1.910,422	1.896,395	1.870,768
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen		.....	.....	0,500	0,500	0,500	0,451
1/14606	12	Förderungen		.....	1.100,000	.....	1.100,000	846,106	704,900
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,150	.....	0,150	0,150	.....
1/14608	12	Aufwendungen		.....	8,773	.....	8,773	8,773	9,474
		Summe 146		.....	1.108,923	0,500	1.109,423	855,529	714,824
		Gesamtausgaben 14		14.232,000	15.909,120	1.444,880	31.586,000	29.632,375	28.801,686

Anmerkungen:

1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gebunden.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		2,800	.....	2,800	1,412	2,683
	12			*2,734*	.....	*2,734*	*1,360*	*2,586*
	21			*0,066*	.....	*0,066*	*0,052*	*0,097*
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,007	.....
		Summe 1424...		2,800	0,014	2,814	1,419	2,683
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,392	.....	0,392	0,258	0,055
		Summe 142...		1.413,641	1,070	1.414,711	426,715	395,112
2/143		Universitäten der Künste:						
2/1430		Universitäten der Künste:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		47,000	.....	47,000	46,000	40,055
2/14305	13	Studienbeiträge		24,000	.....	24,000	.....	.....
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,060	0,060	0,060	0,152
		Summe 1430...		71,000	0,060	71,060	46,060	40,208
2/1431		Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		21,986	.....	21,986	21,990	22,647
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,010	.....
		Summe 1431...		21,986	0,014	22,000	22,000	22,647
		Summe 143...		92,986	0,074	93,060	68,060	62,855
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,088	.....	0,088	0,102	1,546
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,014	.....
		Summe 146...		0,088	0,028	0,116	0,116	1,546
		Gesamteinnahmen 14...		1.509,526	28,474	1.538,000	525,000	798,787

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/15		**Soziale Sicherheit und Generationen:**							
		Soziales							
1/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:							
		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		468, 281	.....	.....	468, 281	462, 663	431, 072
1/15003	43	Anlagen		.....	.....	35, 152	35, 152	29, 057	27, 110
1/15004	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	20, 681	.....	20, 681	0, 001	.....
1/15006		Förderungen	*	.....	98, 590	.....	98, 590	125, 282	61, 764
	12			.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	*0, 001*	*0, 280*
	21			.....	*40, 000*	.....	*40, 000*	*43, 500*	*24, 668*
	22			.....	*58, 576*	.....	*58, 576*	*81, 781*	*36, 816*
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	66, 715	.....	66, 715	64, 950	83, 177
	21			.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	.....	.....
	22			.....	*6, 194*	.....	*6, 194*	*6, 181*	*6, 422*
	43			.....	*60, 507*	.....	*60, 507*	*58, 769*	*76, 755*
1/15008		Aufwendungen		.....	277, 679	.....	277, 679	254, 145	203, 208
	12			.....	*8, 201*	.....	*8, 201*	*9, 699*	*8, 058*
	22			.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	*0, 001*	.....
	43			.....	*269, 464*	.....	*269, 464*	*244, 445*	*195, 150*
		Summe 1500		468, 281	463, 665	35, 152	967, 098	936, 098	806, 330
1/1501		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/15016	22	Förderungen		.....	0, 056	.....	0, 056	0, 016	68, 392
1/15018	22	Aufwendungen		.....	0, 056	.....	0, 056	0, 016	306, 882
		Summe 1501		.....	0, 112	.....	0, 112	0, 032	375, 274
1/15045		Bezugsvorschüsse		.....	.....	2, 657	2, 657	3, 524	5, 428
	23			.....	.....	*0, 056*	*0, 056*	*0, 028*	.....
	43			.....	.....	*2, 601*	*2, 601*	*3, 496*	*5, 428*
1/1502		*Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):*							
1/15023	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	0, 753
1/15027	*43*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15028	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0, 013
		Summe 1502		.....	.....	.....	.....	.....	0, 766
1/15057	*22*	*Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik*		.....	.....	.....	.....	.....	2. 924, 812
		Summe 150		468, 281	463, 777	37, 809	969, 867	939, 654	4. 112, 611
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge		.....	15, 800	.....	15, 800	16, 000	14, 815
1/15127	22	Versorgungsgebühren		.....	187, 200	.....	187, 200	199, 700	201, 094
1/15137	22	Entschädigungen		.....	0, 300	.....	0, 300	0, 400	0, 126
1/15147	22	Orthopädische Versorgung		.....	0, 200	.....	0, 200	0, 200	0, 127
1/15158	22	Aufwendungen		.....	2, 700	.....	2, 700	2, 740	2, 585
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen		.....	25, 000	.....	25, 000	25, 000	15, 000
		Summe 151		.....	231, 200	.....	231, 200	244, 040	233, 747
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	9, 000	.....	9, 000	8, 500	8, 040
1/15217	21	Heilfürsorge		.....	2, 000	.....	2, 000	2, 200	0, 138
1/15227	22	Orthopädische Versorgung		.....	0, 400	.....	0, 400	0, 350	0, 189
1/15237	22	Rehabilitation		.....	0, 200	.....	0, 200	0, 030	.....
1/15248	22	Aufwendungen		.....	0, 550	.....	0, 550	0, 400	0, 335
1/15255	22	Darlehen		.....	.....	0, 060	0, 060	0, 004	.....
1/15269	22	Aufwendungen (B)		.....	.....	11, 300	11, 300	11, 300	8, 956
		Summe 152		.....	12, 150	11, 360	23, 510	22, 784	17, 659

Anmerkungen:
1/15006 Hievon 2001 0, 030 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/15		**Soziale Sicherheit und Generationen:**					
		Soziales					
2/150		BM für soziale Sicherheit und Generationen:					
		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales					
2/1500		Zentralleitung:					
2/15000		Zentralleitung; zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen	0,030	.....	0,030	0,020	0,001
	22		*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	43		*0,016*	.....	*0,016*	*0,019*	*0,001*
2/15004		Erfolgswirksame Einnahmen	21,308	.....	21,308	11,486	30,775
	21		*0,028*	.....	*0,028*	.....	.....
	22		*0,042*	.....	*0,042*	*0,006*	*0,018*
	43		*21,238*	.....	*21,238*	*11,480*	*30,757*
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,196	0,196	0,080	0,060
		Summe 1500...	21,338	0,196	21,534	11,586	30,836
2/15049		Bezugsvorschussersätze	.....	3,904	3,904	4,891	6,985
	23		.....	*0,332*	*0,332*	*0,387*	*0,584*
	43		.....	*3,572*	*3,572*	*4,504*	*6,401*
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht	15,200	.....	15,200	14,600	14,720
2/1502		*Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.)*:					
2/15020	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	1,100
2/15064	*22*	*Überweisungen vom AMS*	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 150...	36,538	4,100	40,638	31,077	53,641
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:					
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,220	.....	0,220	0,170	0,215
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:					
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,200	.....	0,200	0,170	0,159
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen	.....	0,060	0,060	0,010	.....
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen	.....	1,000	1,000	0,940	0,972
		Summe 152...	0,200	1,060	1,260	1,120	1,131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:						
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz	.....	29,000	.....	29,000	27,500	25,962
1/15327	22	Kleinrentnerentschädigung	.....	1,800	.....	1,800	.....	.....
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):						
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	.....	17.500,000	.....	17.500,000	17.350,000	16.838,259
		Summe 153...	.....	17.530,800	.....	17.530,800	17.377,500	16.864,221
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
1/15436	22	Förderungen	.....	14,000	.....	14,000	77,000	71,110
1/15446	22	Nationalfonds für Behinderte	.....	65,000	.....	65,000	.....	.....
1/15456	22	Maßnahmen für Behinderte	.....	1.000,000	.....	1.000,000	.....	.....
1/15427	*22*	*Kleinrentnerentschädigung*	.....	.....	.....	.....	2,100	2,211
		Summe 154...	.....	1.079,000	.....	1.079,000	79,100	73,321

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:					
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,030	.....	0,030	0,002	.....
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):					
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,015	.....	0,015	0,005	200,631
		Summe 153...	0,045	.....	0,045	0,007	200,631
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,045	.....	0,045	0,003	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		361,160	.....	.....	361,160	361,160	359,688
1/15703	22	Anlagen		.....	.....	21,600	21,600	16,904	21,839
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	12,184	.....	12,184	12,149	7,393
1/15708	22	Aufwendungen		.....	244,950	.....	244,950	242,360	227,460
		Summe 1570		361,160	257,134	21,600	639,894	632,573	616,380
1/15737	21	Heilfürsorge		.....	110,000	.....	110,000	110,000	91,147
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen		.....	3,000	.....	3,000	3,000	1,988
1/15757	22	Orthopädische Versorgung		.....	85,000	.....	85,000	85,000	79,124
1/15767	22	Versorgungsgebühren		.....	4.645,310	.....	4.645,310	4.847,900	5.013,466
1/15777	22	Krankenversicherung		.....	195,000	.....	195,000	205,000	199,327
1/15778	22	Härteausgleiche		.....	15,000	.....	15,000	15,500	14,598
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	9,000	.....	9,000	8,800	13,483
	21			.....	*7,130*	.....	*7,130*	*6,980*	*11,449*
	22			.....	*1,870*	.....	*1,870*	*1,820*	*2,034*
1/15788	22	Aufwendungen		.....	0,020	.....	0,020	0,020	0,004
		Summe 1578		.....	9,020	.....	9,020	8,820	13,487
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge		.....	2,000	.....	2,000	2,000	2,371
		Summe 157		361,160	5.321,464	21,600	5.704,224	5.909,793	6.031,888
1/155		*Arbeitsmarktpolitik (I)*:							
1/1550		*Ämter des AMS*:							
1/15500	*22*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	227,596	703,994
1/15503	*22*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15507	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	11,330	14,879
1/15508	*22*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	5,814	16,094
		Summe 1550		.....	.....	.....	.....	244,740	734,968
1/1551		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG*:							
1/15513	*22*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15515	*22*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	3,000	85,000
1/15516		*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	1.262,500	5.973,429
	12			.....	.....	.....	.....	.....	*0,467*
	22			.....	.....	.....	.....	*1.262,500*	*5.972,962*
1/15517	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15518		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	21,801	128,384
	12			.....	.....	.....	.....	.....	*0,867*
	22			.....	.....	.....	.....	*21,801*	*127,518*
		Summe 1551		.....	.....	.....	.....	1.287,301	6.186,813
1/1553		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)*:							
1/15536	*22*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	56,700	1.382,053
1/15538	*22*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	6,500	31,159
		Summe 1553		.....	.....	.....	.....	63,200	1.413,212
1/15547	*22*	*Sonderunterstützung*		.....	.....	.....	.....	242,055	1.070,047
1/1555		*Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AlVG und KGG*:							
1/15554	*22*	*Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG*		.....	.....	.....	.....	4,351	16,205
1/15557	*22*	*Leistungen nach dem AlVG und KGG*		.....	.....	.....	.....	11.608,705	39.305,857
		Summe 1555		.....	.....	.....	.....	11.613,056	39.322,062
1/15567	*22*	*Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG*		.....	.....	.....	.....	2,000	7.718,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
2/15704		Erfolgswirksame Einnahmen		0,380	.....	0,380	0,173	0,167
	22			*0,366*	.....	*0,366*	*0,172*	*0,167*
	43			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,140	0,140	0,016	0,081
		Summe 1570...		0,380	0,140	0,520	0,189	0,248
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		6,200	.....	6,200	6,210	9,980
	21			*5,072*	.....	*5,072*	*5,100*	*8,798*
	22			*1,128*	.....	*1,128*	*1,110*	*1,182*
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung		64,000	.....	64,000	64,180	63,649
		Summe 157...		70,580	0,140	70,720	70,579	73,878
2/155		*Arbeitsmarktpolitik (I):*						
2/1550		*Ämter des AMS:*						
2/15500	*22*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,376	1,503
2/1551		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:*						
2/15510	*22*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,668	6,285
2/15513	*22*	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	5,322	31,223
		Summe 1551...		.....	.....	.....	5,990	37,508
2/15530	*22*	*Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)*		.....	.....	.....	54,998	.....
2/15550	*22*	*Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	.....	5.672,160

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1557		*Überweisung an das AMS:*							
1/15577	22	*Überweisung an das AMS*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15578	22	*Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.*		.....	.....	.....	.....	622,500	2.651,250
		Summe 1557...		.....	.....	.....	.....	622,500	2.651,250
1/15587	22	*Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung*		.....	.....	.....	.....	165,000	330,000
1/15597	22	*Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.*		.....	.....	.....	.....	30,000	72,453
		Summe 155...		.....	.....	.....	.....	14.269,852	59.498,805
1/156		*Arbeitsmarktpolitik (II):*							
1/15607	22	*Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	-0,022
1/15617	22	*Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15626	22	*Sicherung der Jugendausbildung*		.....	.....	.....	.....	0,010	434,933
1/15627	22	*Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete*		.....	.....	.....	.....	3,400	14,273
1/15647	22	*Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15656	22	*Beschäftigungsprogramm*		.....	.....	.....	.....	32,100	979,825
1/15665	22	*Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	9,000
1/15666	22	*Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG*		.....	.....	.....	.....	.....	93,430
		Summe 156...		.....	.....	.....	.....	35,510	1.531,438
1/159		*Verschiedene Dienststellen:*							
1/1590		*Heimarbeitskommissionen:*							
1/15900	22	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	0,814	2,764
1/15903	22	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15907	22	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15908	22	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,241	0,730
		Summe 1590...		.....	.....	.....	.....	1,055	3,494
1/1592		*Arbeitsinspektion:*							
1/15920	21	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	70,906	230,970
1/15923		*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,035	2,238
	21			.....	.....	.....	.....	*0,035*	*2,238*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/15926	21	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	0,235
1/15927		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	4,636	18,782
	21			.....	.....	.....	.....	*4,636*	*14,018*
	22			.....	.....	.....	.....	.....	*4,764*
1/15928		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	12,897	53,374
	21			.....	.....	.....	.....	*12,897*	*53,374*
	41			.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 1592...		.....	.....	.....	.....	88,474	305,599
		Summe 159...		.....	.....	.....	.....	89,529	309,094
		Gesamtausgaben 15...		829,441	24.638,391	70,769	25.538,601	38.967,762	88.672,784

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1557		*Überweisung vom AMS:*						
2/15570	*22*	*Überweisung vom AMS*		...	...	...	...	...
2/15580	*22*	*Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)*		...	...	...	11.108,860	49.146,159
2/15581	*22*	*Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)*		...	...	...	44,043	246,350
2/15590	*22*	*Überweisungen von der BUAK*		...	...	...	...	57,101
2/15591	*22*	*Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik*		...	...	...	...	2.924,812
		Summe 155...		...	...	...	11.214,267	58.085,593
2/156		*Arbeitsmarktpolitik (II):*						
2/15600	*22*	*Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.)*		...	...	...	...	...
2/15664	*22*	*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG*		...	...	...	...	...
2/15669	*22*	*Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)*		...	...	...	...	...
		Summe 156...		...	...	...	...	...
2/159		*Verschiedene Dienststellen:*						
2/1590		*Heimarbeitskommissionen:*						
2/15904	*22*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,020	0,013
2/15907	*22*	*Bestandswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	...
		Summe 1590...		...	...	...	0,020	0,013
2/1592		*Arbeitsinspektion:*						
2/15924		*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	1,337	5,348
	21			...	...	...	*1,337*	*5,348*
	43			...	...	...	...	...
2/15927		*Bestandswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,090	0,054
	21			...	...	...	*0,090*	*0,054*
	41			...	...	...	...	...
		Summe 1592...		...	...	...	1,427	5,403
		Summe 159...		...	...	...	1,447	5,416
		Gesamteinnahmen 15...		107,628	5,300	112,928	11.318,670	58.420,503

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/16		**Sozialversicherung:** *						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag	.....	20.141,400	.....	20.141,400	17.893,700	23.498,000
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag.	.....	599,200	.....	599,200	707,000	790,531
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag	.....	10.535,500	.....	10.535,500	8.799,700	11.743,931
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag	.....	1.588,200	.....	1.588,200	1.395,900	1.831,000
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG	.....	9.422,000	.....	9.422,000	8.867,000	9.102,319
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag	.....	4.156,000	.....	4.156,000	4.758,700	4.459,200
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG	.....	4.708,000	.....	4.708,000	4.512,000	4.610,427
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag	.....	8.991,600	.....	8.991,600	7.975,400	7.621,300
		Summe 160...	.....	60.141,900	.....	60.141,900	54.909,400	63.656,708
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen	.....	6.292,500	.....	6.292,500	5.354,200	5.555,415
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen	.....	65,100	.....	65,100	47,400	48,210
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen	.....	1.286,400	.....	1.286,400	592,300	607,348
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen	.....	82,800	.....	82,800	59,800	65,500
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen	.....	1.088,400	.....	1.088,400	938,000	996,000
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen	.....	3.313,900	.....	3.313,900	3.044,400	3.137,500
		Summe 161...	.....	12.129,100	.....	12.129,100	10.036,100	10.409,973
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung	.....	0,014	.....	0,014	663,000	624,000
1/16227	22	Zuschuss zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger	.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen	.....	23,000	.....	23,000	21,000	19,712
		Summe 162...	.....	23,028	.....	23,028	684,001	643,712
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG	.....	11,000	.....	11,000	10,000	8,774
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten	.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung	.....	380,000	.....	380,000	365,000	351,585
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG	.....	3,000	.....	3,000	3,000	1,793
		Summe 164...	.....	394,014	.....	394,014	378,001	362,151
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld	.....	404,000	.....	404,000	365,500	317,400
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages	.....	0,958	.....	0,958	0,998	0,842
		Summe 165...	.....	404,958	.....	404,958	366,498	318,242
		Gesamtausgaben 16...	.....	73.093,000	.....	73.093,000	66.374,000	75.390,786

Anmerkungen:
1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/16		**Sozialversicherung:**						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	3.308,000	5.057,699
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	6,245
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	18,230
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		145,000	.....	145,000	145,000	144,922
		Gesamteinnahmen 16...		145,056	.....	145,056	3.453,003	5.227,096

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/17		**Gesundheit:**							
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen		.....	.....	0, 500	0, 500	1, 500	.....
1/17206	21	Förderungen		.....	83, 584	.....	83, 584	78, 584	57, 769
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	4, 998	.....	4, 998	5, 100	4, 861
1/17208	21	Aufwendungen		.....	149, 526	.....	149, 526	163, 222	145, 108
1/17204	*21*	*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0, 001	.....
		Summe 1720		.....	238, 108	0, 500	238, 608	248, 407	207, 738
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds		.....	0, 028	.....	0, 028	0, 002	.....
1/1722		Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches:							
1/17223	21	Anlagen		.....	.....	0, 250	0, 250	0, 255	.....
1/17226	21	Förderungen		.....	23, 081	.....	23, 081	19, 619	25, 867
1/17228	21	Aufwendungen		.....	30, 000	.....	30, 000	4, 250	6, 232
		Summe 1722		.....	53, 081	0, 250	53, 331	24, 124	32, 099
1/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):							
1/17236	21	Förderungen	*	.....	100, 000	.....	100, 000	100, 000	33, 333
1/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*	.....	421, 000	.....	421, 000	421, 000	420, 523
1/17218	*12*	*Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)*		.....	.....	.....	.....	823, 932	4. 440, 783
		Summe 172		.....	812, 217	0, 750	812, 967	1. 617, 465	5. 134, 476

Anmerkungen:
1/17236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17230 veranschlagt.
1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/17		**Gesundheit:**						
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1723		Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg. Geb.):						
2/17230	21	Anteil der Umsatzsteuer	*	100,000	.....	100,000	100,000	100,000
2/1724		Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	421,000	.....	421,000	421,000	420,523
2/17294		Erfolgswirksame Einnahmen		37,500	.....	37,500	29,612	55,952
	21			*37,500*	.....	*37,500*	*22,225*	*13,479*
	12			.....	.....	.....	*7,387*	*42,473*
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 172...		558,500	0,014	558,514	550,613	576,475

Anmerkungen:
2/17230 2001 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52824 in Höhe von 100,000 Millionen Schilling.
Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17236 veranschlagt.
2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.: *BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.*							
1/1731		Veterinärwesen:							
1/17316		Förderungen		.....	0, 467	.....	0, 467	0, 358	.....
	21			.....	*0, 307*	.....	*0, 307*	*0, 292*	.....
	34			.....	*0, 160*	.....	*0, 160*	*0, 066*	.....
1/17317	34	Epizootie		.....	34, 194	.....	34, 194	19, 765	.....
1/17318	34	Aufwendungen		.....	96, 994	.....	96, 994	11, 640	.....
		Summe 1731...		.....	131, 655	.....	131, 655	31, 763	.....
1/1732		Lebensmittel, Chemikalien: *Strahlenschutz*							
1/17326	21	Förderungen		.....	0, 045	.....	0, 045	0, 002	.....
1/17327	21	Entschädigungen		.....	0, 300	.....	0, 300	0, 152	.....
1/17328	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle		.....	6, 684	.....	6, 684	5, 861	.....
		Summe 1732...		.....	7, 029	.....	7, 029	6, 015	.....
1/1733		Gentechnologie: *Umweltfonds*							
1/17336	21	Förderungen		.....	0, 074	.....	0, 074	0, 002	.....
1/17338	21	Aufwendungen		.....	5, 098	.....	5, 098	4, 260	.....
		Summe 1733...		.....	5, 172	.....	5, 172	4, 262	.....
1/1734		Strahlenschutz:							
1/17346	21	Förderungen		.....	0, 102	.....	0, 102	0, 104	.....
1/17347	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1, 000	.....	1, 000	0, 525	.....
1/17348	21	Aufwendungen		.....	14, 624	.....	14, 624	9, 818	.....
		Summe 1734...		.....	15, 726	.....	15, 726	10, 447	.....
		Summe 173...		.....	159, 582	.....	159, 582	52, 487	.....
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen		.....	4, 500	.....	4, 500	5, 106	4, 041
	11			.....	*1, 900*	.....	*1, 900*	*2, 500*	*1, 608*
	21			.....	*2, 600*	.....	*2, 600*	*2, 606*	*2, 433*
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz		.....	2, 543	.....	2, 543	2, 595	0, 075
1/17427	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)		.....	5. 433, 968	.....	5. 433, 968	6. 455, 112	6. 279, 161
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz		.....	24, 593	.....	24, 593	25, 095	20, 162
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen		.....	27, 373	.....	27, 373	27, 932	3, 462
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen		.....	48, 510	.....	48, 510	49, 500	44, 997
1/17467	11	Schülerbeihilfen		.....	2, 352	.....	2, 352	2, 400	2, 218
		Summe 174...		.....	5. 543, 839	.....	5. 543, 839	6. 567, 740	6. 354, 115
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben		111, 482	.....	.....	111, 482	78, 586	.....
1/17903	21	Anlagen		.....	.....	12, 103	12, 103	8, 994	.....
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 046	.....	0, 046	0, 004	.....
1/17908	21	Aufwendungen		.....	58, 448	.....	58, 448	42, 116	.....
		Summe 1790...		111, 482	58, 494	12, 103	182, 079	129, 700	.....
1/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel: *Umweltbundesamt*							
1/17910	21	Personalausgaben		50, 765	.....	.....	50, 765	50, 765	.....
1/17913	21	Anlagen		.....	.....	6, 583	6, 583	6, 717	.....
1/17917	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 042	.....	0, 042	0, 031	.....
1/17918	21	Aufwendungen		.....	36, 836	.....	36, 836	29, 236	.....
		Summe 1791...		50, 765	36, 878	6, 583	94, 226	86, 749	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/173		Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.:					
		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.					
2/17314	34	Epizootie	5,800	.....	5,800	1,259	.....
2/1733		Gentechnologie:					
		Umweltfonds					
2/17334		Erfolgswirksame Einnahmen	1,466	.....	1,466	0,020	.....
	21		*1,340*	.....	*1,340*	*0,011*	.....
	34		*0,126*	.....	*0,126*	*0,009*	.....
2/17337		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,084	0,084	0,006	.....
	21		.....	*0,070*	*0,070*	*0,005*	.....
	34		.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
		Summe 1733...	1,466	0,084	1,550	0,026	.....
		Summe 173...	7,266	0,084	7,350	1,285	.....
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:					
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen	0,050	.....	0,050	0,052	0,051
2/179		Dienststellen:					
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:					
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen	32,344	.....	32,344	32,500	.....
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,203	0,203	0,047	.....
		Summe 1790...	32,344	0,203	32,547	32,547	.....
2/1791		Bundesinstitut für Arzneimittel:					
		Umweltbundesamt					
2/17914	21	Erfolgswirksame Einnahmen	10,352	.....	10,352	8,732	.....
2/17917	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,168	0,168	0,027	.....
		Summe 1791...	10,352	0,168	10,520	8,759	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:							
1/17930	21	Personalausgaben		110,688	.....	.....	110,688	110,688	.....
1/17933	21	Anlagen		.....	.....	10,469	10,469	12,507	.....
1/17937	21	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	1,432	.....	1,432	1,461	.....
1/17938	21	Aufwendungen		.....	77,302	.....	77,302	80,023	.....
		Summe 1793		110,688	78,734	10,469	199,891	204,679	.....
1/1794		Bundes-Hebammenakademien:							
1/17943	21	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,004	.....
1/17948	21	Aufwendungen		.....	6,000	.....	6,000	6,500	7,097
1/17940	*21*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	0,010	0,000
1/17947	*22*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 1794		.....	6,000	0,014	6,014	6,517	7,096
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben		94,456	.....	.....	94,456	68,407	.....
1/17953	34	Anlagen		.....	.....	7,759	7,759	6,000	.....
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,042	.....	0,042	0,007	.....
1/17958	34	Aufwendungen		.....	72,499	.....	72,499	42,451	.....
		Summe 1795		94,456	72,541	7,759	174,756	116,865	.....
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
1/17960	34	Personalausgaben		22,384	.....	.....	22,384	16,635	.....
1/17963	34	Anlagen		.....	.....	2,252	2,252	1,778	.....
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,350	.....	0,350	0,152	.....
1/17968	34	Aufwendungen		.....	23,607	.....	23,607	18,795	.....
		Summe 1796		22,384	23,957	2,252	48,593	37,360	.....
1/1792		*Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:*							
1/17920	*21*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	.....	158,073
1/17923	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	17,679
1/17927	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	1,408
1/17928	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	103,569
		Summe 1792		.....	.....	.....	.....	.....	280,729
		Summe 179		389,775	276,604	39,180	705,559	581,870	287,825
		Gesamtausgaben 17		389,775	6.792,242	39,930	7.221,947	8.819,562	11.776,416

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/1793		Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:					
2/17934	21	Erfolgswirksame Einnahmen	194,403	.....	194,403	194,658	.....
2/17937	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,168	0,168	0,018	.....
		Summe 1793...	194,403	0,168	194,571	194,676	.....
2/1794		Bundes-Hebammenakademien:					
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen	3,000	.....	3,000	3,000	2,746
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,014	0,014	0,003	.....
		Summe 1794...	3,000	0,014	3,014	3,003	2,746
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:					
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen	76,790	.....	76,790	64,026	.....
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,161	0,161	0,031	.....
		Summe 1795...	76,790	0,161	76,951	64,057	.....
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:					
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen	45,466	.....	45,466	35,675	.....
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,003	.....
		Summe 1796...	45,466	0,042	45,508	35,678	.....
2/1792		*Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:*					
2/17924	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	173,709
2/17927	*21*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	.....	0,003
		Summe 1792...	.....	.....	.....	.....	173,712
		Summe 179...	362,355	0,756	363,111	338,720	176,458
		Gesamteinnahmen 17...	928,171	0,854	929,025	890,670	752,983

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/19		**Jugend und Familie:**							
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen		.....	21,257	.....	21,257	21,691	23,743
1/19118	22	Aufwendungen	*	.....	24,365	.....	24,365	24,882	31,274
		Summe 1911...		.....	45,622	.....	45,622	46,573	55,017
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen		.....	0,028	.....	0,028	0,009	.....
		Summe 191...		.....	45,650	.....	45,650	46,582	55,017
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen		.....	37.400,000	.....	37.400,000	37.389,600	34.621,226
1/19317	22	Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen		.....	140,003	.....	140,003	140,003	130,216
		Geburtenbeihilfen							
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen		.....	34,000	.....	34,000	32,000	28,738
1/19337	22	Schülerfreifahrten		.....	4.106,274	.....	4.106,274	4.015,353	3.870,635
1/19347	22	Schulbücher		.....	1.287,800	.....	1.287,800	1.270,000	1.305,633
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten		.....	197,814	.....	197,814	195,639	192,748
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)		.....	.....	1,000	1,000	1,000	.....
1/19368	22	Aufwendungen		.....	29,000	.....	29,000	29,000	15,837
		Summe 1936...		.....	29,000	1,000	30,000	30,000	15,837
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen		.....	150,000	.....	150,000	150,000	109,922
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19386	22	Förderungen		.....	20,000	.....	20,000	20,000	.....
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*	.....	16.283,707	.....	16.283,707	14.046,544	10.172,054
1/19388	22	Aufwendungen		.....	13,000	.....	13,000	13,000	1,886
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse		.....	.....	1.150,600	1.150,600	1.100,725	1.084,458
		Summe 1938...		.....	16.316,707	1.150,600	17.467,307	15.180,269	11.258,398
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen		.....	0,028	.....	0,028	192,528	6.242,419
		Summe 193...		.....	59.661,626	1.151,600	60.813,226	58.595,392	57.775,774
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19416	11	Förderungen		.....	83,011	.....	83,011	84,705	93,171
1/19418	11	Aufwendungen		.....	13,278	.....	13,278	13,549	13,682
		Summe 194...		.....	96,289	.....	96,289	98,254	106,854
		Gesamtausgaben 19...		.....	59.803,565	1.151,600	60.955,165	58.740,228	57.937,644

Anmerkungen:
1/19118 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19110.
1/19387 Hievon 2001 4.764,000 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/63550.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/19		**Jugend und Familie:**					
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:					
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:					
2/19110	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,015	4,410
		Summe 1911...	0,028	.....	0,028	0,016	4,410
2/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:					
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,008	2.394,017
		Summe 191...	0,042	.....	0,042	0,024	2.398,427
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):					
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	44.306,434	.....	44.306,434	42.477,858	41.770,874
2/19301	22	Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)	0,056	.....	0,056	0,016	.....
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer ...*	5.709,168	.....	5.709,168	5.599,000	5.495,419
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer .....*	9.500,000	.....	9.500,000	9.500,000	9.500,000
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	91,000	.....	91,000	91,000	87,091
2/19330	22	Beiträge der Länder	147,666	.....	147,666	147,666	147,665
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)	314,000	.....	314,000	314,000	315,747
2/1936		Härteausgleich:					
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,008	0,017
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen	.....	0,700	0,700	0,700	0,708
		Summe 1936...	0,014	0,700	0,714	0,708	0,725
2/19371	22	Familienberatungsstellen	0,014	.....	0,014	0,008	.....
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse	.....	475,100	475,100	465,128	458,254
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ..	269,074	.....	269,074	0,008	.....
		Summe 193...	60.337,426	475,800	60.813,226	58.595,392	57.775,774
2/194		Jugend:					
2/1941		Außerschulische Jugenderziehung:					
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,131	.....	0,131	0,010	.....
		Gesamteinnahmen 19...	60.337,599	475,800	60.813,399	58.595,426	60.174,201

Anmerkungen:
2/19110 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19118 mitveranschlagt.
2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/18		*Umwelt:*							
1/180		*Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:*							
1/1800		*Zentralleitung:*							
1/18000	*43*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	73,055	251,934
1/18003	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,000	14,607
1/18005		*Bezugsvorschüsse*		.....	.....	.....	.....	0,101	1,270
	23			.....	.....	.....	.....	*0,002*	*0,240*
	43			.....	.....	.....	.....	*0,099*	*1,030*
1/18007		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	1,200	4,256
	22			.....	.....	.....	.....	*1,194*	*3,652*
	43			.....	.....	.....	.....	*0,006*	*0,604*
1/18008	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	20,693	125,636
		Summe 1800		.....	.....	.....	.....	96,049	397,702
1/1801		*Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):*							
1/18017	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	74,100	222,300
1/18018	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,001	6,100
		Summe 1801		.....	.....	.....	.....	74,101	228,400
		Summe 180		.....	.....	.....	.....	170,150	626,102
1/186		*Umweltschutz:*							
1/1860		*Umweltpolitische Maßnahmen:*							
1/18603	*21*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,004	5,259
1/18606	*21*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	1,000	126,650
1/18607	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
1/18608	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	20,002	205,922
		Summe 1860		.....	.....	.....	.....	21,007	337,831
1/1862		*Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):*							
1/18626	*21*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	100,002	227,018
1/18628	*21*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	4,000	32,092
		Summe 1862		.....	.....	.....	.....	104,002	259,110
1/1863		*Siedlungswasserwirtschaft:*							
1/18636	*37*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	103,002	2.276,441
1/1864		*Sonstige Umweltmaßnahmen:*							
1/18646	*37*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	40,000	316,356
1/18648	*37*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	43,001	87,701
		Summe 1864		.....	.....	.....	.....	83,001	404,058
1/18656		*EU-Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,007	107,771
	21			.....	.....	.....	.....	*0,002*	*2,818*
	37			.....	.....	.....	.....	*0,005*	*104,953*
		Summe 186		.....	.....	.....	.....	311,019	3.385,211
		Gesamtausgaben 18		.....	.....	.....	.....	481,169	4.011,313

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/18		*Umwelt*:						
2/180		*Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie*:						
2/1800		*Zentralleitung*:						
2/18000	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,003	2,050
2/18004	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	12,146	50,232
2/18007	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,008	0,029
2/18009		*Bezugsvorschussersätze*		.....	.....	.....	0,302	1,385
	23			.....	.....	.....	*0,101*	*0,397*
	43			.....	.....	.....	*0,201*	*0,988*
		Summe 1800	...	.....	.....	.....	12,459	53,697
2/1801		*Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH)*:						
2/18014	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 180	...	.....	.....	.....	12,460	53,697
2/186		*Umweltschutz*:						
2/1860		*Umweltpolitische Maßnahmen*:						
2/18604	*21*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,055	0,781
2/18607	*21*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,003	0,003
		Summe 1860	...	.....	.....	.....	0,058	0,784
2/1862		*Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.)*:						
2/18620	*21*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,002	.....
2/1863		*Siedlungswasserwirtschaft*:						
2/18630	*37*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	103,001	2.305,441
2/18634	*37*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 1863	...	.....	.....	.....	103,002	2.305,441
		Summe 186	...	.....	.....	.....	103,062	2.306,225
		Gesamteinnahmen 18	...	.....	.....	.....	115,522	2.359,921

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/20		**Äußeres:**							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		364,000	.....	.....	364,000	362,534	356,311
1/20003	43	Anlagen		.....	.....	12,000	12,000	5,500	11,106
1/20005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	1,500	1,500	1,500	1,047
	23			.....	.....	*0,300*	*0,300*	*0,300*	*0,158*
	43			.....	.....	*1,200*	*1,200*	*1,200*	*0,889*
1/20006		Förderungen		.....	70,665	.....	70,665	69,965	71,561
	12			.....	*0,115*	.....	*0,115*	*0,115*	.....
	21			.....	*0,017*	.....	*0,017*	*0,017*	*0,019*
	43			.....	*70,533*	.....	*70,533*	*69,833*	*71,542*
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,310	.....	6,310	6,342	5,900
	22			.....	*6,096*	.....	*6,096*	*6,132*	*5,776*
	43			.....	*0,214*	.....	*0,214*	*0,210*	*0,124*
1/20008	43	Aufwendungen	*	.....	253,602	.....	253,602	336,948	292,399
		Summe 2000		364,000	330,577	13,500	708,077	782,789	738,323
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Hellbrunn		.....	0,800	.....	0,800	0,004	.....
1/20028	43	Presse und Information		.....	8,000	.....	8,000	8,500	9,296
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen		.....	160,579	.....	160,579	190,579	225,513
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	553,300	.....	553,300	449,800	374,885
		Summe 2003		.....	713,879	.....	713,879	640,379	600,398
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich		.....	37,000	.....	37,000	38,600	35,572
1/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:							
1/20076		Förderungen		.....	159,717	.....	159,717	130,717	.....
	38			.....	*55,307*	.....	*55,307*	*58,307*	.....
	43			.....	*104,410*	.....	*104,410*	*72,410*	.....
1/20078	43	Aufwendungen		.....	0,627	.....	0,627	0,627	.....
		Summe 2007		.....	160,344	.....	160,344	131,344	.....
1/2008		OSZE-Vorsitz 2000:							
1/20088	43	Aufwendungen		.....	2,000	.....	2,000	46,249	.....
1/20083	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,150	.....
1/20087	*43*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 2008		.....	2,000	.....	2,000	46,400	.....
1/2005		*EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):*							
1/20053	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/20058	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	47,128
		Summe 2005		.....	.....	.....	.....	.....	47,128
1/2006		*EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget):*							
1/20063	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/20067	*43*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/20068	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	16,454
		Summe 2006		.....	.....	.....	.....	.....	16,454
		Summe 200		364,000	1.252,600	13,500	1.630,100	1.648,016	1.447,171

Anmerkungen:
1/20008 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/20		**Äußeres:**						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentralleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		15,677	.....	15,677	15,618	14,534
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,342	0,342	0,312	0,007
2/20009		Bezugsvorschussersätze		.....	1,150	1,150	1,150	0,974
	23			.....	*0,150*	*0,150*	*0,150*	*0,130*
	43			.....	*1,000*	*1,000*	*1,000*	*0,844*
		Summe 2000...		15,691	1,492	17,183	17,081	15,514
2/2007		Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS:						
2/20074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/2008		OSZE-Vorsitz 2000:						
2/20084	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/2005		*EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):*						
2/20054	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	25,750
		Summe 200...		15,733	1,492	17,225	17,084	41,264

Anmerkungen:
2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		532,500	.....	.....	532,500	532,500	529,599
1/20103	43	Anlagen		.....	.....	60,586	60,586	60,586	85,076
1/20105	43	Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,400	0,400	0,400	0,267
1/20106	22	Förderungen	*	.....	5,031	.....	5,031	5,031	4,727
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	30,500	.....	30,500	30,700	29,644
	21			.....	*19,000*	.....	*19,000*	*19,000*	*19,022*
	22			.....	*8,620*	.....	*8,620*	*8,620*	*8,327*
	43			.....	*2,880*	.....	*2,880*	*3,080*	*2,296*
1/20108		Aufwendungen		.....	957,302	.....	957,302	975,900	990,718
	21			.....	*4,400*	.....	*4,400*	*4,400*	*4,375*
	43			.....	*952,902*	.....	*952,902*	*971,500*	*986,343*
		Summe 201		532,500	992,833	60,986	1.586,319	1.605,117	1.640,032
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		37,500	.....	.....	37,500	37,500	36,613
1/20303	13	Anlagen		.....	.....	10,500	10,500	1,500	1,234
1/20305	13	Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,100	0,100	0,100	0,037
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,100	.....	2,100	2,180	1,728
	13			.....	*0,110*	.....	*0,110*	*0,160*	*0,049*
	21			.....	*1,520*	.....	*1,520*	*1,500*	*1,307*
	22			.....	*0,470*	.....	*0,470*	*0,520*	*0,372*
1/20308		Aufwendungen		.....	63,881	.....	63,881	69,387	65,008
	13			.....	*63,481*	.....	*63,481*	*68,987*	*64,645*
	21			.....	*0,400*	.....	*0,400*	*0,400*	*0,363*
		Summe 203		37,500	65,981	10,600	114,081	110,667	104,620
1/204		Kulturelle Vorhaben: *Kulturelle Veranstaltungen*							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen		.....	5,700	.....	5,700	5,700	6,415
	11			.....	*0,375*	.....	*0,375*	*0,375*	*0,285*
	13			.....	*5,325*	.....	*5,325*	*5,323*	*6,130*
	43			.....	.....	.....	.....	*0,002*	.....
1/20408	13	Aufwendungen		.....	64,300	.....	64,300	62,000	68,561
		Summe 204		.....	70,000	.....	70,000	67,700	74,976
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen		.....	694,500	.....	694,500	694,500	786,485
	11			.....	*161,265*	.....	*161,265*	*189,667*	*333,802*
	12			.....	*19,000*	.....	*19,000*	*19,000*	*16,390*
	21			.....	*71,837*	.....	*71,837*	*71,813*	*56,059*
	22			.....	*26,500*	.....	*26,500*	*26,501*	*16,177*
	33			.....	*4,462*	.....	*4,462*	*4,464*	*0,120*
	34			.....	*94,814*	.....	*94,814*	*82,817*	*144,927*
	35			.....	*29,636*	.....	*29,636*	*20,241*	*17,393*
	36			.....	*80,336*	.....	*80,336*	*90,343*	*57,286*
	38			.....	*10,252*	.....	*10,252*	*10,252*	*15,396*
	43			.....	*196,398*	.....	*196,398*	*179,402*	*128,935*
1/20508	43	Aufwendungen		.....	80,000	.....	80,000	80,000	44,926
		Summe 205		.....	774,500	.....	774,500	774,500	831,411
		Gesamtausgaben 20		934,000	3.155,914	85,086	4.175,000	4.206,000	4.098,210

Anmerkungen:
1/20106 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/20104		Erfolgswirksame Einnahmen		44,316	.....	44,316	43,853	73,865
	21			*4,300*	.....	*4,300*	*4,300*	*3,927*
	43			*40,016*	.....	*40,016*	*39,553*	*69,938*
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	1,748	1,748	1,722	1,392
2/20109	43	Bezugsvorschussersätze		.....	0,250	0,250	0,250	0,247
		Summe 201...		44,330	1,998	46,328	45,826	75,504
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen		1,666	.....	1,666	1,584	2,908
	13			*1,608*	.....	*1,608*	*1,532*	*2,901*
	21			*0,028*	.....	*0,028*	*0,002*	.....
	43			*0,030*	.....	*0,030*	*0,050*	*0,008*
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,013	0,013
2/20309	13	Bezugsvorschussersätze		.....	0,025	0,025	0,025	0,027
		Summe 203...		1,666	0,081	1,747	1,622	2,948
2/204		Kulturelle Vorhaben: *Kulturelle Veranstaltungen*						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		1,492	.....	1,492	1,566	1,357
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen		4,414	.....	4,414	4,400	5,720
	38			*1,000*	.....	*1,000*	*1,000*	*2,315*
	43			*3,414*	.....	*3,414*	*3,400*	*3,406*
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen		.....	28,794	28,794	28,795	17,084
		Summe 205...		4,414	28,794	33,208	33,195	22,804
		Gesamteinnahmen 20...		67,635	32,365	100,000	99,293	143,877

Anmerkungen:
2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/30		**Justiz:**							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		193,800	.....	.....	193,800	189,800	178,636
1/30003	43	Anlagen		.....	.....	5,100	5,100	3,400	3,200
1/30005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	11,700	11,700	11,900	11,999
	23			.....	.....	*3,700*	*3,700*	*3,800*	*3,825*
	43			.....	.....	*8,000*	*8,000*	*8,100*	*8,174*
1/30006		Förderungen	*	.....	222,930	.....	222,930	217,100	217,483
	12			.....	*0,850*	.....	*0,850*	*0,850*	*1,000*
	43			.....	*222,080*	.....	*222,080*	*216,250*	*216,483*
1/30007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,200	.....	2,200	2,000	1,810
	22			.....	*2,144*	.....	*2,144*	*1,962*	*1,774*
	43			.....	*0,056*	.....	*0,056*	*0,038*	*0,036*
1/30008	43	Aufwendungen		.....	77,200	.....	77,200	61,900	40,927
1/30018	42	Zahlungen an die BIG		.....	40,600	.....	40,600	40,300	40,302
		Summe 300...		193,800	342,930	16,800	553,530	526,400	494,357
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		123,300	.....	.....	123,300	123,300	120,485
1/30103	42	Anlagen		.....	.....	1,300	1,300	1,300	3,443
1/30107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1,400	.....	1,400	1,400	1,384
	22			.....	*1,358*	.....	*1,358*	*1,359*	*1,344*
	42			.....	*0,042*	.....	*0,042*	*0,041*	*0,040*
1/30108	42	Aufwendungen		.....	10,700	.....	10,700	8,400	9,108
		Summe 301...		123,300	12,100	1,300	136,700	134,400	134,420
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.903,900	.....	.....	3.903,900	3.901,200	3.827,675
1/30203	42	Anlagen		.....	.....	93,200	93,200	103,900	115,758
1/30207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1.116,000	.....	1.116,000	1.091,800	1.091,832
	22			.....	*76,214*	.....	*76,214*	*77,265*	*71,533*
	42			.....	*1.039,786*	.....	*1.039,786*	*1.014,535*	*1.020,299*
1/30208	42	Aufwendungen		.....	1.848,475	.....	1.848,475	1.790,500	1.851,126
1/30209	42	Aufwendungen (B)		.....	.....	0,100	0,100	0,100	0,050
		Summe 302...		3.903,900	2.964,475	93,300	6.961,675	6.887,500	6.886,441
1/303		Justizanstalten:							
1/3030		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.754,904	.....	.....	1.754,904	1.749,142	1.792,060
1/30303	42	Anlagen		.....	.....	65,600	65,600	37,510	42,750
1/30306	22	Förderungen		.....	2,240	.....	2,240	1,900	2,288
1/30307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	45,780	.....	45,780	43,711	45,740
	42			.....	*45,780*	.....	*45,780*	*43,710*	*45,740*
	22			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
1/30308	42	Aufwendungen		.....	1.107,300	.....	1.107,300	1.063,997	1.143,712
		Summe 3030...		1.754,904	1.155,320	65,600	2.975,824	2.896,260	3.026,550
1/3031		Justizanstalt St. Pölten:	*						
1/30310	42	Personalausgaben		40,760	.....	.....	40,760	40,122	.....
1/30313	42	Anlagen		.....	.....	0,070	0,070	0,690	.....
1/30317	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,929	.....	0,929	0,911	.....
1/30318	42	Aufwendungen		.....	22,828	.....	22,828	22,382	.....
		Summe 3031...		40,760	23,757	0,070	64,587	64,105	.....

Anmerkungen:
1/30006 Hievon 2001 0,060 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.
1/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/30		**Justiz:**						
2/300		Bundesministerium für Justiz:						
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,060	.....	0,060	0,060	0,060
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,000	.....	4,000	3,265	4,749
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,005	.....
2/30009		Bezugsvorschussersätze		.....	12,100	12,100	12,800	12,067
	23			.....	*3,800*	*3,800*	*3,960*	*3,731*
	43			.....	*8,300*	*8,300*	*8,840*	*8,335*
		Summe 300...		4,060	12,128	16,188	16,130	16,876
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:						
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen		2,300	.....	2,300	2,300	2,292
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 301...		2,300	0,028	2,328	2,302	2,292
2/302		Justizbehörden in den Ländern:						
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen		8.263,089	.....	8.263,089	7.627,661	7.022,950
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,111	0,111	0,160	0,245
		Summe 302...		8.263,089	0,111	8.263,200	7.627,821	7.023,195
2/303		Justizanstalten:						
2/3030		Justizanstalten:						
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		459,103	.....	459,103	459,100	443,876
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,368	0,368	0,599	0,539
		Summe 3030...		459,103	0,368	459,471	459,699	444,415
2/3031		Justizanstalt St. Pölten:	*					
2/30314	42	Erfolgswirksame Einnahmen		11,705	.....	11,705	11,062	.....
2/30317	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 3031...		11,705	0,014	11,719	11,063	.....

Anmerkungen:
2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.
2/3031 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*						
1/30320	42	Personalausgaben		21,236	.....	.....	21,236	21,236	.....
1/30323	42	Anlagen		.....	.....	0,100	0,100	0,100	.....
1/30327	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,081	.....	0,081	0,078	.....
1/30328	42	Aufwendungen		.....	6,667	.....	6,667	6,821	.....
		Summe 3032...		21,236	6,748	0,100	28,084	28,235	.....
		Summe 303...		1.816,900	1.185,825	65,770	3.068,495	2.988,600	3.026,550
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		77,400	.....	.....	77,400	80,500	79,265
1/30506	22	Förderungen		.....	22,100	.....	22,100	22,100	26,000
1/30508	42	Aufwendungen		.....	300,100	.....	300,100	286,400	273,503
1/30503	*42*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 305...		77,400	322,200	.....	399,600	389,000	378,768
		Gesamtausgaben 30...		6.115,300	4.827,530	177,170	11.120,000	10.925,900	10.920,535

Anmerkungen:
1/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/3032		Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg:	*					
2/30324	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,024	.....	1,024	0,977	.....
2/30327	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 3032...		1,024	0,014	1,038	0,978	.....
		Summe 303...		471,832	0,396	472,228	471,740	444,415
2/305		Bewährungshilfe:						
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,005	.....
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 305...		0,028	0,028	0,056	0,007	.....
		Gesamteinnahmen 30...		8.741,309	12,691	8.754,000	8.118,000	7.486,778

Anmerkungen:
2/3032 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/40		**Militärische Angelegenheiten:**							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		746,721	.....	.....	746,721	726,140	716,877
1/40003	41	Anlagen		.....	.....	14,000	14,000	14,000	14,000
1/40005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	51,015	51,015	47,665	43,342
	23			.....	.....	*15,315*	*15,315*	*14,315*	*11,200*
	41			.....	.....	*35,700*	*35,700*	*33,350*	*32,142*
1/40006	41	Förderungen	*	.....	3,650	.....	3,650	3,650	4,259
1/40007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	14,470	.....	14,470	14,470	11,107
	21			.....	*0,070*	.....	*0,070*	*0,030*	*0,093*
	22			.....	*14,050*	.....	*14,050*	*14,090*	*10,732*
	41			.....	*0,350*	.....	*0,350*	*0,350*	*0,282*
1/40008	41	Aufwendungen		.....	99,000	.....	99,000	98,000	89,000
1/40018	41	Zahlungen an die BIG		.....	62,000	.....	62,000	58,600	52,933
		Summe 400...		746,721	179,120	65,015	990,856	962,525	931,518
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		10.259,632	.....	.....	10.259,632	10.127,843	9.832,207
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*	.....	.....	10,000	10,000	40,000	30,304
1/40107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	2.182,177	.....	2.182,177	2.165,000	2.146,230
	21			.....	*143,482*	.....	*143,482*	*150,024*	*150,572*
	22			.....	*377,624*	.....	*377,624*	*407,266*	*327,540*
	41			.....	*1.661,071*	.....	*1.661,071*	*1.607,710*	*1.668,119*
1/40108	41	Aufwendungen	*	.....	8.416,072	.....	8.416,072	8.401,222	8.923,575
1/40138	41	Aufwendungen (Bauvorhaben)	*	.....	949,000	.....	949,000	580,000	.....
		Summe 401...		10.259,632	11.547,249	10,000	21.816,881	21.314,065	20.932,316
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime		.....	86,000	.....	86,000	95,000	93,832
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		36,427	.....	.....	36,427	36,427	36,264
1/40403	12	Anlagen		.....	.....	3,850	3,850	5,061	3,476
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	..	.....	0,014	.....	0,014	0,015	0,335
1/40408	12	Aufwendungen		.....	9,450	.....	9,450	10,694	8,233
		Summe 4040...		36,427	9,464	3,850	49,741	52,197	48,308
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen		.....	.....	1,100	1,100	1,279	.....
1/40418	12	Aufwendungen		.....	0,900	.....	0,900	0,863	0,686
		Summe 4041...		.....	0,900	1,100	2,000	2,142	0,686
		Summe 404...		36,427	10,364	4,950	51,741	54,339	48,994

Anmerkungen:

1/40006 Hievon 2001 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 2001 1,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/40108 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602 und 2/50352.

1/40138 Hievon 2001 3,950 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40100 und 19,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/40		**Militärische Angelegenheiten:**					
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:					
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ....*	2,000	.....	2,000	2,000	2,780
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen	116,892	.....	116,892	112,898	113,218
	21		*0,014*	.....	*0,014*	*0,014*	*0,013*
	41		*116,878*	.....	*116,878*	*112,884*	*113,205*
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,034	0,034	0,034	0,010
2/40009		Bezugsvorschussersätze	.....	45,000	45,000	40,000	37,389
	23		.....	*11,000*	*11,000*	*10,000*	*9,112*
	41		.....	*34,000*	*34,000*	*30,000*	*28,277*
		Summe 400...	118,892	45,034	163,926	154,932	153,397
2/401		Heer und Heeresverwaltung:					
2/40100	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ....*	3,950	.....	3,950	3,950	.....
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen	310,646	.....	310,646	310,838	274,746
	21		*0,500*	.....	*0,500*	*0,500*	*0,445*
	41		*310,146*	.....	*310,146*	*310,338*	*274,300*
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen	0,014	.....	0,014	0,014	.....
		Summe 401...	314,610	.....	314,610	314,802	274,746
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):					
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)	86,000	.....	86,000	95,000	93,832
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:					
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:					
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen	1,491	.....	1,491	1,993	1,811
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,014	0,014	0,014	0,000
		Summe 4040...	1,491	0,014	1,505	2,007	1,811
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):					
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	2,000	.....	2,000	2,142	1,861
		Summe 404...	3,491	0,014	3,505	4,149	3,672

Anmerkungen:
2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.
2/40100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40138 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		36,220	.....	.....	36,220	35,590	30,843
1/40503	34	Anlagen		.....	.....	2,370	2,370	2,370	2,400
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,100	.....	2,100	2,100	4,027
1/40508	34	Aufwendungen		.....	13,832	.....	13,832	14,011	11,611
		Summe 405...		36,220	15,932	2,370	54,522	54,071	48,880
		Gesamtausgaben 40...		11.079,000	11.838,665	82,335	23.000,000	22.480,000	22.055,540

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		32,653	.....	32,653	27,953	34,019
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	0,164	0,164	0,164	0,101
		Summe 405...		32,653	0,164	32,817	28,117	34,120
		Gesamteinnahmen 40...		555,646	45,212	600,858	597,000	559,768

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/50		**Finanzverwaltung:**							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/5000		Zentralleitung:							
1/50000	43	Personalausgaben		620,926	.....	.....	620,926	606,656	622,262
1/50003	43	Anlagen		.....	.....	4,286	4,286	3,872	4,740
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	14,281	.....	14,281	24,300	20,009
	21			.....	*0,100*	.....	*0,100*	.....	.....
	22			.....	*8,966*	.....	*8,966*	*16,560*	*8,884*
	43			.....	*5,215*	.....	*5,215*	*7,740*	*11,125*
1/50008	43	Aufwendungen		.....	264,756	.....	264,756	248,412	265,687
		Summe 5000...		620,926	279,037	4,286	904,249	883,240	912,697
1/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:							
1/50018	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG		.....	0,100	.....	0,100	0,100	.....
1/5002		IT-Bereich:							
1/50028	43	Aufwendungen		.....	1.093,790	.....	1.093,790	1.093,790	1.246,470
		Summe 500...		620,926	1.372,927	4,286	1.998,139	1.977,130	2.159,167
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*	.....	80,028	.....	80,028	80,002	148,941
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)		.....	29,500	.....	29,500	35,164	25,300
1/50128	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		.....	40,000	.....	40,000	40,000	38,531
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen		.....	1.290,000	.....	1.290,000	629,040	500,141
1/50148	43	Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH)		.....	30,000	.....	30,000	.....	.....
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien		.....	9,000	.....	9,000	9,000	9,000
		Summe 501...		.....	1.478,528	.....	1.478,528	793,206	721,913
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz		.....	0,250	.....	0,250	0,250	0,156
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*	.....	1,567	.....	1,567	1,567	1,602
	21			.....	*1,012*	.....	*1,012*	*1,004*	*0,979*
	22			.....	*0,555*	.....	*0,555*	*0,563*	*0,623*
1/5023		ÖKB-AG:							
1/50236	36	Förderungen - Zuschuss		.....	240,000	.....	240,000	240,000	118,969
1/50238	36	Aufwendungen		.....	0,028	.....	0,028	0,002	53,582
		Summe 5023...		.....	240,028	.....	240,028	240,002	172,551
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	440,000	.....	440,000	300,000	380,000
1/50248	43	Aufwendungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	100,000
		Summe 5024...		.....	440,014	.....	440,014	300,001	480,000

Anmerkungen:

1/50107 Hievon 2001 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.

1/50226 Hievon 2001 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/50		**Finanzverwaltung:**						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/5000		Zentralleitung:						
2/50000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,056	.....	0,056	0,003	15,161
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		823,627	.....	823,627	797,275	119,484
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,084	0,084	0,050	.....
		Summe 5000...		823,683	0,084	823,767	797,328	134,645
2/5001		Einhebungsvergütung gem. Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss:						
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		385,000	.....	385,000	385,000	374,035
2/50015	43	Einhebungsvergütungen gem. § 2a Abs. 4 ZollR-DG		0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 5001...		385,014	.....	385,014	385,001	374,035
2/5002		IT-Bereich:						
2/50024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		33,568	.....	33,568	0,477	0,242
		Summe 500...		1.242,265	0,084	1.242,349	1.182,806	508,922
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,028	.....	0,028	0,002	68,941
2/50124	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		35,300	.....	35,300	35,300	32,245
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,014	.....	0,014	0,006	0,006
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,696	.....	1,696	2,200	0,809
		Summe 501...		37,038	.....	37,038	37,508	102,001
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200	.....	0,200	0,200	0,092
2/50204		Erfolgswirksame Einnahmen		10,000	.....	10,000	10,002	8,662
	43			*10,000*	.....	*10,000*	*10,000*	*4,616*
	21			.....	.....	.....	*0,002*	*4,045*
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		30,750	.....	30,750	30,750	32,411

Anmerkungen:
2/50000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50403 (0,028 Millionen Schilling) und VA-Ansatz 1/50408 (0,028 Millionen Schilling)
2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):							
1/50256	43	Förderungen	*	.....	160,000	.....	160,000	150,000	145,037
1/50294		Zuschuss an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.		.....	10,001	.....	10,001	19,501	5,238
	36			.....	*9,987*	.....	*9,987*	*19,500*	*5,238*
	38			.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
1/50295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	49,188	49,188	54,622	54,870
	23			.....	.....	*21,334*	*21,334*	*23,221*	*20,731*
	33			.....	.....	*13,000*	*13,000*	*15,000*	*14,059*
	43			.....	.....	*14,854*	*14,854*	*16,401*	*20,081*
1/50296		Sonstige Förderungen		.....	156,937	.....	156,937	198,639	204,564
	36			.....	*81,301*	.....	*81,301*	*122,081*	*49,187*
	43			.....	*75,636*	.....	*75,636*	*76,558*	*155,377*
	23			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/50204		*Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	15.300,000	14.935,797
	21			.....	.....	.....	.....	*15.240,000*	*14.855,797*
	38			.....	.....	.....	.....	*60,000*	*80,000*
		Summe 502...		.....	1.008,797	49,188	1.057,985	16.264,582	15.999,816
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,042	.....	0,042	0,003	.....
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 5030...		.....	0,056	.....	0,056	0,004	.....
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen		.....	75,014	.....	75,014	100,002	68,311
1/50318	43	Sonstige Zahlungen		.....	0,100	.....	0,100	0,100	.....
		Summe 5031...		.....	75,114	.....	75,114	100,102	68,311
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen		.....	0,056	.....	0,056	0,010	.....
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen		.....	0,100	.....	0,100	0,100	.....
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,150	.....	0,150	0,150	0,009
1/50348	37	Aufwendungen		.....	0,300	.....	0,300	0,300	0,158
		Summe 5034...		.....	0,450	0,014	0,464	0,451	0,168
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten		.....	3,068	.....	3,068	3,131	3,693
		Summe 503...		.....	78,844	0,014	78,858	103,798	72,171

Anmerkungen:
1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.
1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	160,000	.....	160,000	150,000	145,037
2/50296		Einnahmen aus Zuschüssen		0,042	.....	0,042	0,008	0,499
	36			*0,042*	.....	*0,042*	*0,007*	*0,499*
	23			.....	.....	.....	*0,001*	.....
2/50299		Bezugsvorschussersätze		.....	53,760	53,760	57,892	43,568
	23			.....	*24,059*	*24,059*	*25,906*	*12,461*
	33			.....	*13,000*	*13,000*	*15,000*	*13,881*
	43			.....	*16,701*	*16,701*	*16,986*	*17,225*
		Summe 502...		200,992	53,760	254,752	248,852	230,268
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,202	.....	0,202	0,466	0,361
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,200	.....	0,200	0,241	0,270
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen		.....	5,500	5,500	5,500	6,589
		Summe 5034...		0,200	5,514	5,714	5,742	6,858
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*	.....	0,028	0,028	0,002	.....
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,212	.....	1,212	1,222	1,422
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		.....	55,028	55,028	98,002	151,830
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,117	0,117	0,100	0,115
		Summe 5035...		1,212	55,173	56,385	99,326	153,366
		Summe 503...		1,628	60,687	62,315	105,535	160,586

Anmerkungen:
2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.
2/50352 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40108 und 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.787,068			6.787,068	6.810,374	6.623,041
1/50403	43	Anlagen	*			55,222	55,222	47,366	54,538
1/50407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			168,046		168,046	160,000	154,669
	22				*166,030*		*166,030*	*158,709*	*153,509*
	43				*2,016*		*2,016*	*1,291*	*1,160*
1/50408	43	Aufwendungen	*		933,059		933,059	932,338	1.098,495
		Summe 5040...		6.787,068	1.101,105	55,222	7.943,395	7.950,078	7.930,744
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften			1.000,000		1.000,000	1.000,000	999,626
1/50428	43	Zahlungen an die BIG			72,000		72,000	70,000	68,133
1/50438	*38*	*Gebarung gemäß § 22 KHVG*							1,191
		Summe 504...		6.787,068	2.173,105	55,222	9.015,395	9.020,078	8.999,693
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundespensionsamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		79,000			79,000	75,430	73,610
1/50703	43	Anlagen				0,500	0,500	0,500	1,921
1/50707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,650		1,650	1,650	1,380
	22				*1,621*		*1,621*	*1,634*	*1,374*
	43				*0,029*		*0,029*	*0,016*	*0,007*
1/50708	43	Aufwendungen			38,025		38,025	35,100	41,869
		Summe 5070...		79,000	39,675	0,500	119,175	112,680	118,781
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		58,000			58,000	57,000	56,014
1/50713	43	Anlagen				0,125	0,125	0,127	0,150
1/50717		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,637		0,637	0,650	0,572
	22				*0,623*		*0,623*	*0,642*	*0,571*
	43				*0,014*		*0,014*	*0,008*	*0,000*
1/50718	43	Aufwendungen			5,200		5,200	4,840	5,794
		Summe 5071...		58,000	5,837	0,125	63,962	62,617	62,529

Anmerkungen:

1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 19,500 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.

1/50408 Hievon 2001 8,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180 und 0,028 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
Hinsichtlich eines Teilbetrages von 12,096 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		615,348	.....	615,348	255,118	258,002
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	1,579	1,579	5,925	1,378
		Summe 5040...		615,348	1,579	616,927	261,043	259,380
2/50434	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG		0,014	.....	0,014	0,001	5,054
		Summe 504...		615,362	1,579	616,941	261,044	264,434
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundespensionsamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		9,585	.....	9,585	9,500	9,480
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,004	.....
		Summe 5070...		9,585	0,056	9,641	9,504	9,480
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		23,254	.....	23,254	22,279	25,576
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,003	.....
		Summe 5071...		23,254	0,042	23,296	22,282	25,576

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/5072		*Hauptpunzierungs- und Probieramt:*							
1/50720	*43*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	21,295	20,222
1/50723	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,500	1,166
1/50727		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,400	0,377
	22			.....	.....	.....	.....	*0,383*	*0,360*
	43			.....	.....	.....	.....	*0,017*	*0,016*
1/50728	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	5,451	6,482
		Summe 5072		.....	.....	.....	.....	27,646	28,247
		Summe 507		137,000	45,512	0,625	183,137	202,943	209,557
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		561,000	.....	.....	561,000	584,482	574,200
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	16,500	.....	16,500	13,500	16,546
1/50808	38	Aufwendungen		.....	1,100	.....	1,100	0,972	0,916
		Summe 5080		561,000	17,600	.....	578,600	598,954	591,662
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1,850	.....	.....	1,850	1,808	1,738
1/50818	36	Aufwendungen		.....	0,028	.....	0,028	0,006	0,002
		Summe 5081		1,850	0,028	.....	1,878	1,814	1,740
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		19,000	.....	.....	19,000	19,300	18,474
1/50828	37	Aufwendungen		.....	0,062	.....	0,062	0,060	0,053
		Summe 5082		19,000	0,062	.....	19,062	19,360	18,527
1/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/50830	33	Personalausgaben		16.200,000	.....	.....	16.200,000	16.314,954	16.210,525
1/50838	33	Aufwendungen		.....	1.120,000	.....	1.120,000	1.170,000	1.163,105
		Summe 5083		16.200,000	1.120,000	.....	17.320,000	17.484,954	17.373,630
		Summe 508		16.781,850	1.137,690	.....	17.919,540	18.105,082	17.985,559
		Gesamtausgaben 50		24.326,844	7.295,403	109,335	31.731,582	46.466,819	46.147,877

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/5072		*Hauptpunzierungs- und Probieramt:*					
2/50724	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	25,000	26,942
2/50727	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*	.....	.....	.....	0,006	.....
		Summe 5072	.....	.....	.....	25,006	26,942
		Summe 507	32,839	0,098	32,937	56,792	61,999
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:					
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:					
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	569,752	.....	569,752	597,808	591,285
2/5081		Österreichische Salinen AG:					
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG	1,892	.....	1,892	1,815	1,740
2/5082		Amt der Münze Österreich:					
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG	19,076	.....	19,076	19,361	18,527
2/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:					
2/50834	33	Erfolgswirksame Einnahmen	17.082,000	.....	17.082,000	17.430,444	17.322,976
		Summe 508	17.672,720	.....	17.672,720	18.049,428	17.934,528
		Gesamteinnahmen 50	19.802,844	116,208	19.919,052	19.941,965	19.262,738

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
51		**Kassenverwaltung:**	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51038	43	Kursverluste		.....	49,974	.....	49,974	50,000	0,054
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51048	43	Aufwendungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 510...		.....	49,988	.....	49,988	50,001	0,054
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/51108	43	Aufwendungen		.....	440,056	.....	440,056	401,319	408,992
		Summe 5110...		.....	440,070	.....	440,070	401,320	408,992
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/51118	43	Aufwendungen		.....	2.947,028	.....	2.947,028	2.542,002	1.836,531
		Summe 5111...		.....	2.947,042	.....	2.947,042	2.542,003	1.836,531
		Summe 511...		.....	3.387,112	.....	3.387,112	2.943,323	2.245,523

Anmerkungen:

51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

1/5110 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (440,070 Millionen Schilling).
2001 Überweisung an VA-Ansatz 2/65300 (440,028 Millionen Schilling).

1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (200,042 Millionen Schilling) und durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248 (2.747,000 Millionen Schilling).
2001 Überweisung an VA-Ansatz 2/61230 (2.947,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
51		**Kassenverwaltung:**						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51034	43	Kursgewinne		0,014	.....	0,014	0,001	4,974
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		750,028	.....	750,028	272,002	880,748
2/51019	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 510...		750,042	.....	750,042	272,003	885,722
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	440,070	.....	440,070	301,320	502,070
	36			*0,028*	.....	*0,028*	*1,037*	*14,304*
	43			*440,042*	.....	*440,042*	*300,282*	*480,185*
	12			.....	.....	.....	*0,001*	*7,582*
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	200,042	.....	200,042	1.667,228	2.620,746
		Summe 511...		640,112	.....	640,112	1.968,548	3.122,817

Anmerkungen:
2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/512		Rücklagen:						
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage	.....	.....	0,014	0,014	0,001	887,637
1/51229	43	Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)	.....	.....	0,014	0,014	.....	.....
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	.....	.....	2,968	2,968	1,147	4.936,965
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage	.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage	.....	.....	0,014	0,014	0,001	2.566,838
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.	.....	.....	0,126	0,126	0,004	239,622
1/51289	43	Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage	.....	.....	0,014	0,014	0,001	596,002
		Summe 512...	.....	.....	3,164	3,164	1,155	9.227,064

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,014	0,014	0,001	657,327
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*	.....	29,014	29,014	4,628	8,000
2/51227	43	Entn. aus Rückl. (Flexibilisierungsklausel) (nicht veranschl.)		.....	0,014	0,014	.....	.....
2/51228	43	Entn. aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (veranschl.)		.....	0,014	0,014	.....	.....
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)		.....	2,212	2,212	0,201	3.641,547
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*	.....	2.777,350	2.777,350	974,800	456,003
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage		.....	0,014	0,014	0,001	766,048
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage		.....	0,014	0,014	0,001	3.000,000
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)		.....	0,014	0,014	0,001	1.609,530
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)		.....	0,014	0,014	93,001	.....
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)		.....	0,126	0,126	0,004	260,377
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)		.....	0,014	0,014	0,001	.....
2/51287	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschl.)		.....	0,014	0,014	0,001	140,906
		Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage						
2/51288	43	Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (veranschlagt)	*	.....	5,014	5,014	3,021	.....
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*	.....	1.008,214	1.008,214	6.462,225	1.532,744
		Summe 512...		.....	3.822,056	3.822,056	7.537,886	12.072,483

Anmerkungen:

2/51218 Korrespondierende Ausgaben 2001 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/40138 (19,000 Millionen Schilling) und 1/65023 (10,000 Millionen Schilling).

2/51248 Korrespondierende Ausgaben 2001 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10103 (0,028 Millionen Schilling), 1/10108 (0,014 Millionen Schilling), 1/51118 (2.747,000 Millionen Schilling) und 1/65204 (30,000 Millionen Schilling).

2/51288 Korrespondierende Ausgaben 2001 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/65118 (5,000 Millionen Schilling).

2/51297 Hievon je 504,100 Millionen Schilling von den VA-Ansätzen 1/51817 und 1/51818.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		2.200,000	.....	.....	2.200,000	0,002	.....
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	800,000	.....	800,000	0,002	.....
		Summe 5180...		2.200,000	800,000	.....	3.000,000	0,004	.....
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen		.....	14,000	.....	14,000	24,000	.....
1/51817		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	1.800,000	.....	1.800,000	995,000	.....
	43			.....	*1.800,000*	.....	*1.800,000*	*0,700*	.....
	21			.....	.....	.....	.....	*994,300*	.....
1/51818		Aufwendungen		.....	2.111,000	.....	2.111,000	894,000	.....
	43			.....	*2.111,000*	.....	*2.111,000*	*893,700*	.....
	21			.....	.....	.....	.....	*0,300*	.....
		Summe 5181...		.....	3.925,000	.....	3.925,000	1.913,000	.....
1/5182		Pauschalvorsorge für Offensivprogramm:							
1/51823	43	Anlagen		.....	.....	5.000,000	5.000,000	.....	.....
1/51826	12	Förderungen		.....	4.000,000	.....	4.000,000	.....	.....
1/51828	12	Aufwendungen		.....	1.000,000	.....	1.000,000	.....	.....
		Summe 5182...		.....	5.000,000	5.000,000	10.000,000	.....	.....
1/5183		*Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive:*							
1/51836	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 518...		2.200,000	9.725,000	5.000,000	16.925,000	1.913,004	.....
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben		.....	0,014	.....	0,014	0,002	0,000
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)		.....	3.379,990	.....	3.379,990	2.000,003	654,322
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)		.....	.....	170.000,002	170.000,002	280.000,001	152.432,088
		Summe 5191...		.....	3.379,990	170.000,002	173.379,992	282.000,004	153.086,410
1/5192		Devisentermingeschäfte:							
1/51928	43	Aufwendungen		.....	0,042	.....	0,042	.....	.....
7/51929	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	150.000,000	150.000,000	.....	.....
		Summe 5192...		.....	0,042	150.000,000	150.000,042	.....	.....
		Summe 519...		.....	3.380,046	320.000,002	323.380,048	282.000,006	153.086,410
		Summe 1/51...		2.200,000	16.542,146	5.003,164	23.745,310	6.907,488	12.126,963
		Summe 7/51...		.....	.....	320.000,002	320.000,002	280.000,001	152.432,088
		Gesamtausgaben 51...		2.200,000	16.542,146	325.003,166	343.745,312	286.907,489	164.559,051

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		421,065	.....	421,065	700,000	1.183,914
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		47,308	.....	47,308	0,001	834,546
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		0,014	.....	0,014	0,001	11.633,149
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		700,000	.....	700,000	600,000	1.948,056
2/51325	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,014	.....	0,014	0,001	283,545
		Summe 513...		1.168,401	.....	1.168,401	1.300,003	15.883,209
2/514		Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000-2006):						
2/51405	43	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		1.359,625	.....	1.359,625	301,665	.....
2/51406	43	Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/51415	43	Europ. Regionalfonds (EU)		1.285,000	.....	1.285,000	407,000	.....
2/51425	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		200,000	.....	200,000	68,000	.....
2/51426	43	EAGFL/Garantie (EU)		13.400,000	.....	13.400,000	12.169,999	.....
		Summe 514...		16.244,639	.....	16.244,639	12.946,665	.....
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	0,000
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes		.....	170.000,002	170.000,002	280.000,001	152.592,752
2/5192		Devisentermingeschäfte:						
2/51924	43	Erfolgswirksame Einnahmen		650,189	.....	650,189	.....	.....
8/51929	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	150.000,000	150.000,000	.....	.....
		Summe 5192...		650,189	150.000,000	150.650,189	.....	.....
		Summe 519...		650,203	320.000,002	320.650,205	280.000,002	152.592,752
		Summe 2/51...		19.453,397	3.822,056	23.275,453	24.025,106	31.964,231
		Summe 8/51...		.....	320.000,002	320.000,002	280.000,001	152.592,752
		Gesamteinnahmen 51...		19.453,397	323.822,058	343.275,455	304.025,107	184.556,982

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/52		**Öffentliche Abgaben:**						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004	43	Veranlagte Einkommensteuer	*	44.000,000	.....	44.000,000	41.000,000	39.847,101
2/52014	43	Lohnsteuer	*	222.000,000	.....	222.000,000	194.000,000	203.006,746
2/52024	43	Kapitalertragsteuer	*	6.500,000	.....	6.500,000	6.500,000	6.115,180
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		22.000,000	.....	22.000,000	21.000,000	19.101,572
2/52034	43	Körperschaftsteuer	*	62.000,000	.....	62.000,000	48.000,000	44.678,788
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000	.....	5,000	5,000	7,416
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	0,014	.....	0,014	65,000	149,462
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		0,014	.....	0,014	48,000	111,801
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		2.100,000	.....	2.100,000	1.700,000	1.645,452
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000	.....	280,000	280,000	278,690
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000	.....	75,000	75,000	73,195
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		8.500,000	.....	8.500,000	8.170,000	7.930,244
2/52064	*43*	*Vermögensteuer*		.....	.....	.....	5,000	95,544
2/52065	*43*	*Erbschaftssteueräquivalent*		.....	.....	.....	0,001	1,399
2/52094	*43*	*Sonderabgabe von Banken*		.....	.....	.....	0,002	0,133
		Summe 520...		367.460,028	.....	367.460,028	320.848,003	323.042,722
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	200,000	.....	200,000	175,000	138,128
		Summe 520 und 521...		367.660,028	.....	367.660,028	321.023,003	323.180,851
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		246.000,000	.....	246.000,000	235.900,000	226.952,054
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben		3.500,000	.....	3.500,000	3.100,003	3.362,256
		Zölle						
2/52364	*43*	*Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben*		.....	.....	.....	0,002	0,030
		Summe 523...		3.500,000	.....	3.500,000	3.100,005	3.362,287

Anmerkungen:

2/52004)
2/52014 Anteilige korrespondierende Ausgaben für Familienlastenausgleich bei den VA-Ansätzen 2/52874, 2/52875 und
2/52024 für den Katastrophenfonds bei VA-Ansatz 2/52894.
2/52034)

2/52044 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.

2/52180 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (114,240 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (8,064 Millionen Schilling), 1/12486 (12,096 Millionen Schilling), 1/50408 (8,000 Millionen Schilling) und 2/52804, AB 13 (57,600 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:
1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/524		Verbrauchsteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		17.300,000	.....	17.300,000	16.800,000	15.926,343
2/52414	43	Biersteuer		2.800,000	.....	2.800,000	2.260,000	1.981,391
2/52444	43	Mineralölsteuer		38.100,000	.....	38.100,000	37.500,000	37.084,173
2/52464	43	Alkoholsteuer		1.700,000	.....	1.700,000	1.290,000	1.206,038
2/52484	43	Schaumweinsteuer		350,000	.....	350,000	300,000	306,042
		Summe 524...		60.250,000	.....	60.250,000	58.150,000	56.503,987
2/525		Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben: *Stempel- und Rechtsgebühren*						
2/52514	43	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben		11.000,000	.....	11.000,000	10.700,000	.....
2/52504	*43*	*In Stempelmarken entrichtete Gebühren*		.....	.....	.....	.....	3.849,403
2/52524	*43*	*Übrige Gebühren*		.....	.....	.....	.....	6.434,569
		Summe 525...		11.000,000	.....	11.000,000	10.700,000	10.283,972
2/526		Verkehrsteuern:						
2/52604	43	Kapitalverkehrsteuern		1.700,000	.....	1.700,000	1.600,000	1.533,983
2/52605	43	Sicherheitsabgabe		420,000	.....	420,000	350,000	354,607
2/52606	43	Werbeabgabe		1.000,000	.....	1.000,000	450,000	.....
2/52615	43	Energieabgabe		9.800,000	.....	9.800,000	7.800,000	5.572,028
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		6.000,000	.....	6.000,000	6.000,000	6.039,803
2/52634	43	Grunderwerbsteuer		6.300,000	.....	6.300,000	5.900,000	5.699,421
2/52644	43	Versicherungssteuer		10.200,000	.....	10.200,000	9.900,000	10.023,925
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		15.000,000	.....	15.000,000	13.500,000	9.900,172
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe		1.000,000	.....	1.000,000	1.000,000	1.064,184
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.090,000	.....	1.090,000	1.044,000	1.049,630
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		1.460,000	.....	1.460,000	756,000	719,154
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.400,000	.....	1.400,000	1.400,000	1.367,087
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.800,000	.....	2.800,000	2.700,000	2.559,929
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.300,000	.....	1.300,000	1.000,000	878,102
		Summe 526...		59.470,000	.....	59.470,000	53.400,000	46.762,026
		Summe 522 bis 526...		380.220,000	.....	380.220,000	361.250,005	343.864,325
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		2.000,000	.....	2.000,000	2.400,003	2.740,795
		Summe 520 bis 527...		749.880,028	.....	749.880,028	684.673,011	669.785,971

Anmerkungen:

2/52661 Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:

	BVA 2001	BVA 2000 Mill. S	Erfolg 1999
1/65204	1.120,000	1.044,000	1.500,000

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61218 (300,000 Millionen Schilling), beim VA-Ansatz 1/61226 (794,000 Millionen Schilling), beim VA-Ansatz 1/61228 (196,000 Millionen Schilling) und bei 1/61248 (10,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten		.....	11,000	.....	11,000	11,000	12,535
1/52718	43	Verkaufsvergütungen		.....	91,000	.....	91,000	104,000	112,925
1/52728	43	Verfahrenskosten		.....	21,000	.....	21,000	15,000	14,104
		Gesamtausgaben 52...		.....	123,000	.....	123,000	130,000	139,564

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804		Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*	-175802,000	.....	-175802,000	-172789,453	-168066,307
	13			*-57,600*	.....	*-57,600*	*-50,400*	*-39,449*
	43			*-175744,400*	.....	*-175744,400*	*-172739,053*	*-168026,858*
2/52805	43	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung	*	-1.485,000	.....	-1.485,000	-1.416,637	-1.337,117
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden	*	-0,014	.....	-0,014	-65,000	-155,648
2/52824	21	Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung	*	-100,000	.....	-100,000	-100,000	-100,000
2/52825	21	Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz		-16.200,000	.....	-16.200,000	.....	.....
2/52834	37	Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft		-0,014	.....	-0,014	-650,527	-2.252,022
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*	-5.709,168	.....	-5.709,168	-5.415,200	-5.495,419
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*	-9.500,000	.....	-9.500,000	-9.500,000	-9.500,000
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*	-4.215,456	.....	-4.215,456	-3.998,400	-4.065,037
		Summe 528...		-213011,652	.....	-213011,652	-193935,217	-190971,550
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union		-32.500,000	.....	-32.500,000	-32.485,000	-29.151,836
		Gesamteinnahmen 52...		504.368,376	.....	504.368,376	458.252,794	449.662,585

Anmerkungen:
2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
2/52805 Hievon 2001 Überweisung an VA-Ansatz 2/53205 in Höhe von 1.485,000 Millionen Schillung.
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.
2/52824 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52204. Überweisung an VA-Ansatz 2/17230.
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/53		**Finanzausgleich:**	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder		.....	1.390,000	.....	1.390,000	1.363,000	1.372,832
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden		.....	1.134,707	.....	1.134,707	1.085,632	1.098,943
1/53027	43	Bedarfszuweisung an Länder		.....	12.229,270	.....	12.229,270	7.905,335	8.245,692
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.		.....	1.160,000	.....	1.160,000	919,460	649,957
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden		.....	15,000	.....	15,000	15,000	10,000
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut		.....	25,000	.....	25,000	25,000	23,460
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten		.....	200,000	.....	200,000	200,000	200,000
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten		.....	2.348,000	.....	2.348,000	2.221,450	2.125,605
		Summe 530...		.....	18.501,977	.....	18.501,977	13.734,877	13.726,489
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53207	21	Zuschüsse für Krankenanstalten		.....	1.485,000	.....	1.485,000	1.416,637	1.337,117
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz		.....	300,000	.....	300,000	350,000	295,203
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	293,000	.....	293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen		.....	3,000	.....	3,000	3,000	19,785
		Summe 5322...		.....	296,000	.....	296,000	296,000	312,785
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG		.....	70,000	.....	70,000	100,000	104,038
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG		.....	24.500,000	.....	24.500,000	24.500,000	24.500,000
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden		.....	120,000	.....	120,000	120,000	120,000
1/53297	22	Kinderbetreuungseinrichtungen		.....	0,028	.....	0,028	596,250	33,000
		Summe 532...		.....	26.771,028	.....	26.771,028	27.378,887	26.702,143
1/533		Zweckzuschüsse des Bundes II:							
1/53307	43	Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....

Anmerkungen:
1/53 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/53		**Finanzausgleich:**						
2/53024	43	Finanzausgleichsbeiträge der Länder und Gemeinden		1.940,000	.....	1.940,000	.....	.....
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes		0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/53205	21	Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung	*	1.485,000	.....	1.485,000	1.416,637	1.337,117
2/53214	43	Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/53254	*23*	*Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion*		.....	.....	.....	.....	.....
2/53274	*23*	*Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 532...		1.485,042	.....	1.485,042	1.416,640	1.337,117

Anmerkungen:
2/53205 2001 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 in Höhe von 1.485,000 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen		.....	149,649	.....	149,649	141,943	243,672
1/53418	43	Zahlungen an Länder		.....	419,438	.....	419,438	397,841	378,804
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden		.....	323,325	.....	323,325	306,677	239,242
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen		.....	0,056	.....	0,056	0,011	0,000
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*	.....	263,466	.....	263,466	249,900	199,765
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*	.....	2.849,578	.....	2.849,578	2.682,039	2.236,696
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*	.....	50,000	.....	50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*	.....	160,000	.....	160,000	170,000	145,037
		Summe 534...		.....	4.215,512	.....	4.215,512	3.998,411	3.493,216
		Gesamtausgaben 53...		.....	49.488,531	.....	49.488,531	45.112,176	43.921,848

Anmerkungen:

1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890 und 2/65660, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858 und 1/65668 verausgabt werden.

1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/65460, 2/65650, 2/65660, 2/65410 und 2/65440, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/65466, 1/65653, 1/65658, 1/65668, 1/65413, 1/65418 und 1/65448 verausgabt werden.

1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.

1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):					
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds ..... *	4.215,512	.....	4.215,512	3.998,411	3.493,216
		Gesamteinnahmen 53...	7.640,554	.....	7.640,554	5.415,051	4.830,333

Anmerkungen:
2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (4.215,456 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen und Rückzahlungen (0,056 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
54		**Bundesvermögen:**	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen		.....	.....	0,028	0,028	0,002	.....
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen		.....	.....	1.813,168	1.813,168	1.160,012	1.413,406
1/54093		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,154	0,154	48,208	38,066
	23			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*11,201*	.....
	32			.....	.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
	33			.....	.....	*0,042*	*0,042*	*37,002*	.....
	36			.....	.....	*0,028*	*0,028*	*0,001*	.....
	37			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	*38,066*
	43			.....	.....	*0,014*	*0,014*	.....	.....
1/54063	*33*	*Post-u. Telekom Beteiligungsverwaltungsgesellschaft*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 540...		.....	.....	1.813,378	1.813,378	1.208,225	1.451,472
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
1/54108	43	Aufwendungen		.....	1,504	.....	1,504	1,500	9,140
		Summe 541...		.....	1,532	.....	1,532	1,502	9,140

Anmerkungen:

54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/54		**Bundesvermögen:**						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		251,491	.....	251,491	251,491	.....
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54054	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	8,297
		Summe 5405...		0,014	0,014	0,028	0,002	8,297
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000	.....	80,000	80,000	80,000
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		11.948,257	.....	11.948,257	10.328,250	10.185,854
		Summe 5407...		12.028,257	.....	12.028,257	10.408,250	10.265,854
2/54094		Sonstige Unternehmungen		35,016	.....	35,016	31,408	49,495
	23			*15,300*	.....	*15,300*	*16,500*	*24,211*
	32			*3,160*	.....	*3,160*	*5,000*	*5,080*
	33			*8,514*	.....	*8,514*	*9,901*	*12,200*
	36			*8,000*	.....	*8,000*	*0,001*	*8,000*
	37			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	38			*0,028*	.....	*0,028*	*0,005*	*0,004*
2/54065	*33*	*Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 540...		12.314,792	0,014	12.314,806	10.691,153	10.323,647
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184		Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	623,701	23,915
	33			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	38			*0,014*	.....	*0,014*	*623,700*	*23,915*
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,098	0,098	63,006	.....
	23			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	32			.....	*0,014*	*0,014*	.....	.....
	33			.....	*0,042*	*0,042*	*0,003*	.....
	35			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,014*	*0,014*	*63,001*	.....
		Summe 5418...		0,028	0,098	0,126	686,707	23,915
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung		.....	0,042	0,042	0,003	.....
	13			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	33			.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
		Summe 541...		0,056	0,140	0,196	686,712	23,915

Anmerkungen:
2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/542		Bundesdarlehen:							
1/54215	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/54255		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	9,000	9,000	9,000	10,869
	23			.....	.....	*8,972*	*8,972*	*8,998*	*10,869*
	32			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	33			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
1/54285	43	Ausland		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 542...		.....	.....	9,028	9,028	9,002	10,869
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)		.....	0,200	.....	0,200	0,180	.....
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)		.....	1,200	.....	1,200	1,000	0,130
		Summe 545...		.....	1,400	.....	1,400	1,180	0,130
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen		.....	16,660	.....	16,660	17,000	5,603

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/542		Bundesdarlehen:						
2/5421		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:						
2/54214	36	Zinsen		65,000	.....	65,000	213,100	2,536
2/54219	36	Darlehensrückzahlungen		.....	2.635,000	2.635,000	0,001	800,000
		Summe 5421...		65,000	2.635,000	2.700,000	213,101	802,536
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		82,598	.....	82,598	82,442	83,087
	23			*78,260*	.....	*78,260*	*78,660*	*78,917*
	32			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	33			*4,324*	.....	*4,324*	*3,781*	*4,170*
2/54259		Darlehensrückzahlungen		.....	117,516	117,516	107,724	89,177
	23			.....	*109,438*	*109,438*	*96,471*	*85,196*
	32			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	33			.....	*8,050*	*8,050*	*11,251*	*3,980*
	36			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
		Summe 5425...		82,598	117,516	200,114	190,166	172,263
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		14,924	.....	14,924	20,500	31,028
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen		.....	214,875	214,875	45,000	765,000
		Summe 5428...		14,924	214,875	229,799	65,500	796,028
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,070	.....	0,070	0,047	0,033
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen		.....	0,164	0,164	0,137	0,112
		Summe 5429...		0,070	0,164	0,234	0,184	0,145
		Summe 542...		162,592	2.967,555	3.130,147	468,951	1.770,972
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		2,500	.....	2,500	0,001	.....
2/54307	33	Rückzahlungen		.....	6,250	6,250	37,000	.....
		Summe 543...		2,500	6,250	8,750	37,001	.....
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5451		Einziehungen auf Grund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		62,540	.....	62,540	63,562	92,101
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	1,098	1,098	1,030	5,422
2/54607	43	Veräußerungen		.....	12.556,860	12.556,860	5.000,008	892,637
2/54608	43	Veräußerungen (sonstige)		.....	0,042	0,042	0,003	255,508
2/54624	43	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung		1.200,014	.....	1.200,014	1.139,001	1.447,692
2/54626	43	Fruchtgenussentgelt		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,000	.....	3,000	3,000	5,937
		Summe 546...		1.203,028	12.558,000	13.761,028	6.143,043	2.607,196

Anmerkungen:
2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12003 (0,042 Millionen Schilling), 1/40103 (1,028 Millionen Schilling), 1/40108 (0,014 Millionen Schilling) und 1/60813 (0,014 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)		.....	30,000	.....	30,000	30,000	17,390
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)		.....	3.000,000	.....	3.000,000	243,000	1.915,767
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	7.970,000	7.970,000	10.227,000	5.587,713
		Summe 5470		.....	3.030,000	7.970,000	11.000,000	10.500,000	7.520,871
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*	.....	780,000	.....	780,000	457,000	611,698
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)		.....	.....	0,207	0,207	0,312	.....
	22			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	32			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
	33			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	34			.....	.....	*0,200*	*0,200*	*0,305*	.....
	35			.....	.....	*0,002*	*0,002*	*0,002*	.....
	36			.....	.....	*0,001*	*0,001*	*0,001*	.....
		Summe 5471		.....	780,000	0,207	780,207	457,312	611,698
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)		.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)		.....	.....	699,972	699,972	1.000,000	.....
		Summe 5472		.....	0,028	699,972	700,000	1.000,002	.....
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 547		.....	3.810,042	8.670,179	12.480,221	11.957,315	8.132,569

Anmerkungen:
1/54718 Hievon 2001 00,050 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:					
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)(zweckgeb. Geb.):					
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	3.600,000	.....	3.600,000	3.600,000	3.097,210
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	.....	7.400,000	7.400,000	6.900,000	4.496,901
		Summe 5470...	3.600,000	7.400,000	11.000,000	10.500,000	7.594,111
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:					
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG).*	50,000	.....	50,000	10,000	100,983
2/54714		Erfolgswirksame Einnahmen	549,634	.....	549,634	47,867	719,578
	36		*506,634*	.....	*506,634*	*47,867*	*719,578*
	38		*43,000*	.....	*43,000*	.....	.....
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,137	0,137	0,058	0,041
	22		.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	32		.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	33		.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
	34		.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	35		.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
	36		.....	*0,039*	*0,039*	*0,051*	*0,041*
		Summe 5471...	599,634	0,137	599,771	57,925	820,602
		Summe 547...	4.199,634	7.400,137	11.599,771	10.557,925	8.414,713

Anmerkungen:
2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
1/54817	36	ERP-Fonds	.....	5, 338	.....	5, 338	5, 404	5, 462
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW	.....	110, 000	.....	110, 000	230, 001	160, 000
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien	.....	12, 000	.....	12, 000	12, 000	10, 309
		Summe 5482...	.....	122, 000	.....	122, 000	242, 001	170, 309
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse	.....	521, 000	.....	521, 000	81, 000	521, 000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
1/54846		Förderungen	.....	145, 000	.....	145, 000	145, 002	87, 855
	33		.....	*10, 000*	.....	*10, 000*	*10, 000*	*15, 000*
	38		.....	*30, 000*	.....	*30, 000*	*30, 001*	*30, 000*
	43		.....	*105, 000*	.....	*105, 000*	*105, 000*	*38, 855*
	11		.....	.....	.....	.....	*0, 001*	*4, 000*
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	102, 014	.....	102, 014	50, 004	48, 099
	12		.....	*22, 000*	.....	*22, 000*	*20, 000*	*19, 352*
	21		.....	*80, 000*	.....	*80, 000*	*30, 000*	*28, 747*
	36		.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	*0, 004*	.....
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	0, 014	.....	0, 014	0, 008	.....
1/54848		Aufwendungen	.....	1. 099, 187	.....	1. 099, 187	218, 619	229, 487
	36		.....	*0, 014*	.....	*0, 014*	*0, 001*	.....
	38		.....	*1. 099, 173*	.....	*1. 099, 173*	*218, 618*	*229, 487*
	43		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 5484...	.....	1. 346, 215	.....	1. 346, 215	413, 633	365, 441
		Summe 548...	.....	1. 994, 553	.....	1. 994, 553	742, 038	1. 062, 212
		Summe 1/54...	.....	5. 824, 173	10. 492, 585	16. 316, 758	13. 936, 254	10. 671, 995
		Summe 7/54...	.....	0, 014	.....	0, 014	0, 008	.....
		Gesamtausgaben 54...	.....	5. 824, 187	10. 492, 585	16. 316, 772	13. 936, 262	10. 671, 995

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:					
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:					
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen	4,289	.....	4,289	3,202	3,217
2/54834	43	Verschiedene Abfuhren	34,944	.....	34,944	59,989	623,865
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:					
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen	2,500	.....	2,500	4,034	4,772
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen	.....	42,400	42,400	44,822	39,769
		Summe 5484...	2,500	42,400	44,900	48,856	44,541
		Summe 548...	41,733	42,400	84,133	112,047	671,623
		Gesamteinnahmen 54...	17.986,875	22.974,496	40.961,371	28.760,394	23.904,167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/55		**Pensionen:**	*						
		Pensionen (Hoheitsverwaltung)							
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		25.981,000	.....	.....	25.981,000	24.240,000	23.603,340
1/55010	43	Versorgungsbezüge		6.562,000	.....	.....	6.562,000	6.431,000	6.359,175
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		8,000	.....	.....	8,000	8,000	7,871
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		994,000	.....	.....	994,000	974,000	926,992
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	93,000	.....	93,000	93,000	76,806
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	513,000	.....	513,000	513,000	493,280
		Summe 550...		33.545,000	606,000	.....	34.151,000	32.259,000	31.467,463
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer		.....	9.776,000	.....	9.776,000	9.726,000	9.091,196
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		855,000	.....	.....	855,000	855,000	403,799
1/55210	43	Versorgungsbezüge		243,000	.....	.....	243,000	243,000	151,689
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		35,000	.....	.....	35,000	36,000	36,844
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		38,000	.....	.....	38,000	39,000	18,855
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen		.....	1,000	.....	1,000	1,000	0,481
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz		.....	34,000	.....	34,000	34,000	21,485
		Summe 552...		1.171,000	35,000	.....	1.206,000	1.208,000	633,152
1/55305		Pensionsvorschüsse		.....	.....	1,000	1,000	1,000	0,506
	23			.....	.....	*0,180*	*0,180*	*0,167*	.....
	33			.....	.....	*0,435*	*0,435*	*0,500*	*0,315*
	43			.....	.....	*0,385*	*0,385*	*0,333*	*0,191*
1/55400	43	Geldaushilfen		1,000	.....	.....	1,000	1,000	0,078
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	23.592,000	.....	23.592,000	23.185,000	22.941,529
1/5551		Österr. Post AG, Telekom Austria AG:							
		Post- und Telekom Austria AG							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	12.406,000	.....	12.406,000	11.980,000	11.675,214
		Summe 555...		.....	35.998,000	.....	35.998,000	35.165,000	34.616,744
		Gesamtausgaben 55...		34.717,000	46.415,000	1,000	81.133,000	78.360,000	75.809,139

Anmerkungen:
1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/55		**Pensionen:**					
		Pensionen (Hoheitsverwaltung)					
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:					
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete	0,200	.....	0,200	0,300	0,266
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse AG	45,800	.....	45,800	40,500	40,450
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	75,000	.....	75,000	64,000	35,818
		Summe 550...	121,000	.....	121,000	104,800	76,533
2/551		Ersätze von Ländern:					
2/55104	43	Beiträge von Landeslehrern gem. § 107a LDG	193,700	.....	193,700	154,000	151,502
2/552		Sonstige Bedienstete:					
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	155,700	.....	155,700	250,000	105,385
2/55309		Pensionsvorschussersätze	.....	0,700	0,700	0,700	0,551
	23		.....	*0,140*	*0,140*	*0,006*	.....
	33		.....	*0,084*	*0,084*	*0,500*	*0,471*
	43		.....	*0,476*	*0,476*	*0,194*	*0,080*
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:					
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:					
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen	7.019,494	.....	7.019,494	6.649,173	6.477,181
2/5551		Österr. Post AG, Telekom Austria AG:					
		Post- und Telekom Austria AG					
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG	3.948,404	.....	3.948,404	3.678,000	3.853,568
		Summe 555...	10.967,898	.....	10.967,898	10.327,173	10.330,749
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:					
2/55604		Pensionsbeiträge	7.710,000	.....	7.710,000	7.525,325	7.344,812
	33		*0,850*	.....	*0,850*	*0,800*	*7,894*
	43		*7.709,150*	.....	*7.709,150*	*7.524,525*	*7.336,918*
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern	255,000	.....	255,000	271,000	277,760
2/55615		Beitrag zur Pension gem. § 13a PG	1.076,974	.....	1.076,974	548,000	537,179
	33		*190,000*	.....	*190,000*	*140,500*	*140,416*
	43		*886,974*	.....	*886,974*	*407,500*	*396,764*
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen	0,028	.....	0,028	0,002	.....
		Summe 556...	9.042,002	.....	9.042,002	8.344,327	8.159,751
		Gesamteinnahmen 55...	20.480,300	0,700	20.481,000	19.181,000	18.824,473

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5800		Anleihen:							
1/58008	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	67.256,018	.....	67.256,018	64.628,244	65.607,018
7/58009	43	Tilgung		.....	.....	101.581,603	101.581,603	120.928,112	139.668,944
		Summe 5800		.....	67.256,018	101.581,603	168.837,621	185.556,356	205.275,961
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58018	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	784,335	.....	784,335	2.458,112	1.400,051
7/58019	43	Tilgung		.....	.....	170,014	170,014	4.793,290	4.868,500
		Summe 5801		.....	784,335	170,014	954,349	7.251,402	6.268,551
5802		Bundesschatzscheine:							
1/58028	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	2.911,749	.....	2.911,749	2.785,386	2.840,909
7/58029	43	Tilgung		.....	.....	15.889,677	15.889,677	17.265,313	8.921,843
		Summe 5802		.....	2.911,749	15.889,677	18.801,426	20.050,699	11.762,752
		Summe 580		.....	70.952,102	117.641,294	188.593,396	212.858,457	223.307,264
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:							
5810		Kredite und Darlehen:							
1/58108	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	15.864,667	.....	15.864,667	16.581,427	18.399,344
7/58109	43	Tilgung		.....	.....	13.190,032	13.190,032	14.817,629	18.641,982
		Summe 581		.....	15.864,667	13.190,032	29.054,699	31.399,056	37.041,326
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5820		Anleihen:							
1/58208	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	9.385,723	.....	9.385,723	10.229,164	9.734,354
7/58209	43	Tilgung		.....	.....	25.685,637	25.685,637	25.049,442	7.305,833
		Summe 5820		.....	9.385,723	25.685,637	35.071,360	35.278,606	17.040,187
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:							
1/58218	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	1.691,026	.....	1.691,026	302,663	337,835
7/58219	43	Tilgung		.....	.....	799,103	799,103	2.587,504	.....
		Summe 5821		.....	1.691,026	799,103	2.490,129	2.890,167	337,835
5822		Bundesschatzscheine:							
1/58228	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
7/58229	43	Tilgung		.....	.....	2.109,599	2.109,599	0,002	.....
		Summe 5822		.....	0,028	2.109,599	2.109,627	0,004	.....
		Summe 582		.....	11.076,777	28.594,339	39.671,116	38.168,777	17.378,022
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5830		Kredite und Darlehen:							
1/58308	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	896,756	.....	896,756	828,598	714,533
7/58309	43	Tilgung		.....	.....	0,014	0,014	137,603	395,169
		Summe 583		.....	896,756	0,014	896,770	966,201	1.109,702

Anmerkungen:
58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
58		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*					
580		Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5800		Anleihen:						
2/58004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3.328,056	.....	3.328,056	6.854,035	4.209,503
8/58009	43	Erlöse - Anleihen		.....	20.663,256	20.663,256	20.000,003	206.353,207
		Summe 5800...		3.328,056	20.663,256	23.991,312	26.854,038	210.562,711
5801		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,084	.....	0,084	11,440	11,440
8/58019	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 5801...		0,084	0,028	0,112	11,442	11,440
5802		Bundesschatzscheine:						
2/58024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
8/58029	43	Erlöse - Bundesschatzscheine		.....	0,028	0,028	0,002	13.325,072
		Summe 5802...		0,028	0,028	0,056	0,004	13.325,072
		Summe 580...		3.328,168	20.663,312	23.991,480	26.865,484	223.899,222
581		Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:						
5810		Kredite und Darlehen:						
2/58104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
8/58109	43	Erlöse - Kredite und Darlehen		.....	0,014	0,014	0,001	10.124,911
		Summe 581...		0,014	0,014	0,028	0,002	10.124,911
582		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5820		Anleihen:						
2/58204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		24,556	.....	24,556	24,032	39,158
8/58209	43	Erlöse - Anleihen		.....	0,028	0,028	0,002	15.327,003
		Summe 5820...		24,556	0,028	24,584	24,034	15.366,161
5821		Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:						
2/58214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,070	.....	0,070	0,006	.....
8/58219	43	Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen		.....	0,028	0,028	0,002	2.449,201
		Summe 5821...		0,070	0,028	0,098	0,008	2.449,201
5822		Bundesschatzscheine:						
2/58224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....
8/58229	43	Erlöse - Bundesschatzscheine		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 5822...		0,028	0,028	0,056	0,004	.....
		Summe 582...		24,654	0,084	24,738	24,046	17.815,362
583		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5830		Kredite und Darlehen:						
2/58304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
8/58309	43	Erlöse - Kredite und Darlehen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 583...		0,014	0,014	0,028	0,002	.....

Anmerkungen:
58 Im BVA 1998 und im BVA 1997 als Kapitel 59 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
584		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5840		In heimischer Währung:							
1/58408	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	3.630,351	.....	3.630,351	2.665,569	2.299,754
7/58409	43	Tilgung		.....	.....	2.522,530	2.522,530	1.017,902	8.195,025
		Summe 5840		.....	3.630,351	2.522,530	6.152,881	3.683,471	10.494,778
5841		In fremder Währung:							
1/58418	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	4.926,030	.....	4.926,030	4.699,162	3.741,446
7/58419	43	Tilgung		.....	.....	2.549,787	2.549,787	18.747,905	5.568,936
		Summe 5841		.....	4.926,030	2.549,787	7.475,817	23.447,067	9.310,382
7/5842		In heimischer Währung:							
7/58429	43	Kapitalauszahlung		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
7/5843		In fremder Währung:							
7/58439	43	Kapitalauszahlung		.....	.....	0,014	0,014	0,001	10.635,767
		Summe 584		.....	8.556,381	5.072,345	13.628,726	27.130,540	30.440,928
1/587		Gebarung mit Gegenposition:							
1/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:							
1/58708	43	Stückzinsen mit Gegenposition		.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
7/58709	43	Erwerb von Bundestitel mit Gegenposition		.....	.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Tilgung von Bundestitel mit Gegenposition							
		Summe 5870		.....	0,028	0,028	0,056	0,004	.....
1/5871		Doppelte Wertpapierleihe:							
7/58719	43	Wertpapierleihe		.....	.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 587		.....	0,028	0,056	0,084	0,006	.....
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5880		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/58808	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	0,400	.....	0,400	0,400	0,011
7/58809	43	Tilgung		.....	.....	0,200	0,200	0,200	0,013
		Summe 5880		.....	0,400	0,200	0,600	0,600	0,023
5881		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/58818	43	Verzinsung und Aufgeld		.....	2.630,838	.....	2.630,838	3.485,638	.....
7/58819	43	Tilgung		.....	.....	20.000,014	20.000,014	0,002	.....
		Summe 5881		.....	2.630,838	20.000,014	22.630,852	3.485,640	.....
5882		Devisentermingeschäfte:							
1/58828	43	Aufwendungen		.....	0,028	.....	0,028	0,001	236,437
7/58829	43	Aufwendungen (B)		.....	.....	2.069,642	2.069,642	2.413,585	.....
		Summe 5882		.....	0,028	2.069,642	2.069,670	2.413,586	236,437
		Summe 588		.....	2.631,266	22.069,856	24.701,122	5.899,826	236,460
1/589		Sonstiger Aufwand:							
1/58908	43	Aufwendungen		.....	9.551,674	.....	9.551,674	9.025,155	5.136,756
1/58918	43	Aufwendungen mit Gegenposition		.....	0,084	.....	0,084	0,002	.....
		Summe 589		.....	9.551,758	.....	9.551,758	9.025,157	5.136,756
		Summe 1/58		.....	119.529,735	.....	119.529,735	117.689,525	110.448,447
		Summe 7/58		.....	.....	186.567,936	186.567,936	207.758,495	204.202,012
		Gesamtausgaben 58		.....	119.529,735	186.567,936	306.097,671	325.448,020	314.650,459

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
584		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5840		In heimischer Währung:						
2/58404	43	Zinsen und Aufgeld		6.050,237	.....	6.050,237	4.279,976	3.296,055
8/58409	43	Kapital		.....	3.007,715	3.007,715	1.215,217	6.626,072
		Summe 5840...		6.050,237	3.007,715	9.057,952	5.495,193	9.922,127
5841		In fremder Währung:						
2/58414	43	Zinsen und Aufgeld		7.313,166	.....	7.313,166	6.809,942	6.130,118
8/58419	43	Kapital		.....	2.452,577	2.452,577	16.452,045	7.305,833
		Summe 5841...		7.313,166	2.452,577	9.765,743	23.261,987	13.435,951
8/5842		In heimischer Währung:						
8/58429	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
8/5843		In fremder Währung:						
8/58439	43	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen		.....	0,014	0,014	0,001	10.724,483
		Summe 584...		13.363,403	5.460,320	18.823,723	28.757,182	34.082,561
2/587		Gebarung mit Gegenposition:						
2/5870		Sonstige Wertpapiergebarung:						
2/58704	43	Stückzinsen mit Gegenposition		0,028	.....	0,028	0,002	.....
8/58709	43	Kapitalaufnahmen mit Gegenposition		.....	0,042	0,042	0,002	.....
		Entnahme von Bundestitel mit Gegenposition						
		Summe 5870...		0,028	0,042	0,070	0,004	.....
2/5871		Doppelte Wertpapierleihe:						
8/58719	43	Wertpapierleihe		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 587...		0,028	0,070	0,098	0,006	.....
588		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/58809	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG		.....	191.101,243	191.101,243	222.151,846	.....
5882		Devisentermingeschäfte:						
2/58824	43	Erfolgswirksame Einnahmen		42,184	.....	42,184	0,001	237,781
8/58829	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	2.109,655	2.109,655	2.587,503	.....
		Summe 5882...		42,184	2.109,655	2.151,839	2.587,504	237,781
5881		*Devisentermingeschäfte:*						
2/58814	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 588...		42,184	193.210,898	193.253,082	224.739,350	237,781
2/589		Sonstige Einnahmen:						
2/58904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,210	.....	0,210	1.062,470	5.077,371
2/58914	43	Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition		0,056	.....	0,056	0,002	.....
		Summe 589...		0,266	.....	0,266	1.062,472	5.077,371
		Summe 2/58...		16.758,731	.....	16.758,731	19.041,912	19.001,425
		Summe 8/58...		.....	219.334,712	219.334,712	262.406,632	272.235,783
		Gesamteinnahmen 58...		16.758,731	219.334,712	236.093,443	281.448,544	291.237,209

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
56		*Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:*	*						
560		*Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*							
5600		*Anleihen:*							
1/56008	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	1.863,042	1.376,198
7/56009	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,002	...
		Summe 5600		...	...	...	...	1.863,044	1.376,198
5601		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*							
1/56018	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	162,428	52,000
7/56019	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,002	...
		Summe 5601		...	...	...	...	162,430	52,000
5602		*Bundesschatzscheine:*							
1/56028	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	0,002	...
7/56029	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,002	...
		Summe 5602		...	...	...	...	0,004	...
		Summe 560		...	...	...	...	2.025,478	1.428,198
561		*Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*							
5610		*Kredite und Darlehen:*							
1/56108	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	70,762	49,825
7/56109	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	88,742	675,000
		Summe 561		...	...	...	...	159,504	724,825
562		*Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*							
5620		*Anleihen:*							
1/56208	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	892,320	378,653
7/56209	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,002	...
		Summe 5620		...	...	...	...	892,322	378,653
5621		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*							
1/56218	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	0,002	39,215
7/56219	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	2.744,649	...
		Summe 5621		...	...	...	...	2.744,651	39,215
5622		*Bundesschatzscheine:*							
1/56228	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	0,002	...
7/56229	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,002	...
		Summe 5622		...	...	...	...	0,004	...
		Summe 562		...	...	...	...	3.636,977	417,868
563		*Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*							
5630		*Kredite und Darlehen:*							
1/56308	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	0,002	...
7/56309	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,001	...
		Summe 563		...	...	...	...	0,003	...

Anmerkungen:
56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
56		*Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen:*	*					
560		*Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*						
5600		*Anleihen:*						
2/56004	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	17,420	375,895
2/56009		*Erlöse - Anleihen*		...	...	...	...	...
8/56009	*43*	*Erlöse - Anleihen*		...	...	...	0,002	26.145,894
		Summe 5600		...	...	...	17,422	26.521,788
5601		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*						
2/56014	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,002	...
8/56019	*43*	*Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen*		...	...	...	0,002	3.440,075
		Summe 5601		...	...	...	0,004	3.440,075
5602		*Bundesschatzscheine:*						
2/56024	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,002	...
8/56029	*43*	*Erlöse - Bundesschatzscheine*		...	...	...	0,002	...
		Summe 5602		...	...	...	0,004	...
		Summe 560		...	...	...	17,430	29.961,863
561		*Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung:*						
5610		*Kredite und Darlehen:*						
2/56104	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,001	...
8/56109	*43*	*Erlöse - Kredite und Darlehen*		...	...	...	0,001	714,230
		Summe 561		...	...	...	0,002	714,230
562		*Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*						
5620		*Anleihen:*						
2/56204	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,002	77,527
8/56209	*43*	*Erlöse - Anleihen*		...	...	...	0,002	12.243,457
		Summe 5620		...	...	...	0,004	12.320,983
5621		*Bundesobligationen und Schuldverschreibungen:*						
2/56214	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,002	...
8/56219	*43*	*Erlöse - Bundesobligationen und Schuldverschreibungen*		...	...	...	0,002	2.691,604
		Summe 5621		...	...	...	0,004	2.691,604
5622		*Bundesschatzscheine:*						
2/56224	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,002	...
8/56229	*43*	*Erlöse-Bundesschatzscheine*		...	...	...	0,002	...
		Summe 5622		...	...	...	0,004	...
		Summe 562		...	...	...	0,012	15.012,588
563		*Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:*						
5630		*Kredite und Darlehen:*						
2/56304	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,001	...
8/56309	*43*	*Erlöse - Kredite und Darlehen*		...	...	...	0,001	...
		Summe 563		...	...	...	0,002	...

Anmerkungen:
56 Im BVA 1998 als Kapitel 57 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
564		*Ausgaben aus Währungstauschverträgen:*							
5640		*In heimischer Währung:*							
1/56408	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	677,850	36,220
7/56409	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,001	...
		Summe 5640		...	...	...	...	677,851	36,220
5641		*In fremder Währung:*							
1/56418	*43*	*Verzinsung und Aufgeld*		...	...	...	...	450,381	31,838
7/56419	*43*	*Tilgung*		...	...	...	...	0,001	...
		Summe 5641		...	...	...	...	450,382	31,838
7/5642		*In heimischer Währung:*							
7/56429	*43*	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	0,002	4.482,009
7/5643		*In fremder Währung:*							
7/56439	*43*	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	0,002	12.243,457
		Summe 564		...	...	...	...	1.128,237	16.793,524
565		*Zahlungen:*							
5650		*Kredite und Darlehen in heimischer Währung:*							
1/56508	*43*	*Sonstige Ausgaben*		...	...	...	...	17,418	375,895
7/56509	*43*	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	0,003	33.221,985
		Summe 5650		...	...	...	...	17,421	33.597,880
5651		*Kredite und Darlehen in fremder Währung:*							
1/56518	*43*	*Sonstige Ausgaben*		...	...	...	...	0,001	...
7/56519	*43*	*Kapitalauszahlung*		...	...	...	...	0,002	13.265,239
		Summe 5651		...	...	...	...	0,003	13.265,239
		Summe 565		...	...	...	...	17,424	46.863,120
568		*Devisentermingeschäfte:*							
5680		*Devisentermingeschäfte:*							
1/56808	*43*	*Aufwendungen*		...	...	...	...	0,001	...
7/56809	*43*	*Aufwendungen (B)*		...	...	...	...	5.418,373	...
		Summe 568		...	...	...	...	5.418,374	...
569		*Sonstiger Aufwand:*							
1/56908	*43*	*Aufwendungen*		...	...	...	...	23,558	1.055,905
5691		*Kurzfristige Verpflichtungen:*							
1/56918	*43*	*Kurzfristige Verpflichtungen (Zinsen)*		...	...	...	...	0,003	1,956
7/56919	*43*	*Kurzfristige Verpflichtungen (Tilgung)*		...	...	...	...	0,003	1.298,072
		Summe 5691		...	...	...	...	0,006	1.300,028
1/56928	*43*	*Auszahlung der Veranlagungserträge*		...	...	...	...	16,955	93,503
		Summe 569		...	...	...	...	40,519	2.449,437
		Summe 1/56		...	...	...	...	4.174,727	3.491,208
		Summe 7/56		...	...	...	...	8.251,789	65.185,763
		Gesamtausgaben 56		...	...	...	...	12.426,516	68.676,971

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
564		*Einnahmen aus Währungstauschverträgen:*						
5640		*In heimischer Währung:*						
2/56404	*43*	*Zinsen und Aufgeld*		.....	.....	.....	588,347	36,220
8/56409	*43*	*Kapital*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 5640		.....	.....	.....	588,348	36,220
5641		*In fremder Währung:*						
2/56414	*43*	*Zinsen und Aufgeld*		.....	.....	.....	783,980	185,391
8/56419	*43*	*Kapital*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 5641		.....	.....	.....	783,981	185,391
8/5642		*In heimischer Währung:*						
8/56429	*43*	*Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen*		.....	.....	.....	0,001	6.105,725
8/5643		*Finanzschuld in fremder Währung:*						
8/56439	*43*	*Erlöse- Schulden aus Währungstauschverträgen*		.....	.....	.....	0,001	10.573,635
		Summe 564		.....	.....	.....	1.372,331	16.900,971
565		*Rückzahlungen:*						
5650		*Kredite und Darlehen in heimischer Währung:*						
2/56504	*43*	*Zinsen*		.....	.....	.....	2.185,732	1.479,980
8/56509	*43*	*Kapitalrückzahlung*		.....	.....	.....	88,743	1.973,072
		Summe 5650		.....	.....	.....	2.274,475	3.453,052
5651		*Kredite und Darlehen in fremder Währung:*						
2/56514	*43*	*Zinsen*		.....	.....	.....	558,723	264,322
8/56519	*43*	*Kapitalrückzahlung*		.....	.....	.....	2.744,648	.....
		Summe 5651		.....	.....	.....	3.303,371	264,322
		Summe 565		.....	.....	.....	5.577,846	3.717,374
568		*Devisentermingeschäfte:*						
5680		*Devisentermingeschäfte:*						
2/56804	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,001	.....
8/56809	*43*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	5.418,373	.....
		Summe 568		.....	.....	.....	5.418,374	.....
569		*Sonstige Einnahmen:*						
2/56904	*43*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	23,549	978,416
8/5691		*Kurzfristige Verpflichtungen:*						
8/56919	*43*	*Kurzfristige Aufnahmen*		.....	.....	.....	0,003	1.298,072
2/56924	*43*	*Erträge aus Veranlagungen*		.....	.....	.....	16,955	93,503
		Summe 569		.....	.....	.....	40,507	2.369,991
		Summe 2/56		.....	.....	.....	4.174,719	3.491,253
		Summe 8/56		.....	.....	.....	8.251,785	65.185,763
		Gesamteinnahmen 56		.....	.....	.....	12.426,504	68.677,016

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/60		**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**							
		Land- und Forstwirtschaft							
1/600		BM f. Land- und Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft:							
		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		629,889	.....	.....	629,889	543,447	376,093
1/60003		Anlagen		.....	.....	5,713	5,713	5,713	6,722
	41			.....	.....	*0,042*	*0,042*	*0,003*	.....
	43			.....	.....	*5,671*	*5,671*	*5,710*	*6,722*
1/60005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	4,868	4,868	4,868	4,642
	23			.....	.....	*0,914*	*0,914*	*0,901*	*2,200*
	43			.....	.....	*3,954*	*3,954*	*3,967*	*2,443*
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	57,540	.....	57,540	56,540	51,340
	22			.....	*9,382*	.....	*9,382*	*8,571*	*6,497*
	43			.....	*48,158*	.....	*48,158*	*47,969*	*44,842*
1/60008		Aufwendungen	*	.....	150,169	.....	150,169	148,169	167,902
	41			.....	*0,028*	.....	*0,028*	*0,002*	.....
	43			.....	*150,141*	.....	*150,141*	*148,167*	*167,902*
		Summe 6000		629,889	207,709	10,581	848,179	758,737	606,698
1/60018	34	Agrarmarkt Austria		.....	508,071	.....	508,071	418,071	430,948
1/60023		Kapitalbeteiligungen		.....	.....	0,048	0,048	0,009	0,011
	34			.....	.....	*0,020*	*0,020*	*0,007*	*0,011*
	38			.....	.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
1/60027	13	Zahlungen im Zuge von Ausgliederungen		.....	47,000	.....	47,000	.....	.....
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen		.....	351,645	.....	351,645	361,593	332,453
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen		.....	8,908	.....	8,908	8,908	10,482
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*	.....	87,632	.....	87,632	87,632	61,106
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*	.....	37,563	.....	37,563	37,563	56,877
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen		.....	.....	0,483	0,483	0,483	0,568
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,021	.....	0,021	0,021	0,021
1/60078	43	Aufwendungen		.....	1,138	.....	1,138	1,138	1,339
		Summe 6007		.....	1,159	0,483	1,642	1,642	1,929
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen		.....	20,000	.....	20,000	34,586	67,969
	34			.....	*20,000*	.....	*20,000*	*34,584*	*67,969*
	37			.....	.....	.....	.....	*0,002*	.....
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	20,500	.....	20,500	20,500	20,536
1/60088	43	Internationale Maßnahmen		.....	30,784	.....	30,784	30,784	38,041
		Summe 6008		.....	71,284	.....	71,284	85,870	126,546
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*	.....	14,769	.....	14,769	14,769	7,319
1/60028	*34*	*Zahlungen an die BIG*		.....	.....	.....	.....	.....	1,956
		Summe 600		629,889	1.335,740	11,112	1.976,741	1.774,794	1.636,325

Anmerkungen:
1/60008 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 2001 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 2001 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/60		**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**					
		Land- und Forstwirtschaft					
2/600		BM f. Land- u. Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft:					
		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft					
2/6000		Zentralleitung:					
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen	346,468	.....	346,468	154,503	77,616
	34		*200,000*	.....	*200,000*	*40,000*	*40,000*
	43		*146,468*	.....	*146,468*	*114,503*	*37,616*
	38		.....	.....	.....	.....	.....
2/60005	43	Sonstige Einnahmen von der EU	0,014	.....	0,014	.....	.....
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,157	0,157	0,053	0,045
	41		.....	*0,042*	*0,042*	*0,003*	.....
	43		.....	*0,115*	*0,115*	*0,050*	*0,045*
2/60009		Bezugsvorschussersätze	.....	5,601	5,601	5,601	4,316
	23		.....	*1,074*	*1,074*	*1,061*	*1,057*
	43		.....	*4,527*	*4,527*	*4,540*	*3,259*
		Summe 6000...	346,496	5,758	352,254	160,158	81,978
2/60028		Kapitalbeteiligungen	.....	0,042	0,042	0,003	3,971
	34		.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	*3,971*
	38		.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:					
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,052	.....	0,052	0,052	4,252
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:					
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen	3,002	.....	3,002	3,002	2,543
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:					
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) *	85,395	.....	85,395	85,395	44,446
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,042	.....	0,042	0,042	0,036
		Summe 6005...	85,437	.....	85,437	85,437	44,482
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	0,042	.....	0,042	0,003	0,000
2/6007		Qualitätskontrolle:					
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,500	.....	0,500	0,500	0,128
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,040	0,040	0,030	0,029
		Summe 6007...	0,500	0,040	0,540	0,530	0,158
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:					
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen *	12,000	.....	12,000	12,000	4,697
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,028	.....	0,028	0,002	.....
		Summe 6009...	12,028	.....	12,028	12,002	4,697
		Summe 600...	447,557	5,840	453,397	261,187	142,082

Anmerkungen:
2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.
2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.
2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens): *						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ...	.....	123,796	.....	123,796	169,764	174,457
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.) ..... *	.....	102,000	.....	102,000	102,000	96,852
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft ..... *	.....	20,000	.....	20,000	20,000	35,387
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen ..... *	.....	230,086	.....	230,086	322,768	445,075
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen	.....	338,800	.....	338,800	553,862	467,280
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	40,000	.....	40,000	40,000	75,484
1/60176		Sozialpolitische Maßnahmen	.....	0,014	.....	0,014	0,500	3,472
	22		.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,497*	*4,004*
	23		.....	.....	.....	.....	*0,003*	*-0,532*
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:						
1/60186	34	Förderungen	.....	1.012,699	.....	1.012,699	450,000	267,926
1/60188	34	Aufwendungen	.....	5,500	.....	5,500	5,500	3,403
		Summe 6018...	.....	1.018,199	.....	1.018,199	455,500	271,329
1/60196	12	Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben ..... *	.....	3,084	.....	3,084	4,308	2,597
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen ..... *	.....	34,462	.....	34,462	34,462	44,752
		Summe 601...	.....	1.910,441	.....	1.910,441	1.703,164	1.616,686
1/602		Agrarische Strukturförderung:						
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)	.....	890,000	.....	890,000	660,000	1.540,472
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes	.....	432,000	.....	432,000	704,000	1.886,498
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen	.....	160,000	.....	160,000	160,000	158,511
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU	.....	10,000	.....	10,000	8,000	9,824
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch. wes.; BA	.....	5,000	.....	5,000	5,000	9,966
		Summe 602...	.....	1.497,000	.....	1.497,000	1.537,000	3.605,271

Anmerkungen:
1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60136 Hievon 2001 0,056 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.
1/60146 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60140.
1/60196 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.
1/60198 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,056	.....	0,056	0,004	-0,057
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,204	.....	0,204	0,321	0,324
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
2/60140	34	Milch und Milchprodukte (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,014	.....	0,014	0,001	0,500
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen	*	0,042	.....	0,042	0,003	7,663
		Summe 601...		0,316	0,014	0,330	0,330	8,431
2/602		Agrarische Strukturförderung:						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	.....

Anmerkungen:
2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.
2/60140 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60146 mitveranschlagt.
2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA		.....	5.920,000	.....	5.920,000	5.383,005	5.876,448
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)		.....	90,000	.....	90,000	71,991	42,167
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA		.....	1.990,000	.....	1.990,000	1.755,004	1.291,765
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)		.....	10,000	.....	10,000	10,000	3.234,247
1/60356	34	Nationale Marktordnungsausg. u. flank. Maßn. (Bundesanteile)		.....	76,000	.....	76,000	80,000	2.606,403
1/60366	34	Förderungen der Entwicklung d. ländl. Raumes, EAGFL-Garantie		.....	4.790,000	.....	4.790,000	3.950,000	.....
1/60376	34	Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes, Bundesanteil		.....	3.762,000	.....	3.762,000	3.330,000	.....
1/60368	*34*	*Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 603		.....	16.638,000	.....	16.638,000	14.580,000	13.051,029
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	0,014	.....	0,014	0,001	1,795
		Summe 604		.....	0,028	.....	0,028	0,002	1,795

Anmerkungen:
1/60466 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen		7,331	.....	7,331	7,331	7,493
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel		498,428	.....	498,428	498,428	471,703
2/60324	*34*	*Milchquotenregelung, Zusatzabgabe*		.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 603...		505,759	.....	505,759	505,760	479,196
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:						
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	-0,099
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	0,009
2/60464	*34*	*Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,033
2/6047		*Milch und Milchprodukte:*						
2/60474	*34*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 604...		0,028	.....	0,028	0,002	-0,056

Anmerkungen:
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		372,123	.....	.....	372,123	371,727	371,727
1/60503	11	Anlagen	*	.....	.....	23,110	23,110	23,110	20,330
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	6,720	.....	6,720	6,720	6,720
1/60508	11	Aufwendungen	*	.....	79,211	.....	79,211	79,211	77,703
		Summe 6050...		372,123	85,931	23,110	481,164	480,768	476,480
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:							
1/60510	12	Personalausgaben		408,729	.....	.....	408,729	338,619	339,050
1/60513	12	Anlagen		.....	.....	66,310	66,310	62,790	89,992
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,077	.....	2,077	0,933	0,862
1/60518	12	Aufwendungen		.....	143,671	.....	143,671	118,762	124,196
		Summe 6051...		408,729	145,748	66,310	620,787	521,104	554,101
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		61,627	.....	.....	61,627	61,681	61,681
1/60523	11	Anlagen	*	.....	.....	1,348	1,348	1,348	1,671
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,445	.....	0,445	0,445	0,445
1/60528	11	Aufwendungen	*	.....	8,845	.....	8,845	8,845	10,408
		Summe 6052...		61,627	9,290	1,348	72,265	72,319	74,206
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		114,315	.....	.....	114,315	113,884	113,884
1/60533	12	Anlagen		.....	.....	4,562	4,562	4,562	5,367
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,389	.....	0,389	0,389	0,390
1/60538	12	Aufwendungen		.....	26,503	.....	26,503	26,503	20,356
		Summe 6053...		114,315	26,892	4,562	145,769	145,338	139,997
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,503	.....	.....	16,503	16,683	16,683
1/60543	12	Anlagen		.....	.....	0,399	0,399	0,399	0,696
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,018	.....	0,018	0,018	0,014
1/60548	12	Aufwendungen		.....	2,790	.....	2,790	2,790	3,010
		Summe 6054...		16,503	2,808	0,399	19,710	19,890	20,403
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:	*						
1/60560	12	Personalausgaben		7,352	.....	.....	7,352	7,138	6,229
1/60563	12	Anlagen		.....	.....	0,424	0,424	0,433	0,202
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,005	.....
1/60568	12	Aufwendungen		.....	2,300	.....	2,300	2,300	2,398
		Summe 6056...		7,352	2,314	0,424	10,090	9,876	8,829
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:	*						
1/60580	12	Personalausgaben		53,075	.....	.....	53,075	54,300	54,778
1/60583	12	Anlagen		.....	.....	1,500	1,500	2,000	1,180
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,550	.....	0,550	0,550	0,563
1/60588	12	Aufwendungen		.....	11,330	.....	11,330	10,580	9,066
		Summe 6058...		53,075	11,880	1,500	66,455	67,430	65,588

Anmerkungen:

1/60503 Hievon 2001 0,056 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60508 Hievon 2001 0,154 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60523 Hievon 2001 0,019 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/60528 Hievon 2001 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel
1/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60500	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,210	.....	0,210	0,015	0,858
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		65,799	.....	65,799	65,977	62,687
2/60505	11	Bildungsmaßnahmen der EU		0,014	.....	0,014	.....	.....
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,242	0,242	0,273	0,462
		Summe 6050...		66,023	0,242	66,265	66,265	64,007
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		81,307	.....	81,307	50,800	52,361
2/60515	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	0,600
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,734	0,734	0,640	0,650
		Summe 6051...		81,321	0,734	82,055	51,441	53,611
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60520	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,028	.....	0,028	0,015	0,184
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		14,751	.....	14,751	14,751	9,041
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,009	0,009	0,009	0,027
		Summe 6052...		14,779	0,009	14,788	14,775	9,252
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		6,552	.....	6,552	6,552	2,671
2/60535	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	3,045
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,092	0,092	0,092	0,038
		Summe 6053...		6,566	0,092	6,658	6,645	5,754
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,090	.....	0,090	0,116	0,123
2/60545	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 6054...		0,104	0,014	0,118	0,118	0,123
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:	*					
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,060	.....	0,060	0,150	0,409
2/60565	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,002	.....
		Summe 6056...		0,074	0,014	0,088	0,153	0,409
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:	*					
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		6,500	.....	6,500	6,000	8,579
2/60585	12	Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,003	.....
		Summe 6058...		6,514	0,042	6,556	6,004	8,579

Anmerkungen:
2/60500 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60503 und 1/60508 mitveranschlagt.
2/60520 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60523 und 1/60528 mitveranschlagt.
2/6056 Anwendung der Flexibilisierungsklausel
2/6058 Anwendung der Flexibilisierungsklausel

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/6055		*Bundesanstalten für Milchwirtschaft:*							
1/60550	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	45,475	45,475
1/60553	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,936	4,630
1/60557	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	1,042	0,991
1/60558	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	21,360	25,131
		Summe 6055		.....	.....	.....	.....	69,813	76,226
1/6059		*Bundesanstalt für Landtechnik:*							
1/60590	*12*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	24,472	24,472
1/60593	*12*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,584	4,216
1/60597	*12*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,102	0,096
1/60598	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	3,549	5,177
		Summe 6059		.....	.....	.....	.....	29,707	33,962
		Summe 605		1.033,724	284,863	97,653	1.416,240	1.416,245	1.449,793
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	457,243	.....	457,243	457,243	460,488
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		23,082	.....	.....	23,082	23,024	23,024
1/60723	34	Anlagen		.....	.....	0,977	0,977	0,977	1,150
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,125	.....	0,125	0,125	0,125
1/60728	34	Aufwendungen		.....	5,986	.....	5,986	5,986	7,043
		Summe 6072		23,082	6,111	0,977	30,170	30,112	31,342
		Summe 607		23,082	463,354	0,977	487,413	487,355	491,829

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/6055		*Bundesanstalten für Milchwirtschaft:*						
2/60554	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	24,935	25,969
2/60555	*12*	*Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen*		.....	.....	.....	0,001	.....
2/60557	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,045	0,010
		Summe 6055		.....	.....	.....	24,981	25,979
2/6059		*Bundesanstalt für Landtechnik:*						
2/60594	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	5,600	4,546
2/60595	*12*	*Intern. Forschungskooperation, lfde. Einnahmen*		.....	.....	.....	0,001	1,800
2/60597	*12*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,034	0,034
		Summe 6059		.....	.....	.....	5,635	6,380
		Summe 605		175,381	1,147	176,528	176,017	174,094
2/606		Übergangsregelungen:						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBl. Nr. 1103/94		0,014	.....	0,014	0,001	10,738
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		9,187	.....	9,187	9,227	8,225
2/60725	34	Bildungsmaßnahmen der EU		0,014	.....	0,014	.....	.....
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,050	0,050	0,024	0,022
		Summe 6072		9,201	0,050	9,251	9,251	8,247
		Summe 607		9,215	0,050	9,265	9,252	8,247

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		149,307	.....	.....	149,307	149,600	149,600
1/60803	34	Anlagen		.....	.....	5,087	5,087	5,087	9,758
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	3,380	.....	3,380	3,380	3,381
	22			.....	*3,319*	.....	*3,319*	*3,335*	*3,337*
	34			.....	*0,061*	.....	*0,061*	*0,045*	*0,044*
1/60808	34	Aufwendungen	*	.....	21,388	.....	21,388	21,388	21,390
		Summe 6080		149,307	24,768	5,087	179,162	179,455	184,129
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen	*	.....	.....	0,038	0,038	0,038	0,044
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,152	.....	0,152	0,152	0,153
1/60818	34	Aufwendungen		.....	0,800	.....	0,800	0,800	0,941
		Summe 6081		.....	0,952	0,038	0,990	0,990	1,138
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		.....	0,056	.....	0,056	0,004	100,000
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 6082		.....	0,070	.....	0,070	0,005	100,000
1/6083		Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*	.....	818,277	.....	818,277	818,290	847,248
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckg. Geb)	*	.....	40,000	.....	40,000	40,000	30,896
		Summe 6083		.....	858,277	.....	858,277	858,290	878,145
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		.....	27,796	.....	27,796	27,796	31,536
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*	.....	336,001	.....	336,001	336,001	352,565
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		.....	0,014	.....	0,014	.....	.....
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):							
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*	.....	318,717	.....	318,717	318,717	350,884
		Summe 608		149,307	1.566,595	5,125	1.721,027	1.721,254	1.898,396

Anmerkungen:

1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/60808 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60813 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.

1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.

1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.

1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:						
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:						
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen		1,321	.....	1,321	1,321	1,319
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,089	0,089	0,089	0,096
		Summe 6080...		1,321	0,089	1,410	1,410	1,414
2/6081		Öffentliches Wassergut:						
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen		48,863	.....	48,863	48,850	29,849
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:						
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen)	*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/6084		Bundesflüsse:						
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)		46,634	.....	46,634	46,688	31,057
2/60845	34	Finanzierungsbeiträge Dritter (aus EU-Mitteln)		0,014	.....	0,014	.....	.....
		Summe 6084...		46,648	.....	46,648	46,688	31,057
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.615,009	.....	1.615,009	1.615,009	1.655,605
		Summe 608...		1.711,855	0,089	1.711,944	1.711,958	1.717,926

Anmerkungen:
2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.
2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling), 1/60808 (0,014 Millionen Schilling), 1/60836 (818,277 Millionen Schilling), 1/60838 (40,000 Millionen Schilling), 1/60858 (336,001 Millionen Schilling) und 1/60876 (318,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen:							
1/60903	43	Anlagen		.....	.....	0,056	0,056	0,008	0,140
1/60908	43	Aufwendungen		.....	4,891	.....	4,891	4,939	5,707
		Summe 6090...		.....	4,891	0,056	4,947	4,947	5,847
1/6091		Bundeskellereiinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		15,880	.....	.....	15,880	15,898	15,899
1/60913	43	Anlagen		.....	.....	1,372	1,372	1,372	1,613
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,058	.....	0,058	0,058	0,058
1/60918	43	Aufwendungen		.....	4,962	.....	4,962	4,962	5,837
		Summe 6091...		15,880	5,020	1,372	22,272	22,290	23,407
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		100,523	.....	.....	100,523	100,122	100,123
1/60933	37	Anlagen		.....	.....	3,160	3,160	3,160	5,482
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,240	.....	2,240	2,240	2,164
1/60938	37	Aufwendungen		.....	42,795	.....	42,795	42,795	46,818
		Summe 6093...		100,523	45,035	3,160	148,718	148,317	154,587
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:							
1/60960	34	Personalausgaben		6,216	.....	.....	6,216	6,113	6,113
1/60963	34	Anlagen		.....	.....	0,741	0,741	0,741	0,872
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,837	.....	0,837	0,837	0,838
1/60968	34	Aufwendungen		.....	4,137	.....	4,137	4,137	4,867
		Summe 6096...		6,216	4,974	0,741	11,931	11,828	12,690
1/6094		*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:*							
1/60940	*13*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	50,157	50,157
1/60943	*13*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,447	2,879
1/60947	*13*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	3,800	2,237
1/60948	*13*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	12,034	10,628
		Summe 6094...		.....	.....	.....	.....	67,438	65,901
		Summe 609...		122,619	59,920	5,329	187,868	254,820	262,432
1/606		*Übergangsregelungen:*							
1/60606	*34*	*Degressive Ausgleichszahlungen*		.....	.....	.....	.....	0,001	54,001
1/60608	*34*	*Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.*		.....	.....	.....	.....	0,001	1,201
		Summe 606...		.....	.....	.....	.....	0,002	55,202
		Gesamtausgaben 60...		1.958,621	23.755,941	120,196	25.834,758	23.474,636	24.068,758

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschaudienst		5,503	.....	5,503	5,503	2,514
2/6091		Bundeskellereiinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450	.....	1,450	1,450	0,872
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,106	0,106	0,106	0,032
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,556	0,904
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934	37	Erfolgswirksame Einnahmen		25,096	.....	25,096	25,096	22,209
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,129	0,129	0,129	0,035
		Summe 6093...		25,096	0,129	25,225	25,225	22,244
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		16,029	.....	16,029	16,029	13,201
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,325	0,325	0,325	0,324
		Summe 6096...		16,029	0,325	16,354	16,354	13,525
2/6094		*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:*						
2/60944	*13*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	34,994	31,211
2/60947	*13*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	2,154	4,002
		Summe 6094...		.....	.....	.....	37,148	35,213
		Summe 609...		48,078	0,560	48,638	85,786	74,401
		Gesamteinnahmen 60...		2.898,231	7,700	2.905,931	2.750,295	2.615,057

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/61		**Umwelt neu:**							
1/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:							
1/61003	43	Anlagen		.....	.....	8,000	8,000	7,126	.....
1/61007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,600	.....	0,600	0,600	.....
1/61008	43	Aufwendungen		.....	93,000	.....	93,000	81,076	.....
		Summe 610		.....	93,600	8,000	101,600	88,802	.....
1/611		Bundesministerium; Zweckaufwand II:							
1/6110		Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):							
1/61107	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	222,300	.....	222,300	148,200	.....
1/61108	21	Aufwendungen		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
		Summe 611		.....	222,314	.....	222,314	148,201	.....
1/612		Umweltschutz:							
1/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/61203	21	Anlagen		.....	.....	0,500	0,500	0,500	.....
1/61206	21	Förderungen		.....	112,000	.....	112,000	107,221	.....
1/61208	21	Aufwendungen	*	.....	197,660	.....	197,660	207,403	.....
1/61207	*21*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6120		.....	309,660	0,500	310,160	315,125	.....
1/6121		Ersatzvornahmen (Altlasten): *Ersatzvornahmen ALSAG*							
1/61218	21	Aufwendungen	*	.....	546,000	.....	546,000	0,001	.....
1/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/61226	21	Förderungen	*	.....	794,028	.....	794,028	750,002	.....
1/61228	21	Aufwendungen	*	.....	196,000	.....	196,000	145,999	.....
		Summe 6122		.....	990,028	.....	990,028	896,001	.....
1/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):							
1/61236	37	Förderungen	*	.....	3.422,000	.....	3.422,000	2.865,000	.....
1/6124		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/61246	37	Förderungen		.....	350,000	.....	350,000	310,000	.....
1/61248	37	Aufwendungen	*	.....	86,000	.....	86,000	2,003	.....
		Summe 6124		.....	436,000	.....	436,000	312,003	.....
1/6125		Strahlenschutz:							
1/61253	21	Anlagen		.....	.....	8,000	8,000	7,524	.....
1/61258	21	Aufwendungen		.....	65,800	.....	65,800	53,832	.....
		Summe 6125		.....	65,800	8,000	73,800	61,356	.....
1/61266		EU-Förderungen		.....	0,098	.....	0,098	0,007	.....
	21			.....	*0,028*	.....	*0,028*	*0,002*	.....
	37			.....	*0,070*	.....	*0,070*	*0,005*	.....
		Summe 612		.....	5.769,586	8,500	5.778,086	4.449,493	.....
		Gesamtausgaben 61		.....	6.085,500	16,500	6.102,000	4.686,496	.....

Anmerkungen:

1/61208 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61000.

1/61218 Hievon 2001 300,000 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.

1/61226 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/61220 und 2/52690 mitveranschlagt.

1/61228 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690 mitveranschlagt.

1/61236 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230 mitveranschlagt.

1/61248 Hievon 2001 46,860 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/61230 und 10,000 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52690.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/61		**Umwelt neu:**						
2/610		Bundesministerium; Zweckaufwand I:						
2/61000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/61004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,028	.....	2,028	0,001	.....
2/61007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 610...		2,056	0,014	2,070	0,004	.....
2/612		Umweltschutz:						
2/6120		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/61204	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,112	.....	0,112	0,007	.....
2/61207	21	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,007	.....
		Summe 6120...		0,112	0,042	0,154	0,014	.....
2/6121		Ersatzvornahmen (Altlasten):						
		Ersatzvornahmen ALSAG						
2/61214	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,888	.....	0,888	.....	.....
2/6122		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/61220	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,028	.....	0,028	0,002	.....
2/6123		Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.):						
2/61230	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	3.468,860	.....	3.468,860	2.865,002	.....
		Summe 612...		3.469,888	0,042	3.469,930	2.865,018	.....
2/611		*Bundesministerium; Zweckaufwand II:*						
2/6110		*Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H. (UBA-GmbH):*						
2/61104	21	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Gesamteinnahmen 61...		3.471,944	0,056	3.472,000	2.865,022	.....

Anmerkungen:
2/61000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61208 mitveranschlagt.
2/61220 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/61226 mitveranschlagt.
2/61230 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/61236 (3.422,000 Millionen Schilling und 1/61248 (46,860 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/63		**Wirtschaft und Arbeit:**							
		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr							
1/630		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:							
		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten							
1/6300		Zentralleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		618,703	.....	.....	618,703	592,477	576,129
1/63003	43	Anlagen		.....	.....	14,839	14,839	21,590	10,770
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	71,787	.....	71,787	61,787	38,110
	22			.....	*7,884*	.....	*7,884*	*7,891*	*8,298*
	43			.....	*63,903*	.....	*63,903*	*53,896*	*29,812*
1/63008		Aufwendungen		.....	239,631	.....	239,631	238,426	183,468
	21			.....	*0,010*	.....	*0,010*	*0,010*	*0,009*
	43			.....	*239,621*	.....	*239,621*	*238,416*	*183,459*
		Summe 6300		618,703	311,418	14,839	944,960	914,280	808,477
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen		.....	.....	0,028	0,028	0,002	.....
	35			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	38			.....	.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
1/63016		Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung		.....	89,600	.....	89,600	81,817	110,441
	36			.....	*68,000*	.....	*68,000*	*59,817*	*75,442*
	38			.....	*21,600*	.....	*21,600*	*22,000*	*34,999*
		Summe 6301		.....	89,600	0,028	89,628	81,819	110,441
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63028	41	Aufwendungen		.....	0,362	.....	0,362	0,369	0,245
1/63026	*41*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6302		.....	0,362	.....	0,362	0,370	0,245
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63048	41	Aufwendungen		.....	0,439	.....	0,439	0,448	0,527
1/63043	*41*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6304		.....	0,439	.....	0,439	0,449	0,527
		Summe 630		618,703	401,819	14,867	1.035,389	996,918	919,690

Anmerkungen:
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/63		**Wirtschaft und Arbeit:**						
		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr						
2/630		Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:						
		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten						
2/6300		Zentralleitung:						
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen		181,869	.....	181,869	180,957	193,769
	21			*0,045*	.....	*0,045*	*0,042*	*0,085*
	43			*181,824*	.....	*181,824*	*180,915*	*193,684*
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	6,430	6,430	6,430	0,181
2/63001	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 6300...		181,869	6,430	188,299	187,390	193,950
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014		Erträge		99,003	.....	99,003	116,003	49,643
	35			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	38			*98,989*	.....	*98,989*	*116,002*	*49,643*
2/63017		Erlöse		.....	0,028	0,028	0,002	.....
	35			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
	38			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
		Summe 6301...		99,003	0,028	99,031	116,005	49,643
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,002	0,090
		Summe 630...		280,914	6,458	287,372	303,398	243,683

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'		.....	331,550	.....	331,550	350,000	350,000
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63136	36	Förderungen		.....	70,000	.....	70,000	143,841	163,334
1/63138	36	Aufwendungen		.....	4,900	.....	4,900	5,000	.....
1/63135	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 6313...		.....	74,900	.....	74,900	148,844	163,334
1/6314		Regional- und strukturpolitische Massnahmen:							
1/63146	36	Förderungen		.....	0,014	.....	0,014	48,071	.....
1/63145	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6314...		.....	0,014	.....	0,014	48,072	.....
1/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):							
1/63156		Förderungen		.....	854,447	.....	854,447	804,163	951,938
	35			.....	*9,001*	.....	*9,001*	*44,999*	*8,251*
	36			.....	*536,403*	.....	*536,403*	*398,616*	*584,023*
	38			.....	*309,043*	.....	*309,043*	*360,548*	*359,663*
1/63158		Aufwendungen		.....	101,910	.....	101,910	141,908	158,399
	36			.....	*91,184*	.....	*91,184*	*131,183*	*149,599*
	38			.....	*10,726*	.....	*10,726*	*10,725*	*8,800*
1/63152	*38*	*Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
1/63154	*36*	*Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.*		.....	.....	.....	.....	0,002	.....
1/63155	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	12,000
		Summe 6315...		.....	956,357	.....	956,357	946,074	1.122,337
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63176	36	Förderungen		.....	16,981	.....	16,981	17,328	857,299
1/63178	36	Aufwendungen		.....	10,830	.....	10,830	11,051	70,509
1/63175	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6317...		.....	27,811	.....	27,811	28,379	927,808
1/63186		Strukturmaßnahmen EU		.....	126,042	.....	126,042	0,017	145,677
	36			.....	*84,028*	.....	*84,028*	*0,007*	*98,648*
	38			.....	*42,014*	.....	*42,014*	*0,009*	*47,029*
	33			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195		Bezugsvorschüsse		.....	.....	11,129	11,129	10,416	10,108
	23			.....	.....	*2,351*	*2,351*	*2,351*	*1,950*
	43			.....	.....	*8,778*	*8,778*	*8,065*	*8,158*
1/63196	43	Förderungen		.....	1,190	.....	1,190	1,190	1,336
		Summe 6319...		.....	1,190	11,129	12,319	11,606	11,444
1/6312		*Elektrizitätswirtschaft:*							
1/63125	*35*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	0,002	.....
1/63126	*35*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6312...		.....	.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 631...		.....	1.517,864	11,129	1.528,993	1.532,995	2.720,600

Anmerkungen:
1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340	.....	0,340	0,340	0,081
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen		.....	1,770	1,770	1,770	0,539
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	0,620
2/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
2/63154		Erfolgswirksame Einnahmen		2,006	.....	2,006	2,006	1,254
	36			*1,964*	.....	*1,964*	*2,003*	*1,254*
	38			*0,042*	.....	*0,042*	*0,003*	.....
2/63159		Darlehensrückzahlungen		.....	15,009	15,009	15,002	12,890
	36			.....	*14,981*	*14,981*	*15,000*	*12,890*
	38			.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	.....
		Summe 6315...		2,006	15,009	17,015	17,008	14,144
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199		Bezugsvorschussersätze		.....	11,097	11,097	11,097	9,270
	23			.....	*4,597*	*4,597*	*4,597*	*1,911*
	43			.....	*6,500*	*6,500*	*6,500*	*7,359*
2/6313		*Bergbau und Grundstoffe - Förderung:*						
2/63134	*36*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,002	.....
2/63139	*36*	*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 6313...		.....	.....	.....	0,005	.....
2/6314		*Regional- und strukturpolitische Massnahmen:*						
2/63144	*36*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,002	.....
2/6317		*Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):*						
2/63170	*36*	*Mittel gemäß ITF-Gesetz*		.....	.....	.....	.....	72,257
2/63171	*36*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
2/63173	*36*	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6317...		.....	.....	.....	.....	72,257
		Summe 631...		2,346	27,876	30,222	30,222	96,291

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		26,384	.....	.....	26,384	26,676	26,023
1/63303	43	Anlagen		.....	.....	1,256	1,256	1,256	0,892
1/63307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,649	.....	0,649	0,649	0,316
	22			.....	*0,635*	.....	*0,635*	*0,639*	*0,308*
	43			.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,010*	*0,008*
1/63308	43	Aufwendungen		.....	4,500	.....	4,500	5,705	11,077
		Summe 633...		26,384	5,149	1,256	32,789	34,286	38,308
1/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:							
1/6341		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:							
1/63416	22	Förderungen		.....	0,126	.....	0,126	0,009	.....
1/63418	22	Aufwendungen		.....	0,168	.....	0,168	0,012	.....
		Summe 6341...		.....	0,294	.....	0,294	0,021	.....
1/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/63423	43	Anlagen		.....	.....	0,042	0,042	0,004	.....
1/63427	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,002	.....
1/63428	43	Aufwendungen		.....	0,140	.....	0,140	0,014	.....
		Summe 6342...		.....	0,154	0,042	0,196	0,020	.....
1/63457	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		.....	0,014	.....	0,014	2.500,001	.....
		Summe 634...		.....	0,462	0,042	0,504	2.500,042	.....
1/635		Arbeitsmarktpolitik (I):	*						
1/6350		Ämter des AMS:							
1/63500	22	Personalausgaben		703,994	.....	.....	703,994	476,398	.....
1/63503	22	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/63507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	20,986	.....	20,986	9,080	.....
1/63508	22	Aufwendungen		.....	17,000	.....	17,000	15,635	.....
		Summe 6350...		703,994	37,986	0,014	741,994	501,114	.....

Anmerkungen:
1/6342 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/6342.
1/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000	.....	4,000	4,000	2,431
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		274,030	.....	274,030	286,434	245,624
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,042	0,042	0,012	0,004
		Summe 633...		278,030	0,042	278,072	290,446	248,058
2/634		Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand:						
2/6342		Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/63420	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,196	.....	0,196	0,020	.....
2/63464	22	Überweisung vom AMS		300,014	.....	300,014	0,001	.....
		Summe 634...		300,210	.....	300,210	0,021	.....
2/635		Arbeitsmarktpolitik (I):	*					
2/6350		Ämter des AMS:						
2/63500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,804	.....	1,804	0,988	.....

Anmerkungen:
2/6342 Zweckgebunden im Sinne des § 13 Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz 1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1997 (Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6342).
2/635 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
1/63513	22	Anlagen		.....	.....	0, 014	0, 014	0, 001	.....
1/63515	22	Förderungen (D)		.....	.....	0, 014	0, 014	97, 000	.....
1/63516		Förderungen		.....	7. 146, 984	.....	7. 146, 984	5. 959, 498	.....
	12			.....	*0, 320*	.....	*0, 320*	*0, 250*	.....
	22			.....	*7. 146, 664*	.....	*7. 146, 664*	*5. 959, 248*	.....
1/63517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0, 014	.....	0, 014	0, 001	.....
1/63518		Aufwendungen		.....	165, 000	.....	165, 000	143, 199	.....
	12			.....	*13, 770*	.....	*13, 770*	*10, 300*	.....
	22			.....	*151, 230*	.....	*151, 230*	*132, 899*	.....
		Summe 6351		.....	7. 311, 998	0, 028	7. 312, 026	6. 199, 699	.....
1/63527	22	Überweisungen für sonstige Maßnahmen		.....	300, 000	.....	300, 000	.....	.....
1/63547	22	Sonderunterstützung		.....	738, 000	.....	738, 000	630, 945	.....
1/6355		Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AlVG und KGG:							
1/63554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG		.....	20, 000	.....	20, 000	15, 649	.....
1/63557	22	Leistungen nach dem AlVG und KGG		.....	33. 289, 728	.....	33. 289, 728	26. 649, 228	.....
1/63558	22	Aufwendungen		.....	0, 028	.....	0, 028	0, 002	.....
		Summe 6355		.....	33. 309, 756	.....	33. 309, 756	26. 664, 879	.....
1/63567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG		.....	12. 080, 000	.....	12. 080, 000	7. 998, 000	.....
1/6357		Überweisung an das AMS:							
1/63577	22	Überweisung an das AMS		.....	0, 028	.....	0, 028	0, 002	.....
1/63578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.		.....	2. 966, 000	.....	2. 966, 000	2. 214, 500	.....
		Summe 6357		.....	2. 966, 028	.....	2. 966, 028	2. 214, 502	.....
1/63587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung		.....	345, 000	.....	345, 000	170, 000	.....
1/63597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw. entsch. im Baugew.		.....	50, 000	.....	50, 000	40, 000	.....
1/6353		*Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):*							
1/63536	22	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 635		703, 994	57. 138, 768	0, 042	57. 842, 804	44. 419, 139	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/6351		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:						
2/63510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		4,961		4,961	6,732	
2/63513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			24,000	24,000	24,678	
		Summe 6351...		4,961	24,000	28,961	31,410	
2/63530	22	Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)		0,028		0,028	0,002	
2/63550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	*	4.764,000		4.764,000	4.878,736	
2/6357		Überweisung vom AMS:						
2/63570	22	Überweisung vom AMS		0,014		0,014	0,001	
2/63580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		52.787,983		52.787,983	39.792,279	
2/63581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		230,000		230,000	183,107	
2/63590	22	Überweisungen von der BUAK		30,000		30,000	25,000	
2/63591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		0,014		0,014	2.500,001	
		Summe 635...		57.818,804	24,000	57.842,804	47.411,524	

Anmerkungen:
2/63550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/636		Arbeitsmarktpolitik (II):							
1/63626	22	Sicherung der Jugendausbildung		.....	300,000	.....	300,000	0,008	.....
1/63627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete		.....	40,757	.....	40,757	12,469	.....
1/6363		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU):							
1/63636	22	Förderungen		.....	987,070	.....	987,070	904,929	.....
1/63638	22	Aufwendungen		.....	832,931	.....	832,931	33,538	.....
		Summe 6363		.....	1.820,001	.....	1.820,001	938,467	.....
1/63656	22	Beschäftigungsprogramm		.....	0,014	.....	0,014	0,020	.....
1/6366		Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG:							
1/63665	22	Förderungen (D)		.....	.....	100,000	100,000	150,000	.....
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)							
1/63666	22	Förderungen		.....	604,000	.....	604,000	150,000	.....
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG							
		Summe 6366		.....	604,000	100,000	704,000	300,000	.....
1/63647	*22*	*Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 636		.....	2.764,772	100,000	2.864,772	1.250,965	.....
1/639		Verschiedene Dienststellen:							
1/6390		Heimarbeitskommissionen:							
1/63900	22	Personalausgaben		2,944	.....	.....	2,944	2,702	.....
1/63903	22	Anlagen		.....	.....	0,028	0,028	0,009	.....
1/63907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,088	.....	0,088	0,070	.....
1/63908	22	Aufwendungen		.....	0,910	.....	0,910	0,651	.....
		Summe 6390		2,944	0,998	0,028	3,970	3,432	.....
1/6392		Arbeitsinspektion:							
1/63920	21	Personalausgaben		227,975	.....	.....	227,975	160,064	.....
1/63923		Anlagen		.....	.....	8,043	8,043	2,015	.....
	21			.....	.....	*8,043*	*8,043*	*2,014*	.....
	41			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
1/63926	21	Förderungen		.....	0,251	.....	0,251	0,213	.....
1/63927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	18,901	.....	18,901	14,146	.....
	21			.....	*13,800*	.....	*13,800*	*8,944*	.....
	22			.....	*5,101*	.....	*5,101*	*5,202*	.....
1/63928		Aufwendungen		.....	70,609	.....	70,609	42,722	.....
	21			.....	*70,609*	.....	*70,609*	*42,721*	.....
	41			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
		Summe 6392		227,975	89,761	8,043	325,779	219,160	.....
		Summe 639		230,919	90,759	8,071	329,749	222,592	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/636		Arbeitsmarktpolitik (II):						
2/6366		Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG:						
2/63664	22	Erfolgswirksame Einnahmen		300,048	.....	300,048	0,002	.....
		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG						
2/63669	22	Darlehensrückzahlungen		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51 a AMFG (Darl. Rückz.)						
		Summe 636...		300,048	0,014	300,062	0,003	.....
2/639		Verschiedene Dienststellen:						
2/6390		Heimarbeitskommissionen:						
2/63904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,042	.....	0,042	0,011	.....
2/63907	22	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 6390...		0,042	0,028	0,070	0,013	.....
2/6392		Arbeitsinspektion:						
2/63924		Erfolgswirksame Einnahmen		4,121	.....	4,121	4,134	.....
	21			*4,107*	.....	*4,107*	*4,124*	.....
	43			*0,014*	.....	*0,014*	*0,010*	.....
2/63927		Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,067	0,067	0,054	.....
	21			.....	*0,053*	*0,053*	*0,053*	.....
	41			.....	*0,014*	*0,014*	*0,001*	.....
		Summe 6392...		4,121	0,067	4,188	4,188	.....
		Summe 639...		4,163	0,095	4,258	4,201	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/632		*Einrichtungen des Patentwesens*:							
1/6320		*Österreichisches Patentamt*:							
1/63200	*36*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	45,368	142,650
1/63203	*36*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	1,067	5,303
1/63207		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,880	2,189
	22			.....	.....	.....	.....	*0,880*	*1,931*
	36			.....	.....	.....	.....	.....	*0,258*
1/63208	*36*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	7,954	40,044
		Summe 6320...		.....	.....	.....	.....	55,269	190,187
1/63217	*36*	*Oberster Patent- und Markensenat*		.....	.....	.....	.....	.....	1,131
		Summe 632...		.....	.....	.....	.....	55,269	191,318
		Gesamtausgaben 63...		1.580,000	61.919,593	135,407	63.635,000	51.012,206	3.869,915

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/632		*Einrichtungen des Patentwesens*:						
2/6320		*Österreichisches Patentamt*:						
2/63204	*36*	*Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz* ..		.....	.....	.....	47,569	321,959
2/63205		*Sonstige erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	1,853	14,425
	21			.....	.....	.....	.....	.....
	36			.....	.....	.....	*1,853*	*14,425*
2/63207	*36*	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,084
2/63209	*36*	*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	0,128	0,509
		Summe 632...		.....	.....	.....	49,550	336,978
		Gesamteinnahmen 63...		58.984,515	58,485	59.043,000	48.089,365	925,009

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/64		**Bauten und Technik:**							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		15,114	.....	.....	15,114	14,838	14,473
1/64013	37	Anlagen		.....	.....	5,500	5,500	5,880	8,521
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,015	.....	0,015	0,015	0,011
1/64018	37	Aufwendungen		.....	9,600	.....	9,600	10,200	10,738
		Summe 6401...		15,114	9,615	5,500	30,229	30,933	33,744
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		6,475	.....	.....	6,475	7,768	7,709
1/64028	37	Aufwendungen		.....	0,146	.....	0,146	0,146	0,122
		Summe 6402...		6,475	0,146	.....	6,621	7,914	7,831
1/6403		Beschussämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		5,300	.....	.....	5,300	4,984	4,946
1/64033	43	Anlagen		.....	.....	0,360	0,360	0,360	0,325
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,028	.....	0,028	0,020	0,002
1/64038	43	Aufwendungen		.....	1,950	.....	1,950	1,947	1,683
		Summe 6403...		5,300	1,978	0,360	7,638	7,311	6,955
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen		.....	.....	0,150	0,150	0,300	0,127
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,150	.....	0,150	0,200	0,193
1/64068	37	Aufwendungen		.....	0,850	.....	0,850	1,100	1,010
		Summe 6406...		.....	1,000	0,150	1,150	1,600	1,331
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen		.....	.....	2,600	2,600	2,210	0,425
1/64078	43	Aufwendungen		.....	31,600	.....	31,600	34,987	29,081
		Summe 6407...		.....	31,600	2,600	34,200	37,197	29,505
		Summe 640...		26,889	44,339	8,610	79,838	84,955	79,366

Anmerkungen:
1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/64		**Bauten und Technik:**						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,293	.....	0,293	0,300	2,252
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,007	0,001
		Summe 6401...		0,293	0,014	0,307	0,307	2,252
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		17,240	.....	17,240	17,240	7,394
2/6403		Beschussämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,120	.....	2,120	2,130	1,304
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,004	.....
		Summe 6403...		2,120	0,014	2,134	2,134	1,304
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,660	.....	2,660	2,700	2,420
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,004	.....
		Summe 6406...		2,660	0,014	2,674	2,704	2,420
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,010	0,005
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,028	0,028	0,002	.....
		Summe 6407...		0,014	0,028	0,042	0,012	0,005
		Summe 640...		22,327	0,070	22,397	22,397	13,375

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,014	0,014	0,005	.....
1/64146	12	Förderungen		.....	4,059	.....	4,059	3,959	3,605
1/64148	12	Aufwendungen		.....	0,042	.....	0,042	0,003	2,026
		Summe 6414	...	.....	4,101	0,014	4,115	3,967	5,631
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,014	0,014	0,005	.....
1/64176	12	Förderungen		.....	22,773	.....	22,773	23,238	45,469
1/64178	12	Aufwendungen		.....	10,000	.....	10,000	10,201	17,106
		Summe 6417	...	.....	32,773	0,014	32,787	33,444	62,575
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen		.....	0,085	.....	0,085	0,085	0,092
1/64188	12	Aufwendungen		.....	3,900	.....	3,900	2,217	1,702
		Summe 6418	...	.....	3,985	.....	3,985	2,302	1,794
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64198	43	Aufwendungen		.....	2,500	.....	2,500	6,073	4,720
1/64196	*34*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	6,000	13,900
		Summe 6419	...	.....	2,500	.....	2,500	12,073	18,620
1/6415		*Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):*							
1/64155	*33*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	0,910
1/64156	*33*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6415	...	.....	.....	.....	.....	.....	0,910
1/64166		*Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)*		.....	.....	.....	.....	22,325	60,922
	33			.....	.....	.....	.....	*22,325*	*60,922*
	34			.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 641	...	.....	43,359	0,028	43,387	74,111	150,452

Anmerkungen:
1/641 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen		0,027	.....	0,027	0,027	0,016
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen		.....	0,124	0,124	0,124	0,002
		Summe 6412...		0,027	0,124	0,151	0,151	0,018
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700	.....	0,700	0,700	0,758
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen		.....	5,000	5,000	5,000	4,117
		Summe 6414...		0,700	5,000	5,700	5,700	4,875
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,830	.....	1,830	1,830	12,053
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen		.....	0,188	0,188	0,200	.....
		Summe 6417...		1,830	0,188	2,018	2,030	12,053
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,014	.....	0,014	0,002	.....
2/6415		*Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):*						
2/64154	*33*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	.....
2/64159	*33*	*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	0,634
		Summe 6415...		.....	.....	.....	.....	0,634
2/64160	*33*	*Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	22,325	72,719
		Summe 641...		2,571	5,312	7,883	30,208	90,299

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		160,035	.....	.....	160,035	240,004	370,015
1/64503	37	Anlagen		.....	.....	5,506	5,506	6,669	8,458
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,700	.....	0,700	0,801	0,686
1/64508	37	Aufwendungen		.....	48,984	.....	48,984	37,962	47,138
		Summe 6450...		160,035	49,684	5,506	215,225	285,436	426,297
1/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg:	*						
1/64523	37	Anlagen		.....	.....	2,300	2,300	1,100	0,347
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,200	.....	2,200	2,500	-2,519
1/64528	37	Aufwendungen		.....	17,100	.....	17,100	14,000	13,927
		Summe 6452...		.....	19,300	2,300	21,600	17,600	11,755
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		299,430	.....	.....	299,430	350,326	464,824
1/64533	37	Anlagen		.....	.....	9,443	9,443	9,046	5,665
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,270	.....	0,270	0,431	0,372
1/64538	37	Aufwendungen		.....	52,653	.....	52,653	51,653	52,918
		Summe 6453...		299,430	52,923	9,443	361,796	411,456	523,780
1/64548	37	Zahlungen an die BIG		.....	5,100	.....	5,100	5,100	4,819
		Summe 645...		459,465	127,007	17,249	603,721	719,592	966,651
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:							
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		30,850	.....	.....	30,850	32,741	38,502
1/64603	37	Anlagen		.....	.....	0,200	0,200	0,522	0,699
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	195,000	.....	195,000	216,421	257,645
1/64608	37	Aufwendungen		.....	170,800	.....	170,800	168,288	223,992
		Summe 6460...		30,850	365,800	0,200	396,850	417,972	520,838
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung		.....	.....	14,300	14,300	17,850	8,914
	11			.....	.....	*4,974*	*4,974*	*7,499*	*0,001*
	12			.....	.....	*9,326*	*9,326*	*10,351*	*8,913*
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe		.....	.....	29,000	29,000	29,750	120,697
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze		.....	.....	5,000	5,000	6,375	6,000
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege		.....	.....	70,000	70,000	59,101	69,531
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		.....	12,000	.....	12,000	10,710	12,537
	11			.....	*2,790*	.....	*2,790*	*1,500*	*0,068*
	12			.....	*0,500*	.....	*0,500*	*0,500*	*0,615*
	37			.....	*5,110*	.....	*5,110*	*5,110*	*7,003*
	43			.....	*3,600*	.....	*3,600*	*3,600*	*4,852*
1/64633	*41*	*Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung*		.....	.....	.....	.....	0,734	20,553
1/64688	*43*	*Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen*		.....	.....	.....	.....	0,003	.....
		Summe 646...		30,850	377,800	118,500	527,150	542,495	759,071

Anmerkungen:
1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		12,242	.....	12,242	12,300	13,451
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,086	0,086	0,028	0,086
		Summe 6450...		12,242	0,086	12,328	12,328	13,537
2/6452		Kongresszentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,188	.....	11,188	11,200	16,624
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,014	0,014	0,002	.....
		Summe 6452...		11,188	0,014	11,202	11,202	16,624
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		98,634	.....	98,634	98,659	113,713
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,072	0,072	0,047	0,000
		Summe 6453...		98,634	0,072	98,706	98,706	113,713
		Summe 645...		122,064	0,172	122,236	122,236	143,874
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	22,015	.....	22,015	22,009	26,154
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		406,059	.....	406,059	331,254	350,568
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,045	0,045	0,045	0,002
		Summe 646...		428,074	0,045	428,119	353,308	376,724

Anmerkungen:
2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64753 (0,014 Millionen Schilling) und 1/64758 (22,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		.....	253,530	.....	253,530	263,500	294,499
	11			.....	*83,500*	.....	*83,500*	*83,500*	*123,497*
	12			.....	*85,000*	.....	*85,000*	*85,000*	*54,391*
	43			.....	*85,030*	.....	*85,030*	*95,000*	*116,611*
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*	.....	.....	728,200	728,200	775,832	811,534
1/64718	11	Aufwendungen	*	.....	515,000	.....	515,000	515,000	559,683
		Summe 6471...		.....	515,000	728,200	1.243,200	1.290,832	1.371,217
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*	.....	.....	179,600	179,600	256,305	338,560
1/64728	12	Aufwendungen	*	.....	322,500	.....	322,500	322,500	373,823
		Summe 6472...		.....	322,500	179,600	502,100	578,805	712,383
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743		Anlagen	*	.....	.....	275,400	275,400	246,305	311,073
	11			.....	.....	*124,313*	*124,313*	*96,311*	*70,538*
	34			.....	.....	*151,087*	*151,087*	*149,994*	*240,535*
1/64748		Aufwendungen	*	.....	103,500	.....	103,500	103,500	109,945
	11			.....	*49,229*	.....	*49,229*	*46,321*	*54,533*
	34			.....	*54,271*	.....	*54,271*	*57,179*	*55,412*
		Summe 6474...		.....	103,500	275,400	378,900	349,805	421,018
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*	.....	.....	1.589,397	1.589,397	1.642,984	1.812,660
	12			.....	.....	*0,042*	*0,042*	*0,003*	.....
	13			.....	.....	*629,947*	*629,947*	*459,979*	*437,668*
	23			.....	.....	*0,070*	*0,070*	*0,958*	*0,147*
	42			.....	.....	*275,013*	*275,013*	*287,995*	*415,029*
	43			.....	.....	*684,325*	*684,325*	*894,049*	*959,817*
1/64758		Aufwendungen	*	.....	1.047,380	.....	1.047,380	1.083,000	1.145,434
	12			.....	*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	13			.....	*239,984*	.....	*239,984*	*190,000*	*152,649*
	21			.....	*0,056*	.....	*0,056*	*0,004*	*15,686*
	23			.....	*36,013*	.....	*36,013*	*36,000*	*71,803*
	37			.....	*0,056*	.....	*0,056*	*0,004*	*0,813*
	42			.....	*40,039*	.....	*40,039*	*40,000*	*88,288*
	43			.....	*731,218*	.....	*731,218*	*816,991*	*816,194*
		Summe 6475...		.....	1.047,380	1.589,397	2.636,777	2.725,984	2.958,094
1/6473		*Bauten für die Landesverteidigung:*							
1/64738		*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	91,202	797,395
	23			.....	.....	.....	.....	.....	*26,442*
	41			.....	.....	.....	.....	*91,202*	*770,953*
		Summe 647...		.....	2.241,910	2.772,597	5.014,507	5.300,128	6.554,605

Anmerkungen:

1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64713 Hievon 2001 0,056 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64718 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64723 Hievon 2001 0,042 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64728 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64743 Hievon 2001 0,028 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64748 Hievon 2001 0,042 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

1/64753 Hievon 2001 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 10,013 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352.

1/64758 Hievon 2001 22,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 7,022 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	17,245	.....	17,245	27,075	90,852
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	.....	2,000	2,000	1,749
		Summe 647...		19,245	.....	19,245	29,075	92,601

Anmerkungen:
2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,056 Millionen Schilling), 1/64718 (0,028 Millionen Schilling), 1/64723 (0,042 Millionen Schilling), 1/64728 (0,014 Millionen Schilling), 1/64743 (0,028 Millionen Schilling), 1/64748 (0,042 Millionen Schilling), 1/64753 (10,013 Millionen Schilling) und 1/64758 (7,022 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:							
1/64900	43	Personalausgaben		715,796	.....	.....	715,796	731,067	725,531
1/64903	43	Anlagen		.....	.....	29,571	29,571	24,571	24,668
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	22,660	.....	22,660	22,660	17,497
	22			.....	*21,876*	.....	*21,876*	*21,876*	*16,933*
	43			.....	*0,784*	.....	*0,784*	*0,784*	*0,564*
1/64908	43	Aufwendungen		.....	136,370	.....	136,370	136,370	138,384
		Summe 649...		715,796	159,030	29,571	904,397	914,668	906,079

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:					
2/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:					
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen	185,866	.....	185,866	186,031	185,876
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,254	0,254	0,120	0,064
		Summe 649...	185,866	0,254	186,120	186,151	185,940

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/642		*Bundesstraßenverwaltung:*							
1/6420		*Bundesstraßen:*							
1/64203	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	192,664	2.065,409
1/64208	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	169,980	1.556,603
		Summe 6420		.....	.....	.....	.....	362,644	3.622,012
1/6422		*Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):*							
1/64223	*32*	*Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)*		.....	.....	.....	.....	32,737	231,477
1/64227	*32*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	3,866	15,811
1/64228	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	503,253	2.617,937
		Summe 6422		.....	.....	.....	.....	539,856	2.865,225
1/6423		*Bundesstraßen A + S:*							
1/64233	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	278,159
1/6425		*Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):*							
1/64253	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	56,400	306,006
1/64258	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	8,432	37,414
		Summe 6425		.....	.....	.....	.....	64,832	343,420
1/6426		*Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):*							
1/64268	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	17,550	182,514

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/642		*Bundesstraßenverwaltung:*						
2/64200	32	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	647,078
2/64202	32	*Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)*		.....	.....	.....	.....	60,491
2/64204	32	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	1,170	5,718
2/64207	32	*Bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	0,144	4,451
2/64250	32	*Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	64,832	396,726
2/64260	32	*Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)*		.....	.....	.....	17,550	197,965

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/6427		*Straßenforschung:*							
1/64275	*12*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64276	*12*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	0,500	5,313
1/64278	*12*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,596	11,150
		Summe 6427...		.....	.....	.....	.....	1,096	16,464
1/6429		*Straßengesellschaften:*							
1/64292	*32*	*Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64293	*32*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/64298	*32*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6429...		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 642...		.....	.....	.....	.....	985,978	7.307,794
1/644		*Wasserbauverwaltung:*							
1/6440		*Wasserstraßendirektion:*							
1/64400	*33*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	13,428	41,747
1/64403	*33*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	0,592	4,920
1/64407	*33*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,172	0,498
1/64408	*33*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	8,893	144,935
		Summe 6440...		.....	.....	.....	.....	23,085	192,099
1/6441		*Amt der Wasserstraßendirektion:*							
1/64410	*33*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	13,838	45,651
1/64418	*33*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	0,507	4,183
		Summe 6441...		.....	.....	.....	.....	14,345	49,834
1/64438	*33*	*Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz*		.....	.....	.....	.....	0,350	4,136
1/64448	*33*	*Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)*		.....	.....	.....	.....	4,500	16,000
		Summe 644...		.....	.....	.....	.....	42,280	262,069
		Gesamtausgaben 64...		1.233,000	2.993,445	2.946,555	7.173,000	8.664,207	16.986,088

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/6427		*Straßenforschung:*						
2/64274	12	*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	...	0,079
2/64279	12	*Darlehensrückzahlungen*		...	...	...	...	...
		Summe 6427		...	...	...	...	0,079
		Summe 642		...	...	...	83,696	1.312,508
2/644		*Wasserbauverwaltung:*						
2/6440		*Wasserstraßendirektion:*						
2/64400	33	*Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)*		...	...	...	7,000	51,200
2/64404		*Erfolgswirksame Einnahmen*		...	...	...	4,301	16,117
	33			...	...	...	*4,301*	*16,077*
	37			...	...	...	...	*0,040*
2/64407	33	*Bestandswirksame Einnahmen*		...	...	...	0,045	0,050
		Summe 6440		...	...	...	11,346	67,366
2/6441		*Amt der Wasserstraßendirektion:*						
2/64414	33	*Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft*		...	...	...	5,290	54,049
2/6442		*Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):*						
2/64421	33	*Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen*		...	...	...	4,500	16,000
		Summe 644		...	...	...	21,136	137,416
		Gesamteinnahmen 64		780,147	5,853	786,000	848,207	2.352,737

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/65		**Verkehr, Innovation und Technologie:**							
		Verkehr und Telekom							
1/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:							
		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr							
1/6500		Zentralleitung:							
		Verwaltungsbereich Verkehr							
1/65000	43	Personalausgaben		411,151	.....	.....	411,151	338,156	306,568
1/65003	43	Anlagen	*	.....	.....	17,046	17,046	13,148	7,296
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	16,751	.....	16,751	15,587	13,293
	22			.....	*6,943*	.....	*6,943*	*5,815*	*4,943*
	43			.....	*9,808*	.....	*9,808*	*9,772*	*8,350*
1/65008	43	Aufwendungen	*	.....	157,988	.....	157,988	142,184	120,982
		Summe 6500		411,151	174,739	17,046	602,936	509,075	448,139
1/6501		Schifffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		35,700	.....	.....	35,700	35,700	34,760
1/65013	43	Anlagen		.....	.....	4,919	4,919	6,909	1,996
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	2,269	.....	2,269	2,269	1,770
	22			.....	*1,694*	.....	*1,694*	*1,681*	*1,482*
	43			.....	*0,575*	.....	*0,575*	*0,588*	*0,288*
1/65018	43	Aufwendungen		.....	25,580	.....	25,580	24,680	25,455
		Summe 6501		35,700	27,849	4,919	68,468	69,558	63,981
1/6502		Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten							
1/65023	43	Anlagen	*	.....	.....	22,887	22,887	25,887	21,787
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	8,067	.....	8,067	4,067	3,755
1/65028	43	Aufwendungen		.....	123,406	.....	123,406	125,408	102,037
		Summe 6502		.....	131,473	22,887	154,360	155,362	127,579
1/6503		*Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:*	*						
1/65030	*43*	*Personalausgaben*		.....	.....	.....	.....	37,241	.....
1/65033	*43*	*Anlagen*		.....	.....	.....	.....	2,100	.....
1/65037		*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	0,464	.....
	22			.....	.....	.....	.....	*0,418*	.....
	43			.....	.....	.....	.....	*0,046*	.....
1/65038	*43*	*Aufwendungen*		.....	.....	.....	.....	4,854	.....
		Summe 6503		.....	.....	.....	.....	44,659	.....
		Summe 650		446,851	334,061	44,852	825,764	778,654	639,699

Anmerkungen:

1/65003 Hievon 2001 3,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/65008 Hievon 2001 13,014 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/65023 Hievon 2001 10,000 Millionen Schilling Ausgaben Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/6503 Ab dem BVA 2001 beim Paragraph 1/6500 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/65		**Verkehr, Innovation und Technologie:**						
		Verkehr und Telekom						
2/650		Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie:						
		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr						
2/6500		Zentralleitung:						
		Verwaltungsbereich Verkehr						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	16,014	.....	16,014	3,501	17,784
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,532	.....	8,532	8,532	9,630
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,098	0,098	0,030	.....
		Summe 6500...		24,546	0,098	24,644	12,063	27,413
2/6501		Schifffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		21,746	.....	21,746	21,746	24,517
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,154	0,154	0,011	0,009
		Summe 6501...		21,746	0,154	21,900	21,757	24,526
2/6502		Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		186,500	.....	186,500	4.312,500	2.220,556
2/65025	43	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)		1.600,000	.....	1.600,000	.....	.....
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,005	0,061
		Summe 6502...		1.786,500	0,056	1.786,556	4.312,505	2.220,617
2/6503		*Bundesstraßen- und Wasserstraßenverwaltung:*						
2/65030	*43*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*	*	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 650...		1.832,792	0,308	1.833,100	4.346,326	2.272,556

Anmerkungen:
2/65000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65003 und 1/65008 mitveranschlagt.
2/65030 Ab dem BVA 2001 beim VA-Ansatz 2/65000 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/6510		Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr (VV/ÖPNRV-G):							
1/65107	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	732,500	.....	732,500	.....	.....
1/65108	33	Aufwendungen		.....	227,800	.....	227,800	559,045	624,815
		Verkehrsverbünde							
		Summe 6510...		.....	960,300	.....	960,300	559,045	624,815
1/65118		Allgemeiner Verkehr	*	.....	61,562	.....	61,562	57,188	48,446
	12			.....	*0,500*	.....	*0,500*	*1,539*	*0,581*
	33			.....	*61,062*	.....	*61,062*	*55,649*	*47,864*
1/65133		Kapitalbeteiligungen		.....	.....	0,140	0,140	0,011	2.410,250
	33			.....	.....	*0,112*	*0,112*	*0,008*	*2.410,000*
	36			.....	.....	*0,028*	*0,028*	*0,002*	*0,250*
	38			.....	.....	.....	.....	*0,001*	.....
1/65138	33	Gesellschafterzuschüsse		.....	0,014	.....	0,014	0,001	.....
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		.....	16.950,000	.....	16.950,000	9.350,005	9.910,196
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen		.....	8.743,723	.....	8.743,723	8.743,723	8.823,722
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen)		.....	1.508,000	.....	1.508,000	950,000	1.400,000
		Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA)							
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control		.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
		Summe 651...		.....	28.223,627	0,140	28.223,767	19.659,975	23.217,429

Anmerkungen:
1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65118 Hievon 2001 5,000 Millionen Schilling Ausgaben Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51288.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,014	.....	0,014	0,001	910,000
2/65137	36	Erlöse		.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 651...		0,014	0,014	0,028	0,002	910,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):	*						
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*	.....	1.500,000	.....	1.500,000	1.500,000	1.500,000
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung	*	.....	0,112	.....	0,112	0,006	226,907
	33			.....	*0,014*	.....	*0,014*	.....	.....
	36			.....	*0,098*	.....	*0,098*	*0,006*	*226,907*
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen		.....	66,039	.....	66,039	66,000	41,073
1/65248	33	Aufwendungen		.....	6,330	.....	6,330	6,330	.....
		Summe 6524...		.....	72,369	.....	72,369	72,330	41,073
1/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen:							
		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen							
1/65256	36	Förderungen		.....	42,105	.....	42,105	42,001	130,825
1/65258	36	Aufwendungen		.....	7,734	.....	7,734	7,708	7,259
1/65255	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	0,001	.....
		Summe 6525...		.....	49,839	.....	49,839	49,710	138,084
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		.....	360,992	.....	360,992	360,992	235,717
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286		Förderungen		.....	0,014	.....	0,014	6,852	7,656
	33			.....	*0,014*	.....	*0,014*	*6,850*	*7,656*
	38			.....	.....	.....	.....	*0,002*	.....
1/65295		Bezugsvorschüsse		.....	.....	3,901	3,901	3,559	2,045
	23			.....	.....	*0,559*	*0,559*	*0,559*	*0,283*
	43			.....	.....	*3,342*	*3,342*	*3,000*	*1,762*
1/6522		*Sondervorhaben-Technologie/ Exportoffensive:*							
1/65226		*Förderungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	33			.....	.....	.....	.....	.....	.....
	36			.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/65228		*Aufwendungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	20,788
	33			.....	.....	.....	.....	.....	*7,000*
	36			.....	.....	.....	.....	.....	*13,788*
		Summe 6522...		.....	.....	.....	.....	.....	20,788
1/6527		*Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:*							
1/65275	*36*	*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	-0,039
1/65276	*36*	*Förderungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	58,916
1/65278	*36*	*Aufwendungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	38,745
		Summe 6527...		.....	.....	.....	.....	.....	97,622
		Summe 652...		.....	1.983,326	3,901	1.987,227	1.993,449	2.269,892

Anmerkungen:

1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

1/65204 Hievon 2001 1.090,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661 sowie 30,000 Millionen Schilling Bedeckung durch veranschlagte Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/65226 Ab dem BVA 2000 beim VA-Ansatz 1/65346 mitveranschlagt.

1/65228 Ab dem BVA 2000 beim VA-Ansatz 1/65348 mitveranschlagt.

1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246 und 1/65256 veranschlagt.

1/65276 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65306 mitveranschlagt.

1/65278 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 1/65308 und 318 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	.....	2,806	2,806	2,931	3,098
2/6525		Innovation u. strukturpolitische Maßnahmen:					
		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen					
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen	0,028	.....	0,028	0,002	0,063
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen	.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 6525...	0,028	0,014	0,042	0,003	0,063
2/65299		Bezugsvorschussersätze	.....	1,361	1,361	1,525	1,673
	23		.....	*0,266*	*0,266*	*0,266*	*0,247*
	43		.....	*1,095*	*1,095*	*1,259*	*1,426*
2/6527		*Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:*					
2/65270	*36*	*Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)* ..... *	.....	.....	.....	.....	86,734
2/65271	*36*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen* ..... *	.....	.....	.....	.....	1,794
2/65273	*36*	*Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen* ..... *	.....	.....	.....	.....	10,893
		Summe 6527...	.....	.....	.....	.....	99,422
		Summe 652...	0,028	4,181	4,209	4,459	104,255

Anmerkungen:
2/65270 Ab dem BVA 2000 bei VA-Ansatz 2/65300 mitveranschlagt
2/65271 Ab dem BVA 2001 bei VA-Ansatz 2/65301 mitveranschlagt.
2/65273 Ab dem BVA 2001 bei VA-Ansatz 2/65303 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:						
		Zivilluftfahrteinrichtungen						
1/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF)(zweckgeb. Geb.):						
		Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähnl. Einrichtung)						
1/65306	12	Förderungen *	.....	217,070	.....	217,070	105,055	.....
1/65308	12	Aufwendungen *	.....	171,430	.....	171,430	265,360	.....
		Summe 6530...	.....	388,500	.....	388,500	370,415	.....
1/6531		Technologie- u. Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF:						
1/65316	36	Förderungen *	.....	560,014	.....	560,014	530,001	.....
1/65318	36	Aufwendungen *	.....	1,528	.....	1,528	0,904	.....
		Summe 6531...	.....	561,542	.....	561,542	530,905	.....
1/6532		Technologie- u. Forschungsförderung (wissenschaftl.)/FWF:						
1/65326	12	Förderungen	.....	569,500	.....	569,500	405,625	.....
1/6533		Forschungs- und Technologietransfer:						
1/65336	12	Förderungen	.....	51,099	.....	51,099	45,779	.....
1/65337		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	273,000	.....	273,000	102,919	.....
	12		.....	*203,000*	.....	*203,000*	*53,108*	.....
	43		.....	*70,000*	.....	*70,000*	*49,811*	.....
1/65338		Aufwendungen	.....	122,382	.....	122,382	118,830	.....
	12		.....	*122,382*	.....	*122,382*	*118,830*	.....
	38		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6533...	.....	446,481	.....	446,481	267,528	.....
1/6534		Sondervorhaben-Technologie:						
		Sondervorhaben-Technologie (Technologiemilliarde)						
1/65346	12	Förderungen	.....	100,056	.....	100,056	100,012	.....
1/65348		Aufwendungen	.....	0,028	.....	0,028	0,002	.....
	12		.....	*0,028*	.....	*0,028*	*0,002*	.....
	33		.....	.....	.....	.....	.....	.....
	36		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 6534...	.....	100,084	.....	100,084	100,014	.....
1/6535		Forschungsunternehmungen:						
1/65356	12	Förderungen	.....	519,955	.....	519,955	393,404	.....
1/65358	12	Aufwendungen	.....	163,000	.....	163,000	147,007	.....
		Summe 6535...	.....	682,955	.....	682,955	540,411	.....
1/6536		Bundesamt FPZ Arsenal:						
		Amt des BFPZ Arsenal						
1/65360	12	Personalausgaben	62,001	.....	.....	62,001	46,520	.....
1/65367	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	.....	1,700	.....	1,700	1,449	.....
1/65368	12	Aufwendungen	.....	2,100	.....	2,100	2,104	.....
		Summe 6536...	62,001	3,800	.....	65,801	50,073	.....
		Summe 653...	62,001	2.752,862	.....	2.814,863	2.264,971	.....

Anmerkungen:

1/65306 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (217,070 Millionen Schilling)

1/65308 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (171,430 Millionen Schilling)

1/65316 VAP 7330/153 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (50,000 Millionen Schilling)

1/65318 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65300 (1,500 Millionen Schilling), 2/65301 (0,014 Millionen Schilling) und 2/65303 (0,014 Millionen Schilling)

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/653		Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie:						
		Zivilluftfahrteinrichtungen						
2/6530		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds(ITF) (zweckgeb. Geb.):						
		Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähnl. Einrichtung)						
2/65300	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	440,000	.....	440,000	401,317	.....
2/65301	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,014	.....	0,014	0,001	.....
2/65303	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*	.....	0,014	0,014	0,001	.....
		Summe 6530...		440,014	0,014	440,028	401,319	.....
2/6533		Forschungs- und Technologietransfer:						
2/65334	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780	.....	0,780	0,780	.....
2/6536		Bundesamt FPZ Arsenal:						
		Amt des BFPZ Arsenal						
2/65364	12	Erfolgswirksame Einnahmen		65,800	.....	65,800	.....	.....
2/65354	*12*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	69,000	.....
		Summe 653...		506,594	0,014	506,608	471,099	.....

Anmerkungen:

2/65300 Korrespondierende Ausgaben 2001 bei den VA-Ansätzen 1/65306 (217,070 Millionen Schilling), 1/65308 (171,430 Millionen Schillling), 1/65316 VAP 7330/153 (50,000 Millionen Schilling) und 1/65318 (1,500 Millionen Schilling)

2/65301 Korrespondierende Ausgaben 2001 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7292/051 (0,014 Millionen Schilling) veranschlagt

2/65303 Korrespondierende Ausgaben 2001 beim VA-Ansatz 1/65318 VAP 7293/051 (0,014 Millionen Schilling) veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/654		Wasserbauverwaltung:							
		Bundesamt für Schifffahrt							
1/6541		Wasserstraßendirektion:							
1/65410	33	Personalausgaben		42,790	.....	.....	42,790	29,362	.....
1/65413	33	Anlagen	*	.....	.....	2,790	2,790	2,356	.....
1/65417	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,740	.....	0,740	0,328	.....
1/65418	33	Aufwendungen	*	.....	151,288	.....	151,288	144,281	.....
		Summe 6541...		42,790	152,028	2,790	197,608	176,327	.....
1/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:							
1/65420	33	Personalausgaben		43,744	.....	.....	43,744	32,960	.....
1/65428	33	Aufwendungen		.....	8,649	.....	8,649	8,649	.....
		Summe 6542...		43,744	8,649	.....	52,393	41,609	.....
1/65438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz		.....	4,500	.....	4,500	3,497	.....
1/65448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*	.....	16,000	.....	16,000	11,500	.....
1/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/65455	33	Förderungen (D)		.....	.....	0,910	0,910	0,910	.....
1/65456	33	Förderungen		.....	0,042	.....	0,042	0,003	.....
		Summe 6545...		.....	0,042	0,910	0,952	0,913	.....
1/65466	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	*	.....	610,281	.....	610,281	418,463	.....
1/6547		Marchfeldkanal:							
1/65474	34	Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft		.....	7,500	.....	7,500	.....	.....
1/65476	34	Marchfeldkanal - Errichtungsgesellschaft *Marchfeldkanal*		.....	17,575	.....	17,575	19,075	.....
		Summe 6547...		.....	25,075	.....	25,075	19,075	.....
1/65486	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Budesbeteiligung		.....	17,000	.....	17,000	17,000	.....
		Summe 654...		86,534	833,575	3,700	923,809	688,384	.....
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben		17,900	.....	.....	17,900	17,900	17,064
1/65503	33	Anlagen		.....	.....	3,104	3,104	4,294	3,575
1/65508	33	Aufwendungen		.....	12,954	.....	12,954	12,688	12,913
		Summe 655...		17,900	12,954	3,104	33,958	34,882	33,552

Anmerkungen:
1/65413 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (0,501 Millionen Schilling).
1/65418 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65410 (67,745 Millionen Schilling).
1/65448 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65440
1/65466 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65460

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/654		Wasserbauverwaltung:						
		Bundesamt für Schifffahrt						
2/6541		Wasserstraßendirektion:						
2/65410	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	68,246	.....	68,246	63,200	.....
2/65414		Erfolgswirksame Einnahmen		22,367	.....	22,367	18,107	.....
	33			*22,327*	.....	*22,327*	*18,067*	.....
	37			*0,040*	.....	*0,040*	*0,040*	.....
2/65417	33	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,142	0,142	0,110	.....
		Summe 6541...		90,613	0,142	90,755	81,417	.....
2/6542		Amt der Wasserstrassendirektion:						
2/65424	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft		81,000	.....	81,000	74,710	.....
2/6544		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/65440	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen	*	16,000	.....	16,000	11,500	.....
2/6545		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/65454	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,028	.....	0,028	0,003	.....
2/65459	33	Darlehensrückzahlungen		.....	0,400	0,400	0,300	.....
		Summe 6545...		0,028	0,400	0,428	0,303	.....
2/65460	33	Wasserbau-Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	610,281	.....	610,281	418,463	.....
		Summe 654...		797,922	0,542	798,464	586,393	.....
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		3,841	.....	3,841	3,802	9,850
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,084	0,084	0,006	.....
		Summe 655...		3,841	0,084	3,925	3,808	9,850

Anmerkungen:
2/65410 Korrespondierende Ausgaben bei VA-Ansatz 1/65413 und 418 veranschlagt
2/65440 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65448 veranschlagt
2/65460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65466 veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/656		Bundesstrassenverwaltung: *Verkehrsverbünde*							
1/6560		Bundesstraßen:							
1/65603	32	Anlagen	*	.....	.....	1.664,535	1.664,535	1.709,970	.....
1/65608	32	Aufwendungen	*	.....	1.327,987	.....	1.327,987	1.094,770	.....
		Summe 6560...		.....	1.327,987	1.664,535	2.992,522	2.804,740	.....
1/6562		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):							
1/65623	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*	.....	.....	264,000	264,000	195,003	.....
1/65627	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	25,000	.....	25,000	12,144	.....
1/65628	32	Aufwendungen	*	.....	2.490,000	.....	2.490,000	1.880,727	.....
		Summe 6562...		.....	2.515,000	264,000	2.779,000	2.087,874	.....
1/6563		Bundesstraßen A + S:							
1/65633	32	Anlagen		.....	.....	100,000	100,000	100,000	.....
1/6565		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):							
1/65653	32	Anlagen		.....	.....	414,705	414,705	358,305	.....
1/65658	32	Aufwendungen		.....	40,295	.....	40,295	31,863	.....
		Summe 6565...		.....	40,295	414,705	455,000	390,168	.....
1/6566		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):							
1/65668	32	Aufwendungen	*	.....	263,113	.....	263,113	231,997	.....
1/6567		Straßenforschung:							
1/65675	12	Förderungen (D)		.....	.....	0,056	0,056	0,004	.....
1/65676	12	Förderungen		.....	7,513	.....	7,513	7,065	.....
1/65678	12	Aufwendungen		.....	23,551	.....	23,551	22,955	.....
		Summe 6567...		.....	31,064	0,056	31,120	30,024	.....
1/6569		Straßengesellschaften:							
1/65692	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/65693	32	Anlagen		.....	.....	0,014	0,014	0,001	.....
1/65698	32	Aufwendungen	*	.....	30,000	.....	30,000	20,000	.....
		Summe 6569...		.....	30,000	0,028	30,028	20,002	.....
		Summe 656...		.....	4.207,459	2.443,324	6.650,783	5.664,805	.....

Anmerkungen:

1/65603 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65608 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65623 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65628 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65600 und 2/65602
1/65668 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65660
1/65698 Zweckgebundene Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65602 VAP 0002/501.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/656		Bundesstrassenverwaltung:						
		Verkehrsverbünde						
2/65600	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	579,424	.....	579,424	579,424	.....
2/65602	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*	.....	107,532	107,532	107,532	.....
2/65604	32	Erfolgswirksame Einnahmen		22,441	.....	22,441	21,271	.....
2/65607	32	Bestandswirksame Einnahmen		.....	8,700	8,700	8,556	.....
2/65650	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	455,000	.....	455,000	390,168	.....
2/65660	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	263,113	.....	263,113	231,997	.....
2/6567		Straßenforschung:						
2/65674	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,250	.....	0,250	0,250	.....
2/65679	12	Darlehensrückzahlungen		.....	0,100	0,100	0,100	.....
		Summe 6567...		0,250	0,100	0,350	0,350	.....
		Summe 656...		1.320,228	116,332	1.436,560	1.339,298	.....

Anmerkungen:

2/65600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623 und 628 veranschlagt.

2/65602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/65603, 608, 623, 628 und 698 veranschlagt

2/65650 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65653 (414,705 Millionen Schilling) und 1/65658 (40,295 Millionen Schilling)

2/65660 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65668 veranschlagt

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*						
1/65703	32	Anlagen		.....	.....	0,500	0,500	1,700	0,016
1/65706	32	Förderungen		.....	12,110	.....	12,110	13,010	10,352
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	24,550	.....	24,550	25,750	21,358
1/65708	32	Aufwendungen		.....	9,842	.....	9,842	6,543	23,181
		Summe 657...		.....	46,502	0,500	47,002	47,003	54,907
1/658		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6580		Österreichisches Patentamt:							
1/65800	36	Personalausgaben		146,490	.....	.....	146,490	101,122	.....
1/65803	36	Anlagen		.....	.....	4,718	4,718	3,651	.....
1/65807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	5,663	.....	5,663	2,020	.....
	22			.....	*2,235*	.....	*2,235*	*1,701*	.....
	36			.....	*3,428*	.....	*3,428*	*0,319*	.....
1/65808	36	Aufwendungen		.....	36,576	.....	36,576	26,622	.....
		Summe 6580...		146,490	42,239	4,718	193,447	133,415	.....
1/65817	36	Oberster Patent- und Markensenat		.....	1,380	.....	1,380	1,380	.....
		Summe 658...		146,490	43,619	4,718	194,827	134,795	.....
		Gesamtausgaben 65...		759,776	38.437,985	2.504,239	41.702,000	31.266,918	26.215,479

Anmerkungen:
1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		47,002	.....	47,002	47,003	40,019
2/658		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6580		Österreichisches Patentamt:						
2/65804	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		334,496	.....	334,496	237,431	.....
2/65805		Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		0,956	.....	0,956	9,147	.....
	21			*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
	36			*0,942*	.....	*0,942*	*9,146*	.....
2/65807	36	Bestandswirksame Einnahmen		.....	0,056	0,056	0,004	.....
2/65809	36	Darlehensrückzahlungen		.....	0,513	0,513	0,100	.....
		Summe 658...		335,452	0,569	336,021	246,682	.....
		Gesamteinnahmen 65...		4.843,873	122,044	4.965,917	7.045,070	3.336,681

Anmerkungen:
2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/70		**Öffentliche Leistung und Sport:**							
		Staatsdruckerei							
1/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:							
1/7000		Zentralleitung:							
1/70000	43	Personalausgaben		100,029	.....	.....	100,029	58,576	.....
1/70003	43	Anlagen		.....	.....	15,266	15,266	2,500	.....
1/70005		Bezugsvorschüsse		.....	.....	0,653	0,653	0,500	.....
	23			.....	.....	*0,275*	*0,275*	*0,200*	.....
	43			.....	.....	*0,378*	*0,378*	*0,300*	.....
1/70007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	46,126	.....	46,126	27,863	.....
	22			.....	*1,098*	.....	*1,098*	*0,862*	.....
	43			.....	*45,028*	.....	*45,028*	*27,001*	.....
1/70008	43	Aufwendungen		.....	68,951	.....	68,951	51,713	.....
		Summe 700...		100,029	115,077	15,919	231,025	141,152	.....
1/702		Dienststellen:							
		Personalaufwand							
1/7020		Verwaltungsakademie:							
1/70200	11	Personalausgaben		23,745	.....	.....	23,745	18,922	.....
1/70203	11	Anlagen		.....	.....	1,650	1,650	1,627	.....
1/70206	11	Förderungen		.....	1,814	.....	1,814	2,508	.....
1/70207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,470	.....	0,470	0,618	.....
	11			.....	*0,256*	.....	*0,256*	*0,349*	.....
	22			.....	*0,214*	.....	*0,214*	*0,269*	.....
1/70208	11	Aufwendungen		.....	42,165	.....	42,165	31,961	.....
		Summe 702...		23,745	44,449	1,650	69,844	55,636	.....
1/703		Sportangelegenheiten:							
		Sachaufwand							
1/7030		Sportförderung:							
1/70304	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	480,000	.....	480,000	350,000	.....
1/70305	11	Förderungen (D)		.....	.....	0,416	0,416	0,425	.....
1/70306	11	Förderungen		.....	209,746	.....	209,746	142,946	.....
1/70308	11	Aufwendungen		.....	19,438	.....	19,438	8,526	.....
		Summe 7030...		.....	709,184	0,416	709,600	501,897	.....
1/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):							
1/70310	11	Personalausgaben		5,187	.....	.....	5,187	3,970	.....
1/70313	11	Anlagen		.....	.....	0,302	0,302	0,193	.....
1/70317	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,028	.....	0,028	0,575	.....
1/70318	11	Aufwendungen		.....	3,928	.....	3,928	2,918	.....
1/70316	*11*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
		Summe 7031...		5,187	3,956	0,302	9,445	7,656	.....
1/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:							
1/70320	11	Personalausgaben		10,987	.....	.....	10,987	8,429	.....
1/70328	11	Aufwendungen		.....	0,192	.....	0,192	0,147	.....
		Summe 7032...		10,987	0,192	.....	11,179	8,576	.....
1/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m. b. H. :							
1/70336	11	Förderungen		.....	37,500	.....	37,500	28,125	.....
1/70337	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		.....	0,014	.....	0,014	0,008	.....
1/70338	11	Aufwendungen		.....	41,050	.....	41,050	40,380	.....
		Summe 7033...		.....	78,564	.....	78,564	68,513	.....
		Summe 703...		16,174	791,896	0,718	808,788	586,642	.....
		Gesamtausgaben 70...		139,948	951,422	18,287	1.109,657	783,430	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/70		**Öffentliche Leistung und Sport:**					
		Staatsdruckerei					
2/700		BM für öffentliche Leistung und Sport:					
2/7000		Zentralleitung:					
2/70004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	45,655	.....	45,655	0,001	.....
2/70009		Bezugsvorschussersätze	.....	0,276	0,276	0,276	.....
	23		.....	*0,100*	*0,100*	*0,100*	.....
	43		.....	*0,176*	*0,176*	*0,176*	.....
		Summe 700...	45,655	0,276	45,931	0,277	.....
2/702		Dienststellen:					
		Allgemeine Betriebseinnahmen					
2/7020		Verwaltungsakademie:					
2/70204		Erfolgswirksame Einnahmen	0,573	.....	0,573	0,573	.....
	11		*0,559*	.....	*0,559*	*0,572*	.....
	43		*0,014*	.....	*0,014*	*0,001*	.....
2/70205	11	EU-Förderprogramm	0,014	.....	0,014	0,008	.....
2/70208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	.....	0,014	0,014	0,008	.....
		Summe 702...	0,587	0,014	0,601	0,589	.....
2/703		Sportangelegenheiten:					
2/7030		Sportförderung:					
2/70304	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,782	.....	0,782	0,782	.....
2/70309	11	Darlehensrückzahlungen	.....	0,355	0,355	0,355	.....
		Summe 7030...	0,782	0,355	1,137	1,137	.....
2/7031		Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):					
2/70314	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,736	.....	0,736	3,745	.....
2/70317	11	Bestandswirksame Einnahmen	.....	0,042	0,042	0,008	.....
		Summe 7031...	0,736	0,042	0,778	3,753	.....
2/7032		Amt der Bundessporteinrichtungen:					
2/70324	11	Erfolgswirksame Einnahmen	10,514	.....	10,514	10,501	.....
2/7033		Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H.:					
2/70334	11	Erfolgswirksame Einnahmen	0,014	.....	0,014	0,008	.....
		Summe 703...	12,046	0,397	12,443	15,399	.....
		Gesamteinnahmen 70...	58,288	0,687	58,975	16,265	.....

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	AUSGABEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
1/71		*Bundestheater:*							
1/710		*Personalausgaben:*							
1/71000	*13*	*Aktivitätsaufwand*		.....	.....	.....	.....	.....	1.182,467
1/71010	*13*	*Pensionsaufwand*		.....	.....	.....	.....	.....	522,325
		Summe 710		.....	.....	.....	.....	.....	1.704,792
1/711		*Sachausgaben:*							
1/71133	*13*	*Anlagen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	81,442
1/71155		*Förderungen (D)*		.....	.....	.....	.....	.....	1,216
	13			.....	.....	.....	.....	.....	*0,691*
	23			.....	.....	.....	.....	.....	*0,525*
1/71156	*13*	*Förderungen*		.....	.....	.....	.....	.....	.....
1/71167	*13*	*Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)*		.....	.....	.....	.....	.....	42,049
1/71188	*13*	*Aufwendungen*	*	.....	.....	.....	.....	.....	314,312
		Summe 711		.....	.....	.....	.....	.....	439,020
		Gesamtausgaben 71		.....	.....	.....	.....	.....	2.143,812

Anmerkungen:
1/71133 Hievon 2001 0,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.
1/71188 Hievon 2001 0,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	EINNAHMEN Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
2/71		*Bundestheater:*						
2/71159		*Darlehensrückzahlungen*		.....	.....	.....	.....	1,492
	13			.....	.....	.....	.....	*0,939*
	23			.....	.....	.....	.....	*0,554*
2/712		*Allgemeine Betriebseinnahmen:*						
2/71200	*13*	*Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	1,209
2/71204	*13*	*Erfolgswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	36,689
2/71218	*13*	*Sonstige bestandswirksame Einnahmen*		.....	.....	.....	.....	0,074
		Summe 712		.....	.....	.....	.....	37,972
2/713		*Übrige Einnahmen:*						
2/71304	*13*	*Tageseinnahmen*		.....	.....	.....	.....	331,515
2/71305	*13*	*Einnahmen aus Sonderveranstaltungen*		.....	.....	.....	.....	31,871
		Summe 713		.....	.....	.....	.....	363,386
2/71504	*13*	*Pensions- und Provisionsbeiträge*		.....	.....	.....	.....	86,472
		Gesamteinnahmen 71		.....	.....	.....	.....	489,323

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
1/71	Betriebsausgaben	.....	.....	2.143,812
2/71	Betriebseinnahmen	.....	.....	489,323
	Betriebsabgang	.....	.....	1.654,490

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	AUSGABEN Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	38,698	22,696	2,050	63,444	63,444	71,466
02	Bundesgesetzgebung	214,506	1.146,359	18,130	1.378,995	1.474,902	1.496,823
03	Verfassungsgerichtshof	35,416	34,439	1,645	71,500	72,000	73,537
04	Verwaltungsgerichtshof	138,633	14,966	4,674	158,273	154,033	148,515
05	Volksanwaltschaft	31,394	23,176	0,900	55,470	52,700	51,235
06	Rechnungshof	244,735	63,121	7,144	315,000	315,000	303,116
	Gruppe 0...	703,382	1.304,757	34,543	2.042,682	2.132,079	2.144,691
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	611,252	3.292,805	38,854	3.942,911	3.705,582	5.921,270
11	Inneres	16.452,984	5.603,004	672,232	22.728,220	23.227,904	23.632,928
12	Bildung und Kultur	29.048,362	47.714,834	656,034	77.419,230	76.115,528	74.432,078
13	Kunst	50,370	2.944,577	10,053	3.005,000	2.985,000	1.927,268
14	Wissenschaft	14.232,000	15.909,120	1.444,880	31.586,000	29.632,375	28.801,686
15	Soziale Sicherheit und Generationen	829,441	24.638,391	70,769	25.538,601	38.967,762	88.672,784
16	Sozialversicherung	.....	73.093,000	.....	73.093,000	66.374,000	75.390,786
17	Gesundheit	389,775	6.792,242	39,930	7.221,947	8.819,562	11.776,416
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	481,169	4.011,313
19	Jugend und Familie	.....	59.803,565	1.151,600	60.955,165	58.740,228	57.937,644
	Gruppe 1...	61.614,184	239.791,538	4.084,352	305.490,074	309.049,110	372.504,174
20	Äußeres	934,000	3.155,914	85,086	4.175,000	4.206,000	4.098,210
30	Justiz	6.115,300	4.827,530	177,170	11.120,000	10.925,900	10.920,535
40	Militärische Angelegenheiten	11.079,000	11.838,665	82,335	23.000,000	22.480,000	22.055,540
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	24.326,844	7.295,403	109,335	31.731,582	46.466,819	46.147,877
51	Kassenverwaltung	2.200,000	16.542,146	5.003,164	23.745,310	6.907,488	12.126,963
52	Öffentliche Abgaben	.....	123,000	.....	123,000	130,000	139,564
53	Finanzausgleich	.....	49.488,531	.....	49.488,531	45.112,176	43.921,848
54	Bundesvermögen	.....	5.824,173	10.492,585	16.316,758	13.936,254	10.671,995
55	Pensionen	34.717,000	46.415,000	1,000	81.133,000	78.360,000	75.809,139
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	4.174,727	3.491,208
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	119.529,735	.....	119.529,735	117.689,525	110.448,447
	Gruppe 5...	61.243,844	245.217,988	15.606,084	322.067,916	312.776,989	302.757,040
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.958,621	23.755,941	120,196	25.834,758	23.474,636	24.068,758
61	Umwelt neu	.....	6.085,500	16,500	6.102,000	4.686,496	.....
63	Wirtschaft und Arbeit	1.580,000	61.919,593	135,407	63.635,000	51.012,206	3.869,915
64	Bauten und Technik	1.233,000	2.993,445	2.946,555	7.173,000	8.664,207	16.986,088
65	Verkehr, Innovation und Technologie	759,776	38.437,985	2.504,239	41.702,000	31.266,918	26.215,479
	Gruppe 6...	5.531,397	133.192,464	5.722,897	144.446,758	119.104,463	71.140,240
70	Öffentliche Leistung und Sport	139,948	951,422	18,287	1.109,657	783,430	.....
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	2.143,812
	Summe Allgemeiner Haushalt...	147.361,055	640.280,278	25.810,754	813.452,087	781.457,971	787.764,242
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung	.....	.....	320.000,002	320.000,002	280.000,001	152.432,088
54	Bundesvermögen	.....	0,014	.....	0,014	0,008	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	8.251,789	65.185,763
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	186.567,936	186.567,936	207.758,495	204.202,012
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,014	506.567,938	506.567,952	496.010,293	421.819,863
	Gesamtausgaben...	147.361,055	640.280,292	532.378,692	1,320.020,039	1,277.468,264	1,209.584,106

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	EINNAHMEN Bezeichnung	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
	Allgemeiner Haushalt					
0	Oberste Organe					
01	Präsidentschaftskanzlei	1,095	0,148	1,243	1,243	1,203
02	Bundesgesetzgebung	29,335	0,912	30,247	34,052	30,269
03	Verfassungsgerichtshof	0,797	0,203	1,000	1,000	0,794
04	Verwaltungsgerichtshof	4,392	0,159	4,551	4,971	4,393
05	Volksanwaltschaft	1,030	0,170	1,200	1,600	1,775
06	Rechnungshof	1,144	0,716	1,860	2,000	1,731
	Gruppe 0...	37,793	2,308	40,101	44,866	40,164
1	Innenverwaltung					
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	298,594	3,490	302,084	321,231	714,850
11	Inneres	1.237,381	53,903	1.291,284	1.400,000	1.344,230
12	Bildung und Kultur	1.342,274	40,956	1.383,230	890,000	873,388
13	Kunst	38,716	0,284	39,000	34,000	13,250
14	Wissenschaft	1.509,526	28,474	1.538,000	525,000	798,787
15	Soziale Sicherheit und Generationen	107,628	5,300	112,928	11.318,670	58.420,503
16	Sozialversicherung	145,056	.....	145,056	3.453,003	5.227,096
17	Gesundheit	928,171	0,854	929,025	890,670	752,983
18	Umwelt	.....	.....	.....	115,522	2.359,921
19	Jugend und Familie	60.337,599	475,800	60.813,399	58.595,426	60.174,201
	Gruppe 1...	65.944,945	609,061	66.554,006	77.543,522	130.679,210
20	Äußeres	67,635	32,365	100,000	99,293	143,877
30	Justiz	8.741,309	12,691	8.754,000	8.118,000	7.486,778
40	Militärische Angelegenheiten	555,646	45,212	600,858	597,000	559,768
5	Finanzen					
50	Finanzverwaltung	19.802,844	116,208	19.919,052	19.941,965	19.262,738
51	Kassenverwaltung	19.453,397	3.822,056	23.275,453	24.025,106	31.964,231
52	Öffentliche Abgaben	504.368,376	.....	504.368,376	458.252,794	449.662,585
53	Finanzausgleich	7.640,554	.....	7.640,554	5.415,051	4.830,333
54	Bundesvermögen	17.986,875	22.974,496	40.961,371	28.760,394	23.904,167
55	Pensionen	20.480,300	0,700	20.481,000	19.181,000	18.824,473
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	4.174,719	3.491,253
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	16.758,731	.....	16.758,731	19.041,912	19.001,425
	Gruppe 5...	606.491,077	26.913,460	633.404,537	578.792,941	570.941,204
6	Wirtschaft					
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.898,231	7,700	2.905,931	2.750,295	2.615,057
61	Umwelt neu	3.471,944	0,056	3.472,000	2.865,022	.....
63	Wirtschaft und Arbeit	58.984,515	58,485	59.043,000	48.089,365	925,009
64	Bauten und Technik	780,147	5,853	786,000	848,207	2.352,737
65	Verkehr, Innovation und Technologie	4.843,873	122,044	4.965,917	7.045,070	3.336,681
	Gruppe 6...	70.978,710	194,138	71.172,848	61.597,959	9.229,484
70	Öffentliche Leistung und Sport	58,288	0,687	58,975	16,265	.....
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	489,323
	Summe Allgemeiner Haushalt...	752.875,403	27.809,922	780.685,325	726.809,846	719.569,808
	Ausgleichshaushalt					
51	Kassenverwaltung	.....	320.000,002	320.000,002	280.000,001	152.592,752
54	Bundesvermögen	.....	.....	.....	.....	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	8.251,785	65.185,763
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	219.334,712	219.334,712	262.406,632	272.235,783
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	539.334,714	539.334,714	550.658,418	490.014,298
	Gesamteinnahmen...	752.875,403	567.144,636	1,320.020,039	1,277.468,264	1,209.584,106

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	AUSGABEN Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben pers.	Erfolgsw. Ausgaben sachl.	Bestands-wirksame Ausgaben	Bundesvor-anschlag 2001	Bundesvor-anschlag 2000	Erfolg 1999
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	2,812	1,649	0,149	4,611	4,611	5,194
02	Bundesgesetzgebung	15,589	83,309	1,318	100,215	107,185	108,778
03	Verfassungsgerichtshof	2,574	2,503	0,120	5,196	5,232	5,344
04	Verwaltungsgerichtshof	10,075	1,088	0,340	11,502	11,194	10,793
05	Volksanwaltschaft	2,281	1,684	0,065	4,031	3,830	3,723
06	Rechnungshof	17,786	4,587	0,519	22,892	22,892	22,028
	Gruppe 0...	51,117	94,820	2,510	148,447	154,944	155,861
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	44,421	239,297	2,824	286,543	269,295	430,315
11	Inneres	1.195,685	407,186	48,853	1.651,724	1.688,038	1.717,472
12	Bildung und Kultur	2.111,027	3.467,572	47,676	5.626,275	5.531,531	5.409,190
13	Kunst	3,661	213,991	0,731	218,382	216,928	140,060
14	Wissenschaft	1.034,280	1.156,161	105,004	2.295,444	2.153,469	2.093,100
15	Soziale Sicherheit und Generationen	60,278	1.790,542	5,143	1.855,963	2.831,898	6.444,103
16	Sozialversicherung	.....	5.311,875	.....	5.311,875	4.823,587	5.478,862
17	Gesundheit	28,326	493,611	2,902	524,839	640,943	855,826
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	34,968	291,513
19	Jugend und Familie	.....	4.346,095	83,690	4.429,785	4.268,819	4.210,493
	Gruppe 1...	4.477,677	17.426,331	296,821	22.200,829	22.459,475	27.070,934
20	Äußeres	67,876	229,349	6,183	303,409	305,662	297,829
30	Justiz	444,416	350,830	12,875	808,122	794,016	793,626
40	Militärische Angelegenheiten	805,142	860,349	5,984	1.671,475	1.633,685	1.602,839
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	1.767,901	530,178	7,946	2.306,024	3.376,875	3.353,697
51	Kassenverwaltung	159,880	1.202,165	363,594	1.725,639	501,987	881,301
52	Öffentliche Abgaben	.....	8,939	.....	8,939	9,447	10,142
53	Finanzausgleich	.....	3.596,472	.....	3.596,472	3.278,430	3.191,925
54	Bundesvermögen	.....	423,259	762,526	1.185,785	1.012,787	775,564
55	Pensionen	2.522,983	3.373,110	0,073	5.896,165	5.694,643	5.509,265
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	303,389	253,716
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	8.686,565	.....	8.686,565	8.552,831	8.026,602
	Gruppe 5...	4.450,764	17.820,686	1.134,138	23.405,588	22.730,390	22.002,212
6	Wirtschaft						
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	142,339	1.726,412	8,735	1.877,485	1.705,968	1.749,145
61	Umwelt neu	.....	442,251	1,199	443,450	340,581	.....
63	Wirtschaft und Arbeit	114,823	4.499,872	9,840	4.624,536	3.707,202	281,238
64	Bauten und Technik	89,606	217,542	214,135	521,282	629,652	1.234,427
65	Verkehr, Innovation und Technologie	55,215	2.793,397	181,990	3.030,603	2.272,256	1.905,153
	Gruppe 6...	401,982	9.679,474	415,899	10.497,355	8.655,659	5.169,963
70	Öffentliche Leistung und Sport	10,170	69,143	1,329	80,642	56,934	.....
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	155,797
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10.709,146	46.530,982	1.875,741	59.115,869	56.790,766	57.249,060
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung	.....	.....	23.255,307	23.255,307	20.348,394	11.077,672
54	Bundesvermögen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	.....	599,681	4.737,234
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	13.558,421	13.558,421	15.098,399	14.839,939
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,001	36.813,728	36.813,729	36.046,474	30.654,845
	Gesamtausgaben...	10.709,146	46.530,983	38.689,468	95.929,597	92.837,239	87.903,905

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	EINNAHMEN Bezeichnung	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 2001	Bundesvoranschlag 2000	Erfolg 1999
	Allgemeiner Haushalt					
0	Oberste Organe					
01	Präsidentschaftskanzlei	0,080	0,011	0,090	0,090	0,087
02	Bundesgesetzgebung	2,132	0,066	2,198	2,475	2,200
03	Verfassungsgerichtshof	0,058	0,015	0,073	0,073	0,058
04	Verwaltungsgerichtshof	0,319	0,012	0,331	0,361	0,319
05	Volksanwaltschaft	0,075	0,012	0,087	0,116	0,129
06	Rechnungshof	0,083	0,052	0,135	0,145	0,126
	Gruppe 0...	2,747	0,168	2,914	3,261	2,919
1	Innenverwaltung					
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	21,700	0,254	21,953	23,345	51,950
11	Inneres	89,924	3,917	93,841	101,742	97,689
12	Bildung und Kultur	97,547	2,976	100,523	64,679	63,472
13	Kunst	2,814	0,021	2,834	2,471	0,963
14	Wissenschaft	109,702	2,069	111,771	38,153	58,050
15	Soziale Sicherheit und Generationen	7,822	0,385	8,207	822,560	4.245,584
16	Sozialversicherung	10,542	.....	10,542	250,940	379,868
17	Gesundheit	67,453	0,062	67,515	64,728	54,721
18	Umwelt	.....	.....	.....	8,395	171,502
19	Jugend und Familie	4.384,904	34,578	4.419,482	4.258,296	4.373,030
	Gruppe 1...	4.792,406	44,262	4.836,668	5.635,308	9.496,829
20	Äußeres	4,915	2,352	7,267	7,216	10,456
30	Justiz	635,256	0,922	636,178	589,958	544,085
40	Militärische Angelegenheiten	40,380	3,286	43,666	43,386	40,680
5	Finanzen					
50	Finanzverwaltung	1.439,129	8,445	1.447,574	1.449,239	1.399,878
51	Kassenverwaltung	1.413,733	277,760	1.691,493	1.745,973	2.322,931
52	Öffentliche Abgaben	36.653,879	.....	36.653,879	33.302,529	32.678,254
53	Finanzausgleich	555,261	.....	555,261	393,527	351,034
54	Bundesvermögen	1.307,157	1.669,622	2.976,779	2.090,099	1.737,184
55	Pensionen	1.488,361	0,051	1.488,412	1.393,938	1.368,028
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	303,389	253,719
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	1.217,904	.....	1.217,904	1.383,830	1.380,887
	Gruppe 5...	44.075,425	1.955,877	46.031,303	42.062,523	41.491,915
6	Wirtschaft					
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	210,623	0,560	211,182	199,872	190,044
61	Umwelt neu	252,316	0,004	252,320	208,209	.....
63	Wirtschaft und Arbeit	4.286,572	4,250	4.290,822	3.494,790	67,223
64	Bauten und Technik	56,695	0,425	57,121	61,642	170,980
65	Verkehr, Innovation und Technologie	352,018	8,869	360,887	511,985	242,486
	Gruppe 6...	5.158,224	14,109	5.172,333	4.476,498	670,733
70	Öffentliche Leistung und Sport	4,236	0,050	4,286	1,182	.....
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	35,560
	Summe Allgemeiner Haushalt...	54.713,589	2.021,026	56.734,615	52.819,331	52.293,177
	Ausgleichshaushalt					
51	Kassenverwaltung	.....	23.255,307	23.255,307	20.348,394	11.089,348
54	Bundesvermögen	.....	.....	.....	.....	.....
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	.....	.....	.....	599,681	4.737,234
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	15.939,675	15.939,675	19.069,834	19.784,146
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	39.194,982	39.194,982	40.017,908	35.610,728
	Gesamteinnahmen...	54.713,589	41.216,008	95.929,597	92.837,239	87.903,905

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	38,698	22,696	2,050	24,746	63,444	1,095	0,148	1,243	- 62,201
02	Bundesgesetzgebung	214,506	1.146,359	18,130	1.164,489	1.378,995	29,335	0,912	30,247	- 1.348,748
03	Verfassungsgerichtshof	35,416	34,439	1,645	36,084	71,500	0,797	0,203	1,000	- 70,500
04	Verwaltungsgerichtshof	138,633	14,966	4,674	19,640	158,273	4,392	0,159	4,551	- 153,722
05	Volksanwaltschaft	31,394	23,176	0,900	24,076	55,470	1,030	0,170	1,200	- 54,270
06	Rechnungshof	244,735	63,121	7,144	70,265	315,000	1,144	0,716	1,860	- 313,140
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	611,252	3.292,805	38,854	3.331,659	3.942,911	298,594	3,490	302,084	- 3.640,827
11	Inneres	16.452,984	5.603,004	672,232	6.275,236	22.728,220	1.237,381	53,903	1.291,284	-21.436,936
12	Bildung und Kultur	29.048,362	47.714,834	656,034	48.370,868	77.419,230	1.342,274	40,956	1.383,230	-76.036,000
13	Kunst	50,370	2.944,577	10,053	2.954,630	3.005,000	38,716	0,284	39,000	- 2.966,000
14	Wissenschaft	14.232,000	15.909,120	1.444,880	17.354,000	31.586,000	1.509,526	28,474	1.538,000	-30.048,000
15	Soziale Sicherheit und Generationen	829,441	24.638,391	70,769	24.709,160	25.538,601	107,628	5,300	112,928	-25.425,673
16	Sozialversicherung	.....	73.093,000	.....	73.093,000	73.093,000	145,056	.....	145,056	-72.947,944
17	Gesundheit	389,775	6.792,242	39,930	6.832,172	7.221,947	928,171	0,854	929,025	- 6.292,922
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
19	Jugend und Familie	.....	59.803,565	1.151,600	60.955,165	60.955,165	60.337,599	475,800	60.813,399	- 141,766
20	Äußeres	934,000	3.155,914	85,086	3.241,000	4.175,000	67,635	32,365	100,000	- 4.075,000
30	Justiz	6.115,300	4.827,530	177,170	5.004,700	11.120,000	8.741,309	12,691	8.754,000	- 2.366,000
40	Militärische Angelegenheiten	11.079,000	11.838,665	82,335	11.921,000	23.000,000	555,646	45,212	600,858	-22.399,142
50	Finanzverwaltung	24.326,844	7.295,403	109,335	7.404,738	31.731,582	19.802,844	116,208	19.919,052	-11.812,530
51	Kassenverwaltung	2.200,000	16.542,146	5.003,164	21.545,310	23.745,310	19.453,397	3.822,056	23.275,453	- 469,857
52	Öffentliche Abgaben	.....	123,000	.....	123,000	123,000	504.368,376	.....	504.368,376	+504245,376
53	Finanzausgleich	.....	49.488,531	.....	49.488,531	49.488,531	7.640,554	.....	7.640,554	-41.847,977
54	Bundesvermögen	.....	5.824,173	10.492,585	16.316,758	16.316,758	17.986,875	22.974,496	40.961,371	+24.644,613
55	Pensionen	34.717,000	46.415,000	1,000	46.416,000	81.133,000	20.480,300	0,700	20.481,000	-60.652,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	119.529,735	.....	119.529,735	119.529,735	16.758,731	.....	16.758,731	-102771,004
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.958,621	23.755,941	120,196	23.876,137	25.834,758	2.898,231	7,700	2.905,931	-22.928,827
61	Umwelt neu	.....	6.085,500	16,500	6.102,000	6.102,000	3.471,944	0,056	3.472,000	- 2.630,000
63	Wirtschaft und Arbeit	1.580,000	61.919,593	135,407	62.055,000	63.635,000	58.984,515	58,485	59.043,000	- 4.592,000
64	Bauten und Technik	1.233,000	2.993,445	2.946,555	5.940,000	7.173,000	780,147	5,853	786,000	- 6.387,000
65	Verkehr, Innovation und Technologie	759,776	38.437,985	2.504,239	40.942,224	41.702,000	4.843,873	122,044	4.965,917	-36.736,083
70	Öffentliche Leistung und Sport	139,948	951,422	18,287	969,709	1.109,657	58,288	0,687	58,975	- 1.050,682
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Allgemeiner Haushalt...	147.361,055	640.280,278	25.810,754	666.091,032	813.452,087	752.875,403	27.809,922	780.685,325	-32.766,762
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	320.000,002	320.000,002	320.000,002	.....	320.000,002	320.000,002	.....
54	Bundesvermögen	.....	0,014	.....	0,014	0,014	.....	.....	.....	- 0,014
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	.....	186.567,936	186.567,936	186.567,936	.....	219.334,712	219.334,712	+32.766,776
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,014	506.567,938	506.567,952	506.567,952	.....	539.334,714	539.334,714	+32.766,762
	Summe Gesamthaushalt...	147.361,055	640.280,292	532.378,692	1172658,984	1320020,039	752.875,403	567.144,636	1320020,039	.....
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	112.644,055								
	Pensionsaufwand	34.717,000								

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 2000
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
02	Bundesgesetzgebung	- 4,382	- 83,270	- 8,255	- 91,525	- 95,907	- 3,959	+ 0,154	- 3,805	+ 92,102
03	Verfassungsgerichtshof	- 0,404	- 0,498	+ 0,402	- 0,096	- 0,500	- 0,052	+ 0,052	.....	+ 0,500
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 1,527	+ 0,399	+ 2,314	+ 2,713	+ 4,240	- 0,306	- 0,114	- 0,420	- 4,660
05	Volksanwaltschaft	+ 0,444	+ 2,396	- 0,070	+ 2,326	+ 2,770	- 0,442	+ 0,042	- 0,400	- 3,170
06	Rechnungshof	+ 1,128	- 0,982	- 0,146	- 1,128	.....	- 0,095	- 0,045	- 0,140	- 0,140
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 119,519	+ 369,253	- 12,405	+ 356,848	+ 237,329	- 17,561	- 1,586	- 19,147	- 256,476
11	Inneres	- 264,347	- 302,036	+ 66,699	- 235,337	- 499,684	- 123,844	+ 15,128	- 108,716	+ 390,968
12	Bildung und Kultur	- 31,638	+ 1.244,186	+ 91,154	+ 1.335,340	+ 1.303,702	+ 498,744	- 5,514	+ 493,230	- 810,472
13	Kunst	+ 5,000	+ 14,983	+ 0,017	+ 15,000	+ 20,000	+ 4,993	+ 0,007	+ 5,000	- 15,000
14	Wissenschaft	+ 171,430	+ 918,119	+ 864,076	+ 1.782,195	+ 1.953,625	+ 1.012,961	+ 0,039	+ 1.013,000	- 940,625
15	Soziale Sicherheit und Generationen	- 293,698	-13.142,408	+ 6,945	-13.135,463	-13.429,161	-11.199,693	- 6,049	-11.205,742	+ 2.223,419
16	Sozialversicherung	.....	+ 6.719,000	.....	+ 6.719,000	+ 6.719,000	- 3.307,947	.....	- 3.307,947	-10.026,947
17	Gesundheit	+ 64,684	- 1.664,474	+ 2,175	- 1.662,299	- 1.597,615	+ 37,637	+ 0,718	+ 38,355	+ 1.635,970
18	Umwelt	- 73,055	- 407,009	- 1,105	- 408,114	- 481,169	- 115,209	- 0,313	- 115,522	+ 365,647
19	Jugend und Familie	.....	+ 2.165,062	+ 49,875	+ 2.214,937	+ 2.214,937	+ 2.208,001	+ 9,972	+ 2.217,973	+ 3,036
20	Äußeres	+ 1,466	- 47,816	+ 15,350	- 32,466	- 31,000	+ 0,609	+ 0,098	+ 0,707	+ 31,707
30	Justiz	+ 10,000	+ 165,830	+ 18,270	+ 184,100	+ 194,100	+ 636,879	- 0,879	+ 636,000	+ 441,900
40	Militärische Angelegenheiten	+ 153,000	+ 395,040	- 28,040	+ 367,000	+ 520,000	- 1,142	+ 5,000	+ 3,858	- 516,142
50	Finanzverwaltung	- 164,455	-14.573,129	+ 2,347	-14.570,782	-14.735,237	+ 28,364	- 51,277	- 22,913	+14.712,324
51	Kassenverwaltung	+ 2.199,998	+ 9.635,815	+ 5.002,009	+14.637,824	+16.837,822	+ 2.966,177	- 3.715,830	- 749,653	-17.587,475
52	Öffentliche Abgaben	.....	- 7,000	.....	- 7,000	- 7,000	+46.115,582	.....	+46.115,582	+46.122,582
53	Finanzausgleich	.....	+ 4.376,355	.....	+ 4.376,355	+ 4.376,355	+ 2.225,503	.....	+ 2.225,503	- 2.150,852
54	Bundesvermögen	.....	+ 4.332,458	- 1.951,954	+ 2.380,504	+ 2.380,504	+ 1.425,274	+10.775,703	+12.200,977	+ 9.820,473
55	Pensionen	+ 1.890,000	+ 883,000	.....	+ 883,000	+ 2.773,000	+ 1.300,000	.....	+ 1.300,000	- 1.473,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	- 4.174,727	.....	- 4.174,727	- 4.174,727	- 4.174,719	.....	- 4.174,719	+ 0,008
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	+ 1.840,210	.....	+ 1.840,210	+ 1.840,210	- 2.283,181	.....	- 2.283,181	- 4.123,391
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	+ 36,281	+ 2.325,710	- 1,869	+ 2.323,841	+ 2.360,122	+ 157,550	- 1,914	+ 155,636	- 2.204,486
61	Umwelt neu	.....	+ 1.414,154	+ 1,350	+ 1.415,504	+ 1.415,504	+ 606,930	+ 0,048	+ 606,978	- 808,526
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 276,315	+12.494,441	- 147,962	+12.346,479	+12.622,794	+10.954,329	- 0,694	+10.953,635	- 1.669,159
64	Bauten und Technik	- 175,994	- 893,471	- 421,742	- 1.315,213	- 1.491,207	- 62,288	+ 0,081	- 62,207	+ 1.429,000
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 120,815	+10.237,838	+ 76,429	+10.314,267	+10.435,082	- 2.079,984	+ 0,831	- 2.079,153	-12.514,235
70	Öffentliche Leistung und Sport	+ 50,051	+ 263,134	+ 13,042	+ 276,176	+ 326,227	+ 42,670	+ 0,040	+ 42,710	- 283,517
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 3.854,647	+24.500,563	+ 3.638,906	+28.139,469	+31.994,116	+46.851,781	+ 7.023,698	+53.875,479	+21.881,363
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	+40.000,001	+40.000,001	+40.000,001	.....	+40.000,001	+40.000,001	.....
54	Bundesvermögen	.....	+ 0,006	.....	+ 0,006	+ 0,006	.....	.....	.....	- 0,006
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	- 8.251,789	- 8.251,789	- 8.251,789	.....	- 8.251,785	- 8.251,785	+ 0,004
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	.....	-21.190,559	-21.190,559	-21.190,559	.....	-43.071,920	-43.071,920	-21.881,361
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	+ 0,006	+10.557,653	+10.557,659	+10.557,659	.....	-11.323,704	-11.323,704	-21.881,363
	Summe Gesamthaushalt...	+ 3.854,647	+24.500,569	+14.196,559	+38.697,128	+42.551,775	+46.851,781	- 4.300,006	+42.551,775	.....
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	+ 1.964,648								
	Pensionsaufwand	+ 1.889,999								

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	2,812	1,649	0,149	1,798	4,611	0,080	0,011	0,090	- 4,520
02	Bundesgesetzgebung	15,589	83,309	1,318	84,627	100,215	2,132	0,066	2,198	- 98,017
03	Verfassungsgerichtshof	2,574	2,503	0,120	2,622	5,196	0,058	0,015	0,073	- 5,123
04	Verwaltungsgerichtshof	10,075	1,088	0,340	1,427	11,502	0,319	0,012	0,331	- 11,171
05	Volksanwaltschaft	2,281	1,684	0,065	1,750	4,031	0,075	0,012	0,087	- 3,944
06	Rechnungshof	17,786	4,587	0,519	5,106	22,892	0,083	0,052	0,135	- 22,757
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	44,421	239,297	2,824	242,121	286,543	21,700	0,254	21,953	- 264,589
11	Inneres	1.195,685	407,186	48,853	456,039	1.651,724	89,924	3,917	93,841	- 1.557,883
12	Bildung und Kultur	2.111,027	3.467,572	47,676	3.515,248	5.626,275	97,547	2,976	100,523	- 5.525,752
13	Kunst	3,661	213,991	0,731	214,721	218,382	2,814	0,021	2,834	- 215,548
14	Wissenschaft	1.034,280	1.156,161	105,004	1.261,164	2.295,444	109,702	2,069	111,771	- 2.183,673
15	Soziale Sicherheit und Generationen	60,278	1.790,542	5,143	1.795,685	1.855,963	7,822	0,385	8,207	- 1.847,756
16	Sozialversicherung	.....	5.311,875	.....	5.311,875	5.311,875	10,542	.....	10,542	- 5.301,334
17	Gesundheit	28,326	493,611	2,902	496,513	524,839	67,453	0,062	67,515	- 457,324
18	Umwelt	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
19	Jugend und Familie	.....	4.346,095	83,690	4.429,785	4.429,785	4.384,904	34,578	4.419,482	- 10,303
20	Äußeres	67,876	229,349	6,183	235,533	303,409	4,915	2,352	7,267	- 296,142
30	Justiz	444,416	350,830	12,875	363,706	808,122	635,256	0,922	636,178	- 171,944
40	Militärische Angelegenheiten	805,142	860,349	5,984	866,333	1.671,475	40,380	3,286	43,666	- 1.627,809
50	Finanzverwaltung	1.767,901	530,178	7,946	538,123	2.306,024	1.439,129	8,445	1.447,574	- 858,450
51	Kassenverwaltung	159,880	1.202,165	363,594	1.565,759	1.725,639	1.413,733	277,760	1.691,493	- 34,146
52	Öffentliche Abgaben	.....	8,939	.....	8,939	8,939	36.653,879	.....	36.653,879	+36.644,941
53	Finanzausgleich	.....	3.596,472	.....	3.596,472	3.596,472	555,261	.....	555,261	- 3.041,211
54	Bundesvermögen	.....	423,259	762,526	1.185,785	1.185,785	1.307,157	1.669,622	2.976,779	+ 1.790,994
55	Pensionen	2.522,983	3.373,110	0,073	3.373,182	5.896,165	1.488,361	0,051	1.488,412	- 4.407,753
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	8.686,565	.....	8.686,565	8.686,565	1.217,904	.....	1.217,904	- 7.468,660
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	142,339	1.726,412	8,735	1.735,147	1.877,485	210,623	0,560	211,182	- 1.666,303
61	Umwelt neu	.....	442,251	1,199	443,450	443,450	252,316	0,004	252,320	- 191,130
63	Wirtschaft und Arbeit	114,823	4.499,872	9,840	4.509,713	4.624,536	4.286,572	4,250	4.290,822	- 333,714
64	Bauten und Technik	89,606	217,542	214,135	431,677	521,282	56,695	0,425	57,121	- 464,161
65	Verkehr, Innovation und Technologie	55,215	2.793,397	181,990	2.975,387	3.030,603	352,018	8,869	360,887	- 2.669,715
70	Öffentliche Leistung und Sport	10,170	69,143	1,329	70,472	80,642	4,236	0,050	4,286	- 76,356
71	Bundestheater	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Allgemeiner Haushalt...	10.709,146	46.530,982	1.875,741	48.406,723	59.115,869	54.713,589	2.021,026	56.734,615	- 2.381,253
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	.....	.....	23.255,307	23.255,307	23.255,307	.....	23.255,307	23.255,307	.....
54	Bundesvermögen	.....	0,001	.....	0,001	0,001	.....	.....	.....	- 0,001
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	.....	.....	13.558,421	13.558,421	13.558,421	.....	15.939,675	15.939,675	+ 2.381,254
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	0,001	36.813,728	36.813,729	36.813,729	.....	39.194,982	39.194,982	+ 2.381,253
	Summe Gesamthaushalt...	10.709,146	46.530,983	38.689,468	85.220,452	95.929,597	54.713,589	41.216,008	95.929,597	- 0,000
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	8.186,163								
	Pensionsaufwand	2.522,983								

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 2000
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers. Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Erfolgswirksame Ausgaben	sachliche Ausgaben Bestandsw. Ausgaben	sachliche Ausgaben Summe	Ausgaben-Summe	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		+ 0,000		+ 0,000	+ 0,000				+ 0,000
02	Bundesgesetzgebung	- 0,318	- 6,051	- 0,600	- 6,651	- 6,970	- 0,288	+ 0,011	- 0,277	+ 6,693
03	Verfassungsgerichtshof	- 0,029	- 0,036	+ 0,029	- 0,007	- 0,036	- 0,004	+ 0,004	+ 0,000	+ 0,036
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 0,111	+ 0,029	+ 0,168	+ 0,197	+ 0,308	- 0,022	- 0,008	- 0,031	- 0,339
05	Volksanwaltschaft	+ 0,032	+ 0,174	- 0,005	+ 0,169	+ 0,201	- 0,032	+ 0,003	- 0,029	- 0,230
06	Rechnungshof	+ 0,082	- 0,071	- 0,011	- 0,082	+ 0,000	- 0,007	- 0,003	- 0,010	- 0,010
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	- 8,686	+ 26,835	- 0,902	+ 25,933	+ 17,247	- 1,276	- 0,115	- 1,391	- 18,639
11	Inneres	- 19,211	- 21,950	+ 4,847	- 17,103	- 36,313	- 9,000	+ 1,099	- 7,901	+ 28,413
12	Bildung und Kultur	- 2,299	+ 90,419	+ 6,624	+ 97,043	+ 94,744	+ 36,245	- 0,401	+ 35,844	- 58,899
13	Kunst	+ 0,363	+ 1,089	+ 0,001	+ 1,090	+ 1,453	+ 0,363	+ 0,001	+ 0,363	- 1,090
14	Wissenschaft	+ 12,458	+ 66,722	+ 62,795	+ 129,517	+ 141,975	+ 73,615	+ 0,003	+ 73,618	- 68,358
15	Soziale Sicherheit und Generationen	- 21,344	- 955,096	+ 0,505	- 954,591	- 975,935	- 813,913	- 0,440	- 814,353	+ 161,582
16	Sozialversicherung		+ 488,289		+ 488,289	+ 488,289	- 240,398		- 240,398	- 728,687
17	Gesundheit	+ 4,701	- 120,962	+ 0,158	- 120,804	- 116,103	+ 2,735	+ 0,052	+ 2,787	+ 118,891
18	Umwelt	- 5,309	- 29,578	- 0,080	- 29,659	- 34,968	- 8,373	- 0,023	- 8,395	+ 26,573
19	Jugend und Familie		+ 157,341	+ 3,625	+ 160,966	+ 160,966	+ 160,462	+ 0,725	+ 161,186	+ 0,221
20	Äußeres	+ 0,107	- 3,475	+ 1,116	- 2,359	- 2,253	+ 0,044	+ 0,007	+ 0,051	+ 2,304
30	Justiz	+ 0,727	+ 12,051	+ 1,328	+ 13,379	+ 14,106	+ 46,284	- 0,064	+ 46,220	+ 32,114
40	Militärische Angelegenheiten	+ 11,119	+ 28,709	- 2,038	+ 26,671	+ 37,790	- 0,083	+ 0,363	+ 0,280	- 37,510
50	Finanzverwaltung	- 11,951	- 1.059,071	+ 0,171	- 1.058,900	- 1.070,851	+ 2,061	- 3,726	- 1,665	+ 1.069,186
51	Kassenverwaltung	+ 159,880	+ 700,262	+ 363,510	+ 1.063,772	+ 1.223,652	+ 215,560	- 270,040	- 54,479	- 1.278,132
52	Öffentliche Abgaben		- 0,509		- 0,509	- 0,509	+ 3.351,350		+ 3.351,350	+ 3.351,859
53	Finanzausgleich		+ 318,042		+ 318,042	+ 318,042	+ 161,734		+ 161,734	- 156,309
54	Bundesvermögen		+ 314,852	- 141,854	+ 172,998	+ 172,998	+ 103,579	+ 783,101	+ 886,680	+ 713,682
55	Pensionen	+ 137,352	+ 64,170	+ 0,000	+ 64,170	+ 201,522	+ 94,475	+ 0,000	+ 94,475	- 107,047
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla		- 303,389		- 303,389	- 303,389	- 303,389		- 303,389	+ 0,001
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg		+ 133,733		+ 133,733	+ 133,733	- 165,925		- 165,925	- 299,659
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	+ 2,637	+ 169,016	- 0,136	+ 168,880	+ 171,517	+ 11,450	- 0,139	+ 11,311	- 160,206
61	Umwelt neu		+ 102,771	+ 0,098	+ 102,869	+ 102,869	+ 44,107	+ 0,003	+ 44,111	- 58,758
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 20,081	+ 908,006	- 10,753	+ 897,254	+ 917,334	+ 796,082	- 0,050	+ 796,032	- 121,303
64	Bauten und Technik	- 12,790	- 64,931	- 30,649	- 95,580	- 108,370	- 4,527	+ 0,006	- 4,521	+ 103,849
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 8,780	+ 744,013	+ 5,554	+ 749,567	+ 758,347	- 151,158	+ 0,060	- 151,098	- 909,445
70	Öffentliche Leistung und Sport	+ 3,637	+ 19,123	+ 0,948	+ 20,070	+ 23,708	+ 3,101	+ 0,003	+ 3,104	- 20,604
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 280,128	+ 1.780,525	+ 264,450	+ 2.044,975	+ 2.325,103	+ 3.404,852	+ 510,432	+ 3.915,284	+ 1.590,181
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			+ 2.906,913	+ 2.906,913	+ 2.906,913		+ 2.906,913	+ 2.906,913	
54	Bundesvermögen		+ 0,000		+ 0,000	+ 0,000				+ 0,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla			- 599,681	- 599,681	- 599,681		- 599,681	- 599,681	+ 0,000
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg			- 1.539,978	- 1.539,978	- 1.539,978		- 3.130,158	- 3.130,158	- 1.590,181
	Summe Ausgleichshaushalt...		+ 0,000	+ 767,255	+ 767,255	+ 767,255		- 822,926	- 822,926	- 1.590,181
	Summe Gesamthaushalt...	+ 280,128	+ 1.780,526	+ 1.031,704	+ 2.812,230	+ 3.092,358	+ 3.404,852	- 312,494	+ 3.092,358	+ 0,000

	davon:	
	Aktivitätsaufwand	+ 142,777
	Pensionsaufwand	+ 137,352

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben / Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	...	1,850	...	0,200	...	4,779	17,917	...	24,746
02	Bundesgesetzgebung	...	17,168	166,120	0,962	13,390	684,323	282,526	...	1.164,489
03	Verfassungsgerichtshof	...	1,445	...	0,200	...	26,196	8,243	...	36,084
04	Verwaltungsgerichtshof	...	4,404	...	0,270	...	1,534	13,432	...	19,640
05	Volksanwaltschaft	...	0,700	...	0,200	...	16,595	6,581	...	24,076
06	Rechnungshof	...	6,311	...	0,833	...	8,482	54,639	...	70,265
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	...	36,010	311,925	2,844	316,119	321,166	2.343,595	...	3.331,659
11	Inneres	...	649,221	...	22,983	88,160	1.120,334	4.394,510	0,028	6.275,236
12	Bildung und Kultur	...	611,034	...	45,000	730,255	41.303,440	5.681,139	...	48.370,868
13	Kunst	...	9,689	...	0,364	984,880	1.840,250	119,447	...	2.954,630
14	Wissenschaft	...	1.425,880	...	19,000	2.183,347	2.617,551	11.108,222	...	17.354,000
15	Soziale Sicherheit und Generationen	...	56,752	20,681	2,717	1.202,646	22.872,109	542,955	11,300	24.709,160
16	Sozialversicherung	...	...	...	...	...	73.093,000	...	...	73.093,000
17	Gesundheit	...	39,930	...	...	207,353	6.002,771	582,118	...	6.832,172
18	Umwelt	...	...	...	...	...	...	...	...	...
19	Jugend und Familie	...	...	...	1,000	274,268	59.449,654	79,643	1.150,600	60.955,165
20	Äußeres	...	83,086	...	2,000	1.096,192	592,210	1.467,512	...	3.241,000
30	Justiz	...	165,370	...	11,700	247,270	1.166,390	3.413,870	0,100	5.004,700
40	Militärische Angelegenheiten	...	31,320	...	51,015	3,650	2.198,761	9.636,254	...	11.921,000
50	Finanzverwaltung	...	60,147	10,001	49,188	558,754	805,404	5.921,244	...	7.404,738
51	Kassenverwaltung	...	5.000,000	...	...	4.014,000	2.600,028	9.928,118	3,164	21.545,310
52	Öffentliche Abgaben	...	...	...	...	...	...	123,000	...	123,000
53	Finanzausgleich	...	...	...	...	...	45.255,019	4.233,512	...	49.488,531
54	Bundesvermögen	1.813,196	0,182	...	9,028	255,000	137,580	5.431,593	8.670,179	16.316,758
55	Pensionen	...	...	...	1,000	...	46.415,000	...	...	46.416,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	...	...	...	...	...	...	...	...	...
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	...	...	...	...	...	...	119.529,735	...	119.529,735
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	...	115,328	8.000,000	4,868	13.162,571	599,309	1.994,061	...	23.876,137
61	Umwelt neu	...	16,500	...	...	4.678,126	222,900	1.184,474	...	6.102,000
63	Wirtschaft und Arbeit	...	24,264	20,000	111,143	10.196,719	46.955,966	4.746,908	...	62.055,000
64	Bauten und Technik	...	2.946,527	...	0,028	26,917	221,023	2.745,505	...	5.940,000
65	Verkehr, Innovation und Technologie	0,014	2.499,358	1.507,500	4,867	3.151,477	1.091,620	32.687,388	...	40.942,224
70	Öffentliche Leistung und Sport	...	17,218	480,000	1,069	249,060	46,638	175,724	...	969,709
71	Bundestheater	...	...	...	...	...	...	...	...	...
	Summe Allgemeiner Haushalt...	1.813,210	13.819,694	10.516,227	342,479	43.640,154	357.670,032	228.453,865	9.835,371	666.091,032
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	...	...	...	...	...	...	...	320.000,002	320.000,002
54	Bundesvermögen	...	...	...	...	...	0,014	...	...	0,014
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla	...	...	...	...	...	...	...	...	...
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg	...	...	...	...	...	...	...	186.567,936	186.567,936
	Summe Ausgleichshaushalt...	...	...	...	...	...	0,014	...	506.567,938	506.567,952
	Summe Gesamthaushalt...	1.813,210	13.819,694	10.516,227	342,479	43.640,154	357.670,046	228.453,865	516.403,309	1172658,984

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 2000
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg.	Förderungen Ges. Verpfl.	 Darlehen	 Zuschuß	Aufwendungen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg. /E	 Erm. Ausg. /B	Sach-ausgaben Summe
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei									
02	Bundesgesetzgebung		- 8,255			- 66,110	- 11,098	- 6,062		- 91,525
03	Verfassungsgerichtshof		+ 0,402				- 0,998	+ 0,500		- 0,096
04	Verwaltungsgerichtshof		+ 2,314				+ 0,004	+ 0,395		+ 2,713
05	Volksanwaltschaft		- 0,070				+ 2,495	- 0,099		+ 2,326
06	Rechnungshof		- 0,129		- 0,017		+ 0,095	- 1,077		- 1,128
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		- 11,767	- 144,242	- 0,638	- 103,534	+ 0,191	+ 616,838		+ 356,848
11	Inneres		+ 67,142		- 0,469	- 33,236	+ 192,308	- 461,108	+ 0,026	- 235,337
12	Bildung und Kultur		+ 91,154			+ 56,380	+ 702,440	+ 485,366		+ 1.335,340
13	Kunst		+ 0,010		+ 0,007	+ 14,285		+ 0,698		+ 15,000
14	Wissenschaft		+ 864,076			+ 1,980	- 381,449	+ 1.297,588		+ 1.782,195
15	Soziale Sicherheit und Generationen		+ 10,756	+ 16,329	- 3,811	- 375,962	-12.138,796	- 643,979		-13.135,463
16	Sozialversicherung						+ 6.719,000			+ 6.719,000
17	Gesundheit		+ 2,175	- 0,001		+ 8,684	- 1.008,065	- 665,092		- 1.662,299
18	Umwelt		- 1,004		- 0,101	- 244,011	- 75,301	- 87,697		- 408,114
19	Jugend und Familie					- 2,128	+ 2.167,978	- 0,788	+ 49,875	+ 2.214,937
20	Äußeres		+ 15,350			- 0,300	+ 103,187	- 150,703		- 32,466
30	Justiz		+ 18,470		- 0,200	+ 6,170	+ 26,490	+ 133,170		+ 184,100
40	Militärische Angelegenheiten		- 31,390		+ 3,350		+ 17,176	+ 377,864		+ 367,000
50	Finanzverwaltung		+ 7,781	-15.309,500	- 5,434	- 31,702	+ 115,737	+ 652,336		-14.570,782
51	Kassenverwaltung		+ 5.000,000			+ 3.990,000	+ 1.605,024	+ 4.040,791	+ 2,009	+14.637,824
52	Öffentliche Abgaben							- 7,000		- 7,000
53	Finanzausgleich						+ 4.159,254	+ 217,101		+ 4.376,355
54	Bundesvermögen	+ 653,182	- 48,029		+ 0,026	- 120,003	+ 51,990	+ 4.400,471	- 2.557,133	+ 2.380,504
55	Pensionen						+ 883,000			+ 883,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla							- 4.174,727		- 4.174,727
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg							+ 1.840,210		+ 1.840,210
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		- 1,869	+ 790,000		+ 1.420,769	+ 44,209	+ 70,732		+ 2.323,841
61	Umwelt neu		+ 1,350			+ 645,896	+ 74,099	+ 694,159		+ 1.415,504
63	Wirtschaft und Arbeit	- 0,001	- 1,682	+ 4,349	- 146,279	+ 2.085,613	+ 8.868,705	+ 1.535,774		+12.346,479
64	Bauten und Technik		- 421,760		+ 0,018	- 29,190	- 26,063	- 838,218		- 1.315,213
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 0,013	+ 76,023	+ 7,500	+ 0,393	+ 621,134	+ 923,243	+ 8.685,961		+10.314,267
70	Öffentliche Leistung und Sport		+ 12,898	+ 130,000	+ 0,144	+ 75,481	+ 17,574	+ 40,079		+ 276,176
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 653,194	+ 5.643,946	-14.505,565	- 153,011	+ 7.920,216	+13.032,429	+18.053,483	- 2.505,223	+28.139,469
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								+40.000,001	+40.000,001
54	Bundesvermögen						+ 0,006			+ 0,006
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla								- 8.251,789	- 8.251,789
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg								-21.190,559	-21.190,559
	Summe Ausgleichshaushalt...						+ 0,006		+10.557,653	+10.557,659
	Summe Gesamthaushalt...	+ 653,194	+ 5.643,946	-14.505,565	- 153,011	+ 7.920,216	+13.032,435	+18.053,483	+ 8.052,430	+38.697,128

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben / Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		0,134		0,015		0,347	1,302		1,798
02	Bundesgesetzgebung		1,248	12,072	0,070	0,973	49,732	20,532		84,627
03	Verfassungsgerichtshof		0,105		0,015		1,904	0,599		2,622
04	Verwaltungsgerichtshof		0,320		0,020		0,111	0,976		1,427
05	Volksanwaltschaft		0,051		0,015		1,206	0,478		1,750
06	Rechnungshof		0,459		0,061		0,616	3,971		5,106
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		2,617	22,668	0,207	22,973	23,340	170,316		242,121
11	Inneres		47,181		1,670	6,407	81,418	319,361	0,002	456,039
12	Bildung und Kultur		44,406		3,270	53,070	3.001,638	412,864		3.515,248
13	Kunst		0,704		0,026	71,574	133,736	8,681		214,721
14	Wissenschaft		103,623		1,381	158,670	190,225	807,266		1.261,164
15	Soziale Sicherheit und Generationen		4,124	1,503	0,197	87,400	1.662,181	39,458	0,821	1.795,685
16	Sozialversicherung						5.311,875			5.311,875
17	Gesundheit		2,902			15,069	436,238	42,304		496,513
18	Umwelt									
19	Jugend und Familie				0,073	19,932	4.320,375	5,788	83,617	4.429,785
20	Äußeres		6,038		0,145	79,663	43,038	106,648		235,533
30	Justiz		12,018		0,850	17,970	84,765	248,096	0,007	363,706
40	Militärische Angelegenheiten		2,276		3,707	0,265	159,790	700,294		866,333
50	Finanzverwaltung		4,371	0,727	3,575	40,606	58,531	430,314		538,123
51	Kassenverwaltung		363,364			291,709	188,951	721,504	0,230	1.565,759
52	Öffentliche Abgaben							8,939		8,939
53	Finanzausgleich						3.288,810	307,661		3.596,472
54	Bundesvermögen	131,770	0,013		0,656	18,532	9,998	394,729	630,086	1.185,785
55	Pensionen				0,073		3.373,110			3.373,182
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla									
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg							8.686,565		8.686,565
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		8,381	581,383	0,354	956,561	43,553	144,914		1.735,147
61	Umwelt neu		1,199			339,973	16,199	86,079		443,450
63	Wirtschaft und Arbeit		1,763	1,453	8,077	741,024	3.412,423	344,971		4.509,713
64	Bauten und Technik		214,132		0,002	1,956	16,062	199,524		431,677
65	Verkehr, Innovation und Technologie	0,001	181,635	109,554	0,354	229,027	79,331	2.375,485		2.975,387
70	Öffentliche Leistung und Sport		1,251	34,883	0,078	18,100	3,389	12,770		70,472
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	131,771	1.004,316	764,244	24,889	3.171,454	25.992,895	16.602,390	714,764	48.406,723
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								23.255,307	23.255,307
54	Bundesvermögen						0,001			0,001
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla									
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg								13.558,421	13.558,421
	Summe Ausgleichshaushalt...						0,001		36.813,728	36.813,729
	Summe Gesamthaushalt...	131,771	1.004,316	764,244	24,889	3.171,454	25.992,896	16.602,390	37.528,492	85.220,452

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 2000
(Beträge in Millionen EURO)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg.	Förderungen Ges. Verpfl.	 Darlehen	 Zuschuß	Aufwendungen Ges. Verpfl.	 Erm. Ausg. /E	 Erm. Ausg. /B	Sach-ausgaben Summe
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei							+ 0,000		+ 0,000
02	Bundesgesetzgebung		- 0,600			- 4,804	- 0,807	- 0,441		- 6,651
03	Verfassungsgerichtshof		+ 0,029				- 0,073	+ 0,036		- 0,007
04	Verwaltungsgerichtshof		+ 0,168				+ 0,000	+ 0,029		+ 0,197
05	Volksanwaltschaft		- 0,005				+ 0,181	- 0,007		+ 0,169
06	Rechnungshof		- 0,009		- 0,001		+ 0,007	- 0,078		- 0,082
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		- 0,855	- 10,482	- 0,046	- 7,524	+ 0,014	+ 44,827		+ 25,933
11	Inneres		+ 4,879		- 0,034	- 2,415	+ 13,976	- 33,510	+ 0,002	- 17,103
12	Bildung und Kultur		+ 6,624			+ 4,097	+ 51,048	+ 35,273		+ 97,043
13	Kunst		+ 0,001		+ 0,001	+ 1,038	+ 0,000	+ 0,051		+ 1,090
14	Wissenschaft		+ 62,795			+ 0,144	- 27,721	+ 94,299		+ 129,517
15	Soziale Sicherheit und Generationen		+ 0,782	+ 1,187	- 0,277	- 27,322	- 882,161	- 46,800		- 954,591
16	Sozialversicherung						+ 488,289			+ 488,289
17	Gesundheit		+ 0,158	+ 0,000		+ 0,631	- 73,259	- 48,334		- 120,804
18	Umwelt		- 0,073		- 0,007	- 17,733	- 5,472	- 6,373		- 29,659
19	Jugend und Familie					- 0,155	+ 157,553	- 0,057	+ 3,625	+ 160,966
20	Äußeres		+ 1,116			- 0,022	+ 7,499	- 10,952		- 2,359
30	Justiz		+ 1,342		- 0,015	+ 0,448	+ 1,925	+ 9,678		+ 13,379
40	Militärische Angelegenheiten		- 2,281		+ 0,243		+ 1,248	+ 27,460		+ 26,671
50	Finanzverwaltung		+ 0,565	- 1.112,585	- 0,395	- 2,304	+ 8,411	+ 47,407		- 1.058,900
51	Kassenverwaltung		+ 363,364			+ 289,965	+ 116,642	+ 293,656	+ 0,146	+ 1.063,772
52	Öffentliche Abgaben							- 0,509		- 0,509
53	Finanzausgleich						+ 302,265	+ 15,777		+ 318,042
54	Bundesvermögen	+ 47,469	- 3,490		+ 0,002	- 8,721	+ 3,778	+ 319,795	- 185,834	+ 172,998
55	Pensionen				+ 0,000		+ 64,170			+ 64,170
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla							- 303,389		- 303,389
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg							+ 133,733		+ 133,733
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		- 0,136	+ 57,412		+ 103,251	+ 3,213	+ 5,140		+ 168,880
61	Umwelt neu		+ 0,098			+ 46,939	+ 5,385	+ 50,447		+ 102,869
63	Wirtschaft und Arbeit	+ 0,000	- 0,122	+ 0,316	- 10,631	+ 151,567	+ 644,514	+ 111,609		+ 897,254
64	Bauten und Technik		- 30,650		+ 0,001	- 2,121	- 1,894	- 60,916		- 95,580
65	Verkehr, Innovation und Technologie	+ 0,001	+ 5,525	+ 0,545	+ 0,029	+ 45,140	+ 67,095	+ 631,233		+ 749,567
70	Öffentliche Leistung und Sport		+ 0,937	+ 9,447	+ 0,010	+ 5,485	+ 1,277	+ 2,913		+ 20,070
71	Bundestheater									
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 47,469	+ 410,162	- 1.054,161	- 11,120	+ 575,585	+ 947,104	+ 1.311,998	- 182,062	+ 2.044,975
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								+ 2.906,913	+ 2.906,913
54	Bundesvermögen						+ 0,000			+ 0,000
56	Sonstige Finanzierungen und Veranla								- 599,681	- 599,681
58	Finanzschuld, Währungstauschverträg								- 1.539,978	- 1.539,978
	Summe Ausgleichshaushalt...						+ 0,000		+ 767,255	+ 767,255
	Summe Gesamthaushalt...	+ 47,469	+ 410,162	- 1.054,161	- 11,120	+ 575,585	+ 947,104	+ 1.311,998	+ 585,193	+ 2.812,230

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	28.622,194	13.590,859	1.709,585	.....	500,910	1.175,172	.....	.....	16.304,434
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0,014	.....
3	An (B)	1.309,432	1.643,369	767,719	.....	46,462	25,246	0,084	2.443,782	11,048
4	F/G (E)	480,000	.....	.....	.....	.....	20,000	.....	.....	1.500,000
5	F-D (B)	0,416	0,084	0,314	.....	.....	101,074	93,040	0,014	14,359
6	F (E)	765,882	7.687,659	1.317,991	.....	1.226,380	10.548,200	.....	12,110	1.051,844
7	A/G-S (E)	40.507,458	2.600,004	3.056,386	612,193	8.329,697	203.438,034	24.870,000	49,550	39.079,240
8	A (E)	5.642,073	12.890,305	1.221,892	.....	1.469,811	4.649,447	36,013	4.161,237	29.331,348
9	A-B (B)	.....	.....	.....	.....	.....	1.161,901	.....	0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	48.705,261	24.821,421	6.364,302	612,193	11.072,350	219.943,902	24.999,137	6.666,708	70.987,841
	Summe Allgem. Haush...	77.327,455	38.412,280	8.073,887	612,193	11.573,260	221.119,074	24.999,137	6.666,708	87.292,275
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Ausgaben...	77.327,455	38.412,280	8.073,887	612,193	11.573,260	221.119,074	24.999,137	6.666,708	87.292,275
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	194,716	318,352	260,240	.....	1.821,028	118.156,258	.....	1.344,539	1.784,527
4-6	E	1.224,174	1.273,250	144,932	.....	-14.519,820	-14.389,860	93,678	25,615	28.363,310
	Summe Einnahmen(E)...	1.418,890	1.591,602	405,172	.....	-12.698,792	103.766,398	93,678	1.370,154	30.147,837
2,3	ZB	.....	0,028	0,064	.....	.....	499,800	.....	107,532	.....
7-9	B	1,408	7,458	0,405	.....	0,732	1,324	195,588	8,742	30,914
	Summe Einnahmen(B)...	1,408	7,486	0,469	.....	0,732	501,124	195,588	116,274	30,914
	Summe Allgem. Haush...	1.420,298	1.599,088	405,641	.....	-12.698,060	104.267,522	289,266	1.486,428	30.178,751
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Einnahmen...	1.420,298	1.599,088	405,641	.....	-12.698,060	104.267,522	289,266	1.486,428	30.178,751

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche 34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Summe
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	331,665	.....	148,340	631,427	561,000	11.006,353	21.509,023	51.270,093	147.361,055
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	0,028	.....	1.813,168	.....	.....	.....	1.813,210
3	An (B)	170,331	0,028	4,788	26,287	0,056	25,912	855,867	6.489,283	13.819,694
4	F/G (E)	8.007,500	.....	9,987	.....	0,014	.....	.....	498,726	10.516,227
5	F-D (B)	.....	.....	0,014	.....	.....	35,700	0,400	97,064	342,479
6	F (E)	13.272,272	38,637	1.786,844	3.882,070	710,968	15,374	0,014	1.323,909	43.640,154
7	A/G-S (E)	237,511	.....	40,160	200,725	16,500	1.661,421	1.136,346	31.834,807	357.670,032
8	A (E)	1.614,873	.....	4.932,920	460,464	1.472,049	9.673,099	6.478,584	144.419,750	228.453,865
9	A-B (B)	0,200	0,002	8.669,973	.....	.....	.....	0,100	3,192	9.835,371
	Summe Sachausgaben...	23.302,687	38,667	15.444,714	4.569,546	4.012,755	11.411,506	8.471,311	184.666,731	666.091,032
	Summe Allgem. Haush...	23.634,352	38,667	15.593,054	5.200,973	4.573,755	22.417,859	29.980,334	235.936,824	813.452,087
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	0,014	.....	.....	.....	.....	.....	0,014
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	506.567,938	506.567,938
	Summe Ausgaben...	23.634,352	38,667	15.593,068	5.200,973	4.573,755	22.417,859	29.980,334	742.504,762	1320020,039
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	1.627,121	.....	3.650,042	3.508,120	80,000	141,950	364,042	5.566,915	138.817,850
4-6	E	989,024	251,845	919,040	602,019	12.661,166	427,108	9.269,891	586.722,181	614.057,553
	Summe Einnahmen(E)...	2.616,145	251,845	4.569,082	4.110,139	12.741,166	569,058	9.633,933	592.289,096	752.875,403
2,3	ZB	.....	.....	7.400,014	.....	.....	.....	.....	1,126	8.008,564
7-9	B	0,887	1,826	2.650,631	0,388	0,098	34,118	16,347	16.850,492	19.801,358
	Summe Einnahmen(B)...	0,887	1,826	10.050,645	0,388	0,098	34,118	16,347	16.851,618	27.809,922
	Summe Allgem. Haush...	2.617,032	253,671	14.619,727	4.110,527	12.741,264	603,176	9.650,280	609.140,714	780.685,325
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	539.334,714	539.334,714
	Summe Einnahmen...	2.617,032	253,671	14.619,727	4.110,527	12.741,264	603,176	9.650,280	1148475,428	1320020,039

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen EURO)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	2.080,056	987,686	124,240	.....	36,403	85,403	.....	.....	1.184,889
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0,001	.....
3	An (B)	95,160	119,428	55,792	.....	3,377	1,835	0,006	177,597	0,803
4	F/G (E)	34,883	.....	.....	.....	.....	1,453	.....	.....	109,009
5	F-D (B)	0,030	0,006	0,023	.....	.....	7,345	6,761	0,001	1,044
6	F (E)	55,659	558,684	95,782	.....	89,125	766,568	.....	0,880	76,440
7	A/G-S (E)	2.943,792	188,950	222,116	44,490	605,343	14.784,419	1.807,373	3,601	2.839,999
8	A (E)	410,025	936,775	88,798	.....	106,815	337,888	2,617	302,409	2.131,592
9	A-B (B)	.....	.....	.....	.....	.....	84,439	.....	0,000	0,000
	Summe Sachausgaben...	3.539,549	1.803,843	462,512	44,490	804,659	15.983,947	1.816,758	484,489	5.158,888
	Summe Allgem. Haush...	5.619,605	2.791,529	586,752	44,490	841,062	16.069,350	1.816,758	484,489	6.343,777
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Ausgaben...	5.619,605	2.791,529	586,752	44,490	841,062	16.069,350	1.816,758	484,489	6.343,777
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	14,151	23,136	18,912	.....	132,339	8.586,750	.....	97,711	129,687
4-6	E	88,964	92,531	10,533	.....	-1.055,196	-1.045,752	6,808	1,862	2.061,242
	Summe Einnahmen(E)...	103,115	115,666	29,445	.....	-922,857	7.540,998	6,808	99,573	2.190,929
2,3	ZB	.....	0,002	0,005	.....	.....	36,322	.....	7,815	.....
7-9	B	0,102	0,542	0,029	.....	0,053	0,096	14,214	0,635	2,247
	Summe Einnahmen(B)...	0,102	0,544	0,034	.....	0,053	36,418	14,214	8,450	2,247
	Summe Allgem. Haush...	103,217	116,210	29,479	.....	-922,804	7.577,416	21,022	108,023	2.193,175
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Einnahmen...	103,217	116,210	29,479	.....	-922,804	7.577,416	21,022	108,023	2.193,175

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen EURO)

UT	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche 34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Summe
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
	Personalausgaben									
0	A/G-P (E)	24,103	.....	10,780	45,888	40,769	799,863	1.563,122	3.725,943	10.709,146
	Sachausgaben									
2	An/G (B)	.....	.....	0,002	.....	131,768	.....	.....	.....	131,771
3	An (B)	12,378	0,002	0,348	1,910	0,004	1,883	62,198	471,595	1.004,316
4	F/G (E)	581,928	.....	0,726	.....	0,001	.....	.....	36,244	764,244
5	F-D (B)	.....	.....	0,001	.....	.....	2,594	0,029	7,054	24,889
6	F (E)	964,534	2,808	129,855	282,121	51,668	1,117	0,001	96,212	3.171,454
7	A/G-S (E)	17,261	.....	2,919	14,587	1,199	120,740	82,581	2.313,526	25.992,895
8	A (E)	117,357	.....	358,489	33,463	106,978	702,972	470,817	10.495,393	16.602,390
9	A-B (B)	0,015	0,000	630,072	.....	.....	.....	0,007	0,232	714,764
	Summe Sachausgaben...	1.693,472	2,810	1.122,411	332,082	291,618	829,306	615,634	13.420,255	48.406,723
	Summe Allgem. Haush...	1.717,575	2,810	1.133,191	377,969	332,388	1.629,169	2.178,756	17.146,198	59.115,869
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au)	.....	.....	0,001	.....	.....	.....	.....	.....	0,001
9	A-B (Au)	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	36.813,728	36.813,728
	Summe Ausgaben...	1.717,575	2,810	1.133,192	377,969	332,388	1.629,169	2.178,756	53.959,925	95.929,597
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE	118,247	.....	265,259	254,945	5,814	10,316	26,456	404,563	10.088,287
4-6	E	71,875	18,302	66,789	43,750	920,123	31,039	673,669	42.638,764	44.625,303
	Summe Einnahmen(E)...	190,123	18,302	332,048	298,695	925,937	41,355	700,125	43.043,327	54.713,589
2,3	ZB	.....	.....	537,780	.....	.....	.....	.....	0,082	582,005
7-9	B	0,064	0,133	192,629	0,028	0,007	2,479	1,188	1.224,573	1.439,021
	Summe Einnahmen(B)...	0,064	0,133	730,409	0,028	0,007	2,479	1,188	1.224,655	2.021,026
	Summe Allgem. Haush...	190,187	18,435	1.062,457	298,724	925,944	43,835	701,313	44.267,982	56.734,615
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	39.194,982	39.194,982
	Summe Einnahmen...	190,187	18,435	1.062,457	298,724	925,944	43,835	701,313	83.462,964	95.929,597

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt D, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/01 entspricht im Wesentlichen dem Text des BFG/00 (in der Fassung BGBl. I Nr. 38); neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlusssummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V und VI des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

Zu Artikel III

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag (bisher Anlage II zum jeweiligen BFG) ist in den vergangenen Jahrzehnten niemals zum Einsatz gekommen, weil eine Freigabe der jeweils bereitgestellten Mittel nicht notwendig war. Da nicht anzunehmen ist, dass sich in diesem Finanzjahr daran etwas ändert, können - nicht zuletzt auch aus verwaltungsökonomischen Gründen - der Konjunkturausgleich-Voranschlag sowie die bisherige Bestimmung des Artikel III Abs. 1 ersatzlos entfallen.

Für das Jahr 2001 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +4,2 vH zu Grunde gelegt (Oktober-Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung).

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hiefür ist der gemäß Art. 269 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluss 94/728/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994, sowie die Verordnung (EWG, Euratom) 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, in der Fassung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000, ABl. Nr. L 130/1 vom 31. Mai 2000. Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, dass folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamtshaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 20 vH findet ihre Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muss im Laufe des Jahres 2001 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen (BNH) gerechnet werden, welche gegebenenfalls Mehrausgaben im EU-Hauhalt vorsehen. Weiters ist mit BNH gemäß Art. 15(a) der EU-Haushaltsordnung der Saldo des Vorjahres zu verbuchen. Art. 32(a) bestimmt, dass dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuss oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird.
- Des weiteren kann sich auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) eine Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU ergeben, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen lässt.
- Auf Grund von Artikel 10 Abs. 8 VO 1552/89 ist es möglich, dass bezüglich der Abrechnung der Bruttosozialprodukt(BSP)-Grundlagen aus Vorjahren ebenfalls eine Nachzahlung zu leisten wäre, die hinsichtlich ihrer Höhe aber noch nicht absehbar ist.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve im laufenden Haushaltsjahr (höchstens rund 300 Millionen Schilling).

Das Auftreten einer oder all dieser o.a. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhren an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. In Abs. 2 wird der Bundesminister für Finanzen daher ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte 'sachliche' Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

'Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar' im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, dass die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener 'Mehreinnahmen' errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund der einschlägigen EU-Verordnungen und der mehrjährigen, von der Europäischen Kommission genehmigten Programme Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 52).

Diese Einnahmen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung (EAGFL/A) und dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) werden für die Periode 1995-1999 unter Titel 513 und für die Periode 2000-2006 unter Titel 514 verrechnet.

Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt - gemäß EU-Vorschriften - binnen bestimmter Fristen durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist in den jeweiligen Budgetkapiteln vorgesorgt.

Die Zahlungen erfolgen in einzelnen Tranchen bzw. als Voraus-, Zwischen- oder Restzahlungen. Der Zeitpunkt des Einlangens der EU-Mittel für die verschiedenen Programme sowie die Höhe der in einem Jahr einlangenden Mittel sind nicht genau zu bestimmen. Soweit daher mehr EU-Strukturfonds-Mittel als veranschlagt einlangen, ist - um diese EU-Mehreinnahmen widmungsgemäß verwenden zu können - zur Bereitstellung der korrespondierenden Mehrausgaben durch eine Überschreitungsermächtigung in Art. IV Abs. 3 vorgesorgt. Art. IV Abs. 4 dient der größeren Budgetflexibilität.

Die Bedeckungen der Überschreitungen des Artikels V erfolgen bei Voranschlagsansätzen in Kapiteln des jeweils selben Zuständigkeitsbereiches eines haushaltsleitenden Organes. Im Artikel VI sind alle jene Überschreitungen aufgenommen, deren Bedeckung grundsätzlich nicht im eigenen Ressort erfolgt; darin wird insbesondere auch für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsoffensive bzw. von konkreten Investitions- und Infrastrukturvorhaben sowie für allenfalls notwendige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz vorgesorgt. Weiters enthält dieser Artikel eine Bestimmung, wonach die Hälfte des erzielten Erlöses aus Veräußerungen unbeweglichen Bundesvermögens von jenen Ressorts beansprucht werden kann, die es zuletzt genutzt haben; dabei wird allerdings zu berücksichtigen sein, dass dieser Anspruch nur insoweit besteht, als durch die (jeweilige) Veräußerung insgesamt und nachhaltig eine - bezogen auf den gesamten Bundeshaushalt - Verbesserung des Saldos eingetreten ist (dies wird beispielsweise dann nicht der Fall sein, wenn zwar Einnahmen erzielt werden, dafür aber aus einem anderen Titel Ausgaben wie etwa für Miete oder andere entgeltliche Nutzungen

anfallen). Artikel VII enthält schließlich die übrigen Überschreitungen, die grundsätzlich durch Kreditoperationen finanziert werden können; neu enthalten dabei ist eine Bestimmung für Zahlungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, dass die hier zusammengefassten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. In diesem Zusammenhang wird auch klargestellt, dass unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Zu Artikel IX und X

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen einzugehen.

Im Artikel X wird die gemäß § 53 Abs. 4 BHG erforderliche bundesfinanzgesetzliche Ermächtigung für weitere Rücklagenzuführungen geschaffen (insbesondere für die besondere Rücklage, besondere Einnahmen-Rücklage und besondere Aufwendungen-Rücklage).
Weiters wird in Ausführung des § 17a Abs. 4 und 5 BHG im Artikel X Abs. 3 angeordnet, dass der Bundesminister für Finanzen den ermittelten (negativen oder positiven) Unterschiedsbetrag betreffend jene Organisationseinheiten, die die Flexibilierungsklausel anwenden, einer Rücklage zuzuführen hat.

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Zu Artikel XIII und XIV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes.

Zu Artikel XV

Inbesondere für den Fall notwendiger Bedeckungen im Zusammenhang mit Bezugsregelungen im Bundesbereich wird der BMF durch die gegenständliche Bestimmung ermächtigt, Ausgabenbindungen mit bestimmten Ausnahmen zu verfügen bzw. aufzuheben oder umzuschichten.

Zu Artikel XVI

Diese Verweisungsbestimmung entspricht den Legistischen Richtlinien 1990.

Zu Artikel XVII und XVIII

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) für das Jahr 2001

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag enthält der Arbeitsbehelf zum BFG/01, 1. Teil.

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage II) für das Jahr 2001

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage II zum BFG/01 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage III) für das Jahr 2001

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) bleibt gegenüber dem Fahrzeugplan 2000 unverändert.

Wie in den Vorjahren kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge

(Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich gegenüber dem Fahrzeugplan 2000 um 42.

Die Anzahl der im Plan für Luftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich um 1 auf 29.

Abkürzungen im Text:
BFG = Bundesfinanzgesetz(e)
BFG/01 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001
BFG/00 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2000 in der Fassung BGBl. I Nr. 38
BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung
BMF = Bundesminister für Finanzen
B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 310 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001

Fahrzeugplan

für das Jahr 2001

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

72B041

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001

Fahrzeugplan

für das Jahr 2001

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 2001

Inhaltsverzeichnis

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil 349

II. Abschnitt: Fahrzeugplan

1. Plan der Kraftfahrzeuge 353
2. Plan der Luftfahrzeuge 359
3. Plan der Wasserfahrzeuge 361

III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)

1. Plan der Kraftfahrzeuge 363
2. Plan der Luftfahrzeuge 376
3. Plan der Wasserfahrzeuge 377

IV. Abschnitt: Anmerkungen 378

1. zum Plan der Kraftfahrzeuge
2. zum Plan der Luftfahrzeuge
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge

FAHRZEUGPLAN 2001

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

   Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.
2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 330 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

   Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.
5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
   a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfasst werden;
   b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsänlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muss. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinander folgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
   d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hiezu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.

8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hiezu zählen:
   a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;
   b) Kraftfahrzeuge für spezielle zollspezifische sowie straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfasst werden;
   c) Omnibusse;
   d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
   e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Messeinrichtungen u. dgl.;
   f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
   g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
   h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzig geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
b) Motorräder, die nur vorübergehend - jährlich bis zu maximal 12 Wochen - zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefassten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben, wobei für die erstmalige Verwendung (das ist bei Anschaffung, Miete, unentgeltlicher Zurverfügungstellung) die vom Bundesminister für Finanzen bekannt gegebene Kraftfahrzeug-Empfehlungsliste verbindlich ist.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekannt zu geben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge,

die aus Anlass von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 2001 entsprechen, dürfen im Jahr 2001 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
   Personenkraftwagen, Kategorie III,
   Personenkraftwagen, Kategorie II,
   Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
   Personenkraftwagen, Kategorie I,
   Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
   Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
   Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
   Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
   Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
   Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
   Hubschrauber;
d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
   Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
   Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
   Passagier- und Transportschiffe,
   Spezialwasserfahrzeuge;
f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
   Innenbordmotorboote,
   Außenbordmotorboote,
   Boote,
   Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 2001 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hiefür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muss,
b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
c) seitens des Organes des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986

in der derzeit geltenden Fassung, hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, dass an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
01	**Präsidentschaftskanzlei**	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	**Bundesgesetzgebung:**												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02...		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	**Verfassungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	**Rechnungshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
1000	Zentralleitung		2	1	3	...	.....	.....	.....	1	.....	7	8
101	Staatsarchiv und Archivamt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 10...		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	9
11	**Inneres:**												
1100	Zentralleitung		1	...	4	...	6	.....	5	6	22	44	44
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	714	158	22	10	520	1.441	1.441
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	39
1140	Bundesgendarmerie		...	...	9	...	1.437	341	19	19	1.496	3.321	3.321
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	60	70	70
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11...		1	...	30	...	2.172	509	46	36	2.139	4.933	4.933
12	**Bildung und Kultur:**												
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)		1	...	2	...	1	.....	.....	.....	1	5	6
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	*	...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
1244	Museen		...	...	...	...	3	.....	1	.....	1	5	7

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge (Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
1246	Nationalbibliothek		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	2
1247	Bundesdenkmalamt		...	...	...	2	9	.....	1	.....	4	16	16
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	*	...	...	...	...	4	.....	8	6	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...		1	...	2	2	31	.....	12	6	30	84	88
14	**Wissenschaft:**												
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)		...	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	3	3
1420	Universitäten	*	...	...	5	...	30	.....	7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1430	Universitäten der Künste		...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...		...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	**Soziale Sicherheit und Generationen:**												
1500	Zentralleitung		2	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	5	6
1570	Bundessozialämter		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 15...		2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	10
17	**Gesundheit:**												
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	*	...	...	...	...	.....	.....	2	.....	9	11	11
	Summe 17...		...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
20	**Äußeres:**												
2000	Zentralleitung		1	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	6	6
201	Vertretungsbehörden		...	82	...	...	3	7	.....	.....	3	95	94

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
203	Österreichische Kulturinstitute	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...	1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	102
30	**Justiz:**											
300	Bundesministerium für Justiz	1	...	1	...	.....	.....	.....	.....	1	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern *	...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
3030	Justizanstalten *	...	...	...	...	64	.....	17	.....	30	111	111
3031	Justizanstalt St. Pölten	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 30...	2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	**Militärische Angelegenheiten:**											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	...	14	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung *	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	...	...	...	...	.....	.....	6	.....	29	35	35
	Summe 40...	1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	**Finanzverwaltung:**											
5000	Zentralleitung	2	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	7	7
5040	Dienststellen *	...	...	7	4	110	5	8	3	194	331	304
5070	Bundespensionsamt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
5071	Finanzprokuratur *	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	*Hauptpunzierungs- und Probieramt*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 50...	2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	314
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**											
6000	Zentralleitung *	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Qualitätskontrolle	...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten *	...	...	...	...	13	.....	.....	1	31	45	45
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst. *	...	...	...	...	34	.....	9	10	37	90	75
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	...	...	...	...	4	.....	.....	.....	4	8	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6055	*Bundesanstalten für Milchwirtschaft*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
6059	*Bundesanstalt für Landtechnik*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*	...	...	...	...	2	.....	1	.....	12	15	15
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten	*	...	...	...	...	2	.....	7	4	10	23	23
6094	*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	10
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	12	12	12
	Summe 60...		1	...	12	...	108	.....	19	15	131	286	296
61	**Umwelt neu:**												
6120	Umweltpolitische Maßnahmen		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	4
63	**Wirtschaft und Arbeit:**												
6300	Zentralleitung		2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	8
633	Bergbehörden		...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
6392	Arbeitsinspektion		...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 63...		2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	27
64	**Bauten und Technik:**												
6401	Bundesmobilienverwaltung		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)		...	...	1	4	9	1	.....	3	1	19	53
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)		...	...	1	1	11	.....	1	1	3	18	33
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		...	...	2	...	50	.....	12	2	59	125	125
	Summe 64...		...	...	4	5	70	1	14	6	63	163	212
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**												
6500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6501	Schifffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	10	.....	.....	.....	36	46	46
6541	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	6	.....	.....	.....	.....	8	8
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)	*	...	...	...	...	221	.....	670	385	307	1.583	1.583
6580	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 65...		1	...	5	...	240	.....	673	385	346	1.650	1.650
70	**Öffentliche Leistung und Sport:**												
7000	Zentralleitung		1	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
7020	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 70...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
0	Oberste Organe												
01	Präsidentschaftskanzlei		4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	Bundesgesetzgebung		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	Verfassungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	Volksanwaltschaft		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	Rechnungshof		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 0...		12	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
1	Innenverwaltung												
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	9
11	Inneres		1	...	30	...	2.172	509	46	36	2.139	4.933	4.933
12	Bildung und Kultur		1	...	2	2	31	.....	12	6	30	84	88
14	Wissenschaft		...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	Soziale Sicherheit und Generationen		2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	10
17	Gesundheit		...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
	Gruppe 1...		6	1	44	2	2.259	509	68	50	2.255	5.194	5.200
20	Äußeres		1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	102
30	Justiz		2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	Militärische Angelegenheiten		1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	Finanzverwaltung		2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	314
6	Wirtschaft												
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		1	...	12	...	108	.....	19	15	131	286	296
61	Umwelt neu		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	4
63	Wirtschaft und Arbeit		2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	27
64	Bauten und Technik		...	...	4	5	70	1	14	6	63	163	212
65	Verkehr, Innovation und Technologie		1	...	5	...	240	.....	673	385	346	1.650	1.650
	Gruppe 6...		4	...	26	20	422	1	706	406	541	2.126	2.189
70	Öffentliche Leistung und Sport		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3
	Gruppe 7...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3
	Gesamtanzahl...		29	83	120	27	2.871	522	805	460	3.059	7.976	8.018

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub-schrauber	Segelflug-zeuge		Summe 2001	Summe 2000
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
11	**Inneres:**									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	.....	.....	1	3	24	.....	.....	28	29
64	**Bauten und Technik:**									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hubschrauber	Segelflugzeuge		Summe 2001	Summe 2000
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
	Anm.	D-F	C	B	A		b	a		
1	Innenverwaltung									
11	Inneres	.....	.....	1	3	24	.....	.....	28	29
	Gruppe 1...	.....	.....	1	3	24	.....	.....	28	29
6	Wirtschaft									
64	Bauten und Technik	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gruppe 6...	.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Gesamtanzahl...	.....	1	1	3	24	.....	.....	29	30

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2001	Summe 2000
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord-	Außen-bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
				Motorboote				
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	1	.....	.....	3	4	4
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	46	3	22	71	71
	Summe 11...	.....	1	55	6	41	103	103
12	**Bildung und Kultur:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft:**							
1420	Universitäten	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...	.....	1	.....	.....	2	3	3
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen	.....	.....	5	.....	2	7	7
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 60...	.....	.....	3	2	8	13	13
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**							
6501	Schifffahrtspolizei	.....	16	2	.....	16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion	.....	3	.....	.....	3	6	6
	Summe 65...	.....	19	2	.....	19	40	40

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2001	Summe 2000
			Passagier- und Transportschiffe	Spezialwasserfahrzeuge	Innenbord- Motorboote	Außenbord- Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor		
1	Innenverwaltung								
11	Inneres		.....	1	55	6	41	103	103
12	Bildung und Kultur		.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	Wissenschaft		.....	1	.....	.....	2	3	3
	Gruppe 1...		.....	2	55	6	44	107	107
50	Finanzverwaltung		.....	.....	5	.....	2	7	7
6	Wirtschaft								
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		.....	.....	3	2	8	13	13
65	Verkehr, Innovation und Technologie		.....	19	2	.....	19	40	40
	Gruppe 6...		.....	19	5	2	27	53	53
	Gesamtanzahl...		.....	21	65	8	73	167	167

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
01	**Präsidentschaftskanzlei**	*	4	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	4	4
02	**Bundesgesetzgebung:**												
021	Nationalrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
022	Bundesrat	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
024	Parlamentsdirektion	*	5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
	Summe 02...		5	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	6	6
03	**Verfassungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
04	**Verwaltungsgerichtshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
05	**Volksanwaltschaft**		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
06	**Rechnungshof**		1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
1000	Zentralleitung:												
	Zentralleitung		2	...	3	...	.....	.....	.....	1	.....	6	7
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1000...		2	1	3	...	.....	.....	.....	1	.....	7	8
101	Staatsarchiv und Archivamt		...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	Summe 10...		2	1	3	...	.....	.....	.....	2	.....	8	9
11	**Inneres:**												
1100	Zentralleitung		1	...	4	...	6	.....	5	6	22	44	44
1130	Bundespolizei	*	...	...	17	...	714	158	22	10	520	1.441	1.441
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	39	39	39
1140	Bundesgendarmerie		...	...	9	...	1.437	341	19	19	1.496	3.321	3.321
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)		...	...	...	...	.....	10	.....	.....	60	70	70
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	.....	3	3
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau		...	...	...	...	7	.....	.....	1	.....	8	8
	- Vorderbrühl		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Thalham des BM für Inneres		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 1150...		...	...	...	...	15	.....	.....	1	1	17	17

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 11...		1	...	30	...	2.172	509	46	36	2.139	4.933	4.933
12	**Bildung und Kultur:**												
1200	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)		1	...	2	...	1	.....	.....	.....	1	5	6
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:	*											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	1	3	3
	Bundesschullandheim Mariazell		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Raach bei Gloggnitz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Radstadt		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1241...		...	...	...	...	3	.....	2	.....	1	6	6
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:												
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Oberösterreich		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Steiermark		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Tirol		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1243...		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
1244	Museen:												
	Museum für Völkerkunde		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	Naturhistorisches Museum		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Summe 1244...		...	...	...	...	3	.....	1	.....	1	5	7
1246	Nationalbibliothek:												
	Österreichische Nationalbibliothek		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Österreichische Phonothek		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 1246...		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	2
1247	Bundesdenkmalamt		...	...	...	2	9	.....	1	.....	4	16	16
1270	Allgemein bildende höhere Schulen:	*											
	Deutschlandsberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Graz/Seebacherstraße		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Köflach		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz/Peuerbachstraße		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Schärding		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Telfs		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1270...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	6	6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:												
	Graz-Liebenau		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Saalfelden		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	Schloß Traunsee/Altmünster		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1271...		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:												
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende):											
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *											
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Hallstatt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Kapfenberg	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Krems	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Linz I	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	1	2	2
	- Linz II	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	1	2	2
	- Salzburg	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Steyr	...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	2
	- Wolfsberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- und Handelsschule Wien III	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	- Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Mödling	...	...	...	...	1	.....	1	.....	1	3	3
	- Rankweil	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- St. Pölten	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Villach	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Wien III	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wiener Neustadt	...	...	...	...	.....	.....	.....	1	.....	1	1
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1280...	...	...	...	...	4	.....	8	6	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*											
	Bundesfachschule für wirtschaftl. Berufe Türnitz	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1281...	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen: *											
	Braunau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):											
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung:											
	Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Innsbruck	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Linz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Summe 1293...	...	...	...	...	3	.....	.....	.....	2	5	5
	Summe 12...	1	...	2	2	31	.....	12	6	30	84	88
14	**Wissenschaft:**											
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	...	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	3	3
1420	Universitäten: *											
	Montanuniversität Leoben	...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	-, Institut für Geophysik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
1420	(Fortsetzung)												
	Technische Universität Wien				1					1		2	2
	-, Institut für Fertigungstechnik								1			1	1
	-, Institut für Hochbau für Architekten								1			1	1
	-, Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik										1	1	1
	-, Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen								1			1	1
	Universität Klagenfurt						1				1	2	2
	-, Universitäts-Sportinstitut						1					1	1
	Universität für Bodenkultur						1		1			2	2
	-, Botanisches Institut						1					1	1
	-, Institut für Bodenforschung und Baugeologie										1	1	1
	-, Institut für Forstentomologie und Forstschutz										1	1	1
	-, Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit						1					1	1
	-, Institut für Waldökologie										1	1	1
	-, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung						1				2	3	3
	-, Institut für Pflanzenschutz						1					1	1
	-, Institut für Waldbau										1	1	1
	-, Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung						1					1	1
	-, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft										1	1	1
	-, Lehrforstzentrum						1					1	1
	-, Versuchswirtschaft Großenzersdorf						1				6	7	7
	Universität Graz						2				1	3	3
	-, Universitätsbibliothek						1					1	1
	-, Institut für Botanik										1	1	1
	-, Institut für Geologie und Paläontologie										1	1	1
	-, Universitätssportzentrum										1	1	1
	-, Zentrale Versuchstieranlage									1		1	1
	Universität Innsbruck								1		2	3	3
	-, Universitätsbibliothek						1					1	1
	-, Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur										1	1	1
	-, Institut für Anatomie						1					1	1
	-, Institut für klassische Archäologie										1	1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte										1	1	1
	-, Universitäts-Sportinstitut										3	3	3
	-, Zentrale Versuchstieranlage									1		1	1
	Universität Linz				1		1					2	2
	Universität Salzburg				1		1		1			3	3
	-, Universitätsbibliothek									1		1	1
	Universität Wien				1		1				2	4	4
	-, Universitätsbibliothek						1					1	1
	-, Zentrum für Biomedizin									1		1	1
	-, Institut für Alte Geschichte										1	1	1
	-, Institut für Anatomie						1					1	1
	-, Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfl									1		1	1
	-, Institut für Botanik und Botanischer Garten						1				1	2	2
	-, Institut für Geologie						1					1	1
	-, Institut für klassische Archäologie										2	2	2
	-, Institut für Meteorologie und Geophysik										1	1	1
	-, Institut für Paläontologie										1	1	1
	-, Institut für Petrologie										1	1	1
	-, Institut für Ökologie und Naturschutz						1					1	1
	-, Institut für Ur- und Frühgeschichte										1	1	1
	-, Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg						1					1	1
	Veterinärmedizinische Universität Wien						2		1		2	5	5
	-, Lehr- und Forschungsgut Merkenstein										8	8	8
	Wirtschaftsuniversität Wien						1					1	1
	Summe 1420				5		30		7	6	50	98	98
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):												
	Montanuniversität Leoben						1					1	1
	-, Institut für Bildungsförderung und Sport						1					1	1
	-, Institut für Geophysik										1	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
1421	(Fortsetzung)											
	-, Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Klagenfurt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	4	5	5
	-, Institut für Waldbau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Graz, Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Linz, Sportinstitut	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität Salzburg, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität Wien	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	-, I. Chirurgische Universitäts-Klinik	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sportinstitut	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Veterinärmedizinische Universität Wien	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	1	3	3
	Summe 1421	...	...	...	...	11	.....	.....	.....	18	29	29
1424	Wissenschaftliche Anstalten:											
	Geologische Bundesanstalt	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	2	3	3
	-, Regionalstelle Salzburg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	-, Regionalstelle Tirol/Vorarlberg	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1424	...	...	...	...	4	.....	.....	.....	7	11	11
1430	Universitäten der Künste:											
	Universität für angewandte Kunst Wien	...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Universität f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Universität für Musik und darstellende Kunst Graz	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Expositur Oberschützen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1430	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
1431	Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung):											
	Universität für Musik und darstellende Kunst Wien	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14	...	...	7	...	50	.....	8	6	75	146	146
15	**Soziale Sicherheit und Generationen:**											
1500	Zentralleitung	2	...	2	...	1	.....	.....	.....	.....	5	6
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, Niederösterreich und Burgenland	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oberösterreich	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
1570	(Fortsetzung)												
	Steiermark		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kärnten		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1570...		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Summe 15...		2	...	2	...	5	.....	.....	.....	.....	9	10
17	**Gesundheit:**												
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:	*											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 1790...		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten:												
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten:	*											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	6	8	.....
	- Graz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Linz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	5
	Summe 1795...		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	9	11	11
	Summe 17...		...	...	...	...	1	.....	2	.....	11	14	14
20	**Äußeres:**												
2000	Zentralleitung		1	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	6	6
201	Vertretungsbehörden:												
	Addis Abeba		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Abidjan		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Agram		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Algier		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Amman		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Ankara		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Athen		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bangkok		...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Beirut		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Belgrad		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	1	2	1
	Berlin		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bern		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bogota		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bonn		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brasilia		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union		...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Budapest		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Buenos Aires		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Bukarest		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Canberra		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Caracas		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Dakar		...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	Lastkraftw. Nutzlast bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
201	(Fortsetzung)											
	Damaskus	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Den Haag	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Dublin	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Guatemala	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Hanoi	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Harare	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Havanna	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Helsinki	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Islamabad	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Jakarta	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Kairo	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kiew	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kopenhagen	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kuala Lumpur	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Kuwait	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lagos	...	1	...	...	.....	1	.....	.....	.....	2	2
	Laibach	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lima	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Lissabon	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	London	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Luxemburg	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Madrid	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Manila	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Maskat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Mexiko	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Moskau	...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Nairobi	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	New Delhi	...	1	...	...	.....	2	.....	.....	.....	3	3
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- und Österreichisches Generalkonsulat (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Oslo	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Ottawa	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Paris	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Paris - UNESCO	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Peking	...	1	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Prag	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Preßburg	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Pretoria	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rabat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Riga	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Riyadh	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rom	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Rom-Vatikan	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Santiago de Chile	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Sarajewo	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Seoul	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Skopje	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Sofia	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Stockholm	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tallin	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Teheran	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tel Aviv	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tirana	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tokio	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tripolis	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Tunis	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Warschau	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Washington (Mietfahrzeug)	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Wilna	...	1	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 201...	...	82	...	...	3	7	.....	.....	3	95	94

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
203	Österreichische Kulturinstitute:											
	Rom	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Warschau	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 203...	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 20...	1	82	4	...	6	7	.....	.....	3	103	102
30	**Justiz:**											
300	Bundesministerium für Justiz	1	...	1	...	.....	.....	.....	.....	1	3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
302	Justizbehörden in den Ländern: *											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz	...	...	4	...	1	.....	.....	.....	6	11	11
	21 Gerichtshöfe I. Instanz	...	...	14	...	.....	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 302...	...	...	18	...	1	.....	.....	.....	6	25	25
3030	Justizanstalten: *											
	Justizanstalt Eisenstadt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Feldkirch	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Garsten	...	...	...	...	2	.....	1	.....	3	6	6
	- Göllersdorf	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Graz-Jakomini	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
	- Graz-Karlau	...	...	...	...	3	.....	1	.....	3	7	7
	- Hirtenberg	...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
	- Innsbruck	...	...	...	...	4	.....	1	.....	2	7	7
	- Klagenfurt	...	...	...	...	3	.....	1	.....	4	8	8
	- Korneuburg	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Krems	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Linz	...	...	...	...	3	.....	3	.....	1	7	7
	- Ried	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Schwarzau	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	3	5	5
	- Sonnberg	...	...	...	...	2	.....	1	.....	2	5	5
	- Stein	...	...	...	...	5	.....	3	.....	1	9	9
	- Steyr	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Suben	...	...	...	...	2	.....	1	.....	.....	3	3
	- Wels	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Favoriten	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wien-Josefstadt	...	...	...	...	7	.....	1	.....	4	12	12
	- Wien-Mittersteig	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien-Simmering	...	...	...	...	3	.....	1	.....	.....	4	4
	- Wiener Neustadt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf	...	...	...	...	3	.....	1	.....	1	5	5
	Summe 3030...	...	...	...	...	64	.....	17	.....	30	111	111
3031	Justizanstalt St. Pölten	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
3032	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 30...	2	...	19	...	68	.....	17	.....	37	143	143
40	**Militärische Angelegenheiten:**											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	...	14	...	2	.....	.....	.....	.....	17	17
401	Heer und Heeresverwaltung *	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	Lastkraftw. Nutzlast bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
	Anm.											
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	...	...	...	...	.....	.....	6	.....	29	35	35
	Summe 40...	1	...	14	1	2	.....	6	.....	29	53	53
50	**Finanzverwaltung:**											
5000	Zentralleitung	2	...	3	...	1	.....	.....	1	.....	7	7
5040	Dienststellen: *											
	Zollwachegeneralinspektorat	...	...	...	...	52	5	2	1	183	243	197
	Finanzlandesdirektion für Kärnten	...	...	1	...	3	.....	.....	.....	.....	4	6
	- Oberösterreich	...	...	1	...	9	.....	1	.....	3	14	17
	- Salzburg	...	...	1	...	8	.....	1	.....	1	11	13
	- Steiermark	...	...	1	...	10	.....	1	.....	.....	12	15
	- Tirol	...	...	1	...	7	.....	.....	.....	.....	8	8
	- Vorarlberg	...	...	1	...	2	.....	.....	1	.....	4	6
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland	...	...	1	4	19	.....	3	1	7	35	42
	Summe 5040...	...	...	7	4	110	5	8	3	194	331	304
5070	Bundespensionsamt	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
5071	Finanzprokuratur ..... *	...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
5072	*Hauptpunzierungs- und Probieramt*	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Summe 50...	2	...	11	4	112	5	8	4	194	340	314
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**											
6000	Zentralleitung ..... *	1	...	4	...	2	.....	.....	.....	2	9	9
6007	Qualitätskontrolle:											
	Graz	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Innsbruck	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Klosterneuburg	...	...	...	...	6	.....	.....	.....	.....	6	6
	Linz	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6007...	...	...	...	...	11	.....	.....	.....	.....	11	11
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten: *											
	Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	5	6	6
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Ursprung/Elixhausen	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Kematen (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Pitzelstätten	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	- Sitzenberg	...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg	...	...	...	...	1	.....	.....	1	5	7	7
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum	...	...	...	...	2	.....	.....	.....	2	4	4
	- Franzisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)	...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
6050	(Fortsetzung)												
	- St. Florian		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Summe 6050...		...	...	...	...	13	.....	.....	1	31	45	45
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:	*											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz		...	...	...	...	6	.....	3	1	3	13	13
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft		...	...	...	...	18	.....	4	7	14	43	43
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein		...	...	...	...	.....	.....	1	1	13	15	15
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	.....
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft		...	...	...	...	1	.....	1	.....	.....	2	.....
	Bundesanstalt für Landtechnik		...	...	...	...	3	.....	.....	1	7	11	.....
	Summe 6051...		...	...	...	...	34	.....	9	10	37	90	75
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:												
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	1	2	2
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	- Gainfarn		...	...	...	...	3	.....	.....	.....	1	4	4
	Summe 6052...		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	4	8	8
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt		...	...	1	...	5	.....	1	.....	17	24	24
6055	*Bundesanstalten für Milchwirtschaft:*												
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	Summe 6055...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:												
	Bundesamt für Wasserwirtschaft		...	...	...	...	3	.....	1	.....	6	10	10
6059	*Bundesanstalt für Landtechnik*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:	*											
	Ort/Gmunden		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	4	5	5
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Ossiach		...	...	...	...	1	.....	1	.....	5	7	7
	Ossiach (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6072...		...	...	...	...	2	.....	1	.....	12	15	15
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:												
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Oberösterreich/Linz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Salzburg/Salzburg		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Steiermark/Graz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Tirol/Innsbruck		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6080...		...	...	7	...	.....	.....	.....	.....	.....	7	7

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
6091	Bundeskellereiinspektion		...	...	...	...	32	.....	.....	.....	.....	32	32
6093	Bundesgärten:	*											
	Innsbruck		...	...	...	...	.....	.....	2	.....	2	4	4
	Wien-Schönbrunn		...	...	...	...	2	.....	5	4	8	19	19
	Summe 6093...		...	...	...	...	2	.....	7	4	10	23	23
6094	*Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule*		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	10
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste:	*											
	Bruck/Mur		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Lahnhube		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Merkenstein		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Kollerhube		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Kollerhube (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Ulmerfeld		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6096...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	12	12	12
	Summe 60...		1	...	12	...	108	.....	19	15	131	286	296
61	**Umwelt neu:**												
6120	Umweltpolitische Maßnahmen:												
	Burgenland		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1
	Kärnten		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	.....	.....	2
	Vorarlberg		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 61...		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	4
63	**Wirtschaft und Arbeit:**												
6300	Zentralleitung		2	...	4	...	1	.....	.....	.....	.....	7	8
633	Bergbehörden:												
	Berghauptmannschaft Innsbruck		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg		...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Wien		...	...	1	1	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 633...		...	...	1	4	.....	.....	.....	.....	.....	5	5
6392	Arbeitsinspektion:												
	Arbeitsinspektion Wien		...	...	...	1	3	.....	.....	.....	.....	4	4
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Graz		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Klagenfurt		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Krems		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Leoben		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Linz		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Salzburg		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- St. Pölten		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Vöcklabruck		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	- Wels		...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 6392...		...	...	...	11	3	.....	.....	.....	.....	14	14
	Summe 63...		2	...	5	15	4	.....	.....	.....	.....	26	27

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
64	**Bauten und Technik:**												
6401	Bundesmobilienverwaltung		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	.....	1	1
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):												
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	10
	- Innsbruck		...	...	...	2	1	.....	.....	.....	.....	3	9
	- Klagenfurt		...	...	...	1	4	.....	.....	1	.....	6	9
	- Linz		...	...	...	1	2	.....	.....	1	.....	4	11
	- Salzburg		...	...	1	...	1	1	.....	1	.....	4	13
	Burghauptmannschaft Wien		...	...	...	...	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 6450...		...	...	1	4	9	1	.....	3	1	19	53
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):												
	Bundesbaudirektion Wien		...	...	1	1	11	.....	1	1	3	18	33
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:												
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen		...	...	1	...	.....	.....	.....	.....	.....	1	1
	Abteilung F 2		...	...	1	...	4	.....	2	2	10	19	19
	Abteilung V 1		...	...	...	...	5	.....	.....	.....	12	17	17
	Abteilung V 3		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	3	4	4
	Abteilung M 4		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Gruppe A		...	...	...	...	4	.....	.....	.....	.....	4	4
	Eich- und Vermessungsämter:												
	Burgenland		...	...	...	...	2	.....	1	.....	1	4	4
	Kärnten		...	...	...	...	1	.....	1	.....	4	6	6
	Niederösterreich		...	...	...	...	10	.....	2	.....	3	15	15
	Oberösterreich		...	...	...	...	8	.....	2	.....	7	17	17
	Salzburg		...	...	...	...	.....	.....	1	.....	5	6	6
	Steiermark		...	...	...	...	6	.....	1	.....	4	11	11
	Tirol / Vorarlberg		...	...	...	...	6	.....	2	.....	4	12	12
	Wien		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	6	7	7
	Summe 6490...		...	...	2	...	50	.....	12	2	59	125	125
	Summe 64...		...	...	4	5	70	1	14	6	63	163	212
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**												
6500	Zentralleitung		1	...	2	...	.....	.....	.....	.....	1	4	4
6501	Schifffahrtspolizei		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten		...	...	...	...	10	.....	.....	.....	36	46	46
6541	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion		...	...	2	...	.....	.....	.....	.....	.....	2	2
	Wasserstraßenverwaltung West		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Ost		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	- Mitte		...	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 6541...		...	...	2	...	6	.....	.....	.....	.....	8	8
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge		...	...	...	...	1	.....	3	.....	2	6	6
6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):	*											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland		...	...	...	...	2	.....	43	24	16	85	85
	- Kärnten		...	...	...	...	75	.....	91	31	49	246	246
	- Niederösterreich		...	...	...	...	76	.....	166	74	59	375	375
	- Oberösterreich		...	...	...	...	3	.....	100	54	58	215	215
	- Salzburg		...	...	...	...	7	.....	40	20	28	95	95
	- Steiermark		...	...	...	...	38	.....	149	90	45	322	322

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen Kategorie III	II	Ia	I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw. Nutzlast über 1000kg	bis einschl. 1000kg	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 2001	Summe 2000
6562	(Fortsetzung)												
	- Tirol		...	...	...	...	14	.....	66	75	45	200	200
	- Vorarlberg		...	...	...	...	2	.....	9	13	6	30	30
	- Wien		...	...	...	...	4	.....	6	4	1	15	15
	Summe 6562...		...	...	...	...	221	.....	670	385	307	1.583	1.583
6580	Österreichisches Patentamt		...	...	1	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
	Summe 65...		1	...	5	...	240	.....	673	385	346	1.650	1.650
70	**Öffentliche Leistung und Sport:**												
7000	Zentralleitung		1	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	2	2
7020	Verwaltungsakademie		...	...	...	...	1	.....	.....	.....	.....	1	1
	Summe 70...		1	...	...	...	2	.....	.....	.....	.....	3	3

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Motorflugzeuge Gewichtsklasse D-F	C	B	A	Hubschrauber	Segelflugzeuge Sitzplatzkl. b	a	Summe 2001	Summe 2000
11	**Inneres:**										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:										
	Graz		.....	.....	.....	.....	3	.....	.....	3	4
	Hohenems		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Innsbruck		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Klagenfurt		.....	.....	.....	.....	3	.....	.....	3	4
	Lienz		.....	.....	.....	.....	1	.....	.....	1	1
	Linz		.....	.....	.....	1	3	.....	.....	4	4
	Salzburg		.....	.....	.....	.....	2	.....	.....	2	2
	Wien		.....	.....	1	2	5	.....	.....	8	7
	Technischer Umlauf (Reserve)		.....	.....	.....	.....	5	.....	.....	5	5
	Summe 11...		.....	.....	1	3	24	.....	.....	28	29
64	**Bauten und Technik:**										
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens		.....	1	.....	.....	.....	.....	.....	1	1

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 2001	Summe 2000
		Passagier- und Transport-schiffe	Spezial-wasser-fahr-zeuge	Innen-bord-	Außen-bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen-bordmotor		
				Motorboote				
11	**Inneres:**							
1100	Zentralleitung	.....	1	.....	.....	3	4	4
1130	Bundespolizei	.....	.....	9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie	.....	.....	46	3	22	71	71
	Summe 11...	.....	1	55	6	41	103	103
12	**Bildung und Kultur:**							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
	Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt	.....	.....	.....	.....	1	1	1
14	**Wissenschaft:**							
1420	Universitäten:							
	Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 1420...	.....	.....	.....	.....	2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
	Universität Wien, Institut für Ökologie u. Naturschutz	.....	1	.....	.....	.....	1	1
	Summe 14...	.....	1	.....	.....	2	3	3
50	**Finanzverwaltung:**							
5040	Dienststellen:							
	Zollwachegeneralinspektorat	.....	.....	5	.....	2	7	7
60	**Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:**							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	.....	.....	3	2	7	12	12
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:							
	Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach	.....	.....	.....	.....	1	1	1
	Summe 60...	.....	.....	3	2	8	13	13
65	**Verkehr, Innovation und Technologie:**							
6501	Schifffahrtspolizei	.....	.....	2	.....	16	18	18
	- Schleppschiffe	.....	16	.....	.....	.....	16	16
	Summe 6501...	.....	16	2	.....	16	34	34
6541	Wasserstraßendirektion:							
	Donau - March - Thaya	.....	.....	.....	.....	3	3	3
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe	.....	3	.....	.....	.....	3	3
	Summe 6541...	.....	3	.....	.....	3	6	6
	Summe 65...	.....	19	2	.....	19	40	40

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
01	Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
021	Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
022	Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion.
024	Abweichend vom Fahrzeugplan stehen derzeit nur 5 Personenkraftwagen der Kategorie III, davon 2 Personenkraftwagen als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke, in Verwendung, da der Zweite Präsident des Nationalrates und der Parlamentsdirektor auf den ihnen laut Fahrzeugplan jeweils zustehenden Personenkraftwagen verzichten.
1130	In den ausgewiesenen 520 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten.
1151	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1241	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist.
1270	Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1280	In den ausgewiesenen 8 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 7 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 6 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf.
1281	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
1282	Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
1420	Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 50 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 22 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (3), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7), für die Universität Klagenfurt (1) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind.
1790	Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
1795	In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren für die Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling enthalten; weiters wird ein Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
302	Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen.
3030	Bei den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 24 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(1) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg.
401	Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen.
5040	Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates; weiters werden 25 Fahrzeuge im Rahmen der Schwarzarbeiterbekämpfung eingesetzt.
5071	Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt.
6000	Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
6050	In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 26 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (5) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind.
6051	In den ausgewiesenen 37 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 33 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14), für das Bundesamt für Agrarbiologie in Linz (3), für die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (11) sowie für die Bundesanstalt für Landtechnik (5) vorgesehen sind.
6072	In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind.
6093	In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
6096	In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhube (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.

IV. Anmerkungen

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
6562	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge
(entfällt)

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachenverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 310 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Anlage II zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001

Stellenplan

für das Jahr

2001

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

72B040

Anlage II zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2001

Stellenplan

für das Jahr

2001

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

Stellenplan für das Jahr 2001

Inhaltsverzeichnis

Teil I. Allgemeiner Teil . . . 215

Teil II. Planstellen für Bundesbedienstete

Abschnitt A Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei . . . 222
02 Parlamentsdirektion . . . 223
03 Verfassungsgerichtshof . . . 224
04 Verwaltungsgerichtshof . . . 225
05 Volksanwaltschaft . . . 227
06 Rechnungshof . . . 228
10 Bundeskanzleramt . . . 229
11 Inneres . . . 232
12 Bildung und Kultur . . . 239
14 Wissenschaft . . . 261
15 Soziale Sicherheit und Generationen . . . 267
17 Gesundheit . . . 269
20 Äußeres . . . 274
30 Justiz . . . 277
40 Militärische Angelegenheiten . . . 283
50 Finanzverwaltung . . . 288
60 Land-, Forst und Wasserwirtschaft . . . 293
63 Wirtschaft und Arbeit . . . 306
64 Bauten und Technik . . . 310
65 Verkehr, Innovation und Technologie . . . 314
70 Öffentliche Leistung und Sport . . . 319

Teil VI. Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden . . . 321

Teil VII. Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist . . . 326

Teil 1. Personal des Bundes, das für Dritte leistet . . . 327

Teil 2. Lebende Subventionen . . . 341

Anlagen zum Stellenplan 2001 . . . (1)

Anlagen A Übersichten zu den Teilen II.A, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien . . . (2)
Anlagen B Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts) . . . (8)
Anlagen B1 Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen) . . . (11)
Anlage C Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988 . . . (17)
Anlage C1 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989 . . . (18)
Anlagen C2 Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990 . . . (20)
Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980 . . . (23)
Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989 . . . (24)
Anlagen D2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990 . . . (25)
Anlagen E Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts . . . (30)
Anlagen F Summarische Übersichten des Stellenplanes . . . (48)
Anlage G Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr (Teil V) . . . (62)

Erläuterungen zum Stellenplan 2001 . . . (64)

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:

a) Den Allgemeinen Teil (Teil I.),
b) das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II.A),
c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
d) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII),
e) den Annex zum Stellenplan mit dem Teil 1 Personal des Bundes, das für Dritte leistet und Teil 2, Lebende Subventionen.

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemen I und II ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete sowie für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 4 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, dass die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für Lehrlinge sind Planstellen für Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

Die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen während der gesetzlichen Behaltefrist bedarf keiner Planstellenbindung.

2. Besetzung von Planstellen

Planstellen dürfen nur insoweit besetzt werden, als dadurch die Einhaltung des budgetierten Personalaufwandes gewährleistet ist.

3. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 5 sowie des Punktes 8 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom jeweiligen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(2a) Weiters können Vertragsbedienstete gemäß Absatz 1 letzter Satz für die Dauer eines dem Bundesverfassungsgesetz über die Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, unterliegenden Einsatzes aufgenommen werden, wenn die Bundesregierung die Teilnahme von Einzelpersonen an einem derartigen Einsatz beschlossen und der Hauptausschuss des Nationalrates dem betreffenden Einsatz zugestimmt hat. Dies gilt auch für die Aufnahme von örtlichem Hilfspersonal.

I. Allgemeiner Teil

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 600 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche '1420 Universitäten' und '1430 Universitäten der Künste' die in den Planstellenbereichen '1421 Universitäten - zweckgebundene Gebarung' und '1431 Universitäten der Künste - zweckgebundene Gebarung' dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(6) Durch die Absätze 2 bis 5 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

4. Bindung von Planstellen

(1) Folgende Bindungen von Planstellen sind zulässig:

1. Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, SI1 und FI1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MBO1, MBO2, MBUO1, MBUO2, MZO1, MZO2, MZUO1 und MZUO2 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

2. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete und Vertragslehrer der Entlohnungsschemen IL und IIL können mit Vertragsbediensteten beziehungsweise Vertragslehrern einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

3. Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen v4 und v5 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen h3 bis h5 und umgekehrt besetzt werden.

4. Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit Lehrlingen besetzt werden.

5. Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3 sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

6. In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrungsfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

7. Für Bundesbedienstete der Entlohnungsgruppen a bis e sowie p1 bis p5, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Entlohnungsgruppen v1 bis v5 sowie h1 bis h5 zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bediensteten zugewiesen sind.

8. Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MB01, MB02, MBU01 und MBU02 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5, v1 bis v5 und h1 bis h5 nach Maßgabe des § 65 Abs. 4 VBG 1948 besetzt werden. Dies gilt für Planstellen für ADV-Bedienstete sinngemäß.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich auch mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder die einer niedrigeren Gehaltsgruppe angehören, oder mit Richteramtsanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für Ordentliche Universitäts-(Hochschul-)professoren und für Außerordentliche Universitätsprofessoren können auch mit Universitätsprofessoren gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993 oder mit Vertragsprofessoren (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948), besetzt werden.

Für Universitäts-(Hochschul-)dozenten (§ 170 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) und Vertragsdozenten (§ 55 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) sind Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Für Beamte des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten oder Universitäten der Künste (§§ 141b und 257 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) sind Planstellen der Verwendungsgruppe A1 oder Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)assistenten zu binden.

Freie Planstellen für Vertragsprofessoren an den Universitäten der Künste können mit in öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnissen stehenden Personen besetzt werden, die gemäß § 247f Abs. 2 oder 4 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 zum Ordentlichen Universitätsprofessor übergeleitet werden.

Freie Planstellen für Universitätsassistenten an den Universitäten der Künste können mit Bundes- oder Vertragslehrern besetzt werden, wenn eine entsprechende Widmung gemäß § 247f Abs. 5 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 vorliegt.

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichwertiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 und PF1 bis PF8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 und PF1 bis PF9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e, p1 bis p5, v1 bis v5 sowie h1 bis h5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

die Verwendungsgruppe A1 sowie die Entlohnungsgruppen a und v1 der Verwendungsgruppe PT1, PT2, PF1 oder PF2,

die Verwendungsgruppe A2 sowie die Entlohnungsgruppen b und v2 der Verwendungsgruppe PT2, PT3, PT4, PF2, PF3 oder PF4,

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen c und v3 der Verwendungsgruppe PT5, PT6, PF5 oder PF6,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen d und v4 der Verwendungsgruppe PT7, PT8, PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen e und v5 der Verwendungsgruppe PT9 oder PF9,

die Verwendungsgruppe A3 sowie die Entlohnungsgruppen p1 und h1 der Verwendungsgruppe PT6 oder PF6,

die Verwendungsgruppe A4 sowie die Entlohnungsgruppen p2 und h2 der Verwendungsgruppe PT7 oder PF7,

die Verwendungsgruppe A4 oder A5 sowie die Entlohnungsgruppen p3 und h3 der Verwendungsgruppe PT7, PT8, PF7 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A6 sowie die Entlohnungsgruppen p4 und h4 der Verwendungsgruppe PT8 oder PF8,

die Verwendungsgruppe A7 sowie die Entlohnungsgruppen p5 und h5 der Verwendungsgruppe PT9 oder PF9
entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K1 bis K5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K1 bis K6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A2, A3 oder A4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d, v2 bis v4 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, dass

- die Verwendungsgruppe A2 der Verwendungsgruppe K1 oder K2,
- die Verwendungsgruppe A3 der Verwendungsgruppe K3, K4 oder K5 und
- die Verwendungsgruppe A4 oder A5 der Verwendungsgruppe K6 und
- die Entlohnungsgruppen b und v2 der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
- die Entlohnungsgruppen c und v3 der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
- die Entlohnungsgruppen d und v4 der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen des Bediensteten entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil dieses Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, von einem Bundesministerium im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

Diese Bestimmung ist weiters nicht anzuwenden in der Zeit vom 1. September 1999 bis zum 31. Jänner 2001 für Arbeitsleihverträge im Zusammenhang mit der österreichischen OSZE-Präsidentschaft 2000.

(8) Für Verträge mit Einzelpersonen, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen und einem Dienstvertrag oder freien Dienstvertrag entsprechen, ist eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Leistungen entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil des betroffenen Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung gilt nicht bei Dienststellen, die die Flexibilisierungsklausel gemäß §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes anwenden.

(9) Ausgeschlossen sind
a) die Bindung freier Planstellen des Teiles VI des Stellenplanes und
b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II.A des Stellenplanes vorzusorgen ist und
c) die Bindung freier Planstellen aus dem Annex zum Stellenplan.

(10) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II.A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II.A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II.A gebunden werden.

(11) Von den in den Teilen II.A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur dürfen insgesamt bis zu 205 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

5. Aufnahme von Ersatzkräften

(1) Für einen Bundesbediensteten, der
a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,

b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs.1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhält,

c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,

d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,

e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl.Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,

f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs.3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,

g) Zivildienst leistet,

h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,

i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlass einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,

j) für einen Beamten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder für einen Vertragsbediensteten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach § 20 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 in Verbindung mit den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 herabgesetzt ist,

k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt oder

I. Allgemeiner Teil

1) für eine Tätigkeit im Rahmen eines von einer zwischenstaatlichen Einrichtung, der Österreich angehört, getragenen Projekts zu einer außerhalb dieser gelegenen Einrichtung gemäß § 39a Abs. 1 Z 4 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 oder gemäß § 6a Abs. 1 Z 4 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 entsendet ist,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Entsendung, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Dies gilt jedoch nicht für Lehrlinge während der gesetzlichen Behaltefrist.

Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter, für einen Beamten der Verwendungsgruppe W1, W2, E1, E2a, E2b oder E2c ein provisorischer Beamter der Verwendungsgruppe E2c aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Für eine beamtete Lehrerin, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragslehrer aufgenommen werden.

(4) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(5) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem in Absatz 1 oder 4 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II.A für das Kapitel '30 Justiz' festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes erster Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) oder ein Richter eines Bezirksgerichtes (§ 77 Abs. 8 RDG) oder ein Staatsanwalt der Gehaltsgruppe St 1 ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden. Bei Inanspruchnahme dieser Bestimmung ist eine Ersatzaufnahme nach Absatz 1 letzter Absatz ausgeschlossen.

(6) Für einen der im § 154 Z 1 lit. a oder Z 2 lit. a des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 genannten Universitäts-(Hochschul-)professoren oder für einen Vertragsprofessor (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) der aus einem der in Abs. 1 oder 3 genannten Gründe vom Dienst abwesend ist oder gemäß § 160 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 gegen Entfall der Bezüge freigestellt ist, kann auch ein Vertragsassistent aufgenommen werden.

(7) Für ein Mitglied des Unabhängigen Bundesasylsenates, das aus einem in Absatz 1 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann ein weiteres sonstiges Mitglied ernannt werden, wenn dadurch die Zahl der festgesetzten Jahresarbeitsleistungen nicht überschritten wird.

6. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

7. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder

niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 v.H. ist dem Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundesministers für öffentliche Leistung und Sport.

b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport und dem Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 v.H. der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.

c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teile des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

9. Befugnisse bestimmter Oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

10. Organisationsänderungen

Der Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat. In gleicher Weise kann der Stellenplan einer Änderung der Geschäftseinteilung und einem daraus resultierenden Bewertungsverfahren nach den §§ 137, 143 und 147 BDG 1979 angepasst werden, wenn sich daraus keine Kostenerhöhung und keine Planstellenvermehrung ergibt. Die Anpassung bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

222 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	6	14	3			26
A4									9		9
										Summe ...	59

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v2			1			1			2
v3					3				3
v4						3			3
							Summe ...		10

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						4	4
					Summe ...		4

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB01 4010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 01...	**59**	**10**	**4**	**14**		**73**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	34	14					* 72
A2			3	7	8	15					33
A3		1	2	9	7	15	12	10	10	5	71
A4								10	18	22	* 50
A5								4	2	22	28
A6										25	25
										Summe ...	279

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			2	20	3	4			* 29
v2			1	2	9	1			13
v3				5	2	5	5		17
v4					7	18			* 25
								Summe ...	84

Von den Bediensteten der Verwendungs-/Entlohnungsgruppe A1/v1 sind 41 Planstellen und von den Bediensteten der Verwendungs-/Entlohnungsgruppe A4/v4 sind 12 Planstellen gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		2	1		1				4

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h4						9	9
						Summe ...	12

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 MB02 4010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 02...	**279**	**88**	**12**	**100**		**379**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2						4	1				5
A3					1	1	15			1	18
A7										2	2
										Summe ...	42

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					12				12
v2					2				2
v3					9	2	1		12
v4						1	6		7
								Summe ...	33

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						5	5
						Summe ...	5

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 PF7 6500

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 03...	**42**	**33**	**5**	**38**		**80**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	1	4		14		1	21
A2					1	1		2	3		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
										Summe ...	45

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						11			11
v2						1	1		2
v3					2	6			8
v4						25	3		28
v5								7	7
								Summe ...	56

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					1		1
h3						2	2
h4						9	9
						Summe ...	12

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

(Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	* 49
Summe	63

Von den Hofräten des Verwaltungsgerichtshofes ist 1 Planstelle für den vorübergehenden Bedarf vorgesehen.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
2 UAss 1420
2 v4 4010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 04...	**108**	**56**	**12**	**68**		**176**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	17							25
A2				2	5						7
A3					2	8					10
										Summe ...	42

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
v4					2				2
								Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 05...	**42**	**3**		**3**		**45**

228 **STELLENPLAN 2001**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	65					195
A2		4	65								69
A3		1	2	1	8	22	8			1	43
A4									10	6	16
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	328

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4							3		3
v5								2	2
								Summe ...	5

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						12	12
						Summe ...	12

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 06...	**328**	**5**	**12**	**17**		**345**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	4	12	28	13	38	65	28			191
A2		1	19	17	31	27	11	21	3	1	131
A3		1	2	1	13	10	23	41	8	12	111
A4								2	1	7	10
A5									2	9	11
A6										4	4
										Summe ...	458

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			3	2	18	7			30
v2			4	2	5	11	3		25
v3				1	7	57	25		90
v4					17	43	14		74
v5								11	11
								Summe ...	230

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	9	25	4	9				48

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2					3		3
h3						5	5
h4						14	14
h5						6	6
						Summe ...	29

230 **STELLENPLAN 2001**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

1000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		18

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 v1	1008	1 UAss	1420	1 A1	1010
1 v2	1008	2 MB01	4010	1 v3	1010
		1 A1	6300	2 A1	2000/2010
				1 v1	2000/2010
				1 v3	2000/2010
				1 A2	6500

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1000...	458	278	29	307	18	783

1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	35						37
A2			1		12						13
A3						1	2	2	1	4	10
A4									20	4	24
A6										1	1
										Summe ...	85

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1								1	1
v2								1	1
v4						3			3
								Summe ...	5

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 v1	1000
1 v2	1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1008...	85	5		5		90

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		4	2	1	9	14		31
A2						10	7	10			27
A3					1		10	22	4	2	39
A4								1	3	4	8
A5									1	2	3
A6										1	1
										Summe ...	109

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1			1
v3					2	1			3
v4						11			11
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe				übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe	4	3	2	1		
h3					1	1
h4					1	1
h5					5	5
					Summe ...	7

	Summe
Lehrlinge	4

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1000
1 v3 1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1010...	109	15	7	22	4	135
Gesamtsumme 10...	**652**	**298**	**36**	**334**	**22**	**1.008**

232 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	11	13	20	57	62	14	8	1	190
A2		2	2	70	127	60	18	11	4		294
A3		1	2	8	22	22	55	96	28	16	250
A4								12	17	12	41
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										8	8
										Summe ...	795

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					5	7	3		15
v2				11	10	1	3		25
v3				1	28	34	17		80
v4					8	176	12		196
								Summe ...	316

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	11	18	12	20	11	5		78

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2					32		32
h3						9	9
h4						16	16
						Summe ...	59

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A1 1130
1 A3 1130

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1100...	795	394	59	453		1.248

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	20	27	25	41	50	102	98	369
A2			4	10	28	87	109	97	19	17	371
A3			3	9	42	123	231	132	275		815
A4								177	40	69	286
A5								2	9		11
A6										12	12
A7										24	24
										Summe ...	1.888

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							15		15
v2					4	4	4		12
v3					8	7	71		86
v4					423	175			598
v5								49	49
								Summe ...	760

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				3	1		4
h2			3	12	6		21
h3						53	53
h4						14	14
h5						244	244
						Summe ...	336

		Summe
Lehrlinge		90

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	1	1	6	17	21	31	27	18	56	21	12		* 211
E2a					85	172	306	352	1.073	547	66		* 2.601
E2b												7.297	* 7.297
E2c												145	* 145
												Summe ...	10.254

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB II aufgenommen werden.

Exekutivdienst - KRD	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			3	5	13	13	18	21	22	7			* 102
E2a					45	239	389	208	391	1.119			* 2.391
												Summe ...	2.493

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 v2 bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A1	1100
1 A3	1100
1 E2b	6500

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1130...	14.635	760	336	1.096	90	15.821

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a												22	22
E2b												177	177
												Summe ...	199

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1131...	199					199

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1								1
A3							2	8	5	9	24
A4									10	23	33
										Summe ...	58

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							21		21
v4					12	29	5	* 868	914
(I/R)								5	5
								Summe ...	940

Von den v4 sind 868 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					6		6
h2			12	15	36		63
h3						9	9
h4						41	41
h5						469	469
(II/R)						37	37
						Summe ...	625

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1140 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	3	11	11	39	32	68	81	95	63			* 406
E2a					225	364	671	1.249	1.294	746	1.648		* 6.197
E2b												6.929	* 6.929
												Summe ...	13.532

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(GL)
können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung(VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können
bis zu 30 v3 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3)
aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b können
bis zu 70 v4 bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes
(VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung
aufgenommen werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1140...	13.590	940	625	1.565		15.155

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v3							24		24
								Summe ...	24

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42		77
E2b												213	213
												Summe ...	290

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1141...	290	24		24		314

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1	2	3	2	9	1		2	20
A3						2	3	5	1		11
A4								1	1		2
A5										1	1
										Summe ...	34

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1150 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					2	3			5
v3					3	3	2		8
v4					4	8	7		19
							Summe ...		35

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					19		19
h3						7	7
h4						25	25
h5						9	9
					Summe ...		60

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1150...	34	35	60	95		129

1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1			1
v4						2	1		3
							Summe ...		4

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

1151 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						2	2
h4						2	2
h5						3	3
					Summe ...		7

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1151...	2	4	7	11		13

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	7	7	12		28
A2				6	34						40
A3						1	1	10	1	5	18
A4								19			19
										Summe ...	105

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							2		2
v2				1					1
v4					18	11			29
							Summe ...		32

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1152...	105	32		32		137
Gesamtsumme 11...	**29.650**	**2.189**	**1.087**	**3.276**	**90**	**33.016**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

12 Bildung und Kultur

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	6	5	19	38	42	53	63	2	1	* 230
A2		1	5	17	29	33	37	16	2	2	* 142
A3		1		1	8	9	17	13	11	12	* 72
A4								4	8	1	* 13
A5										3	3
										Summe ...	460

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				2	4	7			13
v2				5	22	3	1		31
v3				3	17	20	35		* 75
v4					37	23	27		* 87
								Summe ...	206

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		6							6

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						3	3
h4						1	1
h5						4	4
						Summe ...	12

Lehrlinge	Summe
	15

Davon für das Zentrum für Schulentwicklung: 10A1, 1A2, 4A3, 1A4, 1v3, 2v4,

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1200...	460	212	12	224	15	699

240 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3								1			1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
v4						2			2
(I/R)								6	6
								Summe ...	9

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1240...	2	9		9		11

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						4	1				5
A3								3	1	1	5
A4									1	3	4
A5								1		6	7
										Summe ...	21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						2	3		5
v4							1		1
								Summe ...	6

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1241 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				2	5		7
h3						16	16
h4						26	26
						Summe ...	49

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1241...	21	6	49	55		76

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								11			11
										Summe ...	11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						12			12
								Summe ...	12

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1242...	11	12		12		23

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								4	10	9	23
A2							2	4	2	1	9
A3								1	1	1	3
A6										1	1
										Summe ...	36

242 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1243 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v2					1	4	10		15
v3						2	18		20
v4					2	3	1		6
								Summe ...	45

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					1		1
h4						9	9
h5						5	5
						Summe ...	15

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								11	11
								Summe...	11

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1243...	47	45	15	60		107

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	1	4	4	14	37		62
A2					1	3	1	8	1		14
A3					1	1	4	5	2	1	14
A4									1	5	6
A5										3	3
										Summe ...	99

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1244 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				1			30		31
v2					1	39			40
v3				3	26	32	16		77
v4					3	67	4		74
v5								67	67
								Summe ...	289

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2				28			28
h4						4	4
						Summe ...	33

	Summe
Lehrlinge	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1244...	99	289	33	322	3	424

1246 Nationalbibliothek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		1	9		9	11	31		62
A2					1	1	6	38			46
A3					1	1		16	11		29
										Summe ...	137

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							28		28
v2						37			37
v3				1	2	6	37		46
v4						52	2		54
								Summe ...	165

1246 (Fortsetzung)

Vertragsbedienstete mit AOV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	1	3	2				7

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				3	1		4
h5						1	1
						Summe ...	5

	Summe
Lehrlinge	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1246...	137	172	5	177	2	316

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1	10	2	17	39		70
A2						1	2	9		2	14
A3					1			2	3		6
A4									2		2
A5										4	4
A6										2	2
										Summe ...	98

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							33		33
v2						18	1		19
v3						14	14		28
v4					2	18	8		28
								Summe ...	108

Vertragsbedienstete mit AOV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			1		1				2

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1247 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
h5						1	1
						Summe ...	4

		Summe
Lehrlinge		1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1247...	98	110	4	114	1	213

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	5	4	16	14	17	117	1	* 178
A2			4	19	31	55	84	121	16	3	333
A3					1	20	20	78	27	12	158
A4								3	35	3	41
A5									5	2	7
A6										2	2
A7										4	4
										Summe ...	723

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						10	26		36
v2				4	33	91	19		147
v3				3	19	57	102		181
v4					21	101	48		170
v5								15	15
								Summe ...	549

246 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1260 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					1		1
h4						9	9
h5						20	20
						Summe ...	30

		Summe
Lehrlinge		22

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA								1	1
L1								1	1
L2								9	9
							Summe...		11

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v3 1294

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1260...	1.075	549	30	579	22	1.676

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1270 Allgemein bildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3			2		5	68	20				95
A4								32	75	5	112
A5										1	1
A6										48	48
A7										15	15
										Summe ...	272

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3				6	139		4		149
v4					15	182			197
(I/R)								75	75
								Summe ...	421

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h4						208	208
h5						704	704
						Summe ...	915

		Summe
Lehrlinge		2

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	322						2	10.552	10.876
L2								372	372
L3								2	2
								Summe...	11.250

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1270...	11.522	421	915	1.336	2	12.860

248 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1	1		1		3
A3							1	1	3	1	6
A4								1	1	7	9
A5										4	4
A6										1	1
										Summe ...	23

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1	1		2
v3						3	8		11
v4					1	2	8		11
(I/R)								3	3
								Summe ...	27

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			3	2	16		21
h3						13	13
h4						58	58
h5						44	44
						Summe ...	136

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	4			4			4	156	168
L2								12	12
								Summe...	180

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1271...	203	27	136	163		366

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2				2
A3									1	1	2
A4								1	1	4	6
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	15

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							1		1
v2					2	1			3
v3						4	8		12
v4					1	2	2		5
(I/R)								1	1
								Summe ...	22

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						1	1
h4						18	18
h5						23	23
						Summe ...	46

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	2						2	12	16
L2								58	58
								Summe...	74

250 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1274 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw.(Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)		1	1	1		1	2
K4 (k4)		1	1	5		5	6
Summe...		2	2	6		6	8

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1274...	91	28	46	74		165

1276 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3							1	3			4
A4									2		2
A6										3	3
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						7	3		10
v4						5			5
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					4		4
h3						3	3
h4						25	25
h5						18	18
						Summe ...	50

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1276 (Fortsetzung)

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte
L1			10					2	12
L2								17	17
Summe...									29

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1276...	38	15	50	65		103

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst / Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe 9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Summe Beamte
A1							1		1		2
A2						9	11	28	4	12	64
A3						2		22	27	8	59
A4								18	21	29	68
A5								1	1	11	13
A6										19	19
A7										7	7
Summe ...											232

Verwaltungsdienst / Entlohnungsgruppe	Bewertungsgruppe 7	6	5	4	3	2	1	übrige VB	Summe VB I
v1							2		2
v2					9	23	18		50
v3					11	52	103		166
v4					9	107	26		142
(I/R)								26	26
Summe ...									386

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe 1	2	3	4	5	6	7	übrige VB/SV	Summe VB/SV
					1				1

252 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1280 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					53		53
h3						15	15
h4						113	113
h5						315	315
						Summe ...	496

		Summe
Lehrlinge		22

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	63				175			2.939	3.177
L2					2			870	872
								Summe...	4.049

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)				3		3	3
K4 (k4)		1	1	1		1	2
Summe...		1	1	4		4	5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1280...	4.282	391	496	887	22	5.191

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							6	6	10		22
A3					1	2		9	2	2	16
A4								4	9	6	19
A5										1	1
A6										9	9
A7										7	7
										Summe ...	74

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1281 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					8	11	23		42
v3				2	7	50	20		79
v4					6	57	11		74
(I/R)								16	16
								Summe ...	211

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					2		2
h3						3	3
h4						71	71
h5						183	183
						Summe ...	259

		Summe
Lehrlinge		10

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	6							20	26
L1	138					5		1.695	1.838
L2	33					101		766	900
								Summe...	2.764

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1281...	2.838	211	259	470	10	3.318

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3				1	3	10	20				34
A4								5	28		33
A6										7	7
A7										1	1
										Summe ...	75

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1282 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v3				2	65		3		70
v4					12	66			78
(I/R)								26	26
								Summe ...	174

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h4						56	56
h5						190	190
						Summe ...	246

	Summe
Lehrlinge	3

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	120							2.820	2.940
L2								215	215
								Summe...	3.155

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1282...	3.230	174	246	420	3	3.653

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3								2			2
A4									3	1	4
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	13

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1286 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					1	3	4		8
v4						3			3
								Summe ...	11

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h3						2	2
h4						30	30
h5						22	22
						Summe ...	57

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1			4					19	23
								Summe...	23

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe	übrige	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	summe
K2 (k2)		1	1				1
K4 (k4)		2	2	1		1	3
Summe...		3	3	1		1	4

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1286...	39	12	57	69		108

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1	1			2
A2						4	7	1	16		28
A3							2	11	2	2	17
A4									2	2	4
A5								1	1	1	3
										Summe ...	54

256 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1290 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v2				1	2		13		16
v3					1	24	9		34
v4					7	10	16		33
(I/R)								7	7
								Summe ...	90

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h2					2		2
h4						15	15
h5						27	27
						Summe ...	44

Lehrlinge	Summe
	7

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	23				56			427	506
L1								530	530
								Summe...	1.036

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Summe 1290...	1.090	90	44	134	7	1.231

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3						1	3				4
A4									5	5	10
A6										3	3
										Summe ...	18

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1291 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3				1	11	2	2		16
v4					3	12			15
(I/R)								6	6
								Summe ...	37

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						42	42
h5						28	28
						Summe ...	70

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	35				30			192	257
L2						1		224	225
								Summe...	482

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1291...	500	37	70	107		607

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	2	1	3	7
A3								4		1	5
A4								1	1		2
A5									1	2	3
										Summe ...	17

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1	5		6
v3					1	6	2		9
v4						3	2		5
								Summe ...	20

258 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1292 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
h5						7	7
						Summe ...	10

		Summe
Lehrlinge		5

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	4				12			8	24
L1								20	20
								Summe...	44

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1292...	61	20	10	30	5	96

1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2										2	2
A3								2			2
A5										2	2
A6										2	2
										Summe ...	8

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1				1
v3					3	11	5		19
v4					2	2	9		13
(I/R)								2	2
								Summe ...	35

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1293 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h3						1	1
h4						15	15
h5						7	7
						Summe ...	26

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	4				10			5	19
								Summe...	19

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1293...	27	35	26	61		88

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							3	4			7
A3							2	2	10		14
A4										1	1
										Summe ...	22

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						2	20		22
v4						5	4		9
								Summe ...	31

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						3	3
						Summe ...	3

260 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1294 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	22				45			15	82
L1								51	51
								Summe...	133

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 v3 1260

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1294...	155	31	3	34		189
Gesamtsumme 12...	**26.026**	**2.896**	**2.506**	**5.402**	**92**	**31.520**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

14 Wissenschaft

1400 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	1	5	28	3	28	38	42			147
A2			3	17	23	44	3	2	1		93
A3		1			1	7	7	15	1	4	36
A4										4	4
A5										3	3
										Summe ...	283

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					3	9	1		13
v2					6	1	2		9
v3					2	13	9		24
v4					1	37	4		42
								Summe ...	88

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	9	3	2				17

		Summe
Lehrlinge		6

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
3 A1	1420	5 UAss (1A1/7, 1A1/6 und 3A1/4)	1420	1 v4	6500
1 A2	1420				
1 v1	1420				
1 v4	1420				
		3 v2	1420		
		2 v3	1420		

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1400...	283	105		105	6	394

262 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	5	11	14	21	64	398	66	581
A2		1	9	29	31	49	184	381	64	113	861
A3					4	40	224	159	62	7	496
A4								21	10	46	77
A5								6	10	24	40
A6										7	7
										Summe ...	2.062

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	15	216		* 232
v2				1	112	660	731		* 1.504
v3					682	948	208		* 1.838
v4					34	296	438		* 768
v5								15	15
								Summe ...	4.357

Von den v1 und den v2 sind je 3 Planstellen, und von den v3 ist
1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.
69 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.
Von den 768 v4-Planstellen müssen mindestens 157 Planstellen
mit jugendlichen VB besetzt werden.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	14	43	126	72	104	8	2		369

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			3	11	20		34
h2			25	60	51		136
h3						28	28
h4						258	258
h5						18	18
						Summe ...	474

		Summe
Lehrlinge		304

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1420 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1		12						184	196
L2								16	16
								Summe...	212

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 1.850
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.345
Summe...	8.195

Hievon 12 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		94	94	104		104	198
K4 (k4)				21		21	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	139		139	250

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
3 v1	3030
18 A1	3030

abzüglich f.	PST-Bereich
2 UAss	0400
1 UAss	1000
1 v1	1400
3 v2	1400
2 v3	1400
1 v4	1400

abzüglich f.	PST-Bereich
3 A1	1400
1 A2	1400
5 UAss (1A1/7, 1A1/6 und 3A1/4)	1400

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1420...	10.580	4.865	474	5.339	304	16.223

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	7	3	22	104		143
A2					1	2	9	30			42
A3						1	16	6	5		28
A4										1	1
A5										1	1
										Summe ...	215

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1		28		29
v2					3	18	2		23
v3					15	41	15		71
v4						2	10		* 12
								Summe ...	135

Von den 12 v4-Planstellen müssen mindestens 4 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	1	2	4	5	5	6			23

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
4 v4 4010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1424...	215	158		158		373

1430 Universitäten der Künste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						6	7	5	11	1	30
A2				1	4	8	21	21	2	1	58
A3						1	14	19	4		38
A4									3	6	9
A5										1	1
A6										3	3
										Summe ...	139

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1430 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1						3	31		34
v2					14	44	51		109
v3					19	67	34		120
v4					1	24	77		* 102
v5								4	4
								Summe ...	369

Von den 102 v4-Planstellen müssen mindestens 27 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
		6		6	15				27

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h1			1	3	4		8
h2			1	3	13		17
h3						18	18
h4						67	67
h5						7	7
						Summe ...	117

Lehrlinge	Summe
	16

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1								61	61
								Summe...	61

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1430 (Fortsetzung)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	* 482
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	210
Summe...	692

Von den 482 Planstellen der Universitätsprofessoren dürfen 69 nur mit Vertragsprofessoren besetzt werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1430...	892	396	117	513	16	1.421
Gesamtsumme 14...	**11.970**	**5.524**	**591**	**6.115**	**326**	**18.411**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

15 Soziale Sicherheit und Generationen

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	5	18	27	51	59	96	59	3	2	324
A2		1	11	29	53	72	29	8	1		204
A3		1		1	4	11	13	46	8	8	92
A4									1	5	6
A5										2	2
A6										1	1
										Summe ...	629

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1	2	31	19	4		57
v2			7	13	32	9			61
v3				2	11	60	18		91
v4					3	16	8		27
(I/R)								4	4
								Summe ...	240

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	4	1					8

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
4 A1 2000/2010
3 v1 2000/2010
4 I/R 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1500...	629	248		248		877

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	3	4	7	29	21	47	98	210
A2		1	2	6	2	60	91	139	2		303
A3					3	1	9	51	5	38	107
A4								2	3	12	17
A5								1		12	13
										Summe ...	650

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	26		28
v2					16	36			52
v3					1	15	27		43
v4						9			9
								Summe ...	132

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					2		2
						Summe ...	2

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				5		5	5
K5 (k5)		1	1				1
Summe...		1	1	5		5	6

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1570...	651	137	2	139		790
Gesamtsumme 15...	**1.280**	**385**	**2**	**387**		**1.667**

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

17 Gesundheit

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	19	10	8	48
A2					2	1	34	20			57
A3						6	8	1	1		16
										Summe ...	121

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1	15		16
v2				1	16	8	1		26
v3					12	2	4		18
v4					7	1			8
								Summe ...	68

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						9	9
						Summe ...	10

Lehrlinge	Summe
	5

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe	übrige Beamte	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Gesamtsumme
K2 (k2)				3		3	3
K6 (k6)				1		1	1
Summe...				4		4	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1790...	121	72	10	82	5	208

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1791 Bundesinstitut für Arzneimittel

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	1	4	3	11	3	29
A2							13	2			15
A3								1			1
A4								1			1
										Summe ...	46

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1		9		10
v2					6	3			9
v3						8			8
v4					9				9
								Summe ...	36

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						3	3
h4						5	5
						Summe ...	8

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)		1	1	2		2	3
K6 (k6)		1	1	3		3	4
Summe...		2	2	5		5	7

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1791...	48	41	8	49		97

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	6	2	1	8	2		20
A2				1	5		2		1		9
A3						1	1	6	3		11
A4								2	1		3
A5									1		1
A6										5	5
										Summe ...	49

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	4	11		16
v2				1	6	2			9
v3					3	4	5		12
v4					21	4			25
								Summe ...	62

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
h2				1			1
h3						10	10
h4						15	15
						Summe ...	27

	Summe
Lehrlinge	4

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1793 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		27	27	36		36	63
K5 (k5)				1		1	1
K6 (k6)		2	2	16		16	18
Summe...		29	29	53		53	82

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1793...	78	115	27	142	4	224

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5		15	1	27
A2							19	3	4		26
A3							6	2	1	5	14
A4								2		2	4
A6										1	1
										Summe ...	72

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							8		8
v2					8	5			13
v3					1	15	8		24
v4					13	4	3		20
								Summe ...	65

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	2		3
h3						8	8
h4						11	11
						Summe ...	22

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

1795 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		9	9	8		8	17
K5 (k5)		1	1	1		1	2
K6 (k6)		11	11	15		15	26
Summe...		21	21	24		24	45

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1795...	93	89	22	111		204

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5	2	7
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1							24		24
								Summe ...	24

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1796...	7	24		24		31
Gesamtsumme 17...	**347**	**341**	**67**	**408**	**9**	**764**
Gesamtsumme 15+17...	**1.627**	**726**	**69**	**795**	**9**	**2.431**

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	14	43	57	57	81	149	30		1	437
A2		5	8	67	76	31	15	5			207
A3		1			5	7	12	36	10	9	80
A4									1		1
A5									2	3	5
A7										2	2
										Summe ...	732

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					3	16	32		51
v2				3	42	12			57
v3				1	73	201	116		391
v4					174	35	2		211
v5								42	42
								Summe ...	752

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		2	5		12	1	4		24

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

2000 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						5	5
h4						14	14
h5						4	4
						Summe ...	23

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
2 A1	1000	12 MB02	4010	1 A2	2030
1 v1	1000	1 A1	4010		
1 v3	1000	2 MBU01	4010		
4 A1	1500	1 A4	4010		
3 v1	1500	2 A1	6000		
4 I/R	1500	1 A2	6000		
1 v4	3000	1 A4	6000		
1 A4	4000	1 v1	6000		
3 MB01	4010	1 I/R	6000		
		2 v1	6500		
		1 v4	6500		

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 2000...	732	776	23	799		1.531

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	6	3	1	6				17
A2					6	3					9
A3								1			1
										Summe ...	27

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1			1
v3					1	6	4		11
v4					9	1			10
v5								1	1
								Summe ...	23

276 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

2030 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						1	1
						Summe ...	1

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 A2 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 2030...	27	23	1	24		51
Gesamtsumme 20...	**759**	**799**	**24**	**823**		**1.582**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	8	14	20	25	16	4			* 93
A2			10	9	10	11	9	2			51
A3		1	2	1		10	17	1			32
										Summe ...	176

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen mit Generalanwälten (auslaufend für Sektions- und Abteilungsleiter) und die übrigen Planstellen nach Maßgabe des §153a BDG 1979 mit Staatsanwälten besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1			1
v2					2				2
v3					5	2	13		20
v4					2	34	9		45
								Summe ...	68

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2					1		1
h4						4	4
						Summe ...	7

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
26 Übr Richter 3020
3 Staatsanw 3020
1 E1 3030
5 E2a 3030

abzüglich f. PST-Bereich
1 v4 2000/2010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 3000...	176	68	7	75		251

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3							1		2	1	4
A4										8	8
A5								1		1	2
										Summe ...	21

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3					3	1	5		9
v4						1	4		5
v5								1	1
								Summe ...	15

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Summe...	58

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
6 Übr Richter 3020
1 Staatsanw 3020

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3010...	93	15		15		108

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2		2	28	56	73	861	80	25	3		1.128
A3			78	60	164	48	238	670	322		1.580
										Summe ...	2.708

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							2		2
v2					7	1	119		127
v3			8	44	151	237	472		912
v4					57	1.092	284		1.433
v5								14	14
								Summe ...	2.488

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						10	10
h4						44	44
h5						83	83
						Summe ...	137

		Summe
Lehrlinge		35

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.431
Richteramtsanwärter	150
Summe	1.801

280 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

3020 (Fortsetzung)

Staatsanwälte Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	207

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
26 Übr Richter 3000
3 Staatsanw 3000
6 Übr Richter 3010
1 Staatsanw 3010

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 3020...	4.716	2.488	137	2.625	35	7.376

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	7	6	11	22	29	77
A2				1	1	12	20	26			60
A3							1	3			4
										Summe ...	141

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	2	66		69
v2					4	47	10		* 61
v3						3	44		47
v4						74	4		78
								Summe ...	255

Von den v2/1 können bis zu 10 Planstellen mit Vertragslehrern IL/12 besetzt werden.

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

3030 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				5			5
h2					10		10
h3						3	3
h4						1	1
h5						1	1
						Summe ...	20

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2	2							4	6
								Summe...	6

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	4	5	2	5	19	13	29			79
E2a					11	23	48	42	83	434	1.162	291	2.094
E2b												943	943
												Summe ...	3.116

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K2 (k2)				9		9	9
K3 (k3)		12	12				12
K4 (k4)		6	6	57		57	63
K6 (k6)				12		12	12
Summe...		18	18	78		78	96

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich
18 A1	1420
3 v1	1420
1 E1	3000
5 E2a	3000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3030...	3.281	333	20	353		3.634

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		5		4	1	11
A2					3	5	30	71			109
										Summe ...	120

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 3050...	120					120
Gesamtsumme 30...	**8.386**	**2.904**	**164**	**3.068**	**35**	**11.489**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	5	9	16	30	56	33		1	* 152
A2		1	17	40	70	142	15	26	1		312
A3		1		3	11	39	127	163	8	3	355
A4								5			5
										Summe ...	824

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufsoffizier der Verwendungsgruppe MB01 besetzt werden.

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						19			19
v4						143			143
								Summe ...	162

	Summe
Lehrlinge	5

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 4000...	824	162		162	5	991

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	3	4	27	27	29	90	6	187
A2			13	63	75	272	141	348	203	30	1.145
A3			2	94	233	117	492	655	755	34	2.382
A4								479	325	159	963
A5									2	22	24
A6										28	28
										Summe ...	4.729

284 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

4010 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v1						1	1		2
v2				2		14	2		18
v3				9	10	10	10		39
v4					15	850			865
v5								4	4
(I/R)								40	40
								Summe ...	968

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	VB/SV	VB/SV
	1	21	50	32	23	13	2		142

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige	Summe
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1	VB	VB II
h1					2		2
h2			16	220	93		329
h3						50	50
h4						74	74
h5						20	20
(II/R)						4	4
						Summe ...	479

Von den VB können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
Die 4 II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	171

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L2								14	14
								Summe...	14

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	* 534
MB02	11	35	116	191	429	220	575	709	95	41		1	* 2.423
MBU01			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	* 8.874
MBU02								548			1.670	13	* 2.231
												Summe ...	14.062
MZ01						1	6	8			12	24	51
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	2.964	3.950
MZCh												324	324
												Summe ...	5.069
												Summe Militärischer Dienst ...	19.131

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB01 können
154 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und
7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden
werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MB01 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.
Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB02 können
186 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen
werden.
Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MB02 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 können 110 Planstellen für eine
Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.
Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBU01 und MBU02 können auch mit Beamten
der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)		33	33	1		1	34
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		73	73	14		14	87

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 v4	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
4 v4	1424	1 A4	2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 4010...	23.947	1.124	479	1.603	171	25.721

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	1	2	2	8		14
A2				2		10	2	2	1		17
A3							16	4	2	5	27
A4								4			4
										Summe ...	62

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4						6	10		16
v5								12	12
								Summe ...	28

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

4040 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			3				3
h3						1	1
h4						3	3
h5						1	1
						Summe ...	8

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 4040...	62	28	8	36		98

4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1			1
A2								2			2
A3							1			1	2
A4										2	2
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
(I/K)								21	* 21
								Summe ...	21

Die 21 VB I/K werden nicht zentral besoldet.

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/K)						36	* 36
						Summe ...	36

Die 36 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 4050...	7	21	36	57		64
Gesamtsumme 40...	**24.840**	**1.335**	**523**	**1.858**	**176**	**26.874**

288 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	6		12	57	12	72	87	67		5	318
A2		1	17	46	70	22	24	18	3	2	203
A3		1			19	19	21	30	2	16	108
A4								2	4	4	10
A5										7	7
A6										7	7
A7										2	2
										Summe ...	655

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					5	10			15
v2				1	1				2
v3					14	67	49		130
v4						21	17		38
v5								22	22
								Summe ...	207

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		25	25		4				54

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2				3	7		10
h3						2	2
h4						11	11
h5						22	22
						Summe ...	46

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

5000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		8

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 E1 5040
2 E2a 5040

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 5000...	655	261	46	307	8	970

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	15	46	81	283	306	266	8	1.011
A2			81	578	323	845	1.822	1.314	2		4.965
A3			6	27	2.045	356	70	864	8	9	3.385
A4								2	2	21	25
A5									5	20	25
A6										7	7
										Summe ...	9.418

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1					2	12	35		49
v2			1	7	116	217	3		344
v3				311	231	1.319	377		2.238
v4					1	170	16		187
v5								15	15
								Summe ...	2.833

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			7						7

290 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

5040 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	3		4
h3						6	6
h4						56	56
h5						176	176
						Summe ...	242

		Summe
Lehrlinge		38

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			1		11		9		1				22
E2a					14	113	118	146	496	277	343	432	1.939
E2b												321	321
												Summe ...	2.282

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 E1 5000
2 E2a 5000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 5040...	11.700	2.840	242	3.082	38	14.820

5070 Bundespensionsamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1		3	1		6
A2		2		2	6	6	19	25	4		64
A3						2		5	17	1	25
A4									1		1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	98

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

5070 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v2					3	12	13		28
v3						8	26		34
v4					1	19	5		25
v5								1	1
								Summe ...	92

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5070...	98	92		92		190

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		14		23					38
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	2	1	1		7
										Summe ...	50

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					6	1	4		11
v2					1	2			3
v3					13	2	3		18
v4						17	1		18
								Summe ...	50

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						4	4
h5						3	3
						Summe ...	8

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5071...	50	50	8	58		108

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	6	1	9
A2					1	1	2	4			8
A3					3	4		7	3		17
A4									5		5
										Summe ...	39

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1	1			2
v3				1			2		3
v4						4			4
								Summe ...	9

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5072...	39	9	1	10		49
Gesamtsumme 50...	**12.542**	**3.252**	**297**	**3.549**	**46**	**16.137**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	6	15	37	40	88	141	55	5		392
A2		1	5	35	70	65	20	20	1		217
A3		1	1	1	9	15	21	15	6	5	74
A4									4	3	7
A5										6	6
										Summe ...	696

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1		43	8	1		53
v2			1	33	26	6	4		70
v3				6	49	68	35		158
v4					4	41	3		48
								Summe ...	329

Vertragsbedienstete mit AOV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	3	1	1	2			8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					1		1
h2					1		1
h3						3	3
						Summe ...	5

294 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6000 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		2

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich
1 v1	6051
1 v2	6051
1 A1	6051
1 v1	6053

abzüglich f.	PST-Bereich
2 A1	2000/2010
1 A4	2000/2010
1 A2	2000/2010
1 v1	2000/2010
1 v4	2000/2010

abzüglich f.	PST-Bereich
1 A3	6300
1 v2	6300
1 H1	6300

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6000...	696	337	5	342	2	1.040

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	3	6	2		13
A2							8	5	6		19
A3						3		13	3	3	22
A4									2	27	29
A5									1	2	3
A6										1	1
										Summe ...	87

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v2					2	7	2		11
v3					1	23	3		27
v4					1	10			11
(I/R)								3	3
								Summe ...	56

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6050 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1	5		6
h2				2	51		53
h3						21	21
h4						55	55
h5						58	58
(II/R)						17	17
(II/K)						47	* 47
						Summe ...	257

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.

		Summe
Lehrlinge		* 33

29 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	1							4	5
L1	9					3		131	143
L2								70	70
L3								1	1
								Summe...	219

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6050...	306	56	257	313	33	652

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		4	9	5	16	51	55		141
A2			1	1	4	15	74	36	10		141
A3						12	6	66	24	5	113
A4								10	12	17	39
A5									1	2	3
										Summe ...	437

296 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6051 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	4	26		31
v2					26	32	6		64
v3					18	125	50		193
v4					3	28	15		46
								Summe ...	334

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			1	6	17		24
h2			4	29	34		67
h3						14	14
h4						7	7
h5						4	4
(II/K)						51	* 51
						Summe ...	167

Die VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe
Lehrlinge	* 45

30 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 6000
1 v2 6000
1 A1 6000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6051...	437	334	167	501	45	983

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								2			2
A3								1	1		2
A4										4	4
A7										1	1
										Summe ...	9

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6052 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						2			2
v3					1	4	1		6
v4							1		1
								Summe ...	9

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					9		9
h4						9	9
h5						12	12
(II/K)						2	* 2
						Summe ...	32

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	3							32	35
L2								9	9
								Summe...	44

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6052...	53	9	32	41	2	96

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	6	2	30	26		67
A2						2	6	28	4	1	41
A3						1	3	4	2	1	11
A4								4	2	7	13
										Summe ...	132

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6053 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1	9		10
v2					1	13			14
v3					1	5	23		29
v4					7	6	2		15
								Summe ...	68

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			1	1	2				4

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2			1		6		7
h3						4	4
h4						3	3
h5						1	1
(II/K)						15	* 15
						Summe ...	30

Die 15 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 2

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 v1 6000

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6053...	132	72	30	102	2	236

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	2	5		11
A2								2	1		3
A4									1		1
A5										1	1
										Summe ...	16

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6054 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							4		4
v3				1			3		4
v4						3			3
								Summe ...	11

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						2	2
h5						2	2
						Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6054...	16	11	4	15		31

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		2	3		6
A3									1		1
										Summe ...	7

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					1				1
v4						2			2
								Summe ...	6

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6056...	7	6		6		13

300 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		3	1	3	7	6		21
A2						2	4	7	1		14
A3						2	1	1	4	1	9
A4									2		2
A5										1	1
										Summe ...	47

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						2	4		6
v2					3	3	4		10
v3					4	8	11		23
v4						3			3
								Summe ...	42

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1							1

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					2		2
h2				3			3
h3						2	2
h5						2	2
(II/K)						2	* 2
						Summe ...	11

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrlinge	Summe
	* 5

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6058...	47	43	11	54	5	106

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3								2		1	3
A4									1	2	3
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1	1			2
v3						5			5
v4						1			1
							Summe ...		8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					5		5
h3						1	1
h4						1	1
h5						4	4
(II/K)						1	* 1
						Summe ...	12

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

	Summe
Lehrlinge	* 4

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
L1	2							1	3
L2								15	15
								Summe...	18

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6072...	27	8	12	20	4	51

Teil II. A **Planstellenverzeichnis**

6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				7		7	10	18	41		83
A2							45	6	4		55
A3						3	5	15	11		34
										Summe ...	172

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						3	25		28
v2					27	4	7		38
v3					6	26	45		77
v4						7			7
								Summe ...	150

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						7	7
(II/K)						100	* 100
						Summe ...	107

Die 100 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe
Lehrlinge	* 19

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6080...	172	150	107	257	19	448

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1		1	22		1			25
A3								1	2		3
										Summe ...	28

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6091 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							3		3
								Summe ...	3

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6091...	28	3		3		31

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1					1
A2				2	1		2	3		1	9
A3					3	8	4	3	26		44
A4									13	4	17
A5										5	5
A6										5	5
										Summe ...	81

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2					1				1
v3					3	2	8		13
v4						3	1		4
								Summe ...	18

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					19		19
h2				32	42		74
h3						4	4
h4						51	51
h5						2	2
(II/K)						11	* 11
						Summe ...	161

Die 11 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

304 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6093 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		* 62

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6093...	81	18	161	179	62	322

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1			1		2
A2								3	7	1	11
A3					1		2		2	3	8
A4									3	5	8
										Summe ...	29

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2							8		8
v3				1	1		4		6
v4						2			2
								Summe ...	16

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					3		3
h2				17	20		37
h3						4	4
h5						1	1
(II/K)						23	* 23
						Summe ...	68

Von den 23 VB II/K werden 22 nicht zentral besoldet.

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6094 (Fortsetzung)

	Summe
Lehrlinge	* 3

Die 3 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6094...	29	16	68	84	3	116

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								2			2
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						1			1
v3						1			1
								Summe ...	2

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/K)						12	* 12
						Summe ...	12

Die 12 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6096...	2	2	12	14		16
Gesamtsumme 60...	**2.033**	**1.065**	**866**	**1.931**	**177**	**4.141**

306 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	7	4	13	36	68	58	97	155	7		445
A2		1	6	15	37	92	23	29	6	4	213
A3		1		1	7	24	38	41	12	4	128
A4								7	10	7	24
A5									4	1	5
A7										1	1
										Summe ...	816

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1				1	20	63	8		92
v2					29		12		41
v3					52	41	13		106
v4					60	95	1		156
v5								14	14
								Summe ...	409

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		3	5	6	10	2			26

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						3	3
h4						5	5
						Summe ...	8

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6300 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		18

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A3	6000
1 v2	6000
1 H1	6000

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1	1000

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6300...	816	435	8	443	18	1.277

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				6		6		5	3		20
A2								1			1
A3						6		5			11
A4									4	3	7
										Summe ...	39

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						3			3
v3						1			1
v4						9			9
								Summe ...	13

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						2	2
						Summe ...	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6330...	39	13	2	15		54

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6390 Heimarbeitskommissionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3									1		1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						4			4
								Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6390...	2	4		4		6

6392 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	12	79	2	133
A2						81	77	15	1		174
A3				4				17	9	1	31
A4									1	30	31
A5										7	7
										Summe ...	376

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						10	7		17
v2					11	15			26
v3				3		3	4		10
v4						44	1		45
								Summe ...	98

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h5						4	4
						Summe ...	5

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6392 (Fortsetzung)

		Summe
Lehrlinge		3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6392...	376	98	5	103	3	482
Gesamtsumme 63...	**1.233**	**550**	**15**	**565**	**21**	**1.819**

310 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1		1					2
A3			1			2	3		4		10
A4								11			11
										Summe ...	23

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1	3		4
v4					2	3	1		6
								Summe ...	10

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					4		4
h2			2				2
h3						1	1
h4						1	1
						Summe ...	8

		Summe
Lehrlinge		5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6401...	23	10	8	18	5	46

6403 Beschussämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
										Summe ...	10

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6403 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3						1			1
v4						1			1
								Summe ...	2

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h5						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6403...	10	2	1	3		13

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		2	5	4	14	5	5		36
A2			2	18	21	42	30	119			232
A3				20	130	8	41	18	8	9	234
A4								14	27	45	86
A5								1	1	26	28
A6										9	9
A7										1	1
										Summe ...	626

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2		2		4
v2				3	6	36			45
v3				45	29	2	4		80
v4					7	91	4		102
v5								2	2
								Summe ...	233

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6450 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1					3		3
h2				3	50		53
h3						6	6
h4						8	8
h5						9	9
						Summe ...	79

		Summe
Lehrlinge		5

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6450...	626	233	79	312	5	943

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						146	* 146
						Summe ...	146

Die 146 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6460...			146	146		146

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	1	6	19	5	25	56	36		149
A2			4	16	34	98	86	345	4		587
A3			3	18	44	24	187	117	1	13	407
A4										6	6
A5										15	15
A6										1	1
										Summe ...	1.165

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6490 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							2		2
v2					6	42			48
v3				3	49	133	15		200
v4					3	9	11		23
								Summe ...	273

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
			4	1	7	9			21

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	3		4
h3						2	2
h4						10	10
h5						42	42
						Summe ...	58

Lehrlinge		Summe
		18

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6490...	1.165	294	58	352	18	1.535
Gesamtsumme 64...	**1.824**	**539**	**292**	**831**	**28**	**2.683**
Gesamtsumme 63+64...	**3.057**	**1.089**	**307**	**1.396**	**49**	**4.502**

314 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	4	6	15	28	27	59	52			193
A2			1	12	25	28	11	2			79
A3			1	1		11	14	23	2	2	54
A4								2	2	2	6
A5										2	2
A7										2	2
										Summe ...	336

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1		20	20			41
v2			1	13	25	3	1		43
v3				4	16	28	10		58
v4					10	12	2		24
v5								3	3
								Summe ...	169

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		1	5		2				8

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
h4						3	3
						Summe ...	4

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PF1 - PF5							PF5, PF7, PF8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PF1	5		3	6		1					15
PF2		16	17	1	14	4	16				68
PF3		13		63							76
PF4										19	19
PF5								18		8	26
PF6										1	1
PF7										1	1
										Summe ...	206

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v.	PST-Bereich	abzüglich f.	PST-Bereich
1 A2	1000	1 PF7	0300
1 E2b	1130	2 v1	2000/2010
1 v4	1400	1 v4	2000/2010

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6500...	542	177	4	181		723

6501 Schifffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3			1	16		9	7	36	1		70
A4									10		10
										Summe ...	80

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1	VB	VB I
v3					7	10			17
								Summe ...	17

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6501...	80	17		17		97

316 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1	2	1		2	7
A2				2	1	6	6	6			21
A3						2	8	1	2	2	15
A4								1		5	6
A5										1	1
										Summe ...	50

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							3		3
v2					4	4			8
v3					3	3	4		10
v4					2	2			4
								Summe ...	25

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
						Summe ...	1

Lehrlinge		Summe
		1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6541...	50	25	1	26	1	77

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	4		2				7
A3					2		4	6			12
A5										1	1
										Summe ...	24

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6550 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							1		1
v2					6	1			7
v3							3		3
v4						4			4
								Summe ...	15

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h4						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6550...	24	15	1	16		40

6580 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	2	12	13	29	68	2			127
A2					1	3	10	4	2		20
A3					1	6	10	14	3		34
A5									1		1
										Summe ...	182

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	4			5
v2					3		1		4
v3				1	1	9	15		26
v4						3	15		18
								Summe ...	53

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
				1	1				2

318 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

6580 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2				1	1		2
						Summe ...	2

Lehrlinge		Summe
		2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6580...	182	55	2	57	2	241
Gesamtsumme 65...	**878**	**289**	**8**	**297**	**3**	**1.178**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

70 Öffentliche Leistung und Sport

7000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2		3	9	5	13	18	3		1	54
A2			8	8	6	3	1				26
A3			1		2	3	10	4	1	3	24
A7										1	1
										Summe ...	105

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					3	3	1		7
v2				2	2	1	2		7
v3					8	11	1		20
v4					1	1	2		4
v5								2	2
								Summe ...	40

	Summe
Lehrlinge	4

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 7000...	105	40		40	4	149

7020 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				4		5
A2					1		1	3			5
A3						1		3		1	5
A4								1			1
										Summe ...	16

320 **STELLENPLAN 2001**

Teil II.A **Planstellenverzeichnis**

7020 (Fortsetzung)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			1			4	1		6
v3						3	4		7
v4					1	2			3
								Summe ...	16

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 7020...	16	16		16		32

7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
A2						1					1
										Summe ...	2

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							2		2
v4						1	3		4
								Summe ...	6

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h3						1	1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 7031...	2	6	1	7		9
Gesamtsumme 70...	**123**	**62**	**1**	**63**	**4**	**190**

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v4							1		1
								Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 10...		1		1		1

322 **STELLENPLAN 2001**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

14 Wissenschaft

1420 Universitäten

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v2						140			* 140
								Summe ...	140

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 1.077
Summe...	1.077

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw.(Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				190		190	* 190
Summe...				190		190	190

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen
dem BM für öffentliche Leistung und Sport und
dem BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 14...	**1.077**	**330**		**330**		**1.407**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v3					43				* 43
								Summe ...	45

Von den Planstellen für Vertragsbediensteten sind 20 v4 für die
Zeit vom 1.3.- 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 20...		45		45		45

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						40	* 40
						Summe ...	40

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 50...			**40**	**40**		**40**

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

64 Bauten und Technik

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						23	* 23
						Summe ...	23

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 64...			**23**	**23**		**23**
Gesamtsumme 63+64...			**23**	**23**		**23**

Teil VII **Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1.1. bis 31.8.		1.9. bis 31.12.		Normplanstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Bildung und Kultur					
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	135.252	39.032	135.252	39.032	4.811
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.460	400	3.460	400	153
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	1.320	180	1.320	180	57
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	1.300	100	1.300	100	60
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	72.543	53.157	72.543	53.157	970
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	68.544	20.953	68.544	20.953	2.380
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	53.281	22.049	53.281	22.049	1.562
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.160	90	1.160	90	54
1290	Pädagogische Akademien	6.280	5.000	6.280	5.000	64
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.702	2.253	14.702	2.253	623
1292	Berufspädagogische Akademien	940	140	940	140	40
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	60	60	60	60	--
1294	Pädagogische Institute	1.400	180	1.400	180	61
	Summe 12 ...	360.242	143.594	360.242	143.594	10.835
14	Wissenschaft					
1420	Universitäten	6.669	3.369	6.669	3.369	165
1430	Universitäten der Künste	14.377	5.038	14.377	5.038	467
	Summe 14 ...	21.046	8.407	21.046	8.407	632
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.816	316	2.816	316	125
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	60	--	60	--	3
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	452	92	452	92	18
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	80	--	80	--	4
	Summe 60 ...	3.408	408	3.408	408	150
	Gesamtsumme...	**384.696**	**152.409**	**384.696**	**152.409**	**11.617**

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

Berechnungsformel:

$$\frac{(\text{LwStA} - \text{MDL})\ \text{von 1.1. bis 31.8.} \times 8\ \text{Monate} + (\text{LwStA} - \text{MDL})\ \text{von 1.9. bis 31.12.} \times 4\ \text{Monate}}{20\ \text{Lehrerwochenstunden} \times 12\ \text{Monate}}$$

328 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						* 1
A2					1						1
										Summe ...	2

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1000...	2					2

1021 Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				5	4	4	4	9	18		44
A2			2	7	5	26	20	19	14	1	94
A3			1	7	3	12	12	35	17	5	92
A4									1		1
A5									4	1	5
										Summe ...	236

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1021...	236					236

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2			3	1		4	3	4	9		24
A3							1	1			2
										Summe ...	27

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1031...	27					27
Gesamtsumme 10...	**265**					**265**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2b												12	12
												Summe ...	12

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 11...	**12**					**12**

330 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

12 Bildung und Kultur

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	5	4	6	18	30		65
A2					1	3	5	15	1		25
A3					3		3	11	2		19
A4									3		3
A5								3		2	5
A6										1	1
										Summe ...	118

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 12...	**118**					**118**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

13 Kunst

1310 Amt der Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1		1	1	2	2	3				10
A2				3	5	13	5	4	4		34
A3					5		12	1			18
										Summe ...	62

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 13...	**62**					**62**
Gesamtsumme 12+13...	**180**					**180**

332 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1	1				2
A2				2	3	1		1			7
A3				1							1
A4								1			1
A6										1	1
										Summe ...	12

Frei werdende Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 5000...	12					12

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				10	4	7	5	6	1		33
A2		7	13	8	20	11	18	54	26	2	159
A3			17	42	37	15	8	80	63		262
A4								3		6	9
A5										10	10
										Summe ...	473

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		VB I
v1					1	4	5		10
v2		1	2	2	4	45	52		106
v3			6	22	15	230	200		473
v4						15	140		155
								Summe ...	744

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe
	1	2	3	4	5	6	7		VB/SV
		5	19	5	18	4	11		62

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

5080 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					2		2
h3						3	3
						Summe ...	5

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5080...	473	806	5	811		1.284

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1				1			2
										Summe ...	2

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5081...	2					2

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2						2
A2				2		2					4
A3					3	5	3	7	1		19
A4										4	4
A5										2	2
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	34

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5082...	34					34

334 **S T E L L E N P L A N 2 0 0 1**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG

A) Österreichische Post AG

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	* 26	1	48	49		24	15				163
PT2	6	87	208	128	104	163	122				818
PT3		477	249	1.092		662					2.480
PT4		645								2.324	2.969
PT5		167						37	5	2.100	2.309
PT6										1.287	1.287
PT7								101	1.719	477	2.297
PT8								6	3.834	7.272	11.112
PT9										417	417
										Summe ...	23.852

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 6 für Fixbezüge gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

B) Telekom Austria AG

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	* 57	27	31	40		42					197
PT2	33	195	226	300	285	429	19				1.487
PT3		913	48	1.423		56				20	2.460
PT4		10								1.411	1.421
PT5								2.595	38	1.545	4.178
PT6										2.781	2.781
PT7								135		1.487	1.622
PT8								1	19	386	406
PT9										139	139
										Summe ...	14.691

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S ist 1 für Fixbezüge gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 5083...	38.543					38.543
Gesamtsumme 50...	**39.064**	**806**	**5**	**811**		**39.875**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	14	2	17	12	3	2	54
A2					2	4	14	7	3	1	31
A3						4	5	4	1		14
										Summe ...	99

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 60...	**99**					**99**

336 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
										Summe ...	11

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1						1			1
v2					2				2
v3					1	1	1		3
v4						3			3
								Summe ...	9

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6300...	11	9		9		20

6350 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	10	11	62	27	20	22	141	297
A2			2	11	21	89	222	885			1.230
A3					6			33	4		43
A4								1		11	12
A5									2	6	8
A6										2	2
										Summe ...	1.592

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6350...	1.592					1.592
Gesamtsumme 63...	**1.603**	**9**		**9**		**1.612**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2						1					1
A3					2	1	3				6
A4								2	5	1	8
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	17

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 64...	**17**					**17**
Gesamtsumme 63+64...	**1.620**	**9**		**9**		**1.629**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

65 Verkehr, Innovation und Technologie

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1						1
										Summe ...	2

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6500...	2					2

6536 Bundesamt FPZ Arsenal

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1	2	3	8	18	2	34
A2					1	12	3	15	5		36
A3			1			8	9	4	2	1	25
A4										3	3
A6										1	1
										Summe ...	99

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 6536...	99					99

6541 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3							1	8			9
										Summe ...	10

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

6541 (Fortsetzung)

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					3		3
h4						1	1
						Summe ...	4

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6541...	10		4	4		14

6542 Amt der Wasserstrassendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				1		2
A2							2	1			3
A3		1	7		2	2	3	11	4	2	32
A4								13	3	25	41
A5										12	12
A6										2	2
										Summe ...	92

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 6542...	92					92
Gesamtsumme 65...	**203**		4	4		**207**

340 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 1 **Personal des Bundes, das für Dritte leistet**

70 Öffentliche Leistung und Sport

7032 Amt der Bundessporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							2			1	3
A2					3		2				5
A3				1						1	2
A4								1		2	3
A5										5	5
A6										1	1
										Summe ...	19

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L2								4	4	
								Summe...	4	

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 70...	**23**					**23**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			1			* 2
A2			2		1	1					4
										Summe ...	6

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 10...	**6**					**6**

342 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

12 Bildung und Kultur

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	4		6
										Summe ...	6

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							5		5
v2						3			3
v3						1			1
v4						1	3		4
v5								3	3
								Summe ...	16

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
						Summe ...	1

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1244...	6	16	1	17		23

1270 Allgemein bildende höhere Schulen

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L1	70						1	1.734	1.805	
L2								24	24	
Normplanstellen										918
									Summe...	1.829	918

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1270...	1.829	918		918		2.747

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L1	11				2			61	74	
L2								40	40	
Normplanstellen										116
								Summe...	114	116

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1280...	114	116		116		230

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
LPA	3							1	4	
L1	72					1		357	430	
L2	22					21		254	297	
Normplanstellen										939
								Summe...	731	939

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1281...	731	939		939		1.670

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L1	18							345	363	
L2								56	56	
Normplanstellen										339
								Summe...	419	339

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Summe 1282...	419	339		339		758

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

1290 Pädagogische Akademien

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr.
LPA	14				16			69	99	
L1								219	219	
Normplanstellen										126
Summe...									318	126

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1290...	318	126		126		444

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr. Lehrer
L1	14				6			95	115	
L2						1		74	75	
Normplanstellen										259
Summe...									190	259

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1291...	190	259		259		449

1294 Pädagogische Institute

Lehrer / Verwendungsgruppe	Leiter: Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Leiter	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte	VB Vertr.
LPA	12				18			10	40	
L1								16	16	
Normplanstellen										10
Summe...									56	10

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1294...	56	10		10		66
Gesamtsumme 12...	**3.663**	**2.723**	**1**	**2.724**		**6.387**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

14 Wissenschaft

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5		5
A2				1			1	1	1		4
										Summe ...	9

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1							9		9
v2						1			1
								Summe ...	10

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1420...	9	10		10		19

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						5		1	42		48
A2								3			3
A3								2			2
										Summe ...	53

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	13	·	15
v2						4			4
v3					2	1	3		6
v4						2	2		4
								Summe ...	29

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Summe 1424...	53	29		29		82
Gesamtsumme 14...	**62**	**39**		**39**		**101**

346 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									2		2
A2								1			1
										Summe ...	3

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v3							1		1
								Summe ...	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 60...	**3**	**1**		**1**		**4**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

63 Wirtschaft und Arbeit

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						1
A2						2					2
										Summe ...	3

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 63...	**3**					**3**

348 **STELLENPLAN 2001**

ANNEX/Teil 2 **Lebende Subventionen**

70 Öffentliche Leistung und Sport

7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1										1	1
										Summe ...	1

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 70...	**1**					**1**

ANLAGEN

zum

STELLENPLAN 2001

(2) **STELLENPLAN 2001**

Anlage A.G **Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien (Teil II.A, VI und VII)**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	279	42	45	42	328	652	2.882	2.419	2.699	1.279	295	759	3.166
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.859
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.768	-	-	-	-	-	3.116
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Summe Beamte...	59	279	42	108	42	328	652	29.650	26.026	13.047	1.280	347	759	8.386
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	10	84	33	56	3	5	251	2.106	2.712	5.418	373	341	820	2.904
VB/SV-ADV.....	-	4	-	-	-	-	48	78	16	436	8	-	24	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	88	33	56	3	5	299	2.189	2.896	5.854	385	341	844	2.904
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	4	12	5	12	-	12	36	1.050	2.506	591	2	67	24	164
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	1.087	2.506	591	2	67	24	164
Gesamtsumme...	73	379	80	176	45	345	987	32.926	31.428	19.492	1.667	755	1.627	11.454
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.428	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	379	80	176	45	345	1.009	33.016	31.520	19.818	1.667	764	1.627	11.489
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2001 (3)

Anlage A.G **Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien (Teil II.A, VI und VII)**

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
5.622	10.260	1.752	3.057	672	123	-	36.432	-	-	-	-	-	36.432
-	-	-	-	-	-	-	1.922	-	-	-	-	-	1.922
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-	-	9.964
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	2.282	-	-	-	-	-	32.166	-	-	-	-	-	32.166
19.131	-	-	-	-	-	-	19.131	-	-	-	-	-	19.131
-	-	-	-	206	-	-	206	-	-	-	-	-	206
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
24.840	12.542	2.033	3.057	878	123	-	124.478	-	-	-	-	-	124.478
1.132	3.191	1.049	1.042	279	62	-	21.871	-	-	-	-	-	21.871
142	61	13	47	10	-	-	887	-	-	-	-	-	887
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.335	3.252	1.065	1.089	289	62	-	22.999	-	-	-	-	-	22.999
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
483	297	585	161	8	1	-	6.020	-	-	-	-	-	6.020
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
4	40	17	169	-	-	-	267	-	-	-	-	-	267
523	337	866	330	8	1	-	6.587	-	-	-	-	-	6.587
26.698	16.131	3.964	4.476	1.175	186	-	154.064	-	-	-	-	-	154.064
-	-	-	4.476	1.175	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	46	177	49	3	4	-	1.029	-	-	-	-	-	1.029
176	46	177	49	3	4	-	1.029	-	-	-	-	-	1.029
-	-	-	49	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26.874	16.177	4.141	4.525	1.178	190	-	155.093	-	-	-	-	-	155.093
-	-	150	-	-	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(4) **STELLENPLAN 2001**

Anlage A.1 **Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	59	279	42	45	42	328	652	2.882	2.419	2.699	1.279	295	759	3.166
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.859
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.768	-	-	-	-	-	3.116
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Summe Beamte...	59	279	42	108	42	328	652	29.650	26.026	11.970	1.280	347	759	8.386
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	10	84	33	56	3	5	250	2.106	2.712	5.088	373	341	775	2.904
VB/SV-AOV.....	-	4	-	-	-	-	48	78	16	436	8	-	24	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe VB I...	10	88	33	56	3	5	298	2.189	2.896	5.524	385	341	799	2.904
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	4	12	5	12	-	12	36	1.050	2.506	591	2	67	24	164
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	1.087	2.506	591	2	67	24	164
Gesamtsumme...	73	379	80	176	45	345	986	32.926	31.428	18.085	1.667	755	1.582	11.454
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	31.428	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	379	80	176	45	345	1.008	33.016	31.520	18.411	1.667	764	1.582	11.489
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 2001 (5)

Anlage A.1 **Übersicht zu den Teilen II.A und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
5.622	10.260	1.752	3.057	672	123	-	36.432	-	-	-	-	-	36.432
-	-	-	-	-	-	-	1.922	-	-	-	-	-	1.922
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-	-	8.887
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	2.282	-	-	-	-	-	32.166	-	-	-	-	-	32.166
19.131	-	-	-	-	-	-	19.131	-	-	-	-	-	19.131
-	-	-	-	206	-	-	206	-	-	-	-	-	206
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
24.840	12.542	2.033	3.057	878	123	-	123.401	-	-	-	-	-	123.401
1.132	3.191	1.049	1.042	279	62	-	21.495	-	-	-	-	-	21.495
142	61	13	47	10	-	-	887	-	-	-	-	-	887
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
1.335	3.252	1.065	1.089	289	62	-	22.623	-	-	-	-	-	22.623
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
483	297	585	161	8	1	-	6.020	-	-	-	-	-	6.020
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
4	-	17	146	-	-	-	204	-	-	-	-	-	204
523	297	866	307	8	1	-	6.524	-	-	-	-	-	6.524
26.698	16.091	3.964	4.453	1.175	186	-	152.548	-	-	-	-	-	152.548
-	-	-	4.453	1.175	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	46	177	49	3	4	-	1.029	-	-	-	-	-	1.029
176	46	177	49	3	4	-	1.029	-	-	-	-	-	1.029
-	-	-	49	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26.874	16.137	4.141	4.502	1.178	190	-	153.577	-	-	-	-	-	153.577
-	-	150	-	-	-	-	11.617	-	-	-	-	-	11.617

(6) **STELLENPLAN 2001**

Anlage A.2 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	-	-	-	-	-	-	1	-	-	330	-	-	45	-
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	330	-	-	45	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 2001 (7)

Anlage A. 2 **Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien**

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	40	-	23	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
-	40	-	23	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
-	40	-	23	-	-	-	1.516	-	-	-	-	-	1.516
-	-	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	40	-	23	-	-	-	1.516	-	-	-	-	-	1.516
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8) STELLENPLAN 2001

Anlage B.G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	280	90	15	-	385	279	88	12	-	379	- 1	- 2	- 3	-	- 6
03	Verfassungsgerichtshof	42	34	4	-	80	42	33	5	-	80	-	- 1	+ 1	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	43	4	-	-	47	42	3	-	-	45	- 1	- 1	-	-	- 2
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	657	321	37	22	1.037	652	299	36	22	1.009	- 5	- 22	- 1	-	- 28
11	Inneres	29.728	2.207	1.143	90	33.168	29.650	2.189	1.087	90	33.016	- 78	- 18	- 56	-	- 152
12	Bildung und Kultur	26.052	3.034	2.513	94	31.693	26.026	2.896	2.506	92	31.520	- 26	- 138	- 7	- 2	- 173
	Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	13.116	5.719	683	317	19.835	13.047	5.854	591	326	19.818	- 69	+ 135	- 92	+ 9	- 17
	Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.279	415	5	22	1.721	1.280	385	2	-	1.667	+ 1	- 30	- 3	- 22	- 54
17	Gesundheit	351	344	68	27	790	347	341	67	9	764	- 4	- 3	- 1	- 18	- 26
20	Äußeres	759	878	24	-	1.661	759	844	24	-	1.627	-	- 34	-	-	- 34
30	Justiz	8.446	2.947	201	35	11.629	8.386	2.904	164	35	11.489	- 60	- 43	- 37	-	- 140
40	Militärische Angelegenheiten	25.468	1.234	555	176	27.433	24.840	1.335	523	176	26.874	- 628	+ 101	- 32	-	- 559
50	Finanzverwaltung	12.556	3.460	445	46	16.507	12.542	3.252	337	46	16.177	- 14	- 208	- 108	-	- 330
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.038	1.125	887	177	4.227	2.033	1.065	866	177	4.141	- 5	- 60	- 21	-	- 86
	Normplanstellen (LwSt)	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	1.252	562	16	22	1.852	1.233	550	15	21	1.819	- 19	- 12	- 1	- 1	- 33
64	Bauten und Technik	1.830	574	334	30	2.768	1.824	539	315	28	2.706	- 6	- 35	- 19	- 2	- 62
65	Verkehr, Innovation und Technologie	886	306	8	4	1.204	878	289	8	3	1.178	- 8	- 17	-	- 1	- 26
70	Öffentliche Leistung und Sport	125	63	2	4	194	123	62	1	4	190	- 2	- 1	- 1	-	- 4
	Gesamtsumme	125.403	23.388	6.968	1.066	156.825	124.478	22.999	6.587	1.029	155.093	- 925	- 389	- 381	- 37	- 1.732
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* Sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

Anlage B.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)**
(Teil II.A und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	280	90	15	-	385	279	88	12	-	379	- 1	- 2	- 3	-	- 6
03	Verfassungsgerichtshof	42	34	4	-	80	42	33	5	-	80	-	- 1	+ 1	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	43	4	-	-	47	42	3	-	-	45	- 1	- 1	-	-	- 2
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	657	318	37	22	1.034	652	298	36	22	1.008	- 5	- 20	- 1	-	- 26
11	Inneres	29.728	2.197	1.143	90	33.158	29.650	2.189	1.087	90	33.016	- 78	- 8	- 56	-	- 142
12	Bildung und Kultur	26.052	2.994	2.513	94	31.653	26.026	2.896	2.506	92	31.520	- 26	- 98	- 7	- 2	- 133
	Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft	12.039	5.389	683	317	18.428	11.970	5.524	591	326	18.411	- 69	+ 135	- 92	+ 9	- 17
	Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen	1.279	415	5	22	1.721	1.280	385	2	-	1.667	+ 1	- 30	- 3	- 22	- 54
17	Gesundheit	351	344	68	27	790	347	341	67	9	764	- 4	- 3	- 1	- 18	- 26
20	Äußeres	759	820	24	-	1.603	759	799	24	-	1.582	-	- 21	-	-	- 21
30	Justiz	8.446	2.947	201	35	11.629	8.386	2.904	164	35	11.489	- 60	- 43	- 37	-	- 140
40	Militärische Angelegenheiten	25.468	1.234	555	176	27.433	24.840	1.335	523	176	26.874	- 628	+ 101	- 32	-	- 559
50	Finanzverwaltung	12.556	3.460	403	46	16.465	12.542	3.252	297	46	16.137	- 14	- 208	- 106	-	- 328
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.038	1.125	887	177	4.227	2.033	1.065	866	177	4.141	- 5	- 60	- 21	-	- 86
	Normplanstellen (LwSt)	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	1.252	562	16	22	1.852	1.233	550	15	21	1.819	- 19	- 12	- 1	- 1	- 33
64	Bauten und Technik	1.830	574	311	30	2.745	1.824	539	292	28	2.683	- 6	- 35	- 19	- 2	- 62
65	Verkehr, Innovation und Technologie	886	306	8	4	1.204	878	289	8	3	1.178	- 8	- 17	-	- 1	- 26
70	Öffentliche Leistung und Sport	125	61	2	4	192	123	62	1	4	190	- 2	+ 1	- 1	-	- 2
	Gesamtsumme	124.326	22.945	6.903	1.066	155.240	123.401	22.623	6.524	1.029	153.577	- 925	- 322	- 379	- 37	- 1.663
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

Die kursiv angegebenen Werte der *'Normplanstellen (LwSt)'* sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

(10) **STELLENPLAN 2001**

Anlage B.2 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)**
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	-	3	-	-	3	-	1	-	-	1	-	- 2	-	-	- 2
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	- 10	-	-	- 10
12	Bildung und Kultur	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	- 40	-	-	- 40
14	Wissenschaft	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
20	Äußeres	-	58	-	-	58	-	45	-	-	45	-	- 13	-	-	- 13
50	Finanzverwaltung	-	-	42	-	42	-	-	40	-	40	-	-	- 2	-	- 2
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	- 2	-	-	- 2
	Gesamtsumme...	1.077	443	65	-	1.585	1.077	376	63	-	1.516	-	- 67	- 2	-	- 69

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
0	Oberste Organe															
01	Präsidentschaftskanzlei	59	10	4	-	73	59	10	4	-	73	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	280	90	15	-	385	279	88	12	-	379	- 1	- 2	- 3	-	- 6
03	Verfassungsgerichtshof	42	34	4	-	80	42	33	5	-	80	-	- 1	+ 1	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	108	56	12	-	176	108	56	12	-	176	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	43	4	-	-	47	42	3	-	-	45	- 1	- 1	-	-	- 2
06	Rechnungshof	328	5	12	-	345	328	5	12	-	345	-	-	-	-	-
	Summe 0...	860	199	47	-	1.106	858	195	45	-	1.098	- 2	- 4	- 2	-	- 8
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	461	296	30	18	805	458	278	29	18	783	- 3	- 18	- 1	-	- 22
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)	85	7	-	-	92	85	5	-	-	90	-	- 2	-	-	- 2
1010	Staatsarchiv und Archivamt	111	15	7	4	137	109	15	7	4	135	- 2	-	-	-	- 2
	Summe 10...	657	318	37	22	1.034	652	298	36	22	1.008	- 5	- 20	- 1	-	- 26
11	Inneres															
1100	Zentralleitung	795	391	78	-	1.264	795	394	59	-	1.248	-	+ 3	- 19	-	- 16
1130	Bundespolizei	14.925	775	356	90	16.146	14.635	760	336	90	15.821	- 290	- 15	- 20	-	- 325
1132	Bundespolizei	-	-	-	-	-	199	-	-	-	199	+ 199	-	-	-	+ 199
1140	Bundesgendarmerie	13.867	959	638	-	15.464	13.590	940	625	-	15.155	- 277	- 19	- 13	-	- 309
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	-	-	-	-	-	290	24	-	-	314	+ 290	+ 24	-	-	+ 314
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	34	35	63	-	132	34	35	60	-	129	-	-	- 3	-	- 3
1151	KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	2	4	7	-	13	2	4	7	-	13	-	-	-	-	-
1152	Bundesasylamt	105	33	1	-	139	105	32	-	-	137	-	- 1	- 1	-	- 2
	Summe 11...	29.728	2.197	1.143	90	33.158	29.650	2.189	1.087	90	33.016	- 78	- 8	- 56	-	- 142

(12) **STELLENPLAN 2001**

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
12	Bildung und Kultur															
1200	Zentralleitung	457	212	12	15	696	460	212	12	15	699	+ 3	-	-	-	+ 3
1240	Hofmusikkapelle	2	9	-	-	11	2	9	-	-	11	-	-	-	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	21	8	50	-	79	21	6	49	-	76	-	- 2	- 1	-	- 3
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	11	12	-	-	23	11	12	-	-	23	-	-	-	-	-
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	47	45	15	-	107	47	45	15	-	107	-	-	-	-	-
1244	Museen	121	374	34	3	532	99	289	33	3	424	- 22	- 85	- 1	-	- 108
1246	Nationalbibliothek	144	183	5	4	336	137	172	5	2	316	- 7	- 11	-	- 2	- 20
1247	Bundesdenkmalamt	98	110	4	1	213	98	110	4	1	213	-	-	-	-	-
1260	Schulaufsichtsbehörden	952	502	35	22	1.511	1.075	549	30	22	1.676	+ 123	+ 47	- 5	-	+ 165
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	123	47	-	-	170	-	-	-	-	-	- 123	- 47	-	-	- 170
1270	Allgemein bildende höhere Schulen	11.522	421	915	2	12.860	11.522	421	915	2	12.860	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*4.811*	-	-	*4.811*	-	*4.811*	-	-	*4.811*	-	-	-	-	-
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	203	27	136	-	366	203	27	136	-	366	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*153*	-	-	*153*	-	*153*	-	-	*153*	-	-	-	-	-
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	91	28	46	-	165	91	28	46	-	165	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*57*	-	-	*57*	-	*57*	-	-	*57*	-	-	-	-	-
1276	Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	38	15	50	-	103	38	15	50	-	103	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*60*	-	-	*60*	-	*60*	-	-	*60*	-	-	-	-	-
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.282	391	496	22	5.191	4.282	391	496	22	5.191	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*970*	-	-	*970*	-	*970*	-	-	*970*	-	-	-	-	-
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	2.838	211	259	10	3.318	2.838	211	259	10	3.318	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*2.380*	-	-	*2.380*	-	*2.380*	-	-	*2.380*	-	-	-	-	-
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.230	174	246	3	3.653	3.230	174	246	3	3.653	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*1.562*	-	-	*1.562*	-	*1.562*	-	-	*1.562*	-	-	-	-	-
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	39	12	57	-	108	39	12	57	-	108	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*54*	-	-	*54*	-	*54*	-	-	*54*	-	-	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	1.090	90	44	7	1.231	1.090	90	44	7	1.231	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*64*	-	-	*64*	-	*64*	-	-	*64*	-	-	-	-	-
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	500	37	70	-	607	500	37	70	-	607	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*623*	-	-	*623*	-	*623*	-	-	*623*	-	-	-	-	-
1292	Berufspädagogische Akademien	61	20	10	5	96	61	20	10	5	96	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*40*	-	-	*40*	-	*40*	-	-	*40*	-	-	-	-	-
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	27	35	26	-	88	27	35	26	-	88	-	-	-	-	-
1294	Pädagogische Institute	155	31	3	-	189	155	31	3	-	189	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*61*	-	-	*61*	-	*61*	-	-	*61*	-	-	-	-	-
	Summe 12	26.052	2.994	2.513	94	31.653	26.026	2.896	2.506	92	31.520	- 26	- 98	- 7	- 2	- 133
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	*10.835*	-	-	*10.835*	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft															
1400	Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	284	110	-	6	400	283	105	-	6	394	- 1	- 5	-	-	- 6
1420	Universitäten	10.644	4.716	564	301	16.225	10.580	4.865	474	304	16.223	- 64	+ 149	- 90	+ 3	- 2
	Normplanstellen (LwSt)	-	*165*	-	-	*165*	-	*165*	-	-	*165*	-	-	-	-	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	219	160	3	-	382	215	158	-	-	373	- 4	- 2	- 3	-	- 9
1430	Universitäten der Künste	892	403	116	10	1.421	892	396	117	16	1.421	-	- 7	+ 1	+ 6	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	*467*	-	-	*467*	-	*467*	-	-	*467*	-	-	-	-	-
	Summe 14	12.039	5.389	683	317	18.428	11.970	5.524	591	326	18.411	- 69	+ 135	- 92	+ 9	- 17
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)	-	*632*	-	-	*632*	-	*632*	-	-	*632*	-	-	-	-	-
15	Soziale Sicherheit und Generationen															
1500	Zentralleitung	627	266	-	12	905	629	248	-	-	877	+ 2	- 18	-	- 12	- 28
1570	Bundessozialämter	652	149	5	10	816	651	137	2	-	790	- 1	- 12	- 3	- 10	- 26
	Summe 15	1.279	415	5	22	1.721	1.280	385	2	-	1.667	+ 1	- 30	- 3	- 22	- 54

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
17	Gesundheit															
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten ..	122	72	10	11	215	121	72	10	5	208	- 1	-	-	- 6	- 7
1791	Bundesinstitut für Arzneimittel	48	41	9	2	100	48	41	8	-	97	-	-	- 1	- 2	- 3
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten	79	115	27	11	232	78	115	27	4	224	- 1	-	-	- 7	- 8
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	95	92	22	3	212	93	89	22	-	204	- 2	- 3	-	- 3	- 8
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	7	24	-	-	31	7	24	-	-	31	-	-	-	-	-
	Summe 17...	351	344	68	27	790	347	341	67	9	764	- 4	- 3	- 1	- 18	- 26
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	732	787	23	-	1.542	732	776	23	-	1.531	-	- 11	-	-	- 11
2030	Österreichische Kulturinstitute	27	33	1	-	61	27	23	1	-	51	-	- 10	-	-	- 10
	Summe 20...	759	820	24	-	1.603	759	799	24	-	1.582	-	- 21	-	-	- 21
30	Justiz															
3000	Zentralleitung	175	73	8	-	256	176	68	7	-	251	+ 1	- 5	- 1	-	- 5
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	93	17	-	-	110	93	15	-	-	108	-	- 2	-	-	- 2
3020	Justizbehörden in den Ländern	4.723	2.524	173	35	7.455	4.716	2.488	137	35	7.376	- 7	- 36	- 36	-	- 79
3030	Justizanstalten	3.323	333	20	-	3.676	3.281	333	20	-	3.634	- 42	-	-	-	- 42
3050	Bewährungshilfe	132	-	-	-	132	120	-	-	-	120	- 12	-	-	-	- 12
	Summe 30...	8.446	2.947	201	35	11.629	8.386	2.904	164	35	11.489	- 60	- 43	- 37	-	- 140
40	Militärische Angelegenheiten															
4000	Zentralleitung	823	172	-	5	1.000	824	162	-	5	991	+ 1	- 10	-	-	- 9
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	24.576	1.013	511	171	26.271	23.947	1.124	479	171	25.721	- 629	+ 111	- 32	-	- 550
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	62	28	8	-	98	62	28	8	-	98	-	-	-	-	-
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	7	21	36	-	64	7	21	36	-	64	-	-	-	-	-
	Summe 40...	25.468	1.234	555	176	27.433	24.840	1.335	523	176	26.874	- 628	+ 101	- 32	-	- 559
50	Finanzverwaltung															
5000	Zentralleitung	659	272	49	8	988	655	261	46	8	970	- 4	- 11	- 3	-	- 18
5040	Finanzlandesdirektionen	11.709	3.028	344	38	15.119	11.700	2.840	242	38	14.820	- 9	- 188	- 102	-	- 299
5070	Bundespensionsamt	98	97	-	-	195	98	92	-	-	190	-	- 5	-	-	- 5
5071	Finanzprokuratur	50	52	8	-	110	50	50	8	-	108	-	- 2	-	-	- 2
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt	40	11	2	-	53	39	9	1	-	49	- 1	- 2	- 1	-	- 4
	Summe 50...	12.556	3.460	403	46	16.465	12.542	3.252	297	46	16.137	- 14	- 208	- 106	-	- 328

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft															
6000	Zentralleitung	702	345	5	2	1.054	696	337	5	2	1.040	- 6	- 8	-	-	- 14
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	308	57	260	32	657	306	56	257	33	652	- 2	- 1	- 3	+ 1	- 5
	Normplanstellen (LwSt)	-	*125*	-	-	*125*	-	*125*	-	-	*125*	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	358	297	143	18	816	437	334	167	45	983	+ 79	+ 37	+ 24	+ 27	+ 167
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	*3*	-	-	*3*	-	+ *3*	-	-	+ *3*
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	53	10	33	2	98	53	9	32	2	96	-	- 1	- 1	-	- 2
	Normplanstellen (LwSt)	-	*18*	-	-	*18*	-	*18*	-	-	*18*	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	129	85	31	2	247	132	72	30	2	236	+ 3	- 13	- 1	-	- 11
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	18	9	4	-	31	16	11	4	-	31	- 2	+ 2	-	-	-
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	25	49	25	24	123	-	-	-	-	-	- 25	- 49	- 25	- 24	- 123
	Normplanstellen (LwSt)	-	*3*	-	-	*3*	-	-	-	-	-	-	- *3*	-	-	- *3*
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	7	6	-	-	13	7	6	-	-	13	-	-	-	-	-
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	55	42	11	5	113	47	43	11	5	106	- 8	+ 1	-	-	- 7
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	43	13	5	-	61	-	-	-	-	-	- 43	- 13	- 5	-	- 61
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	27	9	12	4	52	27	8	12	4	51	-	- 1	-	-	- 1
	Normplanstellen (LwSt)	-	*4*	-	-	*4*	-	*4*	-	-	*4*	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	169	162	107	19	457	172	150	107	19	448	+ 3	- 12	-	-	- 9
6091	Bundeskellereiinspektion	28	3	-	-	31	28	3	-	-	31	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	84	18	168	68	338	81	18	161	62	322	- 3	-	- 7	- 6	- 16
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	30	16	71	1	118	29	16	68	3	116	- 1	-	- 3	+ 2	- 2
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	2	4	12	-	18	2	2	12	-	16	-	- 2	-	-	- 2
	Summe 60	2.038	1.125	887	177	4.227	2.033	1.065	866	177	4.141	- 5	- 60	- 21	-	- 86
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)	-	*150*	-	-	*150*	-	*150*	-	-	*150*	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit															
6300	Zentralleitung	833	445	8	18	1.304	816	435	8	18	1.277	- 17	- 10	-	-	- 27
6330	Bergbehörden	39	13	2	-	54	39	13	2	-	54	-	-	-	-	-
6390	Heimarbeitskommissionen	2	4	-	-	6	2	4	-	-	6	-	-	-	-	-
6392	Arbeitsinspektion	378	100	6	4	488	376	98	5	3	482	- 2	- 2	- 1	- 1	- 6
	Summe 63	1.252	562	16	22	1.852	1.233	550	15	21	1.819	- 19	- 12	- 1	- 1	- 33
64	Bauten und Technik															
6401	Bundesmobilienverwaltung	23	11	8	5	47	23	10	8	5	46	-	- 1	-	-	- 1
6403	Beschussämter	10	2	1	-	13	10	2	1	-	13	-	-	-	-	-
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)	631	248	82	5	966	626	233	79	5	943	- 5	- 15	- 3	-	- 23
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	159	-	159	-	-	146	-	146	-	-	- 13	-	- 13
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	1.166	313	61	20	1.560	1.165	294	58	18	1.535	- 1	- 19	- 3	- 2	- 25
	Summe 64	1.830	574	311	30	2.745	1.824	539	292	28	2.683	- 6	- 35	- 19	- 2	- 62
	Summe 63+64	3.082	1.136	327	52	4.597	3.057	1.089	307	49	4.502	- 25	- 47	- 20	- 3	- 95
65	Verkehr, Innovation und Technologie															
6500	Zentralleitung	546	185	4	-	735	542	177	4	-	723	- 4	- 8	-	-	- 12
6501	Schifffahrtspolizei	80	18	-	-	98	80	17	-	-	97	-	- 1	-	-	- 1
6541	Wasserstraßendirektion	52	30	1	1	84	50	25	1	1	77	- 2	- 5	-	-	- 7
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	24	16	1	-	41	24	15	1	-	40	-	- 1	-	-	- 1
6580	Österreichisches Patentamt	184	57	2	3	246	182	55	2	2	241	- 2	- 2	-	- 1	- 5
	Summe 65	886	306	8	4	1.204	878	289	8	3	1.178	- 8	- 17	-	- 1	- 26

Anlage B1.1 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)**
(Teil II.A und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
70	Öffentliche Leistung und Sport															
7000	Zentralleitung	107	37	1	4	149	105	40	-	4	149	- 2	+ 3	- 1	-	-
7020	Verwaltungsakademie	16	18	-	-	34	16	16	-	-	32	-	- 2	-	-	- 2
7031	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)	2	6	1	-	9	2	6	1	-	9	-	-	-	-	-
	Summe 70...	125	61	2	4	192	123	62	1	4	190	- 2	+ 1	- 1	-	- 2
	Gesamtsumme...	124.326	22.945	6.903	1.066	155.240	123.401	22.623	6.524	1.029	153.577	- 925	- 322	- 379	- 37	- 1.663
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	*11.617*	-	-	*11.617*	-	-	-	-	-

Anlage B1.2 **Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen) (Teil VI)**

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	3	-	-	3	-	1	-	-	1	-	- 2	-	-	- 2
	Summe 10...	-	3	-	-	3	-	1	-	-	1	-	- 2	-	-	- 2
11	Inneres															
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	- 10	-	-	- 10
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	- 10	-	-	- 10
12	Bildung und Kultur															
1244	Museen	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	- 40	-	-	- 40
	Summe 12...	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-	- 40	-	-	- 40
14	Wissenschaft															
1420	Universitäten	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
	Summe 14...	1.077	330	-	-	1.407	1.077	330	-	-	1.407	-	-	-	-	-
20	Äußeres															
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	-	58	-	-	58	-	45	-	-	45	-	- 13	-	-	- 13
	Summe 20...	-	58	-	-	58	-	45	-	-	45	-	- 13	-	-	- 13
50	Finanzverwaltung															
5040	Finanzlandesdirektionen	-	-	42	-	42	-	-	40	-	40	-	-	- 2	-	- 2
	Summe 50...	-	-	42	-	42	-	-	40	-	40	-	-	- 2	-	- 2
64	Bauten und Technik															
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-
70	Öffentliche Leistung und Sport															
7020	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	- 2	-	-	- 2
	Summe 70...	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	- 2	-	-	- 2
	Gesamtsumme...	1.077	443	65	-	1.585	1.077	376	63	-	1.516	-	- 67	- 2	-	- 69

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen	*28.351*	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL		2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten		-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag		818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften		2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften IL		-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge		97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*14.670*	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IL teilbeschäftigt		-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema IIL teilbeschäftigt		576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt		-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IL		-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IIL		-	-	-	3	8	5	5
Summe A...	*95.888*	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II		4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag		1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften		2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge		712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	*13.405*	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt		690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt		6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt		6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge		65	15	-	-	-	-	-
Summe B...	*38.167*	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	*98.414*	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete	*35.641*	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen...	*134.055*	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte	*49.996*	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete	*7.200*	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte	*7.230*	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C...	*64.426*	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C...	*202.018*	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

(18) **STELLENPLAN 2001**

Anlage C1 **Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989**

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte			
Beamte der allgemeinen Verwaltung	57.541	57.846	+ 305
Beamte in handwerklicher Verwendung	6.072	6.102	+ 30
Richter und Richteramtsanwärter	1.726	1.742	+ 16
Staatsanwälte	220	218	- 2
Hochschullehrer	6.476	6.477	+ 1
Lehrer	25.171	25.479	+ 308
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	226	226	-
Wachebeamte	31.344	31.440	+ 96
Berufsoffiziere und zvS	3.301	3.278	- 23
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347
Summe Beamte	174.625	175.703	+ 1.078
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)			
VB A/I	21.688	21.260	- 428
VB A/I L	774	721	- 53
VB A/II	7.666	7.460	- 206
VB A/II L	-	-	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	340	341	+ 1
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	55	-	- 55
Bed. gem. Kollektivvertrag	2.898	2.892	- 6
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	2.120	2.115	- 5
Summe VB A	35.541	34.789	- 752
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)			
VB B/I	2.946	2.968	+ 22
VB B/I L	508	311	- 197
VB B/II	2.499	2.480	- 19
VB B/II L	31	31	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz	92	92	-
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do	5	-	- 5
Bed. gem. Kollektivvertrag	4.505	4.364	- 141
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	780	765	- 15
Summe VB B	11.366	11.011	- 355
Summe Beamte und VB	221.532	221.503	- 29
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen			
Bundesbahnbeamte	54.198	53.648	- 550
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.879	11.731	- 148
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete	1.144	1.144	-
Summe ÖBB	67.221	66.523	- 698
Gesamtsumme	288.753	288.026	- 727
Jugendliche Bedienstete (JAL)			
Jugendliche Vertragsbedienstete	1.356	1.378	+ 22
Anlernkräfte	1.505	1.315	- 190
Lehrlinge	3.075	3.048	- 27
Summe JAL	5.936	5.741	- 195
Gesamtsumme einschließlich JAL	294.689	293.767	- 922

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien von 1990 bis 1997

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Beamte								
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442	48.328
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	1.951
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	212
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643	9.625
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	25.494
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	233
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469	33.047
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	21.302
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407	43.905
Krankenpflegedienst	-	-	68	200	257	276	284	284
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911	184.381
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete(VB A)								
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697	18.816
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734	5.214
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	1.874
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	836
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084	26.740
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)								
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738	1.734
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	1.704
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	1.598
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729	705
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169	5.741
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164	216.862
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164	216.862
Jugendliche Bedienstete (JAL)								
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	399
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	11
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	427
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	837
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232	217.699
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	9.751

(20) **STELLENPLAN 2001**

Anlage C2.G

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	1998	1999	2000 ohne Teil V	2001	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte					
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	40.160	40.187	36.867	36.432	- 435
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.952	1.954	1.927	1.922	- 5
Staatsanwälte.....	213	223	223	221	- 2
Hochschullehrer.....	9.596	9.595	9.963	9.964	+ 1
Lehrer.....	24.049	23.924	23.840	23.834	- 6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	232	341	341	341	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.919	33.131	32.264	32.166	- 98
Beamte des militärischen Dienstes....	20.841	20.272	19.509	19.131	- 378
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.873	41.239	210	206	- 4
Krankenpflegedienst	244	245	259	261	+ 2
Summe Beamte...	173.079	171.111	125.403	124.478	- 925
Vertragsbedienstete - Angestellte					
VB I.....	27.494	25.909	23.147	21.871	- 1.276
VB/SV-ADV.....	-	-	-	887	+ 887
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	21	21	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.238	220	220	220	-
Summe VB I...	28.753	26.150	23.388	22.999	- 389
Vertragsbedienstete - Arbeiter					
VB II.....	6.789	6.594	6.379	6.020	- 359
Vertr.Bed. gem. Hochschulass.Gesetz..	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	1.892	318	299	300	+ 1
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	271	311	290	267	- 23
Summe VB II...	8.952	7.223	6.968	6.587	- 381
Summe Beamte und VB...	210.784	204.484	155.759	154.064	- 1.695
Gesamtsumme...	210.784	204.484	155.759	154.064	- 1.695
Jugendliche Bedienstete (JAL)					
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	439	1.042	1.066	1.029	- 37
Summe JAL...	439	1.042	1.066	1.029	- 37
Gesamtsumme einschließlich JAL...	211.223	205.526	156.825	155.093	- 1.732
Normplanstellen (LwSt).....	11.620	11.617	11.617	11.617	-

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998
(Teil II.A und VII)

	1998	1999	2000	2001	Untersch. gegenüber d. Vorjahr
Beamte					
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	37.327	37.252	36.867	36.432	- 435
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.952	1.954	1.927	1.922	- 5
Staatsanwälte.....	213	223	223	221	- 2
Hochschullehrer.....	8.819	8.818	8.886	8.887	+ 1
Lehrer.....	24.049	23.919	23.840	23.834	- 6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	232	341	341	341	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.424	32.636	32.264	32.166	- 98
Beamte des militärischen Dienstes....	20.841	20.272	19.509	19.131	- 378
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	214	214	210	206	- 4
Krankenpflegedienst	244	245	259	261	+ 2
Summe Beamte...	126.315	125.874	124.326	123.401	- 925
Vertragsbedienstete - Angestellte					
VB I.....	25.957	24.499	22.704	21.495	- 1.209
VB/SV-ADV.....	-	-	-	887	+ 887
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	21	21	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.195	220	220	220	-
Summe VB I...	27.173	24.740	22.945	22.623	- 322
Vertragsbedienstete - Arbeiter					
VB II.....	6.774	6.581	6.379	6.020	- 359
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	1.892	318	299	300	+ 1
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	248	245	225	204	- 21
Summe VB II...	8.914	7.144	6.903	6.524	- 379
Summe Beamte und VB...	162.402	157.758	154.174	152.548	- 1.626
Gesamtsumme...	162.402	157.758	154.174	152.548	- 1.626
Jugendliche Bedienstete (JAL)					
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	439	1.042	1.066	1.029	- 37
Summe JAL...	439	1.042	1.066	1.029	- 37
Gesamtsumme einschließlich JAL...	162.841	158.800	155.240	153.577	- 1.663
Normplanstellen (LwSt).....	11.620	11.617	11.617	11.617	-

(22) STELLENPLAN 2001

Anlage C2.2 **Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1998**
(Teil VI)

	1998	1999	2000	2001	Untersch. gegenüber d. Vorjahr				
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	7	7	-	-	-				
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-				
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-				
Hochschullehrer.....	777	777	1.077	1.077	-				
Lehrer.....	-	-	-	-	-				
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-				
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-				
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-				
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-				
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-				
Summe Beamte...	784	784	1.077	1.077	-				
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	488	443	443	376	- 67				
VB/SV-ADV.....	-	-	-	-	-				
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-				
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-				
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	43	-	-	-	-				
Summe VB I...	531	443	443	376	- 67				
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	-	-	-	-	-				
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-				
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-				
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	23	66	65	63	- 2				
Summe VB II...	23	66	65	63	- 2				
Summe Beamte und VB...	1.338	1.293	1.585	1.516	- 69				
Gesamtsumme...	1.338	1.293	1.585	1.516	- 69				
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-				
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-				
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-				
Summe JAL...	-	-	-	-	-				
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.338	1.293	1.585	1.516	- 69				
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-				

Anlage D **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980**

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(24) STELLENPLAN 2001

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budgetprov. 1987	BMG-Novelle 1987	1988	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665	
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395	
Summe 1	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845	
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450	
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431	
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270	
Gesamtsumme	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753	

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:			
a) Oberste Organe	665	679	0,24
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25
Summe 1	37.845	37.998	13,19
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50
Gesamtsumme	288.753	288.026	100,00

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Anlage D2.G **Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990**

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG-Novelle 1997	1998	BFG-Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	9.571	9.541	9.553	9.599
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	18.378	17.868	17.791	17.688
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.521	8.522	6.901	6.872	6.544
Summe 1	38.745	38.420	38.343	37.616	37.316	35.160	35.066	34.681
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	34.399	34.762	34.782	34.782
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.966	57.963	56.305	56.302	55.503
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*9.751*	*11.620*	*11.620*	*11.620*
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	1.678	1.709	1.708	1.693
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.436	46.277	44.901	44.816	43.181
Gesamtsumme	231.576	238.466	224.232	220.222	217.699	211.400	211.223	207.502

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2000 ohne Teil V	2001	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	850	842	0,54	- 8		
b) Zentralstellen	9.694	9.802	9.566	9.402	6,06	- 164		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	17.640	16.279	14.332	13.998	9,03	- 334		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.591	5.029	4.903	4.784	3,08	- 119		
Summe 1	34.775	31.960	29.651	29.026	18,71	- 625		
2. Sicherheitswesen	35.109	34.663	34.138	34.005	21,93	- 133		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	11.629	11.494	7,41	- 135		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.169	53.043	52.937	52.702	33,98	- 235		
Normplanstellen (LwSt) **)	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*7,49*	-		
5. Heerwesen	25.733	26.271	26.271	25.721	16,58	- 550		
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.693	1.661	1.661	1.627	1,05	- 34		
7. Bundesbetriebe und Monopole	43.186	41.901	538	518	0,34	- 20		
Gesamtsumme	205.526	201.128	156.825	155.093	100,00	- 1.732		

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.1 **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990**
(Teil II.A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt) **)	*7.727*	*7.727*	*8.562*	*9.138*	*9.371*	*9.371*	*9.371*	*9.559*
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG-Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG-Novelle 1997	1998	BFG-Novelle 1998	1999
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	850	850
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	9.513	9.463	9.478	9.391
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	16.032	15.950	15.929	15.826
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.283	8.284	6.691	6.662	6.336
Summe 1	38.320	35.514	35.619	34.992	34.674	32.954	32.919	32.403
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	33.879	34.242	34.262	34.262
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	11.770	11.769
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.552	56.549	54.934	54.932	54.109
Normplanstellen (LwSt) **)	*9.750*	*10.405*	*9.834*	*9.751*	*9.751*	*11.620*	*11.620*	*11.620*
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	26.779	25.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	1.613	1.644	1.643	1.628
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.012	875	536	536	535
Gesamtsumme	226.293	230.071	172.824	170.175	167.656	162.873	162.841	160.599

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2001	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	850	850	842	0,55	- 8			
b) Zentralstellen	9.496	9.556	9.402	6,12	- 154			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	15.823	14.288	13.958	9,09	- 330			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	6.383	4.880	4.761	3,10	- 119			
Summe 1	32.552	29.574	28.963	18,86	- 611			
2. Sicherheitswesen	34.589	34.138	34.005	22,14	- 133			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.861	11.629	11.494	7,48	- 135			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	51.891	51.487	51.294	33,40	- 193			
Normplanstellen (LwSt) **)	*11.617*	*11.617*	*11.617*	*7,56*	-			
5. Heerwesen	25.733	26.271	25.721	16,75	- 550			
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.628	1.603	1.582	1,03	- 21			
7. Bundesbetriebe und Monopole	546	538	518	0,34	- 20			
Gesamtsumme	158.800	155.240	153.577	100,00	- 1.663			

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz
**) Anm. zu Punkt 4. : Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

Anlage D2.2 **Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990**
(Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	35	32	10	10	10	10		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90	90	90		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23	23	23		
Summe 1	158	178	133	123	123	123		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150	1.150	1.150		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65	65	65		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	-	-		
Gesamtsumme	3.193	3.360	1.342	1.338	1.338	1.338		

Verwaltungszweige	BFG-Nov. und Anp. 1999	2000	2001	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-			
b) Zentralstellen	10	10	-	-	- 10			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	45	44	40	2,64	- 4			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	23	23	23	1,52	-			
Summe 1	78	77	63	4,16	- 14			
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.150	1.450	1.408	92,88	- 42			
5. Heerwesen	-	-	-	-	-			
6. Auswärtige Angelegenheiten	65	58	45	2,97	- 13			
7. Bundesbetriebe und Monopole	-	-	-	0,01	-			
Gesamtsumme	1.293	1.585	1.516	100,00	- 69			

*) Anteil am Gesamt-Stp. ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	1. Allgemeine Verwaltung
	a) Oberste Organe
01	Präsidentschaftskanzlei
02	Parlamentsdirektion
05	Volksanwaltschaft
06	Rechnungshof
	b) Zentralstellen
1000	Bundeskanzleramt
1100	Bundesministerium für Inneres
1200	Bundesministerium für Bildung und Kultur
1400	Bundesministerium für Wissenschaft
1500	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
1700	Bundesministerium für Gesundheit
3000	Bundesministerium für Justiz
4000	Bundesministerium für Landesverteidigung
5000	Bundesministerium für Finanzen
6000	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
6300	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
6500	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
7000	BM f. öffentl. Leistung und Sport
	c) Verwaltung in administrativer Hinsicht
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)
1021	Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen
1570	Bundessozialämter
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst
5040	Finanzlandesdirektionen *(ohne Wachebeamte - Zollwachdienst)*
5070	Bundespensionsamt
5071	Finanzprokuratur
6091	Bundeskellereiinspektion
6350	Ämter des AMS
6390	Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen
7020	Verwaltungsakademie

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	d) Verwaltung in technischer Hinsicht
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten
1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten
1795	Veterinärmedizinische Anstalten
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst
6330	Bergbehörden
6392	Arbeitsinspektion
6403	Beschussämter
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung
6490	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen
6541	Wasserstraßendirektion
6542	Amt der Wasserstraßendirektion
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
6580	Österreichisches Patentamt
	2. Sicherheitswesen
1130	Bundespolizei
1140	Bundesgendarmerie
1152	Bundesasylamt
5040	Finanzlandesdirektionen *(nur Wachebeamte - Zollwachdienst)*
6501	Schifffahrtspolizei
	3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug
03	Verfassungsgerichtshof
04	Verwaltungsgerichtshof
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
3020	Justizbehörden in den Ländern
3030	Justizanstalten
3050	Bewährungshilfe

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
	4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)
1010	Staatsarchiv und Archivamt
1240	Hofmusikkapelle
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung
1244	Museen
1246	Nationalbibliothek
1247	Bundesdenkmalamt
1260	Schulaufsichtsbehörden
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe
1282	Handelsakademien und Handelsschulen
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)
1290	Pädagogische Akademien
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik
1292	Berufspädagogische Akademien
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung
1294	Pädagogische Institute
1420	Universitäten
1424	Wissenschaftliche Anstalten
1430	Universitäten der Künste
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
6536	Amt des BFPZ Arsenal
7031	Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)

	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft
6072	Forstliche Ausbildungsstätten
6401	Bundesmobilienverwaltung
	5. Heerwesen
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung
	6. Auswärtige Angelegenheiten
2000	Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
2030	Österreichische Kulturinstitute
	7. Bundesbetriebe und Monopole
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1310	Amt der Bundestheater
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)
5080	Österreichisches Postsparkassenamt
5081	Österreichische Salinen AG
5082	Amt der Münze Österreich
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG
6000	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
6093	Bundesgärten
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
6099	Bauhöfe
6402	Schönbrunner Tiergartenamt
7032	Amt der Bundessporteinrichtungen

(30) **S T E L L E N P L A N 2 0 0 1**

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	72	17	21	25	195	259	588	629	901	534	131	454	181
A2	9	33	5	7	7	69	171	726	712	1.054	507	107	216	1.355
A3	26	71	18	16	10	43	160	1.119	548	598	199	42	81	1.620
A4	9	50	-	1	-	16	42	381	336	91	23	8	1	8
A5	-	28	-	-	-	2	14	21	55	45	15	1	5	2
A6	-	25	-	-	-	1	6	15	102	10	1	6	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	-	32	37	-	-	-	2	-
Summe...	59	279	42	45	42	328	652	2.882	2.419	2.699	1.279	295	759	3.166
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	2	29	12	11	-	-	31	35	148	308	85	74	54	72
v2	2	13	2	2	-	-	27	43	421	1.785	113	57	57	190
v3	3	17	12	8	1	-	93	220	1.038	2.053	134	62	445	988
v4	3	25	7	28	2	3	89	1.759	1.012	924	36	62	221	1.561
v5	-	-	-	7	-	2	11	49	82	19	-	-	43	15
VB/SV-ADV	-	4	-	-	-	-	48	78	16	436	8	-	24	-
Summe...	10	88	33	56	3	5	299	2.184	2.717	5.525	376	255	844	2.826
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.709
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	150
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.080
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.632	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.939	257	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	16	-	-	-	6
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	719	-	-	-	-	-	79
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.288	-	-	-	-	-	2.094
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.616	-	-	-	-	-	943
E2c	-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.768	-	-	-	-	-	3.116

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
354	1.382	737	783	331	60	-	7.669	-	-	-	-	-	7.669
1.476	5.245	540	1.211	127	32	-	13.609	-	-	-	-	-	13.609
2.766	3.542	324	831	185	29	-	12.228	-	-	-	-	-	12.228
974	41	123	165	22	1	-	2.292	-	-	-	-	-	2.292
24	33	20	55	5	-	-	325	-	-	-	-	-	325
28	14	7	10	-	-	-	225	-	-	-	-	-	225
-	3	1	2	2	1	-	84	-	-	-	-	-	84
5.622	10.260	1.752	3.057	672	123	-	36.432	-	-	-	-	-	36.432
2	79	139	118	50	13	-	1.262	-	-	-	-	-	1.262
18	379	222	164	62	7	-	3.564	-	-	-	-	-	3.564
58	2.423	545	402	114	29	-	8.645	-	-	-	-	-	8.645
1.024	272	143	342	50	11	-	7.574	-	-	-	-	-	7.574
16	38	-	16	3	2	-	303	-	-	-	-	-	303
142	61	13	47	10	-	-	887	-	-	-	-	-	887
1.260	3.252	1.062	1.089	289	62	-	22.235	-	-	-	-	-	22.235
-	-	-	-	-	-	-	1.772	-	-	-	-	-	1.772
-	-	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	2.143	-	-	-	-	-	2.143
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	7.632	-	-	-	-	-	7.632
-	-	-	-	-	-	-	9.964	-	-	-	-	-	9.964
-	-	5	-	-	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	181	-	-	-	-	20.377	-	-	-	-	-	20.377
14	-	94	-	-	-	-	2.810	-	-	-	-	-	2.810
-	-	1	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	22	-	-	-	-	-	820	-	-	-	-	-	820
-	1.939	-	-	-	-	-	15.321	-	-	-	-	-	15.321
-	321	-	-	-	-	-	15.880	-	-	-	-	-	15.880
-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	145
-	2.282	-	-	-	-	-	32.166	-	-	-	-	-	32.166

(32) **STELLENPLAN 2001**

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	6
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	294	5	49	-	9
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	7	21	-	-	-	57
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	35	-	12
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	11	329	5	86	-	78
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	367	75	164	45	333	951	31.839	28.922	18.901	1.665	688	1.603	11.290

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
534	-	-	-	-	-	-	534	-	-	-	-	-	534
2.423	-	-	-	-	-	-	2.423	-	-	-	-	-	2.423
8.874	-	-	-	-	-	-	8.874	-	-	-	-	-	8.874
2.231	-	-	-	-	-	-	2.231	-	-	-	-	-	2.231
14.062	-	-	-	-	-	-	14.062	-	-	-	-	-	14.062
51	-	-	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
300	-	-	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
444	-	-	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
3.950	-	-	-	-	-	-	3.950	-	-	-	-	-	3.950
324	-	-	-	-	-	-	324	-	-	-	-	-	324
5.069	-	-	-	-	-	-	5.069	-	-	-	-	-	5.069
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
33	-	-	-	-	-	-	166	-	-	-	-	-	166
29	-	-	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
8	-	-	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
3	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	362	-	-	-	-	-	362
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	92
3	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
2	-	-	-	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
14	-	-	-	-	-	-	523	-	-	-	-	-	523
-	-	-	-	206	-	-	206	-	-	-	-	-	206
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
26.175	15.794	3.098	4.146	1.167	185	-	147.477	-	-	-	-	-	147.477

(34) **STELLENPLAN 2001**

Anlage E.G **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Gesamtübersicht-Teile II.A, VI und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	7
h2	-	3	-	1	-	-	3	135	140	153	2	4	-	11
h3	-	-	-	2	-	-	6	80	57	46	-	22	5	13
h4	4	9	-	9	-	-	15	98	709	325	-	40	14	49
h5	-	-	5	-	-	12	11	725	1.599	25	-	-	5	84
Summe...	4	12	5	12	-	12	36	1.050	2.506	591	2	67	24	164
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	1.087	2.506	591	2	67	24	164
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	379	80	176	45	345	987	32.926	31.428	19.492	1.667	755	1.627	11.454
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	379	80	176	45	345	1.009	33.016	31.520	19.818	1.667	764	1.627	11.489
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht-Teile II. A, VI und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
2	1	55	7	-	-	-	129	-	-	-	-	-	129
332	14	256	59	2	-	-	1. 115	-	-	-	-	-	1. 115
51	9	53	13	2	1	-	360	-	-	-	-	-	360
77	72	128	24	4	-	-	1. 577	-	-	-	-	-	1. 577
21	201	93	58	-	-	-	2. 839	-	-	-	-	-	2. 839
483	297	585	161	8	1	-	6. 020	-	-	-	-	-	6. 020
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	40	17	169	-	-	-	267	-	-	-	-	-	267
4	40	17	169	-	-	-	267	-	-	-	-	-	267
523	337	866	330	8	1	-	6. 587	-	-	-	-	-	6. 587
26. 698	16. 131	3. 964	4. 476	1. 175	186	-	154. 064	-	-	-	-	-	154. 064
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	46	177	49	3	4	-	1. 029	-	-	-	-	-	1. 029
176	46	177	49	3	4	-	1. 029	-	-	-	-	-	1. 029
26. 874	16. 177	4. 141	4. 525	1. 178	190	-	155. 093	-	-	-	-	-	155. 093
-	-	150	-	-	-	-	11. 617	-	-	-	-	-	11. 617

(36) **STELLENPLAN 2001**

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	72	17	21	25	195	259	588	629	901	534	131	454	181
A2	9	33	5	7	7	69	171	726	712	1.054	507	107	216	1.355
A3	26	71	18	16	10	43	160	1.119	548	598	199	42	81	1.620
A4	9	50	-	1	-	16	42	381	336	91	23	8	1	8
A5	-	28	-	-	-	2	14	21	55	45	15	1	5	2
A6	-	25	-	-	-	1	6	15	102	10	1	6	-	-
A7	-	-	2	-	-	2	-	32	37	-	-	-	2	-
Summe...	59	279	42	45	42	328	652	2.882	2.419	2.699	1.279	295	759	3.166
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	2	29	12	11	-	-	31	35	148	308	85	74	52	72
v2	2	13	2	2	-	-	27	43	421	1.645	113	57	57	190
v3	3	17	12	8	1	-	93	220	1.038	2.053	134	62	402	988
v4	3	25	7	28	2	3	88	1.759	1.012	924	36	62	221	1.561
v5	-	-	-	7	-	2	11	49	82	19	-	-	43	15
VB/SV-ADV	-	4	-	-	-	-	48	78	16	436	8	-	24	-
Summe...	10	88	33	56	3	5	298	2.184	2.717	5.385	376	255	799	2.826
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.709
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	150
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	221
Summe...	-	-	-	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.080
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ.(Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-
Univ.(Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.555	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	19.939	257	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	16	-	-	-	6
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	23.260	273	-	-	-	6
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	719	-	-	-	-	-	79
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.288	-	-	-	-	-	2.094
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.616	-	-	-	-	-	943
E2c	-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.768	-	-	-	-	-	3.116

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
354	1.382	737	783	331	60	-	7.669	-	-	-	-	-	7.669
1.476	5.245	540	1.211	127	32	-	13.609	-	-	-	-	-	13.609
2.766	3.542	324	831	185	29	-	12.228	-	-	-	-	-	12.228
974	41	123	165	22	1	-	2.292	-	-	-	-	-	2.292
24	33	20	55	5	-	-	325	-	-	-	-	-	325
28	14	7	10	-	-	-	225	-	-	-	-	-	225
-	3	1	2	2	1	-	84	-	-	-	-	-	84
5.622	10.260	1.752	3.057	672	123	-	36.432	-	-	-	-	-	36.432
2	79	139	118	50	13	-	1.260	-	-	-	-	-	1.260
18	379	222	164	62	7	-	3.424	-	-	-	-	-	3.424
58	2.423	545	402	114	29	-	8.602	-	-	-	-	-	8.602
1.024	272	143	342	50	11	-	7.573	-	-	-	-	-	7.573
16	38	-	16	3	2	-	303	-	-	-	-	-	303
142	61	13	47	10	-	-	887	-	-	-	-	-	887
1.260	3.252	1.062	1.089	289	62	-	22.049	-	-	-	-	-	22.049
-	-	-	-	-	-	-	1.772	-	-	-	-	-	1.772
-	-	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	-	-	-	-	-	-	221	-	-	-	-	-	221
-	-	-	-	-	-	-	2.143	-	-	-	-	-	2.143
-	-	-	-	-	-	-	2.332	-	-	-	-	-	2.332
-	-	-	-	-	-	-	6.555	-	-	-	-	-	6.555
-	-	-	-	-	-	-	8.887	-	-	-	-	-	8.887
-	-	5	-	-	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	181	-	-	-	-	20.377	-	-	-	-	-	20.377
14	-	94	-	-	-	-	2.810	-	-	-	-	-	2.810
-	-	1	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
14	-	281	-	-	-	-	23.834	-	-	-	-	-	23.834
-	-	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	88
-	-	-	-	-	-	-	144	-	-	-	-	-	144
-	-	-	-	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
-	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	341
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	22	-	-	-	-	-	820	-	-	-	-	-	820
-	1.939	-	-	-	-	-	15.321	-	-	-	-	-	15.321
-	321	-	-	-	-	-	15.880	-	-	-	-	-	15.880
-	-	-	-	-	-	-	145	-	-	-	-	-	145
-	2.282	-	-	-	-	-	32.166	-	-	-	-	-	32.166

(38) **STELLENPLAN 2001**

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	94	-	37	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	6
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	14	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	6	111	1	52	-	18
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	104	5	49	-	9
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	7	21	-	-	-	57
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	35	-	12
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	11	139	5	86	-	78
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	168	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	367	75	164	45	333	950	31.839	28.922	17.494	1.665	688	1.558	11.290

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil II.A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
534	-	-	-	-	-	-	534	-	-	-	-	-	534
2.423	-	-	-	-	-	-	2.423	-	-	-	-	-	2.423
8.874	-	-	-	-	-	-	8.874	-	-	-	-	-	8.874
2.231	-	-	-	-	-	-	2.231	-	-	-	-	-	2.231
14.062	-	-	-	-	-	-	14.062	-	-	-	-	-	14.062
51	-	-	-	-	-	-	51	-	-	-	-	-	51
300	-	-	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
444	-	-	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
3.950	-	-	-	-	-	-	3.950	-	-	-	-	-	3.950
324	-	-	-	-	-	-	324	-	-	-	-	-	324
5.069	-	-	-	-	-	-	5.069	-	-	-	-	-	5.069
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
33	-	-	-	-	-	-	166	-	-	-	-	-	166
29	-	-	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
8	-	-	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
3	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-	-	17
73	-	-	-	-	-	-	261	-	-	-	-	-	261
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	-	-	172	-	-	-	-	-	172
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	92
3	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
2	-	-	-	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
14	-	-	-	-	-	-	333	-	-	-	-	-	333
-	-	-	-	206	-	-	206	-	-	-	-	-	206
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
21	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
40	-	3	-	-	-	-	220	-	-	-	-	-	220
26.175	15.794	3.098	4.146	1.167	185	-	146.024	-	-	-	-	-	146.024

Anlage E.1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II.A und VII)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	1	12	1	42	-	1	-	7
h2	-	3	-	1	-	-	3	135	140	153	2	4	-	11
h3	-	-	-	2	-	-	6	80	57	46	-	22	5	13
h4	4	9	-	9	-	-	15	98	709	325	-	40	14	49
h5	-	-	5	-	-	12	11	725	1.599	25	-	-	5	84
Summe...	4	12	5	12	-	12	36	1.050	2.506	591	2	67	24	164
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	12	5	12	-	12	36	1.087	2.506	591	2	67	24	164
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	379	80	176	45	345	986	32.926	31.428	18.085	1.667	755	1.582	11.454
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge ...	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	22	90	92	326	-	9	-	35
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	379	80	176	45	345	1.008	33.016	31.520	18.411	1.667	764	1.582	11.489
Normplanstellen (LwSt) ...	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

Anlage E. 1 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil II. A und VII)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
2	1	55	7	-	-	-	129	-	-	-	-	-	129
332	14	256	59	2	-	-	1. 115	-	-	-	-	-	1. 115
51	9	53	13	2	1	-	360	-	-	-	-	-	360
77	72	128	24	4	-	-	1. 577	-	-	-	-	-	1. 577
21	201	93	58	-	-	-	2. 839	-	-	-	-	-	2. 839
483	297	585	161	8	1	-	6. 020	-	-	-	-	-	6. 020
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
36	-	264	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	-	17	146	-	-	-	204	-	-	-	-	-	204
4	-	17	146	-	-	-	204	-	-	-	-	-	204
523	297	866	307	8	1	-	6. 524	-	-	-	-	-	6. 524
26. 698	16. 091	3. 964	4. 453	1. 175	186	-	152. 548	-	-	-	-	-	152. 548
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
176	46	177	49	3	4	-	1. 029	-	-	-	-	-	1. 029
176	46	177	49	3	4	-	1. 029	-	-	-	-	-	1. 029
26. 874	16. 137	4. 141	4. 502	1. 178	190	-	153. 577	-	-	-	-	-	153. 577
-	-	150	-	-	-	-	11. 617	-	-	-	-	-	11. 617

(42) **STELLENPLAN 2001**

Anlage E. 2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
v1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
v2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	140	-	-	-	-
v3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43	-
v4	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
v5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB/SV-ADV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	140	-	-	45	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
SI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FI 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	140	-	-	-	-	-	140
-	-	-	-	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	186	-	-	-	-	-	186
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	1.077	-	-	-	-	-	1.077
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-

Anlage E. 2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E.2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

	Oberste Organe						Hoheitsverwaltung							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMBK	BMW	BMsSG	BMG	BMAA	BMJ
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
h1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
h5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1.407	-	-	45	-
Normplanstellen (LwSt) ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage E. 2 **Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts**
(Teil VI)

Hoheitsverwaltung							Summe Hoheits verw.					Summe Div.	Gesamt-summe
BMLv	BMF	BMLFW	BMWA	VIT	BMöLS								
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	40	-	23	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
-	40	-	23	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
-	40	-	23	-	-	-	63	-	-	-	-	-	63
-	40	-	23	-	-	-	1.516	-	-	-	-	-	1.516
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	40	-	23	-	-	-	1.516	-	-	-	-	-	1.516
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(48)

STELLENPLAN 2001

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes (Teil II.A und VI)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	49	69	208	540	741	1.013	1.601	1.443	1.655	350	7.669
A2		24	332	1.218	1.356	3.239	3.312	3.507	423	198	13.609
A3		14	110	279	2.810	1.141	2.133	3.668	1.781	292	12.228
A4								862	774	656	2.292
A5								18	51	256	325
A6										225	225
A7										84	84
										Summe ...	36.432

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			9	28	192	267	765	1	1.262
v2			16	106	687	1.671	1.083	1	3.564
v3			8	460	1.906	3.974	2.297		8.645
v4					1.061	4.470	1.175	868	7.574
v5								303	303
(I/R)								220	220
(I/K)								21	21
								Summe ...	21.589

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	18	140	294	148	222	52	13		887

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			5	30	94		129
h2			70	439	606		1.115
h3						360	360
h4						1.577	1.577
h5						2.839	2.839
(II/R)						267	267
(II/K)						300	300
						Summe ...	6.587

		Summe
Lehrlinge		1.029

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II. A und VI)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.431
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.922

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	221

(50) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II.A und VI)

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2.332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7.632
Summe...	9.964

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	56				113			475	644
L1	702	12	14	4	215	8	8	19.414	20.377
L2	35				2	102		2.671	2.810
L3								3	3
Summe...									23.834

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	4	4	23	37	89	78	127	139	187	120	12		820
E2a					380	911	1.533	1.998	3.346	3.147	3.261	745	15.321
E2b												15.880	15.880
E2c												145	145
Summe ...													32.166

STELLENPLAN 2001 (51)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II.A und VI)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MBO1	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	534
MBO2	11	35	116	191	429	220	575	709	95	41		1	2.423
MBUO1			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	8.874
MBUO2								548			1.670	13	2.231
												Summe ...	14.062
MZO1						1	6	8			12	24	51
MZO2							5	20	30	90		155	300
MZUO1							5	34			161	244	444
MZUO2								207			779	2.964	3.950
MZCh												324	324
												Summe ...	5.069
												Summe Militärischer Dienst ...	19.131

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1.....	5		3	6		1					15
PT2.....		16	17	1	14	4	16				68
PT3.....		13		63							76
PT4.....										19	19
PT5.....								18		8	26
PT6.....										1	1
PT7.....										1	1
										Summe ...	206

(52) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(Teil II.A und VI)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamt-
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	summe
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		166	166	362		362	528
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	92		92	110
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	63		63	80
Summe...		261	261	523		523	784

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB		summe
Gesamtsumme 01-78...	**124.478**	**22.999**	**6.587**	**29.586**	**1.029**	**155.093**

STELLENPLAN 2001 (53)

Anlage F. 1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	49	69	208	540	741	1.013	1.601	1.443	1.655	350	7.669
A2		24	332	1.218	1.356	3.239	3.312	3.507	423	198	13.609
A3		14	110	279	2.810	1.141	2.133	3.668	1.781	292	12.228
A4								862	774	656	2.292
A5								18	51	256	325
A6										225	225
A7										84	84
										Summe ...	36.432

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1			9	28	190	267	765	1	1.260
v2			16	106	687	1.531	1.083	1	3.424
v3			8	460	1.863	3.974	2.297		8.602
v4					1.061	4.470	1.174	868	7.573
v5								303	303
(I/R)								220	220
(I/K)								21	21
								Summe ...	21.403

Vertragsbedienstete mit ADV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
	18	140	294	148	222	52	13		887

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1			5	30	94		129
h2			70	439	606		1.115
h3						360	360
h4						1.577	1.577
h5						2.839	2.839
(II/R)						204	204
(II/K)						300	300
						Summe ...	6.524

		Summe
Lehrlinge		1.029

(54) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F. 1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Richter und Richteramtsanwärter Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes	49
Präsident des Obersten Gerichtshofes	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes	42
Präsident des Oberlandesgerichtes	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes	54
Richter des Oberlandesgerichtes	108
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	29
Übrige Richter	1.431
Richteramtsanwärter	150
Summe...	1.922

Staatsanwälte Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Gruppenleiter einer Staatsanwaltschaft	12
Staatsanwalt	136
Summe...	221

Anlage F. 1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsprofessor (Vertragsprofessor)	2. 332
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6. 555
Summe...	8. 887

Lehrer	Leiter							übrige	Summe
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte
LPA	56				113			475	644
L1	702	12	14	4	215	8	8	19. 414	20. 377
L2	35				2	102		2. 671	2. 810
L3								3	3
Summe...									23. 834

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
SI 1 (Landesschulinspektor)	88
SI 2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	144
FI 1 (Fachinspektor)	73
FI 2 (Fachinspektor)	36
Summe...	341

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	4	4	23	37	89	78	127	139	187	120	12		820
E2a					380	911	1. 533	1. 998	3. 346	3. 147	3. 261	745	15. 321
E2b												15. 880	15. 880
E2c												145	145
Summe ...													32. 166

(56) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F.1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	2	6	14	44	58	96	105	103			98	8	534
MB02	11	35	116	191	429	220	575	709	95	41		1	2.423
MBU01			14	72	175	958	2.327	1.445			3.621	262	8.874
MBU02								548			1.670	13	2.231
												Summe ...	14.062
MZ01						1	6	8			12	24	51
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	2.964	3.950
MZCh												324	324
												Summe ...	5.069
												Summe Militärischer Dienst ...	19.131

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	Beamte
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	5		3	6		1					15
PT2		16	17	1	14	4	16				68
PT3		13		63							76
PT4										19	19
PT5								18		8	26
PT6										1	1
PT7										1	1
										Summe ...	206

STELLENPLAN 2001 (57)

Anlage F. 1 **Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes**

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
Verw. (Entl.)gruppe		übrige Beamte	Beamte	VB I	VB II	VB	
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		166	166	172		172	338
K3 (k3)		41	41	1		1	42
K4 (k4)		18	18	92		92	110
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		17	17	63		63	80
Summe...		261	261	333		333	594

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01-78...	**123.401**	**22.623**	**6.524**	**29.147**	**1.029**	**153.577**

(58) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F.2 **Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes**

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					2				2
v2						140			140
v3					43				43
v4							1		1
								Summe ...	186

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
(II/R)						63	63
						Summe ...	63

Universitätslehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	1.077
Summe...	1.077

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
		übrige	Beamte	VB I	VB II	VB	
Verw. (Entl.)gruppe		Beamte					
K2 (k2)				190		190	190
Summe...				190		190	190

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB		
Gesamtsumme 01-78...	**1.077**	**376**	**63**	**439**		**1.516**

STELLENPLAN 2001 (59)

Anlage F.3 **Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 1 des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	6	30	46	84	69	73	94	146	550
A2		7	20	36	63	167	302	1.007	62	4	1.668
A3		1	26	51	61	47	60	195	94	9	544
A4								21	12	52	85
A5								3	6	39	48
A6										10	10
A7										2	2
										Summe ...	2.907

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	5	5		11
v2		1	2	2	6	45	52		108
v3			6	22	16	231	201		476
v4						18	140		158
								Summe ...	753

Vertragsbedienstete mit AOV-Sondervertrag	Bedienstetengruppe							übrige VB/SV	Summe VB/SV
	1	2	3	4	5	6	7		
		5	19	5	18	4	11		62

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h2					5		5
h3						3	3
h4						1	1
						Summe ...	9

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
L2								4	4	
								Summe...	4	

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2b												12	12
												Summe ...	12

(60) **STELLENPLAN 2001**

Anlage F.3 **Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 1 des Stellenplanes**

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	Beamte	
PT1	83	28	79	89		66	15				360
PT2	39	282	434	428	389	592	141				2.305
PT3		1.390	297	2.515		718				20	4.940
PT4		655								3.735	4.390
PT5		167						2.632	43	3.645	6.487
PT6										4.068	4.068
PT7								236	1.719	1.964	3.919
PT8								7	3.853	7.658	11.518
PT9										556	556
										Summe ...	38.543

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete VB I	Vertragsbedienstete VB II	Summe VB	Summe Lehrlinge	Gesamtsumme
Gesamtsumme 01-78...	**41.466**	**815**	**9**	**824**		**42.290**

STELLENPLAN 2001 (61)

Anlage F.4 **Summarische Übersicht zum ANNEX/Teil 2 des Stellenplanes**

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	6		3	53	1	65
A2			2	1	1	3	1	5	1		14
A3								2			2
										Summe ...	81

Verwaltungsdienst	Bewertungsgruppe							übrige VB	Summe VB I
Entlohnungsgruppe	7	6	5	4	3	2	1		
v1					1	1	27		29
v2						8			8
v3					2	2	4		8
v4						3	5		8
v5								3	3
								Summe ...	56

Handwerkl. Dienst	Bewertungsgruppe					übrige VB	Summe VB II
Entlohnungsgruppe		4	3	2	1		
h1				1			1
						Summe ...	1

Lehrer	Leiter							übrige	Summe	VB
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	Lehrer	Beamte	Vertr. Lehrer
LPA	29				34			80	143	
L1	185				8	1	1	2.827	3.022	
L2	22					22		448	492	
Normplanstellen										2.707
								Summe...	3.657	2.707

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Summe	Gesamt-
	Beamte	VB I	VB II	VB	Lehrlinge	summe
Gesamtsumme 01-78...	**3.738**	**2.763**	**1**	**2.764**		**6.502**

(62)

STELLENPLAN 2001

Anlage G

Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr (Teil V)
(Teil 1)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
	Hoheitsverwaltung															
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen															
1000	Zentralleitung	3	-	-	-	3	2	-	-	-	2	- 1	-	-	-	- 1
1021	Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes	322	-	-	-	322	236	-	-	-	236	- 86	-	-	-	- 86
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	27	-	-	-	27	27	-	-	-	27	-	-	-	-	-
	Summe 10...	352	-	-	-	352	265	-	-	-	265	- 87	-	-	-	- 87
11	Inneres															
1130	Bundespolizei	211	-	-	-	211	12	-	-	-	12	- 199	-	-	-	- 199
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	24	-	-	314	-	-	-	-	-	- 290	- 24	-	-	- 314
	Summe 11...	501	24	-	-	525	12	-	-	-	12	- 489	- 24	-	-	- 513
12	Bildung und Kultur															
1200	Zentralleitung	100	-	-	-	100	118	-	-	-	118	+ 18	-	-	-	+ 18
	Summe 12...	100	-	-	-	100	118	-	-	-	118	+ 18	-	-	-	+ 18
13	Kunst															
1310	Amt der Bundestheater	63	-	-	-	63	62	-	-	-	62	- 1	-	-	-	- 1
	Summe 13...	63	-	-	-	63	62	-	-	-	62	- 1	-	-	-	- 1
	Summe 12+13...	163	-	-	-	163	180	-	-	-	180	+ 17	-	-	-	+ 17
50	Finanzverwaltung															
5000	Zentralleitung	12	-	-	-	12	12	-	-	-	12	-	-	-	-	-
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	482	845	7	-	1.334	473	806	5	-	1.284	- 9	- 39	- 2	-	- 50
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	35	-	-	-	35	34	-	-	-	34	- 1	-	-	-	- 1
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG	39.854	-	-	-	39.854	23.852	-	-	-	23.852	-16.002	-	-	-	-16.002
5084	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	-	-	-	-	-	14.691	-	-	-	14.691	+14.691	-	-	-	+14.691
	Summe 50...	40.385	845	7	-	41.237	39.064	806	5	-	39.875	- 1.321	- 39	- 2	-	- 1.362
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft															
6000	Zentralleitung	99	-	-	-	99	99	-	-	-	99	-	-	-	-	-
	Summe 60...	99	-	-	-	99	99	-	-	-	99	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit															
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-
6350	Ämter des AMS	1.625	-	-	-	1.625	1.592	-	-	-	1.592	- 33	-	-	-	- 33
	Summe 63...	1.636	9	-	-	1.645	1.603	9	-	-	1.612	- 33	-	-	-	- 33
64	Bauten und Technik															
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	25	-	-	-	25	17	-	-	-	17	- 8	-	-	-	- 8
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	7	4	-	-	11	-	-	-	-	-	- 7	- 4	-	-	- 11
	Summe 64...	32	4	-	-	36	17	-	-	-	17	- 15	- 4	-	-	- 19
	Summe 63+64...	1.668	13	-	-	1.681	1.620	9	-	-	1.629	- 48	- 4	-	-	- 52

Anlage G

Gegenüberstellung des ANNEX/Teil 1 zum Vorjahr (Teil V)
(Teil 1)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 2000					Stellenplan 2001					Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe
			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.			VB I	VB II	Lehrl.	
65	Verkehr, Innovation und Technologie															
6500	Zentralleitung	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-
6536	Bundesamt FPZ Arsenal	106	-	-	-	106	99	-	-	-	99	- 7	-	-	-	- 7
6541	Wasserstraßendirektion	13	1	4	-	18	10	-	4	-	14	- 3	- 1	-	-	- 4
6542	Amt der Wasserstrassendirektion	97	-	-	-	97	92	-	-	-	92	- 5	-	-	-	- 5
	Summe 65...	218	1	4	-	223	203	-	4	-	207	- 15	- 1	-	-	- 16
70	Öffentliche Leistung und Sport															
7032	Amt der Bundessporteinrichtungen	23	-	-	-	23	23	-	-	-	23	-	-	-	-	-
	Summe 70...	23	-	-	-	23	23	-	-	-	23	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	43.409	883	11	-	44.303	41.466	815	9	-	42.290	- 1.943	- 68	- 2	-	- 2.013

(64)

STELLENPLAN 2001

Erläuterungen zum Stellenplan 2001

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2001 (Bundesvoranschlag 2001) ist als Anlage II der Stellenplan angeschlossen, dessen erweiterte Gliederung dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

Teil I Allgemeiner Teil

Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
Abschnitt A, Planstellenverzeichnis

Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist.

Annex zum Stellenplan mit dem
Teil 1 Personal des Bundes, das für Dritte leistet und
Teil 2 Lebende Subventionen

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt. Der Teil IV, Planstellen für Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge, wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung ab dem Stellenplan 1998 in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde. Der Teil V wurde wegen der nicht mehr aussagekräftigen Darstellung aufgelassen und dafür ein neuer Annex zum Stellenplan geschaffen, der im Teil 1 jene Personalressourcen festhält, die in ausgegliederten Unternehmungen oder Einrichtungen Dienst versehen. Teil 2 dokumentiert die Anzahl der sogenannten 'Lebenden Subventionen', also jene Bundesbedienstete, die anderen Einrichtungen zur Dienstleistung überlassen werden.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die einzelnen Punkte wurden so gefasst, dass eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen im Zusammenhang mit den in der UT 0 budgetierten Ausgabenansätzen. Diese Ausgabenansätze dürfen nicht überschritten werden.

Punkt 3 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, dass jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 2001 stehen hiefür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 2001 600 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Punkt 4 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Erläuterungen zum Stellenplan 2001

Punkt 5 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften.

Im Punkt 6 wird festgelegt, dass bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 7 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Der Punkt 8 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hiefür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten 'Summe Beamte', 'Summe Vertragsbedienstete', 'Gesamtsumme') nicht überschritten werden darf.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluss der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden musste.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, dass vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubsersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, die zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, dass für jene Bereiche, in denen aufgrund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, dass die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr - ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf - kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1.9.-31.12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1.1.-30.8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, dass eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

STELLENPLAN 2001

Erläuterungen zum Stellenplan 2001

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und die Überprüfung von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Weiters werden diese Bemühungen durch begleitende Maßnahmen des Personalcontrollings unterstützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die eine Effizienzsteigerung der Verwaltung bewirken und den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Der Stellenplan 2000 weist 212.745 Planstellen aus. Dem gegenüber wird der Stellenplan für das Jahr 2001 nur mehr 209.000 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 3.745 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 3.659 Planstellen und aus Ausgliederungen im Gesamtwert von 86 Planstellen.

Die Verteilung dieser Einsparungen bzw. Ausgliederungen stellen sich wie folgt dar:

Bereich	Einsparungen		Ausgliederungen
	Teile II.A,VI u.VII	Annex/Teil 1	
Parlamentsdirektion	- 6		
Volksanwaltschaft	- 2		
Bundeskanzleramt	- 29	- 86	
BM für Inneres	- 665		
BM für Bildung, Kultur	- 66	- 3	- 86
und Wissenschaft	- 17		
BM für soziale Sicherheit			
und Generationen	- 80		
BM für auswärtige Angelegenheiten	- 34		
BM für Justiz	- 140		
BM für Landesverteidigung	- 559		
BM für Finanzen	- 331	- 51	
BM für Land- und Forstwirtschaft,			
Umwelt und Wasserwirtschaft	- 86		
BM für Wirtschaft und Arbeit	- 106	- 41	
BM für Verkehr, Innovation			
und Technologie	- 26	- 16	
BM für öffentliche Leistung und Sport	- 3		
Amt der Österr. Bundestheater		- 1	
Amt der Post- und Telekom Austria AG		- 1.311	
SUMME:	**- 2.150**	**- 1.509**	**- 86**

Erläuterungen zum Stellenplan 2001

Der Stellenplan für das Jahr 2001 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 2000 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 2000	Stellenplan 2001	Differenz
Teil II.A	155.240	153.577	- 1.663
Teil VI	1.585	1.516	- 69
Teil VII (LWStA) *)	11.617	11.617	0
Summe II.A, VI u. VII	**168.442**	**166.710**	**- 1.732**
Annex/Teil 1	44.303	42.290	- 2.013
Gesamtsumme	**212.745**	**209.000**	**- 3.745**

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Zusätzliche Einsparungen könnten noch erfolgen, wenn im Laufe des Jahres 2001 Planstellen durch weitere Pensionierungen frei werden und nicht mehr nachbesetzt werden sollen.

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenverminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G, A.1 und A.2 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 2001 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 und A.2, die Anlage A.1 die Planstellen des Teiles II.A, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A.2 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1 und B.2 enthalten eine Gegenüberstellung der Teile II.A, VI und VII des Stellenplanes 2001 zum Stellenplan 2000 , die Anlagen B1.1 und B1.2 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilsmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, und C2.2 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

(68) **S T E L L E N P L A N 2 0 0 1**

Erläuterungen zum Stellenplan 2001

Die Anlagen D2.G, D2.1 und D2.2 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1 und D2.2 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1 und E.2 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 2001 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1 und F.2 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

Die Anlagen F 3 und F 4 enthalten summarische Übersichten zu den Teilen 1 und 2 des Annexes zum Stellenplan, die nach Besoldungsgruppen gegliedert sind.

Die Anlage G enthält eine Gegenüberstellung des bisherigen Teiles V des Stellenplanes 2001 zum Annex/Teil 1 des Stellenplanes 2001, zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2001

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

72B042

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

2001

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Wien 2000
Print Media Austria AG

Inhalt

I . T E I L

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 2001 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 2000 und 1999:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung 5
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70 8
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei 10
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung 11
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof 14
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof 15
Kapitel 05: Volksanwaltschaft 16
Kapitel 06: Rechnungshof 17
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen. 18
Kapitel 11: Inneres 23
Kapitel 12: Bildung und Kultur 32
Kapitel 13: Kunst 59
Kapitel 14: Wissenschaft 65
Kapitel 15: Soziale Sicherheit und Generationen 79
Kapitel 16: Sozialversicherung 88
Kapitel 17: Gesundheit 98
Kapitel 19: Jugend und Familie 108
Kapitel 20: Äußeres 116
Kapitel 30: Justiz 121
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten 127
Kapitel 50: Finanzverwaltung 132
Kapitel 51: Kassenverwaltung 145
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben 151
Kapitel 53: Finanzausgleich 179
Kapitel 54: Bundesvermögen 185
Kapitel 55: Pensionen 199
Kapitel 58: Finanzschuld, Währungstauschverträge 204
Kapitel 60: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 208
Kapitel 61: Umwelt neu 227
Kapitel 63: Wirtschaft und Arbeit 230
Kapitel 64: Bauten und Technik 241
Kapitel 65: Verkehr, Innovation und Technologie 249
Kapitel 70: Öffentliche Leistung und Sport 261

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2001:

Nachfrage(un)wirksame Gebarung 265

Personalstand und Personalausgaben 269

Starrheit des Bundeshaushaltes 272

Investitionen und Investitionsförderung 273

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes 275

Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen 276

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes 277

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 279

III. Bundesgebarung der Vorjahre:

Bundesrechnungsabschluss 1998 und 1999 286

IV. Budgetgrogramm:

Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG 289

V. Gliederung des Bundesvoranschalges:

Gliederung des Bundesvoranschlages 291

Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 2001 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 2000 und 1999

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 2001 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 2001 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlussziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 2000 bzw. dem Bundesrechnungsabschluss 1999 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	2001 BVA-E	2000 BVA	1999 BRA
	in Millionen Schilling (Rundungsdifferenzen)		
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben	813.452	781.458	787.764
Einnahmen	780.685	726.810	719.570
Abgang	32.767	54.648	68.194
Ausgleichshaushalt:			
Ausgaben	506.568	496.010	421.820
Einnahmen	539.335	550.658	490.014
Überschuss	32.767	54.648	68.194
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Schilling	2.935,5	2.782,5	2.685,9
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	1,1	2,0	2,5

BIP: lt. Prognose des WIFO vom Oktober 2000 (Ausnahme BVA 2000: Stand Dezember 1999; BRA 1999: Stand Juni 2000).

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die Bundesregierung hat sich im Interesse der künftigen Generationen zum Ziel gesetzt, die budgetpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit, wie Inkaufnahme hoher Budgetdefizite und deutliche Zunahme der Schuldenlast, durch nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen auszugleichen und den eingetretenen Stillstand bei der Budgetkonsolidierung der Jahre 1998 und 1999 zu durchbrechen.

Der nunmehr im österreichischem Stabilitätsprogramm vorgesehene Konsolidierungspfad ist deutlich ambitionierter als jener des vorhergehenden Konsolidierungsprogramms. Damit antwortet die Bundesregierung auf die internationale Kritik (EU, IWF und OECD) an der zu langsamen und endlastigen Konsolidierung. Ab 2001 wird Österreich damit wieder im europäischen Gleichklang hinsichtlich der Konsolidierungserfolge liegen.

Diese rasche und nachhaltige Budgetkonsolidierung sichert
- den Wirtschaftsstandort Österreich und damit die hohe Beschäftigung sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum,
- die Kreditwürdigkeit Österreichs auf den internationalen Kapitalmärkten,
- günstigere Zinssätze für Investitionen des Staates, der Wirtschaft und der Konsumenten,
- den Haushaltsspielraum für Zukunftsaufgaben (insbesondere für Forschung, Technologie, Infrastruktur) und somit
- Österreichs Zukunft

Der **Bundesvoranschlag 2001** ist gekennzeichnet von Einsparungen bei den Ausgaben im Ausmaß von etwa 2/3 und Einnahmenerhöhungen bei den Abgaben im Ausmaß von etwa 1/3.

Auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Budget und zur modernsten Verwaltung Europas wird die österreichische Bundesverwaltung bei der Konzeption und Umsetzung struktureller Budgetsanierungsmaßnahmen durch einen international renommierten Berater unterstützt.

Das Konsolidierungsprogramm birgt auch expansive Signale: so werden für ein Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung, Investitions- und Infrastrukturvorhaben insgesamt 10 Milliarden Schilling über die Legislaturperiode zur Verfügung gestellt.

Der Entwurf für den Bundesvoranschlag 2001 sieht ein administratives Nettodefizit von rund 32,8 Milliarden Schilling oder 1,1 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Nettodefizit liegt damit um rund 21,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 2000 und um rund 35,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesrechnungsabschluss 1999.

Im Sinne des beabsichtigten Schuldenreduzierungsprogrammes der Bundesregierung wird das im österreichischen Stabilitätsprogramm für das Jahr 2001 vorgesehene Nettodefizit des Bundes unterschritten, um damit für die Zukunft die Zinsenbelastung geringer zu halten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die internationale Konjunkturlage im Herbst 2000 ist trotz einiger Risikofaktoren weiterhin sehr gut. Die OECD-Wirtschaft sollte heuer um 4% wachsen, im Jahr 2001 um 2,8%. Dabei dürfte sich nach einem besonders starken Jahr 2000 das Wirtschaftswachstum in den USA im nächsten Jahr doch deutlich abschwächen und die Rolle der 'Konjunkturlokomotive' an Europa abgeben. Der Euro-Raum sollte im Jahr 2000 um 3,5%, im Jahr 2001 immer noch um 3% wachsen. Die japanische Wirtschaft wird heuer nur mit 1%, im nächsten Jahr mit 1,5% wachsen. Dort ist ein selbsttragender Wachstumsprozess noch nicht in Gang gekommen, Budget- und Schuldenprobleme nehmen stark zu, die Vertrauens- und Strukturprobleme harren weiterhin einer Lösung.

Die Risikofaktoren für Europa, aber auch für die gesamte Weltkonjunktur besteht vor allem in den sehr stark gestiegenen Erdölpreisen, die zu einer Vervielfachung der Importrechnung vieler erdölabhängiger Länder geführt hat und einen realen Ressourcentransfer in die erdölexportierenden Länder bedeutet. Darüber hinaus führen die Ungleichgewichte bei den Wechselkursen der drei Weltwährungen zu Wachstumsbeeinträchtigungen, vor allem da ihr Weiterbestehen die Hoffnung auf ein 'soft landing' verringert. Dennoch bleiben die fundamentalen Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschaft weiterhin positiv.

Die österreichische Wirtschaft wird im Jahr 2000 real mit 3,5% im EU-Durchschnitt wachsen, im Jahr 2001 wird das Wachstum mit 2,8% real etwas schwächer ausfallen als im EU-Schnitt. Dies ist neben den auch die anderen Länder betreffenden Faktoren auf die leicht konjunkturdämpfende Wirkung der rascheren Budgetkonsolidierung zurückzuführen. Diese trägt dazu bei, mögliche Überhitzungserscheinungen abzuschwächen und damit die Aufschwungsphase zu verlängern. Nominell soll das BIP in Österreich im Jahr 2000 um 4,8% zunehmen, im Jahr 2001 um 4,2%.

Keine Auswirkungen hat die Prognose auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote, einem der für Österreich wichtigsten Indikatoren für die Wirtschaftsleistung: Sie wird weiterhin für 2000 auf den EU-drittniedrigsten Wert von 3,5% und für 2001 auf 3,4% prognostiziert. Die Beschäftigung soll 2000 um 1,0% zunehmen, 2001 noch immer um 0,8%.

Die Ölpreisentwicklung und die Euroschwäche haben deutliche Auswirkungen auf die Inflationsrate. Dazu kommen noch einige Effekte aus Gebührenerhöhungen, welche 2000 und 2001 wirksam werden. Dadurch sollen die Verbraucherpreise im Jahr 2000 um 2,3% ansteigen, durch das Auslaufen von Effekten und die leichte Nachfragedämpfung jedoch im Jahr 2001 nur um 1,5%.

Die starke Konjunktur verstärkt auch, gemeinsam mit der Importpreissteigerung, das Leistungsbilanzdefizit, welches im Jahr 2000 etwa 85 Milliarden Schilling (3,0% des BIP), im Jahr 2001 aber nur mehr 70 Milliarden Schilling (2,4% des BIP) betragen soll.

Bei der Erstellung des Entwurfes des Bundesvoranschlages 2001 wurde von folgenden wirtschaftlichen Eckdaten für das Jahr 2001 ausgegangen (Wirtschaftsdaten aufgrund der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Oktober 2000):

nominelles Wirtschaftswachstum	+4,2%
reales Wirtschaftswachstum	+2,8%
Unselbständig Beschäftigte	+0,8%
Verbraucherpreise	+1,5%
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung)	5,3%
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	3,4%
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,6%

3. Budgetvollzug 1999

Der Bundesvoranschlag 1999 sah ein Defizit von 70,1 Milliarden Schilling oder 2,6% des Bruttoinlandsprodukts vor. Der Bundesrechnungsabschluß weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 68,2 Milliarden Schilling oder 2,5% des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemeinen Haushalt die Ausgaben um rund 20,2 Milliarden Schilling und die Einnahmen um rund 22,1 Milliarden Schilling überschritten. Somit ist es auch im Vorjahr wieder gelungen, den veranschlagten Budgetabgang nicht nur einzuhalten, sondern um rund 2,0 Milliarden Schilling zu unterschreiten.

Trotz beträchtlicher Einnahmenausfälle (zB. öffentliche Abgaben netto -7,2 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen -3,0 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften -2,0 Milliarden Schilling) und Mehrausgaben (zB Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz +2,9 Milliarden Schilling, Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +4,2 Milliarden Schilling) konnte durch Ausgabeneinsparungen und durch zusätzliche Einnahmen in vielen anderen Bereichen das Gesamtergebnis noch verbessert werden.

Gemäß **Bundesrechnungsabschluß** für 1999 beträgt das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates 2,0% und die gesamtstaatliche Schuldenquote 64,9% des BIP. Die Erhöhung der Schuldenquote ist vor allem durch den Anstieg des Yen-Kurses begründet.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 70:

Allgemeine Bemerkungen

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlages als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie den Fahrzeugplan. Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG obliegt dem Bundesminister für Finanzen. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluss über die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Bemerkungen zum Bundesvoranschlag 2001

1. Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 und Ausgliederungen

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen mit Wirkung 1. April 2000 und einiger Ausgliederungen sind auf Kapitelebene die Voranschlagsziffern 2001 mit den Vorjahresdaten nur bedingt vergleichbar.

Im Zuge der Kompetenzänderungen wurden die Kapiteln 61 Umwelt - Neu und 70 Öffentliche Leistungen und Sport geschaffen. Beim Kapitel 18 Umwelt sind die Ausgaben und Einnahmen nur mehr für den Zeitraum Jänner bis März 2000 veranschlagt.

Folgende Ausgliederungen wurden in den letzten Monaten durchgeführt bzw. sind geplant:
Bundestheater, Kapitel 71, mit Wirkung 1. September 1999, Statistisches Zentralamt, Titel 102, mit Wirkung 1. Jänner 2000 und einige Museen, Paragraf 1244, mit Wirkung 1. Jänner 1999 bzw. 2000 (Technisches Museum, Museum für angewandte Kunst, Graphische Sammlung Albertina, Österreichische Galerie und Kunsthistorisches Museum).

Mit 1. Jänner 2001 wird das Hauptpunzierungs- und Probieramt aufgelassen und das Bundesgestüt Piber und die Spanische Reitschule ausgegliedert.

2. Flexibilisierungsklausel

Die Bestimmungen gemäß § 17a BHG werden für folgende Organisationseinheiten angewandt:

Justizanstalt St. Pölten (Paragraf 3031) und Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg (Paragraf 3032),

Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Paragraf 6056) und Bundesamt für Wasserwirtschaft (Paragraf 6058).

3. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurde grundsätzlich vom BVA 2000 unter Berücksichtigung der ganzjährigen Auswirkung der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 ausgegangen. Die Auswirkungen des Struktureffektes und der Besoldungsreform sind durch Personalreduktionen und sonstige erforderliche Maßnahmen auf dem Personalsektor auszugleichen.

Mit 1. Jänner 2001 werden die Bezüge der aktiven Bundesbediensten um einen Fixbetrag von 500 Schilling erhöht.

4. Finanzausgleich (Kapitel 53 und Titel 2/528)

Da im Zeitpunkt des Redaktionsschlusses die FAG-Verhandlungen noch nicht beendet waren, ist davon auszugehen, dass im Zuge der parlamentarischen Beratungen über den Bundesvoranschlagsentwurf 2001 noch entsprechende Änderungen vorzunehmen sein werden.

5. Bezugsvorschüsse
Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der jeweils geltenden Fassung, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuss aus Bundesmitteln bewilligt werden.

6. Erfolg bzw. Bundesvoranschlag
Die Zahlen der einzelnen Jahre stellen dar:
1999: Bundesrechnungsabschluss
2000: Bundesvoranschlag
2001: Bundesvoranschlag (Entwurf)
Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 2001.

7. Redaktionsschluss 6. Oktober 2000

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundespräsidenten, geregelt im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBl. Nr. 450, in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz BGBl. I Nr. 68/2000.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	39,0	32,5	71,5	1,2
2000	38,7	24,7	63,4	1,2
2001	38,7	24,7	63,4	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 2001 beim Voranschlagsansatz 1/01008 'Aufwendungen' 2,580 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Bundespräsidenten

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesbezügegesetz (Art. 2 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2000) geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 'Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)' verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 (B-VG); weiters aus der Tätigkeit der Parlamentsdirektion zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 30 B-VG, sowie auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	211,5	1.285,3	1.496,8	30,3
2000	218,9	1.256,0	1.474,9	34,1
2001	214,5	1.164,5	1.379,0	30,2

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/ 1998;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1997;
Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 131/1999.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuss des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuss des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuss des Nationatrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	755,3	755,3	21,9
2000	0,0	703,5	703,5	25,5
2001	0,0	624,6	624,6	21,5

Unterschiede gegen Vorjahr

Mindererfordernis wegen geringerer Zuwendungen an den Nationalfonds. Unterschiede bei den Einnahmen resultieren aus den nunmehr geltenden Bestimmungen betreffend Pensionsbeiträge der Mandatare.

Titel 022 Bundesrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefassten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluss von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB. bei gewissen Fristsetzungen für die Erfassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, dass dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	92,5	92,5	4,4
2000	0,0	96,3	96,3	4,8
2001	0,0	99,5	99,5	4,7

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP

Gesetzliche Grundlagen

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 124/1999;
Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen unterstützenden Tätigkeiten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatare an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	210,8	210,8	1,8
2000	0,0	216,2	216,2	1,5
2001	0,0	213,7	213,7	1,5

Titel 024 Parlamentsdirektion

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/ 1998;
Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgende Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben umfasst insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes und Bundesbezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	211,5	226,8	438,3	2,2
2000	218,9	240,0	458,9	2,3
2001	214,5	226,6	441,1	2,6

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999 und 194/1999, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 126a Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	33,6	39,9	73,5	0,8
2000	35,8	36,2	72,0	1,0
2001	35,4	36,1	71,5	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685 und 87/1997;
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998 und in der Fassung der Kundmachung BGBl. I Nr. 31/2000;
Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;
Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden - mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten -, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.
Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	130,4	18,1	148,5	4,4
2000	137,1	16,9	154,0	5,0
2001	138,6	19,6	158,3	4,6

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist auf den weiteren Ausbau der EDV zurückzuführen.

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 87, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998, und das Geschäftsordnungsgesetz, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 163/1998, und Geschäftsordnungsgesetz des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 192/1999. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. II Nr. 102/1999.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt, von ihr vermutete Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlass eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat, dem Bundesrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	29,7	21,6	51,2	1,8
2000	31,0	21,8	52,7	1,6
2001	31,4	24,1	55,5	1,2

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staat-lichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 39/1999.

Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 5/2000.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20.000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellten Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Dem Rechnungshof obliegt weiters die Überprüfung der Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Der Rechnungshof hat ferner in jedem zweiten Kalenderjahr alle Personen, deren jährliche Bezüge und Ruhebezüge von Rechtsträgern, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, insgesamt den in § 8 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre genannten Betrag übersteigen, in einen Bericht aufzunehmen und zugleich dem Nationalrat, Bundesrat und den Landtagen über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung, nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen getrennt, zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI ('International Organization of Supreme Audit Institutions' = Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongress in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	240,9	62,2	303,1	1,7
2000	243,6	71,4	315,0	2,0
2001	244,7	70,3	315,0	1,9

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, sowie im Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt und beim VA-Ansatz 1/06007 veranschlagt.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.345,5	4.575,8	5.921,3	714,9
2000	730,8	2.974,8	3.705,6	321,2
2001	611,3	3.331,7	3.942,9	302,1

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle mit Wirksamkeit 1.4.2000 sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2001 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:
Verwaltungsakademie (Paragraf 1001) zu Paragraf 7020,
Konsumentenschutz (Paragraf 1002) zu Kapitel 30 (unter Titel 300 mitveranschlagt),
Innovations- und Technologiefonds (Paragraf 1005) zu Paragraf 6530,
Zusammenarbeit mit ZOR und NUS (Paragraf 1006) zu Paragraf 2007,
Sportangelegenheiten (Titel 107) zu Titel 703,
Strahlenschutz (Paragraf 1081) zu Paragraf 1734 und 6125,
Veterinärwesen (Paragraf 1082) zu Paragraf 1731,
Lebensmittel und Chemikalien (Paragraf 1083) zu Paragraf 1732,
Gentechnologie (Paragraf 1084) zu Paragraf 1733,
Lebensmitteluntersuchungsanstalten (Paragraf 1090) zu Paragraf 1790,
Veterinärmedizinische Anstalten (Paragraf 1091) zu Paragraf 1795 und
Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst (Paragraf 1092) zu Paragraf 1796.

Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereiche sind unter den neuen Kapiteln zu finden.

Titel 100 Bundeskanzleramt

Gesetzliche Grundlagen

Bezügegesetz, BGBl . Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/2000;
Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. 1 Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2000;
Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/2000;
Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2000;
Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 660/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1998.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im Wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der Amtshilfe online 'HELP' ('help.gv.at'), der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, des Unabhängigen Bundesasylsenates, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union, der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU sowie der Euroinitiative (Euro-Kampagne), der Durchführung des Auslandsdienstes des ORF, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, Angelegenheiten der Kunst und Bundestheater, der Information und Dokumentation sowie des Datenschutzes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	561,6	2.316,4	2.878,0	509,7
2000	457,8	1.367,0	1.824,8	135,0
2001	414,9	1.882,5	2.297,4	151,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Sachausgaben resultiert im Wesentlichen aus der Änderung im Abwicklungsmodus für die Regional- und Strukturförderungen (Aufnahme der Budgetmittel in den Bundesvoranschlag). Ferner ergeben sich Erhöhungen aus Maßnahmen der Bundesregierung für Informationstätigkeiten im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung.

Paragraf 1000 Zentralleitung

Förderungen

Die Reduzierung der hier veranschlagten Mittel resultiert einerseits aus dem Entfall der Förderung der Fraueninitiativen sowie aus der Verlagerung der Mittel für die Euro-Kampagne zu den Aufwendungen. Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogrammes, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichiche Institut für Raumplanung, die Unterstützung des Jewish Welcome Service, die Unterstützung der Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sowie die Förderung von Projekten in Zusammenhang mit der Europäischen Integration vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder, die Zahlungen für Landeshauptleute und deren Stellvertreter, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD sowie für die OECD-Energieagentur vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraf 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragrafen abgewickelt.

Durch die Änderung des Abwicklungsmodus der Programme der Jahre 2000 bis 2003 bei den Regional- und Strukturförderungen wurden Mittel in der voraussichtlichen Höhe der Transferzahlungen der EU vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Paragraf 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Unabhängigen Bundesasylsenat 1997 wurde eine gerichtsähnliche Einrichtung dem Verwaltungsgerichtshof vorgeschaltet, die über Berufungen in Asylangelegenheiten zu entscheiden hat.

Bei diesem Paragraf sind neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb auch Gebühren für Dolmetscher veranschlagt. Die zu veranschlagenden Kosten ergeben sich im Wesentlichen aus der (steigenden) Zahl der Berufungen sowie der erforderlichen Angleichung der EDV-Infrastruktur.

Einnahmen

Die Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus Vergütungen für die Benützung des zentralen Ausweichsystems, Vergütungen für die Benützung des Rechtsinformationssystems, aus Kostenersätzen der Europäischen Union, Einnahmen aus dem Bundesgesetzblatt (Abonnementgebühren) und Pensionsbeiträgen der Obersten Organe zusammen.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt

Gesetzliche Grundlagen

Bundesarchivgesetz BGBl I Nr. 162/1999;
Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)', 'Archiv der Republik', 'Finanz- und Hofkammerarchiv', 'Haus-, Hof- und Staatsarchiv' und 'Kriegsarchiv' sowie der 'Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs' und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Österreichischen Staatsarchiv obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	59,3	25,4	84,8	1,1
2000	60,2	21,8	82,0	2,1
2001	61,9	32,1	94,0	2,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der veranschlagten Mittel resultiert aus der Notwendigkeit der Anmietung eines Ausweichquartiers für das Haus- Hof- und Staatsarchiv auf Grund umfassender Renovierungsarbeiten im bisherigen Quartier sowie aus der erforderlichen Angleichung der EDV-Infrastruktur.

Titel 102 Bundesstatistik (Statistisches Zentralamt)

Gesetzliche Grundlagen

Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl I Nr. 163/1999;
Volkszählungsgesetz 1980 BGBl. Nr. 199 i.d.F. 505/1994;
Arbeitsstättenzählungsgesetz BGBl Nr. 119/1973.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens, der Umweltstatistik und der Wissenschafts- und Technologiestatistik.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	458,9	204,7	663,6	38,5
2000	121,2	746,9	868,1	138,9
2001	114,1	827,5	941,5	127,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch die zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Durchführung der Großzählungen gemäß § 73 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999 sowie die Zusatzabgeltungen gemäß § 32 leg. cit.

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei

Gesetzliche Grundlage

Staatsdruckereigesetz 1996, BGBl. 1 Nr. 1/1997, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 93/1999.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	21,7	0,1	21,7	22,2
2000	22,0	0,1	22,1	22,1
2001	20,4	0,1	20,5	20,5

Hier werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers 'Österreichische Staatsdruckerei' verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung

Gesetzliche Grundlagen

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1999;
Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	867,4	867,4	0,0
2000	0,0	551,2	551,2	0,0
2001	0,0	537,6	537,6	0,1

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Verminderung der Zuwendungen an politische Parteien ergibt sich aus dem Ausscheiden des Liberalen Forums aus dem Nationalrat.

Von den für 2001 veranschlagten Ausgaben entfallen:
113,9 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,
198,0 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,
5,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,
80,7 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,
132,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und
7,3 Millionen Schilling auf die Presseförderung-Joumalistenausbildung.

Titel 105 Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand

Paragraf 1050 Volksgruppenförderung

Gesetzliche Grundlage

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	64,4	64,4	0,0
2000	0,0	51,8	51,8	0,0
2001	0,0	51,8	51,8	0,0

Paragraf 1051 Zwangsarbeiter-Entschädigungen

Unter diesem Paragraf werden Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter verrechnet.

Paragraf 1052 Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen

Unter diesem Paragraf werden Zahlungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen verrechnet.

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	16.471,3	7.161,6	23.632,9	1.344,2
2000	16.717,3	6.510,6	23.227,9	1.400,0
2001	16.453,0	6.275,2	22.728,2	1.291,3

Mit Inkrafttreten der BMG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 16/2000, werden die Ausgaben im Zusammenhang mit der Räumung (Sanierung) von Deponien (bis März 2000 beim Voranschlagsansatz 1/11198 mitveranschlagt) beim Kapitel 61 Umwelt neu verrechnet.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes, die Führung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial) sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	981,2	1.263,5	2.244,7	44,0
2000	1.005,3	1.147,8	2.153,1	35,2
2001	1.006,4	1.216,7	2.223,1	35,6

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Zentralleitung	2.070,6	1.967,4	1.999,0
Zahlungen an die BIG	174,1	174,2	206,3
Menschenrechteskoordinator und Beiräte	-	11,5	17,8
Summe	2.244,7	2.153,1	2.223,1

Paragraf 1100 Zentralleitung
Anlagen
Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen
Die hier veranschlagten Ausgaben werden für Zahlungen an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen für ihre im Interesse des Bundesministeriums für Inneres gelegenen Förderungsvorhaben verwendet. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik sowie für die Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familienbeihilfen und den Mutter-Kind-Pass-Bonus, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen
Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 373 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraf 1101 Zahlungen an die BIG
Bei diesem Paragraf wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000 die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Paragraf 1102 Menschenrechtskoordinator und Beiräte
Dieser Paragraf beinhaltet den Aufwand für den auf der Grundlage des Beschlusses der Bundesregierung vom 20. Juli 1999 eingerichteten Menschenrechtskoordinator und den mit Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. I Nr. 146/1999, geschaffenen Menschrechtsbeirat.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/ 1997;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1988;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 106/1990;
Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1996), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 84/2000;
Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 3 Z 4 lit. c des Katastrophenfondsgesetzes 1996, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;
Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998;
Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 28/2000;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben bzw. Organisation
Flugpolizei und Flugrettungsdienst
Unter 'Flugpolizei' ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der 'Flugrettungsdienst' umfaßt Rettungs- und Ambulanzflüge, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen. Für das Jahr 2001 ist die schrittweise Übertragung des Flugrettungsdienstes an einen privaten Betreiber geplant. Weiters obliegt dem Bundesministerium für Inneres auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugpolizei.
Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 24 Hubschrauber und 4 Motorflugzeuge zur Verfügung.
Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Luftfahrzeuge auf die sieben Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Hohenems/Dornbirn sowie auf die Außenstelle Wien am Flugplatz Vöslau verteilt. Die Flugeinsatzstelle Lienz wird im Zuge der Abgabe der Flugrettung aufgelassen.
Zivilschutz
Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen - als maßgebliche Träger des Zivilschutzes - und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des Einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.556,9	1.556,9	729,3
2000	0,0	1.368,2	1.368,2	778,5
2001	0,0	966,2	966,2	675,6

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	89,9	123,1	90,9
Zivilschutz: 1)			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	24,1	20,9	23,8
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	48,6	50,0	50,0
Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen	21,3	27,7	27,7
Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	34,6	55,9	53,6
Zivildienst	997,1	785,8	660,5
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	56,2	58,7	58,7
Angelegenheiten gemäß Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. E, Z 13 BMG	285,0	246,0	1,0
Summe	1.556,9	1.368,2	966,2

Fußnote:
1) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraf 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar bei den Paragrafen 6000 und 6304.

Paragraf 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst
Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung der Luftfahrzeuge veranschlagt.

Paragraf 1111 Zivilschutz
Hier ist der Aufwand für die Selbstschutz-Informationszentren, die Öffentlichkeitsarbeit, die Zivilschutzschule des Bundesministeriums für Inneres sowie für die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes veranschlagt.

Paragraf 1112 Zivilschutz (Mittel d.Katastrophenfonds)(zweckgeb.Gebarung)
Bei diesem Paragraf wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes berücksichtigt, die vorsehen, dass jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hiefür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraf 1114 Kriminalpol. Beratungsdienst und Opferschutzeinrichtungen
Bei diesem Paragraph werden Ausgaben für Förderungen von Vorhaben im Sinne des § 25 Abs. 2 Sicherheitspolizeigesetz verrechnet, die der Vorbeugung gefährlicher Angriffe auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen dienen, sowie jene für die vertragliche Beauftragung bewährter geeigneter Opferschutzeinrichtungen im Sinne des § 25 Abs. 3 Sicherheitspolizeigesetz, Menschen, zum Zwecke ihrer Beratung und immateriellen Unterstützung anzusprechen. Weiters sind hier die Ausgaben für den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst veranschlagt, worunter insbesondere Kosten für öffentlichkeitswirksame Präventionskampagnen fallen.

Paragraf 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr.38/1997
Hier ist der Aufwand für die Österreichischen Polizeikontingente im Ausland veranschlagt.

Paragraf 1117 Zivildienst
Bei diesem Paragraf sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraf 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung
Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

Paragraf 1119 Angelegenheiten gem.Anlage zu §2,Teil 2,Abschn.E,Z13.BMG
Verrechnung der Kosten für Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind. Bis zum Inkrafttreten der BMG-Novelle 2000 waren hier die Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt gewesen.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	28,5	28,5	0,0
2000	0,0	43,8	43,8	0,0
2001	0,0	43,5	43,5	0,0

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	6,1	5,3	5,2
Fremdenwesen	22,5	38,5	38,3
Summe	28,5	43,8	43,5

Paragraf 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge
Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1934;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1974;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.
Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 2001 5,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 1122 Fremdenwesen
Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/2000;

Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremdengesetzes (Fremdengesetz-Durchführungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 418/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 117/2000.

Aufgaben

Bei diesem Paragraf sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind. Weiters sind Förderungsmittel für die Schubhaftbetreuung vorgesehen.

Titel 113 Bundespolizei
Gesetzliche Grundlagen

Verordnung der Bundesregierung vom 24. Februar 1999, BGBl. II Nr. 56/1999, über die Errichtung von Bundespolizeidirektionen und die Festlegung ihres örtlichen Wirkungsbereiches (Bundespolizeidirektionen-Verordnung);

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 32/2000;

Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 4 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	7.350,1	1.673,9	9.024,1	466,3
2000	7.452,7	1.571,3	9.024,0	480,8
2001	7.344,9	1.618,3	8.963,2	475,4

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Bundespolizei	8.931,8	8.937,4	8.876,8
Bundespolizei (zweckg. Gebarung)	92,3	86,6	86,4
Summe	9.024,1	9.024,0	8.963,2

Polizei-Massafonds
Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2001 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	41,3
Sonstiges	0,4
Zusammen	41,7

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	41,1
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen	41,7

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei
Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlass vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2001 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	1,000
Zuführung an Rücklagen	0,350
Zusammen	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie
Gesetzliche Grundlagen
Gendarmeriegesetz 1894, RGBl. Nr. 1/1895, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;
Gendarmeriegesetz 1918, StGBl. Nr. 75/1918, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;
Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;
Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. II Nr. 207/1998;
Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;
Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 32/2000;
Anhalteordnung, BGBl. II Nr. 128/1999.

Aufgaben
Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation
Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 3 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 36 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 6 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 835 Gendarmerieposten mit 2 Außenstellen, 71 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezentralschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	8.034,1	2.046,8	10.080,9	95,1
2000	8.145,7	1.906,1	10.051,8	94,7
2001	7.990,3	1.936,1	9.926,3	93,6

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Bundesgendarmerie	9.881,4	9.868,1	9.742,5
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	199,5	183,7	183,8
Summe	10.080,9	10.051,8	9.926,3

Massafonds der Bundesgendarmerie
Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 2001 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	56,1
Sonstiges	0,7
Zusammen	56,8

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	56,2
Fondsaufwand	0,6
Zusammen	56,8

Titel 115 Besondere Einrichtungen
Gesetzliche Grundlagen
Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration
Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1999;

Bundesgesetz, mit dem die Bundesbetreuung von Asylwerbern geregelt wird (Bundesbetreuungsgesetz), BGBl. Nr. 405/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;
Verordnung über die Bundesbetreuung für Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 180/1998;
Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/2000;
Bundesgesetz, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird, BGBl. I Nr. 85/1998;
Verordnung der Bundesregierung, mit der das Aufenthaltsrecht kriegsvertriebener Kosovo-Albaner geregelt und die Niederlassungsverordnung 1999 geändert wird, BGBl. II Nr. 133/1999, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 461/1999.

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)
Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1974;
Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraf 1152 Bundesasylamt
Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1999;
Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrages, BGBl. III Nr. 165/1997.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	105,9	591,9	697,9	9,6
2000	113,6	461,7	575,3	10,7
2001	111,4	482,7	594,1	10,9

Im Einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1999	2000	2001
	Millionen Schilling		
Flüchtlingsbetreuung und Integration	595,9	426,1	447,9
KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)	14,6	46,1	45,0
Bundesasylamt	87,4	103,1	101,2
Summe	697,9	575,3	594,1

Paragraf 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration
Bei diesem Paragraf sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und der Kriegsvertriebenen aus dem Kosovo bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.
Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 19,5 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen
Die in den Betreuungsstellen und Gasthöfen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben gemäß Bundesbetreuungsverordnung Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.
Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und der Kriegsvertriebenen aus dem Kosovo anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion anteilsmäßig von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen
Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1996	1997	1998	1999
Betreuungsstellen (einschl. Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorferstraße 23)	6	6	6	6
Insassen 1)	1.100	1.020	1.150	1.400
Unterbringung in Gasthöfen	970	400	450	2.500

Fußnote:
1) In dieser Summe sind im Jahre 1996 550, im Jahre 1997 380, im Jahre 1998 150 und im Jahre 1999 60 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina sowie in den Jahren 1996 bis 1998 jeweils 100 und im Jahre 1999 157 Konventionsflüchtlinge enthalten.

Paragraf 1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)
Ausgaben
Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee, die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte, die Neugestaltung und Sanierung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, sowie die Befreiungsfeier 2001.

Einnahmen
Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraf 1152 Bundesasylamt
Aufgaben bzw. Organisation
Das Asylgesetz 1997 sieht als Asylbehörde 1. Instanz das Bundesasylamt vor, das über Asylanträge gemäß den normierten Verfahrensläufen zu entscheiden hat.
Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.
Gleichzeitig ist das Bundesasylamt jene zur Durchführung des Dubliner Übereinkommens zuständige Behörde.

Ausgaben
Bei diesem Paragraf sind die erforderlichen Geldmittel zur Vollziehung des Asylgesetzes 1997, insbesondere die Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater, veranschlagt.

Titel 116 Sicherheitsakademie
Gesetzliche Grundlagen
Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben
Ausbildung von Führungs- und Lehrkräften sowie Erstellung von Gutachten.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	11,8	11,8	0,1
2001	0,0	11,9	11,9	0,2

Ausgaben
Bei diesem Titel sind hauptsächlich Ausgaben für die Erstausstattung der Sicherheitsakademie sowie für den laufenden Lehrbetrieb enthalten.

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C und des fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, in der Fassung BGBl. Nr. 680/1996.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	28.005,0	46.427,0	74.432,1	873,4
2000	29.080,0	47.035,5	76.115,5	890,0
2001	29.048,4	48.370,9	77.419,2	1.383,2

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990, des Fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996, in der Fassung BGBl. Nr. 680/1996,

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 318/1996,

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die Altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1996,

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Bildung und Kultur) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Bundesmuseen, der Nationalbibliothek und des Bundesdenkmalamtes.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	389,8	3.571,8	3.961,7	80,9
2000	441,6	3.701,7	4.143,4	123,5
2001	455,3	4.403,1	4.858,3	607,9

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung von zwei Bundesmuseen und der Österreichischen Phonothek sowie die damit verbundene Übernahme der pragmatischen Bediensteten durch die Zentralstelle des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Ebenso ergibt sich eine Erhöhung der Sachausgaben durch die Basisabgeltung des Bundes an diese Museen sowie aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz. Die Erhöhung der Einnahmen resultiert aus der Refundierung der Personalbezüge der pragmatischen Bediensteten durch die ausgegliederten Museen sowie durch Veräußerungen von Optionsrechten (BIG).

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der jährlichen Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen
Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der 'Allgemeinen Kulturförderung', des 'Bildungsfilms', des 'Österr. Kulturservice', bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung, von 'Anniversarien' und EU-Kulturprojekten sowie für Vereinigungen, die kulturelle und kulturvermittelnde Aufgaben erfüllen. Hier wird auch für das kulturpädagogische Konzept zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewusstseins der jungen Generation vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Kultus - Ständige Leistungen
Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.
Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 612,2 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1.358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen
Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind u.a. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung
Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschussprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u.dgl. bezahlt.
Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraf 1201 Zahlungen an die BIG

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Einrichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000.

Aufwendungen
Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Paragraf 1202 BM f. Bild., Wiss. u. Kult.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen
Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei der Schulraumbeschaffung verausgabt werden.

Paragraf 1203 Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999.

Aufwendungen
Bei Schulraumüberlassungen gemäß § 128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei Zahlungen an die BIG verausgabt werden.

Paragraf 1205 Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)
Dieser Paragraf dient zur Verrechnung der Basisabgeltungen des Bundes an ausgegliederte Bundesmuseen gemäß Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, und zur Verrechnung der Personalrefundierungen der ausgegliederten Bundesmuseen.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand

Aufgaben
Dieser Zweckaufwand umfasst vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemein bildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung und für den Denkmalfonds.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.172,2	1.172,2	5,9
2000	0,0	1.265,6	1.265,6	6,2
2001	0,0	1.266,3	1.266,3	1,9

Paragraf 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

Gesetzliche Grundlagen
Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999,
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/2000,
Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen
Hier sind vor allem die Mittel für Einrichtungserfordernisse für die beiden Zentren für Schulentwicklung veranschlagt.

Förderungen
Förderungszuwendungen an Vereine zur Unterstützung der Integration, für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Schülerbeihilfen und Studienförderungen, die Transferzahlungen an das Land Niederösterreich für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, der Entwicklung und Einführung von neuen Lehrplänen, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.
Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien und Fahrtkostenzuschüsse für Studienbeihilfenbezieher veranschlagt.

Paragraf 1221 Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen
Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:
Ausbau des zweiten Bildungsweges insbesondere 'e-learning' (Lernen mit neuen Medien),
Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal,
regionale Bildungsarbeit,
Förderung im Zusammenhang mit EU-Programmen,
Auf- und Ausbau der regionalen Bildungsinformation und -beratung.

Paragraf 1225 Allgemein bildendes Schulwesen

Förderungen
Dieser Voranschlagsansatz umfasst den gesamten Förderungsbereich des allgemein bildenden Schulwesens. Vor allem sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien veranschlagt; darüber hinaus jene für die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse, schließlich Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Paragraf 1226 Berufsbildendes Schulwesen

Förderungen
Dieser Voranschlagsansatz umfasst den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln werden einerseits private berufsbildende Schulen - insbesondere der Ausbau der Informationstechnologien - gefördert, anderseits außerschulische kulturelle Projekte im Bereich der berufsbildenden Pflichtschulen.

Paragraf 1227 Lehrer- und Erzieherbildung

Förderungen
Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle. Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedstaaten des Europarates.

Paragraf 1229 Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)

Dieser Voranschlagsparagraf ist seit der Novelle 1990 zum Denkmalschutzgesetz erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen

Organisation
Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, die Bundesschullandheime, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die (noch nicht ausgegliederten) Bundesmuseen, die Nationalbibliothek und das Bundesdenkmalamt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	687,0	1.225,3	1.912,3	188,6
2000	577,6	958,9	1.536,4	163,6
2001	529,4	982,5	1.511,9	159,3

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personalausgaben sowie der Einnahmen ergibt sich durch die Ausgliederung von Bundesmuseen, der Österreichischen Phonothek und der Verwaltung der Jugendgästehäuser.

Paragraf 1240 Hofmusikkapelle

Aufgaben
Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem II. Vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	9,1	6,1	15,2	5,7
2000	9,4	6,0	15,4	5,8
2001	9,8	6,0	15,8	5,8

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Wiener Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten), veranschlagt.

Paragraf 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Aufgaben
Vorsorge für 4 Bundesheime, 8 Bundesspielplätze und Durchführung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	24,3	21,3	45,6	22,8
2000	25,4	19,1	44,5	23,0
2001	25,4	19,1	44,5	23,0

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb (inkl. Verpflegsausgaben), für die Erhaltung und Instandsetzung von Spielplätzen und Einrichtungen sowie für die Anschaffung von Sportgeräten veranschlagt. Weiters sind hier die Ausgaben für die Durchführung Schulsportveranstaltungen vorgesehen.

Paragraf 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Aufgaben
Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	14,4	66,2	80,6	65,3
2000	15,0	66,4	81,4	65,2
2001	11,4	65,5	76,9	65,2

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung der Verwaltung der beiden Jugendgästehäuser in Wien.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion 'Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen' und 'Europas Jugend lernt Wien kennen', an welchen im Schuljahr 1999/2000 1.531 Gruppen mit 36.048 Schülern bzw. 144 Gruppen mit 3.011 Schülern teilgenommen haben.

Paragraf 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Gesetzliche Grundlage
BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Aufgaben
Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern sowie Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene bei den Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und beim Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	46,2	36,3	82,5	12,4
2000	48,1	34,8	82,9	12,3
2001	48,1	34,8	82,9	12,3

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb der Förderungsstellen und die zentralen Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang veranschlagt. Weiters werden sie für die Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene, für die Kosten der Wanderbüchereien und für diverse Publikationen ('Erwachsenenbildung in Österreich - Ein Überblick' usw.) eingesetzt.

Paragraf 1244 Museen
Paragraf 1245 Museen (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000,
Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993,
Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der 'Sammlung Leopold', BGBl. Nr. 621/1994.

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.
Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.
Zahlungen für die Stiftung Ludwig, die Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.
Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.
Das Museumssanierungsprogramm auf Grund der Ministerratsbeschlüsse 1987 und 1990 ('Museumsmilliarde') wird fortgesetzt. Demnach werden schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	328,1	690,2	1.018,3	25,0
2000	205,0	489,7	694,7	7,8
2001	169,4	528,2	697,6	6,0

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	2,7	23,6	26,2	12,9
2000	1,7	12,1	13,8	6,8
2001	1,5	11,8	13,3	5,3

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personalausgaben sowie der Einnahmen ergibt sich durch die Ausgliederung des Museums für Völkerkunde und des Österreichischen Theatermuseums.

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel sind für den Ausbau der Schausammlungen sowie für notwendige Einrichtungsmaßnahmen vorgesehen.

Förderungen
Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der 'Sammlung Leopold' sind 134,86 Millionen Schilling veranschlagt.
Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Weiters sind hier die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde vorgesehen.

Aufwendungen
Die Mittel sind für die fixen Betriebsaufwendungen der (noch nicht ausgegliederten) Bundesmuseen und für die Finanzierung der nicht ständigen Ausstellungen sowie für die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung vorgesehen. Weiters sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, der Betriebsaufwand der Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier veranschlagt.

Paragraf 1245 Museen (zweckgebundene Gebarung)
Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteils aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Paragraf 1246 Nationalbibliothek
Paragraf 1249 Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000.

Aufgaben
Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogenen Literatur und sonstiger Informationsträger und Kulturgüter.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	154,3	110,4	264,7	1,2
2000	160,7	93,6	254,4	1,7
2001	151,6	79,3	230,9	1,7

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,2	4,1	4,3	6,9
2000	0,2	6,5	6,8	6,8
2001	0,2	6,5	6,8	6,8

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich durch die Ausgliederung der Österreichischen Phonothek.

Anlagen
Hier sind die Mittel für Einrichtungserfordernisse, für den Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur sowie für die Erweiterung der Sammlungsbestände veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebsaufwendungen sowie die Mittel für die Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern veranschlagt.

Paragraf 1247 Bundesdenkmalamt
Paragraf 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 170/1999 sowie Bundesgesetz zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft verbrachten Kulturgüter, BGBl. I Nr. 67/1998 in der Fassung BGBl. I Nr. 170/1999,
Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern sowie diverse Durchführungsverordnungen,
Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufgaben
Das Bundesdenkmalamt (BDA) hat die Aufgabe, neben den hoheitsrechtlichen Aufgaben des Denkmalschutzes auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes. Weiters kommen dem BDA hoheitsrechtliche und sonstige Aufgaben auf dem Gebiet des Verbots der Ausfuhr von Kulturgütern, der Rückgabe widerrechtlich aus anderen EU-Ländern nach Österreich verbrachter oder Rückforderung Österreichs widerrechtlich aus Österreich in andere EU-Länder ausgeführter Kulturgüter zu sowie auch hoheitsrechtliche Aufgaben im Rahmen der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	107,6	224,3	331,9	0,1
2000	112,0	186,2	298,2	0,2
2001	112,0	186,2	298,2	0,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	42,8	42,8	36,2
2000	0,0	44,4	44,4	33,9
2001	0,0	44,9	44,9	32,9

Förderungen
Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, dass die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Auch sollten Härten, die durch Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entstehen, gemildert werden.

Aufwendungen
Neben dem administrativen Betriebsaufwand sind Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen (zentrale Kartei der Denkmalfunde, jährliche Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde) verpflichtet.
Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sowie für die Durchführung archäologischer Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen sind hier vorgesehen.
Weiters sind Aufwendungen zu bestreiten, die durch Maßnahmen zur Verhinderung der Ausfuhr von Kulturgut oder der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts sowie bei der Anordnung von Sicherheitsmaßnahmen bei gefährdeten Denkmalen entstehen.

Paragraf 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

Hier sind jene Beträge vorgesehen, die als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraf ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Weiters sind auch die Einnahmen und Ausgaben des Bundesdenkmalamtes im Rahmen der organisatorischen Einrichtungen, Restaurierwerkstätten, Kunstdenkmale und Baudenkmale gemäß § 40 DMSG veranschlagt.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen der nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden und die schulpsychologischen Beratungsstellen, veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	777,9	234,1	1.012,0	216,2
2000	808,3	221,3	1.029,6	216,2
2001	808,3	216,3	1.024,6	222,7

Paragraf 1260 Schulaufsichtsbehörden

Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975,
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;,
Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 53/2000.

Aufgaben
In den Bundesländern üben die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Bei den Landesschulräten und Bezirksschulräten sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien eingerichtet. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).
Im Amt des Landesschulrates ist die Schulpsychologie-Bildungsberatung (Landesreferat sowie die schulpsychologischen Beratungsstellen als Außenstellen) eingerichtet (§ 11 Abs. 5 B-SchAufsG). Zu den Aufgaben der Schulpsychologie-Bildungsberatung zählen insbesondere die psychologische Beratungs-, Untersuchungs- und Sachverständigentätigkeit; die psychologische Förderung, Betreuung und Behandlung; die Förderung der Kooperation im Bereich Schule; die psychologische Forschung im Bereich Schule; die Mitwirkung bei der Planung und Koordination von Aus-, Weiter- und Fortbildungsangeboten im Schulsystem sowie die Information der Öffentlichkeit über bedeutsame psychologische Erkenntnisse und deren praktische Anwendung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	680,8	211,4	892,2	198,3
2000	707,4	201,0	908,3	198,0
2001	808,3	216,3	1.024,6	222,7

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung der Personal- und Sachausgaben sowie der Einnahmen ergibt sich aus der Eingliederung des bisherigen Paragrafen 1261 'Schulpsychologie - Bildungsberatung' in den Paragrafen 1260 'Schulaufsichtsbehörden'.

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtungsgegenstände für die Landesschulräte (Stadtschulrat für Wien) und die Bezirksschulräte sowie für die schulpsychologischen Beratungsstellen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Titel 127 Allgemein bildende Schulen
Gesetzliche Grundlagen
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999,
Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993,
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000.

Aufgaben
Die allgemein bildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	12.315,7	36.729,1	49.044,8	147,6
2000	12.858,8	37.409,7	50.268,5	149,8
2001	12.860,0	38.013,5	50.873,5	149,8

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafe vorgesehen:

Bereich:	Paragraf
Allgemein bildende höhere Schulen	1272
Höhere Internatschulen des Bundes	1273
Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung	1277
Bundesschülerheime (Allgemein bildende)	1278

Paragraf 1270 Allgemein bildende höhere Schulen
Paragraf 1272 Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Öffentliche allgemein bildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.
Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemein bildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	11.882,2	1.126,6	13.008,8	40,7
2000	12.409,0	1.097,2	13.506,2	42,6
2001	12.410,2	1.097,2	13.507,4	42,6

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	22,3	22,3	32,1
2000	0,0	32,0	32,0	32,0
2001	0,0	32,0	32,0	32,0

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel zur Sanierung des Bauzustandes von Schulgebäuden veranschlagt. Funktionssanierungen oder Neubauten bedingen die teilweise oder vollständige Erneuerung der Einrichtungsgegenstände für einzelne Räume oder Raumgruppen. Darüber hinaus sind Lehrmittel sowie Geräte zur Nutzung der neuen Technologien dem Bedarf zeitgemäßer Unterrichtsmethodik anzupassen bzw. zu erneuern.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.
Weiters sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen
Die Schwerpunkte der Aufwendungen liegen bei den Kosten für den gesamten Unterricht und den Betrieb der allgemein bildenden höheren Schulen, bei Schulveranstaltungen und bei verpflichtenden Zahlungen an die im Inland und vor allem im Ausland tätigen Lehrer.

Paragraf 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes
Paragraf 1273 Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemein bildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, dass die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.
Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.
Im Schuljahr 2000/2001 werden 4 Anstalten mit 108 Klassen geführt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	270,1	43,0	313,1	39,2
2000	280,2	40,1	320,2	39,6
2001	280,2	40,1	320,2	39,6

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,2	0,2	0,6
2000	0,0	0,4	0,4	0,4
2001	0,0	0,4	0,4	0,4

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtungserfordernisse sowie für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Verpflegung veranschlagt.

Paragraf 1274 Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung
Paragraf 1277 Bds.Blindenerz.Inst.u.Bds.Inst.f. Gehörlosenb. (zweckg.Geb.)

Aufgaben

Das 'Bundes-Blindenerziehungsinstitut' und das 'Bundesinstitut für Gehörlosenbildung' sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes als Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	99,5	22,1	121,6	7,5
2000	103,3	21,3	124,6	7,5
2001	103,3	21,3	124,6	7,5

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,3	0,3	0,4
2000	0,0	0,4	0,4	0,4
2001	0,0	0,4	0,4	0,4

Anlagen
Hier sind die Mittel für Neu- und Ersatzanschaffungen von Einrichtungen und für Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, Blindendruckerei, Leihbücherei und für den steigenden Bedarf der Lehrmittelzentrale veranschlagt.

Aufwendungen
Die Schwerpunkte der Aufwendungen liegen bei den Kosten für den gesamten Unterricht und Betrieb der beiden Schulen und Internate (inkl. Verpflegung) sowie der Lehrmittelzentrale.

Paragraf 1275 Allgemein bildende Pflichtschulen

Allgemeines
Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	35.490,6	35.490,6	0,0
2000	0,0	36.193,1	36.193,1	0,0
2001	0,0	36.796,9	36.796,9	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 Privatschulgesetz, für Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlusszeugnisses einer allgemein bildenden Pflichtschule sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.
Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 1.138 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für Unterrichtsmaterialien, die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für Entschädigungen von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragraf 1276 Bundesschülerheime (Allgemein bildende)
Paragraf 1278 Bundesschülerheime (Allgemein bildende) (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.
Im Jahre 2000/2001 stehen insgesamt sieben Bundesschülerheime sowie zwei Bundestagesschulheime in Betrieb, die alle zu allgemein bildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	63,9	23,7	87,5	26,6
2000	66,4	24,9	91,2	26,8
2001	66,4	24,9	91,2	26,8

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,2	0,2	0,5
2000	0,0	0,4	0,4	0,4
2001	0,0	0,4	0,4	0,4

Anlagen
Hier sind die Mittel für notwendige Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Verpflegung veranschlagt.

Titel 128 Berufsbildende Schulen

Gesetzliche Grundlagen
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999,
Reilgionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993,
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000.

Aufgaben

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Universitäts- und Hochschulreife zu führen.
Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode und Bekleidungstechnik,
4. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes grundlegende fachliche Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen und Tourismusfachschulen,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit gemeinsam mit berufsbildenden höheren Schulen geführt werden.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	12.038,3	2.901,3	14.939,5	211,6
2000	12.527,7	2.886,3	15.414,1	207,7
2001	12.527,7	2.897,2	15.425,0	218,6

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998, sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1283
Sozialakademien, LA f. Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	1284
Handelsakademien und Handelsschule	1287
Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1288

Paragraf 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten
Paragraf 1283 Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten dienen der Erwerbung technischer oder gewerblicher Bildung auf den verschiedenen Fachgebieten der industriellen und gewerblichen Wirtschaft. Hiebei ist in einem Werkstättenunterricht oder in einem sonstigen praktischen Unterricht auch eine sichere praktische Fertigkeit zu vermitteln. Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten können Versuchsanstalten angegliedert werden.

Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen dienen der Erlernung eines oder mehrerer Gewerbe oder der Ausbildung auf technischem oder kunstgewerblichem Gebiet. Hiebei ist in einem Werkstättenunterricht oder einem sonstigen praktischen Unterricht eine sichere handwerkliche oder praktische Fertigkeit zu vermitteln.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	4.975,2	594,5	5.569,7	7,9
2000	5.160,8	552,6	5.713,4	7,9
2001	5.160,8	552,6	5.713,4	7,9

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	68,7	68,7	74,5
2000	0,0	72,8	72,8	72,8
2001	0,0	73,3	73,3	73,3

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtung und Ausstattung von Lehr- und Versuchsanstalten sowie für Anschaffungen von modernen, dem aktuellen Stand der Wirtschaft entsprechenden Technologien veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Diese Mittel umfassen den laufenden Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten sowie die Erfordernisse des fachpraktischen Unterrichts.

Paragraf 1281 Sozialakad., LA f.Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe
Paragraf 1284 Sozialakad.,LA f.Tourismus,Soz.- u.wirt.Berufe (zweckg.Geb.)

Aufgaben

Die Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe dienen der Erwerbung wirtschaftlicher Bildung, die zur Ausübung gehobener Berufe in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ernährung, Tourismus und Kultur befähigt.
Die Lehranstalten für Mode und Bekleidungstechnik dienen dem Erwerb höherer Bildung auf dem Gebiet der Bekleidungswirtschaft.
Die Lehranstalten für Tourismus dienen dem Erwerb höherer Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft.
Die Sozialakademien haben die Aufgabe - aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule - das für die Ausübung einer gehobenen Berufstätigkeit auf dem Gebiet der Sozialarbeit erforderliche Wissen und Können zu vermitteln.
Die Fachschulen für Sozialberufe dienen der Erwerbung von Fachkenntnissen für die Ausübung eines Berufes auf sozialem Gebiet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	3.384,4	424,4	3.808,8	2,2
2000	3.530,3	412,6	3.942,9	2,2
2001	3.530,3	412,6	3.942,9	2,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	62,8	62,8	65,8
2000	0,0	65,8	65,8	65,8
2001	0,0	71,3	71,3	71,3

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel dienen der Einrichtung und Modernisierung der Ausstattung der Anstalten sowie zur Finanzierung der notwendigen Informationstechnologien.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht veranschlagt.

Paragraf 1282 Handelsakademien und Handelsschulen
Paragraf 1287 Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die Aufgabe der Handelsakademien ist die Vermittlung in integrierter Form von umfassender Allgemeinbildung und höherer kaufmännischer Ausbildung, die sowohl zur Ausübung von gehobenen Berufen in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung als auch zum Studium an Akademien, Fachhochschulen und Universitäten befähigt und berechtigt. Die Ausbildung schließt mit der Reife und Diplomprüfung ab.
Die Aufgabe der Handelsschulen ist die Vermittlung in integrierter Form von Allgemeinbildung und kaufmännischer Ausbildung, die zur Berufsausübung in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung befähigt und berechtigt. Die Ausbildung schließt mit der Abschlussprüfung ab.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	3.616,7	344,0	3.960,8	1,4
2000	3.772,2	324,7	4.096,9	1,5
2001	3.772,2	324,7	4.096,9	1,5

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	5,6	5,6	8,9
2000	0,0	5,6	5,6	5,6
2001	0,0	10,4	10,4	10,4

Ausgaben

Anlagen
Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, sowie die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die laufende Betriebsführung und Erhaltung der Infrastruktur der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht veranschlagt.

Paragraf 1285 Berufsbildende Pflichtschulen

Aufgaben

Die Berufsschulen haben die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.
Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hiefür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 8a Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind. Zur Vorbereitung für die Berufsreifeprüfung sind interessierte Schüler nach Möglichkeit durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht und durch Freigegenstände zu fördern.
Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 30/2000, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.365,7	1.365,7	0,0
2000	0,0	1.413,6	1.413,6	0,0
2001	0,0	1.413,6	1.413,6	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Die Mittel sind insbesondere für die laufenden Transferzahlungen an die Länder vorgesehen.

Aufwendungen
Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraf 1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)
Paragraf 1288 Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Bundesschülerheime sind vom Bund betriebene Heime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums an einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule einer Unterbringung in einem Heim bedürfen.
Dazu zählen die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien 3.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	61,9	35,3	97,2	50,7
2000	64,4	38,4	102,8	51,5
2001	64,4	38,4	102,8	51,5

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,2	0,2	0,2
2000	0,0	0,4	0,4	0,4
2001	0,0	0,4	0,4	0,4

Anlagen
Hier sind die Mittel für die Einrichtung und Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den Betriebsaufwand (inkl. Verpflegung) der berufsbildenden Bundesschülerheime veranschlagt.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen
Akademien-Studiengesetz 1999, BGBl. I Nr. 94/1999,
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999;
Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/1999,
Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994,
Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/2000,
Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993,
Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/1999.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Schulen ausgebildet bzw. in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten weitergebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Die Lehre an den Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.
Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, Schüler/innen für das jeweilige Berufsfeld (Kindergärten, Horte, Heime, außerschulische Jugendarbeit usw.) auszubilden.
Die Bundesanstalten für Leibeserziehung dienen der Ausbildung von Sportlehrer.
Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung von Personen mit abgeschlossener Erstausbildung bzw. der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen.
Siehe auch die Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen,
6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen,
6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen,
1 Evangelische Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. B. u. H. B. in Österreich,
1 Jüdische Religionspädagogische Akademie,
1 Islamische Religionspädagogische Akademie der islamischen Religionsgemeinde Wien,
4 Berufspädagogische Akademien des Bundes,
8 Pädagogische Institute des Bundes,
3 Pädagogische Institute der Länder,
1 Pädagogisches Institut der Erzdiözese Wien,
9 Religionspädagogische Institute der Diözesen,
1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. B. und H. B.,
16 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik,
13 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik,
1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik,
1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik,
5 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik,
4 Bundesanstalten für Leibeserziehung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.796,4	593,1	2.389,5	22,5
2000	1.865,9	592,0	2.457,9	23,0
2001	1.867,6	592,0	2.459,6	23,0

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/1998 sind die Leiter/innen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung bzw. Leistungserbringung (für Dritte) entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung anderer schulischer Zwecke zu verwenden.

Die gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Gebarung betreffend den Paragraf 1298 ist das BGBl. Nr. 770/1996.
Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragrafen vorgesehen:

Bereich	Paragraf
Pädagogische Akademien	1295
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	1296
Berufspädagogische Akademien	1297
Bundesanstalten für Leibeserziehung	1298
Pädagogische Institute	1299

Paragraf 1290 Pädagogische Akademien
Paragraf 1295 Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule im Rahmen einer Erstausbildung Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Schulen heranzubilden. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).
Die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragrafen gleichfalls veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	919,7	188,9	1.108,7	3,1
2000	952,8	192,0	1.144,8	3,2
2001	953,2	192,0	1.145,2	3,2

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1,8	1,8	2,5
2000	0,0	1,8	1,8	1,8
2001	0,0	1,8	1,8	1,8

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln, für Ergänzung bzw. Austausch von Hard- und Software sowie für Neueinrichtungen, insbesondere die Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge der Generalsanierung, veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die Verwaltung und den Studienbetrieb, die Erfordernisse für die Pädagogische Tatsachenforschung, den Aufwand für die Stiftung 'Pädagogische Akademie Burgenland', die Wartung und Weiterentwicklung des Bibliothekssystems ALEPH und der EDV-unterstützten Verwaltung, die Beiträge gemäß Hochschülerschaftsgesetz 1998 und die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch) veranschlagt.

Paragraf 1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik
Paragraf 1296 BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben
Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik sind höhere Schulen und haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluss an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung bzw. Berufsreifeprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semester) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Sozialpädagogen (Erziehern) heranzubilden.
Die fünfjährige Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab, die Kollegs schließen mit der Diplomprüfung ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner/innen bzw. Sondererzieher/innen ausgebildet.
Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	639,4	120,4	759,8	13,6
2000	666,9	120,7	787,6	13,6
2001	666,9	120,7	787,6	13,6

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,4	0,4	0,8
2000	0,0	0,6	0,6	0,6
2001	0,0	0,6	0,6	0,6

Ausgaben

Anlagen
Veranschlagt sind die Mittel für die Einrichtung nach der Generalsanierung bzw. nach dem Zubau beim Bundesinstitut für Sozialpädagogik in Baden sowie bei den Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Graz und Linz. Weiters für verschiedene Ersatzanschaffungen, um die Ausbildung gemäß den Lehrplänen durchführen zu können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrer gemäß § 19 Abs. 3 bis 5 des Privatschulgesetzes, Religionslehrer, Unterrichtspraktikanten und Austauschlehrer, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Veranschlagt sind die Mittel für die Einrichtung (Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter) nach der Generalsanierung bzw. nach dem Zubau beim Bundesinstitut für Sozialpädagogik in Baden sowie bei den Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Graz und Linz. Weiters für Aufwendungen für den laufenden Betrieb der Bundes-Bildungsanstalten sowie für die Erfordernisse der Ausbildung. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 25,5 Millionen Schilling zu leisten.

Paragraf 1292 Berufspädagogische Akademien
Paragraf 1297 Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer, Lehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	65,0	21,5	86,4	0,2
2000	67,4	20,9	88,3	0,4
2001	68,2	20,9	89,1	0,4

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,3	0,3	0,2
2000	0,0	0,4	0,4	0,4
2001	0,0	0,4	0,4	0,4

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ersatzanschaffungen (insbesondere Austausch von Hard- und Software) für den administrativen Betrieb sowie für die Aufrechterhaltung des Studienbetriebes veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den Studienbetrieb, die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (ALEPH) und für die EDV-unterstützten Verwaltung veranschlagt.

Paragraf 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung
Paragraf 1298 Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung)

Aufgaben

Die Bundesanstalten für Leibeserziehung dienen der Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern (gemäß § 1 Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/1999).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	41,3	36,7	78,0	0,2
2000	43,0	36,5	79,5	0,5
2001	43,4	36,5	80,0	0,5

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	0,3	0,3	0,3
2001	0,0	0,3	0,3	0,3

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für öffentliche Abgaben, für die Lehrbeauftragten und die Entschädigungen für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Aufwendungen für die Administration und die Betriebsführung der Anlagen veranschlagt.

Paragraf 1294 Pädagogische Institute
Paragraf 1299 Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung)

Aufgaben

Die Pädagogischen Institute haben gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1999, die Aufgabe,

1. Personen mit abgeschlossener Erstausbildung fortzubilden,
2. Unterrichtspraktikanten auszubilden,
3. Berufsschullehrer auf den 2. Studienabschnitt vorzubereiten und
4. in Kooperation mit Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien Lehrer/innen weiterzubilden.

Ferner können Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortgebildet werden. Die Lehre an diesen Akademien ist mit berufsfeldbezogener Forschung und Entwicklung zu verbinden.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemein bildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	131,1	220,9	352,0	0,0
2000	135,9	216,7	352,6	0,2
2001	135,9	216,7	352,6	0,2

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	2,1	2,1	1,7
2000	0,0	2,0	2,0	2,0
2001	0,0	2,0	2,0	2,0

Ausgaben

Anlagen
Hier sind die Mittel für Ersatzanschaffungen (insbesondere Austausch von Hard- und Software) für den administrativen Betrieb der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Durchführung der Fort- und Weiterbildung veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Mittel für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie für die Entschädigungen für Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für den administrativen Betrieb und für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen in allen Bundesländern sowie für die Pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.
Weiters sind hier die auf Grund der 7. SchOG-Novelle für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen vorgesehen.

Öffentliche Schulen (Stand September 2000)

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler/innen
Allgemein bildende Pflichtschulen	1997/98	4.881	32.929	658.739
	1998/99	4.876	32.914	659.385
	1999/00	4.876	33.036	663.645
	2000/01	4.867	33.040	664.000
Allgemein bildende höhere Schulen	1997/98	249	6.277	157.220
	1998/99	249	6.344	157.872
	1999/00	249	6.349	157.606
	2000/01	249	6.350	158.000
Berufsbildende Pflichtschulen	1997/98	187	5.283	126.106
	1998/99	187	5.285	126.300
	1999/00	183	5.497	130.538
	2000/01	183	5.500	130.500
Berufsbildende mittlere Schulen	1997/98	322	1.742	40.798
	1998/99	319	1.749	40.395
	1999/00	319	1.722	38.826
	2000/01	319	1.710	38.500
Berufsbildende höhere Schulen	1997/98	220	4.093	102.312
	1998/99	222	4.215	105.200
	1999/00	229	4.369	108.981
	2000/01	229	4.400	110.000
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1997/98	2	14	601
	1998/99	2	14	601
	1999/00	2	14	541
	2000/01	2	14	550
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1997/98	20	360	9.401
	1998/99	20	366	9.211
	1999/00	21	367	9.203
	2000/01	21	365	9.200
Lehrerbildende Akademien	1997/98	13	-*)	4.781
	1998/99	13	-*)	7.612
	1999/00	13	-*)	7.997
	2000/01	13	-*)	8.000

Bei den Zahlenangaben für das Schuljahr 2000/01 handelt es sich um Schätzwerte.
*) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, soweit Angelegenheiten der Kultur- und Kunstförderung betroffen sind.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes,
Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1997;
4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960,
Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundestheater (Bundestheaterorganisationsgesetz BThOG), BGBl. I Nr. 108/1998.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	14,9	1.912,4	1.927,3	13,2
2000	45,4	2.939,6	2.985,0	34,0
2001	50,4	2.954,6	3.005,0	39,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Paragraf 1300 Bildende Künste und Ausstellungen

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankäufe im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen und Bundesausstellungen im Bereich der bildenden Kunst.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	100,8	100,8	0,0
2000	0,0	137,7	137,7	0,0
2001	0,0	103,3	103,3	0,0

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und die Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:
Druckkosten für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise- und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreise), Förderung von Architektur & Design sowie Mode. Ateliergründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung, Förderung von Bundes- und Landesmuseen und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenden Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundes stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Bundesateliers und Beiratsaufwendungen für die Kunstjury veranschlagt.

Paragraf 1301 Musik und darstellende Kunst

Aufgaben
Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Kunstschulen sowie Festspiele.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	572,2	572,2	0,0
2000	0,0	505,7	505,7	0,0
2001	0,0	504,8	504,8	0,0

Förderungen
An Förderungen sind u. a. vorgesehen:
Zuschüsse für Theater und Musikvereinigungen, für Kompositionsaufträge, an sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- und Tourneezuschüsse, Förderungen von Konzertveranstaltern und Investitionszuschüsse.

Aufwendungen
Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds. Gemäß BGBl. Nr. 147/1950 ist der Bund verpflichtet 40% des Abganges der Festspiele zu übernehmen.
Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen- und Musikbeirat.

Paragraf 1302 Literatur

Aufgaben
Förderung der Literatur und Jugendliteratur.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	167,7	167,7	0,0
2000	0,0	124,4	124,4	0,0
2001	0,0	124,4	124,4	0,0

Anlagen
Ausgaben für die Literaturwohnung in Rom sowie für weitere Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen
An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:
Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert Musil-, Projekt- und Arbeitsstipendien), Preise, Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten- und Sachbuchförderung).
Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt- und Übersetzerstipendien), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse und Preise.

Aufwendungen
Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literatur- und der Jugendschriftenkommission, Mieten für Stipendiatenwohnungen.

Paragraf 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Aufbringung der Einnahmen
Der Kunstförderungsbeitrag ist eine monatliche Abgabe in Höhe von 6,60 S, die von jedem angemeldeten Rundfunkteilnehmer eingehoben und beim Voranschlagsansatz 2/52180 verrechnet wird. Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung an die GIS (Gebühren Info Service GmbH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70:30 und der Bundesanteil zwischen dem BKA und dem BMBWK im Verhältnis 85:15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	84,0	84,0	0,0
2000	0,0	100,0	100,0	0,1
2001	0,0	114,3	114,3	0,1

Anlagen
Kunst- und Fotoankäufe.

Förderungen
Zur Beratung des Bundeskanzlers bzw. des Staatssekretärs für Kunst und Medien und des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Verwendung des Kunstförderungsbeitrages ist ein Beirat eingesetzt.
An Förderungen sind u. a. vorgesehen:
Zuschüsse bzw. Investitionszuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen, kultureller Auslandsangelegenheiten und der Kulturentwicklung/Kulturinitiativen.

Aufwendungen
Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraf 1304 Filmwesen

Aufgaben
Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts gemäß Filmförderungsgesetz, BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1998.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	230,5	230,5	0,1
2000	0,0	179,1	179,1	0,1
2001	0,0	179,1	179,1	0,1

Anlagen
Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)
Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums WIPO' (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen
An Förderungen sind u. a. vorgesehen:
Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Förderung von Film- und fotokulturellen Einrichtungen (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung). Durch die Novelle zum Filmförderungsgesetz 1998 erfolgt eine zusätzliche Förderung des innovativen experimentellen österreichischen Filmes.

Aufwendungen
Ehrengaben, Zuschüsse für die Filmarchivierung in Laxenburg, Film- und Fotowochen, Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EURIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Paragraf 1305 Künstlerhilfe

Gesetzliche Grundlage
4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960

Aufgaben
Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	40,0	40,0	0,0
2000	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	35,3	35,3	0,0

Förderungen
Beiträge des Bundes, die den Künstlerhilfefonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft einzuhalten.

Paragraf 1306 Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten

Aufgaben
Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für die Sektion.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	6,4	6,4	0,0
2000	0,0	5,9	5,9	0,0
2001	0,0	5,9	5,9	0,0

Förderungen
Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen
Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel im künstlerischen Bereich.

Paragraf 1307 Kulturentwicklung-Kulturinitiativen

Aufgaben
Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	51,2	51,2	0,0
2000	0,0	45,0	45,0	0,0
2001	0,0	45,0	45,0	0,0

Förderungen
Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmzuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainee-Stipendien.

Aufwendungen
Projektstudien, Beiratsaufwendungen.

Paragraf 1308 Zahlungen an die BIG

Aufgaben
Bezahlung der Mietkosten für Ateliers sowie für Stipendiatenwohnungen.

Paragraf 1309 Angelegenheiten der EU; Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben
Förderung von kulturellen Projekten in Zusammenarbeit mit der EU, dem Bund, den Bundesländern und den Gemeinden.

Titel 131 Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)

Mit Wirkung 1. September 1999 wurde nach dem Bundesgesetz über die Neuorganisation des Österreichischen Bundestheaterverbandes (Bundestheaterorganisationsgesetz - BThOG), BGBl. I Nr. 108/ 1998, das Amt der Bundestheater sowie die Bundestheatergesellschaften eingerichtet. Bis 31. August 1999 unterstanden die Bundestheater (Kap. 71) als Bundesbetrieb dem Bundeskanzleramt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	14,9	659,0	673,9	13,1
2000	45,4	1.840,9	1.886,2	33,8
2001	50,4	1.840,9	1.891,2	38,7

Paragraf 1310 Amt der Bundestheater

Durch die Ausgliederung des Österreichischen Bundestheaterverbandes werden hier die für die Beamten erforderlichen Gehaltszahlungen, Bezugsvorschüsse, Kommunalsteuerzahlungen als auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen sowie die anfallenden Fahrtkostenzuschüsse budgetiert.

Paragraf 1311 Bundestheatergesellschaften

Bei diesem Voranschlagsparagraf ist vor allem die Basisabgeltung gemäß § 7 Abs. 2 BThOG für den laufenden Betrieb der 'Bundestheater-Holding GmbH', der 'Burgtheater GmbH', der 'Wiener Staatsoper GmbH', der Volksoper Wien GmbH' und der 'Theaterservice GmbH' zur Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages veranschlagt.

Kapitel 14 Wissenschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, soweit Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	13.264,1	15.537,5	28.801,7	798,8
2000	14.060,6	15.571,8	29.632,4	525,0
2001	14.232,0	17.354,0	31.586,0	1.538,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:
Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2000 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:
Amt des BFPZ Arsenal (Paragraf 1402) Übertragung zu Paragraf 6536,
wissenschaftliche Forschung (Paragraf 1414) Übertragung zu Paragraf 6532,
anwendungsorientierte Forschung (Paragraf 1415) Übertragung zu Paragraf 6533,
Forschungsvorhaben, Förderungen (VA-Ansatz 1/14136) Übertragung zu VA-Ansatz 1/65336,
wissenschaftliche Forschung, Förderungen (VA-Ansatz 1/14146 mit Ausnahme VA-Post 7430) Übertragung zu VA-Ansatz 1/65326,
Forschungsunternehmungen (Paragraf 1419) Übertragung zu Paragraf 6535,
Forschungseinrichtungen, Aufwendungen (VA-Ansatz 1/14168) Übertragung zu VA-Ansatz 1/65338,
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) Übertragung von VA-Ansatz 1/17218 zu VA-Ansatz 1/14208.
Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereichen sind unter den neuen Kapiteln zu finden.

Titel 140 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen im Bereich Wissenschaft und Forschung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.
Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.
Dazu gehören insbesondere auch:
Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Universitäten sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsfortbildung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.
Angelegenheiten wissenschaftlicher Stiftungen und Fonds.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	309,0	2.049,4	2.358,4	88,9
2000	257,2	1.617,7	1.874,9	29,6
2001	228,6	2.023,0	2.251,6	29,6

Paragraf 1400 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Wissenschaft)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	244,2	145,8	390,0	19,2
2000	235,2	122,4	357,5	29,6
2001	228,6	123,0	351,6	29,6

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen
Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen
Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 14018 Zahlungen an die BIG

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.

Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.899,6	1.899,6	0,0
2000	0,0	1.494,4	1.494,4	0,0
2001	0,0	1.900,0	1.900,0	0,0

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Verwaltungsbereich Wissenschaft) obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute und der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	6.273,4	6.273,4	250,3
2000	0,0	4.667,8	4.667,8	0,5
2001	0,0	3.845,8	3.845,8	0,5

Paragraf 1410 Hochschulische Einrichtungen

Gesetzliche Grundlage
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/2000.

Aufgaben
Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschafter- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen
Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaues bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Universitäten der Künste veranschlagt.

Aufwendungen
Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.
Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.
Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.
Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.
Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.
Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraf 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben
Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen
Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerben (u. a. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen
Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraf 1412 Bibliothekarische Einrichtungen

Förderungen
Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Paragraf 1413 Forschungsvorhaben

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/ 2000.

Die Paragrafen 1413 bis 1418 werden unter der Bezeichnung 'Forschungsblock' geführt, da die Ausgaben entweder zu 100% forschungswirksam sind, oder die Einrichtungen aktiv einen wesentlichen Beitrag zur Forschung in Österreich leisten.

Aufwendungen
Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.
Die Auftragsforschung soll der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.
Forschungsschwerpunkte werden vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur festgelegt.
Die allgemeine Auftragsforschung dient u.a. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraf 1414 Wissenschaftliche Forschung

Gesetzliche Grundlage
Forschungsförderungsgesetz, BGBL Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000.

Förderungen
Nach Inkrafttreten des Bundesministeriengesetzes mit 1.4.2000 sind hier nur mehr die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, die Lise-Meitner-Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Paragraf 1416 Forschungseinrichtungen

Gesetzliche Grundlage
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000.

Aufwendungen
In diesem Voranschlagsansatz wird für die Absicherung von Projektfinanzierungen im Rahmen der Forschungs- und Technologieoffensive der Bundesregierung Vorsorge getragen.

Förderungen
In diesem Voranschlagsansatz sind u.a. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der 1. Republik, das Institut

für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Paragraf 1417 Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Gesetzliche Grundlage
ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen
Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.
Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART/APART-DOC veranschlagt:
APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von 'postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft' zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaften in Europa. Die Doktorandenstipendien werden für alle Bereiche der Forschung an hochqualifizierte DissertantInnen vergeben.

Aufwendungen
In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefasst:
Die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Distaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Galerie der Forschung, Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung, IIASA-Kommission) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langewin, ELETTRA), wo die ÖAW für die Republik non government-Organisationen beigetreten ist.
Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (international Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mecaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefasst.
Weiters sind hier die Kosten des uInstituts für Molekulare und Zelluläre Bioinformatik (IMBA), das in enger Verbindung mit dem Foschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP) und der Univ. Wien im Vienna Biocenter angesiedelt wird, budgetiert.

Paragraf 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Gesetzliche Grundlagen
CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971,
EKMB: BGBl. Nr. 273/1970,
EMBL: BGBl. Nr. 562/1975,
EZMW: BGBl. Nr. 29/1976,
WMO: BGBl. Nr. 64/1958.

Förderungen
Diese Mittel dienen überwiegend zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können. Weiters werden hier überwiegend im internationalen Bereich tätige Einrichtungen finanziert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Aufwendungen
Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU, der Finanzierung der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, den Kosten aus den wissenschaftlich-technischen Abkommen, den Entsendungskosten österreichischer Experten in internationale Gremien. Bei diesem Voranschlagsansatz werden die START-Wittgenstein-Stipendien sowie die Stiftung Dokumentationsarchiv finanziert.
In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Paragraf 1419 Forschungsunternehmungen

Auf Grund der BMG-Novelle 2000 sind diese ab April 2000 zu leistenden Ausgaben beim Paragraf 6535 veranschlagt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	11.721,7	5.862,7	17.584,4	395,1
2000	12.478,7	7.859,0	20.337,8	426,7
2001	12.678,7	9.790,1	22.468,8	1.414,7

Paragraf 1420 Universitäten
Gesetzliche Grundlagen
Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 191/1999;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten - UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;
Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. 1 Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 77/2000;
Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/2000;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/1998;
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 76/2000;
Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/ 1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;
Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 48/1997;
Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/1998;
Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 169/1999;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben
Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und dadurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.
Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation
Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	11.438,5	5.444,0	16.882,5	40,3
2000	12.201,6	7.467,2	19.668,8	115,6
2001	12.401,6	9.405,0	21.806,6	1.102,1

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Erhöhung bei den Sachausgaben ist vor allem auf vermehrte Investitionen und auf die Veranschlagung der anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand zurückzuführen.

Anlagen
Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muss die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesen gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegiengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen
In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte und für Vorbereitungslehrgänge veranschlagt.

Klinischer Mehraufwand
Bei den Aufwendungen sind im BVA 2001 auch die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand sowie für Neu-, Zu- und Umbauten an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck in Höhe von 4.022,8 Millionen Schilling mitveranschlagt.

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Kostenersätze für die Benützung von Bundeseinrichtungen sowie um Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.
Zur Verrechnung der Studienbeiträge wurde ein eigener Voranschlagsansatz eröffnet.

Paragraf 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)
Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten - UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	66,0	241,2	307,2	351,3
2000	54,0	255,0	309,0	309,0
2001	53,9	254,9	308,8	308,8

Anlagen
Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraf 1422 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)
Paragraf 1423 Bibliotheken
Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Aufgaben
Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem Arbeitskreis für Bibliotheksautomation obliegt die Planung, der Ausbau und der Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes.

Organisation
Derzeit bestehen die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und der Arbeitgruppe für Bibliotheksautomation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,2	0,2	0,6
2000	0,0	0,3	0,3	0,3
2001	0,0	0,3	0,4	0,4

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	2,2	24,5	26,7	0,1
2000	1,5	33,6	35,1	0,1
2001	1,5	18,6	20,2	0,2

Anlagen
Die Ausgaben sind für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung des Arbeitskreises für Bibliotheksautomation zur Erweiterung des Bibliothekenverbundes vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Ausgaben für universitätsübergreifende Bibliotheksangelegenheiten sind hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes, Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung für die Aus- und Fortbildung der Bibliothekarinnen und EU-Aktivitäten im Bibliothekswesen sowie die Literaturkredite des österreichischen Archäologischen Instituts und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung veranschlagt.

Zweckgebundene Gebarung
Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind im Jahre 2001 Einnahmen in Höhe von 0,372 Millionen Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragraf 1424 Wissenschaftliche Anstalten
Paragraf 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/2000;
Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation
Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben

Geologische Bundesanstalt
Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im Besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik
Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Messnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut
Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung
Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluss der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	215,0	152,7	367,8	2,7
2000	221,5	102,7	324,2	1,4
2001	221,5	111,0	332,4	2,8

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,1
2000	0,1	0,2	0,3	0,3
2001	0,1	0,3	0,4	0,4

Anlagen
Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 13-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (u. a. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Zweckgebundene Gebarung
Unter Paragraf 1425 werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Anstalten verrechnet. Im BVA 2001 sind dafür 0,392 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 143 Universitäten der Künste

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten der Künste.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.233,5	637,3	1.870,8	62,9
2000	1.324,7	571,7	1.896,4	68,1
2001	1.324,7	585,8	1.910,4	93,1

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGB. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. Mai 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Bundesgesetz über die Studien an den Universitäten (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 77/2000;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/2000.

Aufgaben

Die Universitäten der Künste haben die Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Die vorrangige Aufgabe der Universitäten der Künste besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen und künstlerisch-wissenschaftlichen Berufsvorbildung. Die Universitäten der Künste haben die Studierenden zur Fähigkeit heranzuführen, durch selbständiges künstlerisches Schaffen und Reflexion über Kunst zur Entwicklung und Erschließung der Künste beizutragen.

Weitere Aufgaben der Universitäten der Künste sind die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Forschung, die Lehre der Kunst und die wissenschaftliche Lehre, die Ausbildung der künstlerischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten bis zur höchsten Stufe, die Heranbildung und Förderung des hochqualifizierten Nachwuchses, die Unterstützung der Nutzung und Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in der Praxis und die Unterstützung der gesellschaftlichen Einbindung von Ergebnissen der Entwicklung und Erschließung der Künste, die Weiterbildung insbesondere der Absolventinnen und Absolventen der Universitäten der Künste, die Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Kunst, Forschung und Lehre, die Pflege der Kontakte zu den Absolventinnen und Absolventen sowie die Information der Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Organisation

Zum Bereich der Universitäten der Künste sind die
Akademie der bildenden Künste Wien,
die Universität für angewandte Kunst Wien,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien,
die Universität Mozarteum Salzburg,
die Universität für Musik und darstellende Kunst Graz und
die Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz zu zählen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.233,5	637,3	1.870,8	62,9
2000	1.324,7	571,7	1.896,4	68,1
2001	1.324,7	585,8	1.910,4	93,1

Anlagen
Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausstattungsinvestitionen, die Anlagenkäufe für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die Investitionen für Maschinen und Geräte, die instrumentellen Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und die bibliotheksbezogenen Investitionen der Universitäten der Künste ihren Niederschlag.

Förderungen
An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:
Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDI), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Universitäten der Künste betreffen, sowie Zuschüsse für Studientätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Universitäten der Künste stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Prüfungsentschädigungen, die Lehrveranstaltungs-Abgeltungen, die Abgeltungen an die Mitarbeiter im Lehrbetrieb und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen
Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für die Entwicklung und Erschließung der Künste, für Ausstellungen, für universitäre Publikationen, für bibliothekarische Erfordernisse, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und Veranstaltungen der Universitäten der Künste veranschlagt.
Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.
Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen sowie für Auslandsstipendien und Stipendien für Graduierte österreichischer Universitäten der Künste vorgesorgt.

Einnahmen
Bei den erfolgswirksamen Einnahmen finden unter anderem die Veräußerung von Handelswaren, Gebühren und Personalkostenersätze sowie die Anteile des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz am Gebarungsabgang der Linzer Kunstuniversität ihren Niederschlag.
Zur Verrechnung der Studienbeiträge wurde ein eigener Voranschlagsansatz eröffnet.

Paragraf 1431 Universitäten der Künste (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlagen
Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG), BGBl. I Nr. 130/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999;
Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;
Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1,5	26,8	28,3	22,6
2000	1,0	21,0	22,0	22,0
2001	1,0	21,0	22,0	22,0

Anlagen
Hier wird für die ergänzende Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Universitäten der Künste vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen
Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Gebühren und Kostenersätze und die Einnahmen aus Veranstaltungen sind anteilsmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.
Ferner sind hier die Aufwendungen der 'Internationalen Sommerakademie' der Universität Mozarteum Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hierfür Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Universität Mozarteum Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen an.

Titel 146 Fachhochschulen

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1998.

Aufgaben
Aufbau eines nicht universitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierter und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	714,8	714,8	1,5
2000	0,0	855,5	855,5	0,1
2001	0,0	1.109,4	1.109,4	0,1

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden (Die Studiendauer beträgt meistens vier Jahre, wobei jährlich ein neuer Lehrgang beginnt) und ein Hinzukommen von neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

Anlagen
Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen
Hier wurden Zahlungen an juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen
Im Wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Sachverständigengutachten zu den Fachhochschulstudienplänen, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziale Sicherheit und Generationen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2 ausgenommen die bei den Kapiteln 16 (Sozialversicherung), 17 (Gesundheit) und 19 (Jugend und Familie) zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.728,5	86.944,3	88.672,8	58.420,5
2000	1.123,1	37.844,6	38.967,8	11.318,7
2001	829,4	24.709,2	25.538,6	112,9

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2001 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind folgende Bereiche betroffen:

Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (Paragraf 1502) Überstellung zu Paragraf 6342,
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (VA-Ansatz 1/15057) Überstellung zu VA-Ansatz 1/63457,
Arbeitsmarktpolitik I (Titel 155) Überstellung zu Titel 635,
Arbeitsmarktpolitik II (Titel 156) Überstellung zu Titel 636 und,
verschiedene Dienststellen (Titel 159) Überstellung zu Titel 639.

Die näheren Erläuterungen zu diesen von der Kompetenzverschiebung betroffenen Bereichen sind unter dem Kapitel 63 zu finden.

Bundesseniorenbeirat (VA-Ansatz 1/15004) Überstellung vom Titel 100.

Die Leistungen des Familienlastenausgleiches sowie der Jugend- und Familienpolitik sind wie bisher bei Kapitel 19 veranschlagt.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 BM für soziale Sicherheit und Generationen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes in Angelegenheiten der Sozialversicherung (ausgenommen Arbeitslosenversicherung), der allgemeinen und besonderen Fürsorge, der Pflegevorsorge sowie Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten, in Angelegenheiten der Frauenpolitik, des Familienlastenausgleiches und Familienförderung, Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt und -erziehung, der Seniorenpolitik, des Gesundheitswesens, des Strahlenschutzes, weiters in Angelegenheiten des Sanitäts- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und Gentechnologie.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	431,1	3.681,5	4.112,6	53,6
2000	462,7	477,0	939,7	31,1
2001	468,3	501,6	969,9	40,6

Unterschiede gegen Vorjahre
Der Anstieg bei den Personalausgaben gegenüber dem Jahr 2000 ergibt sich lediglich aus den Kompetenzverschiebungen.
Der Anstieg der Sachausgaben gegenüber dem Jahr 2000 ist einerseits auf die Kompetenzverschiebungen andererseits auf die notwendige Modernisierung der Informationstechnologie zurückzuführen.

Anlagen
Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Ausgaben zur Unterstützung der Beratung, Information und Betreuung von Senioren durch Seniorenorganisationen sowie für den Ersatz der Aufwendungen der Seniorenheime (§ 19 Bundes-Seniorengesetz) zu verrechnen.

Förderungen
Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im Wesentlichen die Förderung des Betriebsaufwandes des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungszentrale sowie von sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des 'Österreichischen Komitees für Sozialarbeit' sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Die Gesetzlichen Verpflichtungen erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen
Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand sowie den ADV-Aufwand der Zentralleitung.
Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Paragraf 1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

Voranschlagsansatz 1/15016 Förderungen
Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Voranschlagsansatz 1/15018 Aufwendungen
Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.
Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Einnahmen
Im Wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds sowie Bezugsvorschussersätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Bundesaufsicht
Träger der Sozialversicherung
Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen auf Grund der Bestimmungen des
Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes - ASVG,
des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes - GSVG,

des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes - BSVG,
des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes - B-KUVG,
des Bundespflegegeldgesetzes - BPGG und
des Notarversicherungsgesetzes 1972 - NVG 1972 ausgeübt.

Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.
Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge

Gesetzliche Grundlagen
Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/ 1996;
Verordnung über die Rentenanpassung in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 00/2000.

Aufgaben
Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	233,7	233,7	0,2
2000	0,0	244,0	244,0	0,2
2001	0,0	231,2	231,2	0,2

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge
An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren
Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.
Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.
Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Am 1. Juli 2000 standen 2.415 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2.536 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen
Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung
Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen
Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Paragraf 1516 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

Voranschlagsansatz 1/15166 Förderungen
Veranschlagt ist die Förderung von Projekten der Pflegebetreuung für Opfer der politischen Verfolgung, die im Ausland leben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/ 1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 11/1999.

Aufgaben
Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	17,7	17,7	1,1
2000	0,0	22,8	22,8	1,1
2001	0,0	23,5	23,5	1,3

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.
Am 1. Juli 2000 bezogen 130 Personen (65 Opfer und 65 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 136 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge
Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.
Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen. Weiters werden ab 1. Jänner 1999 die Selbstkosten für die kausalen psychotherapeutischen Behandlungen von Verbrechensopfern und deren Hinterbliebene geleistet.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung
Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation
Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen
Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen
Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)
Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen
Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

Gesetzliche Grundlagen
Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBlfÖ. Nr. 181/1939;
Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;
Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/ 1991;
Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 00/0000;
Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;
Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben
Entschädigung von Impfschäden, Kleinrentnerentschädigung und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	16.864,2	16.864,2	200,6
2000	0,0	17.377,5	17.377,5	0,0
2001	0,0	17.530,8	17.530,8	0,0

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz
Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.
Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Voranschlagsansatz 1/15327 Kleinrentnerentschädigung
Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen veranschlagt.

Paragraf 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz
Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.
Zum 1. Juli 2000 bezogen in der Pensions- und Unfallversicherung 245.406 Personen Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

Gesetzliche Grundlagen
Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 177/1999.

Aufgaben
Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	73,3	73,3	0,0
2000	0,0	79,1	79,1	0,0
2001	0,0	1.079,0	1.079,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem BVA 2000 ist auf besondere Förderungsmaßnahmen für Behinderte zurückzuführen.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen
Förderung bundesweiter Projekte von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege in den Bereichen der Pflegevorsorge sowie der Behinderten- und Altenhilfe.

Voranschlagsansatz 1/15446 Nationalfonds für Behinderte
Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.
Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Voranschlagsansatz 1/15456 Maßnahmen für Behinderte
Förderung von Maßnahmen für behinderte Personen, insbesondere Förderung ihrer beruflichen Integration durch Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen auf Projektebene, ab dem Jahr 2001 in der Höhe von 1 Mrd. Schilling.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)
Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)
Auf Grund der Kompetenzänderungen nach der Bundesministeriengesetz-Novelle wurden die Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übertragen. Die Erläuterungen zur Arbeitsmarktpolitik sind daher unter den Titeln 635 und 636 zu finden.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

Gesetzliche Grundlagen
Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;
Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;
Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1999;
Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.
Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 00/0000;
Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 2001, BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben
Dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation
Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland in Wien;
Bundessozialamt Oberösterreich in Linz;
Bundessozialämter Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	359,7	5.672,2	6.031,9	73,9
2000	361,2	5.548,6	5.909,8	70,6
2001	361,2	5.343,1	5.704,2	70,7

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Paragraf 1570 Bundessozialämter
Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der beim Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland eingerichteten Schiedskommission. Neben der Vollziehung des Kriegsopfer- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsopferfondsgesetzes (Kriegsopferfonds) und Impfschadengesetzes befasst.

Anlagen
Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die ADV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Unter diesem VA-Ansatz sind im Wesentlichen die Ausgaben für Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZG) und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge
Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfasst ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen
Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung
Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfasst die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren
Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 2001 beträgt 0,000 (1995: 1,028, 1996: 1,023, 1997: 1,000, 1998: 1,0133, 1999: 1,015, 2000: 1,006).

Der Voranschlag 2001 berücksichtigt den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 7,0% jährlich. Am 1. Juli 2000 standen 69.189 Versorgungsberechtigte (32.489 Beschädigte, 35.462 Witwen, 1.079 Waisen, 159 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 74.339 am 1. Juli 1999.
Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 2000 1.710 Personen und zwar 1.621 Beschädigte, 48 Witwen, 23 Waisen und 18 Eltern gegenüber 1.707 Personen am 1. Juli 1999.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung
Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche
Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich auf Grund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraf 1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland
Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 6,9 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge
Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt.
Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz
Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung
Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten sowie Beihilfe gem. GSBG.

Ausgleichstaxfonds
Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.
Die Einnahmen des Fonds bestehen im wesentlichen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen. Die Mittel des Fonds werden vorwiegend für die berufliche Reha-

bilitation von Behinderten verwendet. Diverse Maßnahmen werden mit Mittel des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.
Der Fonds wird von der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen unter Anhörung eines Beirates verwaltet.

Kriegsopferfonds
Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, und wird von der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen unter Anhörung eines Beirates verwaltet.
Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsenfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte
Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 177/1999.
Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.
Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15446).
Die Verwaltung des Fonds obliegt der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen
Auf Grund der Kompetenzänderungen nach der Bundesministeriengesetz-Novelle wurden die Angelegenheiten der Arbeitsinspektion und Heimarbeitskommissionen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übertragen. Die diesbezüglichen Erläuterungen sind daher unter dem Titel 639 zu finden.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	75.390,8	75.390,8	5.227,1
2000	0,0	66.374,0	66.374,0	3.453,0
2001	0,0	73.093,0	73.093,0	145,1

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 80;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 141/1998 (11. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 181/1999, Art. XI;

Aufwertungszahl für 2001 1,025 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;

Anpassungsfaktor für 2001 1,008 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 1. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehelfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 %, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 % der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1999	0,0	63.656,7	63.656,7	5.057,7
2000	0,0	54.909,4	54.909,4	3.308,0
2001	0,0	60.141,9	60.141,9	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Durch die Umschichtungsmaßnahmen des Budgetbegleitgesetzes 2001 wird der zu erwartende Aufwand für das Jahr 2001 deutlich abgesenkt. Die Erhöhung des Aufwandes gegenüber dem Jahr 2000 ist vor allem auf die im Jahr 2001 vorgesehene Pensionsanpassung zurückzuführen. Bei den in den Jahren 1999 und 2000 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um die Refundierung von in den Vorjahren zu hoch akontierten Bundesbeiträgen.

Ausgaben
In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hiebei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.
In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.
In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.
In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Daten der Pensionsversicherungsträger (2001)

Gesamte Pensionsversicherung		in Mio. ATS
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	1,983.887	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	3,203.700	
Durchschnittspension in Schilling	9.956	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	25.978	
Pensionsaufwand		280.758,4
Sonstiger Aufwand		27.079,2
Pflichtbeiträge		181.888,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		62.945,9
Sonstige Erträge		2.861,8
Bundesmittel		60.141,9
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	975.769	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,246.000	
Durchschnittspension in Schilling	8.082	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	23.036	
Pensionsaufwand		111.980,2
Sonstiger Aufwand		10.042,2
Pflichtbeiträge		63.720,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		37.387,4
Sonstige Erträge		773,6
Bundesbeitrag		20.141,4

		in Mio. ATS
Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	18.027	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	24.100	
Durchschnittspension in Schilling	11.002	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	29.347	
Pensionsaufwand		2.824,7
Sonstiger Aufwand		475,5
Pflichtbeiträge		1.570,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		1.097,8
Sonstige Erträge		33,2
Bundesbeitrag		599,2
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	620.626	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,455.000	
Durchschnittspension in Schilling	13.700	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	30.577	
Pensionsaufwand		120.990,4
Sonstiger Aufwand		10.313,9
Pflichtbeiträge		99.467,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		19.639,1
Sonstige Erträge		1.662,7
Bundesbeitrag		10.535,5
Versicherungsanstalt der österr. Bergbaues		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	23.842	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	8.400	
Durchschnittspension in Schilling	13.892	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	38.037	
Pensionsaufwand		4.677,3
Sonstiger Aufwand		633,7
Pflichtbeiträge		810,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		2.866,6
Sonstige Erträge		46,2
Bundesbeitrag		1.588,2
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG	154.687	
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG	1.300	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten n. d. GSVG	265.900	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten n. d. FSVG	14.300	
Durchschnittspension nach dem GSVG in Schilling	10.817	
Durchschnittspension nach dem FSVG in Schilling	19.347	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage n. d. GSVG in Schilling	21.891	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage n. d. FSVG in Schilling	33.468	
Pensionsaufwand nach dem GSVG		23.809,4
Pensionsaufwand nach dem FSVG		358,9
Sonstiger Aufwand		2.171,7

Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft (Fortsetzung)		in Mio. ATS
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen		9.422,0
Pflichtbeiträge der neuen Selbständigen		1.042,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen		1.149,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		973,6
Sonstige Erträge		175,4
Bundesmittel		13.578,0
Sozialversicherungsanstalt der Bauern		
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	189.636	
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	190.000	
Durchschnittspension in Schilling	5.985	
Durchschnittliche Beitragsgrundlage in Schilling	14.247	
Pensionsaufwand		16.117,5
Sonstiger Aufwand		3.442,2
Pflichtbeiträge		4.708,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds		981,4
Sonstige Erträge		170,7
Bundesmittel		13.699,6

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Bundesgesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen hat jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr den Anpassungsfaktor unter Bedachtnahme auf das Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung durch Verordnung festzusetzen. Die Verordnung ist der Bundesregierung zur Zustimmung vorzulegen.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

1966:	1,070	1978:	1,069	1990:	1,040
1967:	1,081	1979:	1,065	1991:	1,050
1968:	1,064	1980:	1,056	1992:	1,040
1969:	1,071	1981:	1,051	1993:	1,040
1970:	1,054	1982:	1,052	1994:	1,025
1971:	1,071	1983:	1,055	1995:	1,028
1972:	1,074	1984:	1,040	1996:	1,023
1973:	1,090	1985:	1,033	1997:	1,000
1974:	1,104	1986:	1,035	1998:	1,0133
1975:	1,102	1987:	1,038	1999:	1,015
1976:	1,115	1988:	1,023	2000:	1,006
1977:	1,070	1989:	1,021	2001:	1,008

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2.000 Schilling im Jahre 1965 erhöhte sich seither

	auf Schilling	jährliche Steigerung der Pension in Prozent	jährliche Steigerung des VPI in Prozent
1966	2.140,00	7,0	2,2
1967	2.313,30	8,1	4,0
1968	2.461,40	6,4	2,8
1969	2.636,20	7,1	3,1
1970	2.778,60	5,4	4,4
1971	2.975,90	7,1	4,7
1972	3.196,10	7,4	6,3
1973	3.483,70	9,0	7,6
1/1974	3.846,00	.....	.....
7/1974	3.961,40	12,1 (im Durchschnitt)	9,5
1/1975	4.365,50	.....	.....
7/1975	4.496,50	13,5 (im Durchschnitt)	8,4
1976	5.013,60	13,1	7,3
1977	5.364,60	7,0	5,5
1978	5.734,80	6,9	3,6
1979	6.107,60	6,5	3,7
1980	6.449,60	5,6	6,4
1981	6.778,50	5,1	6,8
1982	7.131,00	5,2	5,4
1983	7.523,20	5,5	3,3
1984	7.824,10	4,0	5,6
1985	8.082,30	3,3	3,2
1986	8.365,20	3,5	1,7
1987	8.683,10	3,8	1,4
1/1988	8.683,10	.....	.....
7/1988	8.882,80	1,2 (im Durchschnitt)	2,0
1989	9.069,30	3,3	2,5
1990	9.434,80	4,0	3,3
1991	9.906,50	5,0	3,3
1992	10.302,80	4,0	4,1
1993	10.714,90	4,0	3,6
1994	10.982,80	2,5	3,0
1995	11.290,30	2,8	2,2
1996	11.550,00	2,3	1,9
1997	11.550,00	0,0	1,3
1998	11.703,60	1,33	0,9
1999	11.879,20	1,5	0,6
2000	12.009,90	1,1 (im Durchschnitt)	2,0 (Schätzwert)
2001	12.106,00	0,8	1,7 (Schätzwert)

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 141;

Aufwertungszahl für 2001 1,025 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;

Anpassungsfaktor für 2001 1,008 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;

Finanzausgleichsgesetz 2001 (FAG 2001), BGBl. I Nr. 00/0000.

Aufgaben
Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten - außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen - eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	10.410,0	10.410,0	6,2
2000	0,0	10.036,1	10.036,1	0,0
2001	0,0	12.129,1	12.129,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung des Aufwandes ist auf die Gewährung eines Wertausgleiches gemäß § 299a ASVG, § 156a GSVG und § 147a BSVG zurückzuführen.

Ausgaben
Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2001 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 2001 (zum Vergleich ab 1. Jänner 2000):

	2001	2000
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung		
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	12.037	11.859
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	8.437	8.312
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	8.437	8.312
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension		
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	3.151	3.104
falls beide Elternteile verstorben sind	4.731	4.661
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5.599	5.516
falls beide Elternteile verstorben sind	8.437	8.312

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 898 (885) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	RS für A in S	jährl. Steig. in %	RS für V in S	jährl. Steig. in %	jährl. Steig. d. PI in %
7/1965	915	-	1.265	-	-
1966	979	7,0	1.354	7,0	2,6
1967	1.068	9,1	1.483	9,5	5,8
1968	1.136	6,4	1.578	6,4	3,3
1969	1.217	7,1	1.690	7,1	3,4
1/1970	1.283	...	1.782	...	...
7/1970	1.333	7,5	1.851	7,5	5,0
1/1971	1.428	...	1.983	...	...
7/1971	1.528	13,0	2.122	13,0	5,4
1972	1.641	11,0	2.279	11,0	6,9
1973	1.800	9,7	2.575	13,0	7,8
1/1974	2.000	...	2.861	...	...
7/1974	2.060	12,8	2.947	12,8	8,5
1/1975	2.285	...	3.270	...	...
7/1975	2.354	14,3	3.368	14,3	9,1
1976	2.625	13,2	3.755	13,1	8,0
1977	2.860	9,0	4.090	8,9	6,0
1978	3.092	8,1	4.422	8,1	3,7
1979	3.308	7,0	4.731	7,0	3,7
1980	3.493	5,6	4.996	5,6	6,0
1981	3.703	6,0	5.316	6,4	7,3
1982	3.955	6,8	5.677	6,8	5,9
1983	4.173	5,5	5.989	5,5	3,2
1984	4.370	4,7	6.259	4,5	6,0
1985	4.514	3,3	6.466	3,3	3,3
1986	4.672	3,5	6.692	3,5	2,1
1987	4.868	4,2	6.973	4,2	0,4
1988	5.004	2,8	7.168	2,8	1,1
1989	5.134	2,6	7.354	2,6	1,9
1/1990	5.434	...	7.784	...	...
7/1990	5.574	7,2	7.984	7,2	2,8
1991	6.000	9,0	8.600	9,1	3,6
1992	6.500	8,3	9.317	8,3	3,5
1993	7.000	7,7	9.967	7,0	3,0
1994	7.500	7,1	10.700	7,4	2,8
1995	7.710	2,8	11.000	2,8	1,5
1996	7.887	2,3	11.253	2,3	2,1
1997	7.887	0,0	11.253	0,0	1,6
1998	7.992	1,33	11.403	1,33	1,2
1999	8.112	1,5	11.574	1,5	0,3
2000	8.312	2,5	11.859	2,5	*) 1,4
2001	8.437	1,5	12.037	1,5	*) 1,2

A = Alleinstehende, V = Verheiratete, RS = Richtsatz, PI = Pensionistenindex
*) Schätzwert

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 132a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 81;
Aufwertungszahl für 2001 1,025 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;
Anpassungsfaktor für 2001 1,008 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben
Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	643,7	643,7	0,0
2000	0,0	684,0	684,0	0,0
2001	0,0	23,0	23,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verringerung des Aufwandes ist auf die Aufhebung des Bundesbeitrages zur Krankenversicherung nach dem BSVG zurückzuführen.

Ausgaben
Gemäß den §§ 132a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50% der Untersuchungskosten sowie 60% der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 2001 kommen die Ersätze für das Jahr 2000 (in der erwarteten Höhe von 23 Millionen Schilling) zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung

Gesetzliche Grundlagen
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 74a;
Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000 (Budgetbegleitgesetz 2001), § 31;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 101/2000 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 2000 - SRÄG 2000), § 117;
Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;
Aufwertungszahl für 2001 1,025 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;
Anpassungsfaktor für 2001 1,008 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben
Zur Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.
Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.
In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.
Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (z.B. Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	362,2	362,2	18,2
2000	0,0	378,0	378,0	0,0
2001	0,0	394,0	394,0	0,0

Ausgaben
Gemäß § 74a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.
Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3.
Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

Gesetzliche Grundlagen
Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 181/1999, Art. XI;
Aufwertungszahl für 2001 1,025 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000;
Anpassungsfaktor für 2001 1,008 gemäß BGBl. II Nr. 00/0000.

Aufgaben
Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	318,2	318,2	144,9
2000	0,0	366,5	366,5	145,0
2001	0,0	405,0	405,0	145,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Ausgaben ist auf einen Anstieg der Zahl der Sonderruhegeldempfänger zurückzuführen.

Ausgaben
Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10% des Aufwandes für das Sonderruhegeld.
Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0% der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten

1. Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschn. monatl. Arbeitnehmereinkommen 1)		Durchschnittl. monatl. Beitragsgrundlage (inklusive aliquoter Sonderzahlungen) in der Pensionsversicherung der		
	ESVG 1979	ESVG 1995	Arbeiter (inkl. Eisenbahnen)	Angestellten	Knappschaft
			Beträge in Schilling		
1990	22.252	.	16.362	21.328	25.404
1991	23.686	.	17.319	22.570	26.713
1992	25.002	.	18.334	23.953	28.415
1993	26.039	.	19.126	25.051	30.903
1994	26.908	.	19.863	26.084	32.909
1995	27.911	27.095	20.561	27.050	34.675
1996	28.430	27.317	21.021	27.590	35.666
1997	28.624	27.499	21.313	28.152	36.717
1998	29.369	28.262	21.827	28.625	37.336
1999		28.852	22.164	29.272	37.650
2000 *)	.	29.371	22.586	29.770	37.838
2001 *)		30.106	23.156	30.577	38.037

1) Quelle: WIFO (Stand: 20. September 2000)
*) Vorläufige bzw. Schätzwerte

2. Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze der Arbeiter und Angestellten in der Pensionsversicherung

DG = Dienstgeber, DN = Dienstnehmer

	monatl. Höchstbeitrasgrundlage in Schilling	Beitrag gem. § 51 ASVG		Zusatzbeitr. gem. § 51a ASVG		zusammen
		DN	DG	DG	DN	
			in Prozent der Beitragsgrundlage			
1990	28.800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30.000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31.800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33.600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36.000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37.800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39.000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1997	40.800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1998	42.000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1999	42.600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2000	43.200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
2001	44.400	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

Kapitel 17 Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere aus Abschnitt J des Teiles 2 der Anlage zu § 2, soweit Angelegenheiten des Gesundheits- und Veterinärwesens betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	158,1	11.618,3	11.776,4	753,0
2000	325,1	8.494,5	8.819,6	890,7
2001	389,8	6.832,2	7.221,9	929,0

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2001 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Agenden auf das Kapitel 17 übertragen bzw. zu anderen Kapiteln abgegeben worden:

Lebensmitteluntersuchungsanstalten Paragraf 1790 (von Paragraf 1090),
Lebensmittel, Chemikalien Paragraf 1732 (von Paragraf 1083),
Veterinärwesen Paragraf 1731 (von Paragraf 1082),
Gentechnologie Paragraf 1733 (von Paragraf 1084),
Strahlenschutz Paragraf 1734 (von Paragraf 1081),
Veterinärmedizinische Anstalten Paragraf 1795 (von Paragraf 1091),
Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst Paragraf 1796 (von Paragraf 1092),
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) wurde von VA-Ansatz 1/17218 auf 1/14208 übertragen.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;

Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;

Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt - geändert durch BGBl. Nr. 327/1996;

Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/2000;

Bundesgesetz über die Regelung des med.-techn. Fachdienstes und des Sanitätshilfsdienstes, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/1999;

Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 116/1999;

Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/1998;

Blutsicherheitsgesetz, BGBl. I Nr. 44/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1999;

Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1998;

Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;

Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 112/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;

Suchtgiftverordnung, BGBl. II Nr. 374/1997;

Psychotropenverordnung, BGBl. II Nr. 375/1997;

Vorläuferstoffeverordnung, BGBl. II Nr. 376/1997;

Suchtgift-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 377/1997;

Psychotropen-Grenzmengenverordnung, BGBl. II Nr. 378/1997;

Kundmachung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick

auf Suchtgiftmißbrauch, BGBl. II Nr. 379/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 45/1999;
Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1996;
Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
Verordnung zur Festlegung von Verfahren für die Messung und Kontrolle des Kondensat-(Teer-) und Nikotingehalts im Rauch von Zigaretten, BGBl. Nr. 738/1996;
Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998;
Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds 'Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen', BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
Finanzausgleichsgesetz 2001 (FAG 2001), BGBl. I Nr. 00/0000;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
EWR-Psychologengesetz, BGBl. I Nr. 113/1999;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990,
EWR-Psychotherapiegesetz, BGBl. I Nr. 114/1999;
Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
Kardiotechnikergesetz, BGBl. I Nr. 96/1998;
Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information, BGBl. I Nr. 51/1998.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information; AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung; Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe; Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps, Haemophilus influenzae b, Hepatitis B; Bekämpfung von Infektionskrankheiten; Kariesprophylaxe; Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes; Bekämpfung des Alkoholmissbrauches, des Missbrauches von Medikamenten und des Rauchens; Psychische Hygiene; Medizinische Angelegenheiten der Behinderten; Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs; Beteiligung an WHO-Projekten; Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches; Zivilschutz; Arzneimittelwesen; Krankenanstaltenwesen; Medizinische Strahlenangelegenheiten; Medizinprodukte.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	5.134,5	5.134,5	576,5
2000	0,0	1.617,5	1.617,5	550,6
2001	0,0	813,0	813,0	558,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Reduzierung der Ausgaben und Einnahmen ist in erster Linie auf die Übertragung der Angelegenheiten der Kostenbeteiligung des Bundes an der Errichtung, Ausgestaltung und den Betrieb von Universitätskliniken in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zurückzuführen.

Paragraf 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

Anlagen

Für die Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Belange sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen
Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.
Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.
Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.
Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.
Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird im Jahr 2001 folgender Impfplan durchgeführt:
1. Komplette Grundimmunisierung bei bereits oral angeimpften Kindern,
2. Auffrischungsimpfungen im Schulalter (1. und 8. Schulstufe),
3. Auffrischungsimpfung im Erwachsenenalter bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfaktion notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Aufwendungen
Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Durchführung von Impfungen entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaften sowie der epidemiologischen Erfordernisse vorgesorgt, wobei schwerpunktmäßig noch bestehende Impflücken beseitigt werden.
Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für humangenetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.
Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.
Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen und der Psychotherapeuten ist vorgesorgt.
Mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen werden fachlich autorisierte Stellen befasst. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.
Das Arzneimittel-Informationssystem 'Rote Hand' warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten.
Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.
Für die Durchführung und Fortsetzung von Projekten der Qualitätssicherung ist vorgesorgt.

Paragraf 1722 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches
Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die Beratung und Betreuung von Suchtmittelmissbrauch wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des neuen Suchtmittelgesetzes vorgesorgt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtmittelrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtmittelmissbrauch bereitgestellt.

Paragraf 1723 Gesundheitsförderung, Aufklärung u. Information (zweckg.Geb.)
In diesem Bereich sind die Mittel für die Ergänzung der bereits etablierten Vorsorgemaßnahmen der Förderung und Durchführung kohärenter praktischer Aktivitäten und flankierender wissenschaftlicher Studien in der Gesundheitsförderung veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt durch Mitteln aus der Umsatzsteuer für Tabakwaren.

Paragraf 1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgeb. Gebarung)
Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen
Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;
Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Zweckgebundene Einnahmen aus der Umsatzsteuer zugunsten Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information.

Titel 173 Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.

Gesetzliche Grundlagen

Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;
Geflügelhygieneverordnung, BGBl. II Nr. 243/2000;
Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998;
Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1998;
Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1998;
Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 714/1996;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;
Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 40/1998;
Vollzugsanweisung betreffend Tierkörperverwertung, StGBl. Nr. 241/1919, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1977;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996 samt Durchführungsverordnungen.

Aufgaben

Abwehr von Tierseuchen; Fleisch- und Schlachthofhygiene; Entschädigung nach Veterinärgesetzen; Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle; Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz; Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen; Angelegenheiten der Strahlenhygiene, des medizinischen Strahlenschutzes und der medizinischen Radiologie, medizinischen Beurteilung der Anwendung ionisierender und nichtionisierender Strahlen sowie der Radiopharmaka; Angelegenheiten der Gentechnologie sowie Anmelde- und Zulassungsverfahren gemäß dem Gentechnikgesetz.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	52,5	52,5	1,3
2001	0,0	159,6	159,6	7,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben ergibt sich aus der Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sowie der Einführung des Tiergesundheitsgesetzes und der Schweinedatenbank.

Paragraf 1731 Veterinärwesen

Förderungen

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie
Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.
Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.
Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25a leg. cit. sowie Ausgaben nach dem Tiergesundheitsgesetz berücksichtigt.

Aufwendungen
Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen sowie für den Aufbau einer Schweinedatenbank vorgesorgt.

Paragraf 1732 Lebensmittel, Chemikalien

Förderungen
Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie sowie der Lebensmittelkontrolle.

Entschädigungen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle
Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten und die Rindfleisch-Etikettierungs-Gebührenverordnung sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraf 1733 Gentechnologie

Förderungen
Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen
Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Paragraf 1734 Strahlenschutz

Förderungen
Unterstützung wesentlicher Aufgaben im Bereich Strahlenschutz in strahlenhygienischer Hinsicht.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen
Mittel für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie für die Fortführung von Forschungsaufträgen.

Einnahmen
Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch den Konsenswerber.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;

Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;

Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/2000;

Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;

Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;

Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 23/1999;

Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1999;

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über das Gesundheitswesen und die Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 00/0000;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 00/0000;

Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996;

Verordnung der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich, BGBl. Nr. 783/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 00/0000;

Verordnung der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten (Kostenrechnungsverordnung für Krankenanstalten), BGBl. II Nr. 00/0000;

Verordnung der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen betreffend die Dokumentation von Statistikdaten in Krankenanstalten (Statistikverordnung für Krankenanstalten), BGBl. II Nr. 00/0000;

Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;

Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Beobachtung, Analyse und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, Weiterentwicklung der leistungsorientierten Vergütungssysteme, Erstellung eines Gesundheitsplanes und Überwachung seiner Einhaltung sowie Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Weiters alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Gesundheitswesen, woraus in erster Linie Zahlungen von Zweckzuschüssen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	6.354,1	6.354,1	0,1
2000	0,0	6.567,7	6.567,7	0,1
2001	0,0	5.543,8	5.543,8	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben ergibt sich aus der Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für die Fahrtkostenzuschüsse und für die Studienunterstützungen in Härtefällen für Studierende an medizinisch-technischen Schulen/ Akademien und Hebammenakademien vorgesehen. Weiters sind Zahlungen nach § 197 Ärztegesetz 1998 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Kosten für die Umsetzung der Richtlinie der EU, 76/160/ EWG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)
Bundeszuschüsse für die Krankenanstaltenfinanzierung gemäß Krankenanstaltengesetz.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen und die Aufwendungen nach dem Bazillenausscheidergesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen
Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen
Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen
Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit des Bundesinstitutes für Arzneimittel, der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten und der Bundes-Hebammenakademien. Ab dem Jahr 2000 wurde das Bundesinstitut für Arzneimittel aus dem Verbund der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten herausgelöst. Ab April 2000 werden unter diesem Titel auch die Gebarung der Lebensmitteluntersuchungsanstalten der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschaudienstes ausgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen
Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 78/1998; Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/1997;
Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 117/1999;
Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 116/1999;
Hebammen-Ausbildungsverordnung, BGBl. Nr. 599/1995;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 157/1999 samt Durchführungsverordnungen;
Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;
Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/2000;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/1998 samt Durchführungsverordnungen;

Tiergesundheitsgesetz, BGBl. I Nr. 133/1999;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999;
Bangseuchengesetz BGBl. Nr. 14/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	158,1	129,8	287,8	176,5
2000	325,1	256,8	581,9	338,7
2001	389,8	315,8	705,6	363,1

Paragraf 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Aufgaben
Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen
Ergänzungen unentbehrlicher Grundausstattungen, apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen
Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Einnahmen
Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraf 1791 Bundesinstitut für Arzneimittel

Aufgaben
Das Bundesinstitut für Arzneimittel erfüllt Aufgaben auf Grund des Arzneimittel- und Apothekenrechts, balneochemische Untersuchungen, balneologische Untersuchungen und Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes.

Anlagen
Zwecks Erfüllung der insbesondere im Rahmen der europäischen Arzneimittelzulassungsverfahren zu erfüllenden Aufgaben ist eine den spezifischen Erfordernissen entsprechende apparative Ausstattung erforderlich.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten veranschlagt.

Einnahmen
Betriebseinnahmen aus Chargenfreigaben und anteilsmäßige Einnahmen aus Gebühren zentraler Zulassungsverfahren im Rahmen der Europäischen Union.

Paragraf 1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten

Aufgaben und Organisation
Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck, die im Wesentlichen folgende Arbeiten durchführen:

Untersuchungen auf Grund des
Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
Tuberkulosegesetzes,
Bazillenausscheidergesetzes,
Bäderhygienegesetzes,
Geschlechtskrankheitengesetzes,
AIDS-Gesetzes
Mutter-Kind-Passes,
Führung von Referenzzentralen;
Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
Untersuchungen von Infusionspräparaten.

Anlagen
Durch die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten ist zur Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsstandards die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen
Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraf 1794 Bundes-Hebammenakademien

Aufgaben
In den Bundes-Hebammenakademien Salzburg und Klagenfurt wird die Ausbildung auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Aufwendungen
Dieser Ansatz berücksichtigt die Kosten für die Führung der beiden Akademien.

Einnahmen
Kostenersätze der Länder für Betriebsführung.

Paragraf 1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Aufgaben
Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung und -überwachung je eine veterinärmedizinische Anstalt in Mödling, Linz, Graz und Innsbruck.
Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Mödling wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen
Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen
Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-, Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für die Salmonellen- und BVD-Bekämpfung bestimmt sind.

Einnahmen
Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchen- und Tiergesundheitsgesetz.

Paragraf 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Aufgaben
Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten sowie Ausfuhrkontrolle.

Anlagen
Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen
Veranschlagung der Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Einnahmen
Gebühren gemäß veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 19 Jugend und Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt J, soweit Angelegenheiten der Familien- und Jugendpolitik sowie des Familienlastenausgleiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	57.937,6	57.937,6	60.174,2
2000	0,0	58.740,2	58.740,2	58.595,4
2001	0,0	60.955,2	60.955,2	60.813,4

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Die Personal- und Sachausgaben für den Bereich Jugend und Familie sind beim Titel 150 mitveranschlagt.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	55,0	55,0	2.398,4
2000	0,0	46,6	46,6	0,0
2001	0,0	45,7	45,7	0,0

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen
Für familienpolitische Maßnahmen sind 2001 21,3 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.
Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19118 Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Ausgaben für Veranstaltungen von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewusstseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen
Gesetzliche Grundlage
Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, dass der Bund im Falle, dass die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb.Geb.)

Gesetzliche Grundlage

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 83/2000.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

Die Gewährung einer nach der Anzahl und dem Alter der Kinder gestaffelten Familienbeihilfe sowie eines Mehrkindzuschlages;

die Gewährung einer Kleinkindbeihilfe;

die Gewährung eines Mutter-Kind-Pass-Bonusses;

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;

die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;

die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;

eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;

die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;

die Förderung von Familienberatungsstellen;

die Förderung von Elternbildung, Mediation sowie Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen;

die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;

die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass;

die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;

die Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;

der Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;

der Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;

die Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;

die Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;

der Ersatz der Teilzeitbeihilfe;

der Beitrag zum Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	57.775,8	57.775,8	57.775,8
2000	0,0	58.595,4	58.595,4	58.595,4
2001	0,0	60.813,2	60.813,2	60.813,2

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
	Millionen Schilling		
1988	38.963,1	38.374,5	-588,6
1989	38.686,7	40.062,8	+1.376,1
1990	41.855,7	42.925,1	+1.1069,4
1991	43.903,6	42.124,3	-1.779,3
1992	49.977,3	48489,1	-1.488,2
1993	53.168,9	49.766,0	-3.402,9
1994	57.620,9	52.991,7	-4.629,2
1995	55.716,3	52.664,1	-3.052,3
1996	54.546,3	53.694,1	-852,3
1997	54.213,4	54.819,5	+606,1
1998	50.608,2	56.476,2	5.968,0
1999	51.533,4	57.775,8	+6.242,4
2000 (BVA)	58.402,9	58.595,4	+192,5
2001 (BVA)	60.813,2	60.544,2	-269,0

Gebarung
Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen
Die Familienbeihilfe beträgt seit 1. Jänner 2000 für jedes Kind 1.450 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1.800 Schilling.
Ab 1. Jänner 2000 wird - zusätzlich zur Familienbeihilfe - ein vom Familieneinkommen abhängiger Mehrkindzuschlag für jedes dritte und jedes weitere Kind in Höhe von 400 Schilling monatlich gewährt.
Ab 1. Jänner 2000 ist eine Geschwisterstaffelung in Kraft getreten. Dadurch erhöht sich die Familienbeihilfe bei zwei Kindern um 175 Schilling monatlich. Ab drei oder mehr Kindern erhöht sich die Familienbeihilfe um 350 Schilling monatlich.
Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 1.008.539 Anspruchsberechtigte für rund 1.707.728 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Ferner wird für 56.678 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1999 6.559.
Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2.000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen
Der Mutter-Kind-Pass-Bonus beträgt einmal 2.000 Schilling und wird mit Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes ausgezahlt, wenn die vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nachgewiesen sind.

Die vom Familieneinkommen abhängige Kleinkindbeihilfe beträgt 1.000 Schilling monatlich, höchstens für zwölf Monate.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen
Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schulfahrtbeihilfe:

Schuljahr	Anträge	Ausgaben in Mio. S	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Schilling
1994/1995	*) 110.000	313,6	*) 2.842
1995/1996	9.225	25,3	2.740
1996/1997	8.537	24,7	2.896
1997/1998	7.557	22,1	2.925

*) Schätzziffern. Rückgang infolge Entfalls der Heimfahrtbeihilfe.

Fahrtenbeihilfe f. Lehrlinge

Lehrjahr	Anzahl d. Anträge	Ausgaben in S	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Schilling
1995	1.287	747.840	581,07
1996	923	566.950	614,25
1997	1.530	914.390	597,64
1998	1.812	1.121.600	619,98

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten
Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1999	BVA 2000	BVA 2001
	in Millionen Schilling		
1. Linienverkehr	3.141,9	3.215,7	3.288,5
2. Gelegenheitsverkehr	728,7	799,7	817,8

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Anzahl d. Anträge	Ausgaben in Mio. S	Durchschnittsausgaben pro Antrag in Schilling
1995/1996	863.100	4.530,9	5.250
1996/1997	804.900	4.058,2	5.042
1997/1998	775.900	3.886,7	5.009
1998/1999	785.200	3.797,2	4.840

Der Eigenanteil beträgt 270 Schilling pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher
In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfasst:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausg. in Mio. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1994/1995	1.160.609	1.179,1	1.015,9	117,1
1995/1996	1.165.664	1.186,7	1.018,1	121,1
1996/1997	1.169.717	1.201,6	1.027,3	127,6
1997/1998	1.171,595	1.253,6	1.070,0	130,6
1998/1999	1.178,493	1.253,9	1.064,0	130,1

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten
Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge im Linienverkehr zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraf 1936 Härteausgleich
Gemäß § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraf 1937 Familienberatungsstellen
Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/ 1997, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.
Im Jahre 2001 werden voraussichtlich rd. 350 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Paragraf 1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen
Voranschlagsansatz 1/19386 Förderungen
Gemäß §39c FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen, die das Angebot qualitativer Elternbildung und von Mediation oder Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen gewährleisten, BGBl. I Nr. 136/1999, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Voranschlagsansatz 1/19387 Sonstige Maßnahmen
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld
Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld werden 70vH des Gesamtaufwandes vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.
Im BVA 2001 sind dafür 4.714 Millionen Schilling veranschlagt.

Wiedereinstellungsbeihilfe
Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.
Im Jahre 2001 sind dafür 20,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Pass
Die Kosten für die im Mutter-Kind-Pass festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.
Im Jahre 2001 sind dafür 421,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Schülerunfallversicherung
Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld
Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 70vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.
Im Jahre 2001 sind für diesen Zweck 2.780,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Betriebshilfe
Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 70 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 433/1996).
Im BVA 2001 sind dafür 77,595 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe
1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.
2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.
Im Voranschlag 2001 sind für diesen Zweck 132,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld
Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.
Im BVA 2001 sind für diese Leistungen 1.195,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten
Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.
Im BVA 2001 sind dafür 93,723 Millionen Schilling vorgesehen.

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger
Gemäß § 40a FLAG 1967 sind dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger als Beitrag zur Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung 6.400 Millionen Schilling aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Beitrag In-Vitro-Fertilisation
Gemäß § 3 Abs. 1 BGBl. I Nr. 180/1999 sind 50% der Kosten dem Fonds zur Mitfinanzierung der In-vitro-Fertilisation zu überweisen.

Kostenersatz für den Verwaltungsaufwand
Gemäß § 39i FLAG 1967 sind dem Bund (Bundesminister für Finanzen) als Kostenersatz für den Verwaltungsaufwand 300 Millionen Schilling aus Mittel des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Voranschlagsansatz 1/19388 Aufwendungen
Gemäß § 39e Abs. 10 FLAG 1967 werden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Absinken der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsfrequenz getroffen.
Gemäß § 39c Abs. 2 FLAG 1967 kann der Bund zur Sicherung der kontinuierlichen Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten notwendige Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung durchführen.
Im BVA 2001 sind dafür 13,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse
Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/1997, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.
Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.
Im Jahre 2001 wird mit rd. 39.000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.
Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Rückzahlungen und Überweisungen
Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 196 7 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Einnahmen

Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge (Sektion A)
Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:
1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2.000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19301 Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)
Für Zeiträume, für die die Familienbeihilfe gemäß § 46 FLAG 1967 von einem Selbstträger auszuzahlen ist, sind die Beträge an Mehrkindzuschlag, die vorerst grundsätzlich aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet wurden, diesem Fonds gemäß § 9d FLAG 1967 in der Fassung des Art. XV des Budgetbegleitgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1998, vom Selbstträger zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer
Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind Anteile vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer
Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9.500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2.375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7.125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.
Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist
1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder
Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 Schilling pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.
Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)
Gemäß § 31 Abs. 1 ist für alle aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zur Verfügung gestellte Schulbücher ein Selbstbehalt von 10vH der für die Schüler maßgeblichen Limits zu bezahlen.
Sonderschüler zahlen keinen Selbstbehalt; der pädagogische Sonderbedarf eines Schülers ist auch vom Selbstbehalt befreit.
Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse
Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen
Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Ende Dezember 1999 ein Vermögen von 3.848,4 Millionen Schilling aus. Gemäß § 40a FLAG 1967 wird der Betrag von 3.848,0 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger als Beitrag zur Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung zugeführt.

Titel 194 Jugend

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	106,9	106,9	0,0
2000	0,0	98,3	98,3	0,0
2001	0,0	96,3	96,3	0,1

Paragraf 1941 Außerschulische Jugenderziehung

Förderungen
Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendforschung (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung sowie der Jugendwohlfahrt werden gefördert.
Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, das österreichische Bundesjugendsingen, die Sektenbroschüre, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewusstsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	922,5	3.175,7	4.098,2	143,9
2000	932,5	3.273,5	4.206,0	99,3
2001	934,0	3.241,0	4.175,0	100,0

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen wurde im Bundesvoranschlag 2000 der bisher beim Kapitel 10 'Bundeskanzleramt mit Dienststellen' unter dem Paragrafen 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS' angesiedelte Bereich dem Kapitel 20 'Äußeres' übertragen und hier als neuer Paragraf 2007 'Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS' aufgenommen. Der Voranschlagsbetrag für 1999 ist daher mit den Folgejahren nicht vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	356,3	1.090,9	1.447,2	41,3
2000	362,5	1.285,5	1.648,0	17,1
2001	364,0	1.266,1	1.630,1	17,2

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass im Bundesvoranschlag 2000 einerseits die Bedeckung eines Großteils der Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch Österreich im Jahre 2000 budgetiert wurde, im Bundesvoranschlag 2001 aber nur mehr für Restzahlungen vorzusorgen war.

Anlagen

Nach Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes dieses Systems im Jahr 2001 insbesondere für den Austausch veralteter Apparaturen vorgesorgt. Daneben wurde im Rahmen der gebotenen Sparsamkeit auf die Erhaltung der Telekommunikationseinrichtungen Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisa-

tionen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Unterbringung der Sekretariate von internationalen Organisationen und zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde vor allem für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesorgt. Ferner war weiterhin die Bedeckung für entsprechende Beiträge zu OSZE-Institutionen sowie Restzahlungen aus dem OSZE-Vorsitz Österreichs im Jahre 2000 bereitzustellen. Schließlich waren im Rahmen der EU-Mitgliedschaft auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesenersätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

Paragraf 2007 Ost-Förderprogramme für MOEL und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) sowie die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist der Transfer des österreichischen Know-hows sowie die Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung vor Ort. Schwerpunktmäßig wird die Hilfe an die begünstigten Länder des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gewährt.

Paragraf 2008 OSZE-Vorsitz 2000

Für Restzahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme des OSZE-Vorsitzes im Jahre 2000 wurden unter Paragraf 2008 insgesamt noch 2 Millionen Schilling vorgesehen. Die Veranschlagung der eigentlichen Beiträge zu den OSZE-Institutionen bzw. -Missionen erfolgt weiterhin beim Voranschlagsansatz 1/20008/7803.

Titel 201 Vertretungsbehörden

Dienststellen im Ausland

Derzeit bestehen 104 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 82 diplomatische, 16 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die diplomatischen Vertretungsbehörden (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates) sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Abu Dhabi (Büro Handelsrat), Addis Abeba, Agram, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad (derzeit geschlossen), Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin, Bern, Bogota, Bonn (als Außenstelle der Botschaft Berlin), Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Hanoi, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kinshasa (derzeit geschlossen), Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riga,

Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Singapur (Büro Handelsrat), Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Wilna.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz und die Vertretung für die Staaten Südkaukasiens und Zentralasiens haben ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationenen (Wien), IAEO und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Chikago, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 2001 etwa 250 Honorarkonsulate amtieren. In Washington besteht ferner ein in die Botschaft integrierter österreichischer Informationsdienst, in Kampala und Managua gibt es jeweils Regionalbüros für Entwicklungszusammenarbeit.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	529,6	1.110,4	1.640,0	75,5
2000	532,5	1.072,6	1.605,1	45,8
2001	532,5	1.053,8	1.586,3	46,3

Anlagen

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für die Instandsetzung bzw. den Neubau von bundeseigenen Objekten im Ausland vorgesehen. Nach erfolgtem Ausbau der EDV in den Vorjahren sind 2001 entsprechende Systemergänzungen vorzunehmen bzw. veraltete Geräte auszutauschen. Auch eine ausreichende Veranschlagung der Posten für Amtseinrichtung und Telekommunikation im Rahmen der Budgetkonsolidierung ist erfolgt.

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,031 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,200 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten 'Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland' und 0,831 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die umfassenden Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern erfordern die Bereitstellung entsprechender Ausgabenbeträge für 2001. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Ersätzen zur Krankenversicherung der Auslands-bediensteten, den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung und Zinsen aus dem Geldverkehr.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I

Nr. 40/1998, erhoben und bei Kapitel 52 'Öffentliche Abgaben' verrechnet.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran (im Rahmen der Botschaft) und Warschau.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Russland (BGBl. III Nr. 179/1999), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Das seinerzeit mit der Tschechoslowakei abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 586/1978) gilt im Verhältnis zur Tschechischen Republik weiter. Ein neues Kulturabkommen mit der Slowakei ist am 1. November 2000 in Kraft getreten. Das seinerzeit mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Kulturabkommen (BGBl. Nr. 436/1973) gilt im Verhältnis zur Bundesrepublik Jugoslawien (Kundmachung im BGBl. III Nr. 156/1997) und zu Kroatien (Kundmachung im BGBl. Nr. 474/1996) weiter.

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenzen des Bundeskanzleramtes bzw. des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraf 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundeskanzleramt bzw. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur übernommen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	36,6	68,0	104,6	2,9
2000	37,5	73,2	110,7	1,6
2001	37,5	76,6	114,1	1,7

Anlagen

Vorgesorgt ist für unbedingt erforderliche Anschaffungen in den Bereichen Amtsausstattung, ADV und Telekommunikation.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung sowie Zinsen aus dem Geldverkehr.

Titel 204 Kulturelle Vorhaben

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	75,0	75,0	1,4
2000	0,0	67,7	67,7	1,6
2001	0,0	70,0	70,0	1,5

Kulturelle Vorhaben

Angesichts der derzeitigen politischen Lage ist es besonders wichtig, den Kritikern im eigenen Land und im Ausland zu beweisen, dass diese Regierung nicht bestrebt ist, Gegenwartskunst und Künstler zu unterdrücken. Es wird daher notwendig sein, Veranstaltungen, die zeitgenössische österreichische Kunst vorstellen und die bisher nicht unterstützt wurden, da sie in westlichen Industrieländern stattfinden, von denen man eine Finanzierung erwarten kann, mitzufinanzieren.

Weiters müssen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit durch objektive Fachleute im Ausland noch intensiver als bisher bekannt gemacht werden.

Während in den vergangenen Jahren die Kulturarbeit in den EU-Ländern harmonisch in guter Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gastländern durchführbar war, zeigt sich nun in diesen Ländern Zurückhaltung bei der Kooperation mit Österreich, dh. Projekte müssen nun in größerem Ausmaß oder sogar ganz allein von Österreich getragen werden. Selbstverständlich muss Österreich durch intensivierte kulturelle Tätigkeit in den Beitrittsländern signalisieren, dass es voll und ganz zu seiner positiven Stellungnahme zu den EU-Beitrittskandidaten steht.

Mit Projekten, die die Vielfalt und Aktualität österreichischen Kulturschaffens präsentieren und damit ein umfassendes Bild der österreichischen Gesellschaft vermitteln, wird ein wesentlicher Beitrag zur Korrektur undifferenzierter Osterreichbilder geleistet.

Titel 205 Entwicklungshilfe

Gesetzliche Grundlage

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	831,4	831,4	22,8
2000	0,0	774,5	774,5	33,2
2001	0,0	774,5	774,5	33,2

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hiezu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	5.998,1	4.922,4	10.920,5	7.486,8
2000	6.105,3	4.820,6	10.925,9	8.118,0
2001	6.115,3	5.004,7	11.120,0	8.754,0

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.
Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind dem Bundesministerium für Justiz auch die Angelegenheiten des Konsumentenschutzes übertragen worden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	178,6	315,7	494,4	16,9
2000	189,8	336,6	526,4	16,1
2001	193,8	359,7	553,5	16,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahr 2001 ist insbesondere auf die Übertragung der Angelegenheiten des Konsumentenschutzes von Kapitel 10 und auf die Einrichtung eines verbesserten Kanzleiinformationssystems zurückzuführen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Wahrnehmung deren Aufgaben nach §§ 273 ff ABGB zur Verfügung zu stellen sowie - seit dem Jahre 1991 - Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten nach dem Unterbringungsgesetz angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und geistig Behinderter.
Als weitere Förderungen sind Subventionen an Einrichtungen für Opferhilfe, für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Aufwendungen

Neben der Vorsorge für den laufenden Aufwand sind auch Zahlungen an die BIG veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 19. Juni 1968 über den Obersten Gerichtshof (OGHG), BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999,
Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV - StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.
Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes, die Stellung von Anträgen auf Erneuerung des Strafverfahrens sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	120,5	13,9	134,4	2,3
2000	123,3	11,1	134,4	2,3
2001	123,3	13,4	136,7	2,3

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern

Gesetzliche Grundlagen

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/1999; Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV - StAG);
Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000;
Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);
Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;
Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989 und BGBl. Nr. 76/1990 (DFB);
Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 140/ 1997; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 407/1997)
Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher - SDG (§ 4a Abs. 3), BGBl. Nr. 137/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 168/1998, in Verbindung mit Verordnung BGBl. II Nr. 167/1999;
Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/ 1995;
Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/ 2000;
Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/ 1868, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 27/2000, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und BGBl. II Nr. 499/1999 (Sonderpauschalvergütung 1998), Art. 11 § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;
Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1997;
Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;
Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz - VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;
Unterbringungsgesetz - UbG, BGBl. Nr. 155/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;
Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz - ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 120/1999;
Grundrechtsbeschwerde-Gesetz - GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verord-

nung BGBl. Nr. 35/1993:
Rechtsanwaltsprüfungsgesetz - RAPG (§28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 71/1999;
Notariatsprüfungsgesetz - NPG (§28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBI. I Nr. 72/1999;
Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz - BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;
jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben
Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation
Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

4 Oberlandesgerichte;
4 Oberstaatsanwaltschaften;
21 Gerichtshöfe 1. Instanz;
17 Staatsanwaltschaften;
192 Bezirksgerichte.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	3.827,7	3.058,8	6.886,4	7.023,2
2000	3.901,2	2.986,3	6.887,5	7.627,8
2001	3.903,9	3.057,8	6.961,7	8.263,2

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhungen bei den Sachausgaben erfolgen insbesondere bei den Entgelten für Reinigung, Firmenbuch und für sicherheitstechnische Zentren. Die Erhöhung der Einnahmen im Jahr 2001 ist insbesondere auf den Entfall von Gebührenbefreiungen und auf Gebührenanpassungen zurückzuführen.

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Ausgaben für Familienbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Ausbildungsbeiträge an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen
Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden, insbesondere auch für die Leistungen der BRZ-GesmbH und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen
Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen, aus den Ersätzen der Sozialversicherungsträger sowie aus Strafgeldern und Geldbußen.

Titel 303 Justizanstalten
Gesetzliche Grundlagen
Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000;
Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000;
Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;
Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/ 1987;

Aufgaben
Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.
In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.
Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation
Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

17 Gerichtshofgefängnisse mit 7 Außenstellen,
7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen,
1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche,
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB,
1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle,
1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle,
1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.792,1	1.234,5	3.026,5	444,4
2000	1.810,5	1.178,1	2.988,6	471,7
2001	1.816,9	1.251,6	3.068,5	472,2

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Sachausgaben ist insbesondere auf die Investitionen für sicherheitstechnische Einrichtungen, stark ansteigende Kosten der medizinischen Betreuung und der Unterbringung gemäß § 21 (1) StGB und § 429 (4) StPO sowie auf höhere ADV-Sachausgaben zurückzuführen.

Anlagen
Bei diesen Voranschlagsansätzen sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts-und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen
Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
Bei diesen Voranschlagsansätzen sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen
Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenenarbeiten veranschlagt.

Einnahmen
Der Großteil der Einnahmen resultiert aus den Vollzugskostenbeiträgen der Strafgefangenen.

Flexibilisierungsklausel
Gemäß BGBl. II Nr. 456 und 457/1999 gelangt bei der Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg und bei der Justizanstalt St. Pölten die Flexibilisierungsklausel im Sinne der §§ 17a und 17b des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 30/1999, zur Anwendung.
Der Projektzeitraum beginnt am 1. Jänner 2000 und endet am 31. Dezember 2001.

Justizwache - Massafonds
Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig 'Justizwache und Dienst der Erzieher' zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift. Dem Fonds werden im Jahre 2001 voraussichtlich 13,0 Millionen Schilling (Massapauschale und -einlagen) zufließen.

Verpflegstage
Die Anzahl der Verpflegstage für Gefangene und Untergebrachte in den Justizanstalten beträgt:

1997	2.554.541
1998	2.558.903
1999	2.560.000

Titel 305 Bewährungshilfe
Gesetzliche Grundlagen
Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/1999;
Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1 974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000;
Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
Strafprozessordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2000.

Aufgaben
Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren sowie die Durchführung des Außergerichtlichen Tatausgleiches (Konfliktregelung).

Organisation
Ab 1. Jänner 1999 werden die Aufgaben der Bewährungshilfe im ganzen Bundesgebiet gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes von einer privaten Vereinigung besorgt.
Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes 1. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Graz sind zwei Zweigstellen, bei der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe Leoben drei Außenstellen eingerichtet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt sowie in Bruck/Mur und Graz eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	79,3	299,5	378,8	0,0
2000	80,5	308,5	389,0	0,0
2001	77,4	322,2	399,6	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, den Fallzahlensteigerungen vor allem bei ATA/E, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Erweiterung der Angebote durch die StPO-Novelle 1999, BGBl. I Nr. 55/1999.

Förderungen
Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen
Der Großteil der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungs-hilfevereinigungen.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	10.616,2	11.439,3	22.055,5	559,8
2000	10.926,0	11.554,0	22.480,0	597,0
2001	11.079,0	11.921,0	23.000,0	600,9

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	716,9	214,6	931,5	153,4
2000	726,1	236,4	962,5	154,9
2001	746,7	244,1	990,9	163,9

Anlagen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse
An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 2001 51,015 Millionen Schilling (2000 47,665 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 15,315 Millionen Schilling als Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen
Die Mittel für Förderungen sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.
Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den 'Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen' zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite beim Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben der Familienbeihilfe und dem Mutter-Kind-Pass-Bonus für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gemäß § 6 Abs. 6 WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommission.

Aufwendungen
Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und

von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG
Beim Voranschlagsansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen
Dem Voranschlag für Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluss 1999 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen
Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 78 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der 'Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen' verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung
Gesetzliche Grundlagen
Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 121/1998;
Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1998;
Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/1998;
Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998 (DFB);
Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 67/1999;
Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;
Sperrgebietsgesetz 1995 - SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260/1995;
Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;
Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 102/2000;
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2000;
Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2000;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2000;
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2000;
Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 105/1999;
Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;
Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;
Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/ 1975;
Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998;
Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997.
Auslandszulagengesetz, BGBl. I Nr. 94/2000; zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 94/2000.
Einsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 423/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
Vertragsbedienstetengesetz, BGBl. Nr. 86/1948, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 102/2000;
Gehaltsgesetz, BGBl. Nr. 54/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 94/2000;
Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz-MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;

Aufgaben
Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	9.832,2	11.100,1	20.932,3	274,7
2000	10.127,8	11.186,2	21.314,1	314,8
2001	10.259,6	11.557,2	21.816,9	314,6

Liegenschaftsankäufe
Der bei diesem Voranschlagsansatz enthaltene Ausgabenbetrag ist für den Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen und Frauen im Ausbildungsdienst nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat, Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind sowie Zahlungen gemäß § 56a ASVG für Versicherte im Präsenz- und Ausbildungsdienst.

Familienbeihilfe und Mutter-Kind-Pass-Bonus, öffentliche Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Präsenzdienstleistenden nach § 27 Abs. 1 Z 5 WG (Zeitsoldaten) und Frauen im Ausbildungsdienst, Zahlungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige und Frauen im Ausbildungsdienst, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/SFOR in Bosnien und AUCON/KFOR im Kosovo Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970.

Aufwendungen
Hier werden alle Ausgaben für den Betrieb des ÖBH, inklusive Ausbildung, Einsatz im In- und Ausland, sowie für Investitionen im Rüstungs- und Infrastrukturbereich verrechnet.

Mit den veranschlagten Ausgabenbeträgen sollen folgende Vorhaben durchgeführt werden:
1. Die eingeschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. die Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kaders,
3. die Sicherstellung des Assistenzeinsatzes für das BMI,
4. die Sicherstellung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen,
5. Beginn der Beschaffung von bewaffneten Mehrzweckhubschraubern,
6. die Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres nur im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
7. die eingeschränkte Berücksichtigung von Erfordernissen, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Einnahmen
Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1.058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat	1.058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	6,4 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

Gesetzliche Grundlage
III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/1998.

Aufgaben
Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	93,8	93,8	93,8
2000	0,0	95,0	95,0	95,0
2001	0,0	86,0	86,0	86,0

Einnahmen
Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Aufgaben
Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit näher gebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.
In der Militärhistorischen Abteilung werden alle militärhistorischen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	36,3	12,7	49,0	3,7
2000	36,4	17,9	54,3	4,1
2001	36,4	15,3	51,7	3,5

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungs-

objekte erforderlich.
Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe

Aufgaben
Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.
Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw. sowie die Rekultivierung.
Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflege, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	30,8	18,0	48,9	34,1
2000	35,6	18,5	54,1	28,1
2001	36,2	18,3	54,5	32,8

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.
Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt D.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	24.200,1	21.947,8	46.147,9	19.262,7
2000	24.491,3	21.975,5	46.466,8	19.942,0
2001	24.326,8	7.404,7	31.731,6	19.919,1

Auf Grund der Neuordnung der Ministerialkompetenzen sind die Voranschlagsbeträge 2001 mit den Vorjahren nicht vergleichbar. Von der Kompetenzverschiebung sind die Zentrale Personalkoordination (ehemals Sektion VII) sowie die EURO-Initiative und das VIP-Marketing betroffen (Überstellung zu Kap. 70 bzw. 10).
Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.
Insbesondere handelt es sich dabei um:
Angelegenheiten der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik (letztere soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes oder eines anderen Bundesministeriums fallen),
Angelegenheiten der Bundesfinanzen und des Finanzausgleiches, des Budget- und Finanzcontrollings,
Angelegenheiten über die Verfügung von Bundesvermögen, über Staatshaftungen und -schulden,
Angelegenheiten der ÖIAG und deren Beteiligungen, der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, errichteten Gesellschaften, der Österreichischen Postsparkasse,
Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge des Zollwesens, der Finanz- und Zollverwaltung,
Angelegenheiten des Währungs-, Bank- und Börsegesetzes,
Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht,
Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages sowie der Kriegsschadens-, der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten,
Angelegenheiten des Pensionsrechtes öffentlich Bediensteter.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	622,3	1.536,9	2.159,2	508,9
2000	606,7	1.370,5	1.977,1	1.182,8
2001	620,9	1.377,2	1.998,1	1.242,3

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:
Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 2001 1,482 Millionen Schilling.
Weiters ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 3,150 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen
Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentralleitung sind hier die Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt. Außerdem wurde für Ersatzzahlungen an die GIS (Gebühreninkasso Service Ges. m. b. H.) vorgesorgt.

Zollwache-Massafonds
Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.
Dem Fonds werden im Jahr 2001 aus dem Bundeshaushalt voraussichtlich 9,428 Millionen Schilling (Massapauschale und Massaeinlagen gemäß §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift) und sonstige Einnahmen in Höhe von 0,5 Millionen Schilling zufließen.
Diese Mittel werden für die Beschaffung von Masssasorten für Zollwachebeamte und für die Instandhaltung (Reparatur) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider gemäß § 1 Abs. 2 und § 9 der Massavorschrift und für den sonstigen Fondsaufwand (zB. Verpackung, Versand) verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/50004 Erfolgswirksame Einnahmen
Bei diesem VA-Ansatz werden die laufenden Einnahmen verrechnet. Im BVA 2001 wurde hier auch für die Radio- und Fernsehgebühren sowie Vergütungen für etwaige Verfahrenskosten von GIS (Gebühreninkasso Service G. m. b. H.) in der Höhe von 698,6 Millionen Schilling vorgesorgt. Außerdem wurde erstmalig eine Refundierungszahlung für den Aufwand des Finanzressorts aus dem Familienlastenausgleichsfonds veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen
Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529

Paragraf 5002 IT-Bereich
Gesetzliche Grundlage
Durch das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998, wurde der ADV-Bereich des Bundesrechenamtes ausgegliedert und die BRZ GmbH errichtet.
Aufgaben
Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung von gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen und von vertraglich übernommenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Insbesondere hat die BRZ GmbH alle bis zum 31. Dezember 1996 dem Bundesrechenamt zugewiesenen IT-Aufgaben zu übernehmen und fortzuführen.
Durch die Errichtung der BRZ GmbH als Dienstleiter ist für die von der Gesellschaft für die Finanzverwaltung erbrachten IT-Dienstleistungen ein Entgelt zu entrichten; ebenso ist für die der BRZ GmbH obliegenden Aufgaben der Verwaltung des BRZ-Amtsgebäudes, das teilweise von der IT-Sektion genutzt wird, seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Beitrag zu den Betriebs-aufwendungen zu entrichten.
Unter diesem Paragraf sind auch die Aufwendungen für fachspezifische Schulungen der Finanzbediensteten, für die Datennetzwerke und für IT-Projekte veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.246,5	1.246,5	0,2
2000	0,0	1.093,8	1.093,8	0,5
2001	0,0	1.093,8	1.093,8	33,6

Unterschied gegen Vorjahr
Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der erstmaligen Veranschlagung einer Refundierungszahlung für den Aufwand des Finanzressorts aus dem Familienlastenausgleichsfonds.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)
Unter diesem Titel werden insbesondere die Ausgaben für die Zurückstellung von Silbermünzen, für die Reduzierung der Zinsen für an hochverschuldete Entwicklungsländern gewährte Darlehen und Kredite, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, für die Bundes-Wertpapieraufsicht und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	721,9	721,9	102,0
2000	0,0	793,2	793,2	37,5
2001	0,0	1.478,5	1.478,5	37,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung der Ausgaben betrifft hauptsächlich die Zahlungen für Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen.
Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen
Voranschlagsansatz 2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen
Gesetzliche Grundlage
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000 .
Aufgaben
Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete 'Münze Österreich AG' ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengestzes seit 1. Jänner 1989 zu.
Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen.
Dafür sind im BVA 2001 80,028 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997.
Aufgaben
Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden sowie die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) übertragen. Weiters ist die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur auch ermächtigt, nach Aufforderung des Bundesministers für Finanzen, den Abschluß von Währungstauschverträgen und die Veranlagungen auch für sonstige Rechtsträger und Sonderkonten des Bundes durchzuführen.
Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.
Dafür sind im BVA 2001 29,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
Voranschlagsansatz 2/50124 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
Gesetzliche Grundlage
Gemäß dem Wertpapieraufsichtsgestz (WAG) BGBl. Nr. 753/1996, wurde eine Bundeswertpapieraufsicht (BWA) als Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.
90% des Personal- und Sachaufwandes der Bundes-Wertpapieraufsicht sind dem Bund von den

Marktteilnehmern zu erstatten. Zur Kontrolle der finanziellen Gebarung der Bundes-Wertpapieraufsicht ist ein Beirat bestellt.
Der Bundesminister für Finanzen hat nähere Regelungen über die Kostenaufteilung und ihre Vorschreibung (Termine der Kostenbescheide, Zahlungsfristen) mit Verordnung festzusetzen, wobei als Bemessungsgrundlage zwischen laufender Aufsicht und der Verarbeitung von Meldungen unterschieden wird; die Kosten der laufenden Aufsicht sind einmal jährlich im nachhinein vorzuschreiben. Laut § 7 WAG sowie der entsprechenden Verordnung, sind auf Grund des Jahresabschlusses 1999 der BWA und des darin ausgewiesenen Personal- und Sachaufwandes, rund 35,3 Millionen Schilling an Einnahmen zu erwarten.
Im BVA 2001 sind für die Tätigkeit der BWA Ausgaben in Höhe von 40,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen
Gesetzliche Grundlage
Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/2000.
Aufgaben
Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinssatzreduktion/Schuldenstreichung) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung bis hin zu den sogenannten 'Cologne Terms'/Enhanced HIPC Initiative' (bis zu 90% und mehr) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.
Im BVA 2001 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung 937,000 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 353,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50148 Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH)
Gesetzliche Grundlage
Bundesbeschaffungsgesetz 2000, BGBl. I Nr. xxx/2000
Aufgaben
Der Bund hat die Aufwendungen der Gesellschaft unter Einrechnung allfällig geleisteter Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der Gesellschaft übersteigen.
Im BVA 2001 wurden dafür 30,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien
Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten, die als zweckgebundene Landesabgabe zur teilweisen Finanzierung des U-Bahnbaues bestimmt ist.
Für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse ist im Jahre 2001 ein fixer Pauschalbetrag von 9,0 Millionen Schilling zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze
Hier werden allfällige Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen veranschlagt.
Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. 'Schadensvergütungen'.

Voranschlagsansatz 2/50194 Erfolgswirksame Einnahmen
Die im Voranschlag 2001 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)
Gesetzliche Grundlagen
Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;
Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/2000 ;
Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 26/2000;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;
Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr 90/1997.

Aufgaben
Unter diesem Titel werden vor allem folgende Zahlungen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt: Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	15.999,8	15.999,8	230,3
2000	0,0	16.264,6	16.264,6	248,9
2001	0,0	1.058,0	1.058,0	254,8

Unterschied gegen Vorjahr
Die Verminderung bei den Sachausgaben ist vor allem auf die geänderte Veranschlagung der Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich zurückzuführen (siehe VA-Ansatz 2/52825).

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz
Auf Grund des Tierversicherungsförderungsgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, dass der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.
Für das Jahr 2001 wurden Ausgaben in Höhe von 250 000 Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen
Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.
Im BVA 2001 sind dafür 1,567 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50236 Förderungen - Zuschuss
Voranschlagsansatz 2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen
Für Zahlungen an die OeKB-AG sind im Jahre 2001 veranschlagt:
70,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz,
100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und
70,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.
Die Einnahmen in Höhe von 30,650 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansatz 1/50238 Aufwendungen
Bei diesem VA-Ansatz erfolgt die Verrechnung der Ausgaben für das ÖKB-Studienfinanzierungsprogramm (Exportoffensive). Im BVA 2001 wurde nur mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Paragraf 1/5024 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds
Gemäß Innovations- und Technologiefondsgesetz wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist.

Für 2001 sind dafür 440 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraf 1/5025 Hagel-Frostversicherung (Mittel d.Kat.Fonds) (zweckgeb.Geb.)
Voranschlagsansatz 1/50256 Förderungen
Voranschlagsansatz 2/50250 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, dass der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds (Titel 1/534) eine Beihilfe gewährt wird, die zur Verbilligung von Prämien im Rahmen der Landwirtschaftsförderung zu verwenden ist. Die Gewährung solcher Förderungen ist an Bereitstellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.
Im Voranschlag 2001 sind dafür 160,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuss an Finanzierungsgarantie Ges.m.b.H.
Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges.m.b.H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, wofür der Bund seit dem Jahre 1981 jährlich nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung stellt.
Im BVA 2001 sind dafür 10,0 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen
1. Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen
Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 294/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1997, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden auf Grund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

a) Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-Dollar für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 2001 sind Mittel in Höhe von 10 Millionen Schilling vorgesehen.

b) Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-Dollar für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre erfolgt die Dotierung jährlich. Für 2001 sind Mittel in Höhe von 17 Millionen Schilling vorgesehen.

c) Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde nicht geschlossen.

d) Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis 5 Millionen US-Dollar für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 2001 sind Mittel in Höhe von 5,46 Millionan Schilling vorgesehen.

e) Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-Dollar (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 2001 sind Mittel in Höhe von 2 Millionen Schilling vorgesehen.

f) Globale Umweltfazilität-Kooperationsfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Seit 1997 erfolgt die Dotierung jährlich: Für 2001 sind Mittel in Höhe von 12 Millionen Schilling vorgesehen.

g) HIPC-Trustfund: Dieser erstmals im BVA 2000 eröffnete Posten wird als Erinnerungsposten weitergeführt.

2. Zinsenstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte
Weiters werden bei diesem Voranschlagssatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsenstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren - davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens zehn Jahre lang um maximal 3 % verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75 % über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75 % der richtliniegemäß anerkennbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.
Für die gesamte Aktion werden im Jahre 2001 keine Budgetmittel bereitgestellt.

3. Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen
Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.
Nach der Novelle zum Garantiegesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.
Aus diesem Titel sind für das Jahr 2001 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 81,3 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen BMW-Motoren GmbH in Steyr, Siemens Bauelemente OHG in Villach und General Motors (OPEL Austria) in Wien-Aspern dienen sollen.

4. Sonstige Förderungsmaßnahmen
Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (12,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (130.000 Schilling), an das Österreichische College (598.000 Schilling), an den Gemeinde- und Städtebund (11,570 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (4,343 Millionen Schilling) veranschlagt.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag
Unter diesem Titel (bis 1988 unter Kapitel 57) werden die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Staatsvertrages veranschlagt und verrechnet.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	72,2	72,2	160,6
2000	0,0	103,8	103,8	105,5
2001	0,0	78,9	78,9	62,3

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verminderung bei den Sachausgaben gegenüber dem BVA 2000 ergibt sich dadurch, da in vielen Fällen Entschädigungen an Rechtsnachfolger der ursprünglich Geschädigten zu zahlen sind, die erst ausgeforscht werden müssen. Bei den Einnahmen erklärt sich der Rückgang mit dem Ausmaß der bereits veräußerten Teile des ehemals deutschen Eigentums.

Paragraf 5030 Schäden im Inland
Gesetzliche Grundlagen
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;
Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1961;
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;
Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;
Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 167/1957;
Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

Im BVA 2001 sind dafür nur mehr Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraf 5031 Schäden im Ausland
Gesetzliche Grundlagen
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975;
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;
Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1997;
Entschädigungsgesetz CSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.

125/1997;
Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz CSSR wurden für das Jahr 2001 53,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 0,2 Millionen Schilling sind Erträgnisse des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.
Auf Grund des gemäß § 27 des Verteilungsgesetzes DDR von der BVK nunmehr erstellten Verteilungsplanes wurden 21,986 Millionen Schilling veranschlagt.
Beim VA-Ansatz 'Sonstige Zahlungen' wurde für die Kosten der Verwaltung für in Österreich befindliche CSSR-Vermögen mit 0,1 Million Schilling vorgesorgt.

Paragraf 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag
Gesetzliche Grundlagen
Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;
Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;
Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;
Bundesgesetz betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;
Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1070).

Für die Verrechnung solcher Entschädigungszahlungen nach dem UVEG sind im BVA 2001 nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraf 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraf wurde im BVA 2001 mit 100.000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die von der Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Resititionsabkommens zu tragen sind.

Paragraf 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte
Gesetzliche Grundlage
Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;
1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 119/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997;
Österreichisch-deutscher Vermögensvertrag, BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 2001 wurde mit 0,5 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 5,7 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgnissen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraf 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte
Gesetzliche Grundlage
1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 119/1997.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 2001 mit 3,1 Millionen Schilling und die Einnahmen auf Grund von geringem Kaufinteresse mit 55,0 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis bis einschl. 1999	BVA 2000	BVA 2001
	in Millionen Schilling		
1. Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz	418,084	0,001	0,014
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1.435,905		
2. Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	614,222	-	-
Jugoslawien	1,890	-	-
ehemalige CSSR	1.262,960	77,000	53,000
Deutschland (ehem. DDR)	114,089	23,000	22,000
Polen	71,405	-	-
3. Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
a) Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Gemäß Art. 2	1.046,130	0,008	0,028
Gemäß Art. 8	80,131	0,001	0,014
Sonstige Zahlungen	31,893	-	-
b) Aushilfezahlungen(Sachleistungen)	1.338,755	0,003	0,042

Titel 504 Finanzlandesdirektionen

Gesetzliche Grundlagen

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1999, sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 463/1996, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 194/1999;

Grenzkontrollgesetz - GrekoG, BGBl. Nr. 435/1996, sowie Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Durchführung der Grenzkontrolle auf Zollorgane übertragen wird, BGBl. II Nr. 176/1997, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 297/1998;

Zollkodex - ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz - ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachschule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von den Finanzlandesdirektion (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), Finanzämtern, Großbetriebsprüfungen, Hauptzollämtern, Zollämtern, Zollamtszweigstellen, Abfertigungsstellen, Kontrollposten und Zollwacheabteilungen besorgt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	6.623,0	2.376,7	8.999,7	264,4
2000	6.810,4	2.209,7	9.020,1	261,0
2001	6.787,1	2.228,3	9.015,4	616,9

Paragraf 5040 Dienststellen

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	6.623,0	1.307,7	7.930,7	259,4
2000	6.810,4	1.139,7	7.950,1	261,0
2001	6.787,1	1.156,3	7.943,4	616,9

Unter diesem Paragraf sind neben den üblichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen der Finanzlandesdirektionen und der nachgeordneten Finanz- und Zollämter (wie zB. Ausgaben für Leistungen der Post und Österreichischen Postsparkasse, für Mieten, Energiebezüge, Instandhaltungen und Anschaffungen, Inlandreisen, Aufwandsentschädigungen, für Gutachten etc.) auch Familienbeihilfen (BVA 2001: 165,641 Millionen Schilling), die auf Grund der Selbstträgerschaft zu leisten sind, veranschlagt.
Die Einnahmen betreffen hauptsächlich Vergütungen für die Einhebung von Abgaben (zB. Kammer der gewerblichen Wirtschaft).

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz) BGBl. Nr. 660/1994.

Aufgaben
Nach Artikel 34 EG-Vertrag in der Fassung des Vertrages von Amsterdam sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.
Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählt u.a. die Maßnahme der Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.
Die Höhe der Erstattungssätze, die die Grundlage für die Berechnung sind, wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, übernimmt gemäß Artikel 1 der VO(EG) Nr. 1258/1999 die Finanzierung dieser Maßnahme.
Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattung-Förderungsregelung in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Das Zollamt Salzburg/Erstattungen in Wals ist bundesweit für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen zuständig, wenn ein entsprechender Antrag einer Ausfuhr vorliegt.
Die Mitgliedstaaten sind in diesem Zusammenhang infolge der Abrechnungsmodalitäten der Europäischen Kommission gefordert, nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur Abgeltung durch die Europäische Kommission bereitzustellen.
Weitere Erläuterungen über die Zahlungen zwischen EU und Österreich siehe auch bei Kap. 52, Titel 529.
Im BVA 2001 sind dafür 1.000,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50428 Zahlungen an die BIG
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1999.

Im BVA 2001 sind für Zahlungsverpflichtungen (Aufwendungen) gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz 72,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50434 Gebarung gemäß § 22 KHVG
Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet

eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.
Die bei den Zollämtern vereinnahmten Beträge für Versicherungsscheine werden im Sinne des § 16 Abs. 2 Z 10 BJG 1986 in der geltenden Fassung durchlaufend verrechnet.
Die Gewinne aus der Grenzversicherung für das abgelaufende Geschäftsjahr werden weiterhin vom Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eingefordert und beim VA-Ansatz 2/50404 vereinnahmt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen
Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundespensionsamtes (bis 1996 Bundesrechenamt) und der Finanzprokuratur veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	149,8	59,7	209,6	62,0
2000	153,7	49,2	202,9	56,8
2001	137,0	46,1	183,1	32,9

Paragraf 5070 Bundespensionsamt
Gesetzliche Grundlage
Bundespensionsamtsgesetz, BGBl. Nr. 758/1996.
Aufgaben
Das Bundespensionsamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundespensionsamtes sind im § 2 des Bundespensionsamtgesetzes normiert.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	73,6	45,2	118,8	9,5
2000	75,4	37,3	112,7	9,5
2001	79,0	40,2	119,2	9,6

Paragraf 5071 Finanzprokuratur

Gesetzliche Grundlage
Prokuraturgesetz, StGBl. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.
Die Befassung der Finanzprokuratur oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben
Die Prokurataur ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstaltungen, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuraturgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetztes vorgesehen.
Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.
Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden

Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.
Die Befugnis der Finanzprokuratur zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.
Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	56,0	6,5	62,5	25,6
2000	57,0	5,6	62,6	22,3
2001	58,0	6,0	64,0	23,3

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten
Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und die damit zusammenhängenden Sachausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes, der Österreichischen Salinen AG, des Amtes der Münze Österreich und des Amtes der Post und Telekom Austria AG verrechnet. Diese Ausgaben werden mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG des Amtes der Post und Telekom Austria AG dem Bund ersetzt. Außerdem werden sowohl vom Österreichischen Postsparkassenamt als auch vom Amt der Post und Telekom Austria AG jene Ausgaben nicht refundiert, die im Zusammenhang mit dem Pensionsreformgesetz 2000 (BGBl. I Nr. 95/2000) entstehen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	16.804,9	1.180,6	17.985,6	17.934,5
2000	16.920,5	1.184,5	18.105,1	18.049,4
2001	16.781,9	1.137,7	17.919,5	17.672,7

Paragraf 5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Gesetzliche Grundlage
Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 97/1997.

Aufgaben
Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	574,2	17,5	591,7	591,3
2000	584,5	14,5	599,0	597,8
2001	561,0	17,6	578,6	569,8

Die Sachausgaben enthalten vor allem die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse und Aufwandsentschädigungen. Die Einnahmen beinhalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraf 5081 Österreichische Salinen AG

Gesetzliche Grundlage
Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben
Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für zwei der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.
Im BVA 2001 sind für Personal- und Sachausgaben 1,878 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraf 5082 Amt der Münze Österreich

Gesetzliche Grundlage
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 60/1998.

Aufgaben
Gemäß Scheidemünzengesetz ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete 'Münze Österreich AG' ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.
Im BVA 2001 sind Personal- und Sachausgaben für 34 Bedienstete in Höhe von 19,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Gesetzliche Grundlage
Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 95.

Aufgaben
Gemäß Bundesgesetz über die Errichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft werden die Aufgaben der Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Mai 1996 an die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft übertragen. Die bisher bei der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigten Beamten werden auf die Dauer ihres Dienststandes der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder eines Unternehmens, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund den Aufwand der Aktivbezüge. Von diesem Ersatz ausgenommen sind jedoch die Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG, die vom Bund zu tragen sind.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	16.210,5	1.163,1	17.373,6	17.323,0
2000	16.315,0	1.170,0	17.485,0	17.430,4
2001	16.200,0	1.120,0	17.320,0	17.082,0

In den Sachausgaben sind vor allem die Zahlungen für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenzuschüsse enthalten.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	12.127,0	31.964,2	152.432,1	152.592,8	164.559,1	184.557,0
2000	6.907,5	24.025,1	280.000,0	280.000,0	286.907,5	304.025,1
2001	23.745,3	23.275,5	320.000,0	320.000,0	343.745,3	343.275,5

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1999	0,0	0,1	0,1	885,7
2000	0,0	50,0	50,0	272,0
2001	0,0	50,0	50,0	750,0

Voranschlagsansatz 1/51038 Kursverluste
Voranschlagsansatz 2/51034 Kursgewinne
Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.
Im BVA 2001 sind Ausgaben in Höhe von 50,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten
Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen
Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr
Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Ausgaben bzw. Einnahmen (z.B. Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.
Im BVA 2001 werden Einnahmen in Höhe von 750,0 Millionen Schilling erwartet.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1999	0,0	2.245,5	2.245,5	3.122,8
2000	0,0	2.943,3	2.943,3	1.968,5
2001	0,0	3.387,1	3.387,1	640,1

Paragraf 5110 Innovations- und Technologiefonds
Zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft wurde gemäß Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG), BGBL. Nr. 603/1987, ein Fonds eingerichtet.
Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wurde, kommen dem Fonds im Jahre 2001 440 Millionen Schilling zu. Diese können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen verwendet werden. Überweisung an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (VA-Ansatz 2/65300).

Paragraf 5111 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraf werden die Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997) entstehen.

Ab 1999 werden unter diesem Paragrafen auch die Überweisungen von Steueranteilen auf das gemäß FAG 1997 eingerichtete Sonderkonto und die Weiterleitung der Förderungsmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft budgetmäßig dargestellt.

Gemäß BGBl. II Nr. xx/2000 wird die Dotierung mit Steueranteilen für den Zeitraum Jänner bis Dezember 2001 ausgesetzt.

Titel 512 Rücklagen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	9.227,1	9.227,1	12.072,5
2000	0,0	1,2	1,2	7.537,9
2001	0,0	3,2	3,2	3.822,1

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, dass in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauf folgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleich hohe Ausgaben.

Voranschlagsansatz 1/51219 Zuführung an allgemeine Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)
Voranschlagsansatz 2/51218 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 2001 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der beim Voranschlagsansatz 1/40108 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2001 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/40138	19,000
1/65023	10,000

Voranschlagsansatz 1/51229 Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)
Voranschlagsansatz 2/51227 Entn.aus Rückl.(Flexibilisierungsklausel)(nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51228 Entn.aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (veranschl.)

Gemäß Art. X Abs. 3 des Bundesfinanzgesetzes 2001 hat der Bundesminister für Finanzen für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr den im Finanzjahr 2001 gemäß §17a Abs. 4 und 5 BHG ermittelten Unterschiedsbetrag der Paragrafe 3031, 3032, 6056 und 6058 einer Rücklage zuzuführen.

Voranschlagsansatz 1/51249 Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51247 Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51248 Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)

Gemäß § 53 Abs. 2 BHG sind durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene zweckgebundene Einnahmen jedenfalls einer Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2001 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10103	0,028
1/10108	0,014
1/51118	2.747,000
1/65204	30,000

Voranschlagsansatz 1/51259 Zuführung an Ausgleichsrücklage
Voranschlagsansatz 2/51257 Entnahme aus Ausgleichsrücklage
Voranschlagsansatz 2/51258 Verringerung der Ausgleichsrücklage
Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Voranschlagsansatz 1/51269 Zuführung an besondere Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51267 Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)
Voranschlagsansatz 2/51268 Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)
Im Bundesvoranschlag 2001 sind für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 und Z 3 des Bundesfinanzgesetzes 2001 entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/51279 Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51277 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51278 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)
Im Bundesvoranschlag 2001 sind für Rücklagenzuführen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 2001 entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/51289 Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage
Voranschlagsansatz 2/51287 Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschl.)
Voranschlagsansatz 2/51288 Entnahme aus bes. Aufwendungen-Rücklage (veranschlagt)
Gemäß Art. X Abs. 1 Z 4 können 50% jener Ausgabenbeträge des Ermessens der Unterteilung 8, die nicht ohnedies bereits nach dem BHG oder dem BFG 2001 rücklagefähig sind, mit Ausnahme der Vergütungen und Überweisungen im Bundeshaushalt sowie der Ausgaben für Finanzschulden, im Wege einer Rücklagenzuführung für spätere Jahre reserviert werden.
Den beim Voranschlagsansatz 2/51288 veranschlagten Rücklagenentnahmen stehen im Bundesvoranschlag 2001 Ausgaben beim folgenden Voranschlagsansatz gegenüber:

	Millionen Schilling
1/65118	5,000

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen
Für den Fall, dass die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.
Im Bundesvoranschlag 2001 sind folgende Rücklagenauflösungen vorgesehen:

	Millionen Schilling
1/51817	504,100
1/51818	504,100

Stand der Rücklagen

Der Stand der Rücklagen laut Bundesrechnungsabschluss 1999 stellt sich wie folgt dar:

	Millionen Schilling	
1. Allgemeine Rücklage		**3.778,3**
hievon:		
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	557,4	
Internationale Finanzinstitutionen	1.099,6	
2. Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage		**7.850,2**
hievon:		
Mittel des ITF (2/51100)	117,5	
Katastrophenfonds	400,0	
Ausfuhrförderung (AFG und AFFG)	2.728,4	
Sicherheitsabgabe	459,1	
Universitäten	399,8	
Altlastenbeitrag	1.693,5	
Gesundheitsförderung	162,6	
Siedlungswasserwirtschaft	874,8	
3. Ausgleichsrücklage		**1.972,6**
4. Besondere Rücklage		**14.575,8**
hievon:		
Klinischer Aufwand	2.348,3	
Sonstige Umweltmaßnahmen	563,9	
Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten	188,8	
Jugendausbildung	994,1	
Beschäftigungsprogramm, arbeitsmarktpol. Maßnahmen	490,2	
Pauschalvorsorge	2.459,0	
Ausfuhrförderung	5.300,0	
Regional- und strukturpolitische Maßnahmen (Kap. 65)	164,7	
Technologiemilliarde, Exportoffensive	1.041,5	
5. Besondere Einnahmen-Rücklage		**355,0**
6. Besondere Aufwendungen-Rücklage		**1.085,7**
Summe Z 1 bis 6		**29.617,6**
Abzüglich der im BVA 2001 veranschlagten Rücklagenentnahmen und - auflösungen		-3.819,2
verbleiben		**25.798,4**

Titel 2/513 Zahlungen von der EU

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	15.883,2
2000	0,0	0,0	0,0	1.300,0
2001	0,0	0,0	0,0	1.168,4

Titel 2/514 Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000-2006)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	0,0	0,0	12.946,7
2001	0,0	0,0	0,0	16.244,6

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Siehe hiezu die Erläuterungen zu Kapitel 52, Titel 2/529.

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	1.913,0	1.913,0	0,0
2001	2.200,0	14.725,0	16.925,0	0,0

Paragraf 5180 Pauschalvorsorge für Personal
Da die Verhandlungen über eine Bezugserhöhung im öffentlichen Bereich erst am 4. Oktober 2000 einvernehmlich abgeschlossen wurden, konnte im Zeitpunkt der Budgeterstellung nur ein für zwei Jahre ausgerichteter Pauschalbetrag von insgesamt 3 Milliarden Schilling veranschlagt werden. Durch die Rücklagenfähigkeit dieses Paragrafen wird der für 2001 nicht in Anspruch genommene Teilbetrag auf das folgende Jahr übertragen werden können.

Paragraf 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben
Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 3.925,0 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben bzw. als allgemeine Vorsorge für unvorhergesehene Entwicklungen mit negativen Auswirkungen auf das Budget, wie zB Eintritt eines geringeren Wirtschaftswachstums als bei der Budgeterstellung angenommen, vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Paragraf 5182 Pauschalvorsorge für Offensivprogramm
Für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Österreichs ist für die nächsten Jahre ein Offensivprogramm im Ausmaß von insgesamt 10 Milliarden Schilling vorgesehen.

Im Rahmen dieses Programmes wird von einer Aufteilung im Ausmaß von 5 Milliarden Schilling zur Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsquote des Bundes und weiteren 5 Milliarden Schilling für konkrete Vorhaben im Investitions- und Infrastrukturbereich ausgegangen. Für eine entsprechende ressortbezogene Verwendung wird eine pauschale Vorsorge getroffen.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	654,3	0,0	152.432,1	152.592,8	153.086,4	152.592,8
2000	2.000,0	0,0	280.000,0	280.000,0	282.000,0	280.000,0
2001	3.380,0	650,2	320.000,0	320.000,0	323.380,0	320.650,2

Voranschlagsansatz 1/51908 Allgemeine Ausgaben
Voranschlagsansatz 2/51904 Allgemeine Einnahmen
Diese Voranschlagsansätze sind für die Verrechnung sonstiger möglicherweise anfallender Ausgaben und Einnahmen vorgesehen. Hiebei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen anfallen.

Paragraf 5191 Kurzfristige Verpflichtungen
Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldver-

bindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben (brutto) im Ausgleichshaushalt darzustellen. Zur Erhaltung der Verfügbarkeit des mit Wirkung März 1999 für kurzfristige Finanzierungen aufgelegten 'Austrian Treasury Bill' (ATB) Programms ist eine laufende Begebung, unabhängig vom Bedarf, erforderlich. Werden diese Mittelaufnahmen liquiditätspolitisch nicht benötigt, führt die Veranlagung zu Nettoerträgen des Bundes. Für diesen Zweck sind im BVA 2001 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 170 Milliarden Schilling vorgesehen.
Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 2001 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 2001 zu enden hat, mit einem Zinsenaufwand von 2,9 Milliarden Schilling zu rechnen.

Paragraf 5192 Devisentermingeschäfte Devisentermingeschäfte
Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von kurzfristigen Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes verrechnet.
Bei der Begebung von 'Austrian Treasury Bills' in Fremdwährung werden Devisentermingeschäfte abgeschlossen, um generell bei der Kapitalrückzahlung das Wechselkursrisiko zu beseitigen und die Zinsbelastung, gebunden an den Euribor, zu fixieren.
Für diesen Zweck sind im BVA 2001 beim VA-Ansatz 7/51929 bzw. 8/51929 je 150 Milliarden Schilling vorgesehen. Die Zinsvorteile aus diesen Devisentermingeschäften sind mit 0,7 Milliarden Schilling beim VA-Ansatz 2/51924 veranschlagt.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	139,6	139,6	449.662,6
2000	0,0	130,0	130,0	458.252,8
2001	0,0	123,0	123,0	504.368,4

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 'Öffentliche Abgaben' gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 'Finanzverwaltung' veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	323.042,7
2000	0,0	0,0	0,0	320.848,0
2001	0,0	0,0	0,0	367.460,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000.

Sachlicher Überblick

Die E i n k o m m e n s t e u e r ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige (bestimmt bezeichnete) Einkünfte.

Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemisst sich nach einem progressiven Stufentarif. Die erste Tarifstufe bis 50.000 S wird nicht besteuert. Der Steuersatz beginnt mit 21vH für Einkommensteile zwischen 50.000 S und 100.000 S und beträgt maximal 50vH bei Einkommen über 700.000 S.

Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 12.200 S, der aber in verschiedenen Einkommensbereichen unterschiedlich verschliffen wird. Die Einschleifzone endet bei 487.400 S. Über dieser Grenze steht kein allgemeiner Absetzbetrag zu. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5.000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5.000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 700 S je Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von

350 S für das erste, 525 S für das zweite, und 700 S für jedes weiter Kind pro Monat zu. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von jedenfalls 750 S jährlich (weitere 750 S als zusätzliche Förderung zu einer Pensionsvorsorge) und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4.000 S zu berücksichtigen. Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5.500 S jährlich zu. Dieser wird zwischen 230.000 und 300.000 S linear eingeschliffen. Ab einem Einkommen von 300.000 steht kein Pensionistenabsetzbetrag mehr zu.
Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag (bis zu 1.500 S) können auch zu einer Steuergutschrift führen.
Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000.

Sachlicher Überblick
Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (z.B. 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000.

Sachlicher Überblick
Die K a p i t a l e r t r a g s t e u e r wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 25vH von den vollen Kapitalerträgen. Die entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer - ausgenommen stille Beteiligungen - ist damit abgegolten.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000.

Sachlicher Überblick
Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 25vH erhoben. Die entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten.
Von Privatstiftungen erzielte Zinserträge unterliegen einer allgemeinen Zwischenbesteuerung von 12,5 vH, die für Zuwendungen an Begünstigte aus der Stiftung unterbleibt.
Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer
Gesetzliche Grundlage
Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000.

Sachlicher Überblick
Die K ö r p e r s c h a f t s t e u e r ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34vH. Für alle unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften ist eine Mindestkörperschaftsteuer vorgesehen. Sie beträgt

48.160 S für AG, 24.080 S für GmbH und 75.000S für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Für neu gegründete Kapitalgesellschaften beträgt sie im ersten Jahr 15.000 S.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen
Gesetzliche Grundlage
Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. 11, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick
Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahe stehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände Interessenvertretungen; die Abgabe beträgt 15vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansatz 2/52044 Gewerbesteuer
Voranschlagsansatz 2/52054 Bundesgewerbesteuer
Gesetzliche Grundlage
Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick
Die (Bundes-)Gewerbesteuer wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 42/2000.

Sachlicher Überblick
Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse 2vH bis 15vH und für die übrigen Steuerklassen 4vH bis 60vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, die Schenkungssteuer durch Parteienvertreter selbst berechnen zu lassen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/ 1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick
Nach dem Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400vH. des Grundsteuermessbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der B o d e n w e r t a b g a b e sind die unbebauten Grundstücke, insbesondere land- und forstwirtschaftlich genützte Grundstücke, einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines

Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.
Die Bodenwertabgabe beträgt 1vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200.000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag
Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;
Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick
Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.
Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des oben zitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),
1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.
Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.
Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter zu leisten.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	138,1
2000	0,0	0,0	0,0	175,0
2001	0,0	0,0	0,0	200,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 6,60 S monatlich zu entrichten.
Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	226.952,1
2000	0,0	0,0	0,0	235.900,0
2001	0,0	0,0	0,0	246.000,0

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer
Gesetzliche Grundlage
Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.
Die U m s a t z s t e u e r (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber, Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen - mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge - nur im Ursprungsland der Besteuerung.
Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.
Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmern in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, dass in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.
Der allgemeine Steuersatz beträgt 20vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16vH, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie u. a. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergemeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und

Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Altersheime und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.
Für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12vH vorgesehen.
Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschiffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger sowie Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (z.B. Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemein bildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten, der Alters-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Dentist oder Psychotherapeut, Zahntechnikerleistungen, die Lieferungen von menschlichen Organen, menschlichem Blut und Frauenmilch, die Krankenbeförderung, die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen, Museen, botanische oder zoologische Gärten und Naturparks von Bund, Ländern und Gemeinden und die Umsätze der Kleinunternehmer.
Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.
Bei nicht buchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10vH festgesetzt. Soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, wird die Steuer für diese Umsätze mit 12vH der Bemessungsgrundlage festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist eine zusätzliche Steuer von 10vH, soweit diese Umsätze an einem Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden, eine zusätzliche Steuer von 8vH der Bemessungsgrundlage zu entrichten. Diese vermindert sich auf 2vH, wenn auf diese Umsätze die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 zutreffen. Die zusätzliche Steuer entfällt, soweit diese Umsätze an einen Unternehmer für dessen Unternehmen erbracht werden.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	3.362,3
2000	0,0	0,0	0,0	3.100,0
2001	0,0	0,0	0,0	3.500,0

Gesetzliche Grundlagen
für Ein- und Ausfuhrabgaben generell:
Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch VO-Nr. 955/1999 vom 13. April 1999, ABIEG Nr. L 119 vom 7. Mai 1999, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung - ZK-DVO), zuletzt geändert durch VO-Nr. 1602/2000 vom 24. Juli 2000, ABIEG Nr. L 188 vom 26. Juli 2000, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, (Zollbefreiungsverordnung - ZBefrVO) ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz - ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1999;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung - ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 346/1999.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind als traditionelle Eigenmittel von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abzuführen. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10vH davon als Erhebungsaufwand ein. (Art. 2 Abs. 3 des Beschlusses 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994, ABIEG Nr. L293 vom 12. November 1994.

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem EU-Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen sind weiterhin die in § 120 Abs. 2 ZollR-DG angeführten früheren Bestimmungen maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben

Gesetzliche Grundlagen

Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2204/97 der Kommission vom 12. Oktober 1999;

Verordnung (EG) Nr. 2820/98 des Rates vom 21. Dezember 1998 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1999 bis 2001, ABIEG Nr. L 357 vom 30. Dezember 1998;

Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997, ABIEG Nr. L 288 vom 21. Oktober 1997, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995, ABIEG Nr. L 56 vom 6. März 1996, über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1666/2000, ABIEG Nr. L 193 vom 29. Juli 2000; gleichartige Verordnungen bestehen auch für die anderen gemeinsamen Marktorganisationen;

Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten und bestimmten anderen Gemeinschaftszollkontingenten zur Festlegung der Verfahren zur Änderung oder Anpassung dieser Zollkontingente und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1808/95, ABIEG Nr. L 5 vom 8. Jänner 2000, S. 1;

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
Zölle und andere Einfuhrabgaben betreffend den Agrarbereich
Ausfuhrabgaben

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur

(KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.
Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hiefür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.
Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als zusätzlicher AD-Zoll erfolgen.
Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen sind diese vertragsmäßigen Zollsätze auch anzuwenden auf andere als die vorgenannten Waren bei deren Einfuhr aus allen Drittländern.
Bei der Einfuhr von Waren aus
den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
den AKP-Staaten,
allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, dzt. die Baltischen Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, alle Mittelmeeranrainerstaaten, die Türkei (nur in Bezug auf EGKS-Waren),
werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.
Bei der Einfuhr von nicht durch Marktordnungsregelungen betroffenen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und von industriell-gewerblichen Waren (ausgenommen die vom Regelungsbereich der EG für Kohle und Stahl, EGKS, erfassten Waren) aus der Türkei wird im Rahmen einer Zollunion unter der Voraussetzung, dass die Ausfuhr aus der Türkei aus dem 'freien Verkehr' erfolgte, die Zollfreiheit gewährt. Betreffend EGKS-Waren gelten jedoch die zuvor beschriebenen Voraussetzungen ('Ursprungsregeln').
Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den verschiedenen Marktorganisationen (z. B. für Getreide, für Obst und Gemüse, für Schweinefleisch) bei der Einfuhr Zölle und andere Abgaben und bei der Ausfuhr Ausfuhrabgaben erhoben werden. Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschussverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	56.504,0
2000	0,0	0,0	0,0	58.150,0
2001	0,0	0,0	0,0	60.250,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer
Gesetzliche Grundlage
Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Der T a b a k s t e u e r unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtabak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtabak). Für Zigaretten gilt ein gemischter Steuersatz, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse nach EU-rechtlichen Vorgaben zu einer Verbrauchsteuerbeiastung von mindestens 57vH des Kleinverkaufspreises führen muss. Der Steuersatz beträgt 246 S je 1.000 Stück und 42vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1.000 Stück. Ab 1. Juni 2.000 beträgt der Steuersatz 255 S je 1.000 Stück und 42vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1.000 Stück und ab 1. Jänner 2001 263 S je 1.000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 896 S je 1.000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13vH, für Feinschnitt 47vH und für anderen Rauchtabak 34vH des Kleinverkaufspreises. Für Zigarren und Zigarillos gilt ab 1. Jänner 2001 eine Mindeststeuer von 450 S je 1.000 Stück.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer
Gesetzliche Grundlage
Biersteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die B i e r s t e u e r wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50.000 Hektoliter sind Steuersatzermäßigungen vorgesehen.
Mit 1. Juni 2000 erfolgte eine Anhebung von 20 S auf 28,70 S je Hektoliter je Grad Plato.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer
Gesetzliche Grundlage
Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1996.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der M i n e r a l ö l s t e u e r sind die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhältige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, als Kraftstoff und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die zum Verheizen verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6.600S, für unverbleite Benzine sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5.610 S, für andere Mineralöle (z.B. für Petroleum oder Dieselöl) 3.890 S für jeweils 1.000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3.600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1.000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1.000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Heizen verwendet werden, ein Steuersatz von 500 S für 1.000 Kilogramm Eigengewicht, und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3.890 S je 1.000 Liter vorgesehen. Biogene Stoffe sind von der Mineralölsteuer befreit. Der Steuersatz für Kraftstoffe beträgt 5.610 S für 1.000 Liter, wenn sie anstelle von Benzin als Treibstoff verwendet werden sollen, ansonsten 3.890 S.
Heizöle leicht, mittel und schwer sowie Flüssiggase, die zur Stromerzeugung verwendet werden, sind von der Mineralölsteuer befreit.
Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wird; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer
Gesetzliche Grundlage
Alkohol - Steuer- und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10.000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5.400 und 9.000 S je 100 Liter.
Mit Wirkung 1. Juni 2000 erfolgte eine Anhebung des Regelsatzes von 10.000 S auf 13.800 S je 100 Liter

Voranschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer
Gesetzliche Grundlage
Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2.000 S und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1.000 S je Hektoliter.
Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der kombinierten Nomenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfasst werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, d.h. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2.000 S je Hektoliter.
Mit Wirkung 1. Juni 2000 wurde die Steuer für Zwischenerzeugnisse von 700 S auf 1.000 S je Hektoliter angehoben.

Titel 525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	10.284,0
2000	0,0	0,0	0,0	10.700,0
2001	0,0	0,0	0,0	11.000,0

Voranschlagsansatz 2/52514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben
Gesetzliche Grundlage
Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (z.B. Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (z.B. Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (z.B. Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (50 S bis 10.000 S) oder Hundertsatzgebühren (1/16vH bis 2vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 2.000 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Sie können in bestimmten Fällen auch durch Barzahlung mittels Eurochequekarte oder Kreditkarte entrichtet werden. Bei Bestandverträgen ist die Selbstberechnung durch den Bestandgeber zwingend, bei anderen Rechtsgeschäften besteht die Möglichkeit der Selbstberechnung durch Parteienvertreter. Die Gewinstgebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1vH bis 25vH und sind ebenso wie die mit 16vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu

entrichten.

Verwaltungsabgaben
Gesetzliche Grundlage
Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 146/2000

Sachlicher Überblick
V e r w a l t u n g s a b g a b e n (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar, durch Einzahlung mit Erlagschein, Eurochequekarte oder Kreditkarte zu entrichten.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	46.762,0
2000	0,0	0,0	0,0	53.400,0
2001	0,0	0,0	0,0	59.470,0

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern
Gesetzliche Grundlage
Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. 1 S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Als K a p i t a l v e r k e h r s t e u e r n werden die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der G e s e l l s c h a f t s s t e u e r unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1vH der Bemessungsgrundlage.

Die W e r t p a p i e r s t e u e r wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Der B ö r s e n u m s a t z s t e u e r unterliegt der Abschluss von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inland oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Ausland abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04vH bis 2,5vH.

Voranschlagsansatz 2/52605 Sicherheitsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick
Die S i c h e r h e i t s a b g a b e ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten. Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52606 Werbeabgabe
Gesetzliche Grundlage
Werbeabgabegesetz, BGBl. I Nr. 29/2000.

Sachlicher Überblick
Der Werbeabgabe unterliegen Werbeleistungen, soweit sie im Inland gegen Entgelt erbracht werden. Als Werbeleistung gilt die Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen in Druckwerken, Hörfunk und Fernsehen sowie die Benützung von Flächen und Räumen zur Verbreitung von Werbebotschaften. Die Abgabe beträgt 5vH der Bemessungsgrundlage. Bemessungsgrundlage für die Werbeabgabe ist das Entgelt im Sinne des § 4 UStG 1994, das der Übernehmer des Auftrages dem Auftraggeber in Rechnung stellt.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe
Gesetzliche Grundlage
Elektrizitätsabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 60, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Erdgasabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 61, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998;
Energieabgabenvergütungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 62, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/1998.

Sachlicher Überblick
Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 0,60 S je Kubikmeter und für Strom 0,206 S je Kilowattstunde.
Für Betriebe, deren Schwerpunkt nachweislich in der Herstellung körperlicher Wirtschaftsgüter besteht, werden die Energieabgaben mit 0,35vH der Wertschöpfung plafondiert.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Normverbrauchsabgabengesetz, BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1998.

Sachlicher Überblick
Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie Kraftfahrzeuge zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist abhängig vom Kraftstoffverbrauch des Kraftfahrzeuges.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer
Gesetzliche Grundlage
Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/1999.

Sachlicher Überblick
Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremden Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5vH.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4vH, bei Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter zehn Jahren, wenn keine laufenden, im wesentlichen gleichbleibende Prämienzahlungen vereinbart sind, und bei allen anderen Versicherungen 11vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen für jedes Versicherungsjahr 20vT der Versicherungssumme.

Voranschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer
Gesetzliche Grundlage
Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen für im Inland zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.
Bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen übrigen Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 0,55 Euro je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 5,50 Euro. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,022 Euro je Kubikzentimeter Hubraum. Diese Sätze gelten bei jährlicher Zahlung; bei halbjährlicher, vierteljährlicher oder monatlicher Zahlung erhöht sich die Steuer um 6vH, 8vH bzw. 10vH. Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe
Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 4/2000;

Sachlicher Überblick
Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 Tonnen oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt ab 1997 bis Juni 2000 80 S, der Wochensatz 440 S, der Monatssatz 1.670 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.
Ab Juli 2000 beträgt der Tagessatz 110 S, der Wochensatz für Kraftfahrzeuge (Fahrzeugkombinationen) mit bis zu drei Achsen je nach dem Grad des Emissionsverhaltens 358 S, 400 S bzw. 440 S, der Monatssatz 1.032 S, 1.168 S bzw. 1.320 S. Bei Kraftfahrzeugen (Fahrzeugkombinationen) mit vier Achsen oder mehr beträgt der Wochensatz 564 S, 620 S bzw. 688 S und der Monatssatz 1.720 S, 1.926 S bzw. 2.132 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des jeweiligen Monatssatzes.

Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)
Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Gesetzliche Grundlage
Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen, Zugmaschinen und Motorkarren sowie für Kraftfahrzeuge, für die keine Haftpflichtversicherung besteht, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.
Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.
Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht ist die Kraftfahrzeugsteuer pro Tonne zu entrichten. Die Steuer beträgt bis zum 31. Mai je ccm Hubraum 0,22 S, ab 1. Juni 2000 0,33 S, der um 24 KW verringerten Motorleistung (mindestens aber 55 S), ab 1 Juni 2000 8,30 S (mindestens 83 S)bei allen

anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen und weniger als 12 Tonnen für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S monatlich. Bei einem Gesamtgewicht zwischen 12 bis unter 18 Tonnen 75 S, darüber 85 S, höchstens jedoch 3.230 S, bei Anhängern höchstens 2.550 S monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe
Gesetzliche Grundlage
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1998.

Sachlicher Überblick
Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten. Die Bemessungsgrundlage der Spielbankabgabe bilden die Jahresbruttospieleinnahmen aus französischem Roulette, Baccarat und Baccarat chemin de fer für die ersten 500 0000 S 35vH und steigt progressiv bis zu 80vH, aus sonstigen in der Spielbank betriebenen Glückspielen von den Jahresbruttospieleinnahmen 48vH.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe
Gesetzliche Grundlage
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/1998.

Sachlicher Überblick
Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bilden die Summen der Wetteinsätze, für elektronische Lotterien die Jahresbruttospieleinnahmen (Einsätze minus Gewinne) eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto, Zusatzspiele und andere Ausspielungen für die ersten 1.200 Millionen Schilling 18,5vH und steigt progressiv bis zu 27,5vH. Für Sofort- und Nummerlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5vH, für das Zahlenlotto 27,5vH und für die Klassenlotterie 2vH. Für elektronische Lotterien 24vH und für Bingo und Keno 27,5vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)
Gesetzliche Grundlage
Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000.

Sachlicher Überblick
Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz sind mit Wirkung 1. Jänner 1997 Erhöhungen vorgesehen. Der zweckgebundene Altlastenbeitrag wird pro angefangene Tonne ab 1. Jänner 1997 für Baurestmassen mit 60 S, für Erdaushub (ab 1. Jänner 1998) mit 80 S, für Abfälle, die den Kriterien für Baurestmassendeponien der Deponieverordnung entsprechen, mit 120 S und für alle übrigen Abfälle mit 150 S festgesetzt. Diese Beträge werden in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils stufenweise angehoben. Der Altlastenbeitrag erhöht sich (um 30 bis 800 S), sofern die Abfälle auf einer Deponie abgelagert werden, die über kein Deponiebasisdichtungssystem, keine vertikale Umschließung und keine dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt.
85vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hiefür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.
15vH des Aufkommens können zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen verwendet werden.

Titel 1/527 Verschiedene Kosten
Voranschlagsansatz 2/52704 Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Personalausgaben	Sachausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	139,6	139,6	2.740,8
2000	0,0	130,0	130,0	2.400,0
2001	0,0	123,0	123,0	2.000,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.
Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen neben Geldstrafen, Wertersätzen und Verfallserlösen, auch die Einnahmen gemäß § 60 ZolIG und § 69 ZolIR-DG.
Ab dem Jahre 1998 erfolgt hier auch die haushaltsmäßige Verrechnung der Steuerguthaben. .

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	190.971,4
2000	0,0	0,0	0,0	193.935,1
2001	0,0	0,0	0,0	213.011,6

Gesetzliche Grundlagen
Oberweisungen gemäß
1. Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 84/2000.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden
Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite xxx Aufschluss:
Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:
1. bei der veranlagten Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer, bei der Lohnsteuer, bei der Kapitalertragsteuer I und bei der Körperschaftsteuer auf die Länder
   a) 77,967 vH nach der Volkszahl und
   b) 22,033vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,616 vH
Kämten	5,364 vH
Niederösterreich	14,376 vH
Oberösterreich	15,843 vH
Salzburg	7,853 vH
Steiermark	10,761 vH
Tirol	10,555 vH
Vorarlberg	6,833 vH
Wien	26,799 vH;

   auf die Gemeinden
   c) 72,753 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und
   d) 27,247 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,407 vH
Kärnten	4,709 vH
Niederösterreich	12,941 vH
Oberösterreich	16,271 vH
Salzburg	7,647 vH
Steiermark	8,869 vH
Tirol	8,788 vH
Vorarlberg	5,652 vH
Wien	33,716 vH;

2. bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;

3. bei der Kapitalertragsteuer II auf die Länder 70 vH nach der Volkszahl und 30 vH nach dem örtlichen Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

4. bei der Umsatzsteuer auf die Länder

a) zuerst 0,949 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer nach Abzug des in § 7 Abs. 2 Z 2 genannten Betrages in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,572 M
Kärnten	6,897 vH
Niederösterreich	14,451 vH
Oberösterreich	13,692 vH
Salzburg	6,429 vH
Steiermark	12,884 vH
Tirol	7,982 vH
Vorarlberg	3,717 vH
Wien	31,376 vH,

b) die verbleibenden Anteile nach der Volkszahl;
auf die Gemeinden 37,289 vH nach der Volkszahl, 47,630 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, 10,348 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	1,583 vH
Kärnten	5,247 VH
Niederösterreich	15,004 vH
Oberösterreich	16,318 vH
Salzburg	9,326 vH
Steiermark	9,657 vH
Tirol	9,021 vH
Vorarlberg	6,428 vH
Wien	27,416 vH

und 4,733 vH als Getränkesteuerausgleich in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,505 vH
Kärnten	8,496 vH
Niederösterreich	15,185 vH
Oberösterreich	14,587 vH
Salzburg	9,426 vH
Steiermark	13,086 vH
Tirol	14,512 vH
Vorarlberg	4,811 vH
Wien	17,392 vH,

5. bei der Biersteuer auf die Länder 46,437 vH und auf die Gemeinden 69,904 vH nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 53,563 vH und auf die Gemeinden 30,096 vH in folgendem Verhältnis:

Burgenland	2,327 vH
Kärnten	8,812 vH
Niederösterreich	17,831 vH
Oberösterreich	17,964 vH
Salzburg	8,832 vH
Steiermark	14,879 vH
Tirol	11,761 vH
Vorarlberg	4,331 vH
Wien	13,263 vH;

6. bei der Weinsteuer, bei der Schaumweinsteuer, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer, beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich sowie bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;

7. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Vierteln in folgendem Verhältnis:

Burgenland	3,758 vH
Kärnten	8,203 vH
Niederösterreich	22,431 vH
Oberösterreich	16,756 vH
Salzburg	7,359 vH
Steiermark	15,645 vH
Tirol	10,332 vH
Vorarlberg	4,007 vH
Wien	11,509 vH;

8. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer in folgendem Verhältnis:

Burgenland	3,243 vH
Kärnten	6,769 vH
Niederösterreich	19,261 vH
Oberösterreich	16,993 vH
Salzburg	6,557 vH
Steiermark	14,757 vH
Tirol	7,548 vH
Vorarlberg	4,246 vH
Wien	20,626 vH;

9. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;

10. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hiebei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15vH.

Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung
Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden
Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge von Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52824 Umsatzsteueranteil für Gesundheitsförderung
Gemäß §7 Abs. 2 Z 3 FAG 1997 sind vom Aufkommen der Umsatzsteuer für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information jährlich 100 Millionen Schilling bereitzustellen. (Siehe ergänzend auch die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/17236.)

Voranschlagsansatz 2/52825 Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz
Gesetzliche Grundlage
Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz 1996, BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. XXX/2000
Sachlicher Überblick
Gemäß Eu-Beitrittsvertrag musste spätestens mit 1. Jänner 1997 zur (unechten) Umsatzsteuerbefreiung für viele Leistungen des Gesundheits- und Sozialfürsorgebereichs übergegangen werden. Der damit verbundene Entfall des Vorsteuerabzugs wird den betroffenen Beriechen teilweise in pauschalierter Form, teilweise als 1:1-Abgeltung durch das GSBG ersetzt. Damit konnte ein Durchschlagen der Kostenkomponente Vorsteuern auf Sozialversicherungsträger und Träger des öffentlichen Fürsorgewesens hintangehalten werden.
Bis zum Jahre 2000 war diese Gebarung beim VA-Ansatz 1/50204 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52834 Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft
Unter diesem Voranschlagsansatz werden die nach § 6 Abs. 2 und § 8 Abs. 3 FAG 1997 für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft vorgesehenen Budgetmittel verrechnet. Gemäß FAG 1997 werden diese Mittel auf ein Sonderkonto überwiesen und bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme vorübergehend veranlagt (budgetmäßige Darstellung unter Kapitel 51, Paragraf 5111).
Für 2001 wird die Dotierung ausgesetzt.

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)
An den Ausgleichsfonds für Famillenbeihilfen sind 1,934vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)
Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9.500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbelhilfen zuzuweisen.

Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds
An den Katastrophenfonds sind 1,428vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	29.151,7
2000	0,0	0,0	0,0	32.484,9
2001	0,0	0,0	0,0	32.499,9

1. Überblick

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt und empfängt aus diesem Haushalt Leistungen der EU. Einen Überblick über die diesbezüglichen Zahlungen gibt die nachstehende Tabelle:

Beitragsleistungen:

	1995 Erf.	1996 Erf.	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf.	2000 BVA	2001 BVA
Zahlungen 1)	18.754,0	26.937,3	31.563,3	26.225,2	29.151,8	32.485,0	32.500,0
Abzügl. Einhebungsverg.	324,1	393,3	390,3	372,2	374,0	385,0	385,0
Summe	18.429,9	26.543,7	31.173,1	25.853,0	28.777,8	32.100,0	32.115,0
Rückflüsse 2):							
Art. 81	7.601,6	1.401,9	976,2	485,9	-	-	-
ESF	629,6	1.594,2	1.819,5	1.518,1	1.467,5	1.001,7	1.718,7
EFRE	0,0	981,4	1.215,2	997,3	834,5	407,0	1.332,3
EAGFL-Garantie 3)	1.133,7	15.195,2	11.364,4	11.163,8	11.633,1	12.170,0	13.400,0
EAGFL-Ausrichtung	423,6	1.532,1	1.368,7	1.435,5	1.948,0	668,0	900,0
Sonst. Rückflüsse 4)	244,0	584,2	980,6	1.298,7	1.000,0	1.000,0	1.000,0
Summe	10.032,5	21.298,9	17.724,6	16.899,3	16.883,2	15.246,7	18.351,0

Fußnoten:

1) Brutto, inkl. 10% Einhebungsvergütung der traditionellen Eigenmittel.

2) Werte der Bundeshaushaltsverrechnung mit Ausnahme der sonstigen Rückflüsse.

3) 1996 bis 1999 exkl. Länderanteil an den erhöhten ÖPUL-Zahlungen (1996: 1.036 Millionen Schilling, 1997: 438 Millionen Schilling, 1998: 497 Millionen Schilling und 1999: 504 Millionen Schilling).

4) Beinhalten überwiegend Zahlungen an private Empfänger (nicht im BVA dargestellt) sowie vereinzelt Bundesdienststellen. Inbesondere Zahlungen aus den Bereichen Bildung und Jugend, Energie und Umwelt, Transeuropäische Netze und Forschung. Beträge 1999 bis 2001 stellen lediglich Grobschätzungen dar. Werte 1995 bis 1998 gemäß Jahresberichte des EURH.

Im Folgenden werden die rechtlichen und rechnerischen Grundlagen dieser Transfers zwischen der EU und Österreich erläutert:

2. Gesetzliche Grundlagen:

Art. 201 Abs. 1 EG- Vortrag

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag legt fest, dass der Haushalt der EU unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist.

Eigenmittelbeschluß. - Beschluß 94/728/EG, EURATOM des Rates vom 31. Oktober 1994 (ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994)

In Ausführung des Art. 201 EG-Vertrag legt Art. 1 des Eigenmittelbeschlusses 94/728 vom 31. Oktober 1994 fest, dass den Gemeinschaften zur Finanzierung ihres Haushalts Eigenmittel zugewiesen werden. In den Haushalt der EU sind (mit Ausnahme der Bereiche EGKS, EURATOM, EEF) alle Ausgaben aufzu-

nehmen (Art. 199 EG-Vertrag); er wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmittein (Zölle, Zölle aus dem Agrarbereich, Zuckerabgabe, MwSt., BSP) der Gemeinschaft finanziert. Ein neuer Eigenmittelbeschluss, welcher auf den Beschlüssen des EU-Rates von Berlin, März 1999, aufbaut, wurde vom Rat bereits beschlossen und muß nunmehr von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Der neue Beschluss soll 2002 in Kraft treten.

3. Österreichische Beitragsleistungen

Allgemeines:

In Österreich ist im Bundesministerium für Finanzen für die Abwicklung der Eigenmittelleistungen an die EU das 'Artikel 9 Konto' eingerichtet, welches im Rahmen des Bundeshaushaltes geführt wird. Gemäß Art. 9 VO 1552/89 müssen die Mitgliedstaaten die Eigenmittel auf einem gesonderten Konto gutschreiben:

- die BSP- und Mehrwertsteuereigenmittel am ersten Werktag jedes Monats in Höhe eines Zwölftels der sich aus dieser Hinsicht aus dem Europäischen Haushaltsplan ergebenden Beträge,
- die traditionellen Eigenmittel nach Abzug von 10% für Erhebungskosten (VA-Ansatz 2/50014) spätestens am 19. des zweiten Monats, der auf den Monat der Feststellung folgt.

Die Gutschriften auf dieses Konto werden in der Bundeshaushaltsverrechnung in der voranschlagswirksamen Verrechnung als Schuld (Phase 4) verrechnet; die EU verrechnet in ihrem Haushalt diese Gutschriften (nach dem Forderungsprinzip) als Einnahmen. Erst wenn die Europäische Kommission Zahlungen von ihrem Guthaben auf dem 'Artikel 9 Konto' abruft, werden auch beim Bund - entsprechend dem Kassenprinzip - haushaltswirksame Ausgaben (Zahlungen Phase 5) verrechnet. Dabei kann es auf Grund eines Restsaldos aus dem Vorjahr (Differenz zwischen höheren Gutschriften und tatsächlich abgerufenen Zahlungen) im darauffolgenden Jahr zu Zahlungen kommen, die betragsmäßig die Gutschriften dieses Jahres übersteigen. Die jährliche Budgetbelastung Österreichs (Phase 5) unterscheidet sich daher von den Einnahmen, welche die EU in ihrem Haushalt desselben Jahres verrechnet. Das Artikel 9 Konto wird ab 1. Jänner in EURO geführt.

Die jährliche Höhe der Gutschriften stellt sich wie folgt dar:

	1995 Erf.	1996 Erf.	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf.	2000 BVA	2001 BVA
Gutschriften(netto)	23.255,2	25.116,6	29.107,4	27.683,2	29.493,2	32.023,4	32.000,0

Lastenteilung mit Ländem und Gemeinden

Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997 (§ 8 Abs. 1 a Z 2 und § 8 Abs. 2 Z 1 lit. A) beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Demnach sind für 2001 Beiträge der Länder in Höhe von 6,810 Milliarden Schilling und der Gemeinden in Höhe von 1,039 Milliarden Schilling zu erwarten. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Oberweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck. Für 2001 ist eine finanzausgleichsrechtliche Regelung in Aussicht genommen.

4. Rückflüsse

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt bei Titel 513 und 514 verrechnet:

Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beilrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, waren im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig. Die Verwendung dieser Mittel erfolgte auf der Grundlage des Europaabkommens bei Titel 1/606. Ab 1999 stehen Osterreich keine Rückflüsse mehr zu.

Strukturfondsrückflüsse

Im Jahr 2000 startete die neue Programmplanungsperiode 2000 bis 2006. Rückflüsse sind jedoch auch noch aus der abgelaufenen Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 zu etwarten (bis 2002). Zusätzlich zu den bei Titel 513 eingerichteten Voranschlagsansätzen (Periode 1994 bis 1999) wurden bei Titel 514 Voranschlagsansätze eröffnet um die Zahlungen aus der Periode 2000 bis 2006 darstellen zu können.

Europäischer Sozialfonds
Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
Für 2001 sind Rückflüsse aus den Zielen 1 bis 5 des Europäischen Sozialfonds (Periode 1994 bis 1999) in Höhe von 421,1 Millionen Schilling veranschlagt. Für Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51325 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)
Für 2001 können die Rückflüsse aus der Periode 1994 bis 1999 nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Oberschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/51405 Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
Für 2001 sind Rückflüsse aus der Programmplanungsperlode 2000 bis 2006 in Höhe von rund 1.359,6 Millionen Schilling veranschlagt. Für die Verwendung der Rückflüsse aus den Gemeinschaftsinitiativen ist ausgabenseitig wie bisher im Wege einer Oberschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG).

Voranschlagsansatz 2/51406 Europ. Sozialfonds (EU/Übrige)
Für 2001 können die Rückflüsse aus der Periode 2000 bis 2006 derzeit nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Die korrespondierenden Ausgaben werden im Bundeshaushalt bei Kap. 63 dargestellt:

Europäischer Regionalfonds
Die im Jahre 2001 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Regionalfonds setzen sich aus den Rückflüssen der Periode 1995 bis 1999 und jenen der neuen Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 zusammen. Der weiter unten dargestellte Übergang von einem Vorschuss- auf ein Erstattungssystem wird die Rückflüsse leichter prognostizierbar machen. Deshalb werden die Rückflüsse aus der neuen Periode auch betragsmäßig budgetiert.

Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)
Die im Jahre 2001 zu erwartenden Rückflüsse der Periode 1994 bis 1999 werden iHv. 47,3 Millionen Schilling veranschlagt. Für Mehreinnahmen wurde im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Voranschlagsansatz 2/51415 Europ. Regionalfonds (EU)
Für 2001 werden Rückflüsse der Programmperiode 2000 bis 2006 in Höhe von 1.285 Millionen Schilling erwartet. Die Mittelverwendung erfolgt in Kap. 10 unter Titel 100.

EAGFL-Ausrichtung
Voranschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)
Im Landwirtschaftsbereich (EAGLF-Ausrichtung) kann im Jahre 2001 mit Rückflüssen aus der Periode 1994 bis 1999 von 700,0 Millionen Schilling gerechnet werden.

Voranschlagsansatz 2/51425 EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)
Aus der Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 wird aus dem EAGFL-Ausrichtungsfonds mit Zahlungen in Höhe von 200,0 Millionen Schilling gerechnet.
Die Mittelverwendung erfolgt bei den VA-Ansätzen des Strukturfonds bei Titel 602.

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischen Sozialfonds, Europäischen Regionalfonds und EAGFL-Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab.
Die Verwendung dieser EU-Mittel im Rahmen der Programmplanungsperiode 1994 bis 1999 erfolgt - gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel zwei Monate) - durch entsprechende

Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts.
In der neuen Programmplanungsperiode (2000 - 2006) geht die EU von einem Vorschusssystem zu einem Erstattungssystem über (VO 1260/99). Bei der ersten Mittelbindung eines Programmes leistet die Europäische Kommission eine Vorauszahlung an die für jedes Programm einzurichtende Zahlstelle. Die Zwischenzahlungen der Kommission dienen der Erstattung von tatsächlich getätigten und von der Zahlstelle bescheinigten Ausgaben. Die Anträge für die Zwischenzahlungen sind möglichst zusammengefasst dreimal jährlich der Kommission einzureichen. Die Zahlung des Restbetrages (5% der EU-Mittel) ist an verschiedene Bedingungen geknüpft. Auch in diesem Falle erfolgt die Abwicklung im Wege der zuständigen Ressorts.
Für die Leistung der Ausgaben ist in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hiezu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51405 und 2/51415).

EAGFL-Garantie
Voranschlagsansatz 2/51426 EAGFL/Garantie (EU)
Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 2001 ein Betrag von 13.400,000 Millionen Schilling zu erwarten.
Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 1/603 bzw. beim VA-Ansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)
Für Zahlungen der EU aus den Jahren bis 1999 ist eine Erinnerungspost von 14.000 S vorgesehen.

Einen knappen Überblick über die Verrechnung der Vereinnahmung und Verwendung der EU-Rückflüsse gibt die nachstehende Tabelle:

TRANSFER	VEREINNAHMUNG	VERWENDUNG
Landwirtschaft		
Obergangszahlungen gem. Art. 81		
Beitrittsvertrag	2/51304	Titel 606
EAGFL/Garantie	2/51314	Titel 603
	2/51426	Titel 603
EAGFL/Ausrichtung	2/51315	Titel 602
	2/51425	Titel 602
Europ. Sozialfonds		
	2/51305	Kap. 63
	2/51325	Kap. 63
	2/51405	Kap. 63
	2/51406	Kap. 63
Europ. Regionalfonds		
	2/51306	1/10008
	2/51415	1/10046
		1/10048
		1/18656
		1/63186
		1/65236
Sonstige budgetwirksame Rückflüsse		
Verrechnung beim jew. Budgetkapitel		
zB TEN-Zuschüsse	2/65120	1/65128
Außerbudgetäre Rückflüsse		
zB Forschungsprogramme	direkt an private Empfänger	direkt an private Empfänger

5. Nettoposition.
Zur Darstellung der sogenannten Nettoposition werden üblicherweise die Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) an den Gemeinschaftshaushalt leisten (Eigenmitteigutschriften) den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für die einzelnen Mitgliedstaaten gegenübergestellt.
Um den Aussagegehalt solcher Darstellungen richtig beurteilen zu können, sind die folgenden Sachverhalte zu berücksichtigen:
Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgabe) ist zu beachten, dass diese jenen Mitgliedstaaten zugerechnet werden, an dessen Grenzstelle die Zahlungen geleistet werden. Das Aufkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten hängt somit von der Frequenz an den Grenzübertritts-

stellen der einzelnen Mitgliedstaaten ab; Mitgliedstaaten mit wichtigen Umschlagplätzen weisen höhere Werte auf als die anderen Mitgliedstaaten ('Rotterdameffekt'). Hiebei bleibt unbeachtet, dass gegebenenfalls der Abgaben-Träger (zB. Importeur) einem anderen Mitgliedstaat zuzurechnen wäre; dies führt zu Verzerrungen bei der Einnahmenzurechnung und damit auch der Nettopositionen. Mit zunehmender Rückläufigkeit der traditionellen Eigenmittel tritt dieses Problem allerdings in den Hintergrund.
Als einheitliche Grundlage für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten der EU-15 kann nur der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) für jedes Haushaltsjahr im November des Folgejahres veröffentlichte Bericht herangezogen werden, da nur dieses Budgetdokument offizielle Informationen über die Aufgliederungen der Rückflüsse nach Mitgliedstaaten ausweist (derzeit liegt der Jahresbericht 1998 vor; vgl. ABI. EG Nr. C 349 vom 3. Dezember 1999, insbesondere die Seiten 13 und XV. Der Jahresbericht 1999 wird im November 2000 vorliegen.
Die vom EuRH darin getroffene Untergliederung ist relativ grob, so dass genaue Vergleiche. mit den österreichischen Aufzeichnungen nicht möglich sind: Der EuRH weist die Werte gemäß den gemeinschaftlichen Haushaltsvorschriften in ECU (ab 1999 Euro) aus; dies führt (bis inkl. 1998) gegenüber den österreichischen Aufzeichnungen zu Kursdifferenzen. Ferner bestehen Periodenabgrenzungsunterschiede: Der EuRH nimmt entsprechend den Haushaltsvorschriften der EU (Art. 6 und 101 EU-Haushaltsordnung) eine andere Periodenabgrenzung der Rückflüsse vor. Zahlungen der EU bis 15. Jänner werden dem vergangenen Haushaltsjahr zugerechnet, hingegen sind diese in der österreichischen Rechnung schon Einnahmen für das laufende Finanzjahr. Die Differenzen zwischen den österreichischen und den Aufzeichnungen der EU sind im wesentlichen auf diese beiden Faktoren zurückzuführen.
Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass die Jahre 1995 und 1996 für Österreich durch technisch-administrative Anlaufeffekte gekennzeichnet waren, wodurch sich besonders im Bereich der Rückflüsse wenig aussagekräftige und für die Folgejahre nicht repräsentative Werte ergaben.

1998 beläuft sich die Nettoposition auf rd. 0,4% des BIP.

Arbeitsbehelf - 1. Teil / Kapitel 52

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben gemäß §§ 7 und 8 FAG 1997

Abgabenart	Teilungsverhältnis in %		
	Bund	Länder	Gemeinden
Veranlagte Einkommensteuer	72,240	14,405	13,355
Lohnsteuer	72,240	14,405	13,355
Kapitalertragsteuer	72,240	14,405	13,355
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	53,000	27,000	20,000
Körperschaftsteuer	72,240	14,405	13,355
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	78,571	21,429	—
Bodenwertabgabe	4,000	—	96,000
Kunstförderungsbeitrag	70,000	30,000	—
Umsatzsteuer	67,239	18,445	14,316
Abgabe v. alk. Getränken	40,000	30,000	30,000
Biersteuer	57,733	23,328	18,939
Schaumweinsteuer	38,601	33,887	27,512
Weinsteuer	38,601	33,887	27,512
Alkoholsteuer	55,508	24,556	19,936
Mineralölsteuer	91,291	6,575	2,134
Werbeabgabe	4,000	0,000	96,000
Grunderwerbsteuer	4,000	—	96,000
Kraftfahrzeugsteuer	87,947	12,053	—
Motorbez. Versicherungssteuer	66,779	33,221	—
Spielbankabgabe	68,100	14,700	17,200

Auf Basis der im BVA 2001 veranschlagten gemeinschaftlichen Bundesabgaben entfallen auf die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden folgende Beträge:

Abgabenart	Anteil der jew. Gebietskörperschaften in Mio. Schilling			
	Bund	Länder	Gem.	Summe Länd. u. Gem.
Veranlagte Einkommensteuer	30.069,9	5.474,1	5.323,1	10.797,2
Lohnsteuer	155.225,7	28.258,2	27.478,8	55.737,0
Kapitalertragsteuer	4.695,6	854,8	831,2	1.686,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	11.660,0	5.422,9	4.327,3	9.750,2
Körperschaftsteuer	44.788,8	8.153,6	7.928,7	16.082,3
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	1.650,0	410,8	0,0	410,8
Bodenwertabgabe	3,0	0,0	70,8	70,8
Kunstförderungsbeitrag	134,4	57,6	0,0	57,6
Umsatzsteuer	154.448,0	38.683,2	30.858,2	69.541,4
Abgabe v. alk. Getränken	0,0	0,0	0,0	0,0
Biersteuer	1.616,5	596,4	521,5	1.117,9
Schaumweinsteuer	135,1	108,3	94,7	203,0
Weinsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0
Alkoholsteuer	943,6	381,1	333,3	714,4
Mineralölsteuer	34.781,9	2.287,0	799,6	3.086,6
Werbeabgabe	40,0	0,0	944,1	944,1
Grunderwerbsteuer	252,0	0,0	5.948,1	5.948,1
Kraftfahrzeugsteuer	2.066,8	258,6	0,0	258,6
Motorbez. Versicherungssteuer	10.016,9	4.549,4	0,0	4.549,4
Spielbankabgabe	953,4	205,8	240,8	446,6
Summe	453.481,6	95.701,8	85.700,2	181.402,0
Stabilitätsabschlag				3.000,0
Hiezu Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 2000				8.500,0
abzüglich Abschlag auf Grund des Überweisungsrhythmus der Abgabenanteile				11.100,0
Veranschlagung BVA 2001 bei VA-Ansatz 2/52804				**175,802,0**

Kurze Erläuterungen zur Ermittlung der Ertragsanteile (BVA 2001):

Basis für die Ermittlung der Ertragsanteile sind grundsätzlich die im BVA veranschlagten Einnahmen aus gemeinschaftlichen Abgaben, wobei bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1997 die Abgeltungen für den Familienlastenausgleich, weiters die Ausgaben des Bundes für die Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, die Ausgaben für Zwecke der Gesundheitsförderung, -aufklärung und -Information und ein Betrag für den Bund bei der Kraftfahrzeugsteuer vor der Teilung in Abzug gebracht werden.
Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung abgezogen
Weiters werden bei der Berechnung der Ertragsanteile die Beiträge der Länder und Gemeinden an der EU-Finanzierung (die sogenannten Konsolidierungsbeiträge der Länder und Gemeinden) die Abzüge für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Gemeinde-Anteil an der Krankenanstaltenfinanzierung berücksichtigt.
Die Aufteilung der Werbegabe auf Länder und Gemeinden bleibt der bundesgesetzlichen Regelung vorbehalten.

Arbeitsbehelf - 1. Teil / Kapitel 52

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1997 bis 2001

	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf.	2000 BVA	2001 BVA
Einkommen- und Vermögensteuern:					
Veranlagte Einkommensteuer	38.811,9	41.472,0	39.847,1	41.000,0	44.000,0
Lohnsteuer	183.177,6	193.651,1	203.006,7	194.000,0	222.000,0
Kapitalertragsteuer	4.966,3	5.372,0	6.115,2	6.500,0	6.500,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	22.926,8	21.312,7	19.101,6	21.000,0	22.000,0
Körperschaftsteuer	46.738,6	52.114,0	44.678,8	48.000,0	62.000,0
Abgabe von Zuwendungen	5,8	6,7	7,4	5,0	5,0
Gewerbesteuer	560,0	435,6	149,5	65,0	0,0
Bundesgewerbesteuer	418,8	324,8	111,8	48,0	0,0
Vermögensteuer	248,2	50,8	95,5	5,0	—
Erbschaftssteueräquivalent	60,5	37,2	1,4	0,0	—
Erbschafts-u. Schenkungssteuer	1.243,9	1.437,6	1.645,5	1.700,0	2.100,0
Abgabe von land-. u. forstw. Betrieben	278,0	276,1	278,7	280,0	280,0
Bodenwertabgabe	72,2	75,1	73,2	75,0	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag	7.452,2	7.676,2	7.930,2	8.170,0	8.500,0
Sonderabgabe von Banken	4,8	36,0	0,1	0,0	—
Kunstförderungsbeitrag (zw. Einn.)	138,4	138,4	138,1	175,0	200,0
Summe Einkommen-u. Vermögenssteuern	307.104,0	324.416,1	323.180,9	321.023,0	367.660,0
Umsatzsteuer	207.165,0	216.247,5	226.952,1	235.900,0	246.000,0
Zölle	3.503,4	3.296,5	3.362,3	3.100,0	3.500,0
Verbrauchsteuern:					
Tabaksteuer	13.234,7	15.077,5	15.926,3	16.800,0	17.300,0
Biersteuer	2.043,6	2.040,3	1.981,4	2.260,0	2.800,0
Mineralölsteuer	34.629,4	35.647,0	37.084,2	37.500,0	38.100,0
Alkoholsteuer	1.179,2	1.203,3	1.206,0	1.290,0	1.700,0
Schaumweinsteuer	324,4	318,7	306,0	300,0	350,0
Summe Verbrauchsteuern	51.411,3	54.286,7	56.504,0	58.150,0	60.250,0
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	9.222,1	11.851,7	10.284,0	10.700,0	11.000,0
Verkehrsteuern:					
Kapitalverkehrsteuern	1.187,5	1.522,0	1.534,0	1.600,0	1.700,0
Sicherheitsabgabe	—	347,2	354,6	350,0	420,0
Werbeabgabe	—	—	—	450,0	1.000,0
Energieabgabe	7.468,9	5.466,0	5.572,0	7.800,0	9.800,0
Normverbrauchsabgbe	5.343,5	5.382,7	6.039,8	6.000,0	6.000,0
Grunderwerbsteuer	5.567,7	5.567,1	5.699,4	5.900,0	6.300,0
Versicherungssteuer	8.881,4	9.990,2	10.023,9	9.900,0	10.200,0
Motorbezogene Versicherungssteuer	8.661,2	9.764,2	9.900,2	13.500,0	15.000,0
Straßenbenützungsabgabe	1.061,5	1.045,3	1.064,2	1.000,0	1.000,0
Kraftfahrzeugsteuer (zw. Einn.)	1.018,6	1.020,4	1.049,6	1.044,0	1.090,0
Kraftfahrzeugsteuer	696,7	698,0	719,2	756,0	1.460,0
Spielbankabgabe	1.403,9	1.340,9	1.367,1	1.400,0	1.400,0
Konzessionsabgabe	2.630,4	2.671,9	2.559,9	2.700,0	2.800,0
Altlastenbeitrag (zw. Einn:)	447,7	597,7	878,1	1.000,0	1.300,0
Sicherheitsabgabe (zw. Einn.)	404,9	—	—	—	—
Summe Verkehrsteuern	44.773,9	45.413,5	46.762,0	53.400,0	59.470,0
Nebenansprüche und Resteingänge	747,6	14.735,5	2.740,8	2.400,0	2.000,0
Summe Öffentl. Abgaben - Brutto:	**623.927,2**	**670.247,4**	**669.786,0**	**684.673,0**	**749.880,0**

Ab Überweisungen (I):

	1997 Erf.	1998 Erf.	1999 Erf.	2000 BVA	2001 BVA
Ertragsant. der Länd. U. Gemeinden	158.920,9	162.995,2	168.066,3	172.789,5	175.802,0
Steueranteil f. Krankenanstaltenfin.	1.276,8	1.281,1	1.337,1	1.416,6	1.485,0
Gewerbesteuer an Gemeinden	605,6	413,5	155,6	65,0	0,0
Ust-Anteil f. Gesundheitsförderung	—	100,0	100,0	100,0	100,0
Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfe	—	—	—	—	16.200,0
Steueranteil f. Siedlungswasserwirtschaft	—	—	2.252,0	650,5	0,0
Ausgleichsfonds f. Familienbeih. (Anteile)	5.109,5	5.475,3	5.495,4	5.415,2	5.709,2
Ausgleichsfonds f. Familienbeih. (Abgelt.)	9.500,0	9.500,0	9.500,0	9.500,0	9.500,0
Katastrophenfonds	3.761,8	4.036,8	4.065,0	3.998,4	4.215,5
Summe Ab Überweisungen (I)	**179.174,6**	**183.801,9**	**190.971,5**	**193.935,2**	**213.011,7**
Ab Überweisungen (I):					
Beitrag zur Europäischen Union	31.563,3	26.225,2	29.151,8	32.485,0	32.500,0
Summe Öffentl. Abgaben - Netto:	**413.189,3**	**460.220,3**	**449.662,6**	**458.252,8**	**504.368,4**

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

Aufbau der Abgabenverwaltung
Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz - AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/1999. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

Bundesabgabenordnung
Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung - BAO), BGBl. Nr. 194/ 1961, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/1999. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflich-tung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerle-gungs-, Zuteilungs- und Abgabenfestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabenexekutionsordnung
Abgabenexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 164/1999. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung-der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

Finanzstrafgesetz
Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1998. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

Bewertungsgesetz
Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 28/1999.
Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Ab-

gaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im Besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

Bodenschätzungsgesetz
Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.
Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Zollverfahren (Zollgesetz)
Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex - ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 82 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung - ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1427/97 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz - ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 126/1998;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung - ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1995;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben - nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzung - Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, dass die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetz verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz - mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948 - F-VG 1948) in Geltung - und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1997 bis 2000 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1997 - FAG 1997).

Damit wird der erstmalig beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten
Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich von der Statistik Österreich in der Reihe 'Beiträge zur Österreichischen Statistik' in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	43.921,8	43.921,8	4.830,3
2000	0,0	45.112,2	45.112,2	5.415,1
2001	0,0	49.488,5	49.488,5	7.640,6

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:
Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	13.726,5	13.726,5	0,0
2000	0,0	13.734,9	13.734,9	0,0
2001	0,0	18.502,0	18.502,0	1.940,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Bedarfszuweisung an Länder.
Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder
Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 2000 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1999 voraussichtlich anfällt, ist mit 1.390 Millionen Schilling zu erwarten.
Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1995	1996	1997	1998	1999
niedrigste	9.200	10.034	10.085	10.608	10.762
höchste	10.742	11.808	11.688	12.428	12.519
im Durchschnitt	9.913	10.854	10.929	11.473	11.620

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1995 bis 2000 beträgt:

Jahr	Betrag in Mio. Schilling
1995	1.358,7
1996	1.352,5
1997	1.396,2
1998	1.259,5
1999	1.372,8
2000 (BVA)	1.363,0
2001 (BVA)	1.390,0

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 2001 - ebenso wie in den Vorjahren - als Abzugspost von dem Bruttoertrag der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden
Gemäß § 21 FAG 1997 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,34 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.
Für das Jahr 2001 sind 1.134,7 Millionen Schilling vorgesehen, die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53027 Bedarfszuweisung an Länder
Gemäß § 21a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichsgewichts im Haushalt.
Für das Jahr 2001 sind 12.229,3 Millionen Schilling vorgesehen, die nach der Volkszahl auf die Bundesländer verteilt werden.

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.
Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzzuweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Elektrizitätsabgabe und Erdgasabgabe.
Für das Jahr 2001 sind für diese Zwecke 1.160,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden
Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, dass es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist,

die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren.
Im Jahre 2001 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut
Gemäß § 20 fag FAG 1997, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, dass sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.
Im Jahre 2001 ist ein Betrag von 25 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53077 Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten
Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 2001 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1997 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzzuweisung in Höhe von 200 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53097 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten
Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden im Jahre 2001 gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1997 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzzuweisungen von insgesamt 2.348,0 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	26.702,1	26.702,1	1.337,1
2000	0,0	27.378,9	27.378,9	1.416,6
2001	0,0	26.771,0	26.771,0	1.485,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Verringerung der Ausgaben gegenüber dem BVA 2000 ergibt sich aus den Zuschüssen zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen.
Im Einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten
Gemäß § 21 Abs. 1a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung einen Zweckzuschuss in Höhe von 0,642 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer abzüglich der Ausgaben des Bundes für Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl. Nr. 746/1996. Dieser Zweckzuschuss wird durch einen Vorwegabzug von den Ertragsanteilen der Gemeinden finanziert (§ 8 Abs. 3 Z 4 FAG 1997) und stellt somit den 'Gemeindebeitrag' an der Finanzierung der Krankenanstalten dar. Die Finanzierung durch den Vorwegabzug wird beim Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung, die entsprechenden Einnahmen des Bundes werden beim Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung dargestellt.
Im BVA 2001 ist der Zweckzuschuß für die Krankenanstaltenfinanzierung mit 1.485,0 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz
Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5.000 Wohnungen, der Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.
Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5.000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.
Im Jahre 2001 ist für diesen Zweck ein Betrag von 300 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1997 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.
In Betracht kamen hiefür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Aufwendungen
Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz wurden gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit.e FAG 1997 für das Jahr 2001 3 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach §3 WBF-ZG
Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.
Im Haushaltsjahr 2001 werden voraussichtlich 70 Millionen Schilling erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG
Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse beträgt gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, im Jahr 2001 24,5 Milliarden Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden
Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 2 FAG 1997 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 2001 einen Zweckzuschuss von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen
Der Bund gewährte den Ländern im Jahre 2000 zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen einen Zweckzuschuss in Höhe von 596,3 Millionen Schilling (§ 22 Abs. 1 Z3 FAG 1997).
Im Haushaltsjahr 2001 sind keine Mittel vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53307 Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen
Im Jahr 2001 sind für Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen keine Mittel vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes
Voranschlagsansatz 2/53214 Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes
Für allfällige Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sind nur Verrechnungsposten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung
Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgeb.Geb.)

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	3.493,2	3.493,2	3.493,2
2000	0,0	3.998,4	3.998,4	3.998,4
2001	0,0	4.215,5	4.215,5	4.215,5

Im Einzelnen ist zu bemerken:
Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 84/2000, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastropenschäden zu verwenden.
Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997 - FAG 1997, BGBl. Nr. 000/2000, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen. Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember d. J. ist gemäß § 5 KatFG 1996 mit 400 Millionen Schilling begrenzt. Der Überhang des Jahres 1999 beträgt 623,9 Millionen Schilling (Ansatz 2/54834).

Von den Ausgaben im Jahre 1999 entfallen:

	Millionen Schilling (gerundet)
1. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften	243,7
2. für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	199,8
Summe 1 und 2	443,5
3. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	101,0
4. für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	277,8
5. für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden	239,2
6. für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser-und Lawinenschäden	
6.1 im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	45,5
als Bundeszuschuss für Wildbach- und Lawinenverbauung	960,8
als Bauaufwand für Bundesflüsse	342,9
als Bundeszuschuss für Konkurrenzgewässer	350,9
Summe 6.1	1.700,1
6.2 im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	72,7
als Aufwendungen für Wasserbauten	51,2
als Bundeszuschuss für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	16,0
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	396,7
Summe 6.2	536,6
Summe 6.	2.236,7
7. für das Warn- und Alarmsystem	50,0
8. für die Hagelversicherung	145,0
Summe 1-8	3.493,2

Arbeitsbehelf - 1. Teil / Kapitel 53

Für das Jahr 2001 wurden Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe budgetiert:

Einnahmen

	Millionen Schilling (gerundet)
2/534000 Dotierung des Fonds	4.215,5

Ausgaben

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen	149,6
1/53418 Zahlungen an Länder	419,4
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	323,3
1/53438 Bankspesen	0,1
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	263,5
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	2.849,6
1/53478 Warn- und Alarmsystem	50,0
1/53488 Hagel(Frost-)versicherungsförderung	160,0
Summe	**4.215,5**

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	10.672,0	23.904,2	0,0	0,0	10.672,0	23.904,2
2000	13.936,3	28.760,4	0,0	0,0	13.936,3	28.760,4
2001	16.316,8	40.961,4	0,0	0,0	16.316,8	40.961,4

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000;

Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;

Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;

Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000;

Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991;

Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 60/1998;

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;

Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;

Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. I Nr. 60/1998;

Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;

Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. I Nr. 69/1999;

Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines österreichischen Beitrages zur 6. Wiederauffüllung (ADF VI), BGBl. Nr. 24/1992, 7. Wiederauffüllung (ADV VII), BGBl. Nr. 718/1996, 8. Wiederauffüllung (ADF VIII), BGBl. I Nr. 151/1999, des Afrikanischen Entwicklungsfonds.

Abkommen über die internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines achten (BGBl. Nr. 30/1988), neunten (BGBl. Nr. 466/1990), zehnten (BGBl. Nr. 696/1993), elften (BGBl. Nr. 625/1996) und zwölften (BGBl. I Nr. 152/1999) zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation;

Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. I Nr. 14/1998;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;

Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986; Zeichnung von zusätzlichen Anteilen im Rahmen der allgemeinen Kapitalerhöhung der Iner-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), BGBl. I Nr. 57/2000.

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD3), BGBl. Nr. 174/1991; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD4), BGBl. Nr. 92/1997;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstoffonds, BGBl. Nr. 507/1989;
Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;
Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 750/1996;
Übereinkommen zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. I Nr. 181/1997; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (MIGA), BGBl. Nr. 185/1998;
Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995; Leistung eines Beitrages zur zweiten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF 2), BGBl. I Nr. 61/1999.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an
der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,
der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986; Österreichische Industrieverwaltungs-AG) - ÖIAG,
der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)
und Internationalen Finanzinstitutionen;
Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit - insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 - die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.
Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereichter Wertpapiere zu nennen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.451,5	1.451,5	10.323,6
2000	0,0	1.208,2	1.208,2	10.691,2
2001	0,0	1.813,4	1.813,4	12.314,8

Voranschlagsansatz 1/54013 Anlagen
Voranschlagsansatz 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
Im BVA 2001 ist keine Kapitalbeteiligung an der ÖIAG vorgesehen. Ebenso ist für das Geschäftsjahr 2000 keine Dividendenzahlung zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/54043 Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)
Voranschlagsansatz 2/54044 Erfolgswirksame Einnahmen
Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.
An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 2000 251,491 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen
Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Inter-

nationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstoffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Europäischen Investitionsbank (EIB), bei der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und ist an deren Kapitalausstattung mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei den Banken wird zwischen einzuzahlendem Kapital (paid- in capital) und abrufbarem Kapital (callable capital) unterschieden. Bei den Fonds gibt es nur einzahlbare Beiträge. In beiden Fällen sind die einzuzahlenden Beträge über mehrere Jahre verteilt zu leisten.
Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzinstitutionen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundessachatzscheine (BBS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BBS ist durch das Bundesschatzscheingesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.
Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

1. Internationaler Währungsfonds
Anläßlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).
Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 11. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 1.188,3 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1.872,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (BGBl. I Nr. 190/1998). Die gesamte Quote wurde gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen.

2. Afrikanische Entwicklungsbank
Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.
Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38% beteiligt; das waren 1.996 Anteile zu je 10.000 Bankrechnungseinheiten. 1998 wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 3.715 Kapitalanteilen zu je 10.000 Bankrechnungseinheiten beteiligt hat. Davon sind 6% in acht Jahresraten ab 2000 einzuzahlen. Der österreichische Anteil an der Bank wird dann 0,44% betragen (9.707 Anteile).
Für 2001 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 6 Millionen Schilling vorgesehen.

3. Afrikanischer Entwicklungsfonds
Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte 1972 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.
Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 16.666.650 US-Dollar (BGBl. Nr. 601/1981).
1999 wurde von den Mitgliedern eine achte Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag von 363,3 Millionen Schilling beteiligt (BGBl. Nr. 151/1999).
Für 2001 ist für Schatzseineinlösungen ein Betrag von 155 Millionen Schilling vorgesehen.

4. Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1.334.600.000 US-Dollar, das sind 0,71% des gesamten Kapitals.

5. Internationale Entwicklungsorganisation
Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).
Mit BGBl. I Nr. 152/1999 hat sich Österreich an der zwölften Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation mit 1.145.430.000 Schilling beteiligt.
Die Leistung erfolgt zur Gänze durch Erlag von Bundesschatzscheinen.

Für 2001 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 590 Millionen Schilling vorgesehen.

6. Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.
Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6.020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10.000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966, 1997 wurde eine Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF VII) beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag in Höhe von 242 583 579 Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 14/1998). Am 9. September 2000 wurden die Wiederauffüllungsverhandlungen zu ADF VIII abgeschlossen. Österreich wird sich daran mit 24.586.338,-- EUR, die in vier Raten mittels Schatzscheinerlag in den Jahren 2001 bis 2004 zu leisten sind, beteiligen.
Für 2001 sind für Barzahlungen und Bundesschatzeineinlösungen in Höhe von 120 Millionen Schilling vorgesehen.

7. Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.
Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5.054.578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.
Auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9.313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10.000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959, zum Fonds für Sondergeschäfte wird ein Höchstbetrag von 56.596.883,64 ATS geleistet.
Für 2001 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 21 Millionen Schilling vorgesehen.

8. Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahare 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluss einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Darlehen und Kapitalbeteiligungen.
Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 100 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554.000 US-Dollar gezeichnet (BGBl. Nr.204/1956). Österreich beteiligte sich an der letzten Kapitalerhöhung (1992) mit 8,538 Millionen US-Dollar.
Für 2001 sind keine Zahlungen geplant.

9. Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft wurde 1984 gegründet. Österreich hat sich als Gründungsmitglied an dieser Finanzinstitution, die sich dem Privatsektor in Lateinamerika widmet, mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250.000 Dollar zu zahlen war (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.
An der 1999 abgeschlossenen Kapitalerhöhung beteiligt sich Österreich mit 2,45 Millionen US-Dollar (BGBl. I Nr. 57/2000.
Für 2001 sind für Barzahlungen 5 Millionen Schilling veranschlagt.

10. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.
An der 4. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 74,7 Millionen Schilling beteiligt (BGBl. I Nr. 92/1997).
Für 2001 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

11. Gemeinsamer Rohstofffonds (CF)
Die Zielsetzung dieser Institution ist
1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohfstoffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2.391.005 Fondsrechnungseinheiten(FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich zum 2. Fenster des Gemeinsamen Rohfstoffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereis anläßlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. 10% dieses Betrages wurden bereits bezahlt. Für 2001 sind keine Zahlungen vorgesehen.

12. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)
Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22.800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen EUR gezeichnet. Davon waren 68,4 Millionen EUR (30vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen EUR), zum Teil bar (je 6,84 Millionen EUR) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.
Mit Bundesgesetz vom 30. Dezember 1996, BGBl. Nr. 750/1996, wurde die Zeichnung von zusätzlichen 22.800 Anteilen zu je 10.000 EUR genehmigt.
Für 2001 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen und Barzahlung ein Betrag von 81 Millionen Schilling veranschlagt.

13. Europäische Investitionsbank (EIB)
Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995, EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995, wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB). Am gezeichneten Kapital der EIB ist Österreich mit 1,516 Milliarden ECU bzw. 2,44% beteiligt.
Für 2001 sind keine Zahlungen vorgesehen.

14. Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Bank)
Die Gründungsvorbereitungen für die Bank wurden von den interessierten Staaten aus politischen Gründen bis auf weiteres eingestellt. Für Österreich war ein Kapitalanteil von 1% (5 Milliarden US-Dollar) vorgesehen.

15. Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)
Österreich ist der Multilateran Investitions-Garantie Agentur im Jahre 1997 beigetreten (BGBl. I Nr. 181/1997).
Der Kapitalanteil Österreichs beträgt 775 Sonderziehungsrechte zum Festkurs von 1.082 US-Dollar, wovon 10% des gezeichneten Kapitals 1997 in bar einbezahlt wurden. Weitere 10% wurden in Form von unverzinslichen Bundesschatzscheinen hinterlegt. Mit BGBl. I Nr. 185/1998 hat sich Österreich zur Zeichnung von 591 zusätzlichen Kapitalanteilen in Höhe von 6.394.620 US-Dollar verpflichtet, davon sind 17,65% (das sind 1.128.650 US-Dollar) in den Jahren 2000 und 2001 in bar zu leisten.
Für 2001 sind Mittel in der Höhe von 9 Millionen Schilling vorgesehen.

16. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)
Das Übereinkommen zur Errichtung des 8. EEF wurde mit BGBl. Nr. 119/1998 veröffentlicht. Der Kapitalanteil Österreichs zum 8. EEF beträgt 340 Millionen Euro (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).
Im Dezember 1999 wurde Einigung über die Dotierung der 9. EEF erzielt. Dieser wurde Mitte 2000 i.H.v. 13,8 Milliarden Euro beschlossen werden. Der österreichische Anteil am 9. EEF wird 366 Millionen Euro betragen (das sind 2,65% des Gesamtvolumens).
Für 2001 sind Mittel in der Höhe von 806 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54093 Sonstige Unternehmungen
Voranschlagsansatz 2/54094 Sonstige Unternehmungen
Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Etwaigen Ausgaben stehen gleich hohe Einnahmen bei denVA-Ansätzen 2/54094 und 2/54307 gegenüber.
Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Grossglockner Hochalpenstrassen AG, Monopol Verwaltungsgesellschaft m. b. H., Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Graz Ges. m. b. H. sowie Salzburger Flughafen Ges. m. b. H.

Paragraf 2/5407 Oesterreichische Nationalbank
Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, idF des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 60/1998, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Auschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.
Für das Geschäftsjahr 2000 werden 12.020 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 8,250 Millionen Schilling erwartet.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	9,1	9,1	23,9
2000	0,0	1,5	1,5	686,7
2001	0,0	1,5	1,5	0,2

Titel 542 Bundesdarlehen
Aufgaben
Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der österreichischen Bundesbahnen und Post und Telekom Austria AG.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	10,9	10,9	1.771,0
2000	0,0	9,0	9,0	469,0
2001	0,0	9,0	9,0	3.130,1

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung bei den Einnahmen im Jahre 2001 ist vor allem auf höhere Darlehensrückzahlungen der ÖIAG und von osteuropäischen Staaten zurückzuführen.

Die Verrechnung der im Zusammenhang mit dem nachrangigen Darlehen an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft stehenden Zinsen und Darlehensrückzahlungen ist beim Paragrafen 5421 vorgesehen.
Im BVA 2001 wurden für Zinsen 65,0 Millionen Schilling und für Tilgung 2.635,0 Millionen Schilling veranschlagt.
Für das Jahr 2001 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (1,400 Millionen Schilling) und der Post und Telekom Austria AG (1,450 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.
Außerdem wurden auf Grund entsprechender Dalehensbestimmungen zu den BUWOG-; ÖBB- und PTA-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzählung) rund 585.000 Schilling veranschlagt
Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTA erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.
Zur Veerrechnung der Darlehen an osteuropäische Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe der Industriestaaten ist der VA-Anstz 1/54285 'Ausland' und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraf 2/5428 'Ausland' vorgesehen.
Im BVA 2001 sind Zinseinnahmen in Höhe von 14,924 Millionen Schilling und Darlehensrückzahlungen in Höhe von 214,875 Millionen Schilling präliminiert.
Bei den Einnahmen handelt es sich weiteres um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB Salzburger Flughafen Betriebsges. m. b. H., Flughafen Linz Ges. m. b. H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. und ÖIAG. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile
Aufgaben
Bei der Zusammenführung Treuhandvermögen - Betriebsvermögen bei der Flughafen Graz Betriebsges. m. b. H. wurde das Treuhandvermögen mit dem Buchwert als Sacheinlage in die Gesellschaft eingebracht. Gemäß Sacheinlagevertrag ist der Wert den Treugebern (Republik Österreich, Land Steiermark und Stadt Graz) verzinst im Verhältnis ihrer Beteiligung zu bezahlen.
Im BVA 2001 wurde für Kapitalrückzahlung 6,250 Millionen Schilling und für Zinsen 2,500 Millionen Schilling veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	0,0	0,0	37,0
2001	0,0	0,0	0,0	8,8

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz
Gesetzliche Grundlage
Verbotsgesetz, StGBl. Nr. 13/1945.

Aufgaben
1. Ehemaliges NS-Vermögen
Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträgnisse aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

2. Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse
Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflussbarer Willenserklärung der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,1	0,1	92,1
2000	0,0	1,2	1,2	63,6
2001	0,0	1,4	1,4	62,5

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen
Gesetzliche Grundlagen
Bundesfinanzgesetz 2001 - Art. XI;
Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173,1962;
Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz) BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 47/1999;
Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996;
Infrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1998.

Aufgaben
Das unbewegliche Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzn obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegliche Bundesvermögen, wie Verkäufe, Täusche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, dass eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.
Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	5,6	5,6	2.607,2
2000	0,0	17,0	17,0	6.143,0
2001	0,0	16,7	16,7	13.761,0

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Veranschlagung für 2001 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen (vor allem durch die BIG) und nach den erwarteten Einnahmen aus der Übertragung des Fruchgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften.

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenussentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Für die Veräußerung von Grundstücken wurden 12.500,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinse (Nutzungen usw.) veranschlagt. Die Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. wurden 2001 mit 1.029,0 Millionen Schilling und jene der Österreichischen Bundesforste AG mit 70,0 Millionen Schilling veranschlagt. Außerdem wurden 100,0 Millionen Schilling für Fruchtgenussentgelte im Zusammenhang mit Art. I § 11 des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes präliminiert.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes
Unter diesem Titel werden Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Übernahme von Haftungen durch den Bund verrechnet.

Gesetzliche Grundlagen
Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/19172, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994 und BGBl. Nr. 79/1998;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGbl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und andie Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Atomhaftungsgesetz 1999, BGBl. I Nr. 170/1998;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck-Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 63/2000 ;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/2000 ;

Ausfuhrförderungsverordnung, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 90/2000 ;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des 'Wasserwirtschaftsfonds' auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen und sonstige Kredite) des 'Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds' auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m.b.H., BGBl. Nr. 116/1973;

ÖIAG-Gesetz, BGBl. I Nr. 24/2000 ;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/1998;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schieninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft (Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz - SCHIG), BGBl. Nr. 201/1996;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des 'Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds' und des 'Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerfonds' auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 3 BWG; BGBl. Nr. 532/1993 im Art. IX des BFG in der geltenden Fassung;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998 ;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994 sowie des Bundesfinanzgesetzes 1998, BGBl. I Nr. 1/1998;

KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996 in der Fasung BGBl. I Nr. 82/2000 ;

Forschungsförderungsgesetz - FFG, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1999.

Bundesgesetz betreffend die Übernahme einer Garantie für eine von der Oesterreichischen Nationalbank gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 'BIZ') einzugehende Haftung, BGBl. I Nr. 40/1999.

Aufgaben

Im Rahmen der Aktivitäten des Bundes zur Förderung der Wirtschaft hat das Instrument der Bundeshaftungen zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft - vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung - zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1999 wurden Bundeshaftungen von rund 3.274.177 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schillling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1999 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen	rd 182.009
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regressforderungen im Betrage von	rd 168.519
gegenüberstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rd 13.490

somit nur rund 0,41% der bisher übernommenen Bundeshaftungen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	8.132,6	8.132,6	8.414,7
2000	0,0	11.957,3	11.957,3	10.557,9
2001	0,0	12.480,2	12.480,2	11.599,8

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab *(Angeführt sind die Kapitalbeträge. In der Regel wird die Bundeshaftung auch für Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird)*:

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in Fremdwährung	Schilling-
	in Millionen Schilling		
1980	258.410	73.140	185.270
1985	497.593	141.076	356.517
1990	598.398	183.700	414.698
1995	682.286	233.085	449.201
1996	682.985	244.520	438.465
1997	721.084	274.937	446.147
1998	737.956	282.211	455.755
1999	778.028	317.622	460.406

Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österr. Postsparkasse.

Stand der Haftungen des Bundes per 30. Juni 2000

	in Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandkredite	806,9	
b) Auslandanleihen	1.971,7	
c) Energieanleihen (InLand)	80,3	
d) sonstige Inlandkredite	358,5	
		3.217,4
Ausfuhrförderungsgesetz		393.907,3
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		230.388,5
Agrarinvestitionskredite		175,3
Österreichische Industrieholding AG		25.942,4
Unternehmen an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Strassenbau	62.143,7	
b) Bundeshochbauten	4.217,0	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	15.522,6	
d) Schieneninfrastruktur-Finanzierung	19.628,3	
e) Sonstiges	12,5	
		101.524,1
Umwelt- und Wassewirtschaftsfonds		13.395,7
Bundeswohnbaufonds		1.377,0
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,1	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	5.431,9	
c) Atomhaftpflichtgesetz	1.120,0	
d) Erdöllagerges. m. b. H.	985,9	
e) ÖBB-EUROFIMA	3.123,9	
f) Arbeitsmarktförderung	60,0	
g) BÜRGES-Förderungsbank	5.64,9	
h) BIZ-Kredit an Brasilien	0,0	
i) Forschungsförderungsfonds(FFF)	1.120,3	
j) Österr. Hotel und Tourismusbank (ÖHT)	122,5	
		17.029,5
Gesamtsumme:		**785.439,8**

Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund bestimmter gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes BGBl. Nr. 458/1969, auch für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betrugen mit Jahresende 1998 261.587 Millionen Schilling.

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen:

	Ausfuhrförderung		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse	Inanspruchnahme	Rückflüsse
	in Millionen Schilling			
1980	1.898,6	926,9	26,6	3,1
1985	7.097,8	6.961,3	39,8	4,9
1990	9.627,9	5.804,2	37,0	2,0
1995	10.375,4	8.281,7	100,3	5,7
1996	9.735,3	5.032,9	184,1	0,0
1997	8.442,4	7.348,8	173,5	0,0
1998	7.313,9	4.498,5	175,6	0,0
1999	7.694,9	4.597,9	151,3	0,0

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 54/1997;

Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 74/1998;

ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000;

Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;

Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt durch BGBl. Nr. 655/1994;

Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;

Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991; Leistung eines Beitrages zur 2. Wiederauffüllung d. GEF, BGBl. I Nr. 61/1999.

Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979;

Bundesgesetz betreffend Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998;

Bundesgesetz über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft - Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 79/1998.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgestzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG auf Grund des zitierten Bundesgesetzes, sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen handelt es sich um eine Abschöpfung des Katastrophenfonds und um Rückzahlungen des Industrieentwicklungsfonds für Portugal.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	1.062,2	671,6	0,0	0,0	1.062,2	671,6
2000	742,0	112,0	0,0	0,0	742,0	112,0
2001	1.994,5	84,1	0,0	0,0	1.994,6	84,1

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Steigerung bei den Ausgaben betrifft einerseits die Schlusszahlung an die Bank Austria AG und andererseits die Abgeltungen an die Donaukraftwerke für Aufwendungen im öffentlichen Interesse.

Voranschlagsansatz 1/54817 ERP-Fonds
Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. mb. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahrenesraten an den ERP-Fonds zu leisten.
Als 36. Rate werden für 2001 128.000 Schilling benötigt.
Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten.
Als Jahresrate 2001 wurden für Kapital und Zinsen 5,276 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraf 1/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.
Für das Jahr 2001 wurden als Kostenersatz des Bundes 110,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im internationalen Zentrum Wien werden 3,4 Millionen Schilling erwartet.
Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-organisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelen Mitglieder von 33.333 US-Dollar auf 25.000 US-Dollar verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.
Für 2001 wurden hiefür insgesamt 12,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse
Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.
Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 31. 3. 1981 mit 2.350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.
Für das Jahr 2001 sind 444,100 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Betrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluss vom 28. 7. 1982 mit 1.500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.
Für das Jahr 2001 sind 76,900 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Förderungen
Hiezu zählen Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes für den Pensionsaufwand (10,0 Millionen Schilling) und einen Zuschuss an die Wiener Börse AG (30 Millionen Schilling).

Voranschlagsansatz 1/54847 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Voranschlagsansatz 7/54847 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
1. Ersatz an ÖIAG
Auf Grund des ÖIAG-Gesetzes, BGBl. I Nr. 24/2000 ist der Bund verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgung von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat und für die eine Refundierungsverpflichtung des Bundes besteht, zu ersetzen.
Für 2001 wurden auf Grund der Verwendung der Gewinne aus Privatisierungen keine Beträge für Zinsen und Tilgungen veranschlagt.

2. Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.
Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar (BGBl. Nr. 486/1985). Mit BGBl. Nr. 719/1996 wurde festgelegt, den österreichischen Anteil mit 1,5 Millionen US-Dollar festzusetzen.
Im Jahre 1999 wurde mit BGBl. I Nr. 62/1999 der österreichische Anteil für die Jahre 1999 bis 2001 mit 4,5 Millionen US-Dollarr festgelegt.
Für 2001 ist ein Beitrag in Höhe von 22 Millionen Schilling vorgesehen.

3. Globale Umweltfazilität der Weltbank
1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichet (BGBl. Nr. 417/1991).
Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1999, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 2. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,14 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in vier gleichen Raten, beginnend im Jahre 1999, geleistet.
Für 2001 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 80 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen
Leistungen an Bank Austria AG
Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 206, hat der Bund der Gesamtrechsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 1.099,173 Millionen Schilling im Jahr 2001 zu ersetzen. Diese Zahlung beinhaltet auch die Schlusszahlung.

Voranschlagsansatz 2/54834 Verschiedene Abfuhren
Gemäß Katastrophenfondsgesetz sind 400 Millionen Schilling für allfällige Schadenszahlungen in Reserve zu halten. Der darüber hinausgehende Betrag wird gemäß § 5 Abs. 1 leg. cit. am Jahresende abgeschöpft und für allgemeine Bedeckungszwecke verwendet.
Auf Grund dieser Bestimmung sind im BVA 2001 Einnahmen in Höhe von 34,944 Millionen Schilling budgetiert.

Paragraf 2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen
EFTA-Indsutrieentwicklungsfonds für Portugal
Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzhalung des Fondskapitals an die Mitgliedstaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1997 aufgeschoben.
Ab dem fünften jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für das jahr 1998 erfolgte eine Rückzahlung von 40,6 Millionen Schilling, für 1999 39,7 Millionen Schilling und für 2000 44,8 Millionen Schilling. Für Zinsen langten für 1998 6,1 Millionen Schilling, für 1999 4,7 Millionen Schilling ein und für 2000 4,0 Millionen Schilling ein.
Für das Jahr 2001 wurden für die Rückzahlung 35,4 Millionen Schilling und für die Zinsen 2,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 55 Pensionen

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten (der BörsebeteiligungsgesmbH, der Österr. Bundestheater GesmbH, der Österr. Bundesforste AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Salinen AG, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Österr. Post AG, Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten und die Pensionssicherungsbeiträge der Pensionisten veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, die Beiträge der Österreichischen Postsparkasse AG, der Bundesmuseen (Anst. öffentl. Rechts), der Bundesanstalt Statistik Österreich (Anst. öffentl. Rechts), der Österreichischen Donau-Betriebs-AG, der Bundesversuchswirtschaften GesmbH, der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH, der Schönbrunner Tiergarten GesmbH, der Umweltbundesamt GesmbH, der Bundessporteinrichtungen GesmbH, von Institutionen (Kunsthalle Wien), der Spanischen Hofreitschule-Bundesgestüt Piber GesmbH, Beiträge von Landeslehrern, der Österreichischen Salinen AG, der Bundesrechenzentrum GesmbH, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, die Ersätze der Österreichischen Bundesforste AG, die Beiträge der Österreichischen Bundestheater GesmbH, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Bundesbahnen und der Österr. Post AG, Telekom Austria AG zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1995 bis 1999 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	31.508,6	44.300,5	75.809,1	18.824,5
2000	32.827,0	45.533,0	78.360,0	19.181,0
2001	34.717,0	46.416,0	81.133,0	20.481,0

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

Gesetzliche Grundlagen

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000;
Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;
Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000;
Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998;
Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;
Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000;
Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/2000;
Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 25/2000;
Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998;
Bundesgesetz BGBl. I Nr. 149/1998 über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen - BSEOG und Änderung des Bundes-Sportförderungsgesetzes;
Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998;
Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999;
Spanische Hofreitschule-Gesetz, BGBl. I Nr. XX/2000.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses

Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekannt gegeben.
Der Aufwand für die außerordentliche Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	30.897,4	570,1	31.467,5	76,5
2000	31.653,0	606,0	32.259,0	104,8
2001	33.545,0	606,0	34.151,0	121,0

Unterschied gegen Vorjahre
Die Erhöhung bei den Ausgaben ergibt sich durch den übermäßig starken Anstieg der Pensionsparteien und begründet sich bei den Einnahmen durch das Ansteigen der Zahl der beitragspflichtigen ausgegliederten Unternehmungen.

Titel 551 Ersätze an Länder
Gesetzliche Grundlage
Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 746/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000.

Aufgaben
Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	9.091,2	9.091,2	151,5
2000	0,0	9.726,0	9.726,0	154,0
2001	0,0	9.776,0	9.776,0	193,7

Titel 552 Sonstige Bedienstete
Gesetzliche Grundlagen
Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich
Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 518/1995;
Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999;
Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999;
Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996;
Alkohol - Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2000;
Bundestheaterorganisationsgesetz BGBl. I Nr. 108/1998;
Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.
Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Mozarteum, Südtiroler und Kanaltaler, Stadtschutzwache,

Dorotheum, Vertragspensionen, Pensionisten und Provisionisten der 'Austria' Tabakwerke AG., der BörsebeteiligungsgesmbH, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, der Österreichischen Bundestheater GesmbH, der Österreichischen Salinen AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Münze Österreich AG, der Österreichischen Bundesforste AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	611,2	22,0	633,2	105,4
2000	1.173,0	35,0	1.208,0	250,0
2001	1.171,0	35,0	1.206,0	155,7

Unterschiede gegen Vorjahr
Die Verminderung bei den Einnahmen ergibt sich durch die irrtümliche Veranschlagung der Provisionsbeiträge der Österr. Bundestheater auch beim VA-Ansatz 2/55205 im BVA 2000.

Voranschlagsansatz 1/55305 Pensionsvorschüsse
Voranschlagsansatz 2/55309 Pensionsvorschussersätze
Nach § 29 Pensionsgesetz 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.
Im BVA 2001 sind für Pensionsvorschüsse 1 Million Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,7 Millionen Schilling zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen
Wenn eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuss hat, unverschuldet in Notlage geraten ist oder sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.
Im BVA 2001 sind für diesen Zweck 1 Million Schilling veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	34.616,7	34.616,7	10.330,7
2000	0,0	35.165,0	35.165,0	10.327,2
2001	0,0	35.998,0	35.998,0	10.967,9

Im Einzelnen ist dazu zu bemerken:
Paragraf 5550 Österreichische Bundesbahnen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	22.941,5	22.941,5	6.477,2
2000	0,0	23.185,0	23.185,0	6.649,2
2001	0,0	23.592,0	23.592,0	7.019,5

Gesetzliche Grundlage
Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.
Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der Österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die Österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH

des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben dem Unternehmen.

Paragraf 5551 Österr. Post AG, Telekom Austria AG

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	11.675,2	11.675,2	3.853,6
2000	0,0	11.980,0	11.980,0	3.678,0
2001	0,0	12.406,0	12.406,0	3.948,4

Gesetzliche Grundlage

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 95, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger der Österr. Post AG, Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leistet die Österr. Post AG, Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 28,9 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben dem Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	8.159,8
2000	0,0	0,0	0,0	8.344,3
2001	0,0	0,0	0,0	9.042,0

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung ergibt sich vor allem durch die Erhöhung der Pensionsbeiträge und Pensionssicherungsbeiträge um 0,8 vH mit Wirkung vom 1. Oktober 2000.

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge

Gesetzliche Grundlagen

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000;

Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 beträgt der Pensionsbeitrag ab 1. Oktober 2000 12,55 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten. Nach § 3 des Nebengebührenzulagengesetztes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 12,45 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 2001 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 7.710,0 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/2000.

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 2001 mit 255,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Beitrag zur Pension gem. § 13a PG

Gesetzliche Grundlage

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung des BGBl. I Nr. 95/2000.

Im Jahre 2001 sind Einnahmen in Höhe von 1.077,0 Millionen Schilling zu erwarten.

Statistische Daten

1. Dem Bundesvoranschlag für 2001 wurden folgende Stände zugrunde gelegt:

Ansatz	und Bezeichnung	Pensions-parteien	Provisions-parteien	Summe
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes 1)			
55000	Ruhebezüge	54.478	-	54.478
55010	Versorgungsbezüge	28.367	-	28.367
55020	Ao. Versorgungsgenüsse	60	-	60
	Titel 550 (Summe)	82.905	-	82.905
552	Sonstige Bedienstete 2)			
55200	Ruhebezüge	192	2.121	2.313
55210	Versorgungsbezüge	235	980	1.215
55220	Ao. Versorgungsgenüsse	345	-	345
	Titel 552 (Summe)	772	3.101	3.873
	Kapitel 55 (Summe)	83.677	3.101	86.778

Veränderung gegenüber BVA 2000: + 2.963 Pensionsparteien, + 123 Provisionsparteien, + 3.086 Gesamt

2. Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende:

		1995	1996	1997	1998	1999
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes (einschl. Österreichische Postsparkasse AG)					
55000	Ruhebezüge	49.985	50.044	49.897	50.250	50.728
55010	Versorgungsbezüge	27.798	27.964	28.054	28.168	28.237
55020	Ao. Versorgungsgenüsse	99	89	84	75	68
	Titel 550 (Summe)	77.882	78.097	78.035	78.493	79.033
552	Sonstige Bedienstete 3)					
55200	Ruhebezüge	737	676	628	588	2.186
55210	Versorgungsbezüge	769	736	771	711	1.245
55220	Ao. Versorgungsgenüsse	507	457	447	412	378
	Titel 552 (Summe)	2.013	1869	1.846	1.711	3.809
	Kapitel 55 (Summe)	79.895	79.966	79.881	80.204	82.842

Fußnoten:

1) Einschließlich der Unterhaltsempfänger: Ruhebezüge (20) und Versorgungsbezüge (30).

2) Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der Austria Tabakwerke AG, der Österreichischen Salinen, des Dorotheums, AG, der Österreichischen Staatsdruckerei/Print Media Austria AG, der Münze Österreich AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, der Österreichischen Bundesforste AG, der Österreichischen Bundestheater GesmbH und der BörsebeteiligungsgesmbH enthalten.

3) Hievon Provisionsparteien:

	1995	1996	1997	1998	1999
Ruhebezüge	541	495	442	409	2.019
Versorgungsbezüge	529	508	483	451	986
Ao. Versorgungsbezüge	-	-	-	-	-
Summe	1.070	1.003	925	860	3.005

Kapitel 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.
Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.
Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.
Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. B-VG, im § 65, 65a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.
Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 124/1997, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulen und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	110.448,4	19.001,4	204.202,0	272.235,8	314.650,5	291.237,2
2000	117.689,5	19.041,9	207.758,5	262.406,6	325.448,0	281.448,5
2001	119.529,7	16.758,7	186.567,9	219.334,7	306.097,7	236.093,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich - abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Finanzierungen in fremder Währung - vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 536 Milliarden Schilling Ende 1998 auf rd. 1 623 Milliarden Schilling Ende 1999.

Titel 580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	69.848,0	4.220,9	153.459,3	219.678,3	223.307,3	223.899,2
2000	69.871,7	6.865,5	142.986,7	20.000,0	212.858,5	26.865,5
2001	70.952,1	3.328,2	117.641,3	20.663,3	188.593,4	23.991,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren verrechnet.

Titel 581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	18.399,3	0,0	18.642,0	10.124,9	37.041,3	10.124,9
2000	16.581,4	0,0	14.817,6	0,0	31.399,1	0,0
2001	15.864,7	0,0	13.190,0	0,0	29.054,7	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen und Kredite in heimischer Währung verrechnet.

Titel 582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	10.072,2	39,2	7.305,8	17.776,2	17.378,0	17.815,4
2000	10.531,8	24,0	27.636,9	0,0	38.168,8	24,0
2001	11.076,8	24,7	28.594,3	0,1	39.671,1	24,7

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Schuldverschreibungen und Bundesschatzscheine in fremder Währung sowie Ankäufe und Verkäufe von Wertpapieren verrechnet.

Titel 583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	714,5	0,0	395,2	0,0	1.109,7	0,0
2000	828,6	0,0	137,6	0,0	966,2	0,0
2001	896,8	0,0	0,0	0,0	896,8	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung verrechnet.

Titel 584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	6.041,2	9.426,2	24.399,7	24.656,4	30.440,9	34.082,6
2000	7.364,7	11.089,9	19.765,8	17.667,3	27.130,5	28.757,2
2001	8.556,4	13.363,4	5.072,3	5.460,3	13.628,7	18.823,7

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 580, 581, 582 und 583 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. - gewinnen und Spesen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen werden beim Titel 589 mitveranschlagt.

Titel 587 Gebarung mit Gegenposition

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2001	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1

Bei diesem Titel wird die unmittelbar miteinander verbundene Gebarung verrechnet.

Titel 588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Millionen Schilling			
1999	236,4	237,8	0,0	0,0	236,5	237,8
2000	3.486,0	0,0	2.413,8	224.739,3	5.899,8	224.739,4
2001	2.631,3	42,2	22.069,9	193.210,9	24.701,1	193.253,1

Paragraf 5880 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV)
Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 8/58809 Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG

Gesetzliche Grundlage
Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der geltenden Fassung § 16 Abs. 1 und § 65b Abs. 1.
Die Veranschlagung der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.
Im Voranschlag 2001 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 0,000 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraf 5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Gesetzliche Grundlagen
Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z. 2.
Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 2001 nach Erstellung des Voranschlages durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen (überplanmäßige Ausgaben gemäß § 41 Abs. 3 BHG und Art. V Abs. 3 BFG) bei den Titeln 580, 581, 582, 583 und 584.
Im Voranschlag 2001 sind für Zinsen und Aufgeld 2.630,8 Millionen Schilling und für Tilgungen 20.000,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraf 5882 Devisentermingeschäfte
Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 589 Sonstiger Aufwand

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	5.136,8	5.136,8	5.077,4
2000	0,0	9.025,2	9.025,2	1.062,5
2001	0,0	9.551,8	9.551,8	0,3

Voranschlagsansatz 1/58908 Aufwendungen
Voranschlagsansatz 2/58904 Erfolgswirksame Einnahmen
Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsdisagio, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsagio im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengebarung und dem Abschluss von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/58918 Aufwendungen mit Gegenposition
Voranschlagsansatz 2/58914 Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition
Bei diesen VA-Ansätzen werden Agio und Disagio von unmittelbar miteinander verbundener Gebarung verrechnet.

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt H (ausgenommen Angelegenheiten des Umweltschutzes und der Altlastensanierung).

Gesamtgebarung

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben			nahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.755,0	22.313,8	24.068,8	2.615,1
2000	1.922,3	21.552,3	23.474,6	2.750,3
2001	1.958,6	23.876,1	25.834,8	2.905,9

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind ab dem BVA 2000 auch Personalausgaben des Umweltbereiches im Titel 600 enthalten. Die Voranschlagsziffern 2000 und 2001 sind daher nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen Folgendes zu bemerken:

Titel 600 BM f. Land- und Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft

Gesetzliche Grundlagen

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995; AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. 1 Nr. 113/1997;
Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I. Nr. 73/1997;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/ 1994;
Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 155/1999;
Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 156/1999;
Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
Weingesetz 1999, BGBl. I Nr. 141/1999.
Bundesgesetz, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), BGBL. Nr. xx/2000

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen;
Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation;
Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der

Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardsthal bis zur Mündung in die March handelt; bi- und multilaterale sowie internationale Wasserwirtschaft, Wasserwirtschaft der Europäischen Union.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	376,1	1.260,2	1.636,3	142,1
2000	543,4	1.231,3	1.774,8	261,2
2001	629,9	1.346,9	1.976,7	453,4

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr
In den angeführten Beträgen sind auch die Personalkosten der Beamten des ehemaligen Paragraphen 6094 'Spanische Reitschule - Bundesgestüt Piber' sowie die aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), BGBL. Nr. xx/2000, zu leistende Bareinlage unter diesem Titel veranschlagt.

Paragraf 6000 Zentralleitung
Der Paragraph 6000 umfasst die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gemäß BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/ 1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gemäß BGBl. Nr. 11/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gemäß BGBl. Nr. 222/1985, sowie den Mitgliedsbeitrag für Internationale Donauschutzkommission gemäß BGBl. Nr. 139/1998, vorgesehen.
Unter diesem Paragraph ist auch für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60018 Agrarmarkt Austria
Die Bundesaufsicht über die 'Agrarmarkt Austria' wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992 vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ausgeübt. Unter diesem Voranschlagsansatz sind die Verwaltungsaufwendungen der Agrarmarkt Austria budgetiert.
Im BVA 2001 sind für diesen Zweck 508,1 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60027 Zahlungen im Zuge von Ausgliederungen
Unter diesem Voranschlagsansatz sind ab dem Jahr 2001 die Bareinlagen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem die Spanische Hofreitschule und das Bundesgestüt Piber rechtlich verselbständigt werden (Spanische Hofreitschule-Gesetz), BGBL. Nr. xx/2000 veranschlagt. Im Jahr 2001 ist hiefür ein Bundesbeitrag in Höhe von 47 Mio S vorgesehen.

Paragraf 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen
Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen
Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in §9 LWG vorgesehenen Lageberichtes ('Grüner Bericht') sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert. Weiters sind die veranschlagten Mittel für Anerkennungsprämien an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.
Die veranschlagten Mittel dienen auch der Führung des Wasserwirtschaftskatasters sowie der Erstellung wasserwirtschaftlicher Unterlagen gemäß § 25 Abs. 1 und 2 Wasserbautenförderungsgesetz, der Erstellung des Gewässerschutzberichtes gemäß Wasserrechtsgesetz und des Wassergüteberichtes gemäß Hydrographiegesetz.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum und Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS).

Die Mittel unter der Voranschlagspost forstpolitische Unterlagen' dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmenschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben, der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes sowie marktorientierter Analysen bezüglich forstlicher Produkte und Leistungen. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des 'Waldberichtes' nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs sowie des Landesschutzwaldkonzeptes erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hiefür veranschlagt.

Paragraf 6004 Notstandspol.Maßnahmen gem.§§ 31 u.138 WRG 1959
Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen
Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, dass die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinhaltung notwendige Anordnung trifft und durchführen lässt.

Paragraf 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes
Wasserkreislauf
In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, das unterirdische Wasser, den Niederschlag einschließlich der Quellen, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie auf die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.
Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, dass sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im Hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu übermitteln.
Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein Hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte
Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Novelle 1999 trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.
Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Messstellen, d. h. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/ 1991) von Grundwasser und Fließgewässern.
Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.
Diese Maßnahmen werden zum Großteil mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds finanziert.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben
Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift 'Förderungsdienst' mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (z.B. Parlament und Landtage) vorgesehen.
Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.
Im Bereich des Forstwesens und der Wasserwirtschaft werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen Woche des Waldes', und des 'Tages des Wassers', Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.
Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit, der Ministerkonferenz und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Paragraf 6007 Qualitätskontrolle
Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 2200/96, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 2930/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1967/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraf 6008 Sonstige Aufgaben
Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen
Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Intern.Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)
Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8.900 Tonnen Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 20,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen
Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1998 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 30,2 Millionen Schilling.
Weiters wurden im Bereich Forstwirtschaft 226.000 Schilling für den Transfer an sonstige Institutionen, und für forstliche Projekte im Zusammenhang mit der FAO 350.000 Schilling veranschlagt.

Paragraf 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975
Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen
Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gemäß § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlass der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gemäß Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gemäß § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesorgt.

Titel 601 BM (Förderung d.Land- u.Forstwirtsch.u.d. Ernährungswesens)
Gesetzliche Grundlagen
Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 298/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 102/1998;
Weingesetz, BGBl. Nr. 141/1999;
Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 155/1999;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/ 1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.
Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	1.616,7	1.616,7	8,4
2000	0,0	1.703,2	1.703,2	0,3
2001	0,0	1.910,4	1.910,4	0,3

Unterschiede gegenüber Vorjahr

Unter dem Titel 601 sind die Budgetmittel für die nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen veranschlagt. Der Mehrbedarf resultiert vor allem aus der erforderlichen Finanzierung von Überhängen und Neuvergaben land- und forstwirtschaftlicher Investitionskredite.

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

Beratungswesen

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch die Agenda 2000 beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.
Im Einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:
Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.
Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreiche Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Voranschlagsansatz 1/60126 Erschl.v.Wildbacheinzugsgeb.(Mittel d.Kat.Fonds,zweckg.Geb.)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich - biologische und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1999, BGBl. Nr. 141/1999, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der

Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung.

Voranschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen
Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau
Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, die Saatgutwirtschaft, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.
Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.
Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:
Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.
Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung
Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.
Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.
Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.
Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen
Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues
Die veranschlagten Mittel sind vor allem für Verbände von biologisch wirtschaftenden Landwirten vorgesehen, wobei insbesondere Beratung und Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden soll.

Förderung landtechnischer Maßnahmen
Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.
Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse
Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Investitionen für die Energieerzeugung (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen u.a.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im Besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen
Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie z. B. die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschusst.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen
Verkehrserschließung ländlicher Gebiete
Die veranschlagten Mittel sind zum Ausbau von dringend benötigten Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.
Durch diese Maßnahme wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen
Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und auf eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung
Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen
Werbung und Markterschließung
Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbessung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im pflanzlichen und tierischen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung für nicht gewerbliche Betriebe, (Urlaub am Bauernhof) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland für Bundes- und Landesorganisationen sollen bereitgestellt werden. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft bei Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur
Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, für die Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen
Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen.

Paragraf 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite
Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen
Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU - Fitnessprogrammes sowie für die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen
Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie für die Bearbeitung von Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU - Fitnessprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben
Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Es werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation - Vermehrungsverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben. Weiters werden Forschungsvorhaben im Schnittstellenbereich zur Holzwirtschaft finanziell unterstützt.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen
Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.
Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungskooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft
Unter den angeführten Zielvorgaben -- Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft
Bedeckung laufender Forschungsaufträge, BOKU - Spezialforschungsbereich, Waldökosystemsanierung, Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (Diversifikation und Marketing), Forschungsaufträge zum Themenkreis Ökologisierung der Waldbewirtschaftungssysteme (naturnahe Waldwirtschaft).

Wasserwirtschaft
Schwerpunktthemen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Grundwassersanierung im engen Zusammenhang mit Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung
Gesetzliche Grundlagen
Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben
Dem BMLFUW obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muss die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.
Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	3.605,3	3.605,3	0,0
2000	0,0	1.537,0	1.537,0	0,0
2001	0,0	1.497,0	1.497,0	0,0

Beim Titel 602 ist für die Ausfinanzierung der Programmplanungsperiode 1995 bis 1999 für die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1 -, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten Vorsorge getroffen; weiters sind die Mittel für die Förderung des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF), die Förderung des Ziel-1-Gebietes und

des Leader-Programmes im Rahmen des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes gem. Agenda 2000 sowie die entsprechenden Bundesanteile an diesen Förderungsmaßnahmen hier veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)
Der Strukturfonds 'Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung' beteiligt sich an der Finanzierung struktur- und regionalpolitischer Fördermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.
In diesem Ansatz finden sich dem entsprechend sowohl Maßnahmen des EAGFL-Ausrichtung, die die Periode 2000 bis 2006 betreffen (Ziel 1 und Gemeinschaftsinitiative Leader) als auch die Ausfinanzierung von Maßnahmen der Periode 1995 bis 1999, für die teilweise Zahlungen bis 2001 geleistet werden können (Ziel 1, Ziel 5a, Ziel 5b, Gemeinschaftsinitiativen Leader II und Interreg II A).

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes
Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60206 dargestellten Maßnahmen erforderlichen nationalen Kofinanzierung, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen
Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument f.d. Ausr.d.Fischerei (FIAF); Mittel der EU
Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorpl.Fischerei u.Aquak.,Erzeugerorg. d. Fisch.wes.;BA
Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB. Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume).
Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen
Gesetzliche Grundlagen
Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben
Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.
Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	13.051,0	13.051,0	479,2
2000	0,0	14.580,0	14.580,0	505,8
2001	0,0	16.638,0	16.638,0	505,8

Unterschiede zu Vorjahren
Aufgrund der Einführung der Agenda 2000 ergibt sich einerseits ein höherer Bedarf an Marktordnungsprämie, andererseits sind auch die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes ab dem Jahr 2000 im Bereich des EAGFL-Garantie veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkult.,Zucker u.Textilpfl.)Überw.a.d.AMA
Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.
Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein sowie Beihilfen für die Flächenstillegung und Rohstofferzeugung auf diesen Flächen laut EU-VO 1251/1999 und deren Durchführungsbestimmungen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen, die Lagerkostenvergütung und die Produktionserstattung für Zucker die Produktionserstattung für Stärke sowie die Stärkeprämie und die Ausgleichszahlung für Kartoffelstärke.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)
Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation, Umstellung, absatzfördernde Maßnahmen, operationelle Programme ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA
Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen (EAGFL-Garantie)
Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-VO 1221/97 für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsausg. u. flank. Maßn. (Bundesanteile)
Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist eine zusätzliche Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen. Zudem sind bei diesem Ansatz Mittel für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen, wie z.B. nationale Zuschüsse für Lagerhaltung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig nach der EU-VO 1221/97, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60366 Förderungen der Entwicklung d.ländl. Raumes, EAGFL-Garantie
Die Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raums werden ab dem Jahr 2000 aus der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) kofinanziert. Diese Maßnahmen lösen eine Reihe von Maßnahmen, die bisher aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL kofinanziert wurden, ab (Ziel 5a und Ziel 5b).
Die Maßnahmen umfassen im gesamten Bundesgebiet:
die Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL);
die Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten;
die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen;
in den Gebieten außerhalb des Zieles 1 (Burgenland) betreffen die Förderungen außerdem Maßnahmen in den Bereichen:
Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben;
Prämien für die erste Niederlassung von Junglandwirten; - Berufsbildungsmaßnahmen;
Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
Forstwirtschaft;
Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten;
wie sie im 'Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums' dargestellt sind.

Insgesamt stehen für den Programmzeitraum 2000 bis 2006 Mittel des EAGFL-Garantie in Höhe von 2.960,7 Millionen Euro zu Preisen wie 1999 zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60376 Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes, Bundesanteil
Dieser Ansatz umfasst die Bundesanteile der für die Verwendung der bei Ansatz 1/60366 dargestellten Maßnahmen, sofern sie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffen.

Voranschlagsansatz 2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel
Im Rahmen der Zuckermarktordnung der EU wird von den Mitgliedstaaten gemäß VO 1785/81 die Zuckerabgabe eingehoben, welche abzüglich der Verwaltungstangente an die EU weitergeleitet wird.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten

Gesetzliche Grundlagen
Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;
Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;
Saatgutgesetz 1997 - SaatG 1997, BGBl. I Nr. 72/1997;
Weingesetz, BGBl. Nr. 141/1999;
Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;
Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;
Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 60/1997.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.034,0	415,8	1.449,8	174,1
2000	1.034,0	382,3	1.416,2	176,0
2001	1.033,7	382,5	1.416,2	176,5

Paragraf 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Aufgaben
Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.
Der Wirkungsbereich der höheren Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau umfasst darüber hinaus laut BGBl. Nr. 515/1994 hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens. Dazu gehören u. a.:
1. Forschung auf den Gebieten Weinbau, Obstbau, Obstlagerung, Kellerwirtschaft und Obstverarbeitung; amtliche Weinkommission.
2. Forschung auf dem Gebiet Gartenbau einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung gärtnerischer Produkte; Sortenprüfung.

Organisation
In Wien:
Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:
Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt 'Francisco-Josephinum' in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:
Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraf 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.
Aufgaben
Der Wirkungsbereich der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesanstalten umfasst hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen u. a. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, der Tierzucht sowie der Milchwirtschaft und Landtechnik wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation
Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und Bundesanstalten:

Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)
Der Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen -und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienenzucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.
Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst), Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtsproben, Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)
Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.
Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der

landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.
Forschung u. a. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Biodiversität.

Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)
Der Wirkungsbereich umfasst unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.
Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission; Behörde 1. Instanz bei der Bescheiderteilung über die staatliche Prüfnummer.

Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)
Ihr Wirkungsbereich umfasst die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.
Forschung u. a. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)
Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käsereikulturen

Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)
Ihr Wirkungsbereich umfasst Forschung und Entwicklung auf den Sektoren Eutergesundheit, Milchhygiene, Gewinnungs- und Sammlungstechnik, Verfahrenstechnik, Qualitätssicherung, Analysentechnik im chemischen und mikrobiologischen Bereich, die Untersuchung von Milch und Erzeugnissen aus Milch, die Begutachtung von Molkereihilfsstoffen, Zusatzstoffen, Reinigungs- und Desinfektionsmitteln, Maschinen und Geräten, weiters die Be- und Verarbeitung von Milch, in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse sowie Herstellung und Vertrieb von Standard-Eichlösungen.

Beide Anstalten sind darüber hinaus in die milchwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eingebunden.

Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet der Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich, insbesondere Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik und der nachwachsenden Rohstoffe;
Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft einschließlich der Hauswirtschaft sowie der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung;
Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, technischer Einrichtungen und Verfahren hinsichtlich technischer und leistungsmäßiger Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, auf Betriebs- und Arbeitssicherheit, ergonomisch richtige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit und die Verleihung von Prüfzeichen hierüber; Untersuchung und Prüfung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen für den Nichtnahrungsmittelbereich

Paragraf 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Aufgaben und Organisation
Bei diesem Paragraphen ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn
bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschule in Waldhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.
Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forst-

dienst (Förster) sowie eine fundierte Ausbildung für die Bereiche Natur- und Umweltschutz. Der Maturant erreicht die Studienberechtigung an Universitäten, Fachhochschulen und Akademien.
Die Forstfachschule vermittelt die Ausbildung für Forstwarte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eine qualifizierte Ausbildung eröffnet wird.

Paragraf 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Waldforschungszentrum FBVA
Forschungsbereich und Fachgebiete
Als Hauptträgerin des angewandten forstlichen Forschungs- und Versuchswesens in Österreich ist die Forstliche Bundesversuchsanstalt mit der fachwissenschaftlichen Bearbeitung und Lösung forstlicher Fragen beauftragt. Ihre Aufgaben bestehen aus Forschung, Versuchstätigkeit, Gutachtertätigkeit und Beratung. Die Forstliche Bundesversuchsanstalt umfasst die acht Fachinstitute Waldbau, Forstgenetik, Forstökologie, Forstschutz, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Immissionsforschung Forstchemie sowie Lawinen- und Wildbachforschung, weiters sechs Abteilungen für wissenschaftliche und technische Hilfsdienste.
Die Schwerpunkte der Forschungs- und Untersuchungstätigkeit sind Waldschadenserhebungen und Umwelt-Monitoring sowie Programme zur Erhaltung und Sicherung des österreichischen Waldes und zur Risikoabschätzung von Muren und Lawinen. Viele Arbeiten dienen der Erfüllung internationaler Verpflichtungen, so der Einrichtung und wissenschaftlichen Betreuung des österreichischen Naturwaldreservatennetzes (Ende 1999 164 Reservate mit 7.955 ha Fläche) und der beiden Projekte 'Österreichisches Waldschaden-Beobachtungssystem' und 'Flächen zur intensiven und fortgesetzten Waldzustandsüberwachung', welche Daten über den österreichischen Waldzustand für EU- und andere internationale Gremien erheben. Sie liefern gleichzeitig Eckdaten für die österreichische Forstpolitik, was in besonderem Ausmaß auch für die österreichische Waldinventur gilt. Das österreichische Bioindikatornetz ermöglicht eine Abschätzung der Schadstoffbelastung des Waldes, in erster Linie in Bezug auf Schwefeleinwirkung.
Im Rahmen der ökosystemaren Studien am Höhenprofil Achenkirch in Tirol erforscht die FBVA gemeinsam 1999 wurde das weltweit erste mehrdimensionale Lawinenkatastrophenmodell SAMOS, eine Gemeinschaftsforschung der FBVA, WLV, der TU Wien und der Grazer Firma AVL, einsatzfähig.
Weiter wichtige Projekte dienen der Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder und der Zusammenarbeit im Rahmen der EU im Bereich der Forstgenetik (Biodiversität in alpinen Waldökosystemen, Abschätzung der genetischen Variation im Vermehrungsgut der Rotbuche), der Forstökologie (Beziehungen zwischen Wachstumsänderungen und Ernährungszustand in europäischen Fichten-, Kiefern- und Buchenwäldern), im Forstschutz (Befallsrisiko von Splintholznematoden in Zusammenhang mit der südeuropäischen Kiefernwelke und Holzimporten aus Asien), in der Immissionsforschung (Reaktion junger Fichten auf Ozon-, Wasser- und Nährstoffstress) und in der Lawinenforschung (Lawinenkartierung, Modellvalidierung und Warnsysteme sowie Concerted Action on Forecasting, Prevention and Reduction of Landslide and Avalanche Risks).

Paragraf 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
Der Sitz der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft ist Wien.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:
Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;
Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraf 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Der Sitz der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist Wien.
Ihr Wirkungsbereich umfasst gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.
Zu ihrem Wirkungsbereich gehören insbesondere:
Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit un-

günstiger Struktur;
Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraf 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft
Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben
1. Institut für Wassergüte in Wien.
Der Aufgabenbereich umfasst die Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.
Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster, Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.
Der Aufgabenbereich des Institutes umfasst die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.
Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtvolkswirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Messgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde
Der Aufgabenbereich umfasst Erarbeitung sachlicher Grundlagen zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflussfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

Gesetzliche Grundlagen
Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	23,0	468,8	491,8	8,2
2000	23,0	464,3	487,4	9,3
2001	23,1	464,3	487,4	9,3

Paragraf 6071 Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen
Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50%. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben
Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, dass sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraf 6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Aufgaben
Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.
Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie auch die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.
Sie nehmen darüber hinaus zunehmend Aufgaben der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit sowie der Waldpädagogik wahr.
Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/ 1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

Gesetzliche Grundlagen
Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 5167 1994;
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	149,6	1.748,8	1.898,4	1.717,9
2000	149,6	1.571,7	1.721,3	1.712,0
2001	149,3	1.571,7	1.721,0	1.711,9

Paragraf 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst
Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation
Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Waserwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.
Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen

Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.
Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraf 6081 Öffentliches Wassergut
Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraf 6082 Wildbach- und Lawinenverbauung
Im BVA 2001 sind nur Erinnerungsposten vorgesehen. Bei Bedarf kann die Ermächtigung gemäß Art. VI, Z 16 BFG 2001 in Anspruch genommen werden.

Paragraf 6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d.Katastrophenfonds)
Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb.Geb.)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungsk.f.Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckg.Geb)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinenverbauung zu verwenden.

Paragraf 6084 Bundesflüsse
Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraf 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)
Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der Donau, March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraf 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)
Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflussverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten usw. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässem bzw. sonstigen vom

Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)
Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)
Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen
Weingesetz, BGBl. Nn 141/1999;
Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 73/1997;
Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997;
Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;
Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	172,3	90,1	262,4	74,4
2000	172,3	82,5	254,8	85,8
2001	122,6	65,2	187,9	48,6

Unterschiede zu Vorjahren
Infolge der Ausgliederung der Spanischen Reitschule - Bundesgestüt Piber und Umwandlung in eine GesmbH mit Wirkung vom 1. Jänner 2001 ist der Paragraph 6094 ab dem Jahr 2001 nicht mehr dotiert.

Paragraf 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) sowie sonstiger Maßnahmen im Pflanzenschutzbereich entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraf 6091 Bundeskellereiinspektion

Aufgaben und Organisation
Auf Grund des § 51 Abs. 1 des Weingesetzes 1999 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Oberwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.
Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.
Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung

ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Paragraf 6093 Bundesgärten

Aufgaben und Organisation
Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schlosspark in Ambras.
Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schlosspark Ambras).
Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien zahlreiche Bundesgebäude (z. B. Hofburg, Parlament, Justizpalast usw.) gärtnerisch zu betreuen.

Paragraf 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Aufgaben und Organisation
Bei diesem Paragraphen sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhube, Kollerhube, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.
Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhube und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.
Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhube sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.
Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Kapitel 61 Umwelt neu

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt H, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	4.686,5	4.686,5	2.865,0
2001	0,0	6.102,0	6.102,0	3.472,0

Auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2000 sind die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes mit Wirkung 1. April 2000 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übertragen worden. Die mit dem Umweltschutz in Zusammenhang stehenden Ausgaben und Einnahmen waren bis vor dem Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle bei Kapitel 18 veranschlagt.

Titel 610 Bundesministerium; Zweckaufwand I

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	88,8	88,8	0,0
2001	0,0	101,6	101,6	2,1

Die Personalausgaben für die Zentralleitung sind beim Titel 600 mitveranschlagt.
Unter den Sachausgaben sind die Ausgaben für die Zentralleitung des Umweltbereiches (Anlagen, Aufwendungen) veranschlagt.

Titel 611 Bundesministerium; Zweckaufwand II

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	148,2	148,2	0,0
2001	0,0	222,3	222,3	0,0

Paragraf 6110 Umweltbundesamt Gesellschaft m.b.H. (UBA-GmbH)
Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Umweltkontrolle und die Einrichtung einer Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier werden Zahlungen an die mit 1. Jänner 1999 gegründete UBA-GmbH verrechnet.

Titel 612 Umweltschutz

Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. II Nr. 95/1997;
Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000;
Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 89/2000;
Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;
Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH, BGBl. Nr. 653/1996;
Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Oberösterreichische Kalkalpen Gesellschaft m. b. H., BGBl. I Nr. 50/1997;
Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Thayatal GmbH, BGBl. I Nr. 57/1998;
Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/1994;
Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. I Nr. 39/2000;
Washingtoner Artenschutzübereinkommen-Durchführungsgesetz, BGBl. Nr. 179/1996;
Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;
Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;
Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 115/1997;
Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, BGBl. I Nr. 115/1997;
Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/1999;
Chemikaliengesetz, BGBl. I Nr. 53/1997;
Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;
Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/2000;
Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 309/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 228/1993;
Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;
Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993, zuletzt geändert duch BGBl. I Nr. 137/1999;
Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1998;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:
die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
die Umweltförderung im Inland,
die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa) und
die Förderung der Altlastensanierung.

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Kommunalkredit Austria AG betraut.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	4.449,5	4.449,5	2.865,0
2001	0,0	5.778,1	5.778,1	3.469,9

Unterschiede gegen Vorjahre
Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert vor allem aus der Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Altlastensanierung. Daraus ergeben sich in gleicher Höhe zu veranschlagende zweckgebundene Einnahmen.

Paragraf 6120 Umweltpolitische Maßnahmen
Anlagen
Hier ist für die Einrichtung von Messstellen nach dem Smogalarmgesetz vorgesorgt.

Förderungen
Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.
Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.
Insbesondere sind Förderungsmittel für den Betrieb und Erweiterungen von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Instandhaltungskosten für Messgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch Ausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung der Gesetze und der Finanzierung der Nationalparkgesellschaften Donau-Auen, Kalkalpen und Thayatal.

Paragraf 6121 Ersatzvornahmen (Altlasten)
Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten) die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind.
Im Wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung (Sanierung) von Deponien veranschlagt.

Paragraf 6122 Altlastensanierung (zweckgeb.Geb.)
Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gemäß § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraf 6123 Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb.Geb.)
Unter diesem Paragraf wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft gemäß § 16f UFG nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraf 6124 Sonstige Umweltmaßnahmen
Bei diesem Paragraf werden Mittel für die Umweltförderung im Inland und im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Paragraf 6125 Strahlenschutz
Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Messgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.
Weiters sind die Kosten für die erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.
Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/61266 EU-Förderungen
Bei diesem Ansatz wird der Anteil der Europäischen Union an Aktionsprogrammen und Strukturfonds im Umweltbereich verrechnet.
Weitere Details über EU-Beträge und Rückflüsse können den Erläuterungen zu Kapitel 52, Titel 529, entnommen werden.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	744,8	3.125,1	3.869,9	925,0
2000	1.303,7	49.708,5	51.012,2	48.089,4
2001	1.580,0	62.055,0	63.635,0	59.043,0

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2001 nur teilweise mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Agenden auf Kapitel 63 übertragen bzw. zu anderen Kapiteln abgegeben worden:

1. Empfangene Aufgabenbereiche:
Paragraf 6341 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU von Paragraf 1501,
Paragraf 6342 Insolvenz-Ausfall-Geldfonds (zweckgeb. Gebarung) von Paragraf 1502,
VA-Ansatz 1/63457 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik von VA-Ansatz 1/15057,
Titel 635 Arbeitsmarktpolitik I von Titel 155,
Titel 636 Arbeitsmarktpolitik II von Titel 156,
Paragraf 6390 Heimarbeitskommission von Paragraf 1590,
Paragraf 6392 Arbeitsinspektion von Paragraf 1592.

2. Abgegebene Aufgabenbereiche:
Teile des Paragrafen 6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich) zu Paragraf 6531,
Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens zu Titel 658.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Aufgaben
Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:
Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltechnikerwesens.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	576,1	343,6	919,7	243,7
2000	592,5	404,4	996,9	303,4
2001	618,7	416,7	1.035,4	287,4

Förderungen
Hier ist für den Zuschuss des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn GesmbH., an die Schloss Schönbrunn GesmbH. und an die Austrian Business Agency vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier sind hauptsächlich der Beitrag zur Internationalen Arbeitsorganisation, die Beiträge für die WTO und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen
Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;
Bundesgesetz über besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderungsgesetz), BGBl. Nr. 432/1996;
Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;
Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Aufgaben
Die Förderungen erfolgen in:
Angelegenheiten des Tourismus;
Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffeförderung);
Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	2.720,6	2.720,6	96,3
2000	0,0	1.533,0	1.533,0	30,2
2001	0,0	1.529,0	1.529,0	30,2

Förderungen
Tourismusförderung
Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,
- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungs-gebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen
Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.
Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekannt gegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung
Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.
Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.
Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze - Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler -, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.
Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)
Beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sind Mittel für die gewerbliche Wirtschaft veranschlagt.

Aufwendungen
Verein Österreich Werbung
Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein 'Österreich-Werbung' obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.
Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Osterreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen
Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Tourismus und der Sonstigen Wirtschaft sowie Werkleistungen im Rahmen der Osthilfe ist hier vor allem für die Abgeltung des Verwaltungsaufwandes der BÜRGES und der ÖHT, die Beiträge an die Innovationsagentur und den Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse vorgesorgt.

Titel 633 Bergbehörden

Gesetzliche Grundlagen
Mineralrohstoffgesetz - MinroG, BGBl. 1 Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/ 1999;
die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/ 1999 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten,
Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1999,
die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954,

die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. II 412/1999,
die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/ 1963, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 38/1999,
die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. II Nr. 38/1999,
die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. II Nr. 412/1999,
Bergpolizeiverordnung für Elektrotechnik, BGBl. I Nr. 38/1999;
Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;
Bundesgesetz über das Grubenwehrehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;
Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben
Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	26,0	12,3	38,3	248,1
2000	26,7	7,6	34,3	290,4
2001	26,4	6,4	32,8	278,1

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Titel 634 Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	2.500,0	2.500,0	0,0
2001	0,0	0,5	0,5	300,2

Paragraf 6341 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU
Vorsorge für Weitergabe der Rückflüsse aus der EU aus dem EPPD 1995 bis 1999.

Paragraf 6342 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (zweckgeb.Geb.)
Gemäß BGBl. I Nr. 107/1997 ist der Insolvenz-Ausfall-Geldfonds berechtigt, dem Bund zweckgebundene Mittel zur Bedeckung von Ausgaben zur Verfügung zu stellen.

Voranschlagsansatz 1/63457 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
Der Bundesbeitrag gem. § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG entfällt ab dem Jahr 2001. Für die Möglichkeit der Überweisung des Bundes aus der Verpflichtung gem. § 6 Abs. 8 AMPFG (Abgangsdeckung) ist weiterhin Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 2/63464 Überweisung vom AMS
Hier wurde die Überweisung aus dem Erstattungsfonds gem. § 14 EFZG zur Finanzierung der Ausgaben für das Jugendausbildung-Sicherungsgesetz veranschlagt.

Titel 635 Arbeitsmarktpolitik (I)

Gesetzliche Grundlagen

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 15/2000,
Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 44/ 2000;
Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999;
Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz - SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 44/2000;
Karenzgeldgesetz BGBl. 1 Nr. 47/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 174/1999.

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger Arbeitsmarktservice geschaffen.

Aufgaben

Im Rahmen der Fortsetzung der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist es das Ziel des Arbeitsmarktservice zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.
Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitsuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.
Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	476,4	43.942,7	44.419,1	47.411,5
2001	704,0	57.138,8	57.842,8	57.842,8

Paragraf 6350 Ämter des AMS
Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, dass Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 742 Millionen Schilling umfasst den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten zuzüglich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraf 6351 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG
Angesichts der im Jahr 2001 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage - sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch - adäquat abgestimmt.
Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, dass jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.
Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.
Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, dass auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, dass das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraf 6351 verbucht.
Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.
In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, dass alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung - von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs - angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlussmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.
Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten Arbeitnehmerinnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge
Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und - in Kombination mit verschiedenen

Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte - systematisch einzurichten.
ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.
Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.
Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluss an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, dass die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.
Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.
Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.
Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muss jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungsweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Voranschlagsansatz 1/63527 Überweisungen für sonstige Maßnahmen
Überweisung an den Bund gem. § 6 Abs. 7 letzter Satz AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/63547 Sonderunterstützung
Nach § 1 Absatz 1:
Angenommen wurden 2.075 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues) mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 20.571 S. Der Gesamtaufwand (14 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 738 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG
Gemäß BGBl. I Nr. 47/1997 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AlVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/63557 Leistungen nach dem AlVG und KGG
Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 98.600 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 68.500 Bezieher/innen von Notstandshilfe, 7.500 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe und 78.000 Bezieher/innen von Karenzurlaubsgeld.
Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 10.250 Schilling monatlich, die durchschnittliche Notstandshilfe mit 8.490 Schilling monatlich, die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 6.490 Schilling monatlich und das durchschnittliche Karenzurlaubsgeld (inklusive Karenzurlaubszuschüsse) mit 6.100 Schilling monatlich angenommen. Hiezu kommen noch Kranken- und Pensionsver-

sicherungsbeiträge.
Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 9,1vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher/innen wurden 22,8vH des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63567 Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß § 6 Abs. 8 AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/63577 Überweisung an das AMS
Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.
Für die Möglichkeit der Zahlung des Bundes an das Arbeitsmarktservice gemäß § 1 Abs. 1 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 5 AMPFG (Überschüsse der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) ist vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/63578 Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG
Hier sind die Personal- und Sachaufwendungen (ausgenommen Ruhegenüsse für Beamte sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage) des Arbeitsmarktservice für die Vollziehung des Arbeitsmarktservicegesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung
Die den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung für die Einhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge erwachsenden Kosten werden in einem hier veranschlagten Pauschalbetrag abgegolten.

Voranschlagsansatz 1/63597 Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.
Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen
Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63530 Überweisungen für arbeitsmarktpol. Maßn. (EU)
Bei diesem Ansatz werden Rückflüsse aus der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen) verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/63550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)
Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 und 7 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

Voranschlagsansatz 2/63570 Überweisung vom AMS
Hier sind Beiträge des Arbeitsmarktservice an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs. 1 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (Abgangsfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice) vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/63580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)
Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG mit einem Beitragssatz von 6,0vH einzuheben.
Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden rd. 2.645.000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 23.750 Schilling monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/63581 Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb.Gebarung)
Unter diesem VA-Ansatz sind die Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs. 3 AMPFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/63591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
Hier wird Vorsorge für den Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 Abs. 9 AMPFG getroffen, der im Falle eines Abganges der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu leisten ist.

Titel 636 Arbeitsmarktpolitik (II)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/1997;
Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 44/2000;
Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1997;
Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz 1998, BGBl. I Nr. 14/1999;
Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 179/1999.

Aufgaben
Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	1.251,0	1.251,0	0,0
2001	0,0	2.864,8	2.864,8	300,1

Voranschlagsansatz 1/63626 Sicherung der Jugendausbildung
Bei diesem Voranschlagsansatz werden Ausgaben gemäß BGBl. I Nr. 14/1999 (Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz) veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete
Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für Leistungsbezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Paragraf 6363 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)
Hier sind die EU-Anteile arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG für die Agenda 2000 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/63656 Beschäftigungsprogramm
Die Umsetzung des nationalen Aktionsplanes zur Beschäftigung wird ab dem BVA 2000 bei 1/63516 veranschlagt.

Paragraf 1/6366 Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG
Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung nach dem AMFG

Voranschlagsansatz 1/63665 Förderungen (D)
Unternehmensbezogene Förderungen (Darlehen) nach dem AMFG an klein- und mittelständische Unternehmen, Unternehmen in Problemregionen und Unternehmen in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/63666 Förderungen
Unternehmensbezogene Förderungen (Zuschüsse) nach dem AMFG an klein- und mittelständische Unternehmen, Unternehmen in Problemregionen und Unternehmen in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Titel 639 Verschiedene Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen
Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2000;
Schlichtungsstellen - Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;
Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch Art. 5 des BGBl. I Nr. 44/2000;
Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 683/1995;
Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;
Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 63/1997;
Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;
Bundesbediensteten-Schutzgesetz - BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 631/1994;
Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1997.
Mineralrohstoffgesetz - MinroG, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 184/1999.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	162,8	59,8	222,6	4,2
2001	230,9	98,8	329,7	4,3

Paragraf 6390 Heimarbeitskommissionen

Aufgaben und Organisation
Anzahl der Ämter:
Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;
3 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 2 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.
Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluss, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1-6 a Arbeitsverfassungsgesetz.
Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuss einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.
Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben
Dieser Paragraf umfasst die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.
Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befassten Gerichtshofes besorgt.

Paragraf 6392 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation
Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der ArbeitnehmerInnen wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes - BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 (Inkrafttreten des ersten Bundesbedienstetenschutzgesetzes, das nunmehr durch das B-BSG ersetzt wurde) wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt. Mit Inkrafttreten des Mineralrohstoffgesetzes, BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999, mit 1. Jänner 1999 wurde der Arbeitsinspektion auch die Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes im gesamten Bereich der Mineralrohstoffgewinnung, der zuvor von den Bergbehörden wahrgenommen wurde, übertragen.

Anlagen
Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Messgerätesektor vorgesorgt.
Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen
Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des ArbeitnehmerInnenschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hiefür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.
Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen
Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 364 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 38vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.
Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt L, Z21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	1.713,4	15.272,7	16.986,1	2.352,7
2000	1.409,0	7.255,2	8.664,2	848,2
2001	1.233,0	5.940,0	7.173,0	786,0

Durch die Neuordnung der Ministerialkompetenzen auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle sind die Voranschlagsziffern für das Finanzjahr 2001 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar. Im Wesentlichen sind folgende Aufgabenbereiche von Kapitel 64 abgegeben worden.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung zu Titel 656;

Paragraf 6415 Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz), Paragraf 6416 Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung), VA-Ansatz 1/64196 Sonstige Förderungsmaßnahmen; Förderungen und Titel 644 Wasserbauverwaltung zu Titel 654;

Teile von Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung, VA-Ansatz 1/64633 Liegenschaftsverkäufe für die Landesverteidigung und Paragraf 6473 Bauten für die Landesverteidigung zu Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten.

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betr.ähnl.Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	27,1	52,2	79,4	13,4
2000	27,6	57,4	85,0	22,4
2001	26,9	52,9	79,8	22,4

Paragraf 6401 Bundesmobilienverwaltung

Aufgaben

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien, sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloss Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Paragraf 6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Gesetzliche Grundlage
Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben
Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

Paragraf 6403 Beschussämter

Gesetzliche Grundlage
Beschussgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben
Die Beschussämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.
Daneben führen beide Beschussämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schusssicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmacher, Jägern usw. das Einschießen sowie Schusserprobungen ermöglichen.
Fallweise werden die Beschussämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.
Von den Bediensteten der Beschussämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nicht erprobte oder mit ungültigen Beschusszeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben
Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagengütern veranschlagt.

Paragraf 6406 Bäder
Aufgaben
Führung der laufenden Geschäfte des Bundesbades Alte Donau.

Ausgaben
Veranschlagung der Betriebskosten des Bundesbades. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Paragraf 6407 Regierungsgebäude

Hier wird der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.
Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	150,5	150,5	90,3
2000	0,0	74,1	74,1	30,2
2001	0,0	43,4	43,4	7,9

Paragraf 6414 Wohnbauforschung

Gesetzliche Grundlage
Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/ 2000.

Aufgaben
Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfasst insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Paragraf 6417 Technisches Versuchswesen

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/ 1997.

Aufgaben
Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Mess- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Paragraf 6418 Allgemeine Bauforschung

Gesetzliche Grundlagen
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/ 1993.

Aufgaben
Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben
Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche

und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Paragraf 6419 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Aufwendungen
Im Wesentlichen sind hier die Beiträge an INFOTHERM und das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau veranschlagt.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongresszentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	834,8	131,8	966,7	143,9
2000	590,3	129,3	719,6	122,2
2001	459,5	144,3	603,7	122,2

Paragraf 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Aufgaben
Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schlossverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Aufwendungen
Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Paragraf 6452 Kongresszentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongresszentrums.

Paragraf 6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr.ähnl.Einr.)

Gesetzliche Grundlagen
Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xxx/2000;
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben
Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Ausgaben
Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Aufgaben
Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.
Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfasst Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemein historischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen.
Im Rahmen des Amtshilfeverfahrens leistet die BBD Wien verschiedenen Einrichtungen des Bundes Unterstützung in technischen Fragen.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	38,5	720,6	759,1	376,7
2000	32,7	509,8	542,5	353,3
2001	30,9	496,3	527,2	428,1

Paragraf 6460 Betriebskosten und Hauserfordernisse

Organisation
Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen (Bundesdienststellen und im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung).
Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte, (ohne Wien).

Ausgaben
Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe
Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefasst.
Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.
Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG
Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xxx/2000, stellt sich derzeit wie folgt dar:

	BVA 2001	BVA 2000	Erfolg 1999
		Millionen Schilling	
Mietenzahlungen der Ressorts (Aufwendungen, VA-Post 7024):			
Bereich Bildung und Kultur	1.422	1.495	1.833
Bereich Wissenschaft	1.900	1.494	1.900
sonstige Nutzer	415	380	357
Summe Mietenzahlungen	3.737	3.369	4.090
Einnahmen:			
Fruchtgenussentgelt (2/54624, VA-Post 8244):	1.029	996	1.045

Hinsichtlich der Ausgliederung der Bundesliegenschaften an die BIG, soweit sie nicht historische Bauten und militärische Liegenschaften, die in der Verwaltung des Bundesministeriums für Landesverteidigung stehen, betreffen, ist ein Gesetzesentwurf in Ausarbeitung.

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)
Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Millionen Schilling		
1999	0,0	6.554,6	6.554,6	92,6
2000	0,0	5.300,1	5.300,1	29,1
2001	0,0	5.014,5	5.014,5	19,2

Voranschlagsansatz 1/64708 Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG

Hier werden 12vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1997 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Paragraf 1/6471 Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

1 Allgemeinbildende Schulen
Allgemein bildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen 7Bundeserziehungsanstalten-), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB. Bundesschullandheime, Bundeskonvikte, das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeninstitut Wien.

2. Berufsbildende Schulen
Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Paragraf 1/6472 Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Paragraf 1/6474 Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Paragraf 1/6475 Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragrafen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.
Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Gesetzliche Grundlagen
Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;
Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1997 und die dazu ergangenen Verordnungen

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	725,5	180,5	906,1	185,9
2000	731,1	183,6	914,7	186,2
2001	715,8	188,6	904,4	186,1

Aufgaben des Eichwesens
1. Aufbewahrung der Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten, für ihren Anschluss an die internationalen Etalons sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festlegen;
2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Messtechnik durch Verordnung festlegen;
3. für die eichpflichtigen Messgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen erlassen und im 'Amtsblatt für das Eichwesen' kundmachen;
4. Zulassung neuer Messgerätebauarten zur Eichung;
5. Eichung von Messgeräten;
6. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen;
7. Prüfung und Beglaubigung von Messgeräten im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes, Durchführung entsprechender Untersuchungen und Förderung der Messtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten; Erlassung von Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Messgeräte.

Aufgaben des Vermessungswesens
Die auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen - zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform -, im Besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:
1. Die Grundlagenvermessungen, und zwar
a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,

c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und
d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen;
8. Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes).

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im Wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.
Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	358,4	25.857,1	26.215,5	3.336,7
2000	639,0	30.628,0	31.266,9	7.045,1
2001	759,8	40.942,2	41.702,0	4.965,9

Im Einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie umfasst im Wesentlichen Folgendes:

Angelegenheiten der Verkehrspolitik,

Angelegenheiten des Verkehrswesens bezüglich Eisenbahnen, Schifffahrt und Luftfahrt,

Angelegenheiten der Straßenpolizei, Unfallforschung, Kraftfahrwesen,

Angelegenheiten der Bundesstraßen und der Unternehmen, die mit Bau und Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind,

Angelegenheiten des Wasserbaues hinsichtlich der Flüsse Donau, March, Thaya und sonstiger Wasserstraßen, Hochwasserschutzangelegenheiten, Verwaltung des Marchfeldkanals,

Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs und der Beförderung im Werksverkehr,

Angelegenheiten der Österreichischen Bundesbahnen und der Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an Eisenbahnunternehmungen, an der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH, der Schienen-Control Österreichische Gesellschaft für Schienenverkehrsmarktregulierung GmbH, der Brenner Eisenbahn GmbH, der Graz-Köflacher Eisenbahn GmbH, der Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG, der Lokalbahn Lambach-Vorchdorf-Eggenberg AG, der Verkehrsverbund-Ost-Region GmbH, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG und der Zillertaler Verkehrsbetriebe AG,

Angelegenheiten des Arbeitsschutzes für Arbeitnehmer der Verkehrsbetriebe,

Regulierung des Post- und Telekommunikationswesens,

Angelegenheiten der wirtschaftlich-technischen Forschung (soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen) und

Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes insbesondere Patentwesens.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	341,3	298,4	639,7	2.272,6
2000	411,1	367,6	778,7	4.346,3
2001	446,9	378,9	825,8	1.833,1

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Verminderung der Einnahmen im BVA 2001 resultiert in erster Linie aus der nur im Jahr 2000 veranschlagten Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenz.

Paragraf 6500 Zentralleitung

Unter diesem Paragrafen sind die Verwaltungsausgaben des Bundesministeriums und auch Beiträge an internationale Organisationen, wie ICAO-Montral, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den

internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, TER, TEM, AIPCR und UPU veranschlagt.
Ebenso sind die Instandhaltung und Betriebskosten des elektronischen Ökopunktesystems veranschlagt. Ab 2001 sind die 2000 unter Paragraph 6503 veranschlagten Personal- und Verwaltungsausgaben für den mit Wirkung vom 1. April 2000 von Kapitel 64 übernommenen Aufgabenbereich hier mitveranschlagt.

Paragraf 6501 Schifffahrtspolizei
Gesetzliche Grundlagen
Schifffahrtsgesetz, BGBl. I Nr. 62/1997, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 9/1998;
Wasserstraßen-Verkehrsordnung, BGBl. Nr. 265/1993, zuletzt geändert mit BGBl. II Nr. 237/1999.

Aufgaben
Die Aufgaben der Schifffahrtspolizei sind rein hoheitlicher Natur und umfassen insbesondere die Überwachung der die Schifffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, die Erteilung schifffahrtspolizeilicher Weisungen, die Regelung der Schifffahrt, insbesondere die Anbringung, Instandhaltung und Entfernung von Schifffahrtszeichen und die Bezeichnung des Fahrwassers, sowie die Hilfeleistung im Havariefall auf der Wasserstraße Donau.

Außenstellen der Schifffahrtspolizei (Strom-, Schleusen- und Hafenaufsicht) befinden sich entlang der Donau in Hainburg, Wildungsmauer, Wien-Freudenau, Wien-Praterkai, Greifenstein, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartszell.

Paragraf 6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten
Gesetzliche Grundlagen
Telekommunikationsgesetz - TKG, BGBl. I Nr. 100/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;
Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 160/1999;
Telekommunikationsgebührenverordnung - TKGV, BGBl. II Nr. 29/1998.

Aufgaben
Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:
die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen,
die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen,
die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen,
die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes,
Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gemäß Regionalradiogesetz.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)
Gesetzliche Grundlagen
Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 26/2000;
Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 82/1999;
Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 81/1999;
Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. I Nr. 81/1999;
Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/1997;
Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Bundesbahngesetz 1992 und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden (Schienenverkehrsmarkt-Regulierungsgesetz), BGBl. I Nr. 166/1999;
Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personenah- und Regionalverkehrs, BGBl. I Nr. 204/1999 (ÖPNRV-G);
Kraftfahrliniengesetz, BGBl. I Nr. 203/1999;
Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz - SCHIG, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 267/2000;
Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 161/1999;
Postgesetz 1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Fernsprechentgeltzuschussgesetz, BGBl. I Nr. xxx/2000
Führerscheingesetz - FSG, BGBl. I Nr. 120/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 134/1999;

Richtlinien der Bundesregierung gemäß § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;
Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbünde.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahninfrastruktur gern. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäß § 3 Bundesbahngesetz 1992, § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.
Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr überträgt durch Verordnung den Österreichischen Bundesbahnen, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG bzw. der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Planung und den Bau bestimmter Eisenbahninfrastrukturvorhaben, wofür der Bund ganz bzw. teilweise die Kosten zu tragen hat.
Für Zwecke der Finanzierung der Schieneninfrastrukturinvestitionen, der Benutzungsentgeltfestsetzung und -einhebung, der Fahrplantrassenvermittlung, der Interessentensuche für neue Operateure usw., wurde die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m. b. H. (SCHIG) gegründet. Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes sind die von der ASFINAG eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken auf die SCHIG übergegangen und sind dieser die Zinsen zu ersetzen.
Zwecks Marktbeobachtung und Erleichterung des Zuganges zum Schienenverkehrsmarkt wurde die Schienen-Control Österreichische Gesellschaft für Schienenverkehrsmarktregulierung GmbH gegründet. Die Schienen-Control GmbH nimmt u. a. die Aufgaben der Geschäftsführung für die Schienen-Control Kommission wahr.
Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen lässt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten.
Auch im Verkehrsbereich wird es immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange objektive Beurteilungskriterien erfordert.
Im Bereich der Verkehrsverbünde ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbünden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter 'Durchtarifierungsverlust', der durch den Bund teilweise abgegolten wird. Zusätzlich soll durch das ÖPNRV-G die Struktur der Verkehrsverbünde und deren Organisation entsprechend den europarechtlichen Vorgaben neu geordnet werden.
Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	23.217,4	23.217,4	910,0
2000	0,0	19.660,0	19.660,0	0,0
2001	0,0	28.223,8	28.223,8	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrveranschlagung für Eisenbahninfrastruktur, Altschulden Postzeitungsversand, Telefonentgeltzuschüsse sowie Verkehrsverbünde und Bestellungen gemäß ÖPNRV-G.

Aufwendungen

	Millionen Schilling
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	16.950,000.000,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB	8.174,014.000,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen	569,709.000,0
Gemeinwirtschaftliche (Postzeitungsversand und Telefonentgeltzuschuß)	1.508,000.000,0
Verkehrsverbünde/ÖPNRV-G	960,300.000,0
Allgemeiner Verkehr	61,562.000,0

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

Gesetzliche Grundlagen

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 82/1999;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und der Folgeverträge hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1.500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischem Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn-ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn GesmbH hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen, weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Dies bezieht sich auch auf Investitionen der AG der Wiener Lokalbahnen.

Im Rahmen der innovations- und strukturpolitischen Aufgaben werden Ausbau und Upgrading von Impulszentren, Gründungen aus Universitäten und Fachhochschulen, die Weiterentwicklung des österreichischen Innovationssystems und der Ausbau der Technologieinfrastruktur gefördert.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	2.269,9	2.269,9	104,3
2000	0,0	1.993,4	1.993,4	4,5
2001	0,0	1.987,2	1.987,2	4,2

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1.500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

72,369 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

42,105 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Innovation und strukturpolitische Maßnahmen;

360,992 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

Innovations- und strukturpolitsche Maßnahmen

Die Regionale Innovationsprämie ist ab 2000 bei Kapitel 63 veranschlagt. Für die im Kapitel 65, Titel 652, angeführten übrigen regional- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen (Abwicklung der bereits genehmigten Förderungen aus RIF - Regionale Infrastrukturförderung und sonstigen regio-

nal- und strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen) wurde vorgesorgt.

Titel 653 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

Gesetzliche Grundlagen

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2000;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 47/ 2000;
Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 48/2000;
Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mbH, BGBl. I Nr. 15/1997;
ESA, BGBl. Nr. 95/1987;
EUMETSAT, BGBl. Nr. 304/1994.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	46,5	2.218,5	2.265,0	471,1
2001	62,0	2.752,9	2.814,9	506,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Der BVA 2000 enthielt bei Kapitel 65 sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen lediglich die Beträge für April bis Dezember 2000 (BMG-Novelle 2000).

Paragraf 6530 Mittel d.Innovations-u. Technologiefonds(ITF)(zweckgeb.Geb.)

Aufgaben

Die Mittel des Innovations- und Technologiefonds sind für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft zu verwenden.

Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbliche Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue und verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen insbesondere im Hinblick auf Innovations- und Qualitätsmanagement; Technologietransfer und Umsetzungstätigkeiten und damit verbundene infrastrukturelle Maßnahmen; Beteiligung an oder Gründung von Unternehmen, die förderbare Vorhaben gemäß § 3 Abs. 1 Z 1 bis 5 ITF-Gesetz durchführen.

Die unter Voranschlagsansatz 1/65308 veranschlagten Mittel dienen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation in verschiedenen ESA-Programmen (die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz).

Einnahmen

Diese Einnahmen setzen sich aus
Überweisungen gemäß Innovations- und Technologiefonds-Gesetz,
Darlehenszinsen und
Darlehensrückzahlungen zusammen.

Paragraf 6531 Technologie- u. Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF

Förderungen

Dem Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft obliegt die Förderung konkreter Forschungsvorhaben natürlicher Personen (Einzelforscher oder -gruppen) oder juristischer Personen (zB. GmbH, AG) - einschließlich der Gewährung von Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses - im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Österreich.

Paragraf 6532 Technologie- u. Forschungsförderung (wissenschaftl.)/FWF

Förderungen

Aufgabe des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen gefördert.

Bei den Spezialforschungsbereichen werden fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von

österreichischen Forschungsstätten (Universitäten, Kunsthochschulen oder gemeinnützige außeruniversitären Forschungseinrichtungen) gefördert. Weiters werden hier Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Paragraf 6533 Forschungs- und Technologietransfer
Förderungen
Unter diesem VA-Ansatz sind Förderungsmittel für die Einrichtung und Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, welche wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft betreiben, veranschlagt. Der VA-Ansatz ermöglicht eine Verbesserung des Wissenstransfers durch Vernetzung bestehender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Dieser VA-Ansatz beinhaltet die österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zu EUMETSAT (Übereinkommen über die Nutzung von Meteorologischen Satelliten) sowie jene Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der ESA (Europäische Weltraumorganisation) ergeben.

Einnahmen
Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die Urheberrechtsgebühren des ORF für die Benützung von EUMETSAT-Satellitendaten.

Aufwendungen
Durch die Mittel für Expertengutachten sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, nationale Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie festgelegt.
Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewusstseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz auch Mittel für Vorträge, Seminare, Tagungen und Forschungspublikationen. Ebenfalls enthalten sind darin Beiträge an internationale Organisationen, Mitgliedsbeiträge an nationale Institutionen sowie Mittel die für den Rat für Forschung und Technologieentwicklung vorgesehen sind.

Paragraf 6534 Sondervorhaben-Technologie
Förderungen
Bei diesem VA-Ansatz werden jene Ausgaben veranschlagt, die im Bereich der Technologiepolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie für die Unterstützung des Technologietransfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiters sind hier die Mittel für die Kompetenzzentren veranschlagt. In den Kompetenzzentren sollen industrielle und wissenschaftliche Forschungskompetenz zu kritischen Massen zusammengeführt werden und international wettbewerbsfähige Spitzenleistungen erbringen. Dabei werden maximal 35 % vom Bund gefördert.

Aufwendungen
Im Bereich der Technologieoffensive werden Mittel für neue Impulssetzung zur Unterstützung von Unternehmen der österreichischen Wirtschaft vergeben sowie Vorhaben zur Stärkung der technologischen Infrastruktur in Österreich mit besonderer Ausrichtung auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft finanziert.

Paragraf 6535 Forschungsunternehmungen
Förderungen
Der VA-Ansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH (ÖFZS) (vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH - OSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen.

Aufwendungen
Dieser Titel beinhaltet laufende Transferzahlungen an die per 1. Jänner 1997 gemäß Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 15/1997) gegründete Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, die mit Einbringungsvertrag vom 16. März 1999 gemäß § 2 Abs. 4 leg. cit. in die Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf GmbH eingegliedert wurde.

Paragraf 6536 Bundesamt FPZ Arsenal
Durch die Ausgliederung des BFPZ Arsenal werden hier die für die Bundesbediensteten erforderlichen Personalausgaben, Kommunalsteuerzahlungen wie auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen (In- und Ausland) sowie die erforderlichen Fahrtkostenzuschüsse budgetiert. Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.) war bis zum Jahr 1996 unter dem Paragraf 1426 veranschlagt.

Einnahmen
Refundierung durch die ÖFZ Arsenal GmbH von Personalkosten für Beamte, die dem Bundesamt FPZ Arsenal gemäß § 8 Abs. 1 Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal dienstzugeteilt sind.

Titel 654 Wasserbauverwaltung

Gesetzliche Grundlagen
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 84/2000;
Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;
Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1997;
Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;
Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;
Wasserstraßen-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;
Verträge betreffend Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Ein-nahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	62,3	626,1	688,4	586,4
2001	86,5	837,3	923,8	798,5

Unterschiede gegen Vorjahre
Der BVA 2000 enthielt bei Kapitel 65 sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen lediglich die Beträge für April bis Dezember 2000 (BMG-Novelle 2000).

Paragraf 6541 Wasserstraßendirektion
Aufgaben
Der Wasserstraßendirektion obliegen die unter Bedachtnahme ökologischer Aspekte durchzuführenden Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem bestimmten Streckenteil der Thaya.
Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya werden hinsichtlich der Grenzstrecke zur Slowakei und zu Tschechien aufgrund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der (ehemaligen) Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern hinsichtlich der Grenzstrecke zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Vertrages über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau ausgeführt.

Paragraf 6542 Amt der Wasserstrassendirektion
Aufgaben
Gemäß Bundesgesetzblatt über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer 'Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft' wurde das Amt der Wasserstraßen-

direktion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

Voranschlagsansatz 1/65438 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz
Voranschlagsansatz 1/65448 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)
Aufgaben
Der Aufgabenbereich der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfasst die Arbeiten an Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung und den Betrieb der Wehr- und Schleusenanlage Nußdorf.

Voranschlagsansatz 1/65466 Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)
Aufgaben
Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katstrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Voranschlagsansatz 1/65476 Marchfeldkanal - Errichtungsgesellschaft
Aufgaben
Auf Grund des Marchfeldkanalgesetzes werden bei diesen Ansätzen Förderungsmittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso wird für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt (gesetzliche Verpflichtung).

Voranschlagsansatz 1/65486 Zuschüsse an Unternehmungen mit Budesbeteiligung
Aufgaben
Hier ist für den Zuschuss des Bundes an die Österreichische Donau Betriebs-AG vorgesorgt.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Gesetzliche Grundlagen
Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998;
Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 308/1999;
Gefahrgutbeförderungsgesetz-Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 194/1999;
Prüf- und Begutachtungsstellverordnung, BGBl. II Nr. 78/1998.

Aufgaben
Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal-ausgaben	Sach-ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	17,1	16,5	33,6	9,8
2000	17,9	17,0	34,9	3,8
2001	17,9	16,1	34,0	3,9

Titel 656 Bundesstrassenverwaltung

Gesetzliche Grundlagen
Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 182/1999;
Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000;
Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 84/2000;
ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1997;

Artikel II der ASFINAG-Gesetznovelle 1991, BGBl. Nr. 419/1991;
Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/ 1999;
Bundesgesetz betreffend Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften BGBl. Nr. 826/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 113/1997;
ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 113/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 107/1999.

Aufgaben
Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluss an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.
Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	0,0	5.664,8	5.664,8	1.339,3
2001	0,0	6.650,8	6.650,8	1.436,6

Unterschiede gegen Vorjahre
Der BVA 2000 enthielt bei Kapitel 65 sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen lediglich die Beträge für April bis Dezember 2000 (BMG-Novelle 2000).

Bundesstraßen
Anlagen
Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen veranschlagt.

Aufwendungen
Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen vorgesorgt.

Paragraf 6565 Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb.Geb.)
Paragraf 6566 Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb.Geb.)
Anlagen
Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, zB. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen vorgesehen.

Aufwendungen
Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1997, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gemäß FAG 1997 bestimmt.

Paragraf 6567 Straßenforschung
Die für die Straßenforschung vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.
Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb.Geb.)

Gesetzliche Grundlage
Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 146/1998.

Aufgaben
Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgnissen aus Veranlagungen.
Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für
1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6 und
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	54,9	54,9	40,0
2000	0,0	47,0	47,0	47,0
2001	0,0	47,0	47,0	47,0

Titel 658 Einrichtungen des Patentwesens

Gesetzliche Grundlagen
Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998 und BGBl. I Nr. 191/1999;
Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 175/1998;
Schutzzertifikatsgesetz 1996, BGBl. Nr. 11/1997;
Halbleiterschutzgesetz, BGBl. Nr. 372/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 428/1996;
Gebrauchsmustergesetz, BGBl. Nr. 211/1994, zuletzt geändert BGBl. I Nr. 175/1998;
Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1999 und BGBl. I Nr. 191/1999;
Musterschutzgesetz 1990, BGBl. Nr. 497/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;
Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 63/1999;
Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1984;
Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. Nr. L 011 vom 14. Jänner 1994, S 1, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 3288/1994 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 40/ 1994 zur Umsetzung der im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossenen Obereinkünfte, ABl. Nr. L 349 vom 31. Dezember 1994, S 83;
Verordnung (EWG) Nr. 2081/1992 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, ABl. Nr. 208 vom 14. Juli 1992, S 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1068/1997, ABl. Nr. L 156 vom 13. Juni 1997, S 10;
Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken BGBl. Nr. 400/1973 in der Fassung BGBl. Nr. 123/1984;
Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, BGBl. III Nr. 32/1999, BGBl. I Nr. 191/1999;
Patent-Gebrauchsmuster-Marken- und Musterverordnung, BGBl. Nr. 226/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 238/1997;
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Herausgabe amtlicher

Publikationen des Patentamtes, BGBl. II Nr. 237/1997;
Halbleiterschutzverordnung, BGBl. Nr. 528/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 439/1996;
Musteranmeldestellenverordnung, BGBl. Nr. 715/1990;
Patentamtsverordnung, PBI. 1. Teil 1990, Nr. 161, zuletzt geändert durch Verordnung PBl. I. Teil 1999, Nr. 154;
Teilrechtsfähigkeitsverordnung, PBl. I. Teil 1996, Nr. 222.

Aufgaben

Patentangelegenheiten

Zuständigkeit für die Prüfung, Erteilung, Rücknahme, Nichtigerklärung, Aberkennung, Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, das Bestehen des Vorbenützerrechtes, Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister.
Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, insbesondere nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag von Washington (April 1979), dem Europäischen Patentübereinkommen von München (Mai 1979) und dem PCT-Patentzusammenarbeitsvertrages (Patent Cooperation Treaty). Das Österreichische Patentamt ist internationale Prüfungs- und Recherchenbehörde nach dem PCT.

Weitere Schutzrechte

Zuständigkeit für alle nationalen und internationalen Belange betreffend
Schutzzertifikate;
Halbleiterschutz;
Gebrauchsmuster;
(Geschmacks-)Muster (Designschutz).

Markenangelegenheiten

Zuständigkeit in Markenangelegenheiten für das gesamte Prüfungs-, Anmelde-, Registrierungs- und Markenverwaltungsverfahren sowie Lizenz- und Pfandrechtseinräumungen an nationalen österreichischen Marken; Entscheidung über die Eintragung von geografischen Angaben oder Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel in das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geführte Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben; Führung des nationalen und internationalen Markenregisters.
Weiters Zuständigkeit für alle internationalen Angelegenheiten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Markenwesens, wie insbesondere nach dem Madrider Markenabkommen, dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen, der Verordnung (EG) Nr. 40/1994 über die Gemeinschaftsmarke.

Verwaltungsaufgaben mit richterlichem Einschlag

Entscheidung über Streitigkeiten in allen Schutzrechtsangelegenheiten, wie insbesondere die Beschwerde gegen Entscheidungen in Patent- oder Markenangelegenheiten oder die Nichtigerklärung und/oder Löschung von Patenten, Schutzzertifikaten, Gebrauchsmuster, Mustern und Marken.

Oberste Behörde für den gewerblichen Rechtsschutz (in Personalunion mit dem Österreichischen Patentamt)

Patentwesen auch hinsichtlich der Angelegenheiten der Patentanwälte und ihrer beruflichen Vertretung, soweit hiefür nicht eine Sektion zuständig ist; Angelegenheiten des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen; Wahrnehmung und Vertretung internationaler Belange auf diesen Gebieten sowie auf dem Gebiet des Schutzes von Herkunftsangaben und anderen geografischen Bezeichnungen gegenüber dem Ausland und internationalen Institutionen, einschließlich des Verkehrs mit den österreichischen Vertretungsbehörden; Vorbereitung, Verhandlung und Durchführung einschlägiger Staatsverträge; Vertretung Österreichs hinsichtlich der Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	101,1	33,7	134,8	246,7
2001	146,5	48,3	194,8	336,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der BVA 2000 enthielt bei Kapitel 65 sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen lediglich die Beträge für April bis Dezember 2000 (BMG-Novelle 2000). Relativ höher veranschlagte Einnahmen resultieren zusätzlich aus einem deutlichen Anstieg der Anmeldezahlen bei Schutzrechtsanmeldungen.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent-, Patentverträge-Einführungs-, Schutzzertifikats-, Halbleiterschutz-, Gebrauchsmuster-, Markenschutz- und Musterschutzgesetzes eingehoben werden.

Kapitel 70 Öffentliche Leistung und Sport

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/2000, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt 1.

Gesamtgebarung

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	89,9	693,5	783,4	16,3
2001	139,9	969,7	1.109,7	59,0

Die nunmehr bei Kapitel 70 budgetierten Ausgaben und Einnahmen waren vor dem Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle bei folgenden Kapiteln mitveranschlagt:
Titel 700 Zentralleitung vormals Titel 100 und 500 mitveranschlagt,
Paragraf 7020 Verwaltungsakademie vormals Paragraf 1001,
Titel 703 Sportangelegenheiten vormals Titel 107.

Titel 700 BM für öffentliche Leistung und Sport

Aufgaben

Dem Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport obliegen
die allgemeinen Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten (soweit sie nicht in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallen),
Angelegenheiten des Verwaltungsmanagements,
Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung hinsichtlich der automationsunterstützten Datenverwaltung und
Angelegenheiten des Sports.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	58,6	82,6	141,2	0,3
2001	100,0	131,0	231,0	45,9

Personalausgaben

Auf Grund der BMG-Novelle 2000 wurde für das BMöLS ein vorläufiger Stellenplan 2000 erstellt. Im Stellenplan 2001 erfolgte nach Klärung der offenen Fragen eine endgültige Festlegung des Stellenplanes und die damit verbundene Ressourcenverteilung.

Anlagen

Der erhöhte Mittelbedarf resultiert aus der Anschaffung eines kompatiblen EDV-Systems.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Hier ist für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds ein Betrag von 45,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Aufwendungen
Diese Ausgaben betreffen den Administrativaufwand der Zentralleitung und den Aufwand für die automationsunterstützte Datenverarbeitung. Weitere Ausgaben für allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsentwicklung, Planung und Koordination von Maßnahmen im Rahmen eines Verwaltungsinnovationsprogramms der Bundesregierung sowie für allgemeine Angelegenheiten der Informationstechnik einschließlich der Koordination ihrer Planung und ihres Einsatzes sowie der Beurteilung der Anwendungen der Informationstechnik unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit und für die Koordination von IT-Angelegenheiten unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung von Mehrfachentwicklungen, der Interoperabilität und Nutzung von Synergieeffekten.

Einnahmen
Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Refundierungen der Ausgleichszahlungen aus dem Ausgleichstaxfonds.

Titel 702 Dienststellen

Paragraf 7020 Verwaltungsakademie

Gesetzliche Grundlagen
Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997.

Aufgaben
Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung und der Schulung von Führungskräften.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	18,9	36,7	55,6	0,6
2001	23,7	46,1	69,8	0,6

Im Bundesvoranschlag 2001 sind Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Titel 703 Sportangelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen
Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 158/1999;
Bundesgesetz über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen, BGBl. I Nr. 149/1998.

Aufgaben
Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal-ausgaben	Sach-	Summe	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1999	0,0	0,0	0,0	0,0
2000	12,4	574,2	586,6	15,4
2001	16,2	792,6	808,8	12,4

Paragraf 7030 Sportförderung

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)
Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)
Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen
Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Weitere Schwerpunkte werden im Bereich der Sportmedizin, Sportwissenschaft und der Trainerausbildung gesetzt.
Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten gemäß § 1 des Bundessportförderungsgesetzes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen
Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraf 7031 Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports)
Hier sind die Mittel für den Betrieb der Bundessporteinrichtung Haus des Sports veranschlagt.

Paragraf 7032 Amt der Bundessporteinrichtungen
Die hier veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der Kosten der Personalverwaltung der Beamten der neun Bundessporteinrichtungen: Wien-Blattgasse, Südstadt, Spitzerberg, Obertraun, Hintermoos, Kitzsteinhorn, Schielleiten, Faakersee und St. Christoph. Der Großteil der Ausgaben wird von der Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundessporteinrichtungen (BSEOG) refundiert.

Einnahmen
Die Einnahmen ergeben sich aus der Refundierung von Personalkosten durch die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. für die do. tätigen Beamten.

Paragraf 7033 Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H.
Die hier veranschlagten Mittel sind für Gesellschafterzuschüsse, die Refundierung von Kosten sowie Ausgleichszahlungen an die Bundessporteinrichtungen Gesellschaft m.b.H. gemäß § 5 und 10 des BSEOG vorgesehen.

B. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 2001

Nachfrage(un)wirksame Gebarung

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluss über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Millionen Schilling		
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern	211.814	210.465	257.085
Übrige öffentliche Abgaben	266.756	280.019	279.544
Sonstige Einnahmen	244	254	239
Summe/Abgaben	478.814	490.738	536.868
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union	29.152	32.485	32.500
Summe 1.11	449.662	458.253	504.368
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds	18.437	19.097	19.425
für Krankenanstaltenfinanzierung bzw. Siedlungswasserwirtschaft	1.337	2.182	1.585
Summe 1.12	19.774	21.279	21.010
Summe 1.1	469.436	479.532	525.378
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben	91.095	93.567	97.275
Indirekte Abgaben	2.972	498	499
Summe 1.2	94.067	94.065	97.774
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	489	-	-
1.4 Sonstige Einnahmen	155.578	153.213	157.533
Summe 1	719.570	726.810	780.685
2. Ausgleichshaushalt	490.014	550.658	539.335
Insgesamt	1.209.584	1.277.468	1.320.020

ab: 3. Nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Millionen Schilling		
3.1 Einnahmen aus der EU und dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen	8	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren	-	-	-
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland	822	119	286
Einnahmen aus Vermögensverträgen	0	0	0
Vertrag über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerstbeschädigter	10	6	6
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland	16.624	14.961	18.191
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland	1	0	0
Zinsen aus Forderungen	6.823	8.157	7.316
Summe 3.1	24.288	23.243	25.799
3.2 Überweisungen vom Arbeitsmarktservice	-	0	0
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen	12.072	7.538	3.822
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen	2.394	0	269
Summe 3.3	14.466	7.538	4.091
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne	1.108	23	23
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens)	-	-	-
Haftungsübernahmen des Bundes	8.415	10.558	11.600
Überweisungen des ERP-Fonds	-	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	69	0	0
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen	14.694	14.254	12.940
Summe 3.4	24.286	24.835	24.563
ab: 4. Nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in heimischer Währung	236.087	222.152	191.101
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung	69.747	8.006	0
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP)	41.336	17.667	157.570
Kapitalrückzahlung	1.973	2.833	0
Entnahmen aus dem Bundesbesitz	24.017	20.000	20.663
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand	116.855	280.000	170.000
Summe 4	490.014	550.658	539.334
Summe (Nachfrageunwirksame Einn.)	553.054	606.274	539.787
Verbleibende Einnahmen	656.530	671.194	726.233

AUSGABEN	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Millionen Schilling		
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Hoheitsverwaltung	785.620	781.458	813.452
1.2 Bundesbetriebe			
Bundestheater	2.144	-	-
Summe 1	787.764	781.458	813.452
2. Ausgleichshaushalt	421.820	496.010	506.568
Insgesamt	1.209.584	1.277.468	1.320.020
ab: **3. Nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:**			
3.1 Ausgaben an die EU und das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland	2.060	1.672	2.861
Erwerb von ausländischen Beteiligungen	1.413	1.160	1.813
Erwerb von ausländischen Wertpapieren	-	-	-
Gewährung von Darlehen an das Ausland	-	0	0
Ausgaben für Personal (Ausland)	347	356	337
Zinsen an das Ausland	268	1.548	3.100
Laufende Transferzahlungen (Ausland)	2.658	2.587	2.980
Kapitaltransferzahlungen (Ausland)	208	232	223
Summe 3.1	6.954	7.555	11.314
3.2 Überweisungen an das Arbeitsmarktservice	2.651	2.837	2.966
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen	9.227	1	3
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen	6.242	193	0
Summe 3.3	15.469	194	3
3.4 Finanzschuldenverwaltung (einschließlich sonstige Finanzierungen und Veranlagungen):			
Zinsen an das Ausland	11.441	12.253	11.974
Emissionsverluste	1.138	3.458	3.371
Sonstige Auslandszahlungen	192	345	10
Summe 3.4	12.771	16.056	15.355
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste	1.204	3.069	3.069
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentl. Rechtes (einschl. Wertpapiere des Umlaufvermögens)	-	-	-
Haftungsübernahmen des Bundes	8.133	11.957	12.480
Überweisungen an den ERP-Fonds	176	443	1.030
Zahlungen an ASFINAG	-	20	30
Zurückstellung von Silbermünzen	149	80	80
Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger	-	4.352	6.400
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen	14.840	14.218	12.940
Summe 3.5	24.502	34.139	36.029

	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Millionen Schilling		
ab: **4. Nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:**			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG(Tilgung)	-	0	0
Rückzahlung von Finanzschulden in heimischer Währung	130.897	137.893	130.831
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung	44.534	38.351	28.595
Rückzahlung von Schulden/Währungstausch-verträge (SWAP)	41.125	19.766	157.142
Kapitalauszahlung-Forderungszugänge	46.487	0	0
Erwerb von Bundestiteln	41.879	20.000	20.000
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand	116.897	280.000	170.000
Summe 4	421.820	496.010	506.568
Summe nachfrageunwirksame Ausgaben	484.167	556.791	572.235
Verbleibende Ausgaben	725.417	720.677	747.785
Saldo I	68.887	49.483	21.552
ab: **5. Beitrag zur Europäischen Union**	29.152	32.485	32.500
Saldo II	39.735	16.998	*10.948*

Nachfrage(un)wirksame Gebarung

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Einnahmen- bzw. Ausgabensumme diejenigen Einahmen bzw. Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage nicht beeinflussen. Weiters sind die Tilgungszahlungen für Finanzschulden abgezogen, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, dass die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringernde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, dass diese Mittel wieder in Krediten im Inland veranlagt werden.

Personalstand und Personalausgaben

Dem Bundesfinanzgesetz 2001 ist als Anlage II der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich Lehrlinge) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 2001 vorgesehen ist, ist der hiefür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 3 und 5 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen (siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan) stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein.

Hinsichtlich der veranschlagten Stände wird auf den Amtsbehelf zum BFG 2001, II. Teil, Beilage G 'Personalstand und Personalausgaben' verwiesen.

	2001	2000
Stellenplan des Bundes - Teil II A	153.577	155.240
Bundesbedienstete - Teil V 1) ab 2001 ANNEX/Teil 1	42.290	44.303
Bundesbedienstete - Teil VI 2)	1.516	1.585
Bundesbedienstete - Teil VII 2)	11.617	11.617

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. I Nr. 30/2000 enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte
Beamte und Vertragsbedienstete

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. I Nr. 95/2000), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. I Nr. 94/2000), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 4 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, etwa der Bühnenarbeiter der Bundestheater.

Sonstige Zahlungen
Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden u.a. berücksichtigt:

---

1) Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgen ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen. Im Stellenplan 2001 wird der Teil V wegen der nicht mehr aussagekräftigen Darstellung aufgelassen und dafür ein neuer Annex/Teil 1 zum Stellenplan geschaffen, der jene Personalressourcen enthält, die in ausgegliederten Unternehmungen oder Einrichtungen Dienst versehen.
2) Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft
Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im Wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlass der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 in der Fassung des Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2000.

Sonderzahlungen (Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.)
Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959), bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 (in der Fassung der 6. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 346/1978) jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges). Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen
Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 83/2000, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Untemehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumszuwendungen
In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1997 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984 und Artikel 2 des BGBl. I Nr. 95/2000), vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. I Nr. 61/1997 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer
Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 94/2000, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Universitäten der Künste, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung
Auch im Jahre 2001 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, von den Bundesländern getragen.

Besoldung der Landeslehrer
Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden seit 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Über die Personalausgaben den veranschlagten Stand betreffend gibt die Beilage G 14 im Amtsbehelf zum BFG 2001, II. Teil, Auskunft.

Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 2000 (siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 2001, II. Teil (Beilagen G 10 bis G 14)

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes wurden im wesentlichen folgende Bestimmungen berücksichtigt: das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000, das Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/1998, , die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979, die Staatsdruckerei-Verordnung, BGBl. Nr. 52/1952, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und BGBl. Nr. 120/1963, das Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000 und das Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Weiters waren zu beachten: das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 127/1999, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/1999, das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/2000, das Schönbrunner Tiergartengesetz, BGBl. Nr. 420/1991, Bundesgesetz über die Gründung einer Österr. Donau-Betriebs-AG, BGBl. Nr. 11/1992, das Alkohol-Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, das Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 742/1996, das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, das Bundesversuchswirtschaftengesetz, BGBl. Nr. 794/1996, das Bundesgesetz über die Österr. Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH, BGBl. I Nr. 15/1997, das Börsefondsüberleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1998, das Bundestheaterorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 108/1998, das Bundesmuseen-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/1998, das Umweltkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 152/1998, das Bundessporteinrichtungsorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 149/1998, das Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, das Spanische Hofreitschule-Gesetz, BGBl. I Nr. XX/2000, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, BGBl. I Nr. 95/2000 und das Poststrukturgesetz, BGBl. I Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührliche Ruhe-(Versorgungs-)Bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Die Pensionsverpflichtungen der Österreichischen Bundesforste werden nach § 2 Abs. 2 Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, zur Gänze von der Österreichischen Bundesforste AG ersetzt.

Mittelbare Bundesverwaltung
Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene
Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherren oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer
Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/2000, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Dienstshoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pfichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2000, berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Ausgewiesen werden nur die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts (der überwiegende Teil dieser Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden). Der Ausgleichshaushalt enthält die Ausgaben (BVA 2000: 496.010 Millionen Schilling; BVA 2001: 506.568 Millionen Schilling) für die Tilgungen von Finanzschulden, Währungstauschverträgen und sonstigen Finanzierungen, die keiner Dispositionsmöglichkeit unterliegen.

Allgemeiner Haushalt

	BVA 2001 Mill. S	%	BVA 2000 Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	147.361	18,1	143.506	18,4
1.2. Sachausgaben	369.999	45,5	370.819	47,5
Summe 1.....	517.361	63,6	514.326	65,8
2. Ermessensausgaben (auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde)	296.092	36,4	267.132	34,2
Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen	*40.556*	*5,0*	*38.313*	*4,9*
Summe 1. und 2.....	813.452	100,00	781.458	100,00

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Milliarden Schilling		
Investitionsausgaben:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung)	16,9	15,5	21,5
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	0,9	0,8	0,8
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	4,1	4,0	3,1
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	50,5	49,6	53,3
Summe	72,4	69,9	78,7
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft	*7,0*	*6,1*	*7,5*
Wohnungsbau	*25,1*	*25,1*	*25,0*
Übrige Gebäude	*7,8*	*7,8*	*8,9*
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude)	*5,0*	*4,6*	*3,9*
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds)	-	0,5	0,5
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG)	-	5,0	5,0
Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft	-	4,0	4,0

Investitionen und Investitionsfinanzierungen:

In den Investitionsausgaben sind nur die inlandwirksamen Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung einschließlich der vorgesehenen Mittel für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge ausgewiesen. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches. Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen. Die in den Investitionsfinanzierungen (auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes) enthaltenen Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds bzw. Gesellschaften.

Nach Aufgabenbereichen gegliederte Investitionsausgaben:

BVA 2001	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			
	Insth.	Gerinw. Wirtschg	Überwsg gem. FAG	Brutto-invest.	Zusch.	Darl.	Kapital-Beteil.	Summe
	Milliarden Schilling							
Erziehung u. Unterricht	0,68	0,25	0,09	1,30	0,19	0,00	—	2,51
Forschung u. Wissensch.	0,65	0,14	0,09	1,63	2,46	0,00	—	4,97
Kunst	0,30	0,02	—	0,76	0,40	—	0,00	1,48
Gesundheit	0,02	0,02	—	0,05	0,92	—	0,00	1,01
Soziale Wohlfahrt	0,01	0,01	—	0,03	0,22	0,00	—	0,27
Wohnungsbau	0,04	0,00	—	0,00	24,87	0,09	0,00	25,00
Straßen	3,63	0,05	0,33	2,33	0,13	0,00	0,00	6,47
Sonstiger Verkehr	0,07	0,00	—	0,01	16,93	0,00	0,00	17,01
Land- und Forstwirts.	0,43	0,01	—	0,17	3,11	—	0,00	3,72
Energiewirtschaft	—	—	—	—	0,01	—	0,00	0,01
Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	—	0,00	0,10	—	0,00	0,10
Öffentliche Dienstl.	0,05	0,01	0,00	0,02	3,72	—	0,00	3,80
Private Dienstleist.	—	—	—	—	0,02	—	0,00	0,02
Landesverteidigung	1,02	0,01	—	2,02	0,05	—	—	3,10
Staats-u. Rechtssicherh.	0,34	0,21	—	0,86	—	—	—	1,41
Übrige Hoheitsverwalt.	1,16	0,11	0,09	6,38	0,04	—	0,00	7,78
Summe	8,40	0,84	0,60	15,56	53,17	0,09	0,00	78,66

BRA 1999	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			
	Insth.	Gerinw. Wirtschg	Überwsg gem. FAG	Brutto-invest.	Zusch.	Darl.	Kapital-Beteil.	Summe
	Milliarden Schilling							
Erziehung u. Unterricht	0,73	0,28	0,12	1,38	0,24	0,00	—	2,75
Forschung u. Wissensch.	0,72	0,15	0,06	1,73	1,57	—	—	4,23
Kunst	0,23	0,03	—	0,80	0,40	—	00,1	1,47
Gesundheit	0,03	0,01	—	0,04	0,35	—	—	0,43
Soziale Wohlfahrt	0,01	0,01	—	0,02	0,27	—	—	0,31
Wohnungsbau	0,10	0,00	—	0,00	24,90	0,09	—	25,09
Straßen	2,38	0,06	0,50	2,32	0,15	—	—	5,41
Sonstiger Verkehr	0,06	0,00	—	0,01	13,40	0,00	2,41	15,88
Land- u. Forstwirts.	0,45	0,01	—	0,26	3,44	—	0,00	4,16
Energiewirtschaft	—	—	—	—	0,01	—	—	0,01
Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	—	0,01	0,43	0,01	0,00	0,45
Öffentliche Dienstl.	0,07	0,02	0,01	0,03	2,68	—	—	2,81
Private Dienstleist.	—	—	—	—	0,04	—	0,03	0,7
Landesverteidigung	1,50	0,01	—	2,60	0,05	—	—	4,16
Staats-u. Rechtssicherh.	0,45	0,22	—	1,28	—	—	—	1,95
Übrige Hoheitsverwalt.	1,27	0,15	0,12	1,69	0,04	—	—	3,27
Summe	8,00	0,95	0,81	12,17	47,97	0,10	2,45	72,45

Arbeitsbehelf - 1. Teil

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.
Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauerenden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens - ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe - erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anläßlich ihres Ausscheidens.
Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).
Nähere Details über die Jahresbestandsrechnung des Bundes können den jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen entnommen werden (Band 2, Abschnitt B).

Zahlungsströme zu bzw. von ausgegliederten Institutionen

	1999 BRA	2000 BVA	2001 BVA
	Millionen Schilling		
a) Zahlungen vom Bund an ausgegliederte Institutionen: 1)			
ASFINAG	0	20	30
Austro Control	0	0	0
Bewährungshilfeorganisationen	379	390	400
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG)	4.032	3.343	4.215
Bundesrechenzentrum GmbH	5	6	5
Bundessporteinrichtungen GmbH	117	102	90
Bundestheatergesellschaften	978	2.757	2.760
Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H	7	9	13
Bundeswertpapieraufsicht	-	0	40
Diplomatische Akademie	29	29	28
Münze Österreich AG	34	37	36
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)	217	637	749
ÖFPZ Arsenal GmbH	242	253	209
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	25	35	30
Österreichische Donau Betriebs AG	65	73	69
Österreichische Post AG und Telekom Austria AG	30.568	30.537	31.264
Österreich Institut GmbH	14	14	13
Österreichische Bundesbahnen	43.119	40.709	47.416
Österreichische Bundesforste AG	18	19	18
Österreichische Postsparkasse AG	830	867	850
Österreichische Salinen AG	155	157	154
Österreichische Staatsdruckerei/Print Media Austria	70	72	65
Schloss Schönbrunn GmbH	0	2	2
Spanische Hofreitschule-Piber Ges. m. b. H.	-	-	67
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	0	868	942
Tiergarten Schönbrunn GmbH	28	28	26
Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H.	222	222	270
b) Zahlungen von ausgegliederten Institutionen an den Bund: 1)			
ASFINAG	278	100	100
Austro Control	2	2	2
Bewährungshilfeorganisationen	-	0	0
Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG)	1.201	5.503	12.206
Bundesrechenzentrum GmbH	7	7	6
Bundessporteinrichtungen GmbH	6	12	12
Bundestheatergesellschaften	99	385	282
Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H	6	8	108
Bundeswertpapieraufsicht	-	0	35
Münze Österreich AG.	24	25	25
Museen (Anstalten öffentlichen Rechts)	33	73	89
ÖFPZ Arsenal GmbH	81	81	78
Österreichische Donau Betriebs AG	62	88	89
Österreichische Post AG und Telekom Austria AG	21.346	21.281	21.249
Österreichische Bundesbahnen	7.387	6.649	7.020
Österreichische Bundesforste AG	134	38	1.688
Österreichische Postsparkasse AG	661	668	648
Österreichische Salinen AG	4	4	5
Österreichische Staatsdruckerei/Print Media Austria	29	29	27
Schloss Schönbrunn GmbH	1	1	0
Spanische Hofreitschule-Piber Ges. m. b. H.	-	-	26
Statistik Österreich - BA öffentlichen Rechts	0	161	149
Tiergarten Schönbrunn GmbH.	9	18	19
Umweltbundesamt Gesellschaft m. b. H.	55	58	58

1) Ausgenommen Leistungsentgelte, jedoch einschließlich BIG-(Mieten-)Zahlungen

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß §35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 idgF ist normiert, dass der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.
Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten:

a) Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie

b) Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,

c) die von - vom Bund verschiedenen - Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, dass die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die **gesetzliche Refundierungsverpflichtung** unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem **rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs** (gemäß § 5 Abs 4 Z 3 BHG).

Rechtsträger von außerbudgetären Finanzierungen und deren Aufgaben:

Rechtsträger	Aufgabe
a) Österreichische Industrieholding AG(ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns,
b) Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GesmbH (SCHIG)	Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen,
c) Internationales Amtssitz und Konferenzzentrum AG (IAKW-AG)	Finanzierung und Bau des Österreichischen Konferenzzentrums

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgende Aufstellung über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes gibt an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß Z 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß Z 1.

Rechtsträger Bezeichnung des Rechtsträgers und gesetzl. Grundlage	vorraussichtliche Gesamtkosten	Bau-	Ausgaben 2001	Auswirkungen auf BVA 2001 VA-Ansatz	Mio. S
	in Milliarden Schilling				
1) Finanzierung (ausschließlich)					
a) ÖIAG					
BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987, 421/1991 und 973/1993	118,651	—	—	1/54847 7/54847 (Post 7417)	0,014 0,014
b) SCHIG					
BGBl. Nr. 201/1996, 113/1997	83,000 1)	83,000	12,000	1/65148 (Post 7280)	1299,944
2) Finanzierung und Bau					
IAKW-AG					
BGBl. Nr. 223/1985	4,830 2)	3,200	—	1/54828	12,000

Fußnoten auf der folgenden Seite.

Arbeitsbehelf - 1. Teil

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften) bis 31.12. 1996, der SCHIG, der ÖIAG 3) und der IAKW-AG, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften.

	Verschuldung zum 31.12.	Brutto-Darlehensaufnahme durch außerbudgetäre Sonderfinanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorj.	gesetzl. Haftungsrahmen 4) zum 31.12.
	in Milliarden Schilling			
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0 5)
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7 5)
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5 5)
1989	103,3	11,2	+8,8	274,1 5)
1990	112,6	13,6	+9,3	273,1 5)
1991	118,4	9,3	+5,8	338,3 5)
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3 5)
1993	137,0	14,4	+7,5	338,3 5)
1994	145,4	14,7	+8,4	338,3 5)
1995	151,2	20,6	+5,8	338,3 5)
1996	146,8	13,1	-4,4	338,3 5)
1997	74,1	8,3	-72,7	210,5
1998	80,5	6,9	+6,4	210,5
1999	85,6	7,9	+5,1	210,5

Fußnoten:

1) 60 Milliarden Schilling Kapital zuzüglich Zinsen und weitere 23 Milliarden Schilling Eisenbahninfrastrukturschulden der ASFINAG mit Inkrafttreten der ASFINAG/SCHIG-Novelle 1997.

2) Die Gesamtkosten stellen die bis einschließlich 1999 angefallenen Kosten dar. Bei einem Austritt der arabischen Partner ist gemäß Sydikatsvertrag (spätestens in 50 Jahren nach Vertragsabschluss 1984) bei der anzunehmenden 'Schillingvariante' die übernommene Beteiligung von 1,5 Milliarden Schilling zuzüglich einer Prämie von 25% zu leisten.

3) In der Spalte Verschuldung zum 31. 12. ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12. beinhaltet alle Haftungsgesetze.

4) Für Kapital, Zinsen und Kosten.

5) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1986 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung
(Übersichten 1 bis 3)

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. In den nachfolgenden Übersichten 1 und 2 sind diese Rechtsträger zu Gruppen zusammengefasst. Die Gebarungsergebnisse dieser Rechtsträger werden jährlich von der Bundesanstalt Statistik Österreich (bis 1999: Österreichisches Statistisches Zentralamt) ausgewertet und publiziert ('Gebarungsübersichten' in der Reihe 'Beiträge zur österreichischen Statistik'). Für das Rechnungsjahr 1998 umfasste diese Finanzstatistik insgesamt knapp 3.700 Rechtsträger (neben Bund und Bundesländer etwa 2.360 Gemeinden, 1.000 Gemeindeverbände, 110 Bundes-, Landes- und Gemeindefonds, 80 Kammern und 50 Sozialversicherungsträger).

Brutto- und Nettogebarung laut Finanzstatistik
In den Übersichten 1 und 2 sind zunächst die Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen der öffentlichen Rechtsträger dargestellt. Das sind die Gesamtausgaben/-einnahmen laut Rechnungsabschluss plus nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben/Einnahmen minus Schuldentilgung/-aufnahmen. Für die Darstellung der Nettogebarung (Übersicht 3) werden folgende Positionen in Abzug gebracht:

a) Interne Verrechnungen innerhalb desselben Rechtsträgers,
b) Zuführung an/Entnahme aus Rücklagen,
c) Überweisungen zwischen den einzelnen Rechtsträgern. Weiters werden die Ausgaben und Einnahmen der brutto verrechneten Erwerbsbetriebe durch die entsprechenden Abgänge oder Überschüsse ersetzt.

Übersicht 1
Bruttoausgaben (in Mrd. Schilling) 1)

	1995	1996	1997	1998	1999 2)	2000 3)	2001 3)
Bund 4)	765,1	755,3	833,4	801,0	829,4	781,5	813,5
Länder (ohne Wien)	227,3	235,6	238,7	251,3	263,8		
Gemeinden (ohne Wien)	163,6	164,6	167,2	172,5	177,9		
Wien (als Land und Gemeinde)	139,6	127,8	122,6	132,6	142,5		
Gemeindeverbände 5)	6,9	7,5	24,4	26,6	28,8		
Bundesfonds	65,7	68,2	72,1	46,3	46,3		
Landesfonds 6)	—	—	55,4	70,0	76,3		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	26,5	28,1	30,2	33,4	36,6		
Sozialversicherungsträger	461,1	484,0	496,8	503,0	514,5		
Staat (Summe)	**1.855,8**	**1.871,2**	**2.040,9**	**2.036,6**	**2.116,1**		

Bruttoausgaben (Anteile in %)

	1995	1996	1997	1998	1999 2)	2000 3)	2001 3)
Bund 4)	41,2	40,4	40,8	39,3	39,2		
Länder (ohne Wien)	12,2	12,6	11,7	12,3	12,5		
Gemeinden (ohne Wien)	8,8	8,8	8,2	8,5	8,4		
Wien (als Land und Gemeinde)	7,5	6,8	6,0	6,5	6,7		
Gemeindeverbände 5)	0,4	0,4	1,2	1,3	1,4		
Bundesfonds	3,5	3,6	3,5	2,3	2,2		
Landesfonds 6)	—	—	2,7	3,4	3,6		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	1,4	1,5	1,5	1,6	1,7		
Sozialversicherungsträger	24,8	25,9	24,3	24,7	24,3		
Staat (Summe)	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**		

Übersicht 2

Bruttoeinnahmen (in Mrd. Schilling) 1)

	1995	1996	1997	1998	1999 2)	2000 3)	2001 3)
Bund 4)	647,4	666,2	766,2	718,9	719,4	726,8	780,7
Länder (ohne Wien)	214,7	232,9	243,4	253,5	263,6		
Gemeinden (ohne Wien)	154,7	160,9	166,9	170,3	180,0		
Wien (als Land und Gemeinde)	129,6	127,0	123,8	182,3	142,5		
Gemeindeverbände 5)	6,8	7,3	22,7	24,4	28,0		
Bundesfonds	64,3	70,6	70,9	47,7	47,7		
Landesfonds 6)	—	—	55,4	70,8	77,0		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	26,2	28,3	29,8	32,5	35,3		
Sozialversicherungsträger	456,9	480,7	497,0	506,1	511,1		
Staat (Summe)	**1.700,7**	**1.773,9**	**1.976,2**	**2.006,4**	**2.004,6**		

Bruttoeinnahmen (Anteile in %)

	1995	1996	1997	1998	1999 2)	2000 3)	2001 3)
Bund 4)	38,1	37,6	38,8	35,8	35,9		
Länder (ohne Wien)	12,6	13,1	12,3	12,6	13,1		
Gemeinden (ohne Wien)	9,1	9,1	8,4	8,5	9,0		
Wien (als Land und Gemeinde)	7,6	7,2	6,3	9,1	7,1		
Gemeindeverbände 5)	0,4	0,4	1,2	1,2	1,4		
Bundesfonds	3,8	4,0	3,6	2,4	2,4		
Landesfonds 6)	—	—	2,8	3,5	3,8		
Sonst. Träger öffentl. Rechts 7)	1,5	1,6	1,5	1,6	1,8		
Sozialversicherungsträger	26,9	27,1	25,2	25,2	25,5		
Staat (Summe)	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**		

Fußnoten zu den Übersichten 1 und 2:

Quelle: Statistik Österreich (bis einschl. 1998); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

1) Daten laut Finanzstatistik; ohne Schuldentilgung bzw. Schuldenaufnahme einschließlich nicht über den Rechnungsabschluss geführte Ausgaben bzw. Einnahmen.

2) Schätzungen.

3) Bundesvoranschlag bzw. -entwurf, allgemeiner Haushalt

4) Einschließlich Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaften.

5) Bis 1996 Gemeindeverbände im Range einer Gebietskörperschaft (Sozialhilfe- und Schulgemeindeverbände), ab 1997 einschließlich aller neu erhobenen Verbände (insbesondere Wasserversorgungs-, Umwelt-, Reinhalte- und Bezirkskrankenhausverbände).

6) 1997: Landeskrankenanstaltenfonds (einschließlich Wien), ab 1998 einschließlich aller neu erhobenen Landesfonds (einschließlich Wien).

7) Insbesondere Kammern.

Übersicht 3

Nettogebarung (Staat, in Mrd. Schilling) 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoausgaben 2)	**1.855,8**	**1.871,2**	**2.040,9**	**2.036,6**			
minus Saldo d. Bereiniungspost. 3)	-269,2	-189,0	-157,3	-177,7			
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-309,9	-310,9	-343,0	-369,6			
Nettoausgaben	**1.276,7**	**1.371,2**	**1.540,6**	**1.489,3**			
Bruttoeinnahmen 5)	**1.700,7**	**1.773,9**	**1.976,2**	**2.006,4**			
minus Saldo d. Bereiniungspost. 3)	-223,4	-196,5	-153,9	-169,6			
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-259,9	-266,9	-316,1	-352,4			
Nettoeinnahmen	**1.217,5**	**1.310,5**	**1.506,2**	**1.484,4**			

Übersicht 3 (Fortsetzung)
N e t t o g e b a r u n g (Bund, in Mrd. Schilling) 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoausgaben 2)	**765,1**	**755,3**	**833,4**	**801,0**			
minus Saldo der Bereiniungs-Posten 3)	-84,8	-52,2	-157,3	-177,7			
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-221,1	-223,5	-343,0	-369,6			
Nettoausgaben	**459,2**	**479,6**	**333,2**	**253,6**			
Bruttoeinnahmen 5)	**647,4**	**666,2**	**766,2**	**718,9**			
minus Saldo der Bereiniungs-Posten 3)	-223,4	-196,5	-153,9	-169,6			
minus Intergovernmentale Transfers 4)	-259,9	-266,9	-316,1	-352,4			
Nettoeinnahmen	**164,2**	**202,9**	**296,3**	**196,8**			

Fußnoten zu Übersicht 3:
1) Quelle: Statistik Österreich; Daten laut Finanzstatistik (für 1999 noch nicht verfügbar).
2) Siehe Übersicht 1.
3) Vergütuntgen, Vorjahre-Abwicklungen, Zuführungen an den außerordentlichen/vom ordentlichen Haushalt, Zuführungen an/Entnahmen aus Rücklagen, Ausgaben/Einnahmen der bruttoverrechneten Erwerbsbetriebe abzüglich Abgänge/Überschüsse, Erwerb von Bundestiteln/Entnahme aus dem Bundesbesitz, Ausgaben/Einnahmen aus Bedarfszuweisungsmitteln sowie Gemeindeanteile an Abgaben.
4) Laufende Transfers sowie Kapitaltransfers zwischen den einzelnen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Darlehensgewährungen an/-rückzahlungen von Trägern öffentlichen Rechts.
5) Siehe Übersicht 2.

B. Volkswirtschaftliche Abgabenquote
(Übersicht 4)
Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Abgaben - das sind die Steuern und tatsächlichen Sozialbeiträge gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) - betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Übersicht 4 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse. Ab 1995 ist ein Teil der Steuereinnahmen direkt dem EU-Haushalt zuzurechnen (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Mehrwertsteuereigenmittel). Bei der Abgabenquote (Abgaben, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes -BIP) ist daher zwischen den in Österreich eingehobenen Abgaben (Staat + EU/Summe) und den in den Haushalten der österreichischen Rechtsträger vereinnahmten Abgaben (Staat) zu unterscheiden.
Übersicht 4 enthält neben den Abgabenquoten als weitere Kennziffer die 'Aufkommenselastizität'. Das ist das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der Abgaben zur prozentuellen Steigerung des BIP.

Übersicht 4
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) in Mrd. Schilling 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)
Bund	625,8	682,7	722,8	757,2	778,9	801,9	867,5
Länder (ohne Wien)	6,9	7,2	6,7	6,9	6,9	7,0	7,4
Gemeinden (mit Wien)	41,4	42,9	43,9	45,2	46,2	45,7	45,2
Kammern	13,5	14,0	14,2	15,2	15,8	16,4	17,0
Sozialversicherungsträger	294,7	304,3	313,1	323,0	333,1	345,0	355,8
Fonds	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Staat (Summe)	983,5	1.052,2	1.101,8	1.148,5	1.181,8	1.217,1	1.294,0
Beiträge zum EU-Haushalt)	18,3	18,2	19,6	16,2	17,0	17,5	18,5
Staat + EU (Summe)	**1.001,8**	**1.070,4**	**1.121,3**	**1.164,7**	**1.198,9**	**1.234,6**	**1.312,5**
Bruttoinlandsprodukt(BIP)2)	2.375,2	2.453,2	2.522,2	2.610,9	2.688,7	2.818,1	2.935,5

Übersicht 4 (Fortsetzung)
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) in % des BIP 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)
Staat (Summe)	41,4	42,9	43,7	44,0	44,0	43,2	44,1
Staat+EU (Summe)	42,2	43,6	44,5	44,6	44,6	43,8	44,7
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge), Veränderung gegenüber dem Vorjahr 1)							
Abgaben, Staat+EU							
in Mrd. Schilling	47,4	68,5	51,0	43,4	34,2	35,7	78,0
in %	5,0	6,8	4,8	3,9	2,9	3,0	6,3
BIP (gemäß ESVG 1995)							
in Mrd. Schilling		78,1	69,0	88,7	77,8	129,4	117,4
in %		3,3	2,8	3,5	3,0	4,8	4,2
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge), Aufkommenselastizität 1)							
(Abgaben, Staat+EU)/BIP		2,06	1,71	1,11	0,97	0,63	1,50

Fußnoten zu Übersicht 4
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999, BIP bis einschließlich 1998); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Oktober-Prognose 2000); BMF
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: August 2000.
2) BIP gemäß ESVG 1995.

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)
(Übersichten 5 bis 8)

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im Wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet. In den Übersichten 5 bis 8 werden einige Hauptaggregate der VGR, die Komponenten der Ausgaben und Einnahmen des Staates und des Bundes laut VGR sowie Daten zur öffentlichen Verschuldung zusammengefasst.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Die Definitionen und Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind durch internationale Vereinbarungen festgelegt und in von internationalen Organisationen herausgegebenen Handbüchern dokumentiert. Die Vorläufer der heute gültigen Standards gehen bis 1947 zurück. Weltweit verbindlich ist derzeit das SNA 1993. Die vom Europäischen Rat im Juni 1996 beschlossene Verordnung über das 'Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen' (ESVG 1995 Verordnung) verpflichtet die Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission ab dem Jahr 1999 VGR-Daten nach den Konzepten des neuen ESVG zu liefern. Das ESVG 1995 (das Methodenhandbuch selbst ist als Anhang A in der ESVG 1995 Verordnung enthalten) stimmt mit den weltweit geltenden Regeln des SNA 1993 überein, berücksichtigt jedoch stärker die Gegebenheiten und den Datenbedarf der Europäischen Union.
Die erste Phase der Implementierung des ESVG 1995 in die österreichische VGR konnte im **September 1999** mit der Berechnung der 'Hauptaggregate' für die Berichtsjahre 1995 bis 1998 abgeschlossen werden. Gemäß 'Lieferprogramm' musste Österreich erstmals im September 1999 VGR-Daten nach dem neuen System an Eurostat übermitteln (Tabelle 1 'Hauptaggregate, jährlich', bestehend aus 12 Teiltabellen) und Tabelle 2 ('Hauptaggregate für den Staat'). National wurden die Ergebnisse in Form von zwei Aufsätzen im Heft 11 /1999 der Statistischen Nachrichten des ÖSTAT publiziert. Seit dem Jahr 2000 sind die Berichtstermine April für die Tabellen 1 und August für die Tabellen 2. Ab 2001 ist die Tabelle 2 zusätzlich im März zu melden.
Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen über das wirtschaftliche Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode: Entstehung von Waren und Dienstleistungen, Verteilung der erzielten Einkommen und Verwendung der Waren und Dienstleistungen. Bereinigt man das BIP um die Abschreibungen und die Zahlungen (Primäreinkommen und Transfers) aus der übrigen bzw. an die übrige Welt, so erhält man das Verfügbare Nettonationaleinkommen. Übersicht 5 quantifiziert die Zusammenhänge zwischen diesen VGR-Hauptaggregaten.

Ausgaben und Einnahmen des Staates bzw. des Bundes
In der VGR werden die Ausgaben und Einnahmen ('Transaktionen') der einzelnen Einheiten in einer zusammenhängenden Serie von Konten dargestellt. Für die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Staates wurde eine eigene Form entwickelt (Übersichten 6 und 7).

Fiskalische Maastricht-Kennzahlen
Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:
a) Öffentliches Defizit, in % des BIP (siehe Übersicht 6),
b) Öffentliche Verschuldung, in % des BIP (siehe Übersicht 8).

Übersicht 5
Hauptaggregate der Volkswirtsch. Gesamtrechnungen (gemäß ESVG 1995) in Mrd. Schilling

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Arbeitnehmerentgelt	1.278,6	1.290,9	1.310,5	1.365,7	1.419,7	1.462,5	1.512,5
Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	808,1	863,3	882,7	911,2	926,6	998,6	1.048,3
Produktionsabgaben minus Subventionen	288,5	299,0	329,0	334,0	342,4	357,0	374,7
BIP zu Marktpreisen	**2.375,2**	**2.453,2**	**2.522,2**	**2.610,9**	**2.688,7**	**2.818,1**	**2.935,5**
Konsumausgaben	1.816,6	1.903,5	1.932,8	1.982,2	2.045,5	2.131,7	2.197,7
Bruttoinvestitionen	575,5	581,2	600,3	645,8	651,0	705,8	741,0
Exporte	903,7	969,9	1.074,3	1.172,4	1.218,7	1.353,2	1.457,1
minus Importe	-922,7	-996,2	-1.110,7	-1.186,4	-1.228,0	-1.372,6	-1.460,3
Staatistische Differenz	2,0	-5,3	25,5	-3,1	1,5	0,0	0,0
BIP zu Marktpreisen	**2.375,2**	**2.453,2**	**2.522,2**	**2.610,9**	**2.688,7**	**2.818,1**	**2.935,5**
plus/minus Primäreinkommen aus der übrigen/an die übrige Welt	-27,0	-11,5	-14,2	-23,5	-52,3	-42,3	-42,5
Bruttonationaleinkommen	**2.348,2**	**2.441,7**	**2.508,1**	**2.587,5**	**2.636,4**	**2.775,8**	**2.893,0**
minus Abschreibungen	-313,5	-324,7	-335,0	-347,6	-360,1	-372,7	-386,5
plus/minus laufende Transfers aus der übrigen/an die übrige Welt	-7,1	-11,5	-10,2	-15,8	-17,0	-17,5	-18,0
Verfügb. Nettonationaleink.	**2.027,6**	**2.105,6**	**2.162,8**	**2.224,1**	**2.259,3**	**2.385,6**	**2.488,5**

Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1998), Stand Oktober 1999; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Oktober-Prognose 2000).

Übersicht 6
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates in Mrd. Schilling 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EINNAHMEN							
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung	47,3	49,3	48,8	48,1	47,7	47,9	49,1
Erlöse d. Nichtmarktproduzenten	64,7	66,1	32,1	37,4	39,1	40,7	41,4
Produktions-u. Importabgaben	337,7	355,2	376,6	391,4	408,1	422,8	438,2
Vermögenseinkommen	46,3	37,5	33,8	28,9	28,7	22,0	23,4
Einkommen-u. Vermögensteuern	284,3	321,2	339,5	358,2	363,4	369,8	416,2
Sozialbeiträge	413,1	427,6	435,9	451,0	464,1	475,0	488,4
Sonst. laufende Transfers	36,5	33,0	36,0	38,0	39,8	46,9	35,0
Vermögenstransfers	4,5	3,1	7,0	4,5	6,7	2,6	2,1
Summe Einnahmen	**1.234,4**	**1.293,0**	**1.309,7**	**1.357,5**	**1.397,6**	**1.427,7**	**1.493,8**

Übersicht 6 (Fortsetzung)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
AUSGABEN							
Vorleistungen	152,0	158,9	139,2	148,9	156,7	159,5	163,6
Arbeitnehmerentgelt	299,3	302,3	288,2	296,7	310,2	318,4	324,3
Produktions-u. Importabgaben	6,5	6,6	6,8	7,5	7,4	7,0	7,0
Subventionen	68,6	64,4	64,4	72,5	71,5	70,6	80,3
Zinsen für die Staatsschuld	102,6	103,7	97,3	98,5	96,5	99,3	101,8
Monetäre Sozialleistungen plus soziale Sachtransfers	546,8	563,7	593,1	608,9	634,6	647,4	663,5
Sonst. laufende Transfers	59,7	68,7	64,1	72,7	74,2	75,0	74,5
Vermögenstransfers	52,1	48,9	52,5	63,7	54,0	54,5	55,5
Bruttoinvestitionen	72,4	69,4	49,4	48,5	50,2	46,0	49,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-4,3	0,1	-1,6	-0,4	-0,2	-4,0	-3,5
Summe Ausgaben	**1.355,8**	**1.386,7**	**1.353,5**	**1.417,5**	**1.455,0**	**1.473,7**	**1.516,5**
Finanzierungsaldo (=öffentliches Defizit/-)	-121,4	-93,7	-43,8	-60,0	-57,4	-46,0	-22,7
BIP(gemäß ESVG 1995)	2.375,2	2.453,2	2.522,2	2.610,9	2.688,7	2.818,1	2.935,5
Öffentl. Defizit in % des BIP	**5,1**	**3,8**	**1,7**	**2,3**	**2,1**	**1,6**	**0,8**

Fußnoten zu Übersicht 6:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995), Stand: August 2000.

Übersicht 7
Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Bundes in Mrd. Schilling 1)

EINNAHMEN	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 2)
Marktproduktion und Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Erlöse d. Nichtmarktproduzenten	3,6	3,9	3,7	3,7	3,6	3,7	3,7
Produktions-u. Importabgaben	235,1	244,0	268,3	280,5	290,8	301,5	313,3
Vermögenseinkommen	31,4	23,7	18,6	11,9	14,0	7,1	8,1
Einkommen-u. Vermögensteuern	187,9	216,6	233,2	246,6	251,8	254,8	296,2
Sozialbeiträge	82,7	86,4	88,3	91,4	93,9	94,8	97,0
Sonst. laufende Transfers	49,4	48,0	42,0	36,6	42,1	47,1	45,1
Vermögenstransfers	4,2	2,1	5,8	2,0	2,8	2,5	2,5
Summe Einnahmen	**595,3**	**625,2**	**660,3**	**673,0**	**699,3**	**711,9**	**766,3**
AUSGABEN							
Vorleistungen	39,1	40,7	40,2	44,6	45,8	46,1	47,6
Arbeitnehmerentgelt	114,7	115,5	116,5	119,0	124,3	127,6	129,6
Produktions-u. Importabgaben	2,4	2,3	2,2	2,4	2,3	2,2	2,2
Subventionen	28,7	29,0	28,1	32,1	31,1	30,4	41,8
Zinsen für die Staatsschuld	86,1	87,2	88,3	89,7	88,3	90,6	93,1
Monetäre Sozialleistungen plus soziale Sachtransfers	161,5	162,2	158,0	151,5	155,9	157,4	156,0
Sonst. laufende Transfers	210,5	230,0	241,9	253,3	264,6	271,6	287,1
Vermögenstransfers	47,2	42,8	39,9	45,1	40,8	40,8	41,8
Bruttoinvestitionen	15,6	14,6	12,6	12,7	12,1	9,4	12,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,2	-0,7	-0,7	-0,2	-1,0	-4,0	-2,5
Summe Ausgaben	**705,6**	**723,6**	**727,0**	**750,1**	**764,2**	**772,1**	**809,5**
Finanzierungsaldo des Bundes	-110,4	-98,4	-66,7	-77,2	-64,9	-60,2	-43,2
BIP (gemäß ESVG 1995)	2.375,2	2.453,2	2.522,2	2.610,9	2.688,7	2.818,1	2.935,5
Finanzierungssaldo in % d.BIP	**-4,6**	**-4,0**	**-2,6**	**-3,0**	**-2,4**	**-2,1**	**-1,5**

Übersicht 8
Öffentliche Verschuldung in Mrd. Schilling 1)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bund:							
Finanzschulden lt. Bundes-Rechnungsabschluß	1.333,7	1.416,1	1.497,4	1.568,9	1.687,8		
plus Netto-SWAP-Schulden	16,6	1,1	-1,7	4,0	2,4		
minus eigene Bundestitel	-8,0	-20,3	-19,8	-37,2	-66,9		
minus Bundesanleihen im Besitz anderer öffentl. Rechtsträger	-4,9	-8,0	-31,1	-38,3	-37,0		
minus Darlehen von öffentl. Rechtsträgern	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0		
plus Silbermünzen (OeNB)	1,4	1,9	2,7	2,7	3,0		
Verschuldung des Bundes laut EU-Rats-Verordnung	**1.338,9**	**1.390,7**	**1.447,6**	**1.500,1**	**1.589,4**	**1.644,4**	**1.677,5**
ASFINAG	83,1	80,2	0,0	0,0	0,0		
Bundesfonds	24,6	22,6	20,8	17,8	15,0		
Länder (ohne Wien)	64,0	64,1	60,6	59,1	59,2		
Landesfonds	11,4	11,0	9,8	9,5	8,2		
Gemeinden (ohne Wien)	59,6	65,7	47,3	48,1	45,2		
Wien	50,6	49,5	31,7	29,3	26,0		
Gemeindefonds	0,2	0,3	0,1	0,4	0,4		
Sozialversicherungsträger	9,3	10,5	9,2	7,9	9,2		
Öffentliche Verschuldung laut EU-Rats-Verordnung	**1.641,7**	**1.694,7**	**1.627,1**	**1.672,2**	**1.752,7**	**1.802,7**	**1.835,4**
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2.375,2	2.453,2	2.522,2	2.610,9	2.688,7	2.818,1	2.935,5
Öffentliche Verschuldung in % des BIP	**69,1**	**69,1**	**64,5**	**64,0**	**65,2**	**64,0**	**62,5**

Fußnoten zu Übersicht 7:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF.
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 1995), Stand: August 2000.
2) Sondereffekte aus der geplanten Ausgliederung der Bundesimmobilien sind nicht berücksichtigt.

Fußnoten zu Übersicht 8:
Quelle: Statistik Österreich (bis einschließlich 1999); BMF
1) Daten gemäß EU-Rats-Verordnung Nr. 475/2000, Stand 31. August 2000.

III. Bundesgebarung der Jahre 1998 und 1999

Allgemeines zum Bundesrechnungsabschluss

Gemäß Art 121 Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 in Verbindung mit § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes idgF wird der Bundesrechnungsabschluss vom Rechunungshof erstellt und dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt.
Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluss ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluss erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluss in der Folge dem Nationalrat spätestens Ende September des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen.
Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.
Der Bundesrechnungsabschluss selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im folgenden Abschnitt wird kurz über die Gebarung der Finanzjahre 1998 und 1999 berichtet.

Bundesrechnungsabschluss 1998

Grundlage für den Bundesvoranschlag 1998 waren folgende wirtschaftliche Eckdaten:
Nominelles Wirtschaftswachstum +3,8%, reales Wirtschaftswachstum +2,2%, Zunahme der Beschäftigung +0,4%, Preissteigerung +1,6% und eine Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) von 6,9%.
Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das nominelle Wirtschaftswachstum +4,3%, das reale Wirtschaftswachstum +3,3%, die Zunahme der Beschäftigung +1,0%, der Preisauftrieb nur +0,9% und die Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 7,2%.
Im Voranschlag des Allgemeinen Haushaltes waren Ausgaben in Höhe von 754,1 Milliarden Schilling, Einnahmen von 686,8 Milliarden Schilling budgetiert. Der administrative Budgetabgang betrug 67,3 Milliarden Schilling (das waren zum damaligen Zeitpunkt 2,6% des BIP). Im Vollzug waren die Ausgaben um 23,5 Milliarden Schilling (+3,1 %) und die Einnahmen um 24,8 Milliarden Schilling (+3,6%) höher. Der Abgang verminderte sich um 1,3 Milliarden Schilling auf 66,0 Milliarden Schilling (das sind 2,5% vom BIP).

Auf der Einnahmenseite sind vor allem folgende Abweichungen zu nennen:
Öffentliche Abgaben +7,6 Milliarden Schilling (Bruttoeinnahmen +2,6 Milliarden Schilling, die Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds waren um 1,0 Milliarden Schilling und der Beitrag zur Europäischen Union um 4,0 Milliarden Schilling geringer), Rücklagenentnahmen und -auflösungen (+2,8 Milliarden Schilling), Rückflüsse von der EU (+1,6 Milliarden Schilling), Schuldenrückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen (+2,0 Milliarden Schilling; veranschlagt waren nur 3,8 Milliarden Schilling), Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+1,2 Milliarden Schilling), Zinsen und Provisionen aus der Durchführung von Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (+1,4 Milliarden Schilling) und Mehreinnahmen im Rahmen der Finanzschuldengebarung aus Emissions- und Kursgewinnen, Einnahmen aus Währungstauschverträgen, Stückzinsen ua. (+6,3 Milliarden Schilling).

Die Abweichungen auf der Ausgabenseite betrifft in erster Linie folgende Bereiche:
Personalausgaben (Gebarungsgruppe 0) (+1,1 Milliarden Schilling), Ersätze für den Aufwand der Landeslehrer (+1,2 Milliarden Schilling), Pensionen für OBB und Post (+0,8 Milliarden Schilling), Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung (+1,4 Milliarden Schilling), Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Leistungen nach dem AIVG (insgesamt +1,5 Milliarden Schilling), für Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (+2,6 Milliarden Schilling), Zinsen und Provisionen aus der Durchführung von Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (+1,4 Milliarden Schilling), für Zinsen aus Finanzschulden, Stückzinsen und Kursverlusten (+1,0 Milliarden Schilling), Erhöhung des Grund- bzw. Stammkapitals bei den Österreichischen Bundesbahnen, bei der Schieneninfrastrukturfinanzierungs GesmbH, Graz-Köflacher-Eisenbahn GesmbH und bei der Technologieimpulse GesmbH (insgesamt +8,7 Milliarden Schilling) und Rücklagenzuführungen.

Bundesrechnungsabschluss 1999

Im Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages sind für 1999 folgende wirtschaftliche Eckdaten angenommen worden:
Nominelles Wirtschaftswachstum +4,5%, reales Wirtschaftswachstum +3,0%, Beschäftigung +0,9%, Preisteigerung +1,5% und Arbeitslosenquote (in der nationalen Abgrenzung) 7,1%.
Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das nominelle Wirtschaftswachstum +2,9%, das reale Wirtschaftswachstum +2,2%, der Beschäftigungszuwachs +1,2%, die Preisteigerung +0,5% und Arbeitslosenquote (in der nationalen Abgrenzung) 6,7%.
Im Voranschlag des Allgemeinen Haushaltes waren Ausgaben in Höhe von 767,6 Milliarden Schilling, Einnahmen von 697,4 Milliarden Schilling budgetiert. Der administrative Budgetabgang betrug 70,1 Milliarden Schilling (das waren zum damaligen Zeitpunkt 2,6% des BIP). Im Vollzug waren die Ausgaben um 20,2 Milliarden Schilling (+2,6 %) und die Einnahmen um 22,1 Milliarden Schilling (+3,2%) höher. Der Abgang verminderte sich um rund 1,95 Milliarden Schilling auf 68,2 Milliarden Schilling (das sind 2,5% vom BIP).
Das Defizit des Bundes nach den Maastricht-Kriterien betrug rund 64,9 Milliarden Schilling (2,4% vom BIP).
Ein relativ hoher Anteil dieser Voranschlagsabweichungen ist auf verrechnungstechnische 'Bilanzverlängerungen' zurückzuführen. Es handelt sich dabei um Transaktionen, die zwar eine Erhöhung der Ausgaben- und Einnahmensumme, aber keine Saldoänderung bewirken. Dazu zählen z.B. die Finanzierungen für sonstige Rechtsträger (Kap. 56), EU-Rückflüsse (Einnahmen bei Kap. 51, Ausgaben vor allem bei den Kap. 10, 15, 60, 63 ua.), Zinsenzahlungen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen (Kap. 58), Rücklagenentnahmen (Einnahmen bei Kap. 51, Ausgaben bei fast allen anderen Kapiteln des Bundeshaushaltes), zweckgebundene Gebarungen, bruttomäßige Verrechnung der Mittel für die Siedlungswasserwirtschaft (Kap. 18 und 51) und bundesinterne Überweisungen.

Gegenüber dem Voranschlag 1999 sind vor allem folgende Abweichungen zu nennen:

Einnahmen:
Rücklagenentnahmen und -auflösungen +7,1 Milliarden Schilling, EU-Rückflüsse +2,5 Milliarden Schilling, bruttomäßige Verrechnung der Anteile für die Siedlungswasserwirtschaft (Kap. 18 und 51) +4,7 Milliarden Schilling, Zinseinnahmen aus Finanzierungen für sonstige Rechtsträger +3,3 Milliarden Schilling, Guthaben aus der Abrechnung der Bundesleistungen für die Pensionsversicherung (Kap. 16) in den Jahren 1996 und 1997 +5,1 Milliarden Schilling, Arbeitslosenversicherungsbeiträge +0,9 Milliarden Schilling, Gewinnabfuhr der OeNB +2,9 Milliarden Schilling und Erträge aus sonstigen Kapitalbeteiligungen (per Saldo) +0,7 Milliarden Schilling, Abschöpfung von Katastrophenfondsmitteln +0,6 Milliarden Schilling, Mehreinnahmen im Bereich der Finanzschuldengebarung des Bundes (zB. Emissionsgewinne, Kursgewinne, Einnahmen aus Währungstauschverträgen, Stückzinsen, Zinsen aus Wertpapieren in Bundesbesitz) +10,3 Milliarden Schilling, Veräußerung der 4. GSM-Lizenz +1,35 Milliarden Schilling;
Öffentliche Abgaben (netto) -7,2 Milliarden Schilling (Bruttoeinnahmen -11,3 Milliarden Schilling; die Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds waren um 1,7 Milliarden Schilling und an die Europäische Union um 2,3 Milliarden Schilling niedriger als der Voranschlag), Einnahmen im Zusammenhang mit Haftungsübernahmen -2,7 Milliarden Schilling, Einnahmen aus der Veräußerung von Liegenschaften und von Anteilen des Bundes an Unternehmungen -5,0 Milliarden Schilling, Rückzahlung des FLAF an den Bund (Tilgung der Restschuld) -2,0 Milliarden Schilling.

Personalausgaben:
Die Personalausgaben (UT 0) wurden um 1,7 Milliarden Schilling (+1,2%) überschritten, wobei der Aktivitätsaufwand um 3,1 Milliarden Schilling (+2,9%) über dem Voranschlag lag (insbesondere in den Bereichen Inneres, Unterricht, Wissenschaft und Forschung sowie Post) und der Pensionsaufwand (Kap. 55 und 71) um 1,4 Milliarden Schilling (-4,1%) geringer war.

Sachausgaben:
Bei den Sachausgaben wurde der Bundesvoranschlag per Saldo um 18,5 Milliarden Schilling (2,9%) überschritten.
Auf Grund der gemäß Art XVI BFG 1999 verfügten Bindung in Höhe von 5% bei den Ermessensausgaben (Gebarungsgruppen 3, 6 und 8) wurden 4,0 Milliarden Schilling eingespart, die hauptsächlich zur Bedeckung von Mehrausgaben im Personalbereich (einschließlich Landeslehrer) herangezogen wurden.
Weitere Einsparungen gab es in erster Linie bei den Ausgaben für Haftungsübernahmen (-5,3 Milli-

arden Schilling) und bei den Überweisungen für die Eisenbahninfrastruktur.
Die Mehrausgaben betreffen hauptsächlich Rücklagenzuführungen +9,1 Milliarden Schilling, Ausgaben für Zinsen im Zusammenhang mit Rechtsträgerfinanzierungen +3,3 Milliarden Schilling, weiters Zinsen, Provisionen, Emissionsverluste im Bereich der Finanzschuldengebarung (Kap. 58) +3,2 Milliarden Schilling, Ersatzleistungen des Bundes an Länder für den Aktivitätsaufwand der Lehrer an öffentlichen Pflichtschulen +1,6 Milliarden Schilling, Abgeltung des Abganges in der Arbeitsmarktpolitik +0,4 Milliarden Schilling, für Beschäftigungsprogramme und Sicherung der Jugendausbildung (Tit. 156) +0,7 Milliarden Schilling, Leistungen des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung (Kap. 16) +4,2 Milliarden Schilling, Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz +2,9 Milliarden Schilling, für Kapitalbeteiligungen +2,2 Milliarden Schilling ua.

IV. Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Allgemeine Bemerkungen

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen (§ 12 BHG).
Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen im Budgetausschuss über den von ihr vorgelegten Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes auch einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG).

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit ('Inkrementalismus') und einer bloßen operatien Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Der jährliche Budgetbericht enthält für den Nationalrat und für die interessierte Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen, über die Entwicklung des Bundeshaushaltes und die Erfüllung des Budgetprogrammes.

Budgetprogramm für die Jahre 2000 bis 2003

Gemäß dem Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 2000 bis 2003 soll bereits 2002 für den Gesamtstaat ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Die Bundesregierung wird damit nicht nur den internationalen Herausforderungen gerecht, sondern sichert auch die Attraktivität und Stabilität des Wirtschaftsstandortes Österreich und den hohen sozialen Standard ab.

Die Rückführung des Bundesdefizits erfolgt soweit als möglich über die Ausgabenseite. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes wird durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen erreicht und durch strukturelle Reformen mit der Wirkung mittel- und langfristiger Budgetentlastung und Qualitätsverbesserung abgesichert.

Die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung werden auf dem Niveau von 2000 stabilisiert, und zwar insbesondere durch Verbesserung der Produktivität und Effizienz in der Verwaltung.

Im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung und im Beamtenpensionsrecht werden Reformmaßnahmen die Ausgabensteigerung bis zum Jahr 2003 um rund 15 Milliarden Schilling bzw. 0,5% des BIP senken.

Die Zielsicherheit öffentlicher Leistungen wird erhöht, indem die Sozialleistungen stärker auf die tatsächlich Hilfsbedürftigen konzentriert werden. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Familien werden verbessert. Im Gesundheitsbereich wurden von der Bundesregierung bereits strukturelle Maßnahmen eingeleitet.

Die Förderungen werden primär zur Steigerung des Innovations- und Wachstumspotentials eingesetzt. Förderungen ohne Wirtschafts- und Arbeitsmarktbezug werden zurückgenommen. Priorität soll in den nächsten Jahren den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation zukommen. Die erforderlichen zusätzlichen Mittel sollen durch Umschichtungen und Privatisierungserlöse bereitgestellt werden. Die Betriebe werden durch eine stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten entlastet, um den Wirtschaftstandort Österreich weiterhin attraktiv zu halten.

Die Bundesregierung beabsichtigt die Staatsverschuldung mit Hilfe von Privatisierungserlösen und sonstigen Vermögenstransaktionen rasch zurückzuführen, um die zukünftige jährliche Budgetbelastung aus den Zinsen für die Staatschuld nachhaltig zu reduzieren.

Überschüsse bei den Fonds und zweckgebundenen Gebarungen werden zum Teil zur Budgetentlastung benutzt.

Einmalige Einnahmen werden vornehmlich nur für einmalige Ausgaben verwendet werden, in erster Linie für die Schuldentilgung, aber auch für einmalige Investitionen mit bleibenden Standorteffekten (z.b. Forschungsförderung).

Der Bund führt mit den Ländern, Städten und Gemeinden die Finanzausgleichsverhandlungen für die

nächste FAG-Periode. Der Bund geht davon aus, dass Länder und Gemeinden jährlich einen Überschuss von zumindest 0,5% des BIP erzielen und ab dem Jahr 2001 weiters jährlich einen Solidarbeitrag an den Bund leisten.

Durch die Privatisierung eine Reihe von Unternehmungen des Bundes (Österreichische Staatsdruckerei, Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank GmbH, Print Media Austria AG, Flughafen Wien AG, Österreichische Postsparkasse AG, Telekom Austria AG und die Austria Tabak AG) sollen bestehende Verbindlichkeiten getilgt werden und die Haftung des Bundes für die Schulden dauerhaft entfallen.

Die Vignettenpreise sollen per 1.1.2001 und die LKW-Maut soll 2002 unter Beachtung der internationalen Entwicklung angehoben werden.

Geeignete Maßnahmen bei der ÖBB und SCHIG sollen zur nachhaltigen Reduktion der zusätzlichen Budgetbelastung beitragen. Dieser Beitrag soll sich 2001 auf mindestens 2,1, 2002 auf mindestens 3,0 und 2003 auf mindestens 4,0 Milliarden Schilling belaufen.

Falls die Einhaltung der angestrebten Konsolidierungsziele zusätzliche Maßnahmen erfordern, werden diese von der Bundesregierung rechtzeitig in die Wege geleitet werden.

V. Gegenstand der Veranschlagung und Gliederung des Bundesvoranschlages

Gegenstand der Veranschlagung

Gemäß § 16 Abs 1 BHG sind sämtliche im jeweiligen Finanzjahr zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes grundsätzlich voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

Im Bundesvoranschlag sind daher solche Einnahmen und Ausgaben vorgesehen, die auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger auf Grund bundesgesetzlicher Bestimmungen (zB. Finanzausgleichsgesetz) zu überweisenden Anteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden im Bundeshaushalt als sogenannte 'Ab: Überweisungen' bei Kapitel 52, Titel 528, als Verminderung der Einnahmen veranschlagt. In gleicher Weise wird auch der Beitrag an die Europäische Union unter Titel 529 budgetiert.

Nach Art. 16 Abs. 2 BHG sind bestimmte Einnahmen und Ausgaben zwar von der Veranschlagung, aber nicht von der Verrechnung ausgenommen. Daher sehen die Haushaltsvorschriften des Bundes eine Unterscheidung in voranschlagswirksamer Verrechnung (§ 78 BHG) und in Bestands- und Erfolgsverrechnung (§ 80 BHG) vor. Die Veranschlagung bzw. die voranschlagswirksame Verrechnung von Zahlungen orientiert sich am Prinzip der Kassenwirksamkeit, während die Bestands- und Erfolgsverrechnung nach den Grundsätzen der Doppik geführt wird.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfasst die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, die Ausgaben für die Tilgung von Schulden aus Haltungen und die Einnahmen aus diesbezüglichen Regressforderungen sowie die Ausgaben für den Ersatz oder die Übernahme von Ausgaben für Tilgungen von Anleihen, Darlehen und sonstigen Kreditoperationen auf Grund bundesgesetzlicher Anordnung, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken:

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs-Ziffer	Kurzbezeichnung
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8	Eu

Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe 'Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, 1. Teil', in 'Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)', herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der österreichischen Staatsdruckerei (Auflage 1990).

Arbeitsbehelf - 1. Teil

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 - unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		**Oberste Organe:**
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		**Innenverwaltung:**
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Bildung und Kultur
	3	Kunst
	4	Wissenschaft
	5	Soziale Sicherheit und Generationen
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit
	9	Jugend und Familie
7	0	Öffentliche Leistung und Sport
2		**Auswärtige Angelegenheiten:**
	0	Äußeres
3		**Justizwesen:**
	0	Justiz
4		**Landesverteidigung:**
	0	Militärische Angelegenheiten
5		**Finanzen:**
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen
	8	Finanzschuld, Währungstauschverträge
6		**Wirtschaft:**
	0	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
	1	Umwelt neu
	3	Wirtschaft und Arbeit
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr, Innovation und Technologie

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade 'Unterteilung'

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen)

Bei den Ausgabenansätzen ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Personalausgaben:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P

Sachausgaben:

2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

Bei den Einnahmenansätzen ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 1 Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
2 3 Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
4 5 6 Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
7 8 9 Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B

Als Ausgaben für 'A n l a g e n' sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im Einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5.000 S) übersteigen. Nicht als 'Anlagen' zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen (Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluss).

Als Ausgaben für 'F ö r d e r u n g e n' sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachten oder beabsichtigten Leistung, an der ein erhebliches, vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten. Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (I n v e s t i t i o n s f ö r d e r u n g) oder um sonstige Förderungen (F ö r d e r u n g s z u w e n d u n g e n) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern) in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter (S o z i a l l e i s t u n g e n sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird).

Unter 'A u f w e n d u n g e n' sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarungsgruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen 'Verwaltungsaufwand' und 'Aufwandskredite'. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, dass eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarungsgruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als 'G e s e t z l i c h e V e r p f l i c h t u n g e n' (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, dass sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als 'E r m e s s e n s a u s g a b e n' zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages nach funktionellen Gesichtspunkten aufgegliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.
Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht	EU
12	Forschung und Wissenschaft	FW
13	Kunst	Kn
14	Kultus	Kl
21	Gesundheit	Gh
22	Soziale Wohlfahrt	SW
23	Wohnungsbau	Wb
32	Straßen	St
33	Sonstiger Verkehr	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	PD
41	Landesverteidigung	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung	Hv

Die im Bundesvoranschlag in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteileerwerbungen an Untemehmungen und Ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich 'Erziehung und Unterricht' (EU) umfasst das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich 'Forschung und Wissenschaft' (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich 'Kunst' (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich 'Kultus' (Kl) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich 'Gesundheit' (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.
Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.
Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich 'Soziale Wohlfahrt' (SW) umfasst alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsopfer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich 'Wohnungsbau' (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich 'Straßen' (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich 'Sonstiger Verkehr' (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfasst, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich 'Land- und Forstwirtschaft' (Lf) umfasst die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich 'Energiewirtschaft' (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich 'Öffentliche Dienstleistungen' auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich 'Industrie und Gewerbe' (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefasst.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich 'Öffentliche Dienstleistungen' (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

Private Dienstleistungen

Dem Bereich 'Private Dienstleistungen' (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich 'Landesverteidigung' (Lv) umfasst alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich 'Staats- und Rechtssicherheit' (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich 'Übrige Hoheitsverwaltung' (Hv) umfasst die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 2001 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits und funktionellen Gesichtspunkten anderseits sowie deren Kombinierung enthält die Anlage I c zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 2001 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern. Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur 'Investitionsförderung' zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben,

vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung

Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hiebei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat. (Die Kontenplanverordnung - KPV - erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPV mit BGBl. Nr. 314/1990). Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe 'Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, 1. Teil', in 'Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)', herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Auflage 1990).

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluss:

Kontenplan

Konten-Klasse (Kl) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	**0**...	
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	.**0**..	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	..**0**.	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	...**0**	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	**0000**	...
Konten-Untergliederung (Ugl)	....	**000**

Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen ..... Kontenklasse	4-7	8
bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen ..... Kontenklasse	0-3	0-3

Postengliederung

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP)	**0000**	...
Post-Untergliederung (Ugl)	....	**000**

Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze s i n d z u m i n d e s t nach den im Konten-

plan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Vollkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerlässliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlages, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muss daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, dass die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und anderseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hiebei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlages nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: l a u f e n d e A u s g a b e n u n d E i n n a h m e n einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite anderseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich. (Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur 'Investitionsförderung' vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen)

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlages werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen - letztere insbesondere von seiten seiner Bediensteten - erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Untemehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfasst Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe 'Transferzahlungen' in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfasst, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von 'fiktiven' Zinsenzuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsenbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsenbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müssten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müssten gleich hohe Gegenposten bei den 'Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit' als 'imputierte Zinsen' ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind, können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefasst, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldaufnahmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hiefür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes anderseits) an. Die zweite Gruppe umfasst die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen 'Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen' wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so dass sie auch nicht gesondert erfassbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt 'Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen', 2. Absatz.

Bei der Position 'Erwerb von Liegenschaften' werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammen-

hang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter 'Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen' sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfasst.

Als 'Darlehen' sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der 'Zuführungen an Rücklagen', die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

Für die Ausgaben zur 'Tilgung von Schulden' ist kennzeichnend, dass sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den K a p i t a l t r a n s f e r s erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im Wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers lässt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: 'Vermischte Transfers' (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als 'einkommenswirksam' zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Osterreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die l a u f e n d e n E i n n a h m e n des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, dass diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondem im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfasst. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbst erstellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müssten gleich hohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbst erstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haushalten. Im Übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel 'Öffentliche Abgaben' ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im Allgemeinen nimmt man an, dass die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unvertellten Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direken Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von

bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, dass die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

K a p i t a l t r a n s f e r z a h l u n g e n an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt (§ 4 Abs. 4 BHG).

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen.

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz (§ 53 Abs. 1) sieht vor, dass nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorbelastungen, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hiefür anfallenden Ein-

nahmen begrenzt sind;

2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz (§ 53 Abs. 2) sieht vor, dass nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Allgemeines

Bruttoprinzip

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sowie die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes sind gemäß § 16 Abs. 3 und 3 a BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 2001 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 2000 und die des Bundesrechnungsabschlusses 1999 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten 'Teilheften', in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in fremder Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, § 71 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung und § 41 BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die ÖPSK bzw. die OeNB durchzuführen.

Anweisende Organe, die ständig einen umfangreichen Zahlungsverkehr in das Ausland oder ihren Sitz im Ausland haben (zB Vertretungsbehörden, Kulturinstitute) oder die aus sachlichen Gründen Zahlungsgeschäfte im Ausland abwickeln müssen, können gemäß § 54 BHV 1989 mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen Fremdwährungskonten eröffnen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheim gefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die ÖPSK (in Ausnahmefällen an die OeNB) - wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet - zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die ÖPSK (oder OeNB) ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Für anweisende Organe, die ihren Sitz im Ausland haben oder die aus sachlichen Gründen Gebarungen im Ausland bzw. besondere Geschäftsfälle in ausländischer Währung abwickeln, sind entsprechende Sonderregelungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen und dem Rechnungshof zu erlassen (§ 55 Abs. 2 BHV 1989). Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei Finanzschulden (einschließlich Währungstauschverträge) in fremder Währung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kredit-unternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im Übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, werden jeweils zum 1. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres Schillingwerte (Kassenwerte) festgesetzt. Abänderungen erfolgen zum nächsten Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während eines Monats.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuer-gesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuer-schutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen Z o l l w e r t k u r s e festgesetzt.

Für jene Währungen, für die kein Zollwertkurs festgesetzt wird, ist der jeweilige Kassenwert der betreffenden Währung zur Ermittlung des Zollwertes maßgebend.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfälle der Zollverwaltung fest (Z o l l e n t r i c h t u n g s - k u r s e).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im 'Amtsblatt zur Wiener Zeitung', im 'Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung' sowie im Internet 'http://www.bmf.gv.at/banken.htm', die Zollentrichtungskurse hingegen nur im 'Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung' sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.